

## *Vorbemerkung*

Die Beiträge dieses Bandes gehen zurück auf ein internationales Symposium zum Thema «Carl von Ossietzky und die politische Kultur der Weimarer Republik», das die Oldenburger Ossietzky-Editions- und Forschungsstelle anlässlich seines 100. Geburtstages vom 3. bis 6. Oktober 1989 veranstaltete. Unter Beteiligung von Geschichts-, Literatur-, Politik- und Publizistikwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern wurden drei thematische Schwerpunkte behandelt: die politische und geistige Standortbestimmung Ossietzkys, der Pazifismus vor und während der Weimarer Republik, schließlich die erfolgreiche Friedensnobelpreiskampagne während seiner KZ-Haft. Zu dem letztgenannten Themenkomplex wurde ein Bericht von Willy Brandt als Mitwirkendem an jener Kampagne hier mit aufgenommen, den er bereits im Jahr zuvor während der Ossietzky-Tage zum 50. Todestag im Mai 1988 an der Universität Oldenburg vorgelesen hatte. Zwei Beiträge des Symposiums zum 100. Geburtstag, von Michael Hepp und Wolfgang Klein, wurden an anderer Stelle veröffentlicht.

Für die finanzielle Förderung des Symposiums und dieser Veröffentlichung danken wir dem Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, dem Niedersächsischen Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten, der Universität und der Universitätsbibliothek Oldenburg. Unser Dank gilt darüber hinaus den Mitarbeitern der Carl von Ossietzky-Forschungsstelle Mara Hochartz, Gunther Nickel, Michael Sartorius und Renke Siems für die organisatorische Unterstützung des Symposiums und die redaktionelle Bearbeitung dieses Bandes.

Oldenburg, im März 1991

Gerhard Kraiker  
Dirk Grathoff (Hg.)

## Harry Pross

### *Kritik und öffentliche Moral -*

#### **Carl v. Ossietzky zum 100. Geburtstag**

##### I

«Hierher gehört ein Kriminalist und keine Resolution.» schrieb Ossietzkys konservativer Kollege, Joseph Roth, als der PEN-Club 1937 eine Resolution zugunsten des Nobelpreisträgers gefaßt hatte: es wäre «die selbstverständliche Pflicht des Nobelpreis-Komitees gewesen, für seinen Preisträger ein paar <Mächtige dieser Erde> zu interessieren, und nicht den Ohnmächtigsten dieser Erde, nämlich den Schriftstellern, die Sorge um die Gerechtigkeit, um das Leben Ossietzkys und die Ehre des Nobelpreis-Komitees zu überlassen [...]. Aber die <Resolution> eines Kongresses, der eigentlich - seien wir ehrlich! - ein Konventikel ist? Ein Protest sub rosa? Wer will das wissen? Hat der PEN-Club auch nur die bescheidenste Anstrengung gemacht, daß seine - für die breitere Öffentlichkeit bestimmten - Reden durch Radio übertragen werden? Und ist nur einmal der Versuch gemacht worden, das dichte Dunkel, das um den Nobelpreis Ossietzkys gebreitet ist, aufzuklären? [...] Hat man es schon jemals erlebt, daß einem ein Ehrenpreis verliehen wird, und daß der Verleiher des Preises sich nicht darum kümmert, ob der von ihm Ausgezeichnete krank ist oder gequält wird oder irrsinnig geworden?» Aber, so fragte Joseph Roth 1937 weiter, wenn schon das Komitee versagt habe, «[...] was taten die Nobelpreisträger, die das Glück hatten, zivilisierten Ländern anzugehören? Sie zogen sich einen Frack an, hielten eine Rede, gedachten nicht einmal mit einem Wort des Abwesenden und gingen mit den Preisen auf die Bank, um sie in möglichst sicheren Papieren anzulegen. Papiere verpflichten [...]».

Roths Polemik erschien am 3. Juli 1937 in der Wochenschrift «Das Neue Tage-Buch» (NTB), die Leopold Schwarzschild in Paris und Amsterdam herausgab, unter dem Titel «Kriminalaffäre Nobelpreis». Zehn Monate

später war Ossietzky tot. Er starb, als in Österreich die paranoide Rache des heimgekehrten Adolf Hitler wütete und Zehntausende von Existenzen auslöschte. Dieses Verbrechen verdeckte das Schicksal des einzelnen Häftlings. «Wenn der Märtyrer», so der Nachruf im NTB (14.5.38), «nach allgemeiner Vorstellung der Einzelmensch ist, in dem sich das Maximum des Erduldens in einer Verfolgungsära repräsentiert, so waren die Nazis äußerst geschickt, daß sie Ossietzky von dem Augenblick an, in dem er als Märtyrgr weltbekannt zu werden drohte, nur noch ein relatives Minimum erdulden ließen. Sie haben damit noch dieses zu ihrem Nutzen verfälscht.»

Kurz: die öffentliche Moral funktionierte nicht, wie ihr Kritiker, Joseph Roth, sich wünschte. Das ist meistens so. Tatsächlich nutzte die NS-Propaganda die durch Roth so genannte «Kriminalaffäre Nobelpreis» mit dem anschließenden Prozeß gegen Ossietzkys Generalbevollmächtigten, Dr. Kurt Wannow, wegen Veruntreuung der Preissumme im Februar/ März 1938 zu einer Kampagne gegen die Emigranten-Presse. Schlagzeilen wie: «Geheime Staatspolizei hat Ossietzkys Geld gerettet» (4.3.38), oder «Ossietzky-Prozeß widerlegt Greuelmärchen. Der totgesagte Herausgeber der <Weltbühne> als Zeuge vor Gericht.» (26.2.38) suggerierten die Rechtsstaatlichkeit der Diktatur. Ein als «Kriminalkommissar H.» vermommener Zeuge wurde gar zitiert, «daß Ossietzky wie jeder andere Bürger im deutschen Rechtsstaat behandelt wurde. Er mußte also durch die Polizei vor Ausbeutern geschützt werden.»

## II

Das war blanker Hohn, denn gegen Diktatur und für das Bürgerrecht hatte Carl von Ossietzky gestritten, seitdem er als Zwanzigjähriger in der «Demokratischen Vereinigung» Hellmut v. Gerlachs die Frage «Militärdiktatur oder Bürgerrecht» gestellt hatte. Das geschah zu der Zeit, als der Deutsche Reichstag und der Bundesrat den Kaiser Wilhelm II. 1908 wegen seiner außenpolitischen Kraftmeierei getadelt hatten, was so wenig half wie die PEN-Resolution von 1937. Das Flottengesetz des Admirals v. Tirpitz machte Deutschland zur zweitstärksten Seemacht hinter Großbritannien und Friedrich Meineckes geistesgeschichtliche Betrachtungsweise von «Weltbürgertum und Nationalstaat» (1908) versuchte, die ideologischen Widersprüche des Bismarck'schen Machtstaates und der klassischen Überlieferung unter einen Hut zu bringen.

Meineckes Buch führte das «und» im Titel, der Vortrag des jungen Schreibers im Justizdienst der Hansestadt Hamburg das «oder». Meinecke war 1862 geboren und aufgewachsen in der Legitimationsphase des «2. Reiches» aus dem Geist der «Deutschen Erhebung» gegen die französische Revolution und Napoleon, sie verherrlichte, wie G. Droysen, Preußen als das neue Mazedonien und war unablässig auf der Suche nach einem großen Alexander. Unterhalb «des Großen» sollte ein Politiker nicht sein. Dies umso weniger, als das Volk der deutschen Kleinstaaten in Jahrhunderten der feudalen Herrschaften und der Enge der Stadtrepubliken mehr und mehr Erwartungsdruck produzierte, der sich seit 1789 auf «die Nation» richtete. Dem von Herder, Hegel, Fichte, Arndt und anderen beschworenen «Volkstum» und «Volksgeist» war die biblische Idee der Auserwähltheit durchaus vertraut.

Ein guter Schuß jüdischen Messianismus würzte das germanische Bier schon im Rausch der ersten Kreuzzüge.

Durch Luthers Bibelübersetzung hatte die nationale Schriftsprache ein religiöses Leitmotiv von großer Faszinationskraft.

Der junge Ossietzky, katholisch getauft, lutherisch konfirmiert, soll - ein Lutherdenkmal vor der elterlichen Haustür in Hamburg - nicht von dem Gedanken losgekommen sein, ein Buch über Luther zu schreiben. Wie die Deutschtümelei des 19. Jh. hatte die Sprachkritik religiöse Hintergründe, und es ist kein Zufall, daß sich protestantische und jüdische Schriftsteller darin besonders hervortaten. Das war politisch erst möglich, nachdem das Vielvölkerreich der römisch-katholischen Habsburger Monarchie 1849 aus der innerdeutschen Politik verdrängt war.

Auch setzte sich nicht zufällig aus dieser katholischen Ecke seit den 1880er Jahren die nationalsozialistische Nachfolge-Bewegung in Marsch nach Norden und Westen, wo der militärisch-industrielle Komplex<sup>1</sup> des Bismarckreiches Arbeitskräfte brauchte.

Die Industrialisierung ließ in der Mitte Europas ein Volk von Halbnomaden entstehen, die den industriellen Futterplätzen nachzogen. Dabei entwickelten sie verständlicherweise starke Bedürfnisse, die emotionalen Mängel ihres unsteten Daseins religiös und durch allerlei *Religionsersatz* zu

---

<sup>1</sup> Vgl. Pross: Ossietzky - ein Mann gegen den militärisch-industriellen Komplex. In: Der Friedensnobelpreis von 1901 bis heute. Bd. 5, Zug 1989 (Edition Pacis).

kompensieren. «Bodenständigkeit», Dorfgemeinschaft, Wald und Heide, nicht zuletzt die gesprengten Einheiten in Familie und Sippe waren zu «ersetzen». Die Kompensationsformen haben seitdem häufig gewechselt; aber an der sozialpsychologischen Grundstruktur änderte sich nichts. Die mannigfachen «Bewegungen» unserer Tage haben vor hundert Jahren begonnen, und die politischen «Irrungen und Wirrungen» sind auch nicht neu. Das hat bestimmte Konsequenzen für die öffentliche Moral und die öffentliche Kritik, die *in* ihr, *mit* ihr und *gegen* sie laut wird.

### III

Die drei Beispiele von 1908/09 - Reichstagsresolution, Meinecke und Ossietzky - stehen für unterschiedliche Möglichkeiten der Kritik:

1. Die dem Staatsapparat immanente, gesetzlich und verfahrenstechnisch geregelte Kritik von Funktionsträgern untereinander oder an anderen Funktionsträgern. Sie muß sich im Rahmen der Legitimation des betreffenden politischen Systems halten und äußert sich vorwiegend mit Argumenten des positiven Rechts.
2. Die der Funktion des jeweiligen Systems dienende Kritik auf der Basis der öffentlichen Moral, von der aus die Legitimation begründet wird. Ihre Sprecher sind, wie im Falle Droysen oder Meinecke, dem politischen System existenziell verbunden. Als Universitätslehrer werden sie für dieses kritische Geschäft bezahlt. Sie haben einen privilegierten Spielraum zum Paraphrasieren und sind frei, ihre Gedanken öffentlich zu äußern, solange sie nicht die Legitimation des Systems infrage stellen. Sie argumentieren vorwiegend im wissenschaftlichen Diskurs und reflektieren dessen Niveau.
3. Die Kritik, die nach der Legitimation des Systems fragt, indem sie auf der Basis einer anderen als der *herrschenden* öffentlichen Moral, mit von außen bestimmten Kriterien, Erscheinungen des politischen Systems zur Sprache bringt, die an dessen Legitimation zweifeln lassen. Häufig greift sie auf naturrechtliche Postulate oder Grundsätze der Humanität zurück, nicht selten auf religiöse Moral und deren Werthierarchie. Indem sie die Wurzeln der Legitimität bloßlegt, ist sie radikal zu nennen.

Es ist klar, daß unsere drei Beispiele politischer Kritik - die immanente, die paraphrasierende und die radikale - auch in anderen institutionalisierten

Lebensbereichen zu finden sind. In gewisser Weise hält gerade die Kritik soziale Institutionen zusammen: Was «unter aller Kritik», «sub omnibus canonibus» eingestuft wird, gehört nach allgemeinem Verstande nicht mehr zur Kunst, Literatur, zum Handwerk, zur Religion, zur Demokratie etc. So legitimiert der vernichtende Schlag gegen die zu kritisierende Einzelercheinung zugleich den Begründungszusammenhang, von dem die Kritik ausgeht.

Das scholastische Bindeglied der Kriterien und der durch sie hinein- oder herausgeprüften Sachverhalte, Personen und Gegenstände ist aber am Ende wieder irgendeine Berufung auf nicht weiter überprüfbare Axiome von großer Allgemeinheit, deren Gültigkeit man annehmen kann oder nicht. Das Faß hat keinen Boden. Die Kritik endet in Grundsätzen des Fürwahrhaltens, des Glaubens, der kulturspezifischen Traditionen. Deshalb steigen von dort bei raschem sozialen Wandel immer wieder Fundamentalismen auf, die Kritik wegen ihrer notwendigen Differenzierungen verwerfen und Gewalt an ihre Stelle setzen.

#### IV

Der junge Ossietzky sah sich also vor dem Ersten Weltkrieg, nicht anders als wir heute, einer öffentlichen Moral gegenüber, die als eine *Konvention einverständlichen Benehmens* definiert werden kann. Es verzichtet auf individuelle Äußerungen, die als unangemessen oder gar als unanständig gelten. Verstöße werden mit leichteren und schwereren Formen der Nichtachtung, Mißachtung, Verdrängung, Ausstoßung bis hin zur Privation im Gefängnis bestraft.

Ossietzkys Jugendvortrag über «Militärdiktatur oder Bürgerrecht» traf zwei besonders empfindliche *Legitimationsstränge* des Bismarck-Reiches: den im «Blut und Eisen»-Wort seines politischen Schöpfers gewürdigten militärischen Strang und den der staatlichen Rechtsordnung. Solche Kritik wäre nach wilhelminischer Moral, selbst wenn das Militär als Kern der Macht *nicht* mit dem Schutz des Geheimnis umgeben gewesen wäre, allenfalls ein Gegenstand der immanenten Staatskritik gewesen, kurz: die Sache eingeweihter, geprüfter, ausgewiesener Fachleute und deren Multiplikatoren. Die Geschichtskritik setzte erst in der Republik zur Blüte an, als es nicht länger anging, die «im Namen des Volkes» gesprochenen Urteile eben diesem Volk gänzlich vorzuenthalten. Keinesfalls war ein Ju-

stizangestellter hierzu kompetent. Das Argument *gegen* den Kritiker kehrte 20 Jahre später wieder, als Ossietzky die geheime Aufrüstung der Reichswehr kritisierte.

Ossietzkys frühe Kritik traf aber nicht nur zwei Legitimationsstränge des Bismarckreiches. Indem sie Mängel der Militärjustiz zur Sprache brachte, postulierte sie das *unverzichtbare Menschenrecht* gegenüber dem staatlichen Apparat. Das war nicht vorgesehen in einem Reich, das als militärisch-industrieller Komplex verfaßt war, und seine Sittlichkeit auf die Tugenden des Gehorsams, der Disziplin, der Unterordnung, der Pünktlichkeit und des Durchhaltens bis zur Selbstaufgabe stützte.

Es waren ursprünglich Tugenden soldatischer Subordination, die im deutschen Entwicklungsmodell die klassischen Kardinaltugenden der Weisheit, Besonnenheit, Tapferkeit und Gerechtigkeit verdrängten. Die allgemeine Wehrpflicht als «Schule der Nation» hat auch die Arbeiter und Bauern im Sinne dieser Moral imprägniert, und das Institut des Reserveoffiziers die Bourgeoisie militarisiert. Für Produktion und Produktivität erwiesen sich die militärischen Tugenden der Subordination als vorteilhaft. Präzision und Pünktlichkeit beeindruckten insbesondere Beobachter aus Entwicklungsländern, wie Lenin, der sie via Bolschewistische Partei durchzusetzen versuchte, und Bakunin, der an der deutschen Präzision sein anarchistisches Gegenbild orientierte. Die Argumente gegen die Arbeit als Religionsersatz hatte freilich schon ein Halbjahrhundert früher Lafargue gegen seinen Schwiegervater Marx vorgebracht. Die Deutschen wurden in diesem Sinne die einzigen Marxisten, ob sie es wußten oder nicht.

Im Innern wurde die Kritik der industriell aktivierten Obrigkeitsschemata als Angriff auf die öffentliche Moral zurückgewiesen, denn sie stellte nicht nur Legitimationsstränge sondern die herrschende Praxis, somit die materielle Lebensgrundlage infrage. Die deutsche Arbeiterbewegung schloß dieserhalb immer wieder ihre anarchischen Abweichler aus, und der Papst der bürgerlichen Soziologie, Max Weber, definierte im Banne dieser Moral Herrschaft schlichtweg als ein Verhältnis von Befehl und Gehorsam. Die Menschenrechte standen nicht im Lehrplan der «Schule der Nation».<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup> Vgl. neuerdings Manfred Messerschmidt: Militärgeschichtliche Aspekte der Entwicklung des deutschen Nationalstaates, Düsseldorf 1989 (Droste Verlag).

## V

Ich bin auf die Widersprüche von Kritik und Moral im Vorkrieg eingegangen, weil sie in den 30 Jahren, die Carl v. Ossietzky bis 1938 noch zu leben blieben, im Deutschen Reich sich kaum verändert haben. Jedenfalls erhielt sich über den Ersten Weltkrieg hinaus bis zur Übergabe der Weimarer Republik an Hitler die Vorstellung, daß *Kritik innerhalb der herrschenden Moral*, am besten vom juristischen Positivismus aus, zu erfolgen habe, und daß sie mit Kriterien, die *nicht* der öffentlichen Meinung entsprachen, unzulässig sei.

Diese Auffassung hatte, am militärisch-industriellen Komplex und dessen Stärken und Schwächen orientiert, verheerende Folgen für die Meinungsbildung als schöpferischen Prozeß im allgemeinen und die Freiheit der Andersdenkenden im besonderen. Der Vorrang des *Grundrechtes der freien Meinung* vor Sonderinteressen ist auch in der Bundesrepublik noch umstritten und beschäftigt nach wie vor die Gerichte.<sup>3</sup>

Um gesellschaftlich eine Rolle spielen zu können, muß man eine haben. Im Wilhelminismus führte das Unbehagen in der durch die «Schule der Nation» «formierten Gesellschaft» zu bizarren Formen der Selbstdarstellung, wo die Uniform der nachgeäfften Militärkaste nicht paßte, also in weniger homogenen Milieus. Einem solchen entstammte Ossietzky. Seine Eltern waren im Nomadenstrom zu den Fleischtöpfen Hamburgs gezogen. Der Junge hatte Eingliederungsprobleme und durch den frühen Tod des Vaters und die Pflegemutter auch religiöse. Wenn Manès Sperber recht hat, daß jeder Mensch aus zwei Leben sich speist, den Eindrücken der eigenen Jugend und den Jugendeindrücken derer, die ihn erzogen haben, dann muß man bei Carl v. Ossietzky heftige innere Widersprüche vermuten, die sich aus dem polnischen Katholizismus der Ziehmutter und dem thüringischen, in der Wolle ketzerisch gefärbten Sozialdemokratismus des Ziehvaters ergeben haben könnten. Dem wäre nachzugehen.

Jedenfalls wuchs er in der konfusen Geisteswelt des Vorkriegs auf, in der das Fußvolk der industriellen Armee nicht nur materielle sondern auch *ideelle* Bleibe suchte, und seine Kritik brauchte einen Anker. Die militariisierte Industriegesellschaft produziert Neurotiker in großer Zahl, die persönliche Ohnmacht durch Prestigegewinn zu kompensieren suchen. Die

---

<sup>3</sup> Richard Schmid: *Letzter Unwille*, Stuttgart 1984 (Edition Cordeliers).



Jahrgänge um 1890 bieten hierfür prominente Beispiele, doch ist das Thema Neurose und Fundamentalismus m.W. nicht systematisch erforscht. Für unseren Zusammenhang mag es genügen festzuhalten, daß die Kritik Ossietzkys und die Kritik an Ossietzky zu seinen Lebzeiten in einer stark neurotisierten Gesellschaft verfaßt wurden. Alfred Adler stellte den Minderwertigkeitskomplex zum ersten Mal 1912 ausführlich dar. Zur gleichen Zeit und angeregt durch den theatralischen Pomp der politischen Präsentation mauserte sich die Bühnenkritik zur politischen und stellte den politischen Prozeß als Bühnenstück vor. Ob die Legitimationskrise des Wilhelminismus die Ursache oder die Folge dieser Vorgänge war, welche Bedeutung der Wirtschaftskrise von 1907 zukam, muß dahingestellt bleiben. Der massenhafte Jubel bei Kriegsbeginn 1914, die Zustimmung der *paraphrasierenden Kritik* und die Verkrampfung der politischen Akteure in ihren schon relativierten Legitimitätsanspruch rechtfertigten nachträglich die radikale Kritik des Vorkriegs; aber sie privatisierten sie zugleich.

## VI

Carl von Ossietzky brach unter diesen Eindrücken mit dem Monistenbund, in dem er seine geistige Heimat gefunden zu haben glaubte. Dessen Begründer, Ernst Haeckel, wollte Religion und Wissenschaft durch eine Lehre von der Einheit in einer «Substanz» verbinden, die materielle und psychische Erscheinungen komplementär vereinigt.

Der Begriff des «Monismus» entstammt der theologischen Tradition. Er wurde um 1900 für vielerlei Reformbewegungen in Anspruch genommen, um offenkundige Widersprüche zu versöhnen, wie die zwischen Religion und Wissenschaft, Natur und Technik undsofort. Dahinter steckte das Bedürfnis nach einem einheitlichen Prinzip in der immer komplizierter werdenden Welt mit ihren zunehmenden Orientierungsschwierigkeiten.

Die monistische Weltanschauung wollte aus wissenschaftlich begründbaren Sätzen Orientierung als Lebenshilfe gewinnen und das exakte Denken zur Lebensreform einsetzen. Andere Bestrebungen zur einheitlichen Weltanschauung suchten politische Dogmen miteinander zu versöhnen, so der Pfarrer Friedrich Naumann mit seinem National-sozialen Verein, oder sie erledigten den Dualismus, indem sie einer bestimmten Doktrin universale Geltung zusprachen und den Widerspruch als solchen verwarfen, wie der «Alldeutsche Verband» mit seinem Postulat vom deutschen

«Übermenschen». Die ideologischen Fronten waren also ziemlich klar, als Ossietzky mit ihnen konfrontiert wurde: dogmatischer Absolutheitsanspruch hier - Reformvernunft dort.

Haeckels Gründung fiel in die Zeit der allgemeinen Verunsicherung durch die Wirtschaftskrise von 1907 und den vom Balkan her drohenden Krieg. Die Angst vor der Zukunft förderte Reformbestrebungen quer durch die Klassen: pietistische «Zungenredner» traten auf. Die Mädchenschulen wurden reformiert, das Frauenstudium erlaubt. Lebensreformer wie Rudolf Steiner und Gustav Wyneken kamen hervor. Die Expressionisten revolutionierten die Anschauungsweisen, Anarchisten um Gustav Landauer vertraten eine neue, mystisch gestimmte Humanität: «Aufruf zum Sozialismus».<sup>4</sup>

## VII

Der junge Ossietzky lebte ganz in diesem Trend; aber er war wohl von Beginn an, was man heute einen «Realo» nennt. Er kannte den Justizapparat von innen, die Existenzangst der sogenannten «kleinen Leute» aus eigener Erfahrung. Kritische Kompetenz wurde ihm von Anfang an abgesprochen. Schon seine Kritik der Militärjustiz in der Wochenschrift «Das freie Volk» der «Demokratischen Vereinigung» brachte ihm 1913 eine Geldstrafe wegen Beleidigung ein, und als «Beleidigung des neuen Deutschlands» wurde dann ja auch 1936 die Verleihung des Friedens-Nobel-Preises an Ossietzky bezeichnet. Die zweiundzwanzig Jahre zwischen Ossietzkys Erstveröffentlichung, einem Leserbrief vom Februar 1911, und seinem letzten Beitrag zur «Weltbühne» vom 28. Februar 1933, war der Zusammenhang von Bürgerrecht und Frieden Ossietzkys Thema in Mitteilung und Antwort.

Man kann darin *seine* Interpretation der monistischen Philosophie sehen: Das Recht des Menschen und der Frieden ergänzen sich. Sie sind komplementär, wie Kant sie verstanden hat; aber es wäre wahrscheinlich eine Überinterpretation der Ossietzkyschen Publizistik, wenn man sie bewußt darauf angelegt sähe. Er urteilte von Fall zu Fall, zuerst in der Wochenschrift «Das freie Volk», dann in verschiedenen Zeitungen und Zeit-

---

<sup>4</sup> Klaus Vondung: Die Apokalypse in Deutschland, München 1988 (dtv 4488), S. 85 ff.

schriften, dann wieder in den Berliner Wochenschriften «Montag Morgen», «Das Tage-Buch» und «Die Weltbühne» von 1924-1933. Die Äußerungsmöglichkeiten des Journalisten werden vom Erscheinungsrhythmus seines Mediums bestimmt. Die Form wirkt auf den Inhalt ein. Das Gebot, unabgeschlossene «aktuelle» Ereignisse aufgreifen zu müssen, um ihre möglichen Konsequenzen denkerisch *vorwegnehmen* zu können, gibt schließlich den Ausschlag. Die monistische Reformvernunft wendet sich vorzüglich gegen Überlieferungen, Verhärtungen und, wie Hannah Arendt das formuliert hat, «fragwürdige Traditionsbestände».

## VIII

Für Ossietzky waren nicht nur die kirchlichen Institutionen fragwürdig, denen der Monismus seine Absage erteilte. Er fand allenthalben und *von Tag zu Tag* Beispiele einer Unvernunft, die sich weigert, die Verhältnisse so zu ordnen, wie es die Wissenschaft erlaubte und das christliche Friedensgebot forderte. Von 1924-1926 prangerte er im «Montag Morgen» regelmäßig «Die Sünde der Woche» an. Ossietzky schrieb in einem Dutzend kleiner, eher marginalen Publikationsorganen. Etwa dreieinhalb bis viertausend Zeitungstitel machten bis ins Hitlerreich hinein die deutsche Presselandschaft aus: Neben der Mehrzahl kleiner und kleinster Blätter die Minderheit der großen bürgerlichen Zeitungen als eine Art Transmission des militärisch-industriellen Komplexes. Sie gaben der paraphrasierenden Kritik Raum und kritisierten die Regierungen wie eine Aktionsversammlung die Geschäftsführung, je nach der Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen; aber nicht einmal ein Dutzend Zeitungen war überregional verbreitet.

Auflagen nähren sich aus gängigen Meinungen. Das Mittelmaß aus dem zahlenden Querschnitt ist das Rezept, nach dem gemeint wird. Erlaubt ist, was vielen gefällt, nicht, was vielen mißfällt. Darum ist im Ritus der täglichen Wiederholung, die sich an den Querschnitt wendet mit Morgenzeitung, Mittagsausgabe, Abendblatt kein Platz für radikale Kritik. Sie wird allenfalls «unterm Strich» im Feuilleton zugelassen, wo ihre sprachliche Raffinesse den Inhalt entschuldigt, *weil* sie gefällt. Kritik als Unterhaltung, als literarisches Schmankerl, als Provokation der öffentlichen Moral fällt unter den künstlerischen Kanon. Die 20er Jahre waren voll davon wie ihre Feinschmeckerläden.

Man darf das Feuilleton nicht unterschätzen; doch war es Ossietzkys Sache nicht, auch wenn er glossieren, ironisieren, spotten konnte wie nur einer; aber sein Thema war begrenzt auf die Kritik der hohen Legitimationsansprüche der Deutschen und deren schäbige Verwirklichungen. Davon kam er zeitlebens nicht los: «Der Leisheit, dem Zögern und Stocken seiner Redeweise», schrieb Schwarzschild im Nachruf (NTB 14.5.38), «entsprach ein zarter, etwas gebeugter, in sich eingesunkener Körper. Dem filigranen Charakter seines Denkens entsprachen höchstgradig empfindsame Nerven. Sich diesen Menschen, der, wenn er einen unangenehmen Brief erwartete, so übersensitiv war, daß er lieber tagelang kein Kuvert öffnete und die ganze Post liegen ließ, - sich diesen Menschen als Moorsoldaten, überhaupt unter dem Befehl von Bütteln vorzustellen, ging über alle Phantasie. Ganz aufs Schreiben und nur aufs Schreiben konzentriert, - er selber hatte niemals anderen Ehrgeiz - konzentrierte er sich auch im Schreiben noch ganz auf ein abgegrenztes Feld.»

Auch die öffentliche Moral einer Republik hat ihre Büttel. Ihre symbolische Gewalt geht der brachialen Gewalt voraus. Wenn die Niederlage von 1914-1918 das Deutsche Reich als militärisch-industriellen Komplex zwar geschwächt aber nicht beseitigt hatte, waren die Büttel in der Republik wesentlich dieselben wie im Kaiserreich.

Die in der Weimarer Verfassung angelegte Legitimation des neuen Staates aus den freiheitlich-demokratischen, humanistischen Überlieferungen blieb verbal. Ihre Verfechter standen auf verlorenem Posten, wenn sie denn standen. Publizisten, die den republikanischen Anspruch radikal vertraten, wie Kurt Eisner, Liebknecht, Rosa Luxemburg, Hans Paasche, Gustav Landauer, Walter Rathenau wurden ermordet. Die Chefredakteure der national und international verbreiteten Zeitungen, spannen, ganz dem Establishment zugehörig, alte Fäden fort oder knüpften sie neu an. Sie hatten *keine* Legitimationsprobleme. In die Standesvertretung der Presse zogen überwiegend professionelle Anpasser ein, so daß die Großmächte der Restauration, - Industrie und Militär - leichtes Spiel hatten, zumal sie nicht nur große Teile der Presse sondern auch das neue Massenmedium Film kontrollierten.

## IX

Ossietzky beschrieb das Verhängnis 1914: «Da haben wir das wahre Gesicht des konservativen <Deutschtums>; überall grinst uns die Lüge an; überall lesen wir die Einschränkung: <[...] wenn es nicht gegen unseren Profit geht!>» und weiter: «Der gute deutsche Bürger aber läßt sich weiter irreführen, und wenn er einmal zum Selbstdenken erwacht, flugs wird ins nationalistische Horn geblasen, und Michel ist wieder eingeschüchtert. Die Aufklärungsarbeit ist schwer. Es gilt, Berge von Mißtrauen und Verhetzung abzutragen, die die Reaktion in Jahrzehnten zusammengeschiebt hat, um dem betrogenen Volke den freien Ausblick zu rauben. Die Liberalen haben überall versagt. Demokraten an die Front!»

Vier Monate später sollten auch die deutschen Demokraten an die Front gehen, aber eine andere als die der «Aufklärungsarbeit» und in einem anderen Sinne als der 25jährige Autor gemeint hatte. Vier Jahre später ein «Wort an alle Schwachmütigen»: «Der Revolutionär ringt mit seinem Popanz». Es ging nicht um Selbstdarstellung, sondern um Wirksamkeit. Der 1916 verstorbene Psychiater und Soziologe F. Müller-Lyer hatte Wirksamkeit (im Anschluß an Friedrich Engels' Hoffnung auf die Menschen als «Herren ihrer eigenen Vergesellschaftung») als «Kulturbeherrschung» und «Aktivismus» bezeichnet. Ossietzky überschrieb einen Programmaufsatz in den «Monatsblättern des Deutschen Monistenbundes, Ortsgruppe Hamburg»: «Ein Wort über Aktivismus». Im selben Jahr verwarf er den Mißbrauch der Wissenschaft im Kriege: «Wir müssen die Wissenschaft wieder menschlich machen [...]. Wir könnten sehr viel Wärme in die Welt bringen.»

## X

Fortan durchzog die Idee der «Kulturbeherrschung» Carl v. Ossietzkys Schriften. Er begriff die Publizistik als einen Wegweiser zur Fortführung der Kultur und verstand die Politik als das Mittel, diese menschheitliche Aufgabe zu lösen. Die Einheit der *civitas humana*, der wohlgeordnete Status aller Menschen, war das Ziel, in dem sich die Widersprüche der Nationalstaaten lösen sollten. Mit diesem Ziel hat er zu den Reparations- und Demilitarisierungsverhandlungen von Spa (Juli 1920) in der «Neuen Schweizer Zeitung» über «Spa und die deutsche Psyche» u.a. folgendes

geschrieben: «Man hat im Laufe der Zeit gelernt, mit Pauschalurteilen über ein ganzes Volk sehr vorsichtig zu sein. Und wenn man die Deutschen so oft als <rettungslos militaristisch infiziert> bezeichnet, so ist daran unstreitbar sehr vieles richtig, aber man darf darunter nicht ohne weiteres das Schwärmen eines gesamten Volkes für die Freuden des Kasernenhofes und alle üblen Folgen eines mehr als selbstbewußten Militarismus verstehen. Im Gegenteil, die Kaserne ist von weiten Volksschichten immer als ein infames Zwangsinstrument aufgefaßt und dem Zuchthaus gleichgesetzt worden. Das eigentlich Vergiftende war die Institution des Reserveoffiziers, die es der lieben Jeunesse dorée und strebsamen Sprößlingen des Kleinbürgertums in die Hand gab, das persönliche Nichts mit der schimmernden Aura feudaler, also unbürgerlicher Anschauungsformen zu umkleiden und durch die zu rechter Zeit ausgespielte Suprematie des <vornehmsten Rockes> wenn auch nicht eine Persönlichkeit, so doch den Vertreter einer privilegierten Klasse vorzustellen.»

Nicht der Militarismus allein, fuhr Ossietzky 1920 fort, sondern das Großmachtgefühl, das «in jedem Deutschen» vor 1914 atmete und lebte, verursachte vor 1914 die psychischen Blockaden gegen die 1920 gebotene Vernunft: «Durch Jahrhunderte war das alte Reich ein Jammerbild von Schlamperei und Duodez-Despotismus gewesen. Nun war ein Zug straffer Zentriertheit hineingekommen. Der Aufschwung war endlich da! Der Aufschwung, ja das ist das Wort. Und keines war beliebter in der wilhelminischen Ära. Großmacht und Aufschwung! Und auch die rötteste Opposition war glücklich über ihr weites Paradefeld für den Aufmarsch der Arbeiterkolonnen.»

Ossietzky sah in der Weigerung, diese Geistesart zu revidieren, den Grund des Unfriedens nach Versailles; statt zu verhandeln, wollen die Deutschen «ein paar Fetzen graues Tuch als Siegeszeichen mit nach Hause bringen», Haubitzen und Flieger für die Reichswehr. Dabei hat der Friedensvertrag unleugbare Schwächen: «Die wirtschaftliche Seite des Friedensvertrages ist unhaltbar, die territoriale fehlerhaft, der Völkerbund nur ein Wechsel auf die Zukunft. Das alles schrie nach Korrekturen. Nur eines stand fest, unumstürzbar: - die Abrüstung [...]».

Die Artikel in der «Neuen Schweizer Zeitung» waren wohl das Beste, was seitdem zur politischen Psychologie der Deutschen in Kürze geschrieben worden ist.

Ossietzkys Einschätzung der Pariser Verträge von 1919 deckte sich mit den Meinungen, die britische Teilnehmer der Verhandlungen, wie der Diplomat und Essayist Harold Nicolson und der Ökonom J. M. Keynes, seinerzeit geäußert haben. Mit dem Chefredakteur Louis Garvin vom Londoner «Observer» stimmte er fast vollständig überein: «Man muß mit den Völkern und nicht mit den Politikern rechnen», hatte Garvin 1919 geschrieben: «Dieses Machwerk ist ohne Zukunft. Entweder wird es in wenigen Jahren durch die einmütige Zustimmung aller Beteiligten geändert, oder ein noch verheerenderes Schicksal wird über uns hereinbrechen [...]».

Eine nur auf militärischer Macht basierende Friedensordnung widersprach dem gesunden Menschenverstand. Den Deutschen bleibe keine andere Hoffnung als die Revanche. Sie würden alles daran setzen, sich mit Rußland zu verbünden, «eine günstige Gelegenheit abpassen», denn der Vertrag verknüpfte Deutschland und Rußland durch ein Band gemeinsamer Interessen «ganz besonders im Hinblick auf die zwischen ihnen gelegenen neugeschaffenen Staaten.» Man habe aus dem Krieg lernen müssen, wie «leicht ein wissenschaftlich und industriell hochstehendes Volk Waffen und Heere im Notfall aus dem Boden stampfen kann.»

## XI

«Viele Feinde hat das deutsche Volk in der Welt. Aber die schlimmsten trägt es in sich» schrieb Ossietzky in der «Berliner Volkszeitung» vom 27. Juni 1920, und im selben Aufsatz: «Es geht um die Existenz der Demokratie. Keinen Augenblick darf sie sich von einer an sich verständlichen Massenstimmung hinreißen lassen. Mitten in der allgemeinen Entrüstung über die Entente politik muß sie mit unerbittlicher Schärfe auf jene hinweisen, die sie als wahre Urheber des Unglücks erkannt. Völkerpolitik wird nicht mit Temperamentsausbrüchen gemacht. Eine nationale Pflicht nur hat der Deutsche heute: jede pomphafte Gebärde zu vermeiden und still zu arbeiten! Nationale Würde, das ist nicht vaterlandsparteiliche Schmierenspathetik, sondern Besinnung und Abrechnen mit sich selbst. Patriotismus, das sei Handlung und nicht Wort [...]. Wir Deutschen sollten den Klärungsprozeß nicht mit Tiraden aufhalten. Wir, die von Mißtrauen Zernierten, können viel zum Aufbau der Kriegsstimmung und damit zur Entwaffnung der Welt beitragen, wenn wir offen zum Ausdruck bringen, daß nach den blutigen Erfahrungen von vier Kriegsjahren eine Rückkehr zu

politischen Grundsätzen unmöglich ist, die nicht wenig mitschuldig waren an der Entfesselung des Krieges.»

Aber schon ein paar Monate später, im März 1921, sah er die Chance zum Frieden gefährdet, wenn nicht gar schon vertan: «Daß auf eine Revolution eine Gegenrevolution folgt, ist, wie die Geschichte lehrt, nicht absonderlich, sondern normal. Aber daß der Revolution gleichsam vom ersten Tage an die Gegenrevolution auf den Fersen ist, das ist ein Vorgang von typischer Deutschheit und deshalb einzig dastehend [...]. Gerettet ist zwar die neue Staatsform: die Republik - sie lebt, kein Zweifel, aber wie? [...] Die Republik hätte sich zu einem neuen Geist bekennen müssen. Sie hat es versäumt, als es Zeit war. Sie hätte einen Strich machen müssen unters Vergangene - und sie zog einen dicken, weithin sichtbaren Bindestrich.» Ossietzky glaubte 1920, der deutschen Republik stünden noch zwanzig bittere Jahre bevor, ehe der Begriff im Volk lebendig geworden sei. «Unsere Republik ist noch kein Gegenstand des Massenbewußtseins, sondern eine Verfassungsurkunde und ein Amtsbetrieb [...]. Um diesen Staat ohne Idee und mit ewig schlechtem Gewissen gruppieren sich ein paar sogenannte Verfassungsparteien, gleichfalls ohne Idee und mit nicht besserem Gewissen, nicht geführt, sondern verwaltet.» So im «Tage-Buch» vom 13. September 1924 zur Gründung des «Reichsbanner Schwarzrotgold». Im selben Jahrgang der Wochenschrift hat Ernst Bloch zum Hitlerputsch vom November 23 geschrieben, Hitler stelle «eine Truppe mit Mythos» auf. Das Dilemma der Republik war offensichtlich.

Ossietzky kritisierte die Zeitschrift des «Reichsbanner» als die schlechte Kopie einer Armeezeitung und daß aus einer Sache des Geistes eine «Mützen- und Uniformangelegenheit, eine unverfälschte Kriegervereinsangelegenheit» geworden sei. «Und der Effekt? Reichsbanner zelebriert Verfassungsfeiern, Reichsbanner macht Stechschritt, Reichsbanner drapiert Potsdam schwarzrotgold, Reichsbanner prügelt sich mit Kommunisten - und Fechenbach sitzt im Zuchthaus. Das ist der Humor davon.»

Felix Fechenbach war der Sekretär des 1919 ermordeten ersten Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern, Kurt Eisner, und wegen Landesverrat 1922 zu elf Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Er kam erst 1928 frei und wurde 1933 beim Transport ins KZ Dachau «auf der Flucht erschossen». Ossietzky setzte 1924 sich dafür ein, ihn zu befreien: «Derweil aber werden weiter Einheitswindjacken vertrieben und Militärbrotbeutel und Sattelschärpen, einfache Ausführung, dto bessere Ausführung, gefüttert, dto



Seidenmoiré, mit Goldfransen (siehe Bundesorgan). Frei Heil! Wer auf den ewigen Korporal im Deutschen spekuliert hat, der hat noch niemals falsch spekuliert.»

«Der Pazifismus muß politisch werden, und nur politisch» forderte Carl v. Ossietzky 1924. Enttäuscht wandte er sich von der *Organisation* der Pazifisten ab, wie er sich mit dem gleichen Argument, daß ihnen politische Verantwortung mangle, von den organisierten Monisten abgewandt hatte.

## XII

Wie vertrug sich Ossietzkys Vereinzelung mit der um sich greifenden Spekulation «auf den ewigen Korporal im Deutschen?».

Konnte man den «ewigen Korporal» in so etwas wie eine «Heilsarmee der Demokratie» überführen? Ossietzky schrieb, vor allem die Kriegspropaganda habe geklappt und die Republik leide unter den Nachwirkungen. Gleichzeitig notierte ein Jahrgangsgleicher, Adolf Hitler, der Krieg hätte gewonnen werden können, wenn die Propaganda besser gewesen wäre. Hitler organisierte die Korporale, das Gebrüll und den unbewußten Marschrhythmus, von dem Ossietzky gesagt hat, er habe der Republik immer gefehlt. Ossietzky setzte auf die Vernunft, auf die Sprache, auf das Bewußtsein. So am 29.11.1927 aus Anlaß des 60. Geburtstages des Generals Wilhelm Groener, der 1918 im Auftrag der Obersten Heeresleitung den Kontakt mit dem Volksbeauftragten Friedrich Ebert hielt und dafür sorgte, daß die Sozialdemokraten Konzessionen machten. «Das Reichsbanner», schließt Ossietzky sarkastisch, «hat neulich ein Dreimännerdenkmal Ebert, Erzberger, Rathenau vorgeschlagen. Die Zusammenstellung ist nicht ganz glücklich. Man sollte sich auf ein Ebert-Groener-Denkmal beschränken, das die beiden darstellt, wie sie sich im Novemberpakt die Hände reichen. Das Schicksal der Republik von gestern und heute und für das ungewisse Morgen liegt in diesem Händedruck.»

Die Bemerkung über das Ebert-Groener-Denkmal kennzeichnet den Stil der Ossietzkyschen Kritik. Indem er aus der Schärfe des Gedankens den Vorgang ins Bild übersetzt, eröffnet er seinen Lesern neue Dimensionen zum Nachdenken. Zuvor war ein Ebert-Groener-Denkmal unvorstellbar. Jetzt nahm es in Gedanken Gestalt an. Es versinnbildlichte den Text aus dem Mund Groeners: «Er - Ebert - war jederzeit bereit und vorbehaltlos bereit, seine persönlichen und politischen Anschauungen und Wünsche

zurückzustellen, wenn es galt, der Not des Vaterlandes gerecht zu werden. Auf diesem gemeinsamen Boden haben sich die damalige Oberste Heeresleitung und Friedrich Ebert zum festen Bunde die Hände gereicht, um der Revolution Herr zu werden und dem deutschen Volk Recht und Gesetz wiederzugeben.» Glaubt Groener wirklich, fragte der Autor Ossietzky, «mit dem patriotischen Führungsattest für Ebert auch nur einen einzigen Konservativen zu überzeugen? Die Leute wollen alle Gewalt, und sie pfeifen darauf, ob Ebert ein guter oder schlechter Patriot gewesen ist. Wohl aber muß solche Eröffnung erschütternd auf die Arbeiterschaft wirken [...]». Ebert durch das Zeugnis Groeners für Millionen ein Verräter?

### XIII

«Erste politische Tugend: auszusprechen, was ist!» Mit diesem Motto von 1920 kam Ossietzky notwendigerweise in Konflikt mit Politikern *aller* Parteien, die der geheimen Aufrüstung der Reichswehr zustimmten. Ihre politisch motivierte Geheimhaltung hat die Aktivitäten der Liga für Menschenrechte, der Friedensgesellschaft und einzelner Publizisten wie Ossietzky, Carl Vetter, Otto Lehmann-Rußbüldt, nicht zuletzt die von Emil Gumbel desavouiert. Die deutsche Republik ließ zu, daß die Meinungsfreiheit kriminalisiert und damit eine politische Kardinaltugend zum Verbrechen erklärt wurde. Nicht die Wahrheitssucher der «Weltbühne», der «Welt am Montag», des «Tage-Buch», des «Montag Morgen» und anderer pazifistischer Zeitungen haben die Republik zerstört, sondern die *faktische Unterdrückung der republikanischen Grundrechte* durch eine militärfromme Justiz.

Friedrich Wilhelm Försters Aufsatz in der «Weltbühne» über «Deutschlands Entwaffnung» und sein Echo möge als Beispiel dienen. Zwar setzten die Gerichte voraus, daß der Staat immer im Recht sei; aber sie verschlossen sich der logischen Konsequenz, daß ein unrechthuender Staat dann auch nicht mehr Staat sein kann. Ein Unrecht war es aber, den Fluß der freien Meinungen, ohne den Demokratie nicht sein kann, mit Hilfe militärischer Geheimhaltungsvorschriften auszutrocknen, somit die für geheim erklärten Aktivitäten von Staatsorganen von staatswegen vom Gesetz zu befreien, das für *alle* gelten soll. «Wenn man die Geheimhaltung erzwingen wollte», zitierte Carl v. Ossietzky im Femeprozeß (1927) eine verurteilende Kammer, «so mußte mit der brutalsten Gewalt gekämpft werden [...]. Die

Feme, das war die Einrichtung, die sich notwendig ergeben mußte, wenn die Geheimhaltung über alles ging.»

#### XIV

Indolenz, Gleichgültigkeit, jene Beliebigkeit, die heutzutage als «post-moderner» Schrei gegen die Aufklärer gilt, war für die Publizisten der «Weltbühne» unter Ossietzky das schlechthin Miserable; aber sie konnten mit ihren rationalen Argumenten in einem Blättchen, das ein paar tausend Intellektuelle erreichte, nicht gegen die politischen «Bewegungen» aufkommen, die «das Leid der Anonymen» in Dienst nahmen, indem sie Arbeitslosen Uniformen verpaßten.

Ossietzky kam *nach* der Wende von 1925 zur «Weltbühne» und seine Tätigkeit dort begann unter dem reaktionären Vorzeichen der Zeit: Innenpolitisch hatte sich mit der Wahl des preußischen Generalfeldmarschalls von Hindenburg zum Reichspräsidenten eine knappe Mehrheit ihren «Ersatzkaiser» gewählt. Im selben Jahr wurde der österreichische Putschist Hitler aus der Haft entlassen, in der er seine Programmschrift «Mein Kampf» verfaßt hatte. Die Republik versäumte, ihn des Landes zu verweisen. Er begann sogleich, die NSDAP neu zu organisieren. Die Wahl Hindenburgs war auch ein Plebiszit gegen die Friedensbewegung.<sup>5</sup>

Außenpolitisch stabilisierte sich in der Zusammenarbeit der Außenminister Briand und Stresemann das Verhältnis Deutschland-Frankreich. Ossietzky unterstützte diese Fortschritte mit leiser Skepsis. Ähnliches gilt für seine Kritik an Coudenhove-Kalergis «Paneuropa»-Propaganda von der er schrieb, es wirke «auf die Dauer ärgerlich», wenn eine grundreaktionäre Idee mit einem Aufwand vorgetragen werde, «als ginge es um eine Revolution, wenn die Sache Metternichs mit der Sprache Mazzinis verteidigt wird.» Diese Sprache war doppelzünftig. Coudenhove sprach, wie viele Politiker, mit verschiedenen politischen Akzenten, je nachdem, wen er ansprach.

Doppelzünftig war auch die deutsche Außenpolitik nach den Westverträgen von Locarno. Sie wollte sich die russische Option offenhalten, die einzige Garantie für die Grenzrevision gegenüber Polen. Der «Berliner Vertrag»

---

<sup>5</sup> Gordon Craig: Deutsche Geschichte 1866-1945, München 1980 (Beck), S. 419.

(1925) zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion regelte in einem Geheimzusatz auch die militärische Zusammenarbeit der Reichswehr mit der Roten Armee. «[...] die Not schafft seltsame Schlafkameraden» kommentierte Ossietzky im Dezember 1926, als der «Manchester Guardian» die bedrohliche Kameraderie der beiden großen Verlierer von 1914-1918 offen gelegt hatte. 1927 war Ossietzky vom friedlichen Charakter der Sowjetmacht überzeugt. Er hielt ihr die Bedrohung durch die kapitalistischen Mächte zugute. Auch durchschaute er den Antikommunismus als ein demagogisches Mittel, die Massen zu disziplinieren. Andererseits ließ er auch keinen Zweifel am sozialreligiösen Aspekt der Konfrontation, verhöhnte den «Moskauer Heiligen Stuhl» und dessen Dogma. «Die deutsche Kommunistenpartei ist nicht mehr bewegliche Apostelgemeinde, sondern Kirche. Wir glauben aber nicht mehr an Kirchen, auch nicht, wenn sie Gott gestürzt und durch Karl Marx ersetzt haben.» So beantwortete er die für die Republik lebenswichtige Frage, «Gibt es noch eine Revolution?», negativ.

Lüge links, Lüge rechts, Lüge in der Mitte. Das war das publizistische Umfeld, in dem Carl v. Ossietzky, der «Marquis v. O.», wie ihn der Kollege Tucholsky gelegentlich hänselte, versuchte, die Politik auf das Maß der praktischen Vernunft zu bringen. Mehr und mehr mußte er dabei Bertrand Russells Einwand gegen den Monismus zur Kenntnis nehmen, daß *die Relationen eigene Größen* sind und *nicht* den Bezugsgrößen innewohnen. Wer hätte geglaubt, daß die sozialen Beziehungen der reaktionären Reichswehr und der revolutionären Roten Armee eigene Größen gegenüber dem Verhältnis der Moskauer Partei zu ihrer deutschen «Bruderpartei» sein könnten? Sie waren es.

Die Beziehungen und die Persönlichkeiten blieben dem Publizisten, um an ihnen seine Kritik festzumachen, nicht aber die überlieferten Konzeptionen. «Wäre die Ökonomie im Leben der Völker», heißt es über die Nazis im Februar 31, «allein ausschlaggebend und die Persönlichkeit Nebensache, so müßte Hitler schon lange deutscher Diktator sein [...]. Die Republik ist eine leere Schale geworden, deren auch vorher nicht allzu reicher Inhalt von Herrn Brüning konfisziert worden ist, soweit ihn nicht die tapferen SA-Männer zertrampelt haben. Mögen sie im Zeitungsviertel heute Victoria blasen, morgen wird wieder eine andere Nummer aufgesteckt werden.» Und in einer Kritik der Kritik, die an Lion Feuchtwangers zeitgeschichtlichem Roman «Erfolg», 1930, geübt wurde: «Der Fascismus tritt über die Politik in die Literatur ein. Was sollen da Autoren, die noch mit den Emblemen der

republikanischen, der sozialistischen und demokratischen Epoche kommen? Da gilt es, Abstand zu halten. Der Rezensent setzt sich hin und schreibt mit leerem Herzen und vollen Hosen seine ablehnenden Verdikte.» Er spüre um sich ein leises Wandern, vermerkte Tucholsky in dieser Zeit, «sie rüsten zur Reise ins Dritte Reich.» *Indolenz* gegenüber der Republik wandelte sich in den *Opportunismus* der «nationalen Erhebung». Im Widerspruch zu solcher Verlogenheit führte der «Republikaner ohne Republik» seine berühmten Prozesse für die Pressefreiheit - und verlor. Die Reichstagsfraktion der NSDAP forderte im März 1930 die Todesstrafe für «Volksverrat» und hatte im September ihren großen Wahlsieg.

## XV

Im Nachhinein besteht kein Zweifel, wie das ungleiche Werben um die öffentliche Moral ausgehen mußte; aber es ist auch kein Zweifel erlaubt, daß Carl v. Ossietzky in der deutschen Sache recht behielt. Eine Sünde, die nach einem Wort Maximilian Hardens nie verziehen wird. Auch heute nicht, ein halbes Jahrhundert nach dem Tod dieses Märtyrers der Republik von Weimar. Die Popanze, die Hitler aus dem Hut gezaubert, die Uniformen, die er den Deutschen verpaßt, die Trümmer, die sein Regiment hinterlassen hat, sind beseitigt. Deutschland ist wieder ein militärisch-industrieller Komplex wie vor Hitler, führend auf dem Kontinent.

Vom Schriftsteller Ossietzky, der «kein Mann der Barrikaden» sein wollte, blieb die Schrift. Sie widersteht Raum und Zeit und bleibt lebendig in ihrem Widerspruch zur erfolgreichen Spekulation auf «den ewigen Korporal im Deutschen».

Man kann Ossietzky Irrtümer nachweisen und Fehleinschätzungen, aber nicht die geringste Schwankung in seiner demokratischen Gesinnung. Als er verurteilt war, schrieb er 1931 unter der Überschrift «Ich - ein Landesverräter»: «Noch leben wir aber in der demokratischen Republik, auf deren Grundsätze ich schwöre, und die ich vom Tage ihrer Geburt an verteidigt habe. Noch leben wir im Zustand verbürgter Meinungsfreiheit, noch immer in einem Staat, in dem das Militär den zivilen Behörden unterworfen ist. Deshalb werde ich weiter dafür einstehen, daß der Geist der deutschen Republik nicht durch eine mißverstandene Staatsräson verfälscht wird.» Aber diese Republik gab ihren Geist auf. Man könnte sagen: sie gab ihn ab an der Garderobe zum militärisch-paramilitärischen

Vorkriegstheater, das die Rechte inszenierte. Ossietzky behielt recht, daß Typen wie Mussolini und Hitler ihre Erfolge nicht ihrer Stärke, sondern den Schwächen der anderen verdankten. Die Symbolumkehr der Hindenburgwahl, 1925, recht sinnfällig im wiederaufgezogenen «Schwarzweißrot» als Handelsflagge der Republik, die 107 Nazisitze nach der Reichstagswahl vom September 1930 verweisen auf den kommenden *Sieg einer cäsaristischen Moral*.

Am Ende war die Moral der Republik, nicht ohne entscheidende Mitwirkung der legalistischen Kritik von oben her, so weit gedrückt, daß sie ihre radikalen Kritiker privatisierte.

Man macht es sich zu leicht, wenn die sogenannte «Machtergreifung» von 1933, die eine *legale* Machtübergabe in *weitgehender Übereinstimmung* mit der öffentlichen Moral gewesen ist, zum Wendepunkt stilisiert und das Ende von Weimar Kritikern zuschreibt, deren Kriterien Menschenrechte und Frieden gewesen sind, allen voran Ossietzky, dessen Weimarer Richter im Naziregime Karriere machten. Die Nazipartei war eine Allerweltpartei und ist durch Banalitäten und Plattitüden, nicht durch die Schärfe rationaler Kritik über die Mitte zur Macht gelangt.

Keine Kritik ohne das Risiko des Irrtums. Das gilt für die legalistische, die paraphrasierende und die radikale Kritik. Ossietzky vermutete am 10. Januar 1933, eine Militärdiktatur werde kommen, die Nazis könnten im Grunde mit gutem Gewissen von der Szene abtreten, denn ihre Mission sei erfüllt: «Deutschland nimmt die Diktatur als selbstverständlich hin, demokratische Prinzipien zählen nicht mehr, und jede Partei hat sich vom Nationalsozialismus infizieren lassen.» Der runde Tisch, an den Ossietzky zuvor Sozialdemokraten und Kommunisten zusammengerufen hatte, war leer geblieben. Es gab keine «Volksfront» in Deutschland, nur Kabale. Noch Ossietzkys Nachruf auf das Kabinett Schleicher, der am 31.1.1933 in der «Weltbühne» erschien, als Hindenburg schon Hitler zum Reichskanzler ernannt hatte, trägt die Überschrift «Kamarilla».

«Die Gegenrevolution hat kampfflos die Höhen besetzt. Sie beherrscht das Tal, und wir leben im Tal.» So am 7. Februar 1933 über die Regierung Hitler und deren publizistisches Umfeld. Dort machte er Journalisten aus, die dann ihr untrügbarer Sinn fürs Einträgliche heil durch die 12 Jahre des Hitlerreiches und in wohldotierte Spitzenpositionen der Bundesrepublik getragen hat. So Hans Zehrer, der doch, nach Ossietzkys Befund von 1933, «wie kein Anderer den Nationalsozialismus salonfähig gemacht hat.» Er

wurde «Hans im Bild» und dann der spiritus rector für Herrn Axel Springer. Ein anderer aus dem Kreis um die Zeitschrift «Die Tat» und Lieferant des nazistischen «Mitteleuropa»-Konzepts, Giselher Wirsing, war zufällig Chefredakteur der Wochenzeitung «Christ und Welt», als der Publizist Norbert Mühlent dort (13.3.64) «Pazifist, Republikaner, Weltbürger» den Redakteur Carl v. Ossietzky für den Untergang der Republik mitverantwortlich machte, weil er die Seiten der «Weltbühne» «nicht nur manchen talentierten und wohlmeinenden Federn, sondern auch allerhand hysterischen, nihilistischen, oft verantwortungslosen Kritikern, die die Grundfesten eben jenes Staates und jener Gesellschaft, die sie zu verteidigen vorgaben, unterminierten, geöffnet habe.» Mühlent nannte nicht Ross und nicht Reiter; aber Ossietzky hat von seiner Kritik an den Monisten während des Ersten Weltkrieges, über die des organisierten Pazifismus 1924 bis zum bitteren Ende Selbstkritik geübt. Was waren das für Grundfesten, ist doch die Frage, die Hysteriker, Nihilisten und Verantwortungslose unterminieren konnten?

Jede kritische Frage ist schon eine Antwort auf ihre Umwelt. Das ist die Lehre der «Weltbühne» für uns, und man muß dieser Kritik nachgehen und sie auf ihre Merkmale, ihre Eigenschaften, ihre Form und ihre Substanz prüfen. Erst die Probe auf die Kriterien läßt einen Schluß zu, was an dieser Antwort auf die Umwelt dran ist, die man Kritik nennt. Kritik legitimiert sich durch ihre Kriterien.

Ein Vierteljahrhundert nach Ossietzkys Tod folgte der Tragödie das Satyrspiel. Die öffentliche Moral des Kalten Krieges wollte, daß es böse «Linksintellektuelle» gab und liebe «Rechtsintellektuelle» gebe. Dementsprechend galt Ossietzky «nur noch als der Prototyp eines heimatlosen Linksintellektuellen, und damit wiederum ist er für manche ein Vorbild und für andere Gegenstand der Verachtung und des Tadels.» So der früh verstorbene Historiker Waldemar Besson zu Raimund Koplins Dissertation (FAZ 5.1.65). «Ein tapferer Doktrinär» war er am 21.4.64 anläßlich einer Besprechung des Erinnerungsbuches von Kurt Grossmann für dieselbe Zeitung. Die Einschätzung von Besson zieht sich durch bis in unsere Tage, nicht zuletzt durch die Unzulänglichkeit des Ossietzky-Nachlasses gefördert und durch die Legitimationsschwierigkeiten der Nachfolgestaaten des Deutschen Reiches immer wieder aktualisiert.

«Wir werden wohl mit neuen Menschen wieder beginnen müssen» schloß Carl v. Ossietzky seinen Aufsatz «Kavaliers und Rundköpfe» im Februar

1933. Die zweite Republik hat nicht mit neuen Menschen begonnen. Kein Staat beginnt mit neuen Menschen; aber die Fragen nach den guten Gründen und den Abgründen der Regierung erneuert sich in jedem Staat.

Manche Historiker der Weimarer Zeit, auch wohlwollend demokratische, wie Gordon Craig, und sozialdemokratische Autoren scheinen zu glauben, Ossietzky, die sogenannten «Linksintellektuellen» überhaupt, hätten in der ersten Republik aufhören müssen, nach den Gründen zu fragen, warum sie sich regieren lassen sollen.<sup>6</sup> Ganz falsch. Die Moral der Republik schwand dahin, die Demokratie ging zugrunde, weil «der Staat» selbst die obszönen Rechtfertigungen des militärisch-industriellen Komplexes legitimiert, hingegen die legitime Kritik an seiner und ihrer Legitimation unterbunden hat [...].

Vielleicht traf aber auch zu, wie Ossietzkys österreichischer Antipode, Joseph Roth seinerzeit in einer denkwürdigen Geschichte, «Die Büste des Kaisers» erzählt hat, daß das Volk «keineswegs von der Weltpolitik» lebte, sondern so, «als hätte es keinen Krieg gegeben, keine Auflösung der Monarchie, keine neue polnische Republik. Denn es ist einer der größten Irrtümer der neuen - oder, wie sie sich gerne nennen: modernen - Staatsmänner, daß das Volk (die <Nation>) sich ebenso leidenschaftlich für die Weltpolitik interessiert wie sie [...]. Und der ganze Weltkrieg und die ganze Veränderung der europäischen Landkarte hatte die Gesinnung des Volkes von Lopatny nicht verändert.»

---

<sup>6</sup> Es sei so grauenhaft, in eine Front mit der «Weltbühne» gedrängt zu werden, schrieb er nach Ossietzkys Strafantritt in Tegel an Stefan Zweig, 1934 an den selben, er bedauere nicht, daß «z.B. Ossietzky» im Konzentrationslager sei, «wieviel Schaden würde er anrichten, wenn er draußen wäre! Ich hasse diese <Charaktere>.» Vgl. Hermann Kesten (Hrsg.): Joseph Roth, Briefe 1911-1939, Köln. Berlin 1970 (Kiepenheuer & Witsch), S. 223, 373.





## Gerhard Kraiker/Elke Suhr

### *Ossietzky und der Sozialismus*

#### **A    Geschichtsauffassung und Sozialismusbegriff**

Unser Thema wurde bislang in der Literatur fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt behandelt, welche Einstellung Ossietzky in welcher Phase der Weimarer Republik zu den Arbeiterparteien und zu Aktionen der Linken hatte, welcher der beiden großen Richtungen in der Arbeiterbewegung er, trotz deftiger Kritik nach beiden Seiten, näher stand. Diese Fragestellung ist insofern auch naheliegend, als Ossietzky seine Grundanschauungen nie als Theorie systematisch entfaltet hat, sondern in der Form der Kritik oder gelegentlich in der einer Bezugnahme auf Theoreme.

Zuletzt hat Hans Kamnitzer mehr Übereinstimmung als geistige Gegensätze und politische Unterschiede zwischen Ossietzky und der KPD festgestellt, was er sowohl an Gemeinsamkeiten in den Zielsetzungen als auch bei tagespolitischen Fragen glaubt nachweisen zu können.<sup>1</sup> Kamnitzer erkennt bei letzteren die bedeutsamen Unterschiede in der Motivation, wie so häufig vor allem bei der Empfehlung Ossietzkys von 1932, Thälmann die Stimme bei der Präsidentenwahl zu geben; ebenso die bei Ossietzky prinzipielle, bei der KPD instrumentelle Liberalität in der Auseinandersetzung um den Blutmai und um das Verbot des Rotkämpferbundes. Werner Bramke hat hingegen am gleichen Ort, unseres Erachtens zutreffend, neben Übereinstimmungen zwischen Ossietzky und den Kommunisten die grundsätzlichen Differenzen herausgestellt. Am wichtigsten ist die von ihm verzeichnete Differenz in der «demokratischen Perspektive», dann auch im Plädoyer für die Wahl Thälmanns, an deren Begründung Bramke gerade die größere Nähe Ossietzkys zur Sozialdemokratie festmacht.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. in H. Reinhardt, Nachdenken über Ossietzky. Aufsätze und Graphik, Berlin 1989, S. 29 ff.

<sup>2</sup> Ebd., S. 156 ff.

Die Kontroverse über größere Nähe bzw. Distanz zu den Arbeiterparteien muß stärker das Faktum berücksichtigen, daß weder die SPD noch die KPD Ossietzkys Vorstellung von einer zeitgemäßen sozialistischen Arbeiterpartei entsprachen. Wenn er sich überhaupt mit einer der Linksparteien mehr als punktuell identifiziert hat, dann war es die USPD vor ihrem Eintritt in die Komintern. Im Jahre 1926, als Ossietzky an die Ausschaltung der Fischer-Maslow-Gruppe aus der KPD-Führung die Hoffnung knüpfte, dahinter könne der Wunsch nach einer großen einheitlichen Arbeiterpartei stehen, betonte er, eine solche müsse etwas ganz Neues, den Zeiterfordernissen Entsprechendes sein: «[...] nicht Sozialdemokratie, nicht kommunistische Partei, sondern die Partei, geboren aus den Kämpfen dieser Jahre, bereit für die Kämpfe von 1930. Wo sind in beiden Lagern die Führer dafür? Das wäre die Aufgabe der freiesten und jüngsten Köpfe in beiden, die Jugend aus dem Hader wie aus dem Kuhhandel zu retten und auszusöhnen. Die lieben Alten werden sich schon vertragen, wenn es die Machthaber in Moskau und in der Linden-Straße gestatten.»<sup>3</sup> Nach 1930 hätte Ossietzky bekanntlich schon ein reines Defensivbündnis von SPD und KPD zur Rettung der Republik für einen großen Fortschritt angesehen; dafür wäre bei der SPD die Aufgabe ihrer Konzessionsbereitschaft gegenüber den Rechtskräften Voraussetzung gewesen, bei der KPD die Einsicht, daß die Erwartung einer bevorstehenden Revolution mit dem Ergebnis einer deutschen Sowjetrepublik pure Illusion war. Beide hätten mit der gegenseitigen denunziatorischen Bekämpfung aufhören müssen.

Nicht nur entsprachen die existierenden Arbeiterparteien nicht den Vorstellungen und Erwartungen Ossietzkys, dieser entsprach als Publizist auch nicht denen der beiden Parteien. Der «Vorwärts» hat ihn kritisiert, die «Rote Fahne» hat ihn geradezu hämisch attackiert: «Warum dieser Haß Ossietzkys gegen die KPD? Es ist der Haß des sterbenden Bürgers auf die aufsteigende proletarische Klasse. Es ist der Haß des losgerissenen, entwurzelten, isolierten Intelligenzlers, der den bürgerlichen Boden unter den Füßen verloren hat, und der zu feige und zu aufgeblasen ist, den proletarischen Boden zu suchen, der nicht mehr von vorn anfangen, von der Pike auf dienen möchte.» (23.3.1928) In nüchterner Sprache läuft dieser Vorwurf auf das hinaus, was Karl Mannheim positiv als die «freischwebende Intelligenz», d.h. über den sozialen Klassen stehend, beschrieben hat. Der Vorwurf ist unberechtigt. Gewiß ist Ossietzky tief ver-

---

<sup>3</sup> Die Weltbühne 1926/1, S. 721.

woben in der bürgerlichen Kulturtradition und akzeptiert sie unkritisch als Autorität, aber politisch transzendiert er fortwährend die Position des aufgeklärt-liberalen Bürgertums und identifiziert sich zwar nicht mit den existierenden Arbeiterparteien, wohl aber mit der Arbeiterschaft als der neuen historischen Kraft.

Wir wollen es bei diesen Anmerkungen zur Diskussion um mögliche Zuordnungen Ossietzkys zu den Arbeiterparteien belassen und im folgenden den Versuch machen, uns stärker über die Analyse der Gehalte seiner Vorstellung von Sozialismus anzunähern. Die Kritik des Erscheinungsbildes einer Partei, ihrer Strategie und Tagespolitik schließt ja nicht Übereinstimmungen in den Grundanschauungen und Zielen aus, wie umgekehrt die Verteidigung des Oppositionsrechts einer Partei nicht zwangsläufig Zustimmung in den Grundsätzen bedeutet. Wir beginnen mit einigen Überlegungen zu Ossietzkys Geschichtsauffassung, dem Ausgangspunkt für Übereinstimmungen und Unterschiede in politischen Grundfragen.

\*

Die Geschichtsphilosophie der Aufklärung, die mit Namen wie Vico, Herder, Condorcet, Kant verbunden ist und in den Systemen von Hegel und Marx ihre Vollendung findet, stößt bekanntlich schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf Skepsis. Daß sich die menschliche Geschichte in historischer Gesetzmäßigkeit zur Freiheit entwickle, entsprach immer weniger einem bürgerlichen Bewußtsein, das zwar noch an dem technisch-ökonomischen, nicht jedoch am politisch-emanzipatorischen Fortschritt interessiert war. Bei Nietzsche sind schon nicht mehr die großen geschichtsphilosophischen Systeme Gegenstand der Kritik, sondern ihre bildungsbürgerlichen Surrogate. Bei ihm ist der Vermittlungszusammenhang zwischen individuellem Lebenssinn und gesellschaftlichem Fortschritt schon völlig zerrissen: die Willensstarken und Genialen bestimmen den Lauf der Geschichte, die Masse ist nur ihr Material. Züge des individualistischen Geschichtsverständnisses und des Elitären, wie es für den Geniekult kennzeichnend ist, finden sich auch bei Ossietzky. Nicht nur die Glosse «Kant und die Sträflinge»<sup>4</sup> ist dafür Beleg, sondern auch die Klage über einen fehlenden «führenden Willen» in der deutschen Revolu-

---

<sup>4</sup> Vgl. Lesebuch: Der Zeit den Spiegel vorhalten, hg. von der Forschungsstelle Carl-von-Ossietzky an der Universität Oldenburg, Reinbek 1989, S. 20 ff.

tion<sup>5</sup>, die 1919 ausgesprochene Annahme, es bedürfe jetzt der Baumeister und Wegweiser für die Deutschen - aus dem kulturellen Erbe gelten ihm Zarathustra, Haeckel, Ibsen, Hauptmann und Goethe als solche<sup>6</sup> - später der immer wieder festgestellte Mangel an Führern in den Parteien, deren Eignung er nach reichlich irrationalen Maßstäben beurteilt. Hilferding etwa gilt ihm als ungeeigneter Parteiführer, weil er unfähig sei, hin und wieder «verteufelt unlogisch» zu handeln, seinen «ganzen Wissenskram» zu vergessen und sich vom Instinkt leiten zu lassen.<sup>7</sup>

Wenn wir von Zügen des individualistischen Geschichtsverständnisses bei Ossietzky sprachen, dann ist damit schon angedeutet, daß seine Geschichtsauffassung auch andere Momente aufweist. Es sind dies solche, die Berührungen mit der materialistischen Geschichtstheorie aufweisen oder doch wenigstens das Elitäre durch demokratische Komponenten abschwächt. Diese Momente zeigen sich etwa in den Feststellungen, daß die Energischsten unter den Revolutionären Entwicklungen überspringen wollen<sup>8</sup>, daß der wegweisende Wille mit dem Volkswillen zusammengehen müsse, daß es die primäre revolutionäre Tugend sei, bewußt in der Gegenwart zu leben und ihren Problemen fest ins Auge zu sehen oder in der Anforderung an die Menschen der neuen Gesellschaft, Autonomie mit dem Bewußtsein zu verbinden, Glieder einer großen Kette zu sein.<sup>9</sup>

Die Subjektivierung der Geschichte im Sinne Nietzsches war nur eine der Reaktionen auf den Akzeptanzverlust der dialektisch-aufklärerischen Geschichtsphilosophie und ihrer Grundannahme, daß der Fortschritt zur Freiheit ein historisches Bewegungsgesetz sei; eine andere war die Auflösung der Dialektik nach der anderen Seite, hin zur entsubjektivierten, vom menschlichen Agieren weitgehend abgekoppelten objektiven Gesetzmäßigkeit des Geschichtsverlaufs. Eine bürgerliche Variante des Resultats

---

<sup>5</sup> Vgl. Der Anmarsch der neuen Reformation, in: Schriften 1, hg. v. B. Frei, Berlin/Weimar 1966, S. 76.

<sup>6</sup> Vgl. Wandlung der geistigen Atmosphäre, in: ebd., S. 60.

<sup>7</sup> Vgl. Rudolf Hilferding, Der Mann ohne Schatten, in: Das Tagebuch 5. Jg. (1924), S. 923.

<sup>8</sup> Wörtlich heißt es: «Ich teile nicht den Glauben, daß sich Entwicklungen ungestraft überspringen lassen, ich weiß auch, daß dieser Glaube nicht wenig zur Vergrößerung der Verwirrung beigetragen hat, aber ich wage es nicht, Anklage zu erheben gegen seine Verkünder. Sie waren die einzigen, die Energie aufbrachten, Begeisterung, Kraft, ihr Leben einzusetzen.» In: Der Anmarsch der neuen Reformation, a.a.O., S. 76.

<sup>9</sup> Vgl. Das werdende Deutschland, in: Schriften 1, a.a.O., S. 70.

dieser Art Auflösung, der mechanistischen Geschichtsauffassung, waren die Vorstellungen der Monisten von einem naturgesetzlichen Fortschritt, den es zu beobachten und aufzuklären gelte ohne dies mit politischer Praxis verbinden zu müssen. Ossietzky hat dieses Defizit wohl bald gespürt und sich in der Demokratischen Vereinigung ein Betätigungsfeld gesucht, wo Aufklärung und Politik unmittelbar verbunden waren.

Nicht die mechanistische Geschichtsauffassung im Monistenbund hat Ossietzky angesprochen, sondern jener Typus der Subjektivierung der Geschichte, der das Kontingenzproblem mit der Ethik zu bewältigen sucht. Auch diese Richtung war im Monistenbund, dessen gemeinsamer Nenner ja lediglich der Gültigkeitsanspruch des wissenschaftlichen Weltbildes gegenüber dem religiösen war, vertreten. Überdies war sie Bestandteil des allgemeinen Zeitgeistes, wie sich an der zeitweilig führenden Rolle des Neu-Kantianismus ablesen läßt. Vermutlich ohne diesen näher zu kennen, teilte Ossietzky dessen Begründung des politisch-sozialen Handelns in der Ethik. Auch zum ethischen Sozialismus, wie ihn einige Neukantianer, z.B. Vorländer, vertraten, zeigen sich Bezüge.

Dem Machtwillen und der Wirtschaft als Antriebskräfte der Geschichte, so schreibt Ossietzky, sei das ethische Wollen entgegenzusetzen. «[...] wie an den einzelnen müssen auch an die Völker ideale - schärfer ausgedrückt: ethische Forderungen gerichtet werden. Es ist nicht zu zweifeln, daß nach diesem Kriege ein gewaltiger Schrei nach einer Ethisierung der Politik sich erheben wird.»<sup>10</sup> In diesem Sinne, im Chor der Stimmen eines Weltgewissens, begreift Ossietzky seine politisch-publizistische Tätigkeit. Schon im Dezember 1917 schreibt er, noch ganz von der Hoffnung auf einen vernünftigen Werdegang erfüllt, den Satz, der eine geradezu tragische Linie zu dem Artikel «Rechenschaft» von 1932 herstellt: «Es wird einmal die Stunde kommen, wo alles Gegenwart sein wird, was jetzt noch vage Zukunft ist, wo die Zeit selber von uns Rechenschaft fordern wird, was wir all die Jahre getan haben.»<sup>11</sup>

Als ein aufbauendes und zukunftsweisendes Werk sieht Ossietzky die 1918 in erster Auflage erschienene Schrift von Wilhelm Börner «Erziehung zur Friedensgesinnung» an. Mit Börner vertritt er das Postulat, daß eine Kultur, die diesen furchtbaren Krieg hervorbringen konnte, von grundauf erneuert

---

<sup>10</sup> Ein Wort über Aktivismus, ebd., S. 58.

<sup>11</sup> Ebd., S. 58 f.

werden müsse. In diesem Zusammenhang nimmt er auch Bezug auf Marx (vgl. dessen dritte Feuerbachthese), der dem alten Materialismus vorwirft, vergessen zu haben, daß die Veränderung der Umstände die der Menschen voraussetzt. Nichts anderes meint Ossietzkys Begriff der neuen Reformation, nämlich daß die Voraussetzung für die politische und soziale Revolution die geistig-seelische Wandlung der Menschen ist. Börner zeichnet Züge des Menschen einer neuen, im Dienste von Frieden und Freiheit stehenden Kultur, die ganz Ossietzkys Selbstideal entsprechen und die kaum einer stärker als er realisiert hat. Eine Passage von Börner sei dazu als Verdeutlichung angeführt: «Wir müssen die Auffassung begründen, daß Mut eine innere Kraft bedeute, die von der körperlichen Stärke ganz unabhängig ist, eine Kraft, über die auch der Kleinste und Schwächste verfügen könne. Das, was man als gut und recht erkannt hat, bis zum äußersten zu verteidigen, unter den schwierigsten Verhältnissen seine Pflicht zu erfüllen, seine eigenen Launen und Schwächen durch Selbstzucht zu überwinden, Fehler und Irrtümer einzugestehen, persönlichen Nachteil und Schaden zu ertragen, um seiner Überzeugung treu zu bleiben, der Majorität und den Machthabern entgegenzutreten, wenn man ihre Handlungsweise sittlich mißbilligt: darin besteht Mut, Tapferkeit und Heldentum. Diese Eigenschaften sind aber Willensbeschaffenheiten, nicht Muskel- und Knochenkräfte.»<sup>12</sup>

Keine der Etiketten «Idealismus» oder «Materialismus», die ja schon auf Hegel und Marx nicht umstandslos anwendbar sind, charakterisiert zureichend das Geschichtsverständnis Ossietzkys. Die Ideen einer freien und gerechten Gesellschaft und einer friedlichen Staatenwelt, die er im ethischen Willen der Menschheit begründet sieht, muß, um verwirklicht werden zu können, im Einklang stehen mit Entwicklungstrends in den politischen und ökonomischen Verhältnissen. Für die deutsche Revolution resümierte er, der Wille zum Bruch mit der Vergangenheit sei nicht stark genug

---

<sup>12</sup> Wilhelm Börner, *Erziehung zur Friedensgesinnung*, Stuttgart 1918, S. 19. In einem Eintrag in das «Erinnerungsbuch» vom 6.3.1932, also nach der Verurteilung und vor dem Haftantritt, gibt Ossietzky dieser ethischen Grundhaltung Ausdruck: «Ich habe immer zu meiner Meinung gestanden, und deshalb will man mich unschädlich machen. Wenigstens mundtot. Wenigstens will man mich abschrecken. Das wird nicht gelingen. Auch Du (die Ehefrau/die Verf.) wirst der Meinung sein, daß ich mich nicht ducken darf. Vor den Drohungen irdischer Macht die Anständigkeit der Haltung zu wahren, das ist eine der wenigen Genugtuungen, die es im Leben gibt. Hält man nicht durch, wird man weich, man bereut es ein Lebelang.» (abgedr. bei R. v. Soldenhoff, *Carl von Ossietzky. Ein Lebensbild*, Weinheim/Berlin 1988, S. 170).

gewesen für einen wirklichen Neuanfang, aber auch: die ökonomische Situation habe eine sofortige Realisierung sozialistischer Ideen nicht zugelassen. Im Unterschied zu den sich als Materialisten verstehenden Idealisten erkennt Ossietzky, daß die revolutionäre Änderung der sozialen Wirklichkeit nicht von außen aufzudrängen ist. 1920 kritisiert er die «Rückwärtstreiberei ohne Sinn für historische Notwendigkeiten» auf der Rechten und «Radikalismus ohne Augenmaß für Wirklichkeiten» auf der Linken; notwendig sei jetzt das schrankenlose Bekenntnis zur Demokratie und zum Prinzip evolutionärer Weiterentwicklung.<sup>13</sup> Dabei bedeutet die Verbindung von Demokratie und Evolution für Ossietzky nicht, Demokratie lediglich als Kampfboden für eine sozialistische Gesellschaft zu begreifen, wie für die KPD der Weimarer Republik, sondern sie ist selbst schon ein zu bewahrender Fortschritt, den es zum Sozialismus hin schrittweise weiterzuentwickeln gilt. Wie immer man es bewerten mag, Ossietzky steht Bernsteins Theorem vom Selbstwert der Demokratie unendlich näher als Lenins Verwerfung des sogenannten Demokratismus.

\*

In Ossietzkys Verständnis von Sozialismus lassen sich zwei Dimensionen unterscheiden: Zum einen ist dieser für ihn ein gesellschaftliches Entwicklungsziel, auf das hin die progressiven sozialen Entwicklungstrends ebenso gerichtet sind wie das Ethos all derjenigen, die Kapitalismus und Bürgerherrschaft moralisch nicht mehr für legitimierbar halten, weil sie dem Gerechtigkeitsideal immer weniger entsprechen (eine ähnliche Position vertrat bekanntlich schon Lassalle); zum anderen ist Sozialismus für ihn gleichbedeutend mit einem für das Gemeinwohl notwendigen Verhältnis von Politik und Ökonomie, nämlich der Suprematie des demokratischen Staates gegenüber der wirtschaftlichen Macht. Daß der Staat in der Form der demokratischen Republik noch nicht seinen Charakter als Klassenstaat aufhebt und die Demokratie als solche die Privilegien der Besitzenden nicht nur schützt, sondern allzu häufig sogar vermehrt, gehört zu Ossietzkys Erfahrungsresümées zum Ende der Weimarer Republik hin.<sup>14</sup>

---

<sup>13</sup> Vgl. Revolutionsbilanz. Heinrich Ströbels Werk, in: Berliner Volks-Zeitung (BVZ), 26.9.1920.

<sup>14</sup> Im Wortlaut: «Vor zehn Jahren waren die maßgebenden Kreise der Wirtschaft noch durchaus monarchistisch gerichtet, doch dann kam ihnen die große Erkenntnis, daß die republikanische Form nichts am Charakter des Klassenstaates zu ändern braucht, daß die Demokratie kein Hindernis bildet, die schon vorhandenen Privilegien der Besitzenden zu



Voraussetzung für die Suprematie des Staates wird ihm die, wie immer geartete, sozialistische Eigentumsform.

Der Ossietzky des Jahres 1918 hatte demgegenüber schon die Totenglocken des Kapitalismus läuten gehört: «Wir haben noch nicht den Sozialismus, aber wir treten in ein Zeitalter des Nachkapitalismus ein.»<sup>15</sup> Der bürgerlich-kapitalistische Geist, der auch große Teile der sozialistischen Arbeiterschaft ergriffen habe, sei zusammengebrochen. Wenig später spricht er allerdings schon davon, daß die Dynastie lediglich durch eine Geldsackrepublik zu ersetzt werden drohe.<sup>16</sup> Angesichts des schlechten Gangs der Republik rückt ihm der Sozialismus als Entwicklungsziel in immer weitere Ferne. Irritationen treten gegenüber der Zielsetzung selbst auf; im Jahre 1925 anläßlich einer Tagung der II. Internationale stellt er fest, der Sozialismus stehe bereits ein wenig neben der Weltgeschichte, stagniere, während sich rundherum alles verändere; die Sozialisten hätten weder den Mut, sich zu den alten programmatischen Forderungen zu bekennen, noch sich zu wandeln; Ideologie und Praxis gerieten ihnen zunehmend in Widerspruch.<sup>17</sup>

Die Vorstellung, daß die Erneuerung der Kultur und der Sozialismus als die Gesellschaftsformation der den Kapitalismus ablösenden neuen Epoche sich verbünden müssen, findet sich nach dem 1. Weltkrieg nicht nur bei Ossietzky. Es gab sie bekanntlich auch nicht nur als linksliberale Variante, wie noch bei Max und Alfred Weber, Walter Rathenau und - etwas später - bei Thomas Mann in «Kultur und Sozialismus» (1928), sondern auch als rechte, wie etwa bei Oswald Spengler und Ernst Jünger. Gemeinsam ist ihnen allerdings nur die Verabschiedung des bürgerlichen Zeitalters und der Gebrauch bzw. Mißbrauch des Begriffs Sozialismus, ansonsten zielt die

---

vergrößern und zu vervollkommenen.» (Von Kapp bis ...?, in: Die Weltbühne (1930/1), S. 376.

<sup>15</sup> Das werdende Deutschland, a.a.O., S. 67.

<sup>16</sup> Im Juni 1919 bilanziert Ossietzky: «Das ist nun länger als ein halbes Jahr her, und wir stellen fest, daß alle die schönen Dinge, die wir im November im Feindesland gelassen zu haben glaubten, uns nachgehumpelt sind. Es fehlt nur noch die Dynastie. Aber die Geldsackrepublik ist auch kein übler Ersatz. Revolution hat bisher Bruch mit der Vergangenheit bedeutet. Die deutsche hat den bedenklichen Vorzug, diese Vorstellung gründlich revidiert zu haben. Die Lauwarmen wie die Überkochenden, mögen sie sich sonst auf den Tod hassen, berühren sich darin. O nein, unsere Revolution ist keine Kopie der französischen. Sie ist deutsch bis auf die schwachen Knochen. Wir haben gleichfalls <Berg> und <Ebene>. Aber sie sind bei uns gleich flach.» (Der Anmarsch der neuen Reformation, a.a.O., S. 75).

<sup>17</sup> Vgl. Völker ohne Signale, in: Montag Morgen v. 31.8.1925.

linksliberale Variante auf die Demokratisierung, teils nur des Staates, teils auch der Gesellschaft als Ganzes, während die rechte auf die Etablierung neuer Formen autoritärer Herrschaft gerichtet war.

«Linksliberal» und dennoch «Sozialismus»? Wessen Sozialismusbegriff an der Marx'schen Theorie orientiert ist, wird darin Unvereinbares sehen und überhaupt Ossietzkys Sozialismusbegriff für allzu vage halten. Die Kritik der kapitalistischen Warenproduktion, die Mehrwertproduktion u.ä. haben ihn wohl nie beschäftigt. Man findet bei ihm auch kaum Bezugnahmen auf die differenzierten Diskussionen über Formen der Sozialisierung wie Staats- oder Betriebssozialismus, zentrale Planung und betriebliche Selbstverwaltung, Wirtschaftsdemokratie, wie sie unter den Linken der Weimarer Republik geführt wurde. Kurt Hiller hat Ossietzky nach dessen Tod ja denn auch den Vorwurf mangelnder sozialistischer Konzeption gemacht. Tatsächlich liegen Ossietzkys um das Verhältnis von Politik und Ökonomie zentrierten Konkretionen nicht außerhalb dessen, was Linksliberale schon im Wilhelminischen Reich gefordert haben. Aufhebung der Klassenprivilegien, Verstaatlichungen bzw. Kommunalisierungen, wo private ökonomische Macht den Interessen der Allgemeinheit zuwiderläuft, eine Bodenreform, die die Großgüter zugunsten der kleinen Bauern zerschlägt, Ausbau eines arbeits- und sozialrechtlichen Systems - für alles dies hatte schon das Programm der linksliberalen Demokratischen Vereinigung von 1910 plädiert; bei Ossietzky, der bekanntlich Mitglied dieser Vereinigung war und in ihrer Zeitschrift «Das freie Volk» veröffentlichte, kehren alle dieser Forderungen wieder.

In diesen Kontext gehört auch, wenn er 1920 zwischen «schöpferischem und schröpferischem Unternehmertum» unterscheidet<sup>18</sup>, eine Unterscheidung, an die sich die verbreitete Erwartung knüpfte, mit der Zunahme der Großkonzerne werde sich eine größere Selbständigkeit des Managements und der Techniker gegenüber den Kapitaleigentümern herstellen. Karl Renner hatte wohl als erster die Erwartungen von Sozialisten an diesen Funktionsverlust der Kapitaleigentümer ausführlich dargelegt. Auch Ossietzky setzt auf diese Unterscheidung, von der er sich die Loslösung der technischen und ökonomischen Kreativität von den Profitinteressen verspricht.

---

<sup>18</sup> Vgl. Schöpferisches und Schröpferisches Unternehmertum, in: BVZ v. 17.8.1920.

Als linksliberal ist auch das Programm der 1924 von Ossietzky mitbegründeten Republikanischen Partei und seine Rede zu diesem Programm vom 31. März 1924 im Sozialwissenschaftlichen Klub einzuschätzen. Das Motiv dieser Neugründung war der fehlende Kampfeswille der demokratischen bürgerlichen Parteien und der SPD gegen die antirepublikanischen Kräfte sowie die immer stärker hervortretende Privatmacht der Großkonzerne. Die Anschreibelliste der Republikanischen Partei macht deutlich, daß die Initiatoren glaubten, mit der Neugründung einem bedeutenden Teil der linksliberalen Intellektuellen eine politische Formation geben zu können. Programmatisch trennte sie von den Sozialdemokraten wohl nur der in dieser Zeit von der SPD verbal noch aufrechterhaltene Klassenstandpunkt. Deutlich korrespondiert hingegen mit sozialdemokratischen Vorstellungen - nicht zuletzt mit der Hilferdings, den Ossietzky als Politiker heftig befandete - der Programmpunkt der Republikanischen Partei zur Funktion des demokratischen Staates als Gemeinwohlinstanz gegenüber der Privatwirtschaft. In seiner Rede nennt ihn Ossietzky den Hauptpunkt. Mit den Sozialdemokraten teilt er nicht nur die Annahme einer möglichen Strukturautonomie des Staates, sondern auch die Sichtweise gleichsam von oben im Verhältnis von Staat und Gesellschaft. Zwar kritisiert er die Staatsfixierung der SPD, deren grenzenlosen Legalismus, weiß er im Gegensatz zu den Sozialdemokraten um die Bedeutung der außerparlamentarischen Aktionen, aber andererseits unterstellt er in seiner Kritik der SPD als Regierungspartei ständig eine politisch-administrative Handlungskompetenz, die so nicht immer gegeben war, und personalisiert dieses Problem durch Schuldzuschreibung an einzelne oder Gruppen. Auch hier findet sich kein Anzeichen dafür, daß ein für die geistigen Prozesse seiner Zeit so aufgeschlossener Publizist wie Ossietzky die strukturanalytische Diskussion über Verfassung, Staat und ökonomische Verhältnisse der Adler, Kirchheimer, Neumann, Hilferding, Heller, Fraenkel wahrgenommen hätte. Es ist dies überhaupt ein auffallendes Phänomen der Weimarer Republik, daß die verschiedenen geistigen Felder und Subkulturen, wenngleich in der Intention oftmals gleich, so wenig direkte Bezüge zueinander aufweisen. Überdies haben bekanntlich auch die differenzierten Theorien so wenig wie die Zeitschriften von der Art der «Weltbühne» an dem Dilemma der Entwicklung etwas ändern können, ja, in der Prognose war Ossietzky den linken Theoretikern sogar überlegen. Dies war er auch im Gespür für die ungelösten Probleme in der sozialistischen Theorie und Praxis, etwa im Hinblick auf eine Theorie der Macht, die politische Macht nicht mehr nur aus den Produktionsverhältnissen ableitet und - damit zusammenhängend -

der Verselbständigungs- und Verfestigungstendenzen, die aus dem absoluten Wissensanspruch um den Gang der Geschichte resultieren. Auch Ossietzky bietet dafür keine Lösungen, wohl aber sensibilisiert er gegenüber dogmatischen Lösungen.

\*

## **B Kritik und Zustimmung zur Sowjetunion**

Als «grandiosen Versuch» einer «Synthese von europäischer Demokratie und russischer Arbeiterdiktatur» begrüßt Ossietzky im Juli 1927 den Aufstand Wiener Arbeiter gegen Polizeiterror und Justizwillkür, der von den österreichischen Sozialdemokraten wie von den Gewerkschaften mitgetragen wird.

Diese momenthafte Utopie war es, die der DDR-Historiker Fritz Klein wenige Monate vor der «Novemberrevolution» 1990 in den Mittelpunkt eines Vortrages zur Europaidee Ossietzkys stellte: «Das Beste von beidem zusammenbringen». Klein sprach es aus auf einer Konferenz des Kulturrates der DDR «Nachdenken über Ossietzky»; er sprach es aus unter dem Applaus von mehr als 150 Kulturklub-Vertretern des Landes, im Beisein hoher politischer Funktionäre. Und er deutete an, daß gegen politische Gewalt und Todesstrafe in aller Welt zu protestieren habe, wer Ossietzky sein Vorbild nenne. Jeder im Saal verstand das Wort, auch wenn es nicht direkt ausgesprochen wurde: China. Es war ein Tag nachdem dort die sieben Todesurteile vollstreckt worden waren, nichts stand davon im «Neuen Deutschland», dafür die Solidaritätserklärung des ZK der SED mit der chinesischen Führung.

«Von Illusion, Utopie und Realismus handelt dieses Kolloquium», sagte Klein, «und wer wollte bestreiten, daß auch nicht wenig und nicht selten Illusion im Spiel war bei Ossietzky. Aber ist fortschrittliches, auf Veränderung gerichtetes Denken und Handeln überhaupt denkbar ohne Illusion? Die Verfechter der Beharrung sind immer rasch bei der Hand mit dem Vorwurf des Illusionismus gegen die Stürmer und Dränger. Und nicht selten haben sie dabei im Konkreten sogar recht. Vergessen aber sollte man nie, daß es die größte und auf die Dauer gefährlichste Illusion ist zu meinen, wenn alles so bliebe wie es ist, käme man am besten durch.»

«Unsere Sehnsucht aber ahnt eine neue Zeit, die nicht mehr mit dem Schwert spielt und nicht mehr die tote Idee, sondern den Menschen selbst

zum Mittelpunkt macht», schreibt Ossietzky 1920 in seinem Artikel «Arbeiterschaft und Gewaltpolitik», der sich gegen die weltrevolutionäre Taktik der Kommunistischen Internationalen und ihre Einmischung in die Politik der deutschen Sozialisten wendet.<sup>19</sup> Bei aller Differenzierung seines Bildes von Sowjetrußland bis 1933, diesen Vorwurf erneuert Ossietzky wieder und wieder: Moskau mißbraucht die westeuropäischen Kommunistischen Parteien für seine changierenden internationalen Interessen und versperrt ihnen damit die Entwicklungsmöglichkeiten einer den jeweiligen nationalen notwendigen Gegebenheiten entsprechenden Politik.

Die sogenannte Diktatur des Proletariats, in ihrer bolschewistischen Form als Herrschaft der Avantgarde Partei, sieht er als Rückfall hinter demokratische Errungenschaften der Aufklärung und der - seien sie auch noch so unvollendet - bürgerlichen Revolutionen in Westeuropa. Dort habe die Arbeiterklasse im Kampf um demokratische und soziale Rechte bereits eine Aufgeklärtheit und damit eine Fähigkeit zur Freiheit erreicht, an der gemessen der Bolschewismus reaktionär sei, ein «ausgeprägt russisches Gewächs» schreibt Ossietzky 1920 in dem Artikel «Moskau und Potsdam».<sup>20</sup> Es könne nur auf dem Boden des zaristisch-bürokratischen Gewaltregimes gedeihen, setze es gewissermaßen fort. In einer Rezension der «Deutschen Revolution», eines Buches des USPD-Politikers Heinrich Ströbel, der einen verzweiferten Kampf für einen eigenen nationalen Weg seiner Partei zum Sozialismus kämpft, referiert Ossietzky im selben Jahr zustimmend dessen Vorstellungen von Sozialismus: Er müsse getragen werden von der «überwiegenden Majorität des Volkes», seine Basis sei die Demokratie. Nein, die russische Revolution sei nicht übertragbar auf die Weimarer Republik, aus deren Wirrnis könne nur eines herausführen: «ehrliches und schrankenloses Bekenntnis zur Demokratie, zum Prinzip der Evolution. Denn Revolution in Permanenz, wovon die deutschen Trotzki-Jünger träumen, führt zum Kampf aller gegen alle und macht den glücklichen Endsieger schließlich zum Herrn eines Beinhauses».<sup>21</sup>

Aber auch die deutsche Arbeiterschaft müsse einen demokratischen Weg zum Sozialismus erst lernen. Die verfassungsmäßig gesicherte Weimarer Republik sei die Basis dafür, und der Freiraum, in dem sich der Sozialismus

---

<sup>19</sup> BVZ, 23.10.1920.

<sup>20</sup> BVZ, 24.6.1920.

<sup>21</sup> S. Anm. 13.

allmählich entfalten könne. Dieser Weg, so fürchtete Ossietzky, wird durch den Anschluß seiner politischen Hoffnungsträgerin, der USPD, an Lenins 3. Kommunistische Internationale versperrt. Denn die Mitgliedschaft in der Komintern war mit der einschränkungslosen Übernahme des russischen Revolutionsrezeptes verbunden. Kernstück von insgesamt 21 Aufnahmebedingungen in die Internationale war die Neuorganisation der aufnahmewilligen Parteien nach den bolschewistisch-zentralistischen Prinzipien, dazu gehörte die Ausgrenzung jedweder innerparteilichen Opposition.

Der Mehrheitsbeschluß des USPD-Parteitages in Leipzig Ende 1919, in dem der Eintritt in die Komintern und das politische Prinzip «Diktatur des Proletariats» grundsätzlich befürwortet werden, ist für Ossietzky Anlaß, in seinem Artikel «Der Adlerknopf»<sup>22</sup> über die Zauberkraft des Wortes Diktatur in Deutschland als Land der gescheiterten Revolutionen nachzudenken. In jedem Deutschen, sei er nun Sozialist oder Monarchist, stecke der preußische Untertan, der immer nur für eine neue Diktatur revoltieren könne, und sei es eine proletarische. Ossietzky interpretiert damit den Begriff «Diktatur des Proletariats» ausdrücklich von einem pazifistisch-demokratischen Standpunkt aus, nämlich als eine Form der Unterdrückung und des Terrors.

Als sich im Sommer 1920 breiter Widerstand innerhalb der USPD gegen die 21 Aufnahmebedingungen der Komintern regt, schöpft Ossietzky neue Hoffnung für die Möglichkeit eines Zusammengehens von sozialistischen und bürgerlichen Demokraten in Deutschland. «Und deshalb ist dieser Kampf in der Unabhängigen Sozialdemokratie mehr als der übliche Parteizwist», schreibt er in seinem Artikel «Gegen die Balkanisierung Deutschlands».<sup>23</sup> «Da wird sich in den nächsten Monaten ein Stück deutscher Zukunft entscheiden. Das ist die Frage: Werden sich wesentliche Teile der Arbeiterschaft einem finsternen, fanatischen und durch und durch uneuropäischen Glaubenssatz verschreiben und damit eine erneute Ära von Bürgerkriegen einleiten, die die Barbarisierung Deutschlands vollenden und den letzten Rest von Kultur fortfeigen wird, oder wird durch eine Absage an die Doktrin Lenins unserer Demokratie wieder eine stattliche Kämpferschar zugeführt, die sie gerade im letzten Jahre oft bitter entbehren mußte? Es ist

---

<sup>22</sup> BVZ, 3.1.1920.

<sup>23</sup> BVZ, 14.9.1920.

natürlich klar, daß das allein noch keine Harmonie bedeutet zwischen den Vertretern sozialistischer und bürgerlicher Demokratie, aber zurückgedämmt wäre zunächst einmal die Welle des Rechtsradikalismus und zugleich ein gemeinsamer Boden geschaffen für künftige Auseinandersetzungen zwischen den beiden großen Flügeln des modernen Demokratismus.»

Doch auf dem Oktober-Parteitag 1920 der USPD in Halle beschließt eine Mehrheit von 237 gegen 156 Delegierte den Anschluß an die Komintern und den Zusammenschluß mit der KPD. Seine Enttäuschung darüber und zugleich seine Ablehnung jedweder Gewalt, also auch der revolutionären und schon gar der weltrevolutionären, die Ossietzky vor dem Hintergrund noch frischer Kriegeindrücke mit vielen bürgerlichen Pazifisten teilt, artikuliert er in seinem Artikel «Arbeiterschaft und Gewaltpolitik».<sup>24</sup> Unbegreiflich sei, «daß Menschen, die doch selbst vier schreckliche Jahre hindurch die Wahrheit des Krieges durchlebten und schließlich von Grauen gepackt die Waffen fortwarfen, so leichtherzig einer Parole nachlaufen, die mit aller Deutlichkeit zum Krieg nach außen und innen auffordert.»

Einer schreibt Ossietzky aus dem Herzen, der sich selbst als Anhänger der ursprünglichen sozialistischen Ideen begreift, der 1920 als Sympathisant des Bolschewismus nach Rußland gefahren und als sein erbitterter Gegner zurückgekehrt war: Der englische Mathematikprofessor und Pazifist Bertrand Russel. In seiner Schrift über Theorie und Praxis des Bolschewismus von 1920 zieht er Bilanz ausgehend von seiner Ethik, die jedwede Gewalt ablehnt, wenigstens ihre Beschränkung auf ein Minimum fordert. Die gnadenlosen Methoden der Bolschewiken gegenüber jeder Opposition seien es, so kritisiert Russel, die sie von ihren eigenen Idealen trennten, Methoden, geboren aus einer unduldsamen Weltanschauung, einer Religion mit neuen Dogmen, einer militanten Gewißheit, über die das geistige Europa seit der Renaissance in einer Art konstruktivem und fruchtbarem Skeptizismus hinausgewachsen sei. Ja, der Sozialismus sei überlebensnotwendig für die Menschheit, doch zu hoch ist Russel der Preis für ein gerechteres Wirtschaftssystem, wenn es die Menschen in ein geistiges Gefängnis wie im Mittelalter zurückstößt, wenn eine wunderbare Lehre der Menschlichkeit wie einst die Bergpredigt Inquisition und geistige Intoleranz nach sich zieht, nicht als unvermeidliche Konsequenz der Lehre,

---

<sup>24</sup> BVZ, 23.10.1920.

sondern des fanatischen Glaubens an sie. Russel beschwört wie Ossietzky die Synthese von demokratischen Traditionen und Ideen der sozialistischen Arbeiterbewegung im Sinne dialektischer Entwicklung wenn er schreibt: nicht der Bolschewismus, sondern «die gegen ihn aufstehen, nicht im Namen des alten Unrechts, sondern für die geistige Freiheit des Menschen, die werden die Träger jenes Samens sein, von dem neues Leben entstehen wird.» - «Er sieht in dem Marxismus ein unbewegliches, vollendetes System und kann deshalb damit nichts Rechtes anfangen. Er will überhaupt nichts Fertiges, die stereotype Gesellschaft, sondern das ständige Fließen, die Entwicklung, die Wirtschaftsordnung, die den Übergang zu noch besseren Zuständen anregt und ermöglicht», schwärmt Ossietzky 1921 in einer Rezension «Sozialismus und Geist» über die «Politischen Ideale» Bertrand Russels.<sup>25</sup>

Wer sieht nicht zuerst und vor allem, was er sehen will, wenn er ein gelobtes Land bereist? Wer sucht nicht die Bestätigung für seine politische Theorie? Russel war kritisch genug zu sehen, daß seine Utopie einer Synthese von den westeuropäischen Errungenschaften der bürgerlichen Revolutionen und den sozialistischen Ideen der proletarischen Arbeiterbewegung in der Sowjetunion nicht verwirklicht wurden.

Die Enttäuschung färbt Russels Sichtweise, die angesichts der wirtschaftlichen Notlage und der außenpolitischen Bedrohung Rußlands nicht immer gerecht ist, sie läßt ihn fast nur Negatives wahrnehmen: verängstigte und hungernde Menschen, Wirtschaftschaos und überall der mächtige Apparat unter Führung der leninistischen Partei.

Russel entzieht sich mühelos dem Charisma Lenins, dem auch viele nicht-kommunistische Rußlandreisende verfallen. «Ich denke, wenn ich ihn getroffen hätte, ohne zu wissen, wer er ist, wäre ich nicht darauf gekommen, daß er ein großer Mann ist», schreibt er über eine Begegnung mit dem Bolschewistenführer. Lenin war ihm allzu gebieterisch und frei von «Selbstzweifeln» - eine «verkörperte Theorie», fanatisch im Bemühen, seine Lehre durchzusetzen. «Ich bekam den Eindruck, daß er viele Leute verachtet und daß er sich als intellektueller Aristokrat fühlt. Er war mir zu starrsinnig und eng-orthodox, seine Strenge kommt, stelle ich mir vor, von seinem ehrbaren Mut und seinem unerschütterlichen religiösen Glauben an

---

<sup>25</sup> B. Russel: Bolshevism: Practice and Theorie, London 1920, S. 14, BVZ, 11.6.1921, Rezension zu: B. Russel: Politische Ideale, Berlin 1921.



das marxistische Evangelium, das die Stelle der Hoffnung der christlichen Märtyrer auf das Paradies eingenommen hat. [...] Vielleicht ist Freiheitsliebe unvereinbar mit einem festen Glauben an ein Allheilmittel gegen alle Widernisse.»<sup>26</sup>

Russels Wahrnehmung der frühen Sowjetunion steht im krassen Gegensatz zu jenen westlichen Linksintellektuellen, die verschleierte Augen die Realität entsprechend ihren Idealen sehen. «Unsere Seelen flogen [...] hinaus in den kommunistischen Himmel, zu Lenin. Denn Lenin sitzt wahrhaftig da oben. Er ist ein großer Vater geworden, der vom Himmel aus die Erde lenkt, wie das ja die Aufgabe eines himmlischen Vaters ist. [...] In Rußland gilt nicht mehr das Alte Testament, nicht mehr das Neue Testament, obwohl noch Millionen nach dem Alten und nach dem Neuen Testament beten und fühlen; es gilt das Neueste Testament, das kein göttliches Testament mehr ist, sondern die Hinterlassenschaft eines großen Vaters, der schon im Himmel der Wille der Massen war, ein Wille, den der Tod nur verdeutlicht und verallgemeinert hat, aber nicht geändert.»<sup>27</sup>

Der Lenin und seine Lehre 1925 in seinem Büchlein «Wie ich Moskau wiederfand» so vergötterte war Alfons Goldschmidt, ein bekannter marxistischer Wirtschaftstheoretiker, Weltbühnenautor seit 1917. Er hatte bereits in seinem Reisebericht «Moskau 1920» genau das beschrieben, was in sein russisches Bild paßte. Da mündet die Moskauer «Anfangsgemeinschaftswurst», aus der man «schon die Gemeinschaft der Menschen herauschmeckt», viel besser als die Berliner Wurst, die ja eine «kapitalistische Idealwurst» ist, da sind die «Nutz-Cafes» in Moskau etwas ganz anderes als die «blöden Amüsier-Cafes» in Berlin, «wo die Menschen leben wollen, aber nicht für etwas, sondern für sich»; da ist russischer Tee «Revolutions-Champagner» und Parfüm der verfeinerte Gestank der kapitalistischen Gesellschaft, den ein echter «Gemeinschaftler» nicht braucht, weil er «aus der Seele duftet». Der Leser der 80er Jahre wird unmittelbar an den vermeintlichen Unterschied von sozialistischer und kapitalistischer Atomenergie erinnert. Goldschmidt befindet gerade das als gut, was Russel zutiefst verabscheut: Daß Lenin wie ein Heiliger verehrt wird und gewissermaßen an die Stelle der Zaren getreten ist, daß die Kommunistische Partei mit ihren 600 000 Mitgliedern «zwar nicht alle

---

<sup>26</sup> B. Russel, 1920, S. 41.

<sup>27</sup> A. Goldschmidt: Wie ich Moskau wiederfand, Berlin 1925, S. 48.

Seelen Rußlands, aber den Verwaltungsapparat, die Armee in Händen» hat; daß es Einkommensstaffelungen gibt und damit Unzufriedenheit. Die rufe keine «Klassengier» mehr hervor, sondern nur «Staffelungsärger».

«[...] Er sagt zu dem System innerlich ja», kommentiert Ossietzky Goldschmidts Position in einer Rezension des Buches «Moskau 1920» in Otto Nuschkes Berliner Volkszeitung, «und eben weil er innerlich ja sagt, erscheinen ihm die dunkelsten Stellen licht. [...] Ihn, den deutschen Geistigen überkommt nicht ein Gefühl der Beschämung, wenn er jene Szene erlebt, in der ein Führer der menschewistischen Opposition zum Volk spricht, bleich, verängstigt, von Haß umknurrt. Ein noch Geduldeter.»<sup>28</sup>

In seiner Weltbühnenzeit (1926-1933) mißt Ossietzky die Sowjetunion mit anderen Maßstäben als in den Jahren nach der Novemberrevolution. Er mißt sie nicht mehr an der Utopie einer idealen sozialistischen Republik, sondern an der außen- und innenpolitischen Lage. Es gehe der sowjetischen Regierung wie einst dem französischen Direktorium nach dem Wohlfahrtsausschuß; sie herrschte über Menschen, die längst den revolutionären Elan verloren hätten, die erschöpft und verzweifelt seien. Mit diesen Menschen nun müsse sie sich behaupten gegen eine feindliche Außenwelt, die nur auf eine Konterrevolution warte. Da seien Widersprüche und Konflikte unvermeidlich. Stalin habe zwar alle Hoffnung auf eine Synthese von Sozialismus und Freiheit zerstört, aber er habe auch mit seiner «eisenharten Faust» Hunger und Anarchie besiegt, sein «gehetztes Land» vor der drohenden Invasion beschützt.<sup>29</sup>

Bei aller Kritik an Stalins Politik, die er mit der Despotie der Zaren gleichsetzte - uneingeschränkt verteidigte Ossietzky die verstaatlichten Produktionsverhältnisse. Die Sowjetunion war für ihn das erste sozialistische Land der Welt, das vielen ausgebeuteten und unterdrückten Völkern ein Aufbruchsignal geben konnte, auf dem die Hoffnungen zahlloser Menschen ruhten.

Je mehr der Antikommunismus zum Vehikel wird gegen die demokratischen Rechte in Deutschland, desto eindringlicher warnt Ossietzky vor einer irrationalen Bolschewistenangst und bemüht sich um ein wirklichkeitsgetreues Bild von der Sowjetunion, wie in seinem Artikel «Die Inter-

---

<sup>28</sup> A. Goldschmidt: Moskau 1920, Berlin 1920, S. 74 ff., BVZ, 13.8.1920.

<sup>29</sup> Stalin und Trotzki, in: Die Weltbühne, 1927/2, S. 733 ff.

nationale der Angst».<sup>30</sup> Deren erste revolutionäre Tat sei immerhin eine pazifistische gewesen: Die Unterzeichnung des Friedensvertrags von Brest-Litowsk, während die deutschen Militaristen noch tausendfach Blut für einen längst verlorenen Krieg vergossen hätten.

Ungeachtet dessen schreibt Ossietzky erbittert gegen die politische Verfolgung der intellektuellen Opposition, gegen Justizmorde und Todesstrafe unter Stalin. Damit offenbare der erste sozialistische Staat nur seine fehlende Überzeugungskraft und seine innere Schwäche, protestiert er 1928 gegen «Trotzkis Tragödie».<sup>31</sup> Glaubwürdig und damit unangreifbar von außen und innen werde dieser Staat nur, wenn es ihm gelänge, die Köpfe und Herzen der Menschen zu gewinnen. Dazu aber bedürfe es der Freiheit, die das Stalinregime seinen Untertanen niemals zu gewähren wage.

Im Dezember 1931 referiert Ossietzky kommentarlos des verbannten Trotzkis «Soll der Faschismus wirklich siegen?»<sup>32</sup> eine Kritik und ein Appell an die Adresse der Komintern, den Faschismus endlich ernsthaft zu bekämpfen und ihn nicht als eine vorübergehende Erscheinung hinzunehmen: «Schon jetzt wird die Formel vorbereitet: <Rechtzeitig zurückweichen, die revolutionären Truppen aus der Gefechtszone herausführen, dem Faschismus eine Falle stellen, in Form [...] der Staatsmacht.> Und jetzt folgen diese gewaltigen Sätze, wie mit schrecklich spitzen Nägeln in das Gewissen der russischen Diktatoren getrieben: <Würde diese Theorie sich in der Deutschen Kommunistischen Partei befestigen, ihren Kurs in den nächsten Monaten bestimmen, so bedeutete dies seitens der Komintern einen Verrat nicht geringeren historischen Ausmaßes als der Verrat der Sozialdemokratie vom 4. August 1914, dabei mit schrecklicheren Folgen. Moskau wäre das größte Opfer. Denn der Sieg des Faschismus in Deutschland bedeutet den Krieg gegen die Sowjetunion.>» Die Vorstellung, der Faschismus an der Macht werde bald abwirtschaften, sei eine gefährliche Illusion, denn die Nationalsozialisten würden ungleich härter ihre Politik durchzusetzen verstehen als der italienische Faschismus, der sich schon so viele Jahre halte und daneben doch nur wie ein «blasses und humanes Experiment» (Trotzki) wirken würde.

---

<sup>30</sup> Die Weltbühne, 1929/2, S. 227 ff.

<sup>31</sup> Die Weltbühne, 1928/2, S. 841 ff.

<sup>32</sup> Trotzki spricht aus Prinkipo, in: Die Weltbühne, 1931/2, S. 911 ff.

Und die KPD? Wohl sei sie nach dem letzten Sündenfall der SPD, der Unterstützung des Antirepublikaners Hindenburg bei den Reichspräsidentenwahlen 1932, zur einzigen Klassenpartei Deutschlands geworden, aber immer noch kämpfe sie vor allem gegen die Konkurrenz auf der Linken, immer noch fehle ihr ein eigenständiges Konzept gegen den Faschismus. Und das wolle sie, die immer noch in vollkommener geistig-politischer Abhängigkeit von Moskau lebe, auch gar nicht, denn der «Stalinismus in seiner Unfähigkeit, die demokratisch-republikanischen Traditionen Europas zu verstehen, hat überall auf den faschistischen Nationalismus gesetzt und namentlich für Deutschland wurde mit dessen vollkommenem Siege gerechnet.» Das schreibt Ossietzky im April 1932, drei Wochen vor seinem Haftantritt.<sup>33</sup>

Politisches Aprilwetter in Deutschland. Das Verbot der SA macht ihn wie so viele hoffen, daß die bürgerlichen Machthaber nun doch entschlossen seien, die braunen Horden zu bändigen und den Siegeszug der NSDAP zur Macht zu stoppen. Eine Woche später, nach den Preußenwahlen, appelliert Ossietzky in seinem berühmten Artikel «Ein runder Tisch wartet» noch einmal, nicht wie oft behauptet, für die sogenannte Einheitsfront, sondern für ein «operatives Zusammengehen» der beiden Arbeiterparteien für die Erhaltung der Republik: «Eines allerdings muß vorweg von beiden anerkannt werden: Reformismus und Radikalismus sind zwei natürliche, legale Zweige der Arbeiterbewegung. Der eine ragt in die Zukunft, der andere bedeutet die Gegenwart. Beider Funktionen sind lebenswichtig. Und beide laufen heute unmittelbar Gefahr, Gegenwart und Zukunft zu verlieren und historische Kategorien zu werden. Denn in dieser Epoche, das muß mit aller Schärfe gesagt werden, liegt die Initiative nicht mehr bei der Arbeiterbewegung, weder bei ihrem reformistischen noch bei ihrem revolutionären Flügel. Die Sozialdemokratie ist mit ihren opportunistischen Kniffen ebenso mit ihrem Latein am Ende wie die KPD mit ihrem Treiben in die Weltrevolution. Primgeiger ist der Fascismus.»<sup>34</sup>

Es war die Unbedingtheit seines radikaldemokratischen Ideals, die Ossietzky so hart über Sowjet-Rußland in der Anfangsphase urteilen ließ, härter noch als über die Gehversuche der ersten deutschen Republik. Eine große politische Idee wie der Sozialismus ließ sich für ihn nur in Freiheit

---

<sup>33</sup> Das Verbot der SA, in: Die Weltbühne, 1932/1, S. 579 ff.

<sup>34</sup> Die Weltbühne, 1932/1, S. 651.

verwirklichen, also indem man die Mehrheit der Menschen dafür gewann - durch eine zweite sozialistisch-demokratische Aufklärung nach der ersten bürgerlich-demokratischen.

Aber war die Verbindung von Demokratie und Sozialismus überhaupt auf Anhieb möglich in einem kaum industrialisierten Riesenland, in dem die große Masse unter despotischer Herrschaft dahinvegetiert hatte, fernab von jeglichem aufgeklärten Bewußtsein?

Die Reflexion dieser Frage stimmte Ossietzkys Urteil in späteren Jahren milder, ließ ihn mehr die Errungenschaften der russischen Revolution für die Menschen wahrnehmen: Die Sozialisierung der Wirtschaft, das Ende der faktischen Leibeigenschaft und des Massenelends, die Alphabetisierung als Voraussetzung für persönliche Freiheit.

Er sah die Sowjetunion als wesentlichen historischen Fortschritt gegenüber dem zaristischen Rußland und ließ sich vom Antikommunismus der westlichen Staaten nicht vereinnahmen, die seinen demokratischen Idealen auch nicht gerecht wurden. Er hoffte, daß der revolutionäre Ausgangspunkt der Sowjetunion die Möglichkeit einer neuen Gesellschaft berge, in der sich sozialistisch-demokratische Ideale entfalten könnten - in der erstmals der politisch-ökonomische Boden dafür vorhanden wäre.

## Bärbel Boldt

*«Eine entscheidende Wende»?*

### Ossietzkys Haltung zu den antikolonialen Freiheitsbewegungen

«Nein, das Drama Chinas taugt weder für lächerliche noch für ernsthafte Spekulationen. Blut wird dort vergossen, kostbares Menschenblut, und wenn unsere heißen Wünsche bei dem chinesischen Volk sind, so geschieht es weil wir hoffen, daß Erbin dieses Freiheitskampfes nicht eine neue waffenstarrende Großmacht, sondern die ganze Menschheit sein wird.»

Es sind stark emotionsgeladene Formulierungen, die Ossietzky 1927 zu den nationalen Befreiungskämpfen in China findet. Recht selten bei dem so oft ironisch-trockenen, distanzierten Kommentator politischer Vorgänge. Ein Anzeichen dafür, daß er hier sehr persönlich beteiligt ist, daß ihn eine große Hoffnung bewegt.

Um eine solche Hoffnung zu verstehen, muß man Ossietzkys bisherige politische Erfahrungen im Blick haben. 1927 liegen viele Enttäuschungen hinter ihm. Da ist zuerst zu nennen seine Hoffnung auf die Verwirklichung der demokratischen Republik. Die politischen Aktivitäten für dieses Ziel, an denen er mitwirkte, blieben ohne Erfolg; etwa seine rege Vortragstätigkeit im Rahmen der Liga junge Republik 1922 oder die Arbeit in der von ihm 1924 mitbegründeten Republikanischen Partei. Sein ständiger publizistischer und auch aktiver Kampf gegen Militarismus, wie z.B. innerhalb der «Nie-wieder-Krieg!»-Bewegung Anfang der Zwanziger Jahre, hatte keine positive Veränderung gebracht. Seine Hoffnung auf Völkerversöhnung, ein durchgängiges Motiv, lange Jahre auf den Völkerbund gerichtet, war spätestens mit Deutschlands Eintritt in den Völkerbund zerbrochen. Kein «Weltparlament» war entstanden, wie er es ersehnte, sondern nur ein Forum für nationale Interessenpolitik.

Trotz aller kritischen Argumentationen war die Konsolidierung der Reaktion in der Innen- und Außenpolitik von ihm und seinen Mitstreitern offenbar nicht zu verhindern. Eine wesentliche Beeinflussung der öffentlichen Meinung war nicht gelungen. Da ihm aber nicht an kleinen tages-

politischen Erfolgen lag, sondern fundamentaler politischer Fortschritt von ihm eingefordert wurde - schon 1918 war er angetreten mit der Vorstellung, nach dem Krieg müsse etwas entscheidend Neues, Besseres entstehen<sup>1</sup>, und durch all seine Artikel zieht sich als roter Faden die Erwartung, die Menschen müßten eine grundsätzlich andere, humanere Form des politischen Zusammenlebens finden -, fühlte sich Ossietzky im Deutschland von 1926/27, wo Hindenburg Reichspräsident war und eine bürgerliche Mitte- bzw. Mitte-Rechts-Regierung gegen die Sozialdemokratie stand, als Außenseiter und sah keinen politisch erfolgversprechenden Weg.

In dieser Situation erschien ihm offenbar die in verschiedenen Kolonialgebieten der Welt sich rührenden Emanzipationsbewegungen wie ein Lichtstrahl, eine große Hoffnung auf eine befreiende, vorwärtsweisende Entwicklung in der Politik.

Nicht Ossietzky allein war von dieser Möglichkeit fasziniert. Ab 1925 häuften sich in der «Weltbühne» die Artikel, die sich mit Kolonialfragen, mit Aufstandsbewegungen in Marokko, Syrien, Afrika, vor allem China beschäftigten. Es entstand in linkspazifistischen Kreisen offenbar ein besonderes Interesse an diesem Themenkomplex<sup>2</sup>, der die Autoren auch in engere Berührung mit kommunistischer Argumentation und Aktion führte.

Was bewegte deutsche Pazifisten dazu, sich für eine Entwicklung zu erwärmen, die erst einmal nichts Pazifistisches an sich zu haben schien, im Gegenteil recht barbarische Formen haben konnte, und außerdem noch so weit weg von Deutschland geschah? Was versprachen sie sich davon? Daran schließt sich die Frage, ob und wie weit in ihre Überlegungen Argumente aus der marxistischen Imperialismustheorie eingingen, die den Emanzipationsbewegungen eine besondere Rolle zuwies.

<sup>1</sup> So z.B. «Wir leben inmitten einer großen Evolution» (Wandel der geistigen Atmosphäre, Monatsbl. d. Dt. Monistenbundes, Ortsgruppe Hamburg, Okt. 1918); «Wir erleben eine weltgeschichtliche Wende» (Das werdende Deutschland, ebd. Dez. 1918).

<sup>2</sup> Es äußerten sich von den bekannteren Weltbühnenmitarbeitern häufiger H. von Gerlach, Lothar Persius, Otto Corbach, Alfons Steininger, Mitstreiter Hillers, auch in der Gruppe revolutionärer Pazifisten; Richard Huelsenbeck, der Arzt und Dada-Dichter, der Kommunist Asiaticus (d.i. Heinz Grezyb aus Bremen), der Ökonomieprofessor Alfons Goldschmidt und auch Karl August Wittfogel, der genaue Kenner Chinas, der 1928-32 am Institut f. Sozialforschung in Frankfurt arbeitete. Überraschenderweise hat Fritz Sternberg, der 1926 ein gewichtiges Werk zum Imperialismus veröffentlichte, für die WB nichts zu diesem Themenkomplex geliefert, obwohl er dort unter dem Pseudonym K. L. Gerstorff viele außenpolitische Beiträge schrieb. Allerdings wurde sein Buch zustimmend rezensiert (WB 15.1.1929, I, S. 115).

Bei der Diskussion dieser Fragen will ich mich im wesentlichen auf Äußerungen zum Komplex China beschränken, obwohl auch immer wieder die Entwicklung in Afrika und im Vorderen Orient von Ossietzky und anderen kommentiert wurde. Aber es scheint doch so zu sein, daß gerade die Entwicklung in China die Gemüter der Zeitgenossen besonders bewegt hat. Auch wenn China im engeren Sinn keine Kolonie war - man sprach von «halbkolonialen Zustand» -, so war dort die politische Lage besonders gespannt und durch die Beteiligung Englands die Kriegsgefahr auch für Europa zeitweilig akut.

Das politische Interesse ging Hand in Hand mit einer wissenschaftlichen und künstlerischen Hinwendung zur chinesischen Welt. Neben dem berühmten Film «Sturm über Asien» von Pudowkin 1928 entstanden eine ganze Reihe von Theaterstücken. «Brülle China» von Tretjakow wurde 1930 in Berlin und an anderen Orten aufgeführt, Brecht stellte 1929/30 in «Die Maßnahme» und später in «Der gute Mensch von Sezuan» (1938/40) allgemeine gesellschaftliche Probleme in chinesischem Gewand dar. 1930 veröffentlichte Friedrich Wolf sein Stück «Tai Yang erwacht», das 1931 von Piscator inszeniert wurde. Arthur Holitscher schrieb die «Gesänge der chinesischen Revolution», aus denen Auszüge in der «Weltbühne» veröffentlicht wurden, und «Das unruhige Asien»; Richard Huelsenbeck berichtete von Reisen in die Mongolei, K. A. Wittvogel arbeitete über chinesische Sozialgeschichte und veröffentlichte 1931 «Wirtschaft und Gesellschaft Chinas» und 1927 ein Werk über Sun Yatsen, dessen Schriften 1927 in deutscher Übersetzung erschienen («30 Jahre chinesische Revolution», «Die drei nationalen Grundlehren»). Nicht zuletzt kann man Franz Lehár's Operette «Land des Lächelns» (1929) in diesem Zusammenhang erwähnen.

Man muß also sehen, daß parallel zur politischen Diskussion das Thema «China» in der Öffentlichkeit präsent war. Ob das nun mit politischem Engagement verknüpft war oder ob China als fremdartig-faszinierender «Stoff» interessierte, sei dahingestellt.

Die Entwicklung in China in dieser Zeit war für einen Europäer schwer zu durchschauen. Ausländische Mächte, vor allem England, Rußland und Japan, aber auch Frankreich und Deutschland, betrachteten das Land seit Ende des 19. Jahrhunderts als ihre wirtschaftliche Interessensphäre und hatten sich verschiedene Sonderrechte und Privilegien für ihre Landsleute gesichert. Die sogenannten «ungleichen Verträge» zwischen Ausländern und Chinesen benachteiligten letztere stark und bedeuteten neben der



offiziellen Anwesenheit ausländischer Truppen (zum Schutz der ausländischen Niederlassungen) eine Einschränkung der chinesischen Souveränität. Das Deutsche Reich hatte mit dem Versailler Vertrag alle Privilegien in China verloren, Rußland hatte nach der Revolution auf Sonderrechte verzichtet.

Politisch sah es chaotisch aus. Seit 1921 gab es ständig wechselnde Militärdiktaturen, es herrschten bürgerkriegsähnliche Zustände, Kämpfe zwischen verschiedenen Generalen um die Macht, bei denen Tschiang Kai-schek seit 1926 deutlicher hervortrat.

Eine klarere Entwicklungslinie war mit Sun Yatsen erkennbar, einem westlich gebildeten bürgerlich-demokratischen Revolutionär, unter dessen Führung 1912 das Kaisertum gestürzt und China Republik wurde. Später wurde Suns Partei, die Kuomintang (Nationale Volkspartei), verboten; er versuchte aus der Verbannung und dann in einer Gegenregierung mit Hilfe sowjetischer Berater die Kuomintang wieder aufzubauen und mit Hilfe einer eigenen Armee, die Tschiang Kai-schek leitete, wieder an Einfluß zu gewinnen. Sun Yatsen wurde zum Symbol des modernen China mit seiner Politik der Abschüttelung der Fremdherrschaft, Beseitigung der Militärwirtschaft in China und der Einigung des Landes, niedergelegt in seinen berühmten drei Grundprinzipien vom Volk: Nationalismus, Demokratie und Wohlfahrt des Volkes. Für viele westliche Linksintellektuelle wurde er mit seinen Sozialismusvorstellungen ein sehr interessanter Mann.

Nach seinem Tod 1925 kam es in Shanghai und Kanton bald zu schweren blutigen Zusammenstößen zwischen chinesischen Demonstranten und englischem Militär, die ungeheure Erregung und eine Welle von Patriotismus in China auslösten («Bewegung vom 30. Mai 1925») und in vielen westlichen Ländern zu großen Sympathiebekundungen führten. Die weiter andauernden Unruhen, Boykottbewegungen gegen ausländische Waren und der monatelange Streik waren Ausdruck des wachsenden nationalen Selbstbewußtseins der ökonomisch abhängigen und in ihren Rechten eingeschränkten Chinesen und stärkten die Kuomintang-Bewegung, die in den nächsten Jahren ihren Einfluß vom Süden Chinas her immer mehr ausweiten konnte. In dieser Zeit gingen in der Kuomintang die bürgerlich-nationalen Kräfte mit der noch jungen, erst 1921 gegründeten KP Chinas zusammen. Die Aufgeschlossenheit der Kuomintang gegenüber der Sowjetunion ist nicht zu verwundern, da Rußland nach der Revolution von

sich aus auf alle Privilegien in China verzichtet hatte. Die freundschaftlichen Beziehungen äußerten sich konkret in der Tätigkeit russischer Berater und der Lieferung von Geld und Waffen.<sup>3</sup> Die KPC war noch zu klein und zu einflußlos, als daß man in diesen ersten Jahren von einem Wettbewerb um die Führung zwischen KP und Kuomintang sprechen kann. Dennoch gab es schwelende Konflikte, die am 12. April 1927 zum Bruch führten. Tschiang Kai-schek ließ viele kommunistische Arbeiter hinrichten. Damit endete die erste «Einheitsfront» in China.

Die Kommunisten versuchten noch, eine bäuerliche Massenbewegung zu organisieren, hatten aber keinen größeren Erfolg mehr. Die Regierung unter Tschiang Kai-schek in Nanking entwickelte sich immer mehr zu einer machtbewußten, korrupten und opportunistischen Sachwalterin des Gegebenen, der revolutionäre Schwung war dahin. Erst 1949 wurde China kommunistisch, nach langem Ringen zwischen Tschiang Kai-schek und Mao Tse-tung.<sup>4</sup>

Eine der ersten direkten Äußerungen Ossietzkys zur Befreiungsbewegung in China ist Ende August 1926 zu finden. Sein eigentliches Thema in dem Artikel war der bevorstehende Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Seine Reflexionen über dessen Aufgaben münden in die Feststellung: «In der Welt geht ein ungeheurer Umformungsprozeß vor sich: unterdrückte Völker erwachen, ausgebeutete Rassen stehen plötzlich in einem mit modernen Mitteln geführten Emanzipationskampfe. Was hört der Völkerbund vom Brüllen Chinas, was von Afrikas dumpfem Grollen? [...] Aufgabe des Völkerbundes in einer Zeit, wo es überall revolutionär rumort, kann aber nur sein, nicht konservierend, sondern weiterführend zu wirken. [...] Schutz des Werdenden, Versuche, unvermeidliche Entwicklungen möglichst zu entbarbarisieren - das müßte sein Programm sein.»<sup>5</sup>

Die Befreiungsbewegung ist hier noch distanziert beschrieben, aber doch durch die Wortwahl vorsichtig positiv besetzt: Das «Erwachen» der Völker, das «Werdende», der «moderne Emanzipationskampf», das sind positive

---

<sup>3</sup> «China lernte von den Russen, aber der Bolschewismus gewann nicht die Oberhand» (John K. Fairbank, Prof. f. Chines. Geschichte, in: Geschichte des modernen China 1800-1985, dt. München 1989, S. 216).

<sup>4</sup> Trotz vieler Artikel zur Entwicklung in China nach dem Bruch von 1927 wird Mao Tse-tung in der WB noch nicht als kommende politische Größe erwähnt.

<sup>5</sup> Der Fall Völkerbund, WB 31.8.1926, II, S. 321.

Formulierungen. Dennoch überwiegt die Sorge, möglicherweise barbarische, gesetzmäßige, d.h. nicht aufzuhaltende Entwicklungen, Kriege, stünden bevor. In diesem Zusammenhang dachte er an den Völkerbund und dessen selbstgesetzte Ziele.<sup>6</sup> Eine typisch pazifistische Reaktion. Die Hoffnung auf den Völkerbund als Instrument der Friedenssicherung; das ist seit Kriegsende Gemeingut der Pazifisten. Auf dem Parteitag der DFG 1920 war ausführlich darüber diskutiert, waren verschiedene Modelle entwickelt worden.<sup>7</sup> Bei allen Differenzen über Ausformung des Bundes und ergänzende Strategien, über stärker außen- oder innenpolitische Gewichtung der Friedensarbeit - einig war man sich in der Vorstellung, ein Bund der Völker, der Nationen sei eins der stärksten Mittel im Kampf gegen den Krieg. Allerdings maß man den 1920 ins Leben gerufenen Völkerbund sehr kritisch an den ursprünglichen Ideen, wie sie etwa Wilson 1917 mit seinen 14 Punkten formuliert hatte. In dem Maß der Kritik, in der Frage, ob der Völkerbund reformierbar sei oder nicht, unterschieden sich die pazifistischen Gruppen. Ossietzky gehörte schon früh zu den recht kritischen Köpfen. Er sieht im idealen Völkerbund einen «übernationalen Gedanken» verwirklicht, er spricht von einer zukunftsweisenden großen moralischen Idee, von der «Mitarbeit im Verein aller Nationen»; im vorhandenen Völkerbund aber würden nationale Eigeninteressen dominieren; speziell Deutschland hatte in seinen Augen einige Hintergedanken dabei im Kopf: «Mitarbeit im Rat der Großen», im «Honoratiorenkonvent»<sup>8</sup> könnte nationalen Gewinn bringen wie etwa die Revision des Versailler Vertrages oder den Erwerb von Kolonien.

Trotz aller Mängel: das Instrument war da, und Ossietzky erinnerte jetzt, September 1926, an die eigentlich von ihm zu erwartenden Leistungen, angesichts großer drohender weltgeschichtlicher Verwicklungen und Kämpfe. «Noch immer wird der Krieg von Chinesen gegen Chinesen geführt»<sup>9</sup>, «Und doch wird in China auch europäisches Schicksal entschieden. Hier ist die größte Gefahrenzone, hier kann das Spiel der Mächte zuerst

---

<sup>6</sup> Präambel: «Gewährleistung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit», Art. 11: «Krieg und Kriegsgefahr gehen alle Mitglieder an».

<sup>7</sup> Hingewiesen sei auf das Modell von Keßlers, das Ossietzky in einem frühen Artikel lobend erwähnt (Harding und wir, Nie wieder Krieg 1.8.1921).

<sup>8</sup> Der Fall Völkerbund, WB 31.8.1926, II, S. 321.

<sup>9</sup> Vanity Fair, WB 14.9.1926, II, S. 399.

aufhören, Spiel zu sein.»<sup>10</sup> Der Völkerbund verstand diese Vorgänge nur als innere Wirren Chinas, die ein Eingreifen nicht erfordern, «obgleich einige seiner Mitglieder den Unfrieden eifrig genährt haben [...] und zu ihren Zwecken mißbrauchen»<sup>11</sup>, wie Ossietzky vermerkt. Er forderte vom Völkerbund zumindest das Bemühen um eine Schiedsformel.

Und an die politischen Gegner im eigenen Land, an die Kolonial- und Großmachtfreunde, richtete er die Mahnung, daß Deutschland nur ein sehr geringes Interesse daran haben könne, in die weltpolitischen Verlegenheiten Englands und Frankreichs verwickelt zu werden. «Immer der Nabel der Welt», «Großmacht-Kitzel, Sucht, an den Welthändeln teilzuhaben, Trödelkram der Eitelkeit»<sup>12</sup>, so kritisiert er die Haltung der Deutschen am Stammtisch. Dem Großmacht-Denken der meisten Deutschen stellte er ein ganz anderes Selbstverständnis Deutschlands gegenüber. «Ist es nun wirklich so ein Unglück, einmal für ein paar Jährchen nicht mitmachen zu können?»<sup>13</sup>, und er erinnerte daran, daß sicher viele Menschen Deutschland darum beneideten, nicht in die Konflikte verwickelt zu sein.<sup>14</sup>

Im Laufe des Jahres 1926 verlor Ossietzky mögliche Illusionen über die friedenssichernde Rolle des Völkerbundes. Angesichts der großen explosiven Konflikte in China, in die England, Japan und Rußland verwickelt waren, stellte er fest: «Wenn es nicht geschmacklos wäre, Witze zu machen, könnte man fast nach dem Völkerbund rufen.»<sup>15</sup> Er hielt ihn für zu schwach und unfähig, da seine Beschlüsse die Mitglieder kaum banden<sup>16</sup>, unverbindlich blieben, und da die Existenz von Garantiepakten neben ihm

---

<sup>10</sup> Ebd.

<sup>11</sup> Ebd.

<sup>12</sup> Vanity Fair, WB 14.9.1926, II, S. 400 f.

<sup>13</sup> Finger weg vom Globus, Berliner Volkszeitung 22.8.1925.

<sup>14</sup> Auch bei anderen Pazifisten war eine solche Einschätzung zu finden. Schoenaich: «Unsere ehemaligen Gegner haben uns durch die Fortnahme unserer Kolonien gerade noch zur rechten Zeit aus einem Hexenkessel befreit» (Europäische Gespräche. Hamburger Monatshefte für Auswärtige Politik, Berlin 1927, S. 665).

<sup>15</sup> Die Nacht von Hankau, WB 11.1.1927, I, S. 44.

<sup>16</sup> Der Fall Völkerbund, WB 31.8.1926, II, S. 320.

ihn zu einem Schattendasein verurteilte.<sup>17</sup> Seine «Kompetenz [hört] auf, wo das Problem beginnt.»<sup>18</sup>

Aber er ging weiter. Neben der Feststellung im weitesten Sinne organisatorischer Mängel stand bei ihm die kritische Frage nach den Interessen derjenigen, die die pazifistisch erscheinenden Beschlüsse trugen. Er war kein gläubiger Pazifist, der strahlend auf die Fortschritte verwies: Locarno, Völkerbund, Kellogg-Pakt. «Das Betrübliche ist, daß diese feierlichen Papiere nichts an der Welt ändern. Daß der Zustand der Unsicherheit nicht nur geblieben, sondern eher noch zugenommen hat.»<sup>19</sup> Ihn beunruhigte der Gedanke, daß die ganzen Versuche, durch Organisationen, Beschlüsse, Abmachungen zwischen den verschiedenen Regierungen der Friede gar nicht zu sichern sei, da es sich nur um Scheinmanöver handle und ganz andere Interessen verfolgt würden. Im Juni 1926 berichtet Ossietzky von einer Äußerung Lord Cecils in Genf, die ihn alarmierte: Lord Cecil vertrat die Meinung, «daß England zum letzten Mal Krieg geführt habe gegen Angehörige der weißen Rasse [...] Soll demnach in Zukunft die weiße Rasse geschlossen gegen die anderen stehen? Bedeutet europäische Einigung für die Imperialisten nur Aufrechterhaltung europäischer Vorherrschaften draußen in der Welt? Man begreift plötzlich, warum so viele ausgesprochen nichtpazifistische Politiker den paneuropäischen Gedanken so sympathisch finden».<sup>20</sup>

Man sollte diese fast wie ein Aha-Erlebnis formulierte Stelle zusammen mit seinen recht kritischen Artikeln über Thoiry, über die deutsch-französische Verständigung auf der Basis der schwerindustriellen Zusammenarbeit<sup>21</sup> lesen.

Ossietzky, der als Pazifist schon lange Jahre die Versöhnung besonders zwischen Frankreich und Deutschem Reich gefordert hatte, war verbittert darüber, daß diejenigen, die in seinen Augen schuld waren an einem

---

<sup>17</sup> Das bißchen Europa, WB 13.11.1926, II, S. 799.

<sup>18</sup> Völkerbund ohne Völker, WB 14.12.1926, II, S. 907.

<sup>19</sup> Ebd.

<sup>20</sup> Rif und Riffe, WB 1.6.1926, I, S. 833 f. - Vgl. die Einschätzung des Völkerbunds durch Tschitscherin in einer öffentlichen Erklärung vom 22.12.1925: «Der Völkerbund ist ein Instrument kapitalistischer Machenschaften gegen die schwächeren Staaten und gegen die Kolonialvölker», Rote Fahne 23.12.1925.

<sup>21</sup> Freund Frankreich, WB 28.9.1926, II, S. 479 ff.

Jahrhundert deutsch-französischer Feindschaft, sich nun verbrüderten und in Zukunft vermutlich zusammenhalten würden. «Die Klassen lösen die Nationen ab, die sozialen Kämpfe die nationalen Kriege.»<sup>22</sup> Die Formeln des Pazifismus würden also nur benutzt, um Klasseninteressen zu vertuschen. Es wird deutlich, daß Ossietzky hier die Ebene bürgerlich-pazifistischen Denkens verläßt.

Es sei angemerkt, daß solche Überlegungen, die die politische Entwicklung vom Klassenstandpunkt, von Klasseninteressen her interpretieren, in dieser Zeit sporadisch bei Ossietzky auftauchen, aber eigentlich in seinem Denken keine tieferen Spuren hinterlassen, nicht zum Maßstab werden. Es bleibt die Tatsache, daß er die bürgerliche Ideologie entlarvt, ihre offiziellen politischen Parolen als Verschleierung ganz anderer Interessen aufzeigt. «Der Imperialismus verbeugt sich vor der neuen Idee, dem Pazifismus, indem er seine Terminologie übernimmt».<sup>23</sup> Das geschieht mit der Idee des Völkerbundes genauso, wie Ossietzky es bei der Republik festgestellt hat. Der politische Gegner benutzt und besetzt die neuen Ideen und pervertiert sie dadurch.

Eine solche Interpretation der außenpolitischen Situation im Jahre 1926 erklärt, denke ich, warum Ossietzky sich zu dieser Zeit einem Gebiet zuwendet, das bisher außerhalb seiner Aufmerksamkeit lag bzw. stark von Kommunisten besetzt war und damit für ihn möglicherweise mit Vorsicht betrachtet wurde: den Befreiungsbewegungen der kolonialen Länder, die eine Gegenkraft darstellen könnten gegen den befürchteten Zusammenschluß imperialistischer Staaten. Seine 1926 noch distanzierte, aber vorsichtig bejahende Haltung den Befreiungsbewegungen gegenüber, die die Entwicklung im Prinzip anerkannte, da sie sich auf das selbstverständlich bejahte politische Prinzip des Selbstbestimmungsrechts berief, aber doch durch die mit ihr verbundenen unvermeidlichen Kämpfe beunruhigte, veränderte sich Anfang 1927 zu enthusiastischem Beifall. Auslöser war ein Vorfall im Januar in Hankau, als Chinesen die britische Fahne vom Dach der dortigen englischen Behörde rissen und die englischen Freiwilligen aus Kanton abziehen mußten. Ossietzky verstand diese Vorgänge symbolisch,

---

<sup>22</sup> Ebd., S. 482.

<sup>23</sup> Genf - Stresemann - Clemenceau, WB 17.8.1926, II, S. 239. Eine ähnliche Einschätzung konnte er schon 1921 formulieren (Nie wieder Krieg 1.8.1921), ohne daß er dadurch in den folgenden Jahren zu einer klaren Position gelangt wäre in dem Sinne, daß alle Versuche einer Friedenssicherung im Rahmen des bestehenden Systems unsinnig seien.

als Fanal für eine andere, bessere Zeit. «In dieser Nacht von Hankau hat Europa eine Schlacht verloren, nicht gegen eine andere Rasse, sondern, Gott sei Dank, gegen die Menschheit.»<sup>24</sup> Er begrüßt die Vorgänge mit Bildern, die er der Französischen Revolution entnimmt. «Wer nicht stumpfe Ohren hat, kennt diese Marschmusik: das ist die Reveille von Valmy, der Trommelwirbel einer aufgehenden Zeit.» Man hat das Bild der vorwärtsstürmenden Freiheit auf dem berühmten Gemälde von Delacroix vor Augen, wenn er vom dröhnenden Gongschlag aus dem tiefen Süden spricht, vom marschierenden Volksheer der Kuomintang: «Kanton trägt die Standarte Chinas».<sup>25</sup> «Eine Bastille ist weniger. Die Freiheit war wieder auf der Erde zu Gast».<sup>26</sup>

Der Beweis von Freiheitswillen, vom Aufbegehren des Volkes gegen Unterdrückung, riß ihn zur Begeisterung hin - und die Vorstellung, daß in einer als ungerecht und gewaltsüchtig erfahrenen Welt doch etwas zu ändern war, die Möglichkeit zu einer grundsätzlich anderen Politik bestand. Die Bilderwelt aus der Französischen Revolution signalisiert auch die Hoffnung, daß die eingeleitete Entwicklung eine ähnlich entscheidende Vorwärtsbewegung in der Geschichte bedeuten könnte wie im 18. Jahrhundert die Französische Revolution.<sup>27</sup>

\*

Die hochfliegenden Erwartungen angesichts der Entwicklung in China teilte Ossietzky mit einer ganzen Reihe von linken Intellektuellen, Pazifisten und Kommunisten. Das zeigt deutlich der große internationale Kongreß «Gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus» in Brüssel, der wenige Wochen, nachdem Ossietzky den Artikel geschrieben hatte, stattfand. Dort wurden Resolutionen beschlossen, die sehr ähnliche Hoffnungen und Erwartungen formulierten. Organisator des Kongresses war die auf Anregung des Kommunisten Willi Münzenberg und der Internationalen Arbeiterhilfe im Februar 1926 in Berlin gegründete «Liga gegen koloniale Unterdrückung» (LgkU). Das Interesse der Komintern, die die Liga

---

<sup>24</sup> Die Nacht von Hankau, WB 11.1.1927, I, S. 44.

<sup>25</sup> Ebd., S. 42.

<sup>26</sup> Ebd., S. 44.

<sup>27</sup> Wie zentral für sein Geschichtsbild die Französische Revolution war, ist herausgearbeitet in dem Artikel von Manfred Kossik in «Nachdenken über Ossietzky», hg. von Helmut Reinhard, Berlin 1989, S. 21 ff.

ebenfalls unterstützte, war vorwiegend auf Stärkung der Befreiungsbewegungen in den Kolonien gerichtet.<sup>28</sup> Die Liga hatte es sich zur Aufgabe gemacht:

- a. Aufklärung weitester Kreise über den Charakter der Kolonialpolitik und ihre Wirkungen auf unterdrückende und unterdrückte Völker.
- b. Durchführung von Protestaktionen gegen alle Gewalttaten des Kolonialimperialismus.
- c. Solidaritätsaktionen und praktische Hilfe für die betroffenen Völker.
- d. Herstellung einer geistigen und organischen Verbindung zwischen den um ihre Freiheit ringenden Kolonialvölkern und den ausgebeuteten Klassen der übrigen Länder.
- e. Veranstaltung internationaler Kongresse der Kolonialvölker zusammen mit fortschrittlichen Organisationen aller Staaten.<sup>29</sup>

Da die Liga eine Reaktion auf die im Vorfeld des deutschen Völkerbundesbeitritts wiedererstarkte Kolonialpropaganda war, soll die «Kolonialfrage» in einem kurzen Exkurs verhandelt werden, auch wenn sie für Ossietzky und viele seiner Mitstreiter eindeutig negativ beantwortet war.

Überraschenderweise waren es nicht nur die ausgesprochen rechten Politiker, die Alldeutschen, die Nationalisten, die für Deutschland Kolonien forderten. Auch ein Zentrumsmann wie Konrad Adenauer befürwortete 1927 «unbedingt» deutschen Kolonialbesitz mit der Begründung nach mehr Raum für das deutsche Volk.<sup>30</sup> Ein Funktionär der christlichen Gewerkschaften konnte auf eine Umfrage zum Kolonialproblem schlicht konstatieren: «Das deutsche Reich braucht Kolonien».<sup>31</sup> In seiner Begründung spielt ein Faktum eine Rolle, das als «Kolonialschuldlüge» in der Öffentlichkeit geführt wurde: die Tatsache, daß dem Deutschen Reich im Versailler Vertrag die Kolonien mit der Begründung aberkannt worden waren, daß es nicht fähig sei zur richtigen Verwaltung von Kolonien. Ge-

<sup>28</sup> Kritisches Wörterbuch des Marxismus, hg. von Georges Labica, Gerard Bensussan u. für die dt. Fassung Wolfgang Fritz Haug, Berlin 1983 ff., Bd. 4, S. 661.

<sup>29</sup> Friedenswarte November 1926, S. 372.

<sup>30</sup> In Beantwortung einer Umfrage der Zeitschrift «Europäische Gespräche» (s. Anm. 17) führte er aus: «Das deutsche Reich muß unbedingt den Erwerb von Kolonien anstreben. Im Deutschen Reich selbst ist zu wenig Raum für die große Bevölkerung. Gerade die etwas wagemutigen, stark vorwärtsstrebenden Elemente, die sich im Lande selbst nicht betätigen konnten, aber in den Kolonien ein Feld für ihre Tätigkeit finden, gehen uns dauernd verloren. Wir müssen für unser Volk mehr Raum haben und darum Kolonien [...]» (S. 611).

<sup>31</sup> Ebd.



kränkte nationale Ehre war bei vielen die Reaktion. Sogar Pazifisten machte diese Emotion zu schaffen.<sup>32</sup> Auch in der SPD gab es eine ganze Reihe von positiven Stimmen. Wie verbreitet der Wunsch nach Kolonialbesitz war, zeigt, daß Hellmut von Gerlach sein pädagogisch begründetes Plädoyer dafür 1925 in einer ganzen Reihe von Artikeln in der «Weltbühne» vortragen konnte. Die 1926 gegründete Liga sollte diesem Trend entgegenwirken.

Ihr Vorsitzender war Fritz Danziger, Mitglied der DFG, ab 1923 im Vorstand der Liga für Menschenrechte (LfM).<sup>33</sup> Ossietzky, langjähriges Mitglied der LfM und im Sommer 1926 ebenfalls in den Vorstand gewählt, hatte folglich regelmäßig mit ihm zu tun. Auch andere Mitglieder der LgkU waren in der LfM tätig: Otto Lehmann-Rußbüldt, Helene Stöcker und Freiherr von Schoenaich. Alfons Goldschmidt, Lothar Persius, Arthur Holitscher und Ernst Toller waren «Weltbühnen»-Autoren, und auch Theodor Lessing und Georg Ledebour schrieben gelegentlich in ihr.<sup>34</sup> Mit Albert Einstein, ebenfalls in der LgkU aktiv, hatte Ossietzky Anfang der 20er Jahre in der «Nie-wieder-Krieg!»-Bewegung zusammengearbeitet. Man kann also sagen, daß Ossietzky, auch wenn er nicht selbst Mitglied war, doch dem Personenkreis der LgkU nahestand. Für viele gemäßigte Pazifisten galt die LgkU als stark kommunistisch ausgerichtet<sup>35</sup>, da sie auf Anregung der KPD gegründet wurde, Willi Münzenberg im Vorstand war und es auch zahlreiche kommunistische Mitglieder gab. Zumindest in der Anfangsphase aber waren die Demokraten und Pazifisten noch recht aktiv dabei und bestimmten wesentlich mit das Gesicht der Liga.

Ein Jahr nach Gründung der Liga fand der von ihr ausgerichtete Kongreß gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus im Palais Egmont in Brüssel statt und erregte in den meisten großen deutschen Zeitungen Aufmerksamkeit. Das Besondere an ihm war, daß erstmals Delegierte aus allen Teilen der Welt zusammenkamen, um gemeinsam gegen den Impe-

---

<sup>32</sup> S. etwa die Äußerungen von Deimlings, ebd., S. 624.

<sup>33</sup> Reinhard Lütgemeier-Davin: Pazifismus zwischen Kooperation und Konfrontation, Köln 1982, S. 340.

<sup>34</sup> Nach: Friedenswarte November 1926, S. 372, und Lütgemeier-Davin, S. 42 f.

<sup>35</sup> Friedenswarte Dezember 1929, S. 378; Lehmann-Rußbüldt in einem Rückblick auf den Brüsseler Kongreß, den er im übrigen als Erlebnis von ungeheurer elementarer Wucht bezeichnet.

rialismus und für «Nationale Freiheit - Soziale Gleichberechtigung»<sup>36</sup> zu kämpfen. Parlamentsmitglieder, Vertreter der Kuomintang, der verschiedenen Gewerkschaften, der Independent Labour Party, des Deutsche Friedenskartells, der IFFF, der Liga für Menschenrechte, der Internationale der Kriegsdienstgegner, Kommunisten und linke Sozialdemokraten<sup>37</sup>, Anarchisten, Pazifisten, Schriftsteller und Wissenschaftler trafen sich. Von den 34 deutschen Vertretern waren die bekanntesten: Alfons Goldschmidt, Arthur Holitscher, Georg Ledebour, Theodor Lessing, Willi Münzenberg, Alfons Paquet, Fritz Sternberg, Helene Stöcker, Ernst Toller, Arnim T. Wegner, Karl August Wittfogel. Neben eindrucksvollen Berichten über die Belastungen, die Klagen der Bevölkerung in den verschiedenen Kolonialgebieten und vor allem über die Breite des Aufruhrs in China standen offenbar tiefberührende Solidaritätsbekundungen etwa zwischen Vertretern englischer Arbeiterparteien und Mitgliedern der Kuomintang. Aus den Berichten der deutschen Delegierten in den Zeitungen hört man die Betroffenheit und das Bewußtsein heraus, an einem politisch entscheidenden Ereignis teilgenommen zu haben. Holitscher sprach von der zentralen Idee des Kongresses, der Befreiung Asiens vom Joch des europäischen Imperialismus, und empfahl den politischen Gegnern, «der gorgonenhaft aufsteigenden Vision der Menschheitsbefreiung ins schaurig schöne Antlitz zu schauen».<sup>38</sup> Toller nannte den Kongreß etwas trockener «ein welthistorisches Ereignis»<sup>39</sup> und Helene Stöcker berichtete von dem «Bewußtsein der Gemeinschaft» das sie miterlebt habe, und nannte den Kongreß ein «historisches, epochemachendes» Ereignis, den «Anfang zu etwas Neuem und Größerem».<sup>40</sup> Es gab eine Reihe von Resolutionen, eine internationale Organisation wurde geschaffen.

Interessant auch zur Interpretation der Ossietzkyschen Position ist die Entschliebung der deutschen Delegierten. «Wir verfolgen den in der ganzen

---

<sup>36</sup> Motto des Kongresses laut Bericht von Holitscher im Berliner Tageblatt vom 25.2.1927. Von der Zeitung wurde der Bericht mit der einschränkenden Vorbemerkung gedruckt, man wolle sich nicht in eine antienglische Parteinahme hineinbringen lassen.

<sup>37</sup> Helene Stöcker beklagte in ihrem Bericht, daß sich wegen der kommunistischen Mitarbeit an diesem Kongreß «die zweite sozialistische Internationale wieder einmal grollend und greinend in den Schmollwinkel zurückgezogen habe.» (Friedenswarte März 1927, S. 81).

<sup>38</sup> Holitscher in Berliner Tageblatt, 25.2.1927.

<sup>39</sup> Toller: «Der Brüsseler Kolonial-Kongreß», WB 1.3.1927, I, S. 325.

<sup>40</sup> Helene Stöcker in Friedenswarte März 1927, S. 82.

Welt vor sich gehenden Freiheitskampf der unterdrückten kolonialen Völker mit tiefer Bewunderung und in der Hoffnung auf den Endsieg ihres Kampfes für die Sache der ganzen arbeitenden Menschheit.

Die heute in Deutschland immer mehr wachsende Propaganda für die Wiedererwerbung von Kolonialbesitz halten wir für falsch und gefährlich; eine neue Kolonialpolitik, einerlei in welcher Form, wird das deutsche Volk unweigerlich in die bevorstehenden blutigen imperialistischen Kriegskonflikte hineintreiben. Die Zeit der Kolonialpolitik ist vorüber.

Selbst wenn Deutschland wieder Kolonien erhalten würde, würde damit an der schweren wirtschaftlichen Lage seiner arbeitenden Bevölkerung nicht das mindeste geändert. Die um ihre Befreiung kämpfenden Kolonialvölker sind die Bundesgenossen auch der schaffenden Bevölkerung Deutschlands.

Wir rufen das gesamte arbeitende Volk auf, von seinen wirtschaftlichen und politischen Organisationen eine entscheidende Stellungnahme gegen jede neue Kolonialpolitik zu fordern.»<sup>41</sup>

Bei Ossietzky heißt es im März 1927 in dem Artikel «Der kranke Imperialismus», wie eingangs zitiert: «Wir hoffen, daß Erbin dieses Freiheitskampfes nicht eine neue waffenstarrende Großmacht, sondern die ganze Menschheit sein wird.» Bei aller Parallelität: Ist es Zufall, daß Ossietzky statt von der «ganzen arbeitenden Menschheit» von «der ganzen Menschheit» spricht?

Für den Brüsseler Kongreß war ein Gedanke zentral, der von Lenin im Rahmen seiner Imperialismustheorie entwickelt worden war. Das Proletariat der industrialisierten Länder mußte die Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt unterstützen, um mit geeinter Kraft den Imperialismus beseitigen zu können. Daß die Emanzipationsbewegungen in den kolonialen Ländern stark national ausgerichtet waren, spielte für ihn keine Rolle. Aus der nationalen würde sich die soziale Revolution ergeben. Diese Überlegung ist der Grundgedanke des Februar-Kongresses. Arthur Holitscher berichtet über den Kongreß im Februar 1927, in allen Ansprachen sei deutlich zutage getreten: «die nationale Erhebung der Völker ist identisch und untrennbar von der Erhebung der unterdrückten Klassen. Nationale Erhebung undenkbar ohne die Mitwirkung der organisierten Arbeiter- und

---

<sup>41</sup> Nach Tollers Bericht S. 327 f., s. Anm. 39.

Bauernschaft der Welt.»<sup>42</sup> Für Holitscher, der sich zum Kommunismus bekennt, ist das kein Problem. Er sieht gerade darin die Bedeutung des Kongresses. Ernst Toller formuliert in seinem Bericht in der «Weltbühne» einige Bedenken. Das Verhältnis der verschiedenen Rassen und Völker zueinander sei nicht völlig unbelastet, trotzdem: «Eng verbunden mit dem Schicksal der kolonialen Völker ist das Schicksal der europäischen Arbeiterklasse, also auch das der deutschen Arbeiter.»<sup>43</sup>

Helene Stöcker, die überzeugte Pazifistin, Gandhi-Bewunderin, Mitglied der Gruppe revolutionärer Pazifisten, stellt nicht das Bündnis der Arbeiterklasse mit den nationalen Befreiungsbewegungen heraus, sondern spricht von «Erdballgemeinschaft», von der Hoffnung, der deutsche und internationale Pazifismus werde sich auch in Zukunft am Kampf «gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus, für die Freiheit der menschlichen Persönlichkeit» beteiligen.<sup>44</sup> Ihr Leitgedanke ist der erfolgreiche Kampf gegen den Krieg. Kolonien würden Deutschland nur in einen zukünftigen imperialistischen Raubkrieg verwickeln. Die Ursachen für Kriege müßten bekämpft werden, für sie «Ausbeutung der menschlichen Persönlichkeit, Mißachtung der menschlichen Würde».<sup>45</sup> So spiegeln die Berichte die verschiedenen Varianten innerhalb der grundsätzlichen Zustimmung wider.

In den Artikeln, die Ossietzky in dieser Zeit zum Thema China/Kolonialismus und Befreiungsbewegung schreibt, taucht der Leninsche Gedanke des notwendigen Zusammengehens von Arbeiterbewegung und Emanzipationsbewegung der unterdrückten Völker nicht auf. Aber den Begriff Imperialismus, in dessen theoretischem Rahmen Lenin die Vorstellung vom gemeinsamen Kampf der Proletarier und der ausgebeuteten Rassen hineinstellt, benutzt Ossietzky selbstverständlich. Der Begriff Imperialismus war vieldeutig und damals jedenfalls auch umgangssprachlich

---

<sup>42</sup> Berliner Tageblatt 25.2.1927. Das offizielle Manifest des Kongresses stellte fest: «Die auf dem Kongreß versammelten Vertreter der unterdrückten Völker und der Arbeiterklasse aller Erdteile haben im Interesse der Sicherung ihrer elementaren Rechte und Entwicklung untereinander ein brüderliches Bündnis geschlossen». (Der Brüsseler Kongreß gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit vom 10. bis 15. Februar 1927, Auszüge aus den Reden, Berlin 1927, S. 29).

<sup>43</sup> WB 1.3.1927, I, S. 327.

<sup>44</sup> Friedenswarte März 1927, S. 83.

<sup>45</sup> Ebd.

weit verbreitet, mal gleichbedeutend mit Kolonialismus, mal zur Bezeichnung von aggressiver Machtpolitik eines Staates, im Gegensatz zu einer friedlichen, auf Verständigung gerichteten Außenpolitik. Zum Beispiel sprach ein so gemäßigter Pazifist wie Quidde 1919 auf dem Deutschen Pazifistenkongreß in Berlin in diesem Sinne von imperialistischer Politik. «Wir müssen mit einem Wort statt militaristischer und imperialistischer Politik pazifistische Politik treiben.»<sup>46</sup> Auch auf den erwähnten großen «Nie-wieder-Krieg»-Veranstaltungen, an denen Leute verschiedenster Gruppierungen und Parteien teilnahmen, wurde etwa der «Kampf gegen die dreieinigen Mächte des Imperialismus, des Militarismus und des Kapitalismus» gefordert.<sup>47</sup> Bei den verschiedenen «Weltbühnen»-Autoren wurde der Begriff Imperialismus mal in diesem, mal spezifischer im Sinne einer Imperialismustheorie gebraucht. Es gab schon vor Lenin eine ganze Reihe von Theoretikern, etwa Hobson, die versuchten, das neue Gesicht des Kapitalismus, das seit Ende des 19. Jahrhunderts entstanden war, zu fassen. Viele ihrer Gedanken nahm Lenin in seiner Schrift von 1916 «Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus» auf. Nur ganz kurz sei darauf eingegangen. Er stellt fünf typische Merkmale heraus: «Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch die internationalen Trusts begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist.»<sup>48</sup> Eine der Auswirkungen war nach ihm die Herausbildung einer Arbeiteraristokratie - er spricht von ihrer «Bestechung» durch Teilhabe an den wirtschaftlichen Vorteilen der imperialistischen Expansion. Deren nachlassende revolutionäre Haltung sah Lenin kompensiert durch das Anwachsen von Widerstand und Auflehnung in den von den imperialistischen Staaten abhängigen und unterworfenen Völkern. Indem Lenin die Nationen unterteilt in Unterdrückte und Unterdrückende - «Diese Einteilung [...] ist eben das Wesentlichste vom Standpunkt des

---

<sup>46</sup> Achter deutscher Pazifistenkongreß, Berlin 13. bis 15. Juni 1919, Verhandlungsbericht, Charlottenburg 1919, S. 151.

<sup>47</sup> Laut Bericht in: Welt am Montag, 1.8.1921.

<sup>48</sup> LW 22, S. 271.

revolutionären Kampfes gegen den Imperialismus»<sup>49</sup>, hat er die Parallele zum Klassenkampf gezogen und kann beide Bewegungen theoretisch verknüpfen.

Der Imperialismus wirkt in dieser Theorie systemstabilisierend, indem er eine «Ablenkung der mit fortschreitender Industrialisierung entstandenen inneren Spannungen und Klassengegensätze nach außen» bewirkt.<sup>50</sup> Der Kampf gegen ihn bestärkt folglich wieder die revolutionäre Situation. Das ist in Kürze der Gedankengang Lenins. Findet sich davon etwas wieder in Ossietzkys Imperialismus«begriff»?

1927 schreibt er in einer Besprechung des Buches von Lawrence: «Heute wissen wir, daß das koloniale Zeitalter zu Ende geht und der alte Imperialismus selbst ein hippokratisches Gesicht trägt.»<sup>51</sup> An anderer Stelle spricht er vom alt und defensiv gewordenen, vom kranken Imperialismus, dessen Kampf letzten Endes hoffnungslos ist.<sup>52</sup> Er konstantiert den Untergang des Imperialismus; der Zusammenhang ergibt, daß er den Begriff hier gleichbedeutend mit Kolonialismus, mit Großmachtpolitik benutzt. Daneben stehen Artikel, z.T. sehr frühe, in denen Ossietzky von «Interessen» des Staates spricht, oder von den «Interessenssphären», die mit dem Imperialismus gewahrt werden. So vermutet er etwa 1921 in dem Artikel «Harding und wir» hinter offiziell pazifistisch begründeten Konferenzen - es geht um die vom amerikanischen Präsidenten einberufene Konferenz zur Befriedung des Raumes Stiller Ozean/China - sehr handfeste amerikanische Interessen. «Das ist kein Pazifismus, sondern ein Imperialismus der gern mit friedlichen Mitteln arbeiten möchte, weil ihm vor seinen eigenen Konsequenzen die Haut zu schaudern beginnt. Ein Imperialismus, geschmeidiger und weniger brutal als der alte europäische, aber immerhin ein Imperialismus.»<sup>53</sup> - Von Ossietzky als Pazifisten immerhin als Schritt zur Vernunft, aber unbefriedigend bezeichnet. Er fährt fort: «Der Pazifismus bleibt gelegentliches Mittel oder gar nur Attrappe, wenn nicht die verschiedenen nationalen Wirtschaften sich rechtzeitig so umstellen, daß

---

<sup>49</sup> «Das revolutionäre Proletariat und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen», 1915, LW 21, S. 416, zit. nach Krit. Wörterbuch des Marxismus, Bd. 3, S. 532.

<sup>50</sup> So Hans Christoph Schröder, Sozialistische Imperialismusdeutung, Göttingen 1973, S. 57.

<sup>51</sup> Lawrence, WB 15.11.1927, II, S. 750.

<sup>52</sup> Der kranke Imperialismus, WB 8.3.1927, I, S. 363.

<sup>53</sup> Harding und wir, Nie wieder Krieg 1.8.1921.

das imperialistische Element, die Urzelle der Weltkriege, ausgeschieden wird.»

Zwar benennt er hier in vager Formulierung eine Beziehung zwischen Ökonomie und imperialistischer Politik, aber wichtiger scheint mir die Aussage über Imperialismus als Urzelle des Krieges zu sein. Hier liegt die Antwort auf die Frage, was sich Ossietzky eigentlich von einem Sieg der Befreiungsbewegung in China verspricht, die ja erst einmal nur Freiheit für ein bisher abhängiges Land und dann eine Niederlage für den englischen Imperialismus bedeutet. Es sei erinnert an die ersten Artikel von 1926, in denen er den Völkerbund und Europa warnte vor den großen Gefahren. Er sprach von Erdbebengebieten, von der Explosionskraft der Lage im Fernen Osten, von den «Pulverfässern», die dort lagern. Das waren in seinen Augen die wahren Probleme; in Europa, im Völkerbund würde nur über Scheinprobleme gesprochen.<sup>54</sup> Und er forderte in diesem Zusammenhang als zentrale Aufgabe die Abrüstung.

Ein weiteres Indiz dafür, daß Ossietzky in erster Linie die mit der imperialistischen Politik verknüpfte Kriegsgefahr im Auge hat, ist seine Reaktion auf die Zuspitzung der politischen Beziehungen zwischen England und Rußland wegen der Chinafrage. Anfang 1927 war es zu einem Notenwechsel zwischen England und Rußland gekommen, in dem sich England u.a. über russische Einmischung in China beklagte, was die Sowjetunion zurückwies. Der schon lange schwelende Konflikt zwischen der konservativen englischen Regierung und der Sowjetunion eskalierte, als im Mai die russische Handelsvertretung in London polizeilich durchsucht wurde<sup>55</sup> und Großbritannien in der Folge den Handelsvertrag kündigte und die diplomatischen Beziehungen abbrach. Für Ossietzky war das ein Zustand, «der sonst unmittelbar in den Krieg führt, diesmal statt dessen in eine Wartefrist von unbekannter Dauer».<sup>56</sup> Da es um den Bestand des britischen Imperiums gehe, könne Großbritannien noch «die wahnwitzigsten Komplikationen» heraufbeschwören, etwa indem es an Rußland ein

---

<sup>54</sup> Kompromiß und Klarheit, WB 7.12.1926, II, S. 874.

<sup>55</sup> Von Ossietzky als «Rache für Hankau» interpretiert in dem gleichnamigen Artikel WB 24.5.1927, I, S. 805 ff.

<sup>56</sup> Feuer im Osten, WB 14.6.1927, I, S. 925.

Exempel statuieren, zur Warnung an alle Völker, die Englands Imperium antasten könnten.<sup>57</sup>

Aus dieser Sorge heraus erinnerte Ossietzky an die Satzung des Völkerbundes, an Art. 11, der besagt, daß jeder Krieg und jede Kriegsgefahr den ganzen Bund angeht, und er schalt die Frankfurter Zeitung, da sie in dieser Frage Resignation verbreite. «Entspricht diese Resignation wirklich der Meinung aller Völkerbundsfreunde?», formuliert er am Ende dieser Textpassage appellativ.<sup>58</sup>

Im Anschluß an diesen Artikel nahm Ossietzky in das Heft vom 14.6.1927 eine kurze, nur zwei Seiten umfassende Erinnerung an den Haager Weltfriedenskongreß vom Dezember 1922 auf, einberufen vom Internationalen Gewerkschaftsbund und von pazifistischen Organisationen. Dieser Artikel ist ungezeichnet, aber vermutlich war Ossietzky auch hier der Verfasser, denn der Text bezieht sich inhaltlich eng auf seinen vorhergehenden Artikel «Feuer im Osten». Besonders verwiesen wird auf den Beschluß: «Der Kongreß erklärt, daß die organisierten Arbeiter die Pflicht haben, allen in Zukunft drohenden Kriegen mit allen der Arbeiterbewegung zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzuwirken und den tatsächlichen Ausbruch eines Krieges durch die Proklamierung und Durchführung eines internationalen Generalstreiks zu verhindern.»<sup>59</sup> Die Realisierung dieser fünf Jahre alten Beschlüsse wird dringend eingefordert angesichts des internationalen Konflikts. «Zwei Großmächte haben die diplomatischen Beziehungen gelöst, niemals ist die Möglichkeit eines neuen europäischen Krieges näher gewesen.» Der Verfasser erinnert an die Worte Edo Fimmens, des damaligen Sekretärs der Amsterdamer Internationale: die ganze Internationale sei keinen Deut wert, wenn sie nicht imstande sei, Kriege zu verhüten.

Imperialismus, verstanden als aggressive Großmachtpolitik, muß als Quelle von Kriegen beseitigt werden - diese Position läßt sich aus den hier verhandelten Texten Ossietzkys belegen. Den Gewinn davon wird «die

---

<sup>57</sup> Die Kommunisten warnten schon lange vor einem Angriff des imperialistischen England auf Rußland, auch der linke Flügel der Pazifisten, etwa der Bund revolutionärer Pazifisten, teilte diese Besorgnis (s. Lütgemeier-Davin, S. 216).

<sup>58</sup> WB 14.6.1927, I, S. 926.

<sup>59</sup> Ebd., S. 932. Auch die öffentliche Kontrolle über die Rüstungsindustrie durch den Völkerbund wurde in einer Resolution gefordert.



ganze Menschheit» haben. Es sei erinnert an die Formulierung der deutschen Delegation in Brüssel, die den Nutznießer im Kampf gegen den Imperialismus in der «ganzen arbeitenden Menschheit» sah und damit die Interessen des Proletariats im Sinn hatte. Man kann das wohl zuspitzen auf die Formulierung: hier der Blick auf den Imperialismus aus der Sicht eines Pazifisten, dort aus der Sicht von Sozialisten. Ossietzky sieht die antiimperialistische Bewegung als Friedenschance unabhängig von sozialer Revolution.

Wenn er im Zusammenhang mit China von den «paar pffiffige[n] Commerzleute[n]» spricht, die die Chinesen «für ewige Zeiten in der Tretmühle des Börsenprofits nutzbar machen wollten»<sup>60</sup>, läßt er damit erkennen, daß er auch einen ökonomisch ausgerichteten Imperialismusbegriff im Kopf hat. Kolonialismus ist für ihn Ausbeutung.<sup>61</sup> Aber die konkreten Formen offener oder verdeckter wirtschaftlicher Abhängigkeit interessieren ihn in diesem Zusammenhang wenig. In den meisten Artikeln, in denen er den Imperialismus angreift und sein baldiges Ende prognostiziert, wendet er sich gegen Großmachtpolitik und damit verbundene Kriegsgefahr, nicht gegen «Imperialismus als höchste Stufe des Kapitalismus».

\*

Aufschlußreich zur genaueren Bestimmung der Ossietzkyschen Position ist seine Einschätzung der Rolle der Sowjetunion in den Freiheitsbewegungen der Kolonialländer. Sie wandelt sich in den Jahren 1925 bis 1927 deutlich. Anfangs hat Ossietzky noch eine sehr ablehnende Haltung. In dem Artikel «Finger weg vom Globus» vom 22.8.1925 glossiert er ironisch die Vielzahl von Veranstaltungen und Aktionen, die die deutschen Kommunisten zu dem revolutionären Aufruhr in China durchführten. Seit dem Mai 1925, als der Aufruhr aufflammte und sich zum großen Streik gegen die Fremdenherrschaft auswuchs, hatten KPD, Internationale Arbeiterhilfe und viele Einzelgewerkschaften nicht nur in Deutschland, auch in England und an-

---

<sup>60</sup> Die Nacht von Hankau, WB 11.1.1927, I, S. 43.

<sup>61</sup> Rif und Riffe, WB 1.6.1926, I, S. 833. Daß Ossietzky mit solchen Vorstellungen, auch mit seinen Warnungen vor dem Zusammenschluß imperialistischer Staaten aus ökonomischen Interessen keine Nähe zu Hilferdings «organisiertem Kapitalismus» hat, scheint mir deutlich. Denn für Hilferding bedeutet Produktion in internationalen Trusts und Kartellen eine Aufgabe des kapitalistischen Prinzips der freien Konkurrenz und ist als Fortschritt zum sozialistischen Prinzip der planmäßigen Produktion zu begrüßen (so etwa auf dem Kieler Parteitag Mai 1927).

deren Ländern Solidarität bekundet, Geld gesammelt, Sympathieschreiben geschickt. Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale hatte sich daran trotz Aufforderung nicht beteiligt. Willi Münzenberg berichtet von den Aktionen in seinem Rückblick auf die Arbeit der Internationalen Arbeiterhilfe. Die Aufgabe, die sich die IAH selbst gestellt hatte, «über die Grenzen der Arbeitermassen hinaus Verbindung zu den links stehenden Intellektuellen und kleinbürgerlichen Kreisen zu gewinnen, um sie über die Situation in China zu informieren und zur Unterstützung zu veranlassen»<sup>62</sup>, und die im Einklang mit den Beschlüssen der Komintern stand, hat sie erfolgreich durchgeführt. Sie sorgte z.B., wie schon erwähnt, für die Gründung der Liga gegen koloniale Unterdrückung, in der viele pazifistisch orientierte Intellektuelle mitarbeiteten. Willi Münzenberg berichtet von einem leider undatiert wiedergegebenen Solidaritäts- und Hilfsversprechen von Schriftstellern, Künstlern und Intellektuellen als Antwort auf einen Hilferuf chinesischer Studenten und Professoren. «Unsere volle Sympathie gehört allen Studenten, Professoren und Intellektuellen in China, die in dem großen aber gerechten Kampfe zu dem chinesischen Volk und den chinesischen Arbeitern stehen. Unsere Sympathie ist bei dem chinesischen Volke, das für seine nationale Befreiung und für die Gerechtigkeit und Humanität gegen die unmenschliche Ausbeutung durch fremde, imperialistische Ausbeuter kämpft [...]».<sup>63</sup> Gumbel, George Grosz, Käthe Kollwitz, Lehmann-Rußbüldt von der Liga für Menschenrechte, Theodor Lessing, Erich Mühsam, Ernst Toller, Heinrich Vogeler, Zille und viele andere haben unterzeichnet. Ossietzky ist nicht dabei.

Auch ein großer, von der IAH veranstalteter internationaler China-Kongreß am 16.8.1925 in Berlin kurz vor der Niederschrift seines kritischen Artikels hat Ossietzky offenbar nicht beeindruckt. Diese Konferenz stand ganz unter der leninistischen Leitlinie des gemeinsamen Kampfes von Proletariat und ausgebeuteten Völkern. Die «Rote Fahne» nennt in ihrem ausführlichen Bericht diese Kräfte die «beiden Totengräber des Imperialismus» und bezeichnet das «Anwachsen der proletarischen Revolution» als den eigentlichen Sinn der Kämpfe in China.<sup>64</sup>

---

<sup>62</sup> Münzenberg, in: Solidarität. 10 Jahre IAH, Berlin 1931, S. 286.

<sup>63</sup> Ebd., S. 287.

<sup>64</sup> Rote Fahne 16.8.1925: «Chinakonferenz der IAH».

Das waren sowieso nicht Ossietzkys Zielsetzungen. Aber 1925 stellte er auch noch recht lapidar neben den angelsächsischen Imperialismus den russischen<sup>65</sup> und zeigt damit deutlich, daß er hier einen nur politischen Imperialismusbegriff anwendet, der nichts mit Gesellschaftsanalyse zu tun hat.<sup>66</sup> Den Gedanken der russischen Machtpolitik führt er nicht weiter aus; an sich hat er auch immer wieder einmal Lob für die realistische Außenpolitik der Diplomaten der UDSSR, der er die rhetorisch aggressive, agitatorische und konspirative Tätigkeit der kommunistischen Internationale gegenüberstellt.<sup>67</sup> Aber allgemein kann man wohl sagen, daß er lange Zeit die sowjetische Außenpolitik sehr zurückhaltend beurteilte.

Äußerungen über russischen Imperialismus sind allerdings äußerst selten. 1927 widersprach er geradezu dieser seiner alten Einschätzung, wenn er die Moskauer Propaganda in Ostasien beurteilt: «hier ist eine neue Idee am Werk und nicht ein neuer Imperialismus.» Moskau «revolutioniert [...] die Köpfe und lehrt die Menschen, die Dinge anders zu sehen».<sup>68</sup> Auch 1926 stellte er das schon in Bezug auf den Aufruhr in Java fest. Rußland gebe vorhandenen «nationalen Aufständen Etiketts und Parolen», «die Konflikte selbst kann es nicht fabrizieren, die sind da, und seine Sache ist nur, sie deutlich zu machen». Die Vorstellung, Rußland liefere Revolutionen frei Haus, wies er als bürgerlichen Aberglauben zurück. Moskau habe das «Patronat» über alle Erhebungen gegen den Imperialismus übernommen und könne mit dem «Gürtel von Fortifikationen» wie China, Persien und Afghanistan «die Jahre überdauern, die nötig sind, um nach einem mißlungenen Vorstoß in die Utopie eine endgültige soziale Form zu finden».<sup>69</sup>

Klingt auch aus dem letzten Satz Distanz zur Sowjetunion heraus, die grundsätzliche Anerkennung ihrer Rolle als Anreger und Ideenspender spricht aus vielen Artikeln dieser Zeit.

---

<sup>65</sup> «Das Spaßigste ist, daß die Hasser des angelsächsischen Imperialismus dabei an der Strippe des russischen tanzen. Man mag über die Moskauer denken, was man will, sie sind vollendete Propagandisten, sie verstehen es glänzend, ihre Hausangelegenheiten mit der Menschheitssache zu identifizieren» (Finger weg vom Globus, in: Berliner Volkszeitung 22.8.1925).

<sup>66</sup> Eine solche Einschätzung findet sich schon 1924 einmal in Ossietzkys Rede zum Parteiprogramm der RPD, in: Republikan. Presse 30.3./10.4.1924.

<sup>67</sup> Der plombierte Wagen, WB 20.4.1926, I, S. 601.

<sup>68</sup> Der kranke Imperialismus, WB 8.3.1927, I, S. 362.

<sup>69</sup> Das bißchen Europa, WB 23.11.1926, II, S. 798.

Im Januar 1927 ließ er sich etwa nach der Demütigung der englischen Kolonialmacht in Hankau bei der Darstellung der Entwicklung in China und der Rolle Sun Yatsens als eines vom Marxismus lernenden Revolutionärs zu einer fulminanten, sicher dreimal durchgefeilten Zusammenfassung verführen. «In wenigen Jahren gelang es Sun, [...] die dumpfen Auf-ruhrgefühle einer mißachteten Rasse durch den Filter klassenkämpferischer Methodik in das spiegelblanke Becken moderner Massendisziplin zu leiten.»<sup>70</sup> Rußland als Lokomotive vor einem altmodischen Zug<sup>71</sup> - das ist ein anderes und wohl auch gelungenes Bild, mit dem Ossietzky die Rolle der Sowjetunion beschreibt.

Es ist überraschend, daß Ossietzky schon einmal sehr früh diese Rolle Rußlands reflektiert, nämlich 1920, als der chinesische Konflikt noch gar nicht in dieser Weise akut war. Er packte die betreffenden Überlegungen ein in die ihn damals viel mehr interessierende Frage, was die kommunistische Idee den westlichen Völkern bringen könne. Für das Abendland lehnte er jede positive Rolle des Bolschewismus ab, aber «in Ländern mit einem dumpfen, rückständigen Industrieproletariat, vegetierend unter der Knute eines übermächtigen Industriefeudalismus, wird er mächtig das Tempo der Arbeiteremanzipation beschleunigen». «Vielleicht werden die Missionare der russischen Heilsbotschaft, wenn es ihnen schon nicht gelingt, die alten Staaten im Innern umzumodeln, doch dem kolonialpolitischen Zeitalter die Leichenrede halten.»<sup>72</sup> Im Grunde hat Ossietzky hier inhaltlich schon den Standpunkt erreicht, den er 1926 wieder vertrat. Aber es fehlte noch jede innere Beteiligung am Gelingen der nationalen Revolution, die Passage ist in deutlicher Distanz geschrieben.

Nach all den mehr oder weniger euphorischen Artikeln zur Entwicklung der chinesischen Revolution seit 1926 kam für Ossietzky die Enttäuschung, als sich im April 1927 die chinesische Befreiungsbewegung spaltete. Der national-revolutionäre Teil unter Tschiang Kai-schek löste sich vom sozial-revolutionären, die Kommunisten wurden verfolgt. Ossietzky kommentierte diesen «traurigen Rückschlag» der chinesischen Revolution eigenartig: er gab nur Moskau die Schuld an der Entwicklung. Er sprach von «Überspannung der russischen Kräfte in Ostasien», von Kräften in der

---

<sup>70</sup> Die Nacht von Hankau, WB 11.1.1927, I, S. 362.

<sup>71</sup> Ebd.

<sup>72</sup> Moskau und Potsdam, Berliner Volkszeitung 24.6.1920.

russischen Politik, die China nicht nur befreien, sondern auch beherrschen wollten, von einer Umbiegung des Sieges gegen England «zu einem Triumph der kommunistischen Internationale in China, über China».<sup>73</sup> Mit anderen Worten: er setzt die Grenze des akzeptierbaren Einflusses einer politischen Macht auf eine andere da, wo er nicht mehr helfend und unterstützend, sondern in einem anderen, fremden Interesse geschieht; wo etwa Instrumentalisierung droht, wenn die Befreiungsbewegung dazu dienen soll, die in den westlichen Metropolen steckengebliebene Revolution wieder voranzubringen. Ossietzky sieht also eine von imperialistischen Mächten unterdrückte Nation als Einheit und nicht, wie ein Sozialist, in Klassen gespalten. Es wirkt wie eine Rückkehr zu speziell in dieser Frage mühsam überwundene Positionen, wenn er der Moskauer Doktrin vorhält, sie könne der chinesischen Freiheitspartei nur das geben, was sie allen anderen befreundeten und verbündeten Parteien bisher gegeben habe: «Bruderkampf und Spaltung, Spaltung, Spaltung!»<sup>74</sup> Alte Verbitterung über das innerparteiliche Verhalten der KPD, das er in einer Reihe von Artikeln kritisiert, ist herauszuhören; vielleicht fließt auch mit ein die große Enttäuschung Ossietzkys über die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, die er nicht allein der SPD anlastete.

Mit diesem Artikel enden Ossietzkys erwartungsvolle, enthusiastische Äußerungen zu der chinesischen Revolution.

Es folgen noch einige negative Bemerkungen zur Rolle Rußlands, etwa «Rußland hat bisher zwei Revolutionen verpfuscht, die deutsche und die chinesische».<sup>75</sup> Er meldet sich noch einmal mit warnenden Artikeln, als durch Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Großbritannien und Sowjetunion die Kriegsgefahr zu wachsen scheint, dann ist ihm die Entwicklung in China kein wichtiges Thema mehr. Andere Autoren schreiben in den nächsten Jahren hin und wieder zu den Entwicklungen in den Kolonialländern.

---

<sup>73</sup> Szenenwechsel in China und anderswo, WB 19.4.1927, I, S. 608 f.

<sup>74</sup> Ebd., S. 609. Wie breit das Meinungsspektrum der «Weltbühne» zu dieser Frage war, zeigt u.a. die Besprechung des Imperialismus-Buches von Fritz Sternberg durch Julian Borchardt (in: WB 15.1.1929). Für ihn war der Bruch zwischen den chinesischen Revolutionären kein überraschendes und enttäuschendes, den Kommunisten anzulastendes Ereignis, sondern eine bei Kenntnis der tieferen ökonomischen Zusammenhänge voraussehbare Entwicklung, die von der nationalchinesischen Bourgeoisie zu verantworten war.

<sup>75</sup> Rache für Hankau, WB 24.5.1927, I, S. 807.

Die große Hoffnung und die große Enttäuschung liegen dicht beieinander. In Ossietzkys Sicht hätte der Kampf für menschenwürdigere Zustände in China, zugleich der Schlag gegen den Imperialismus als der wesentlichen Kriegsgefahr, für die Menschheit einen großen Schritt voran bedeutet.

Zugleich aber war es offenbar auch die Form, in der dieser Aufbruch geschah, die ihn mit Hoffnung erfüllt hatte. Solange das ganze Volk, die nationalen, sozialistischen und kommunistischen Kräfte Chinas, zusammengingen, war es Ossietzkys Sache. Als nach der Spaltung der revolutionären Bewegung immerhin eine noch recht starke Kuomintang unter Tschiang Kai-schek übrigblieb, die eine Regierung bildete und auch Erfolge gegen die Fremdenherrschaft hatte, bewegte ihn das nicht weiter. Recht nüchtern registriert er 1928, daß Stalins Taktik in China, auch wenn die gemeinsam getragene Revolution gescheitert war, doch wenigstens eine «Etappe auf dem Wege zur endgültigen Befreiung und eine schwere Blessur der alten europäischen Expansions Tendenzen bedeutet».<sup>76</sup> Der Artikel «Szenenwechsel in China und anderswo» gibt Auskunft darüber, was ihn an der chinesischen Revolution fasziniert hat: «eine in den Massen wurzelnde Partei» (nach der Spaltung sei nur ein abenteuernder General übriggeblieben), «eine zentrale Idee», alle Energien seien «in den Ring eines einheitlichen Wollens gespannt» gewesen.<sup>77</sup> Das Volk selbst befreite sich, «das ganze ungeheure Chinesenreich ist in Aufruhr».<sup>78</sup> Es ist kein Zufall, wenn er in dem Artikel, der die stärksten emotionale Zuwendung zu China zeigt, nicht von der Revolution der Arbeiter und Bauern spricht, sondern vom guten alten chinesischen Drachen, der sich wehrt: «Moskau hat nur eine Idee übermittelt, [...] aber das Ende wird doch sein wie der Anfang: China, China, China».<sup>79</sup>

Auf die breite Volksbewegung setzte er seine Hoffnungen - hier wie schon im Zusammenhang mit dem Völkerbund, der Fürstenenteignung, der großen Antikriegsbewegung am Anfang der 20er Jahre. Dieser mit dem Volk verknüpften Fortschrittsvorstellung liegt ein soziologisch nicht weiter dif-

---

<sup>76</sup> Trotzki's Tragödie, WB 4.12.1928, II, S. 843; dies ist formuliert gegen Trotzki's Plan, das chinesische Volk in Sowjets zu organisieren, was in Ossietzkys Augen sofortiges Scheitern bedeutet hätte.

<sup>77</sup> WB 19.4.1927, I, S. 607.

<sup>78</sup> Adria, Kanton und Kyrill, WB 5.4.1927, I, S. 525 f.

<sup>79</sup> WB 11.1.1927, I, S. 43.

ferenzierter Volksbegriff zugrunde, wie ihn etwa die 48er Demokraten hatten.

Man kann wohl zusammenfassend sagen, daß der Zugang Ossietzkys zu den Befreiungskämpfen in den Kolonialländern aus seiner pazifistischen Grundhaltung heraus zu verstehen ist. Das bringt ihn wie eine Reihe anderer linksbürgerlicher Intellektueller in die Nähe der Kommunisten, die diese Kämpfe aktiv unterstützen. Der Unterschied bleibt bestehen, daß er sich den Weg zur Befreiung, zur Bekämpfung des Imperialismus, nur vorstellen kann als Erhebung des von einem gemeinsamen Willen getragenen Volkes und nicht etwa als Bürgerkrieg gegen den Krieg.<sup>80</sup>

In diesem Zusammenhang überrascht es, daß sich Ossietzky nicht zur Frage der Gewaltanwendung äußert, die sich für einen Pazifisten im Zusammenhang mit den Befreiungskämpfen durchaus stellt.<sup>81</sup> Für viele Pazifisten war dieses Problem entscheidend etwa für ihre Stellung zur Arbeiterbewegung, und es wurde konkret und prinzipiell intensiv diskutiert.<sup>82</sup> Es hätte für Ossietzky z.B. nahegelegen, die chinesische Befreiungsbewegung mit der indischen zu vergleichen, die durch Gandhi und seine Idee der Gewaltlosigkeit geprägt war. Auch sie richtete sich gegen den englischen Imperialismus. Er tat es nicht. Die indische Bewegung wurde zwar in der «Weltbühne» auch verhandelt, aber lange nicht mit der Intensität und dem Wohlwollen, das man China entgegenbrachte. Von Ossietzky gibt es einen kleinen, sehr anerkennenden Artikel von 1929 zu Gandhi, in dem er ihn in seiner Leistung als Erneuerer und Umgestalter neben Lenin und Sunyatsen stellt und betont, daß er «nicht der blutigen Revolte vertraut sondern der Kraft des Gedankens».<sup>83</sup> Damit unterscheidet sich Ossietzky von einer ganzen Reihe seiner Mitarbeiter, die Gandhi rückständig und wirklichkeitsfremd nennen und ihre Hoffnung eher auf

---

<sup>80</sup> Roter Rummel im Lustgarten, Montag Morgen 3.8.1925.

<sup>81</sup> Es gibt nur eine kurze Bemerkung im Artikel «Unselig sind die Friedfertigen», die zeigt, daß er Gewaltanwendung akzeptiert, wenn ein unterdrücktes Volk sich wehrt. «Aber wenn der kommunistische Redner fragt, ob der geschundene chinesische Kuli nicht ein Recht hat, sich zu wehren, [...] dann serviert der pazifistische Sprecher Humanität oder verweist auf den Völkerbund oder wird ganz einfach grob». WB 19.2.1929, I, S. 281.

<sup>82</sup> Ein Niederschlag findet sich z.B. in dem Buch: Gewalt und Gewaltlosigkeit. Handbuch des Pazifismus, Zürich/Leipzig 1928.

<sup>83</sup> WB 8.10.1929, II, S. 569.

moderne Politiker und beschleunigte Technisierung des Landes setzen.<sup>84</sup> Ein Beispiel dafür, daß linke Intellektuelle sich in der damaligen Zeit den Weg eines fremden unterentwickelten Landes in eine positive Zukunft wesentlich über eine möglichst schnelle und umfassende Industrialisierung vorstellten, d.h. daß sie vom Standpunkt westlichen Fortschrittdenkens, das an ökonomischem Wachstum ausgerichtet war, werteten und die Vorstellung von der Eigenwertigkeit einer fremden, einem Europäer vielleicht schwer zugänglichen Kultur zumindest in den politischen Entwürfen keine Rolle spielte.

---

<sup>84</sup> Als Beispiel sei hier Richard Huelsenbeck angeführt, WB 28.2.1928, I, S. 320 f.





## Kurt Pätzold

### *Carl von Ossietzkys Analyse des Faschismus (1929-1933)*

In den vergangenen Wochen richteten sich die Blicke der Historiker und vieler geschichtlich interessierter Menschen aus dem Abstand von 50 Jahren auf den Beginn des Zweiten Weltkriegs am 1./3. September 1939. Stärker noch als bei früheren Anlässen verdichtete sich das Fragen auf ein Thema: War das Einmünden der europäischen Geschichte auf einen Weg, der in den verheerendsten Krieg der Weltgeschichte führte, unausweichlich oder existierten in den zwanziger und dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts Möglichkeiten, den Frieden zu erhalten - Möglichkeiten, die ausgelassen wurden?

Soweit sich Nachdenken über Alternativen der europäischen Geschichte auf Deutschland konzentriert, findet es im wesentlichen mit dem Jahr 1933 sein Ende. Die Niederlage, die der deutsche Faschismus der Arbeiterbewegung, den Kräften der Demokratie, des Liberalismus und des Pazifismus beibrachte, wirkte so nachhaltig, die Naziherrschaft gelangte so fest in den Sattel, daß sie von ihren Widersachern in Deutschland selbst zu keinem Zeitpunkt vor und nach 1939 mehr ernsthaft gefährdet, ja nicht einmal in ihren Aktionen wirkungsvoll gestört werden konnte.

Die Chance, der deutschen Geschichte eine andere Entwicklung zu geben und den Faschismus vor den Toren der Staatsmacht abzuwehren, war Anfang 1933 vertan, obwohl eine starke Minderheit der Deutschen über Jahre hinweg versucht hatte, den Vormarsch der Nazibewegung aufzuhalten. Diese Minderheit rekrutierte sich aus dem linken Lager, das durch seine Gespaltenheit und die permanenten inneren Kämpfe einen erheblichen Teil seiner Kräfte aneinander verbrauchte.

Auf dieses Lager setzte unter den republikanisch gesinnten Angehörigen der Intelligenz in Deutschland auch Carl von Ossietzky. Was in seinen Kräften stand, die Abwehrfront gegen die sich vereinende Rechte herzustellen und d.h. die Verständigung der Nazigegner auf eine erfolgverheißende Strategie und Taktik herbeizuführen, hat er in den Jahren 1929/1930-1932 versucht.

Die Vergeblichkeit seiner Anstrengungen, in deren Verlauf er sich wie kaum ein anderer Publizist in der Weimarer Republik unerschrocken exponierte, besagt nichts über den Wert der Erfahrungen, die durch ein mutiges Leben auf uns gekommen sind. Mit ihnen suchen wir zu eigenem Nutzen umzugehen. Sich um Gegenwart und Zukunft zu sorgen, heißt auch, sich Ossietzkys zu erinnern.

Aus der Vielzahl von Bezügen, die das Thema bietet und verlangt, sollen im Folgenden nur zwei hergestellt werden. Der erste betrifft Ossietzkys theoretisches Verständnis des Faschismus, der zweite sein Urteil über die Perspektiven deutscher Geschichte am Jahresanfang 1933, enthalten in seinen letzten publizistischen Äußerungen.

Der erste der ausgewählten Gegenstände verlangt womöglich eine Vorbemerkung, die ein Mißverständnis zu vermeiden sucht. Es kann sich nicht darum handeln, Ossietzky vom Publizisten und Journalisten zum Theoretiker hinauf - oder (das käme auf den Standpunkt des Betrachters an) herabzustufen. Doch kann ernsthaft nicht bezweifelt werden, daß Ossietzkys geistige Auseinandersetzung mit dem Faschismus auf ihren theoretischen Gehalt hin analysefähig ist und daß deren Aussagen systematisierbar sind. Wer das versucht, muß dem Publizisten nicht notwendig etwas wegnehmen oder - umgekehrt - ihm etwas beilegen, was in seinen Artikeln nicht aufgefunden werden kann.

In Dutzenden seiner Aufsätze ist Carl von Ossietzky auf den Faschismus - den italienischen, vor allem aber den an die Macht drängenden deutschen - eingegangen, kam er auf dessen Ursprünge und Triebkräfte, Tarnung und Gefolgschaft, Kampfmethoden und Ziele zu sprechen. In keinem seiner «Weltbühnen»-Aufsätze leitete ihn der Ehrgeiz, eine Darstellung einer eigenen Theorie des Faschismus zu geben. Nichtsdestoweniger: der Herausgeber des Blattes besaß ein in immer wiederholter Beobachtung und Beschäftigung sich bereicherndes Bild von jener neuartigen Erscheinung, die seit den frühen zwanziger Jahren das Spektrum der Ideen, der Parteien und früh schon auch der Staaten der bürgerlichen Gesellschaft um eine unheilverkündende Färbung vermehrte.

Hier kann der Entstehung und Ausformung dieses Bildes in der Arbeit Ossietzkys nicht nachgegangen, nicht Gedankenschritt für Gedankenschritt verfolgt werden, der den streitbaren Demokraten zu einem Gesamturteil führte, das dem der besten historisch materialistischen Analysen seiner Zeitgenossen ebenbürtig an die Seite gestellt werden kann und das manche

dieser Analysen an Konsequenz der politischen Ableitung übertraf. Wie sich dieses Bild durch geistige Kontakte mit Mitarbeitern und Autoren der «Weltbühne» und auf andere Weise bereicherte, ist auch durch künftige Studien erst noch aufzuklären. Thesenhaft soll skizziert werden, was das nach Ansicht des Herausgebers der roten Blätter war: der Faschismus (den er, auf dessen italienische Ausprägung hinweisend, stets «Fascismus» zu schreiben pflegte).

1. Bei Ossietzky gibt es keinen Zweifel über den sozialen Urgrund, in dem der Faschismus wurzelte und seinen Nährboden fand. Allgemein gesprochen war das die bürgerliche Gesellschaft in einem chronischen Krisenzustand, den Ossietzky namentlich in seinen politischen und geistigen Erscheinungsformen, weniger in seinen wirtschaftlichen, immer wieder beschrieb und nachwies. Daraus folgte für ihn, daß wirkungsvoller Kampf gegen den Faschismus von den gründlichsten Bestrebungen nicht zu trennen war, die kapitalistischen Zustände gleichsam in eine faschismus-resistente Form umzuwandeln. «Es ist eine Illusion», schrieb er Anfang 1932, «den Faschismus <abwehren> zu wollen. Man muß ihn auf seinem eigenen sozialen Terrain angreifen.»<sup>1</sup> Daran schloß sich in einem Aufsatz, der die von reformistischen Arbeiterorganisationen soeben vorgenommene Gründung der sog. Eisernen Front kommentierte, die Feststellung: «Wenn die Parteien der Arbeiterklasse das endlich begriffen haben, erst dann werden wieder proletarische Kräfte in Deutschland entstehen, die Geschichte machen, anstatt sie zu bremsen.»<sup>2</sup>

2. Ossietzky faßte den Faschismus nicht als das spontan entstandene Produkt der bürgerlichen Gesellschaft auf. Er fand ihn von seiner Entstehung an gefördert und aufgepäppelt von klar auszumachenden sozialen Kräften. Nicht einen Moment durch die antikapitalistische Tarnung der Faschisten irritiert,<sup>3</sup> hat er in dieser Bewegung den «antikapitalistisch aufgeputzten Betriebsanwalt der Schwerindustrie»<sup>4</sup> und den «rotgestempelten Klop-

---

<sup>1</sup> Carl von Ossietzky (künftig: CvO), Eiserne Front, in: «Die Weltbühne» 1932/2, 12. Jan. 1932, S. 43. (Alle weiteren, nicht besonders ausgewiesenen Daten beziehen sich auf diese Zeitschrift.)

<sup>2</sup> Ebd.

<sup>3</sup> CvO, Der Flaschenteufel, 1933/2, 10. Jan. 1933, Ossietzky machte wieder und wieder darauf aufmerksam, daß «dem angeblich antikapitalistischen Hitler die zärtlichste Fürsorge» von «Wirtschaftsgebiets» zuteil werde. S. 41.

<sup>4</sup> CvO, Wer hat gesiegt? 1933/11, 15. März 1932, S. 389.

fechter der weißen Reaktion» erkannt,<sup>5</sup> in den «Hitler- und Seldte-Kohorten» die «Maskierung von Agrar- und Industriefeudalismus»<sup>6</sup> erblickt und einen Tag nach der Machtübergabe an die Hitlerregierung das Geschehen als das Werk einer Kamarilla um Hindenburg bezeichnet, als einen konterrevolutionären Vorgang, der die Interessen des in seinen wirtschaftlichen Wurzeln bedrohten Junkertums ebenso sichern solle wie diejenigen von Großindustriellen, «die eine neue Konjunktur schnuppern und die der öffentlichen Hand wieder entreißen möchten, was sie im Krisenjahr an sich genommen hat.»<sup>7</sup> Aus diesem Befund über die Triebkräfte und Interessenträger des Faschismus folgte ein Hauptargument für die mehrfach erhobenen Forderungen nach der Sozialisierung von Kohle und Stahl und der Enteignung des großen Grundbesitzes, Forderungen, die Ossietzky irrtümlich als «waschecht» sozialistisch bezeichnete, die sich ihm jedoch stets mit dem Gedanken an die Schwächung des Militarismus bis zur Ausschaltung seines Einflusses auf die Geschichte der Republik verbanden.

3. Ossietzkys Urteil über die soziale Basis des Faschismus bewahrte ihn davor, sich an den in den letzten Monaten der Republik grassierenden Spekulationen über das Ende des nazifaschistischen Aufstiegs zu beteiligen, die in vielen bürgerlichen und sozialdemokratischen Kreisen wirkliches und vor allem wirkungsvolles Einsetzen gegen die bei weitem nicht abgewandte Gefahr ersetzten. Als nach der Wahlniederlage der Nazipartei im November 1932 Erörterungen über den Zerfall der Hitlerbewegung ins Kraut schossen und von der von General Kurt von Schleicher verordnete Burgfriede am Jahresende 1932, mehr noch aber die Erschöpfung der Kämpfenden eine trügerische Beruhigung brachte, warnte Ossietzky vor «überspannten Erwartungen» und schrieb, daß «die Gefahr nicht geringer» werde, «weil sich so viele heute in dem Glauben schaukeln, sie wäre längst vorüber und alles wieder halbwegs normal.»<sup>8</sup>

4. Ossietzky hat den deutschen Faschismus nicht mit jener Bewegung gleichgesetzt, die sich des Namens «Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei» (NSDAP) bediente und damit den skrupellosesten und zugleich wirkungsvollsten Etikettenschwindel in der Geschichte des bür-

---

<sup>5</sup> Der Flaschenteufel, a.a.O., S. 42.

<sup>6</sup> CvO, Kamarilla, 1933/5, 31. Jan. 1933, S. 154.

<sup>7</sup> CvO, Wintermärchen, 1933/1, 3. Jan. 1933, S. 3.

<sup>8</sup> CvO, Der Flaschenteufel, 1933/2, 10. Jan. 1933, S. 43/44.

gerlichen Parteienwesens in Deutschland betrieb. Der Faschismus galt ihm als eine breitere soziale, politische und geistige Erscheinung, die er in Institutionen und Personen, Presseorganen und Verlagen sowie deren Erzeugnissen, in staatlichen Maßnahmen und auf verschiedene weitere Weisen schon vorhanden und agieren sah. Seine Wahrnehmungen verleiteten ihn jedoch nicht zu einem inflationären Gebrauch des Begriffs «Faschismus», verstellten ihm nicht die unterscheidende Sicht auf die Tatsache, daß es Faschisten abgestufter, wenn auch durchweg gefahrdrohender Grade gab.

Diese Herangehensweise äußerte sich etwa in dem wiederholt gebrauchten Begriff «vollfaschistisch»,<sup>9</sup> der doch das Wissen um vor- und halbfaschistische Entwicklungsstadien und -formen der Reaktion einschloß. Alle diese Ausformungen des Faschismus waren in der Sicht Ossietzkys von anderen reaktionären Bewegungen und Ideen nicht prinzipiell getrennt, sondern ihnen verwandt und - worauf es für das Urteil über den Gang der deutschen Entwicklung ankam - bei aller hervorstechenden und zeitweilig dominierenden Rivalität untereinander kooperations- und bündnisfähig. Daraus leitete sich eine zutreffende Vorstellung von der Größe der Gefahr ab, die der Republik drohte, und die Forderung her, den Widerstand nicht allein auf und gegen die NSDAP zu fixieren.

5. Ossietzky sah, daß sich der Faschismus - aus unserer Perspektive wäre zu sagen: längst vor dem 30. Januar 1933 - tief in die Poren der Republik hineingesetzt hatte und in viele Institutionen des Weimarer Staates eingedrungen war, so daß er sie allesamt - bis hin zum Auswärtigen Amt, das er 1932 als «naziverseucht» bezeichnete<sup>9</sup> - auszuhöhlen begonnen hatte. Seine Äußerungen über die Zwischenresultate dieses Prozesses waren häufig zugespitzt und mögen mitunter sogar überzogen erscheinen. Wesentlicher war, daß aus diesem Blick auf die schleichende Faschisierung der deutschen Gesellschaft die Forderung erwuchs, die Abwehrkräfte nicht auf einen Tag der Zerschlagung des Generalangriffs auszurichten, sondern tagaus und tagein der immer mehr Feld gewinnenden äußersten Reaktion entgegenzutreten.

---

<sup>9</sup> CvO, Rechenschaft, 1932/19, 10. Mai 1932, S. 700. Ossietzky sah einen Wandel in der Zusammensetzung des Auswärtigen Amtes, das zu Zeiten des Ministers Gustav Stresemanns «noch nicht naziverseucht» gewesen sei.

<sup>9</sup> CvO, Rotkoller, 1930/8, 18. Febr. 1930, S. 263.

6. Ossietzky hat in einem Anfang 1930 geschriebenen Artikel nahezu selbstverständlich darauf hingewiesen, daß die Existenz faschistischer Regime in Europa auf dem Kontinent eine neue internationale Situation schon geschaffen habe, durch welche die Konfrontation zwischen den kapitalistischen Staaten einerseits und der UdSSR andererseits überdeckt und zeitweilig in den Hintergrund gedrängt werden könnte. Die Entstehung eines «faschistischen Mächteblocks unter italienischer Führung» - gemeint war ein sich abzeichnendes Bündnis Italiens mit Österreich und Horthy-Ungarn, an das sich Deutschland anschließen könnte, dessen Spitze Ossietzky «scharf gegen Frankreich gerichtet sah» - würde zwangsläufig zu einer Gruppierung führen, «wo Weiß und Rot in eine Reihe treten müssen.»<sup>10</sup> Die gleiche Erkenntnis lag nur ein knappes Jahr nach dem Sieg des Faschismus in Deutschland der sowjetischen Außenpolitik der kollektiven Sicherheit zugrunde, die 1938 mit dem Münchener Abkommen von «Weiß» auf den toten Punkt gebracht wurde und nach dem 15. März 1939 trotz aller Anstrengungen von «Rot» nicht revidiert werden konnte. Erst 1941 und als Folge von Entscheidungen, die an der Spitze des deutsch-faschistischen Regimes gefallen waren, traten «Rot und Weiß» gegen den Block der aggressiven Mächte gemeinsam an.

7. Ossietzky sah die Gefährlichkeit des Faschismus nicht allein aus dem perspektivischen Gesichtswinkel, der von der Frage ausging, ob die extreme Rechte tatsächlich an das Staatsruder zu gelangen vermochte. Die bloße Existenz faschistischer Kräfte verdarb ihm einen republikanischen Staatskörper und namentlich die Weimarer Demokratie, von der er, als sie nach seinen Worten ein «Schattendasein»<sup>11</sup> weiterführte, aufs Bestimmteste schrieb, daß «wir auch in den Glanztagen des parlamentarischen Regimes niemals zu den Zufriedenen gezählt» haben.<sup>12</sup> Diese Glanztage aber waren

---

<sup>10</sup> Die Frage, wieviel von der Weimarer Demokratie noch existiere, hat Ossietzky wieder und wieder beschäftigt und ihre drohende totale Liquidierung veranlaßte ihn zu einer nahezu lückenlosen Kette von Warnungen, die sich namentlich seit Jahresanfang verfolgen läßt. So beispielsweise in der Äußerung, die Republik werde «stückweise an die Generalität verhandelt», die sich in seinem Artikel «Eiserne Front» vom 12. Januar 1932 findet. Zugleich hielt Ossietzky unbeirrbar an dem Grundsatz fest, daß die «Reste der bürgerlichen Demokratie» verteidigt werden müßten. Er schrieb den sozialdemokratischen Arbeitern in seinem Aufsatz «Wer hat gesiegt?» am 15. März 1932 das Verdienst zu, mit ihrer Stimmabgabe im ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl diese Demokratie vor der «letzten Demolierung» bewahrt zu haben.

<sup>11</sup> CvO, Bankrott der Autorität, 1933/3, 17. Jan. 1933, S. 81.

<sup>12</sup> CvO, Gang eins, 1932/9, 1. März 1932, S. 314.

vergangen, als Ossietzky im März 1932 darauf aufmerksam machte, daß ein Anpassungsprozeß in Gang gekommen sei, der keineswegs nur die dem Faschismus verwandten Parteien erfaßt habe, denn auch Reichskanzler Heinrich Brüning suche sich doch dem Hitler anzugleichen, während sich die Sozialdemokratie wiederum an Brüning bilden würde.<sup>13</sup> Und zu Anfang 1933 meinte er, daß selbst wenn die Hitlerpartei die Atome zerspränge, die «nicht leicht zu beseitigende Tatsache» bliebe, daß sich 15 Millionen Deutsche zeitweilig von der Brutalität, Großmäuligkeit und Hirnlosigkeit der Nazis nicht abgeschreckt, sondern angezogen fühlt.<sup>14</sup> Unschwer läßt sich denken, welche Überlegungen Ossietzkys die nahezu zwölfjährige Gefolgschaft hervorgerufen haben würde, in der sich eine Mehrheit von Deutschen mit dem faschistischen Regime verband.

In Ossietzkys Denken und Schreiben, das mag das bisher Gesagte bereits hinreichend erwiesen haben, verbanden sich Analyse der Zustände und die Erörterung darüber, wie ihre weitere und schließlich katastrophale Verschlechterung aufgehalten werden könnte, unlösbar. Keine Frage hat ihn im - wie es genannt worden ist - «Schicksalsjahr 1932» mehr beschäftigt und umgetrieben wie die nach der Formierung von Kräften, die den Vormarsch der faschistischen Gegenrevolution stoppen konnten. Er sah diese Kräfte schon in einer Analyse, die nach dem auch als «Erdrutsch» bezeichneten Wahlsieg der NSDAP im September 1930 geschrieben wurde, einzig in der politisch organisierten Arbeiterschaft. «Der Kampf gegen den Faschismus liegt heute allein bei der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei,» schrieb er am 7. Oktober, bevor noch der verhängnisvolle und die Arbeiterbewegung weiter spaltende Tolerierungsentscheid der rechten Führer zugunsten des Präsidialkabinetts Brüning gefallen war. «Das Bürgertum mag dazu einige beachtliche intellektuelle Kräfte stellen, organisierte Potenzen hat es nicht mehr aufzuweisen.»<sup>15</sup>

Aus dieser Diagnose folgte logisch die Frage, ob und wie die beiden großen Arbeiterparteien gegen den Faschismus in eine kämpfende Front gestellt werden könnten. Ossietzky hat dazu Vorschläge gemacht, die ihre Basis in einer äußerst nüchternen Bestimmung des jeweiligen historischen Standorts beider Arbeiterparteien besaßen.

---

<sup>13</sup> CvO, Wintermärchen, a.a.O., S. 4.

<sup>14</sup> CvO, Romulus Augustulus, 1930/41, 7. Okt. 1930, S. 536.

<sup>15</sup> CvO, Zum Leipziger Parteitag, 1931/22, 2. Juni 1931, S. 785.



Der «Weltbühnen»-Herausgeber sah die revolutionäre Tradition der deutschen Arbeiterbewegung, wie sie sich im 19. Jahrhundert entwickelt hatte, längst in der Kommunistischen Partei verkörpert, lebe und kämpfe in ihr doch, mitten in der Weltwirtschaftskrise «jene mitreißende Unzufriedenheit, die nicht an kleinen Errungenschaften klebt, sondern neuen Anfang verheißt.» Die KPD gewinne «die jungen Elemente immer mehr, [...] weil das, was sie zu bieten hat, nicht abgestanden, nicht satt, nicht pharisäisch wirkt».<sup>16</sup>

Ossietzkys Sympathie galt dieser Haltung, wenngleich er meinte, wie wir aus einer Erörterung wissen, die noch vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise niedergeschrieben wurde, daß die Parteien der Dritten Internationale außerhalb der UdSSR derzeit nicht die Kraft besäßen, die Kapitalherrschaft ernsthaft zu bedrohen. Sie seien «weniger Mächte der Gegenwart als vielmehr Zellen der Gärung und Unzufriedenheit, dazu bestimmt, vielleicht in ferner Zukunft als festgewordene Form in die Entscheidung geführt zu werden.»<sup>17</sup> Diese Vorhersage gründete er nicht nur auf die Kenntnis des begrenzten Masseneinflusses der Kommunisten, sondern mehr noch auf die Beobachtung, daß ihre Führungsgruppen ungefestigt waren, wofür ihm Fraktionsstreitigkeiten ein Indiz bildeten.

In der deutschen Sozialdemokratie sah Ossietzky hingegen eine unrevolutionäre Partei, die den «Verzicht auf den Kampf um sozialistische Ziele für diese Gegenwart ausgesprochen»<sup>18</sup> habe. Sarkastisch schrieb er unter dem Eindruck des einjährigen Wirkens der von Hermann Müller begleiteten Regierung der Großen Koalition: «Sozialismus bei der Sozialdemokratie suchen, nein, daß hieße, von einem Brombeerstrauch Bananen verlangen.»<sup>19</sup> Indessen meinte er, daß gerade die sozialdemokratische Fixierung auf den bestehenden bürgerlich-parlamentarischen Staat das Verlangen rechtfertige, daß diese Partei für die Verteidigung und Verwirklichung der Verfassung eintreten und kämpfen müsse. Ossietzkys Kritik an der reformistischen Arbeiterpartei richtete sich in der Weltwirtschaftskrise nicht darauf, daß sie keine sozialistischen Forderungen erhob, sondern auf ihr zunehmendes Versagen bei der Verteidigung des 1918/19

---

<sup>16</sup> CvO, Die Internationale der Angst, 1929/33, 13. Aug. 1929, S. 228.

<sup>17</sup> CvO, Kommunistengesetz?, 1929/21, 21. Mai 1929, S. 769.

<sup>18</sup> Ebd.

<sup>19</sup> Ebd.

schwer Errungenen. Sein Befund und seine Frage lauteten: «[...] die Sozialdemokratie ist von ihrer genialen Führung ganz sanft nach rechts kutschiert worden. Wo werden die ahnungslosen Genossen, die ihren Lenkern gehorsam vertrauten, eines Tages aufwachen?»<sup>20</sup>

Das Wissen um die Entstehung und die Tiefe des weltanschaulichen und politischen Grabens, der die beiden Arbeiterparteien trennte und von ihnen noch immer befestigt wurde, hat Ossietzky nicht entmutigt, nach einer Brücke zu suchen, die über ihn hinweg- und die feindlichen Brüder zu vereinter Aktion gegen die äußerste Rechte führen könnte. «Wann», so fragte Ossietzky 1927 mit Bezug auf eine Rede Albert Grzesinskis, «findet endlich ein sozialdemokratischer Minister für die Kommunisten einen neuen, freien, nicht von Erinnerung an jahrelangen Bruderzwist durchtränkten Ton?»<sup>21</sup> Dieser Zwist, konstatierte Ossietzky zwei Jahre später, noch bevor den Nazis beim Young-Plan-Volksbegehren der Durchbruch gelang, hindere nicht nur den Kampf gegen rechts, sondern nähre den Faschismus auch, der eines «traurigen Tages» dann «das Prävenire spielen»<sup>22</sup> könne.

Dann aber würde in Deutschland die Partei an die Macht gelangen, die nach Ossietzkys sicherem Urteil deutlicher als jede andere in Deutschland die imperialen Illusionen des 4. August 1914 verkörperte, jenes Tages, der dem «Weltbühnen»-Herausgeber als das «traurigste Datum» der gesamten neueren deutschen Geschichte galt.<sup>23</sup> Ein Ende des Kampfes innerhalb der Arbeiterbewegung schien Ossietzky, wie er mahnend, fordernd, dann wieder, durch Enttäuschungen verbittert, auch anklagend schrieb, nur denkbar, wenn sich die Führer der KPD wie der SPD zu einer großen intellektuellen und moralischen Anstrengung aufrafften und sich den Weg zu wirklich neuem Denken freimachten. Initiative in diese Richtung vermochte der Publizist indessen über die längste Zeit nur an den Rändern der Parteien festzustellen, und er sah sie durch parteiinterne Situationen behindert, in denen das Statut über das Programm gestellt, Freiheit der Meinungsbildung behindert, Denken und Entscheiden erstarrt war. Diese Situation bewertete Ossietzky im übrigen als eine Verletzung eines Prinzips, das ihm in der

---

<sup>20</sup> CvO, Noskes Schatten, 1927/13, 29. März 1927, S. 481.

<sup>21</sup> Kommunistengesetz?, a.a.O., S. 774.

<sup>22</sup> CvO, Wintermärchen, 1933/1, 3. Jan. 1933, S. 4.

<sup>23</sup> CvO, Gang eins, 1932/9, 1. März 1932, S. 315.

Politik als unverzichtbar galt. In jenem Artikel, in dem er seine Stimmabgabe für den Reichspräsidentenskandidaten Thälmann begründete und sich mit den sozialdemokratischen Argumenten zugunsten Hindenburgs auseinandersetzte, findet sich der denkwürdige Satz: «Wo man das Recht zu fragen als grobe Ungebühr ablehnt, da mag ein Reich beginnen, das schöner und edler ist als das der Politik, aber [...] die Politik hat da aufgehört.»<sup>24</sup>

Während einiger Jahre sah Ossietzky offenbar keine andere Möglichkeit der Annäherung der beiden großen Arbeiterparteien als das Wirken jener Minderheiten, die in jeder von ihnen in Opposition zu den Führungen und den Hauptkräften der Partei standen. Aus diesem Nachdenken über einen immer dringender werdenden Brückenschlag wurde 1929 die Bemerkung niedergeschrieben, wonach in der KPD «die Gruppe Brandler-Thalheimer [...] die letzte schwache Brücke zwischen den beiden feindlichen roten Parteien» darstelle.<sup>25</sup> Aus ihm entsprang auch die sich in der «Weltbühne» wiederholt äuernde trügerische Hoffnung, die sich 1931 als Absplitterung von der Sozialdemokratie bildende Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) könnte diese Brückenfunktion erfüllen. 1932 hatte Ossietzky sich von derartigen Vorstellungen wohl restlos getrennt und sah, daß die Initiative zu einer Annäherung von den jeweiligen Hauptkräften entwickelt und vor allem von deren Führungen ausgehen mußte, wobei er auch an die fördernde Mitwirkung einzelner Persönlichkeiten dachte, die außerhalb der Parteien standen. Dafür spricht die Erleichterung, mit der der «Weltbühnen»-Herausgeber den Aufruf der KPD und der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) begrüßte, der unter dem Eindruck der Wahlerfolge der Nazifaschisten bei Landtagswahlen vom April 1932 zur Antifaschistischen Aktion rief. «Niemand war die Gelegenheit zu einer Annäherung der beiden großen sozialistischen Parteien günstiger, niemals auch sprach die Notwendigkeit diktatorischer», schrieb er am 3. Mai 1932 in dem vielzitierten Artikel «Ein runder Tisch wartet». Ossietzkys grundlegender Ratschlag für das ersehnte Treffen war klar: niemand dürfe «allzu weitgesteckte Ziele» aufstellen, es handle sich «um ein operatives

---

<sup>24</sup> Kommunistengesetz?, a.a.O., S. 773.

<sup>25</sup> CvO, Ein runder Tisch wartet, 1932/18, 3. Mai 1932, S. 651.

Zusammengehen zur Verteidigung der Arbeiterklasse».<sup>26</sup> Das bedeutete - theoretisch gesprochen -, daß der Begriff der «Einheitsfront» der Arbeiterklasse, frühere Inhalte kritisch aufnehmend und auch überwindend, angesichts der augenblicklichen Hauptaufgabe neu zu definieren war.

«Republikanisches oder fascistisches Deutschland»,<sup>27</sup> so sah Ossietzky 1932 die Entscheidungsfrage.

Ossietzkys Artikel, neun Monate vor der Machtübernahme an die Faschisten geschrieben, läßt sich bis heute wohl von niemandem, der sich mit den Geschicken der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung verbunden fühlt, ohne innere Bewegung lesen. Klarster, sich in dürren Worten ausdrückender Vorausblick auf die Folgen eines faschistischen Sieges wird von beschwörenden Appellen abgelöst. «Ich frage Euch, Sozialdemokraten und Kommunisten: - werdet ihr morgen überhaupt noch Gelegenheit zur Aussprache haben? Wird man Euch das morgen noch erlauben?»<sup>28</sup> In diesem wie in anderen Sätzen sprach sich die doppelte Erkenntnis aus, daß in Deutschland auf Jahre hinaus über eine Alternative zu entscheiden war und daß die Gunst der geschichtlichen Stunde von den Handelnden nicht beliebig herbeirufbar ist.

Als Ossietzky kurz vor Weihnachten 1932 aus dem Gefängnis freikam, hatte Deutschland die Regierung des Franz von Papen hinter sich und einen Reichskanzler, der aus dem Bürodienst im Reichswehrministerium bis zu dessen Chef aufgestiegen war und von da in die Wilhelmstraße gelangen konnte. Was die Zeitgenossen nicht wußten, was erst der Rückblick in die Endphase des Weimarer Staates aus größerer historischer Entfernung zu sehen erlaubte, war die Tatsache, daß auch die relativ beste Chance, den Weg in das faschistische - «Dritte» Reich zu vermeiden, schon hinter den Deutschen lag. Die Wahrscheinlichkeit, daß sich die Republik noch retten ließ, war sicher in den Jahren seit 1930 in keinem Augenblick besonders hoch gewesen. Doch unter allen Konstellationen, aus denen eine Bewegung herauswachsen konnte, die der deutschen Geschichte eine neue Tendenz zu geben vermochte, war die des Juni/Juli 1932 gewiß die günstigste.

---

<sup>26</sup> C. v. Ossietzky konstatierte Anfang 1933 nach seiner Haftentlassung den Eintritt in «eine Periode allgemeiner psychischer Erschöpfung», die der Etablierung des Systems Schleicher zugutegekommen sei. Der Flaschenteufel, a.a.O., S. 42.

<sup>27</sup> S. Anm. 7.

<sup>28</sup> CvO, Wintermärchen, a.a.O., S. 6.

Der Sturz der Regierung Brüning und die Inthronisation Papens an der Spitze des Kabinetts der Barone hatte eine Herausforderung nicht nur der arbeitenden Klasse bedeutet. Durch Hindenburg war eine Politikergruppe an die Regierungsspitze gesetzt worden, deren Basis in der Gesamtbevölkerung minimal war und deren politisch und aggressives Vorgehen diesen ihren Grund noch weiter verkleinerte.

Die relative Gunst des geschichtlichen Moments ergab sich nicht zuletzt aus der offenkundigen Uneinigkeit der Herrschenden, die in der Rivalität ihrer Vertreter bei den Reichspräsidentenwahlen im März/April sich ebenso ausgedrückt hatte wie nun in dem «Griff» nach diesem Reichskanzler.

Doch die Herausforderung, die in Papens Ernennung und Politik lag, wurde nicht angenommen, sondern hingenommen. Und das bedeutete mehr als ein böses Omen. Für die Zukunft des Weimarer Staates wirkte schließlich vorentscheidend, daß die Positionen, welche die Sozialdemokratie in Preußen bis zum 20. Juli 1932 behauptet hatte, kampflos preisgegeben wurden. Angesichts des Staatsstreichs im größten und wichtigsten Land des Reiches mußte sich die Frage stellen, was denn überhaupt noch passieren könne, bevor die Führungen von SPD und ADGB und Eiserner Front zu Mitteln des außerparlamentarischen Widerstands griffen. Die Antwort lautete: Alles!

Die Mitte 1932 erscheint aus der Retrospektive auch deshalb als der Zeitpunkt, an dem alternative Wege noch hätten beschritten werden können, weil die Kraft der Anhänger von Demokratie und Sozialismus nicht in jenem Grade erschöpft war, den Ossietzky am Jahresende vorfand.<sup>29</sup> Da zeigte sich, daß die Arbeitermassen, die den weiteren Rechtsruck der Republik und die Aufrichtung eines autoritären Staates verhindern wollten, nicht in dauerndem Zustand der Mobilisation oder gar des Enthusiasmus gehalten werden konnten. Ihre faktische Demobilisierung war freilich auch Resultat der vertröstenden, auf den entscheidenden Kampftag orientierenden Taktik ihrer reformistischen Führer. So wenig sich Kampfgeist ständig hochpeitschen ließ, zudem wenn seiner Betätigung die greifbaren Ergebnisse fehlten, so wenig konnte Kampfbereitschaft gleichsam auf Flaschen gezogen und konserviert werden.

Ossietzky sah und fühlte das offenbar, als er aus Tegel kam. Seine letzten Artikel, publiziert in der Ära Schleicher, wurden mehr von dem Versuch

---

<sup>29</sup> CvO, Der Flaschenteufel, a.a.O., S. 43-44.

der scharfsichtigen Analyse geprägt als von der Absicht des vorwärts-reißenden Appells, die aus jenem denkwürdigen Artikel mit der Überschrift «Ein runder Tisch wartet» gesprochen hatte. Der Autor suchte sich und seine Leser in der unübersichtlichen Situation zu orientieren, die seit dem 3. Dezember 1932 eingetreten war. Er hatte damit Mühe, und nicht er allein. Die Frage, welche Chance Hitler nun noch besäße, nachdem er das Angebot ausgeschlagen hatte, Reichskanzler in einer Koalition aus Deutschnationalen, Nazis und Zentrum zu werden, die im Reichstag eine absolute Mehrheit aufzubieten hatte, war schwer zu entscheiden. Zudem ging der Masseneinfluß der NSDAP zurück, ein Vorgang, der Ossietzky allerdings Anlaß gab, vor «überspannten Erwartungen» zu warnen.<sup>30</sup> Hatte Hitler den Moment des Eintritts in die Staatsmacht nicht eben verpaßt? Und würde sich also Schleicher, gestützt auf die Reichswehr und andere militaristische Kreise für eine längere Periode etablieren können?

In den ersten beiden Heften des Jahrgangs 1933 äußerte der «Weltbühnen»-Herausgeber die Ansicht, daß sich der General an der Kabinettspitze der die «Reihe der Prätorianer-Kanzler» eröffne, wahrscheinlich lange halten werde.<sup>31</sup> Er sei am Staatsruder derzeit die «stabile Figur» und eine «Alleinherrschaft» der Reichswehr erscheine möglich.<sup>32</sup> Eine Woche später aber befand er anders: mit dem Vorhaben des Alleinregiments habe sich der «militärische Sektor» übernommen.<sup>33</sup>

Ossietzkys so rasch wechselnde Beurteilung der Perspektive des Schleicher Kabinetts erwuchs auch aus einem Mangel an greifbaren Tatsachen. Zwar sah er richtig, daß eine Kette von Intrigen geschmiedet wurde. Auch die daran beteiligten Kräfte vermochte er noch auszumachen - Ossietzky spielte am 17. Januar in einer Zwischenbemerkung auf das von Schleichers Spitzeln aufgedeckte Treffen zwischen Hitler und Papen in Köln an,<sup>34</sup> das zum Ausgangspunkt jenes Zusammenschlusses wurde, der sich am 30.

---

<sup>30</sup> CvO, Bankrott der Autorität, a.a.O., S. 85.

<sup>31</sup> Ebd., S. 81.

<sup>32</sup> Thälmann sprach am 4. Dezember 1932 vor dem Bezirksparteitag der KPD-Organisation Wasserkante und nannte in seiner Rede die Regierung des Generals Kurt von Schleicher «ein Übergangskabinett» und «Platzhalterkabinett zur Vorbereitung einer Hitlerkoalition bzw. Hitlerregierung». Zitiert in: Ernst Thälmann, Eine Biographie, von einem Autorenkollektiv, Berlin, 1979, S. 631.

<sup>33</sup> CvO, Kamarilla, a.a.O., S. 154.

<sup>34</sup> CvO, Kavaliers und Rundköpfe, 1933/6, 7. Febr. 1933, S. 195.

Januar als Regierung Hitler-Hugenberg präsentierte. Doch das Kräfteverhältnis, das in diesem Intrigenspiel wirkte, seine Dauer, sein Verlauf und schließlich seine Ergebnisse bestimmte, war für keinen Außenstehenden zu entschlüsseln.

Schleicher, so hatte Thälmann bereits Anfang Dezember gesagt, sei der Platzhalter für ein Kabinett Hitler.<sup>35</sup> Doch selbst wer das erkannte, konnte nicht vorhersagen, wie lange diese Platzhalterschaft gebraucht werden würde.

Als sie in den letzten Januartagen endete, konstatierte Ossietzky als Hauptursache für Schleichers Scheitern die Tatsache, daß er für die Herrschaftsinteressen von Großagrariern und Großindustriellen nicht die gewünschte Sicherheit bot.<sup>36</sup> Damit war auch die innenpolitische Hauptaufgabe beschrieben, die zu Hitlers Ermächtigung führte. Ossietzky erblickte in ihr einen Sieg der Konterrevolution. Nicht einen Augenblick war er sich über die volksfeindliche Klassennatur des Kabinetts der «nationalen Erhebung» im Zweifel, und nicht einen Moment zögerte er, sein Urteil ungeschminkt unter seine Leser zu bringen, so die Wirklichkeit hinter der Phrase erkennbar machend, die nun eine beispiellose Konjunktur erlebte.

Indessen erhob sich vor Ossietzky im Hinblick auf die neue Regierung die alte Frage: Episode oder Dauerherrschaft? In dem am 7. Februar veröffentlichten Leitartikel ließ er die Antwort offen. Er hielt beide Entwicklungen für möglich und konzentrierte sich auf die Beschreibung der Bedingungen, an denen sich das Schicksal der Regierung entscheiden werde. Auf ihrer Habenseite sah Ossietzky, daß die «Wirkung», die von der neuen Situation «auf alle kleinbürgerlichen Elemente, die noch immer gern hoffen, [...] groß sein» könne.<sup>37</sup>

Daß die Machthaber die Erwartungen der kleinen Leute eines Tages zerstören müssen, war Ossietzky auch sicher. Doch negierte er nicht, daß Hitler und Hugenberg Manövrierräume zur Verfügung standen. Die Frage nach Stabilisierung oder Destabilisierung des Regimes werde deshalb nicht zuletzt von den Handlungen der Männer an seiner Spitze abhängen: würden sie mit äußerster sozialer Aggressivität vorgehen oder nicht und welche

---

<sup>35</sup> Ebd.

<sup>36</sup> CvO, Deutschland wartet, 1933/7, 14. Febr. 1937.

<sup>37</sup> Ebd., S. 235.

Fähigkeit konnten sie entwickeln, die sozialen Konfliktstoffe innerhalb der Koalition zu beherrschen. Einen aus Wunschdenken entspringenden Optimismus, der mit einer kurzlebigen Hitler-Regierung rechnet, wird sich aus der Analyse des 7. Februar 1933 nicht herauslesen lassen.

Der Autor sah die Möglichkeit, daß diese Regierung ein «System» schaffen könnte, «das für ein gutes Menschenalter vorhält».<sup>38</sup> Ossietzky blieb bei seiner Überzeugung, daß die Prozesse letztlich von den Entschlüssen und Handlungen der Beteiligten abhängen und daß - in einem jeweils zu bestimmenden Grade - Alternativen des geschichtlichen Fortgangs existieren.

Diesem Urteil scheint jener nur eine Woche später publizierte Artikel mit der Überschrift «Deutschland wartet»<sup>39</sup> zu widersprechen. Nicht daß der Autor seine Ansicht über das Wesen der Regierung um ein Jota geändert hätte. Was in Anlage und Aussage des Aufsatzes irritiert, ist die Gelassenheit der nun in vielem fehlerhaften Situationsbestimmung. Gewiß: «Deutschland wartet», das konnte angesichts der Grundtatsache, daß die Machtübertragung keine Massenaktionen der Hitlergegner ausgelöst hatte, noch zustimmend gelesen werden. Doch mußte diese Feststellung sich nicht sogleich mit der Frage verbinden, ob Deutschland das Warten sich auch leisten könne und wieviel Zeit zum Zuwarten ihm denn bleiben werde? Nicht auf das Be- und Einklagen unterbliebener Gegenwehr hin wurde dieser Artikel geschrieben, sondern aus einem erkennbaren Vertrauen auf die inneren Sprengkräfte der Koalition.

Ossietzky meinte, daß Hugenberg «das eigentliche Haupt der Regierung» sei und sie «auf abschüssiges Gelände» ziehen werde<sup>40</sup> - eine Vorhersage, die sich freilich an die einzige wirtschaftspolitische Maßnahme knüpfen konnte, die von der Regierung bis dahin ergriffen worden war und durch die sich die großen Agrarier bevorteilt fanden. Aus diesem Blick auf das Verhältnis von Nazi- und deutschnationalen Politikern in der Regierungskoalition erwuchs Ossietzkys Meinung, daß der neue Wahlkampf weniger ein Appell an das ganze Volk als vielmehr eine interne Auseinandersetzung der Harzburger Koalition sei.<sup>41</sup> Die hochgradige Gefahr einer abrupten

---

<sup>38</sup> Ebd., S. 236.

<sup>39</sup> Ebd.

<sup>40</sup> Ebd., S. 232.

<sup>41</sup> Vgl. Die Weltbühne, 1933/8, 21. Febr. 1933, S. 286.



Veränderung der politischen Kampfbedingungen für die Nazigegner war dem Autor für einen Moment aus dem Auge geraten. Man könne, so konstatierte er, nahezu beruhigend Deutschland «nicht leicht in die Primitivität einer geduldischen Kulstummheit zurückschrauben».<sup>42</sup>

Der Grundirrtum der Analyse aber bestand darin, daß Ossietzky Mitte Februar 1933 meinte, daß allein die Regierung «jetzt unter dem unerbittlichen Gesetz»<sup>43</sup> stehe, Leistung zu zeigen. Dieses Gesetz galt mindestens ebenso unabweisbar, ja wohl stärker noch für ihre Gegner, von deren Leistung letztlich abhängen, ob sich die neue Herrschaft würde konsolidieren können.

«Deutschland wartet», das las sich fast wie «Deutschland kann warten» und genau das konnte es nicht. Eine Woche später endete der «Richard-Wagner-Aufsatz»<sup>44</sup> anders. Sein Schlußgedanke heißt: «Wir werden also etwas unternehmen müssen [...]». Was? Was jetzt noch? Denn jeder Tag, an dem die Regierung Hitler nicht von ihren Gegnern politisch scharf attackiert worden war, hatte ihr genau das verschafft, was sie für den Moment am meisten brauchte: Zeit. Zeit sich zu verständigen, Richtung und Konditionen des weiteren Vorgehens auszuhandeln, ihrer Gefolgschaft die neue Situation zu erklären und ihr den Platz im «Klassenkampf von oben» zuzuweisen. Zeit vor allem, den entscheidenden Schlag gegen die Arbeiterbewegung und alle republikanischen Bestrebungen vorzubereiten.

Wo Ossietzky die Chance zur Gegenwehr noch gesehen hatte, das verdeutlichte er in der «Weltbühnen»-Ausgabe vom 17. Januar 1933, als er in der Rubrik «Wochenschau des Fortschritts» zwei Meldungen einrücken ließ. In der einen wurde mitgeteilt, daß in Breslau an der Beisetzung eines von den Nazis umgebrachten Arbeiters Mitglieder der KPD, der SAP, der SPD und der Eisernen Front teilgenommen und Redner dieser Organisation am Grabe gesprochen hätten. Die zweite Meldung besagte, daß in Leipzig ein Sozialdemokrat zum Präsidenten des Stadtparlaments hatte gewählt werden können, weil die Arbeiterparteien gemeinsam votierten, und daß durch dasselbe Vorgehen Pirna ein kommunistisches Präsidium erhalten habe. Nun aber ging es nicht mehr um die Sammlung an Gräbern und die

---

<sup>42</sup> «Wochenschau des Fortschritts», 1933/3, 17. Febr. 1933, S. 110.

<sup>43</sup> CvO, Herr Walter Bloem, 1933/9, 28. Febr. 1932, S. 321.

<sup>44</sup> Vgl. Die Weltbühne, 1933/8, 21. Febr. 1933, S. 265 ff.

Kooperation von Parlamentsfraktionen. Konnte da für Ossietzky noch eine Hoffnung bleiben?

Beziehungsreich schließt sein letzter Aufsatz mit jenem Zitat aus Shakespeares Drama «Julius Caesar»: «Bei Philippi sehen wir uns wieder.»<sup>45</sup> Dort hatten 42 vor unserer Zeitrechnung die Verteidiger der römischen Republik eine Niederlage erlitten. Es war, folgt man der Biographie des Plutarch, Caesars Geist, der die Vergeltungsschlacht an gleichem Orte ankündigte.

Die Schlacht, die Ossietzky verhieß, fand statt, als er selber schon tot war. Sie mußte von den Armeen der Antihitlerkoalition in den Weiten Europas und selbst in Afrika geschlagen werden.

---

<sup>45</sup> Die Weltbühne, 1933/9, 28. Febr. 1933, S. 321.



## Frank Dietrich Wagner

### *Die Weltreaktion. Ossietzkys republikanischer Antifaschismus*

Carl von Ossietzkys publizistische Arbeiten zum Thema Faschismus als einer nationalen wie auch internationalen politischen Bewegung fallen im wesentlichen in das Jahrzehnt von 1923 bis 1933. So berühmt er geworden ist als eines ihrer politischen Opfer, so unbekannt ist er geblieben als einer ihrer theoretischen Analytiker. Vielleicht vermißte man eine spezifische Originalität des Ansatzes, dies allerdings einem Gegenstand gegenüber, der später selbst nur ironisch als «Originalgeschichte des Dritten Reiches» (Bloch) zu bezeichnen war. Nicht Originalität, sondern Klarsicht und Konsistenz sind die Merkmale, die Ossietzkys Theorie auszeichnen, angesichts einer politischen Bewegung, die vom ästhetischen Schein bis zur theatralischen Schau alle Instrumente des politischen Scheins virtuos beherrschte.

#### **(1) Die vier Positionen**

Durchschaubar ist für Ossietzky die Bewegung des «Faschismus» in mindestens vier Dimensionen von Anfang an, sie mag sich tarnen oder verstellen, wie immer es ihr opportun erscheint: Sie ist international, trotz nationalem Pathos (a); sie ist bürgerlich, trotz klassen- und schichtenübergreifender Rhetorik (b); sie zielt auf eine autoritär-diktatorial exekutierte Staatsgewalt, dem populistischen Politikstil zuwider (c); und sie ist ökonomisch die Partei der Großindustrie und des Großgrundbesitzes, bei aller antikapitalistischen und antimonopolistischen Propaganda (d).

In dem Artikel «Weltreaktion. Ihr Unsinn und ihr Sinn» aus der «Berliner Volks-Zeitung» vom März 1923 formuliert Ossietzky diese vier Grundannahmen mit einer Klarsicht, die in der Publizistik dieser Zeit singulär genannt werden darf.

(a) *Weltweite Reaktion*

Der internationale Charakter der faschistischen Bewegungen ist begrifflich mit «Weltreaktion» genau erfaßt. Ossietzky nennt außer Deutschland namentlich Italien, Ungarn und Österreich und verweist auch auf national-konservative Strömungen in Frankreich und der Schweiz. Der «breite schwarze Gürtel», der sich nach Ossietzky um die alten und neuen Demokratien Europas legt, wird 1939 zusätzlich Spanien, Portugal, Griechenland, Türkei, Polen, Estland und Litauen umfassen - und dies ist nur die europäische Sicht.

Ossietzky weitet so schon sehr früh den Blick zu einer Art «weltgeschichtlicher Betrachtung» und vermeidet auch in der Folgezeit dadurch charakteristische Verkürzungen. Selbst der deutsche Faschismus ist niemals nur deutsch: Er kopiert Muster anderer Länder, lernt aus Erfahrungen anderer Völker, geht auf der Suche nach einem Politikstil zugleich in die eigene Geschichte zurück wie auch über die nationalen Grenzen hinaus. Das zeitgleiche Vorbild mit zeitlichem Vorlauf wird in erster Linie Italien, auch für Ossietzky kontinuierliches Studienobjekt in Sachen «Fascismus» in allen einschlägigen Redaktionsentscheidungen und auch eigenen Analysen.

Die Deutungsmuster für die faschistischen Bewegungen müssen unter diesen Vorzeichen in ihrer Dialektik von nationaler Besonderheit und internationaler Typik ständig neu justiert werden, auch eine Pflicht zur Dialektik, die der Neigung zum Schematismus manchmal zum Opfer fällt. Der italienische Duce und der deutsche Führer sind, bei aller Vergleichbarkeit, auch jeweils das ganz Andere.

(b) *Bürgerliche Mittelschichten*

In dem Artikel «Weltreaktion» gibt Ossietzky eine Definition des Faschismus, die den soziologischen Bezugsrahmen zumindest grob skizziert. «Was ist Fascismus? Zunächst ein Ausverkauf kleinbürgerlicher Ideologien und Illusionen von vorgestern. [...] Der Fascismus ist die *machtgewordene Furcht* des von kapitalistischen und sozialistischen Extremen in seiner Existenz bedrohten und durch die Schieberepoche seit 1914 materiell und moralisch geschwächten Bürgertums.» (Weltreaktion, BVZ, 13.5.23) Zu diesem Zeitpunkt hat Ossietzky noch wenig Material, auch keinen zwingenden Anlaß, genauer zu differenzieren. Der Anteil der Arbeiter am Wählerpotential der faschistischen Bewegung ist noch verschwindend gering; die populistische Ansprache an sie hat noch nicht mit voller Wucht

eingesetzt. Das werden drängende Fragen erst gegen Ende der zwanziger Jahre.

Scharfsinnig ist aber jetzt schon das Gefühl der Doppelbedrohung des Mittelstandes beobachtet, ein Dispositiv, das die Propaganda des Nationalsozialismus in den folgenden Jahren wesentlich bestimmen wird: das Gefühl der Bedrohung durch das Kapital und die Kommune, wodurch ein Ausweg nur als ein «dritter Weg» möglich erscheint.

*(c) Populistische Diktatur*

Allen europäischen faschistischen Bewegungen gemein ist für Ossietzky die staatspolitische Lösung dieser Krise: weg von der jüngeren Tradition der parlamentarischen Demokratie hin zur älteren Tradition der diktatorischen Verfassung. «Der Faschismus, der überall anders, überall in neuer nationaler Vermummung auftritt, weist in allen Ländern diesen einen gemeinsamen Wesenszug auf: die *Sehnsucht nach dem Diktator*.» (ebd.) Über die bloße Feststellung dieses Sachverhaltes geht Ossietzky zu diesem Zeitpunkt noch nicht hinaus. Das Projekt der Republik gewinnt als Gegenentwurf erst später kräftige Konturen.

Ansatzweise beginnt aber schon jetzt die Suche nach den historischen Mustern, die einen faschistischen Diktator erklärbar machen sollen, oder auch nach mythologischen Vorbildern, je nachdem, ob der geschichtlich-politische oder religiös-mythenbildende Blick zurück in die Vergangenheit favorisiert wird. Ossietzky erinnert am Beispiel Mussolinis an den Aufstieg und Fall des Popolanenführers Cola di Rienzi. Dieser regierte 1347 kaum länger als ein halbes Jahr als Führer der Volkspartei die Stadt Rom, ein Tribun aus dem Volk und Gegner des Adels und der Kirche, den frühhumanistischen Reformideen verpflichtet, kein Scharlatan also und vor allem kein Verräter an den Schichten, die ihm zu diktatorischer Machtfülle verholfen haben. Als Tertium des Vergleiches bleibt folglich nur die Herkunft (aus dem Volk) und der Herrschaftsstil (militärische Machtfülle). Der soziale Gehalt dieser Herrschaftsperiode ist indes so different, daß Cola di Rienzi als historisches Muster sonst nicht mehr herangezogen wird.

*(d) Kapitalistische Kontinuität*

Ossietzky selbst fragt mit dem Stichwort «Cui bono?» nach diesem sozialen Gehalt einer faschistischen Diktatur. Zwar wird dem bedrohten Bürgertum die Furcht vor den Extremen Kapitalismus und Sozialismus

propagandistisch bestätigt und ein mittlerer Ausweg in Aussicht gestellt, tatsächlich aber wird der «Industriefeudalismus» einseitig gefördert und machtpolitisch abgesichert. Ossietzky nennt es in «Weltreaktion» geradezu die «ironische Folie» des Faschismus, «daß er bei aller Deklamation gegen den Großkapitalismus gegen diesen nicht nur völlig ohnmächtig ist, sondern sogar als dessen Kreatur wirkt.» (ebd.) Diese These ist 1923 kaum evident, aber stimmig; nicht anders verhält es sich 1933. Erst ex eventu ist sie völlig unbestritten, so sehr sogar, daß umgekehrt ihre frühe analytische und prognostische Leistung wieder gewürdigt werden muß. Den Beweis für Deutschland konnte Ossietzky nicht mehr formulieren; doch die nationalen und internationalen Vorzeichen hat er als untrüglichen Vorschein auf das Kommende sorgfältig registriert.

Mit diesen vier Grundpositionen zu den europäischen faschistischen Bewegungen: der internationalen Perspektive, der bürgerlichen bis kleinbürgerlichen Verankerung, der diktatorialen Staatsverfassung und der kapitalorientierten Ökonomie verschafft sich Ossietzky axiomatische Klarheit bei allen Analysen der kommenden Ereignisse, sie mögen noch so widersprüchlich und verwirrend sein. Sie orientieren ihn und so orientiert er seine Leser in den Fragen der Kultur, der politischen Organisation der Gesellschaft und vor allem der Strategie und Taktik des konträren Projekts einer Republik.

## **(2) Das Ideologie-Amalgam**

### *(a) Judenfrage und Sozialismus*

Die gesellschaftlichen Ziele wie ökonomischen Lösungen der europäischen faschistischen Bewegungen sind altbekannt, so lautet das Fazit Ossietzkys, nicht anders dementsprechend ihre ideellen Muster und populären Bilder. Die ideologische Praxis des Nationalsozialismus ist vielgestaltig, nur eines nicht: originell. Sie ist ein Amalgam, eine Mixtur allervertrautester Teile.

Für Ossietzky gehört es zur glanzlosen Pflicht, diesen Sachverhalt ständig erneut zu betonen. «An dieser Partei ist nichts originell, nichts schöpferisch, es ist alles entlehnt. Sie hat kein eigenes geistiges Inventar, keine Idee; ihr Programm ist in aller Welt zusammengestoppelter Unsinn.» (Wer gegen wen?, Wb, 14.11.31) Über weite Strecken ist, ähnlich wie bei Bertolt Brecht oder Ernst Bloch, für Ossietzky antifaschistische Aufklärungsarbeit nichts als Entlarvung, Reduktion, Einordnung. Dies ist eine Art Aufklärung ohne Dialektik, der Enträtselung eines Raubzuges nicht unähnlich.

Zwei Besonderheiten hält dabei Ossietzky selbst für bemerkenswert: die Antisemitismus-Propaganda und die Sozialismus-Parole. Im ersten Fall konstatiert er ein programmatisches Eigengewicht, den Einschub eines originären Einfalls; im zweiten Fall die Übernahme einer originär linken Perspektive, der sozialen Revolution, die aber so desintegrativ wirke, daß der Faschismus sich gerade daran verheben werde.

Die Entlastung und Entzauberung gerade dieser beiden Perspektiven ist spätestens seit dem Herbst 1930 die konsequente Redaktionslinie Ossietzkys, wobei er den Sozialismuskomplex selbst übernimmt und den Antisemitismusaspekt eher anderen überläßt. Tenor der meisten Kommentare ist dabei: Nichts kommt, wie versprochen, alles ist propagandistische Fassade.

Zumindest in der Judenfrage führt dieser Kurs in die Irre. Die Prophetie eines «Quietus» in dem Artikel «Die Zukunft des Nationalsozialismus» vom September 1930, dem Zeitpunkt intensivster Auseinandersetzung mit dem Faschismus, liest sich heute befremdlich: «Wer nun noch etwa glaubt, man werde wenigstens mit dem Antisemitismus ernst machen, der beruhige sich. Zum Pässebesorgen und Kofferpacken liegt gar keine Veranlassung vor. Um den Juden eins auszuwischen müßte man die Verfassung ändern. Wo ist die nötige Zweidrittelmehrheit? Und selbst eine Diktatur, an der doch Hitler nur beteiligt wäre, würde es nicht zu antisemitischen Exzessen kommen lassen, denn der Antisemitismus ist heute nichts mehr als ein Aushängeschild, und die Mitdiktatoren würden ihn nur belächeln.» (Quietus, Die Zukunft, Wb, 23.9.30) Hier summieren sich gleich drei Fehleinschätzungen zu einer Prophetie mit fatalen Konsequenzen. Die Judenverfolgung wurde sehr schnell durch Gesetze zu einem bürokratisch verwaltbaren System ausgebaut; Hitler als Diktator war an der Machtausübung nicht nur beteiligt, sondern einzigartig bestimmend; der Antisemitismus war auch den Mitregenten nicht bloße Fassade, sondern böser Ernst.

Die Fehleinschätzung des Antisemitismus ist in der linken Intelligenz der Weimarer Zeit indes eher der Normalfall. Vorherrschend ist eine politisch-funktionale Deutung, die abstellt entweder auf eine bloße Ablenkung im Feld des Ökonomischen oder einzig die Konstitution des Volkes als Einheit, vereinzelt auch - wie etwa bei Brecht - nur ein Testfeld des Umgangs mit Minoritäten vermutet.



Auch Ossietzky ahnt die Wahrheit nicht, so sehr er im zweiten Bereich, dem Sozialismus-Aspekt, Recht behält. Hier verhebt sich der Faschismus allerdings nicht, wie vermutet, sondern er versucht sich erst gar nicht.

*(b) Totenkult und Heldenbilder*

Die ideologische Praxis faschistischer Öffentlichkeitsarbeit ist zunächst pure Destruktion, dann aber auch zunehmend Konstruktion: eigener Geschichtsbilder, passender Mythen, tauglicher Legenden. Hier hat die Publizistik ein reiches Feld. Ossietzky beginnt schon früh, 1924 mit dem Artikel «D'Annunzio stiftet ein Denkmal», mit der Korrektur, die immer nach Satire schreit. Ossietzky nimmt eine Zeitungsnotiz, derzufolge D'Annunzio in London seine sämtlichen Manuskripte versteigern lassen wolle, um vom Erlös der Duse ein Denkmal zu errichten, zum Anlaß, dieses «Muster der Reklame» (D'Annunzio, MM, 12.5.24) vorzuführen: in seinem Imponiergehabe, seiner Ruhmsucht, seiner eiteln Theatralik. Der annoncierte Totenkult verwandelt sich in dieser Satire in eitle Selbstbespiegelung.

Der faschistisch inszenierte Totenkult bleibt ein ergiebiges Ziel des satirischen Angriffs. Die «Weltbühne» greift in diesem Sinn 1932 den Fall des Arnaldo Mussolini, 1933 auch noch den berühmteren des Horst Wessel auf.

Zur Totenverklärung von Arnaldo Mussolini, dem Bruder des Diktators, bemerkt Angelica Balabanoff in dem Artikel «Mussolini und der Tod» resümierend: «Die Art und Weise, wie die Presse auf den Tod des Arnaldo Mussolini reagierte, der sich lediglich auf dem Gebiete des Schiebertums und der Korruption ausgezeichnet hat, ist bezeichnend dafür, wie Legenden von den <großen Männern> fabriziert werden.» (Balabanoff, Mussolini, Wb, 9.2.32) Kennzeichnend dafür ist die Unverfrorenheit, wie eine völlig belanglose Biographie zu einer musterhaften Helden-Legende ummontiert wird. Krankheiten werden politisch umgewertet; aus Liebesbriefen werden revolutionäre Episteln; der Ehrendoktor einer kleinen Provinzuniversität wird zum Beleg wissenschaftlicher Potenz. Der Tote - kein Held, nur Handlanger - wird zu tragischer Größe aufgeplustert: Theatralik auf ganzer Linie, bis hin zur Totenwache, die Mussolini effektiv in Szene setzt.

Für einen Angriff auf die Horst-Wessel-Legende räumt Ossietzky noch im Januar 1933 in der «Weltbühne» viel Platz ein. Er gibt Walter Mehring ausführlich Gelegenheit zu einer satirisch-polemischen Generalabrechnung.

Der Tod des SA-Truppführers Horst Wessel weist an sich nichts Heroisches auf. Er wird 1930 in Berlin in einen Zuhälterkampf verstrickt und tödlich verletzt. Nicht die 1935 als Täter hingerichteten Sally Epstein und Hans Ziegler waren die Schützen; ein Adi Höhler hatte gefeuert. Die Legende fälscht, auch darin, daß sie Horst Wessel als Erfinder der NS-Nationalhymne «Die Fahne hoch, die Reihen fest geschlossen» feiert. Goebbels ordnet an, daß der öffentliche Hinweis, die Melodie stamme aus der Oper «Josef von Ägypten» (1807) von Etienne Mehul, unterdrückt wird. Zudem dürfte das mit der Mehul-Melodie intonierte Lied «Die Fahnen hoch, die Reihen fest geschlossen, Rotfront marschiert» noch sehr bekannt gewesen sein. Horst Wessel erfindet also nichts, er kopiert und montiert.

Bertolt Brecht hat in seiner Satire «Die Horst-Wessel-Legende» gezeigt, wie ein solcher Mythos geplant und konstruiert wird. (Vgl. F. D. Wagner, Brecht, 151 ff) Er stützt sich dabei offenkundig auf Mehrings Artikel, der die Biographie von Hanns Heinz Ewers über Wessel zum Ausgangspunkt nimmt. Mehring vermengt darin Zitate aus früheren Werken von Ewers («Alraune» von 1911 und «Vampir» von 1928) mit Zitaten aus der Wessel-Biographie zu einem peinlich-schlüpfrigen Gebräu. Mehrings Fazit lautet: «Der Vampir auf dem völkischen Lotterbett» (Mehring, Einheirat!, Wb, 10.1.33) Die Kennzeichnung dieser Art Kulturpolitik als «literarische(r) Rauschgifthandel» taucht in ähnlicher Formulierung bei Brecht des öfteren auf.

Ossietzky und die Autoren der «Weltbühne» demonstrieren beispielgebend auch für die Arbeiten nach 1933 wie in den unterschiedlichsten publizistischen Formen - von der theoretischen Analyse über die polemische Satire bis hin zu einfachen Antworten - das ideologische Amalgam des Faschismus zerlegt, die Mythen entzaubert und die Heldenlegenden zerstört werden können. Das ist die Desartikulation eines Diskurses, dessen Artikulation die erreichten Kulturstandards eher verfehlt.

### *(c) Der faschistische Typus*

Die Kritik der Programme und die Destruktion der Propaganda sind zentrale Bereiche der ideologiekritischen Desartikulation, die Ossietzky kontinuierlich betreibt. Die faschistische Bewegung ist indes zugleich in ihrer Massensorientierung ein täglicher Anschauungsunterricht in Verhaltensformen, Charakteren, Psychogrammen. Das Programm ist in dieser spezifischen Konstellation so sehr immer auch Person, daß die Kritik

behend die Perspektive wechseln kann, ohne daß allzugroße Brüche entstünden. Ossietzky sieht die Akteure, die Chargen auch in den kleinen Nebenrollen, und zeichnet sie in kräftigen Konturen.

Viele Artikel lesen sich so wie Prolegomena zu dem Forschungsprogramm, das Horkheimer und Adorno sehr viel später entwerfen. In den Studien des Instituts für Sozialforschung suchen diese in der Genese des Vorurteils und des Antisemitismus nach dem «faschistischen Typus», der schon als noch erst potentieller erkennbar und bekämpfbar in das kritische Bewußtsein gerückt werden soll. Programmatisch heißt es:

«Der potentiell faschistische Charakter muß als Produkt der Wechselwirkung zwischen dem kulturellen Klima des Vorurteils und den <psychischen> Reaktionen auf dieses Klima betrachtet werden. Es besteht nicht nur aus groben äußeren Faktoren wie ökonomischen und sozialen Bedingungen, sondern aus Meinungen, Ideen, Anschauungen und Verhaltensweisen, die als die des Individuums erscheinen, die aber weder seinem autonomen Denken noch seiner unabhängigen psychischen Entwicklung entspringen, sondern auf seine Zugehörigkeit zu unserer Kultur zurückgehen.» (Adorno, Studien, 6)

Adorno wendet sich in diesen Studien dem Subjekt und seiner Psyche zu. Das ist indes kein verkürzender Subjektivismus, da die «äußeren Faktoren», die ökonomischen und sozialen Bedingungen, als konditionierender Rahmen vorausgesetzt werden und als vermittelnde Instanz stets mitgedacht werden. Brechts Befürchtung, hier würde Ökonomie durch Psychologie ersetzt oder sozial-erwerbbares Verhalten in angeboren-statische Typologie verwandelt, geht ins Leere. (Vgl. F. D. Wagner, Brecht, 92 ff) Seine eigenen Überlegungen zum Tuismus, den verführbaren und verführenden Intellektuellen, geht in eine ähnliche Richtung, allerdings ohne Psychologie und Vorurteilslehre.

Was für Walter Benjamin der «faschistische Klassenkrieger» oder für Ernst Jünger die «Totalität des Typus» darstellt: Immer ist es konkret erfahrenes Personal, das ins Typische erweitert oder ins Visionäre erhöht wird. Es sind Abstraktionen, doch empirischen Gehalts, nicht Konstruktionen, aus Entwürfen erst deduziert. Jene «Zugehörigkeit zu unserer Kultur», die Adorno einfordert, ist belegbar, vielfältig und konkret, doch auch mit typischen Konturen.

Ossietzky macht dieses Personal dingfest, meist dort, wo es signifikante Situationen produziert oder sich in öffentlichen Vorfällen bis zu Kenntlichkeit bloßstellt.

*Der nationale Lausbub.* - Für Ossietzky ist dies der Jugendliche, der Opponent und Opportunist zugleich ist: Er rebelliert gegen die Instanzen und Symbole der verhaßten Republik, exponiert sich aber nicht, weiß er sich doch geschützt durch eine kompakte Majorität, die ihn immer wieder sicher auffängt. Es ist diese kalkulierte Rückversicherung, die seiner Revolte den idealischen Schwung, die moralische Glaubwürdigkeit nimmt.

Ossietzky schildert einen für die Zeit typischen Vorfall. Berliner Gymnasiasten setzen, anläßlich des Todes des Reichspräsidenten Ebert, einen schmutzigen Lappen auf Halbmast. Die Tat bleibt folgenlos. Das insgeheime Einverständnis der Schulleitung hintertreibt jegliche Ahndung. Am Werk waren «Lausbuben», indes doch wohl «nationale», wer wollte da Zufall und Scherz ernsthaft abstreiten? Ossietzky resümiert: «Der schmutzige Lappen wird zum Symbol dieser nationalen Bürgerjugend.» (Lausbub, TB, 14.3.25) Es ist eine Rebellion ohne Risiko, ein Verstoß gegen das Gesetz, doch im herrschenden Geist.

Es ist dieser Geist, der den Schupomann in die Luft schauen läßt, wenn hinter ihm «zwei Schlackse mit Primanermützen die Mauern mit Hakenkreuzpapieren bekleben» (ebd.), oder den inspizierenden Oberregierungsrat die Kaiserbilder übersehen läßt. Er herrscht auch in der Jugend, dort «national» drapiert und militaristisch orientiert. Die allgemeine Hochrechnung, die Ossietzky vornimmt, fällt düster aus. Er findet eine solche Jugend in Masse und in erdrückender Majorität.

*Der versetzte Held.* Ossietzky typisiert unter diesem Titel die Figur eines Jugendlichen, der im Weltkrieg durch eine klare Frontstellung geprägt wurde und in der Nachkriegszeit nichts dazugelernt hat. «Gingelband, nach Beruf und Wesensart Spitzel, ist, wie viele Spitzel, im Grunde nur ein versetzter Held. Ja, er begann seine Karriere als deklariert Held.» (Gingelband, TB, 17.10.25) Gemeint ist die Denunziation von Kriegsgegnern im Jahr 1917, der Aufstieg zum Berufsspitzel und die Fortsetzung eben dieser Geschäfte in der Nachkriegszeit. Hitlers Karriere nach 1918 begann ähnlich: Ausforschung und Austrocknung von Gruppierungen, die als national unzuverlässig eingeschätzt wurden.

Der «versetzte Held» macht unverdrossen im alten Stil weiter, an allen Orten, wo es «Deutschnationales» zu verteidigen gilt: Pommern, Ober-

schlesien, Ostpreußen, Ruhrgebiet, Bayern. Er verkörpert damit jenen Typus des entlassenen Frontkämpfers, der in illegalen Kampfbünden die Krisengebiete Europas durchstreift und weiterkämpft - gegen den alten Feind (Franzosen, Engländer, Polen) oder gegen seinen Ersatz. In München geht es in diesem Sinn gegen die Juden. Es trifft einen praktischen Arzt, auf offener Straße, einer der üblichen Pöbeleien. «Er wird sofort abgeführt, Gängelband aber vom Volk gefeiert und auf Flügeln des Gesanges in Hitlers Hauptquartier getragen.» (ebd.) Ossietzky skizziert hier sehr genau den Geist der individuellen Provokation, der Jahre später zum systematischen Pogrom führt.

Der Spitzel und Denunziant, auch dies zeittypisch, wird des öfteren verprügelt und verhaftet. Er wird zeitweise verunsichert in einer sich konsolidierenden Republik, doch er verläßt die Bühne nicht. Ossietzky wählt die Theatermetapher, um das Instabile, Spukhafte, Grelle der Zeit plastisch zu machen:

«Armer Thomas, er hat in den Monaten erzwungener Klausur den Zusammenhang mit der Welt verloren. Sonst würde er wissen, daß wirklich alles nur Beleuchtungseffekt. Eine neue bunte Scheibe, nicht wahr, die Haut sieht anders aus, aber was hat sich schon groß verändert? Für den Tüchtigen ist immer Raum, auch wenn der Scheinwerfer jäh umstellt. Man darf nur nicht blinzeln.» (ebd.)

Für den «versetzten Helden», so lautet das Fazit, ist die Zeit keineswegs um. Das Jahr 1925 ist nur eine Zwischenzeit in einem ungebrochenen Kontinuum.

*Der pommerse Raufritter.* Die Gestalt, die Ossietzky hier ins Visier nimmt, ist ebenso alt wie leider noch höchst wirksam: Es ist der pommerse Gutsbesitzer, der ungleichzeitig in die junge Republik hineinragt, doch so, daß er das Zeichen der Zeit setzt. Seine Konfliktregulierung ist noch das Duellwesen, seine juristische Verkehrsform das Ehrengericht.

Ossietzky exemplifiziert diesen Typus im Herrn v. Loebell, einem rüstigen Greis, hervorgetreten als Präsidentenmacher in der Hindenburg-Wahl und dann gewandelt zum Präsidentenkritiker im Locarno-Streit. Ossietzky spricht diesem Herrn v. Loebell die Melodie seines eigenen Politikstils vor: Wäre nicht auch im Locarno-Streit die Einsetzung eines Ehrengerichts die logische Konsequenz dieser Art Politik? «Das heißt die ganze Politik ungeheuer vereinfachen, wenn man Gesetz und Recht und Parlament und Vernunft und alle die anderen Bagatellen beiseite tut und die Probleme löst wie <bei uns>, das heißt, im Geiste überlieferter mittelalterlicher Rauf-

Ritterlichkeit.» («Bei uns», MM, 7.12.25) Diese satirische Volte erhellt schlaglichtartig: Die junge Republik ist für einige ihrer Hauptakteure kaum mehr als eine Bühne, auf der sie ihr altes Stück kaum retouchiert weiterspielen. Die Ungleichzeitigkeit ist dabei eine des Stils und des Inhalts.

Das geschichtlich überholte «Bei uns» feudaler Politikgestaltung ragt befremdlich-vertraut in die Republik hinein, macht aus der Res publica ein Privatissimum, das Öffentlichkeit, Gesetzlichkeit, Diskursivität scheut und verachtet. Daß das Ende der Republik Jahre später dadurch beschleunigt wird, daß es diesen Kreisen gelingt, den Präsidenten dieser Republik, Hindenburg, selbst noch zum Gutsbesitzer zu machen und diesen dadurch in Sonderinteressen zu verstricken, kann Ossietzky zu diesem Zeitpunkt noch nicht ahnen. Er kann nur konstatieren: Es gibt diese Kontinuität des pommerschen Raufritters, kaum affiziert vom Geist der Republik und obendrein applaudiert von der Öffentlichkeit, mit wirksamem Zugriff zu den Schalthebeln der Macht.

*Der völkische Provokateur.* Die geballten Fäuste des Reichskanzlers Hans Luther gegen einen «völkischen Provokateur» im Reichstag schlugen nicht zu, sie drohten nur, doch sie hätten volle Anerkennung bei Ossietzky gefunden.:

«Diese Mauschelle hätte im Antlitz des rassebewußten Deputierten sicherlich einigen Staub aufgewirbelt, dennoch Empfänger war gleichgültig, der eigentliche Adressat war der *chauvinische Maulheld*, der national-hysterische Agitator schlichtweg, der kalten Blutes Injurien zischt, während die Jünger nachher *Revolverkugeln* speien. Nicht auf eine einzelne Person, auf eine ganze Richtung, deren Geschichte die Chronik des deutschen Unglücks seit Jahren ist, wäre diese Ohrfeige niedergeknallt.» (Mauschelle, MM, 31.1.26)

Den politischen Anlaß und den parlamentarischen Ablauf erwähnt Ossietzky nicht einmal. Er kann darauf setzen, daß es eine Typik solcher Vorfälle gibt, weithin bekannt und dem Inhalt nach im Einzelfall fast beliebig.

Der völkische Provokateur, auf den der Reichskanzler und der Publizist mit Zorn reagieren, ist in der Zwischenkriegszeit eine stereotype Figur. Ihr Stil ist die verbale Kriegserklärung in Permanenz, die Schaffung unversöhnbarer Fronten, die Konturierung eines Feindbildes in einem inneren Krieg, der den verlorenen äußeren verlängert und so die psychische Potenz des Siegeswillens verlagert und bewahrt. Der Provokateur schafft so ein

Klima, in dem auch geschossen wird. Der Umschlag des Symbolischen in die Tat ist ihm recht, hier sind ihm die Grenzen gleichgültig. Der Geist der Republik, diskursiv, liberal, versöhnend, ist ihm ein Greuel. Er liebt die Ansprache, aber nur die an die Truppe; er folgt dem Appell, aber nur dem auf dem Exerzierfeld.

Bei Arnolt Bronnen ist zu studieren, wie eine «völkische Provokation» vorbereitet, adressiert und inszeniert wird.

Großes Aufsehen erregt die Störung eines Vortrages von Thomas Mann 1930 in Berlin. Die Rede mit dem Titel *Deutsche Ansprache. Ein Appell an die Vernunft* war als Kampfansage gegen romantischen Irrationalismus gedacht, dessen Wortführer Bronnen geworden war. Bronnen empfindet die Herausforderung und will nicht «kneifen». Zusammen mit Ernst Jünger und weiteren Kumpanen besucht er den Vortrag. Goebbels schickt zur Unterstützung zwanzig SA-Männer im Smoking. Es kommt, wie zu erwarten, zu Tumulten mit Polizeieinsatz. Bronnen steht in der Saalmitte. «In Erwartung von mancherlei Hartem vertauschte ich in aller Ruhe und Öffentlichkeit mein Monokel mit einer gewöhnlichen, kaum sichtbar bläulich gefärbten Schneebrille - woraus dann später die Legende von meiner Tarnung durch eine riesige blaue Brille entstand.» (Bronnen, Protokoll, 223) Thomas Mann kann die Rede beenden, doch die Provokation hat auch so ihr Ziel erreicht. Die Presse spricht nur von den Tumulten, von der einem Rollkommando ähnlichen Störung. Das Spektakel hat groteske Züge: die SA im Smoking, Thomas Mann verstört am Rednerpult, Bronnen in stoischer Gleichgültigkeit inmitten des Tumultes, die nervöse Polizei. Das Ganze trägt Züge mehr einer militärisch-operativen Attacke als einer ernsthaft-politischen Auseinandersetzung.

Das Fernziel des «völkischen Provokateurs» geht wenig später auf: Abschaffung der Republik, Aufrüstung der Gesellschaft materiell und geistig, Krieg nach außen als Korrektur der Niederlage des ersten Weltkrieges.

*Der National-Päderast.* Im Oktober 1925 ereignet sich der «Frontbannskandal»: Die Berliner Polizei verhaftet 18 Mitglieder dieser nationalsozialistischen Organisation, erwirkt gegen mehrere Führer Haftbefehle und veranlaßt Verfahren wegen des Verstoßes gegen den Paragraphen 175. Ossietzky reagiert darauf mit grundsätzlichen Überlegungen über die Verstrickung von Jugendlichen aus Kadettenanstalten, Internaten und Exerziervereinen in Homosexualität, Prostitution und Mord. «Es ist kein schöner Typus, der National-Kokotterich, mit seiner Vereinskarte, seinen

vaterländischen Phrasen in der Likörbude herumlungern, wartend, daß ihn einer dingt, entweder zu Mord oder zu Buhlschaft.» (Die National-Päderasten, TB, 7.11.25)

Von Typus zu sprechen, erscheint Ossietzky angezeigt. Zu sehr gleichen sich für ihn bestimmte Verhaltensmuster, als daß der gesamte Komplex auf Einzelfälle reduziert werden dürfte:

«Denn in den meisten militärisch gegliederten Bünden, die angeblich der Erneuerung und Ertüchtigung dienen, die sich so bärenhäuterhaft und männlich-zottig gebärden, wird neben dem Kult der Vaterländerei noch ein anderer betrieben und immer mehr hat man sich an die Figur des <nationalen Führers> gewöhnt, der sich in seinen Mußestunden als Knabenschänder betätigt.» (ebd.)

Im «Dreivierteldunkel» dieser Geheimorganisationen, so schließt Ossietzky, wird eine Tradition bewahrt, die weit zurückreicht. Die kulturhistorische Zuschreibung, dies sei im europäischen Kontext eine typisch deutsche Tradition, bleibt, wie bei den meisten solcher Zuschreibungen auch bei Ossietzky, eher eine Spekulation, ein bedenkenswerter, aber so nicht bewiesener heuristischer Hebel.

Das Faktum der Homosexualität in Kadettenanstalten und Männerbünden ist spätestens seit den öffentlichen Bekenntnissen des Ernst Blüher, auf den Ossietzky auch hinweist, weithin bekannt. Er braucht nur das Stichwort «Liebenberger Tafelrunde» zu erwähnen, jenen Freundeskreis des Fürsten Philipp zu Eulenburg auf seinem Schloß in der Uckermark, und sofort ist eine ganze Tradition beschworen. Eng verbunden ist mit diesem Komplex - und darauf richtet Ossietzky sein Augenmerk - zweierlei: Frauenverachtung und Nationalstolz.

Ob das deutsche Volk tatsächlich das einzige zivilisierte Volk ist, das keine erotische Überlieferung kennt, versieht auch Ossietzky mit einem Fragezeichen. Die gegenwärtige Misere im Geschlechterverhältnis ist gleichwohl unübersehbar. Als maskuline Tugend wird verbrämt, was schlicht Flegeltum, Renommisterei, Prahlerei genannt werden muß, sei es aus Unbeholfenheit oder aus Unsicherheit. Die Männlichkeitsrituale, die Ossietzky nur aufzuzählen braucht, sind allesamt bekannt, doch selten so gehäuft wie in diesen Jahren der Zwischenkriegszeit.

Der bündische Päderast ist zugleich der deutsche Patriotard. Beides ist Resultat der einen psychischen Abschottung, mal vor dem Weib, mal vor dem Fremden, eine Panzerung des Charakters in verschiedenen Aggre-



gatzuständen der Abwehr. «Wie das krampfge Verschließen vor der Welt, vor dem sogenannten fremdländischen Wesen, nicht Stärke ist, sondern Unsicherheit und Konkurrenzfurcht, so ist die Abkehr vom Weibe nicht Mangel an Appetit, sondern Blötheit und fehlende Kourage zuzugreifen, verkappt unter großspurig ruppiger Geste.» (ebd.) Ossietzkys Kritik ist hier unerbittlich und in der Schuldzuweisung kompromißlos. Das «Verschließen vor der Welt» als Ursache für deutsche Großmannssucht wird durch keine der gängigen ideologischen Muster entschuldigt, etwa eine Gefahr der politischen Einkreisung Deutschlands oder die Verhinderung seiner weltpolitischen Geltung durch die klassischen imperialen Mächte. Das «Verschließen vor der Welt» ist hausgemacht, durch die Erziehung in Elternhaus, Schule, Militär bis in den psychischen Habitus hinein verfestigt und so schon bei Jugendlichen die selbstgewisse nationale Attitüde, die Jahre später in Aggression nach außen gebündelt und zur Entladung gebracht wird. So weit denkt Ossietzky hier noch nicht voraus. Der Männlichkeitswahn mit seinen nationalistischen und sexuellen Folgen ist ihm in diesen Jahren eine zwar starke, aber keine unaufhebbare Grundströmung der Gesellschaft. Der Typus des «National-Päderasten», das zeigt der polemisch-parodistische Ton, ist benennbar und bekämpfbar. Er ist ein ärgerliches Faktum, aber kein deutsches Fatum.

### **(3) Der Retter-Mythos**

Zum Ideologie-Amalgam der faschistischen Bewegung gehört ganz zentral der Mythos des Führers. Er suggeriert eine Sehnsucht des Volkes, von einem «großen Mann» errettet zu werden. Dieser soll als «Erlöser» begrüßt, als «Retter» gefeiert werden.

Ossietzky persifliert schon frühzeitig diese Retter-Vision, an einer Person zumal, die dafür real eher schlecht gerüstet erscheint: an Hindenburg als Kandidat des Reichsblocks in dem Reichspräsidentenwahlkampf 1925.

Das Wahlkampfplakat mit dem Kopf Hindenburgs trägt den Titel: Der Retter. Das soll reichen. Ossietzky kommentiert: «In der Tat sehr effektiv. Besonders bei einem Volk, das ohnehin durchdrungen ist, daß zivile Fragen sich am besten militärisch fingern lassen.» (Retter, TB, 2.5.25) Das Retter-Bild wird sich, so prophezeit Ossietzky, als eine völlig vom Gegenstand abstrahierte Vision erweisen, dann spätestens, wenn der Reichspräsident sich in der Öffentlichkeit als wortkarger und verwitteter «alter Herr» zeigen

wird. Was bleibt, ist der Wunsch nach einem militärisch-straffen Politikstil aus dem Zentrum einer unbezweifelten Autorität heraus.

Das Führerprinzip, das seine Herkunft aus dem Bereich des Militärischen selbst nie verleugnet hat, ist die demonstrative Zurücknahme des wie immer gefaßten liberalen Demokratieprinzips, also das genaue Gegenteil des Republikgedankens. Sehr konsequent wird nach 1933 jede Jugendgruppe, jedes Forschungsprogramm, jede Betriebseinheit diesem Prinzip im Dritten Reich dann auch unterworfen.

Daß Ossietzky hier kritisch interveniert, ist naheliegend. Er destruiert, warnt und tut noch mehr: Er zeigt, am Beispiel Italiens, wie sich das Führerprinzip realpolitisch auswirkt. Es führt die Gesellschaft nicht mehr aus der Krise oder bewahrt sie vor Komplexität, erlöst also nichts und niemanden mehr, sondern spaltet und unterdrückt durch akkumulierte und unkontrollierte Macht.

In «Mussolinis Totentanz» aus dem selben Jahr 1925 bescheinigt er dem italienischen Despotismus, er spalte «die eigene Nation in zwei Klassen, nicht in Sieger und Besiegte, das wäre zu milde ausgedrückt, nein, in *Jäger* und *Gejagte*. Das Mitgliedsbuch des faschistischen Lokalvereins attestiert die Jagdberechtigung, legalisiert Willkür und Verbrechen, Moral und Brand und Plünderung.» (Totentanz, MM, 9.11.25) Das ist die Realität, die durch Theatralik verschleiert und versöhnt werden soll: durch Paraden mit Tressen und Trommeln, durch Freudenfeste, Aufmärsche, Umzüge. Doch die «Logik der Gewalt» bricht sich immer wieder Bahn, mit der Folge, daß die Theatralik eher einem Totentanz gleicht. Am Vorabend des Matteotti-Prozesses wirft dieser Widersinn seinen Widerschein über ganz Europa.

Der Führerkult hat mit seiner Rettervision und Heilserwartung eine alte Tradition. Er erinnert an das erste Führerbild Moses, an den Retter Alexander, an den Friedenskaiser Augustus und an die Heilserwartung, die an die Figur Jesus geknüpft wird. (Vgl. Bloch, Erbschaft, 126 ff) Die Kyffhäusersage zählt dazu wie die Vision von der Wiederkehr eines Charlemagne. Die Rettervision entspringt archaischen Erweckungsmythen, hat seine Wurzeln also in vordemokratischen Gesellschaftszuständen und steht damit quer zur Gegenwart.

Ossietzky hat in «Mussolinis Totentanz» eine Ahnung davon, in welche Finsternis ein solches Herrschaftsprinzip in der Moderne zurückführen wird. Es eint nicht mehr, es vereinfacht nicht mehr, es aktiviert nicht mehr, kann nur noch gewaltsam durchgesetzt werden und bleibt dann instabil. Es

nimmt heute die Gestalt des Sieges über das eigene Volk an, das aber nicht auf Dauer in den Untergrund verdrängt werden kann. An diesen Widerspruch knüpft Ossietzky in den folgenden Arbeiten auch über den deutschen Faschismus die Hoffnung, daß dieser letztlich nicht siegen könne: vorübergehend vielleicht, doch nicht für jene unendliche Zeit von tausend oder dreißigtausend Jahre, die seine Propagandisten später hinausposaunen sollten.

#### **(4) Das Hitler-Bild**

Der Rettermythos wird schon gegen Ende der zwanziger Jahre von Hindenburg auf Hitler ummontiert, eine geschichtliche Verjüngung, allerdings nicht des Geistes, doch zumindest der Propaganda. Wie begegnet ihr die Intelligenz der Weimarer Republik?

Für die Einstellung zu Hitler hatte Brecht eine klug kalkulierte, einprägsame Formulierung vorgeschlagen: aufhaltsamer Aufstieg. Es galt, dem Siegeszug auf jeder seiner Etappen die Aura der Schicksalsmächtigkeit und Zwangsläufigkeit zu nehmen, positiv gewendet, die Aufhaltsamkeit stets für denkmöglich und also für praktikabel zu halten. Das Urteil über die Versuche auf dieser Linie kollidiert heute mit einem gegenläufigen Erkenntnisinteresse. Es ist der Nachweis, daß am Ende alles so kommen mußte, wie es kam, und daß dies alles schon sehr früh angelegt und auch erkennbar war. Noch erschwerend kommt hinzu: Jede Hitler-Beurteilung heute ist eine *ex eventu*. Keine frühe Prophetie, die nicht andeutungsweise die Vision von Vernichtungslagern enthält, scheint heute irgendwie akzeptabel. Wenn schon nicht als notwendig, so doch zumindest als potentiell soll in jeder frühen Prognose das schreckliche Ende mitgedacht worden sein. Der «aufhaltsame Aufstieg», wenn nicht aufgehalten, mußte als verhängnisvoller Abstieg dargestellt sein.

Für Ossietzkys Beiträge gilt festzuhalten: Bis 1933 ist Hitlers Aufstieg niemals als unabwendbar dargestellt. Die wechselnden geschichtlichen Lagen haben bis dahin ein qualitatives Moment gemeinsam: von rapiden Wählerfluktuationen bis hin zu desaströsen Wahlausgängen gibt es stets Hoffnungszeichen, die faschistische Bewegung in Deutschland als nicht zwangsläufig siegreich zu denken.

Solange die geschichtliche Zukunft noch offen ist, greifen, so scheint es, bei dieser politischen Strömung insbesondere Spott und Satire. Tucholsky wird in der «Weltbühne» von niemandem darin übertroffen.

Auch Ossietzky hält Satire und Polemik über eine lange Zeit für die angemessene Weise, mit dem als widerwärtig empfundenen Gegenstand fertig zu werden. In «Brutus schläft» schreibt er: «Aber dieser deutsche Duce ist eine feige, verweichlichte Pyjamaexistenz, ein schnell feist gewordener Kleinbürgerrebell, der sich wohlsein läßt und nur sehr langsam begreift, wenn ihn das Schicksal samt seinen Lorbeeren in beizenden Essig legt.» (Brutus, Wb, 3.2.31) Auch in «Bankrott der Autorität» heißt es respektlos: «Hitlers geistiger Urvater mag, weiß Gott, wer sein. Sein Lehrmeister in der Propaganda ist Barnum, der amerikanische Rummelplatzkönig, der in jede Stadt feierlich einzog mit seinen Elefanten, Kamelen und Affen, einer ganzen Division von Fakiren und am Ende feierlich unter einem Baldachin, die Dame ohne Unterleib.» (Bankrott, Wb, 17.1.33) Es sind keine vierzehn Tage mehr, dann wird dieser «Zirkusdirektor» als Reichskanzler die Geschicke Deutschlands und der Welt maßgebend beeinflussen. Die Entmystifizierung ist an dem Machtkalkül gescheitert. Übrig bleibt die Frage nach dem analytischen Gehalt einer solchen Urteilslinie, der Zukunft allemal, doch auch der Gegenwart, auf die sie Tag für Tag in Wirkungsabsicht zielt.

Zunächst einmal führt der Versuch einer suggestiven Auslöschung nicht weiter. Tucholsky hat mit ihm eine ganze Tradition gestiftet. Der Satz über Hitler: «Den Mann gibt es gar nicht; er ist nur der Lärm, den er verursacht.» (Tucholsky, So verschieden, Wb, 14.4.31) hat bis in den Krieg hinein den Tenor zahlreicher Debatten bestimmt. Das schon damals offenkundige Eigengewicht dieser historischen Figur ist so sträflich unterschätzt. Ossietzky wählt noch im gleichen Jahr einen gegenteiligen Tonfall. In «Wer gegen wen?» bringt er die politische Gesamtlage auf die Formel: «Hitler regiert nicht, aber er herrscht.» (Wer gegen wen?, Wb, 14.11.31) Schon jetzt, was immer noch kommen mag, ist seine Wirkung verheerend. Psychologisch von der Weckung «häßlicher Instinkte», politisch bis zur Bereitschaft der Hinnahme einer Diktatur, alle Felder sind durch ihn bestellt; selbst wenn er sofort wieder verschwände, die Saat ginge erst noch auf.

Gesellschaftskritik und Geschichtsbetrachtung bewegen sich bei Ossietzky stets auf dem Niveau einer systematischen Analyse, der die Dialektik indi-

vidueller und allgemeiner Aspekte so selbstverständlich regulatives Denkprinzip ist, daß eine Reduktion auf einzelne Personen oder kollektive Kräfte völlig ausgeschlossen ist. Seit 1923 werden von ihm die faschistischen Bewegungen - wie gezeigt - als «Weltreaktion» begriffen, ein universeller Ansatz, der jedem Akteur in diesem Kampf eine Transparenz bis zur Verständlichkeit verleiht. Ein «Nichts» in dieser Auseinandersetzung ist niemand; ein «Führer» allerdings immer auch ein geführter. Die Gewichte verschieben sich dabei je nach der konkreten Situation oder besser: werden immer neu justiert, in praktischer Absicht, mit wechselnden Mitteln und unterschiedlichem Erfolg.

Die polemische Reduktion Hitlers auf ein Nichts, die Ossietzky sorgfältig vermeidet, hat einen kulturellen Impuls, aber auch einen gravierenden analytischen Nebensinn. Hitler wird so interpretierbar als bloßer HampeImann hinter und über ihm stehender Kräfte. Daraus entwickelt sich die Agententheorie, derzufolge Hitler nur der Exekutor der dominierenden Wirtschaftsmächte von Großindustrie und Großlandwirtschaft sei. Feuchtwanger etwa diskutiert und publiziert so. (Vgl. F. D. Wagner, *Theatralik*, 567 ff) Auch Ossietzky unterschlägt die ökonomischen Machtzentren nicht, sieht aber zugleich in der Propagandamacht einer Figur wie Hitler ein Eigengewicht, das nicht unterschätzt werden dürfe.

Dies Eigengewicht ist für Ossietzky bis 1933 allerdings erst in den unscharfen Bereichen des Kulturklimatischen oder Gesellschaftsatmosphärischen feststellbar, noch nicht in seiner ganzen Wucht der Psychopathologie mit den Folgen Krieg, Judenverfolgung, Rassenwahn. Die differenzierte Einschätzung Brechts: «die industrie bekommt ihren imperialismus, aber sie muß ihn nehmen, wie sie ihn bekommt, den hitlerschen. das pathologische ist etwas durchaus klassenmäßiges. hitlers neurasthenie ist die neurasthenie des postsekretärs. alles zielhafte ist notgedrungen pure ideologie, schlechter mythos, unreal. die bestie, sehr krank, sehr gefährlich, sehr stark, denkt scharf im detail, drückt sich am schlauesten aus, wenn sie sich verworren ausdrückt [...], handelt sprunghaft, krankhaft, <intuitiv>, produziert dauernd tugenden, die aus not gemacht sind, die berühmten <stöße> sind lauter gegenstöße zu anti(zi)pierten stößen der feinde.» - wird am 28.2.1942 im Arbeitsjournal niedergeschrieben, sehr spät also und erst auf der Grundlage eines gewaltigen Anschauungsmaterials. (Brecht, *Arbeitsjournal*, 28.2.42)

Auch hat offenkundig die psychische Empfindung der Abscheu eine tiefere prospektive Analyse verhindert. Diese Abscheu schwingt in den meisten Kommentaren der «Weltbühne» über den Nationalsozialismus und insbesondere Hitler mit. Am klarsten hat ihr Klaus Mann in seiner Biographie «Der Wendepunkt» zum Ausdruck verholfen. 1932 in der Carlton-Teestube zu München resümiert er über den am Nebentisch sitzenden Hitler, einen Vergleich mit Charly Chaplin reflektierend: «Dieser erschien vielmehr von höchst unedler Substanz und Beschaffenheit, ein böartiger Spieß mit hysterisch getrübttem Blick in der bleich gedunsenen Visage. Nichts, was auf Größe oder auch nur auf Begabung schließen lassen konnte!» (K. Mann, Wendepunkt, 290) Es ist die Vulgarität, die Klaus Mann so erschreckt und ihn an den Kindermörder Haarmann erinnert. Der Gedanke, dieser Mann könne eines Tages Deutschland regieren, ist für ihn gänzlich unvorstellbar.

Der «Weltbühne» sind Verständnisversuche zu Hitler nach dem Motto «Hitler in uns» völlig fremd. Thomas Mann unternimmt einen solchen Versuch in seinem Hitler-Essay «Ein Bruder» (1939), und André Glucksmann setzt ihn in seinem Beitrag «Hitler bin ich» (1989) fort. (Th. Mann, Bruder, 222 ff; Glucksmann, Hitler, 73 ff) Abwehr und Abscheu, politisch begründet und psychisch empfunden, herrschen in der «Weltbühne» vor. Die Bedrohung ist zu groß und der Gegner zu brutal, als daß distanzierte Einfühlsamkeit praktikabel erscheint.

##### **(5) Die res publica**

Für «Die Weltbühne» überlagert bis 1933 die Diskussion über die Zukunft der Republik alle Spekulationen über einzelne Personen, mögen sie Brüning, Hindenburg oder Hitler heißen. Den Autoren ist durchgängig bewußt, daß das ganze politische System geschichtlich zur Disposition steht. Die Republik steht auf dem Prüfstand. Andere Länder rings um Deutschland - das gehört zum stets aktuellen Erfahrungshorizont der Weltbühnen-Autoren - haben demonstriert, wie schnell der Republikgedanke seinen Verfassungsrang verlieren kann. Aus anderen Motiven und mit anderem sozialen Gehalt ist das eine Gefährdung von rechts wie von links.

Ob der «Marsch auf Rom» sich als «Marsch auf Berlin» wiederhole, ist deshalb die zentrale Frage für Ossietzky zwischen 1930 und 1933. Eine der Quellen des Spotts über Hitler und seine Bewegung ist die Einschätzung,

daß ein solcher Marsch einige Male hätte erfolgreich sein können, daß er aber immer wieder abgeblasen wurde. In «Brutus schläft» vom 3. Februar 1931 beleuchtet Ossietzky eine solche verpaßte historische Gelegenheit: «Wir schrieben an dieser Stelle in der Wahnacht: <Hitler muß mitregieren oder putschen.> Eine Bewegungspartei muß es bleiben, und sie bleibt es nicht dadurch, daß sie ihr kleines Kropfzeug sich im Rinnstein balgen läßt, während die großen Herren es sich auf dem Kanapee gemütlich machen. Wer so viel versprochen hat wie Hitler, muß viel halten oder wenigstens viel unternehmen. Statt dessen hat er die Parole: Legalität! ausgegeben - eine Parole, die nur von einer streng geschlossenen revolutionären Partei, geführt von eisernen, zielbewußten Menschen, ohne Schaden befolgt werden kann, nicht von einem bunten Haufen, von dem jeder Einzelne Belobung für seine Tapferkeit oder auch nur für seinen Stimmzettel erwartet.» (Brutus, Wb, 3.2.31) Weder außerparlamentarisch als Bewegung der Masse, noch innerparlamentarisch als Partei mit durchschlagenden Argumenten scheint für Ossietzky der Nationalsozialismus siegreich zu sein. Ossietzky diagnostiziert nicht eine chancenreiche Doppelstrategie, vielmehr eine Dauerkrise, die hoffen läßt.

Die Parole: Legalität! ist tatsächlich älteren Datums. Spätestens seit dem fehlgeschlagenen Putsch von 1923 in München ist sie von Hitler beschworenes Programm der Bewegung, seitdem trägt er den Spottnamen «Adolphe legalité». Zweifelhaft für alle ist indes von Anfang an, was davon bloße Taktik, langfristige Strategie, populäre Täuschung ist.

Befremdlich für spätere Leser ist der Tonfall, in dem Ossietzky die Putschgelüste beschreibt. Es scheint, als setze er Hoffnungen auf einen solchen Putsch, als wüsste er ihn als klärendes Gewitter herbei. Bei Erich Mühsam ist nachzulesen, was sich hinter einer solchen Haltung verbirgt: Es ist die positive Erfahrung des erfolgreichen Generalstreiks gegen den Kapp-Putsch: «Die einzige Kraft, die imstande wäre, Hitlers Machtergreifung zu verhindern, ist der verbundene Wille der vom Nationalismus nicht verwirrten deutschen Arbeiterschaft. Darüber sind sich alle Arbeiter, die sich überhaupt Gedanken machen, einig. Sie wissen auch, daß das Mittel, über das sie verfügen, der Generalstreik ist. Die Abwehr des Kapp-Putsches durch Anwendung dieses Mittels ist nirgends vergessen.» (Mühsam, Abwehr, Wb, 15.12.31) Mühsam entwirft ein detailliertes Programm der Maßnahmen für einen solchen Generalstreik. In einer redaktionellen Nachbemerkung zu diesem Vorschlag von Mühsam steht der aufschlußreiche Satz: «Der Vorschlag des Verfassers umfaßt nur Maß-

nahmen gegen die offenbar illegale Machtergreifung durch die Nationalsozialisten.» (ebd.) Der Autor, der in Ich-Form schreibt, könnte Ossietzky sein, besorgt um die ganze Redaktionslinie, die Generalstreik und Gesetzesstreue so sehr ineins gesehen haben möchte, daß jede Vorbereitungsmaßnahme den Regierungsstellen anzuzeigen wäre. Klar wird jedenfalls: Nur ein illegal handelnder Hitler ist mit einem Generalstreik erfolgreich zu bekämpfen.

Daraus folgt in einem einfachen Umkehrschluß: Jede Aushöhlung der Verfassung leistet Hitler und seiner Bewegung Vorschub auf dem legalen Weg zur Macht. So wird verständlich, warum Ossietzky jede Aktion des Reichspräsidenten oder des Reichskanzlers, die auf eine Schwächung der Verfassung hinausläuft, mit scharfer Kritik überzieht. Ihn treibt die Furcht, der Übergang von der Demokratie zur Diktatur könnte sich als ein schleichend-innerlicher Prozeß vollziehen: kaum merklich, in jedem Einzelschritt gerade noch akzeptabel, ohne sichtbaren Bruch, an dem Widerstand massenwirksam zu organisieren wäre.

Was für Ossietzky nur eine politische Gefahr darstellt, ist für Brecht ein zwangsläufiger Mechanismus. Im Fragment des Tui-Romans heißt es dazu: «Daß die erstmalige Anwendung der Demokratie ihre Aufhebung ergibt; daß das befreite Volk diktiert, es müsse beherrscht werden, ist der Hauptwitz des Buches.» (Brecht, Tui-Roman, Bd. 12, 500) Das ist lange nach 1933 formuliert, zeigt aber auch einen prinzipiellen Unterschied zwischen Brecht und Ossietzky. Für jenen ist die Weimarer Verfassung ihrem sozialen Gehalt nach bürgerlich-kapitalistischer Natur und also wehrlos gegen faschistische Deformationen; für diesen ist sie in der Intention republikanisch und nur durch Verletzung ihres Geistes zur Diktatur hin zu verbiegen. Ossietzky ist folgerichtig entsetzt über jeden offiziellen Repräsentanten des Staates, der im Namen der Verfassung dennoch gegen diesen Geist verstößt.

Ossietzkys Zorn auf Brüning hat hier seine Erklärung. In «Brutus schläft» ist der nicht mehr abreißende Anklageton schon erreicht: «Unter den Augen des schweigenden Reichskanzlers vollzog sich der wüteste Wahlkampf gegen die Republik; unter seinen Augen wurde die Demokratie geknebelt durch die Gossen geschleift.» (Brutus, Wb, 3.2.31) - und wenige Zeilen später: «Auch wenn der offene Fascismus nicht kommt, so wird doch eine Reaktion den Platz behaupten, die sich von ihm nur in Äußerm unterscheidet, und der Reichskanzler Brüning war ihr Wegbereiter.» (ebd.) Im



Dezember des gleichen Jahres, anlässlich der Besprechung der Vierten Notverordnung Brünings, resümiert Ossietzky: «Brüning will nur die Anmaßung des Fascismus, seinen Anspruch auf Alleinherrschaft brechen, nicht ihn selbst.» (Hitler, Wb, 15.12.31) Ossietzky hat dabei weniger die ökonomischen, vielmehr die politischen Verordnungen im Auge: Versammlungsverbot, Uniformverbot, Einschränkung der Pressefreiheit. Den Verboten hält er entgegen: «Die res publica ist eine öffentliche Sache.» (ebd.) Und: Wenn dieser Staat zugreife, zuerst wären immer die Republikaner die Opfer.

Ossietzky ficht in diesen Artikeln für das, was er als Fundus bezeichnet: «Dieser Fundus ist die deutsche Republik.» (Wer gegen wen?, Wb, 24.11.31) Er wird Monat für Monat schmaler durch Notverordnungen, Gerichtsurteile, Wahlreden, Polizeierlasse. «Die Weltbühne» stemmt sich dagegen, den «letzten Gang» des «Fascismus» zu verhindern - vergeblich.

*Literaturverzeichnis*

- ADORNO, THEODOR W.: Studien zum autoritären Charakter. 3. Aufl., Frankfurt/M.: Suhrkamp 1973 (= Studien)
- BALABANOFF, ANGELICA: Mussolini und der Tod. In: Wb 1932 I, 200 ff, 9.2.1932 (= Mussolini)
- BLOCH, ERNST: Erbschaft dieser Zeit. Erw. Ausg., Frankfurt/M.: Suhrkamp 1962 (= Erbschaft)
- BRECHT, BERTOLT: Arbeitsjournal 1938-1955, 2 Bde., hg. v. Werner Hecht, Frankfurt/M.: Suhrkamp 1974 (= Arbeitsjournal)
- BRECHT, BERTOLT: Gesammelte Werke in 20 Bdn., hg. vom Suhrkamp Verlag in Zusammenarbeit mit Elisabeth Hauptmann, Frankfurt/M.: Suhrkamp 1967 ff (= Bandzahl u. Titel)
- BRONNEN, ARNOLT: Bronnen gibt zu Protokoll. Beiträge zur Geschichte des modernen Schriftstellers. Mit einem Nachwort von Hans Mayer, Kronberg/Ts. 1978 (= Protokoll)
- GLUCKSMANN, ANDRÉ: Hitler bin ich. In: 100 Jahre Hitler, hg. v. Rudolf Augstein, Hamburg: Spiegel-Verlag 1989, S. 73 ff (= Hitler)
- MANN, KLAUS: Der Wendepunkt. Ein Lebensbericht, edition spangenberg (o.O.) 1976 (= Wendepunkt)
- MANN, THOMAS: Ausgewählte Essays in drei Bänden, hg. v. Michael Mann und Hermann Kurzke, Frankfurt/M.: Fischer; «Ein Bruder» in Bd. 2, 222 ff (= Bruder)
- MEHRING, WALTER: Einheirat! Horst Wessel Alraune, geb. Ewers, Wb 1933, 59 ff, 10.1.1933 (= Einheirat)
- MÜHSAM, ERICH: Aktive Abwehr, In: Wb 1931 II, 880 ff, 15.12.1931 (= Abwehr)
- OSSIETZKY, CARL VON: Weltreaktion. Ihr Unsinn und ihr Sinn, BVZ, 13.5.1923 (= Weltreaktion); D'Annunzio stiftet ein Denkmal, M.M., 12.5.1924 (= D'Annunzio); Der nationale Lausbub, TB 1925, 396 f, 14.3.1925 (= Lausbub); Der Retter, TB 1925, 653 f, 2.5.1925 (= Retter); Der Spitzel Gingelband, TB 1925, 1576 f, 17.10.1925 (= Gingelband); Die National-Päderasten, TB 1925, 1683 ff, 7.11.1925 (= National-Päderasten); Mussolinis Totentanz, M.M., 9.11.1925 (=

Totentanz); «Bei uns ...», M.M., 7.12.1925 (= «Bei uns»); Der nationale Lausbub, TB 1925, 396 f, 14.3.1925 (= Lausbub); Die Mauschelle, M.M., 31.1.1926 (= Mauschelle); Brutus schläft, Wb 1931 I, 157 ff, 3.2.1931 (= Brutus); Wer gegen wen?, Wb 1931 II, 767 ff, 24.11.1931 (= Wer gegen wen?); Kommt Hitler doch?, Wb 1931 II, 875 ff, 15.12.1931 (= Hitler); Bankrott der Autorität, Wb 1933, 81 ff, 17.1.1933 (= Bankrott)

QUIETUS: Die Zukunft des Nationalsozialismus. In: Wb 1930 II, 477 ff, 23.9.1930 (= Zukunft)

TUCHOLSKY, KURT («Peter Panter»): So verschieden ist es im menschlichen Leben! In: Wb 1931 I, 542 ff, 24.11.1931 (= So verschieden)

WAGNER, FRANK Dietrich: Hitler und die Theatralik des Faschismus. Brechts antifaschistischer Diskurs. In: Z.f.dt.Ph., Bd. 101, Heft 4, 1982, S. 567 ff (= Theatralik)

WAGNER, FRANK Dietrich: Bertolt Brecht. Kritik Des Faschismus. Opladen: Westdeutscher Verlag 1989 (= Brecht)

## Dieter Fricke

### *Ossietzky und der Monismus*

In der politischen und geistigen Entwicklung Carl von Ossietzkys nimmt der Monismus bis zu seiner Übersiedlung im Herbst 1919 von Hamburg nach Berlin einen bedeutenden Platz ein.

In Hamburg bestand eines der Zentren der organisierten monistischen Bewegung in Deutschland. Aus den «Freunden der freidenkerischen Bestrebungen» war hier im Februar 1903 die «Monistische Gesellschaft in Hamburg» hervorgegangen, der «einige Ärzte, bedeutende Kaufleute, freie Denker der verschiedensten Gesellschaftsklassen» angehörten.<sup>1</sup> Nach der im Januar 1906 unter dem entscheidenden Einfluß Ernst Haeckels erfolgten Gründung des Deutschen Monistenbundes (DMB) schlossen sich die Hamburger Monisten im September 1906 ihm als Ortsgruppe an. Der DMB wollte für «eine in sich einheitliche, auf Naturerkenntnis gegründete Welt- und Lebensanschauung wirken, ihre Anhänger sammeln und in Verbindung setzen».<sup>2</sup> Wie im gesamten DMB war die Verwirklichung dieser Aufgabe auch in der Hamburger Ortsgruppe von zwei Tendenzen bestimmt.

Die eine kam in einem mutigen Kampf gegen die konservative bzw. klerikale Reaktion zum Ausdruck. Deren Ideologen wie der Kieler Botanikprofessor Johannes Reinke denunzierten den DMB als eine mit der Sozialdemokratie vergleichbare umstürzlerische Organisation und veranlaßten den preußischen Kultusminister von Studt zu der öffentlichen Forderung, daß es «die Aufgabe der [...] gelehrten und pädagogischen Welt» sein müsse, solchen bedenklichen Erscheinungen entgegenzutreten und vor

---

<sup>1</sup> Der erste internationale Monisten-Kongreß in Hamburg vom 8.-11. September 1911. Unter Mitwirkung von Wilhelm Ostwald und Carl Rieß hrsg. im Auftrage des Deutschen Monisten-Bundes von Wilhelm Bloßfeld, Leipzig 1912 (Im folgenden zit. als: Kongreß Hamburg 1911), S. 29.

<sup>2</sup> Satzungen des Deutschen Monistenbundes (13. September 1907).

allein die Jugend davor zu bewahren.<sup>3</sup> Von Seiten des katholischen Klerus wurde der DMB unter der Losung «Gegen die Monisten und den sittlichen Schmutz» bekämpft.

Wie die anderen Ortsgruppen des DMB trat die Hamburger für die Umwandlung der Konfessions- in die Simultanschule mit einem konfessionslosen, wissenschaftlich begründeten Moralunterricht, für die Abänderung der konfessionellen Eidesformel und für die völlige Trennung von Kirche und Politik ein. Anlässlich des 100. Geburtstages von Charles Darwin veranstaltete sie am 12. Februar 1909 eine vielbeachtete Feier, und im Herbst 1909 beteiligte sie sich anlässlich des Justizmordes an dem spanischen Publizisten Francisco Ferrer an den Protestaktionen gegen die Gewalttaten des reaktionären katholischen Klerus in Spanien.

Die andere Tendenz war durch den DMB schwächende weltanschauliche Auseinandersetzungen zwischen materialistischen und idealistischen Monisten, Psychomonisten, Euphoristen und Vitalisten gekennzeichnet. Der Begriff des Monismus war so verschwommen und vieldeutig, daß er nicht dazu angetan war, dem DMB eine einheitliche politisch-ideologische Grundlage zu geben, Haeckels kämpferische Stellungnahme gegen den philosophischen Idealismus und Agnostizismus in den Naturwissenschaften war mit einer klaren Parteinahme für den naturwissenschaftlichen Materialismus verbunden. Irrigerweise hatte er diesen allerdings als Monismus bezeichnet und daher nicht berücksichtigt, daß auch dessen materialistischer Charakter, weil er undialektisch und einseitig auf die Erkenntnisse der Naturwissenschaften gegründet war, keine wissenschaftliche Betrachtung der Gesellschaft erlaubte und statt dessen philosophisch wie politisch zu falschen Schlußfolgerungen führen mußte.

Mit dem von ihm verkündeten Monismus verfolgte Haeckel das Ziel, «dadurch wirklich ein Band zwischen *Religion* und Wissenschaft zu knüpfen».<sup>4</sup> Für den Karlsruher Philosophen Arthur Drews bedeutete der Beitritt zum DMB wiederum, mit dem «Konfusionismus» des Haeckelschen

<sup>3</sup> Siehe Der Deutsche Monistenbund im Preußischen Herrenhause (Reinke contra Haeckel). Flugschrift des DMB, (Jena 1907). Alfred Kerr kommentierte diese Angriffe u.a. mit dem Vers: «Und die Maus haßt ihre Falle,/und der Türk den Christenbund -/Aber stärker haßt als alle/Reinke den Monistenbund./Reinke wirkt als Schützer, Retter./Deutscher Seelen. - Donnerwetter. -»

<sup>4</sup> Ernst Haeckel an Albert Kalthoff, 25. November 1905. In: StA Bremen, NL Albert Kalthoff, 7,40-20.3.

Monismus abzurechnen.<sup>5</sup> Drews, ein Anhänger der irrationalen und mystischen Philosophie Eduard von Hartmanns, kam es «vor allem darauf an [...], semitische und sozialdemokratische Einflüsse von demselben (Dem DMB, D.F.) fernzuhalten».<sup>6</sup>

Die dem DMB im Herbst 1910 drohende Spaltung konnte unter dem neuen Vorsitzenden, dem bedeutenden Naturwissenschaftler Wilhelm Ostwald, zunächst überwunden werden. In diesem Prozeß spielte die Hamburger Ortsgruppe eine führende Rolle. Anfang 1911 hatte sie 635 Mitglieder, wobei nicht bekannt ist, ob der junge Ossietzky damals schon zu ihnen zählte. Jedoch wird er zumindest durch die Abteilung zur Pflege künstlerischer und ethischer Kultur, die sich Ende 1910 in der Hamburger Ortsgruppe gebildet hatte, noch näher an diese herangeführt worden sein. Durch Vorträge aus dem Gebiet der Kunst und Ethik, künstlerische Veranstaltungen in Hamburger Theatern und durch monistische Feiern sollte die neue Abteilung «der wissenschaftlich aufklärenden Arbeit des Vorstandes der Ortsgruppe ergänzend zur Seite treten».<sup>7</sup>

Wenige Wochen später protestierte Ossietzky mit seiner zugleich ersten Veröffentlichung in der Zeitung der Demokratischen Vereinigung, «Das freie Volk», gegen einen Theaterskandal im Hamburger Schauspielhaus. Dort war vom bürgerlichen Publikum die Komödie «Alles um Liebe» des Bühnenauteurs Herbert Eulenberg ausgepiffen worden. Empört darüber, daß der «brutale Stoffhunger [...] über die zarten Gebilde einer Dichterphantasie» trimphiert hatte, brachte Ossietzky in seinem «Eingesandt» die Hoffnung zum Ausdruck, daß sich auch der Feuilleton-Redakteur dieses Themas annehmen würde, hätte er doch «ein ganz anderes ästhetisches Rüstzeug [...] als meine Wenigkeit, die hier lediglich einen Temperamentsausbruch lieferte». Eine andere Komödie Eulenbergs sei einige Monate zuvor in Wien begeistert aufgenommen worden:

«Vom Arbeiterpublikum!!

---

<sup>5</sup> Arthur Drews an A. Kalthoff, 4. Februar 1906. In: Ebd.

<sup>6</sup> Drews an Kalthoff, 22. Februar 1906. In: Ebd.

<sup>7</sup> Siehe Der Monismus. Zeitschrift für einheitliche Weltanschauung und Kulturpolitik (Blätter des Deutschen Monistenbundes), 25. Jg., Nr. 55 (Januar 1911), S. 41.

Das zahlungskräftige Hamburger Bourgeoisiepublikum sollte sich aufrichtig schämen.»<sup>7a</sup>

Die Koinzidenz zwischen diesem Protest und dem Beginn einer neuen Phase in der kulturpolitischen Wirksamkeit der Hamburger Ortsgruppe ist gewiß kein Zufall. Der organisierte Monismus übte auf den jungen Ossietzky eine Anziehungskraft aus, die weniger auf die von ihr vertretenen monistischen Ideen und Ideale zurückzuführen, sondern weitaus mehr auf dem Gebiet der Kultur und besonders auf dem einer demokratischen, gegen die reaktionären Mißstände in Deutschland gerichteten Politik zu suchen ist.<sup>8</sup>

Wie besonders seine ersten Veröffentlichungen erkennen lassen, war Ossietzky von den bürgerlichen liberalen Parteien zutiefst enttäuscht. Die Nationalliberalen vertraten, wie er richtig erkannte, «nur das nackte Geldsackinteresse, und dieses einzige Prinzip der prinzipienlosen Partei wird hinter einem Wall von Phrasen verschanzt - nur Phrasen!»<sup>9</sup> Das Bestreben, die 1910 gegründete Fortschrittliche Volkspartei zu reformieren, die die eine Hälfte ihrer Mandate «von links, die andere von rechts erschachert», hielt er mit recht als einen «Versuch am untauglichen Objekt».<sup>10</sup>

Wenn er auch verschiedentlich Sympathien für die deutsche Sozialdemokratie erkennen ließ, so lehnte er sie doch als angeblich einseitig klassenkämpferisch orientiert und ideologisch indoktriniert gleichermaßen ab wie den «kleinlichen Klassen- und Cliquenegoismus» der Großbourgeoisie.<sup>11</sup>

---

<sup>7a</sup> Eulenberg's «Alles um Liebe» (Zur Uraufführung im Deutschen Schauspielhaus zu Hamburg). In: Das freie Volk (Berlin), 25. Februar 1911.

<sup>8</sup> Aufschlußreich sind hierzu Gedanken, die Ossietzky um 1918 in seinem Manuskript «Monismus u. Pazifismus» äußerte, das mir freundlicher Weise vom Ossietzky-Archiv (Oldenburg) zur Verfügung gestellt wurde. Hier betont er, daß «vor dem Kriege für den deutschen Monisten das kulturpolitische Moment das wesentliche (war), u. seine Sympathie mußte sich den Parteien zuwenden, die im Parlament, in und außerhalb der Volksvertretungen das Recht auf Freiheit des Gewissens verfochten.» Infolge behördlicher Schikanen hätten sich Monisten, Freireligiöse und Dissidenten allerdings «künstlich» zu einer Opposition formiert, «die der radikalen Demokratie nun unbedenklich ihre Schlagworte entlehnte» und etwas «mehr aus Oppositionsdrang, denn aus innerer Überzeugung in die pazifistischen Vereine» hineinging.

<sup>9</sup> Carl von Ossietzky: Nationalliberale Götterdämmerung. In: Das freie Volk, 31. August 1912.

<sup>10</sup> Ders.: Ein Steckbrief. In: Ebd., 30. November 1912.

<sup>11</sup> Ders.: Auferstehung. In: Ebd., 11. April 1914.

Was schließlich die Demokratische Vereinigung betrifft, gehörte er dieser Partei zwar an und vertrat er in ihrem Organ «Das freie Volk» und seit 1913 als Schriftführer ihrer Hamburger Ortsgruppe aktiv ihre im Unterschied zu allen anderen bürgerlichen Parteien grundsätzlich demokratischen Ziele. Bereits vor den Reichstagswahlen Anfang 1912, in denen die Demokratische Vereinigung eine schwere Niederlage erlitt, zeichnete sich jedoch ab, daß sie Ossietzkys politischen Vorstellungen und Erwartungen nicht mehr voll zu entsprechen schien.

Die Anziehungskraft des DMB muß sich für den jungen Ossietzky ungewöhnlich erhöht haben, als die Hamburger Ortsgruppe an die organisatorische und inhaltliche Vorbereitung des ersten internationalen Monisten-Kongresses ging, der dann im September 1911 in Hamburg tagte. Der Kongreß wurde zu dem Höhepunkt in der gesamten Geschichte des DMB. An ihm nahmen ständig etwa 800 deutsche und 50 ausländische Monisten teil. Die von jeweils 3000 bis 3500 Personen besuchten öffentlichen Vortragsveranstaltungen, auf denen führende Vertreter des DMB sprachen, fanden eine begeisterte Zustimmung. Wie die anderen Teilnehmer wird bestimmt auch Ossietzky die Voraussage des zweiten Vorsitzenden des DMB, Ernst Horneffer, freudig aufgenommen haben, daß mit dem von Wilhelm Ostwald am Schluß des Kongresses eröffneten «monistischen Jahrhundert»<sup>12</sup> auch «leise und unmerkbar und doch allgewaltig [...] das große dritte Reich» heraufziehen würde.<sup>13</sup>

Nach dem Hamburger Kongreß setzte zunächst ein Aufschwung in der Entwicklung des DMB ein. Nicht wesentlich wirkte dabei mit, daß die Auseinandersetzungen über den Monismus zeitweilig abgeschwächt werden konnten. In den geänderten Satzungen wurde der einseitige Bezug auf «Naturerkenntnis» getilgt und als Ziel des DMB formuliert, «für eine einheitliche (monistische), wissenschaftlich begründete Welt- und Lebensanschauung zu wirken».<sup>14</sup> Ostwald erklärte, daß der «moderne Monismus [...] nichts anderes als der Monismus des wissenschaftlichen Denkens und der

---

<sup>12</sup> Kongreß Hamburg 1911, S. 154.

<sup>13</sup> Ebd.

<sup>14</sup> Siehe die Satzungen des DMB vom 28. Oktober 1911. In: Der Monismus, VII. Jg. Nr. 67/69 (Januar 1912), S. 610-613.



wissenschaftlichen Methode» sei.<sup>15</sup> Er wurde sekundiert von seinem Stellvertreter Johannes Unold, für den der «neue Monismus [...] *kein System*, sondern *eine Denkweise*» war.<sup>16</sup> Eine «wissenschaftliche Denkweise», wie es in einem Flugblatt des DMB zur Antwort auf die Frage «Wer ist Monist?» hieß, «welche bei der Erklärung aller Vorgänge in der Natur und im Menschenleben von dem Eingreifen außer- und übernatürlicher Wesen und Kräfte absieht und alles, was ist und geschieht, aus natürlichen, diesseitigen, erkennbaren Ursachen zu begreifen versucht [...] Die Ideale seines Lebens und Handelns erwachsen für den Monisten aus der vorurteilslos erfaßten Wirklichkeit.»<sup>17</sup>

Unzweifelhaft ist Ossietzky durch eine solche Zielsetzung darin bestärkt worden, sich dem Monismus in dieser Interpretation weiter anzunähern. Hinzu kam, daß die Hamburger Ortsgruppe des DMB nach dem Kongreß ebenfalls wesentliche Fortschritte machte. Die Zahl ihrer Mitglieder erhöhte sich auf 842 und betrug 1913 sogar 905.

Unter ihrem Vorsitzenden Carl Rieß entfaltete sich ein reges Vereinsleben, das an jedem Dienstagabend zu Zusammenkünften im Curiohaus in der Rothenbaum-Chaussee führte. Neben einer Jugendorganisation «Sonne» wurden Untergruppen für Kunstpflege, für Naturwissenschaften und für Ethik und Moralunterricht sowie eine Wandergruppe gebildet.<sup>18</sup> Nach einem Vortragszyklus im Januar 1913 über die «ethische Gestaltung der menschlichen Gesellschaft» fand bereits im März 1913 ein weiterer Zyklus über moderne Schulprobleme statt. Er wurde von Ostwald mit einem Vortrag über «die innere Umgestaltung unseres Schulwesens» eingeleitet<sup>19</sup> und sollte «in dieser Zeit der Schulkämpfe und der bevorstehenden Debatten über den Hamburger Schulgesetzentwurf» aufklärend wirken.<sup>20</sup>

---

<sup>15</sup> Zit. in August Frhr. von Hügel: Deutscher Monistenbund (E.V.). In: Handbuch der freigeistigen Bewegung Deutschlands, Österreichs und der Schweiz (Jahrbuch des Weimarer Kartells: 1914). Hrsg. von Max Henning, Frankfurt a.M. 1914, S. 50.

<sup>16</sup> Ebd., S. 51.

<sup>17</sup> Ebd., S. 54 f.

<sup>18</sup> In den ersten Kriegsjahren bestanden in der Hamburger Ortsgruppe je eine Gruppe «für Organisation», für monistische Kulturarbeit, für Naturwissenschaft und Naturphilosophie und für Kunstpflege.

<sup>19</sup> Siehe Das monistische Jahrhundert. Wochenschrift für wissenschaftliche Weltanschauung und Weltgestaltung, 2. Jg. Erster Halbbd. (April 1913 bis September 1913), S. 47.

<sup>20</sup> Ebd., S. 55.

Heftige Auseinandersetzungen über die Impffrage führten allerdings 1912/1913 dazu, daß die Hamburger Ortsgruppe in ihrer Wirksamkeit zeitweilig beträchtlich eingeschränkt wurde.

Enge, zum Teil auch personelle Bindungen besaß der DMB in Hamburg mit der 1895 gegründeten Ortsgruppe Hamburg-Altona der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG) und der Freimaurerloge «Menschentum».

Wie der DMB führte die DFG ihre Veranstaltungen im Curio-Haus durch. Obwohl Ossietzky erst 1913 der DFG-Ortsgruppe beigetreten sein soll, nahm er bereits am 28. Oktober 1912 an einer mit etwa 400 Personen ungewöhnlich zahlreich besuchten Versammlung teil, die das gerade erschienene Buch von Wilhelm Lamszus «Das Menschenschlachthaus. Bilder vom kommenden Krieg» zum Gegenstand hatte. Ossietzky lernte bei dieser Gelegenheit den bedeutenden pazifistischen Schriftsteller, für dessen Fortsetzungswerk «Das Irrenhaus» er 1919 ein Vorwort schrieb, persönlich kennen.<sup>21</sup>

Diskussionsabende wie der vom 25. April 1913 über die Wehrvorlage und über die Ziele der Friedensbewegung, bei denen es zu Auseinandersetzungen mit «alldeutschen Schreibern» kam,<sup>22</sup> werden Ossietzky in seinem Kampf wider den «heiligen Mars»<sup>23</sup> inspiriert und bestärkt haben.

Die Hamburger Loge «Menschentum» gehörte dem Freimaurerbund Zur aufgehenden Sonne (F.Z.A.S.)<sup>24</sup> an, der 1905 als ein den Ideen Haeckels verpflichteter monistischer Logenbund gegründet worden war. Im Gegensatz zu den «Altlogen» - und von diesen nicht anerkannt - bezweckte er eine atheistische, vernunftgläubige und an kein Dogma gebundene Freimaurerei.

---

<sup>21</sup> Siehe den in einem unveröffentlichten Manuskript (Bl. 127) von Alfred Pohlmann (Staatsbibliothek Hamburg) zitierten Polizeibericht.

<sup>22</sup> Siehe ebd., Bl. 127 f.

<sup>23</sup> Siehe Dieter Fricke: Wider den heiligen Mars. Zum jungen Ossietzky. In: Nachdenken über Ossietzky. Aufsätze und Graphik. Hrsg. von Helmut Reinhardt, Berlin 1989, S. 93-99.

<sup>24</sup> Zum F.Z.A.S. siehe u.a. Handbuch der freigeistigen Bewegung [...], S. 146-149 (mit dem Programm und Auszügen aus den Satzungen); Friedrich Mart: «Erkenne Dich selbst!» - 20 Jahre «F.Z.A.S.» 1907-1927, Dresden 1927; Johannes Drechsler: Die Brüder vom F.Z.A.S., Hamburg 1971; Fritz Bolle: Monistische Maurerei. In: Medizinhistorisches Journal. Internationale Vierteljahresschrift zur Wissenschaftsgeschichte, Bd. 16, Stuttgart 1981, S. 280-301; Bruno Peters: Die Geschichte der Freimaurerei im Deutschen Reich 1870-1933, Berlin (West) 1986, S. 157 ff.

Der Einfluß des Monismus war im F.Z.A.S. zunächst so stark, daß Wilhelm Ostwald kurz nach seiner Aufnahme als Mitglied im Februar 1911 bereits zum Deputierten Großmeister gewählt und dann bald Ehrengroßmeister wurde.

Auf dem Hamburger Monistenkongreß waren etwa 100 Mitglieder des F.Z.A.S. anwesend. In seiner offiziellen Begrüßungsansprache erklärte Karl Weigt als Großmeister des F.Z.A.S. dessen Gründung mit dem «Bedürfnis weiter Kreise, dem Gefühlsleben Nahrung zu geben, und begrüßte alle Einigungsbestrebungen unter den freiheitlich Gesinnten».<sup>25</sup> Am 9. Januar 1912 hielt der Großmeister des F.Z.A.S. in der Hamburger Ortsgruppe des DMB einen öffentlichen Vortrag über die «Zwecke und Ziele» seines Freimaurerbundes.<sup>26</sup>

Allerdings begann sich der F.Z.A.S. noch im selben Jahr vom DMB stärker zu distanzieren. Die Auseinandersetzungen über den Monismus als verbindliche weltanschauliche Grundlage des F.Z.A.S. wurden faktisch durch die Erklärung seines Bundestages in Magdeburg 1912 entschieden, wonach er «*kein ausgesprochen monistischer Freimaurerbund*» sei, «vielmehr ein Bund von Männern, welche sich zu einer freien, rein wissenschaftlichen Weltanschauung bekennen».<sup>27</sup>

Ob und wie sich dieser Abgrenzungsprozeß auch in Hamburg vollzogen hat, ist nicht bekannt. Daß der F.Z.A.S. hier weiterhin starken Einfluß besaß, verdeutlicht der Beitritt Ossietzkys im April 1919 zur Loge «Menschentum». In einer 1921 in den «Monistischen Monatsheften» über die Stellung des DMB zu den Freimaurern geführte Diskussion wurde der F.Z.A.S. von Carl Rieß im Gegensatz zu den Altlogen als «durchaus bündnisfähig» bezeichnet, da er «im Geist unserer Ideen» arbeite. Allerdings sei die «Organisationsform der Freimaurerei [...] überlebt und unzeitgemäß», und auch für die «geschlossene Gesellschaft» des F.Z.A.S. bestünde «die ständig drohende Gefahr des Stillstandes und Rückschritts».<sup>28</sup>

---

<sup>25</sup> Kongreß Hamburg 1911, S. 45.

<sup>26</sup> Siehe Monistische Monatshefte. Monatsschrift für wissenschaftliche Weltanschauung und Lebensgestaltung, 6. Jg. Nr. 6 (1. Juni 1921), S. 221.

<sup>27</sup> Zit. in Fritz Bolle: Monistische Maurerei, S. 294. Siehe hierzu auch ebd., S. 294 f.

<sup>28</sup> Monistische Monatshefte, 6. Jg. Nr. 6 (1. Juni 1921), S. 222 f.

Gewisse Bindungen scheinen auch zur Großen Loge von Hamburg bestanden zu haben. Bei ihr handelte es sich um eine der «humanitären» Großlogen, die im Unterschied zu den Altlogen Freidenker aufnahm, «wenn diese sich unter dem nicht fallengelassenen Wort <Gott> irgend etwas» vorstellten.<sup>29</sup> Im Frühjahr 1916 hielt der führende Monist Ernst Horneffer im Auftrag der Großen Loge von Hamburg in der Hamburger Ortsgruppe des DMB einen Vortrag über «Deutsche und romanische Freimaurerei im Weltkrieg», mit dem diese Loge seit ihrem Bestehen erstmals an die Öffentlichkeit trat. Die distanzierte Haltung der Hamburger Monisten kam in der Frage ihres Vorsitzenden, Carl Rieß, zum Ausdruck, ob sich in der Großloge nun «starke und wollende Kräfte» durchsetzen würden, um den «Brudergeist» nun «das ganze Volk umfassen zu lassen».<sup>30</sup>

Insgesamt gesehen kann festgestellt werden, daß Ossietzky in der Hamburger Ortsgruppe des DMB und den mit ihr befreundeten Organisationen vielseitige und intensive Anregungen für seine geistige und politische Entwicklung erhielt. Sie fanden vor allem ihren Ausdruck in seinen von der Zeitung «Das freie Volk» veröffentlichten Artikeln. In bezug auf die monistische Bewegung sind es hauptsächlich zwei, die besondere Beachtung verdienen.

Der eine erschien unter dem Titel «Sonnenwende» am 22. März 1913, also unmittelbar nach dem Vortragszyklus am 8./9. März über moderne Schulprobleme. Offensichtlich unter dessen Einfluß geschrieben, werden aber Ideen des F.Z.A.S. sichtbar.

Ossietzky wandte sich in diesem Artikel hauptsächlich gegen die «Verquickung» von Staat und Kirche, gegen die auch in der evangelischen Kirche sichtbaren «Kennzeichen pfäffischer Herrschsucht» und die im Kulturleben wirksame «schwarze Gendarmerie» des Staates. Als Alternative forderte er die Trennung der Kirche vom Staat, wobei er sich zum Fürsprecher der vom DMB und speziell vom Komitee «Konfessionslos» propagierten Kirchenaustrittsbewegung machte. In einem Aufruf an alle Ortsgruppen des DMB hatte das Komitee «Konfessionslos» den organi-

---

<sup>29</sup> Ebd., S. 221.

<sup>30</sup> Monatliche Mitteilungen des Deutschen Monistenbundes. Ortsgruppe Hamburg. Hrsg. C. Rieß, 1. Jg., April 1916-1917, Nr. 2 (1. Mai 1916), S. 5 f.

sierten Kirchenaustritt als Vorstufe für eine «geistige Revolution [...] von Nerven und Tinte gegen die Politik von Blut und Eisen» bezeichnet.<sup>31</sup>

In gleichem, die Bedeutung dieser Bewegung überbewertenden Sinne propagierte Ossietzky den Massenaustritt aus der reaktionären preußischen Landeskirche als eine «wichtige Waffe», die sogar im Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht Verwendung findet, aber in erster Linie das Schulwesen von einem «Bleigewicht» befreien und der freien, weltlichen Schule den Weg bahnen sollte. Mit ihr wäre dann die erste Etappe in dem bevorstehenden «großen Emanzipationskampf» erreicht, in dem sich als «zwei große Heere [...] die Diesseits- und die Jenseitsgläubigen gegenüberstehen» würden.

Wie Ostwald, der mit seinen «Monistischen Sonntagspredigten» einer Art Gegenkirche das Wort redete, wollte Ossietzky der christlichen Religion eine dogmenlose, «neue unkirchliche, unchristliche Religiosität» mit einem «starken Diesseitsglauben und sozialetische(n) Ideale(n)» entgegensetzen. Wesentliche Gedanken seien hierfür «seit den Tagen Kalthoffs aus dem <Monistenneste> Bremen» gekommen. Hier sei zuerst «in die Praxis umgesetzt» worden, «was bis dahin graue Theorie war. Hier hat Felden mit seinen glänzenden Ibsenpredigten die Enge althergebrachter Kulturformen durchbrochen.»<sup>32</sup>

In seinem Aufsatz bescheinigte Ossietzky «den Freireligiösen, den Monistenbündlern oder wie sie sich sonst nennen mögen», daß, «wenn nicht von der Sozialdemokratie», allein von ihnen auf dem Gebiet der ethischen Kultur während der letzten zehn Jahre Wirksames ausgegangen wäre.

Viele inhaltliche Berührungspunkte mit diesem Artikel hat der zweite, der am 11. April 1914 unter dem Titel «Auferstehung» erschien. Wie jener entspricht er Ossietzkys Forderung: «Wachrütteln ist unsere Aufgabe und

---

<sup>31</sup> Der Monismus, VII. Jg. Nr. 67/69 (Januar 1912), S. 606.

<sup>32</sup> Der freireligiöse Pastor Albert Kalthoff behandelte in seinen Bremer Kanzelreden zumeist in Anknüpfung an moderne Schriftsteller Grundfragen der Zeit. Als erster Vorsitzender des DMB konnte er nur einige Monate wirken, da er bereits am 11. Mai 1906 starb. Siehe Bremische Biographie des neunzehnten Jahrhunderts, Bremen 1912, S. 243; A. Kalthoff: An der Wende des Jahrhunderts. Kanzelreden über die socialen Kämpfe unserer Zeit, Berlin 1898. - Sein Nachfolger, Pastor Emil Felden, setzte sich in gleicher Weise engagiert für den Monismus und für die vom F.Z.A.S. vertretenen Ideen ein. Zum Ausgangspunkt seiner Predigten nahm er vielfach statt der Bibel Gedanken von Nietzsche, Ibsen u.a. Siehe Bremische Biographie 1912-1962. Bearb. von Wilhelm Lührs, Bremen 1969, S. 144 ff.

nicht beschwichtigen.»<sup>33</sup> Auch er beschäftigte sich zunächst mit der Kirchengaustrittsbewegung, die inzwischen bedeutende Fortschritte gemacht hatte. Einen Monat zuvor in Hamburg vom DMB veranstaltete Kirchengaustrittsversammlungen führten zu 750 Austrittserklärungen.<sup>34</sup> Ossietzky empfand die Begründung als eine «seichte Formel», daß der Materialismus, die zunehmende Vergnügungssucht schuld an der «Kirchengauflucht» hätten. Gewiß mache sich überall eine «Verflachung des äußeren Lebens und ein Mangel an Innenkultur» bemerkbar. In Wahrheit würde es sich aber - und hier geht er über die allgemein im DMB übliche Sicht- und Argumentationsweise entschieden hinaus - um «Folgeerscheinungen eines forcierten Kapitalismus» handeln. Jedoch bleibt er dann wieder bei dieser, wenn er der «geistigen Inzucht» des «Intelktualismus» ein ganz andersgeartetes «neues Lebensgefühl» entgegensetzt. Die «moderne» Naturwissenschaft habe «neu sehen gelehrt [...]; neue Wege der Erkenntnis gewiesen [...]. Der Sinn für das Organische, für die Entwicklung hat sich geschärft. Wir haben das Bewußtsein, daß unser Leben dieser Erde gehört. Wir richten unsere Sehnsucht nicht mehr nach *Erlösung*. Wir wollen *Befreiung*. Die *Befreiung als unsere eigene Tat!*»

Solche Aussagen erhalten erst dann ihren richtigen Wert, wenn sie im Kontext mit der gesamten demokratischen und antimilitaristischen Publizistik Ossietzkys gesehen werden, der Wille nach «Befreiung als unsere eigene Tat» also etwa mit seiner einige Wochen zuvor geäußerten Erkenntnis in Verbindung gebracht wird: «Wir sind in unserem politischen Leben nicht mehr *ein Volk*; wir sind zwei Schichten, von denen die eine die Sprache der anderen nicht versteht.»<sup>35</sup>

Die Führung des DMB und ein großer Teil seiner Mitglieder gaben der Kriegspolitik des deutschen Imperialismus ihre volle Unterstützung.<sup>36</sup>

---

<sup>33</sup> Carl von Ossietzky: Sonnenwende. In: Das freie Volk, 22. März 1913.

<sup>34</sup> Siehe Das monistische Jahrhundert, 2. Jg., zweiter Halbbd. (Oktober 1913 bis März 1914), S. 1369-1374. Siehe hier auch (S. 900 ff.) den Bericht von Otto Lehmann-Rußbüldt über die vier Berliner Versammlungen am 28. Oktober 1913 mit insgesamt 8000 Teilnehmern und Karl Liebknecht und Wilhelm Ostwald als gemeinsame Redner.

<sup>35</sup> Carl von Ossietzky: Der Prozeß des Herrn Henrici. In: Das freie Volk, 28. Februar 1914.

<sup>36</sup> Siehe besonders die erste Kriegsnummer von «Das monistische Jahrhundert», 3. Jg., Erster Halbbd. (April bis September 1914), H. 19/20 (15. August 1914) mit dem Aufruf Ostwalds «Monisten!» (S. 497), dem Leitartikel W(ilhelm) B(örners). «Der Krieg» (S. 500 ff.). - Siehe Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien

«Dann kam der 4. August 1914 mit seinen nationalen Ekstasen», faßte Ossietzky seine Eindrücke und Empfindungen rückblickend zusammen. «Der Militär-, der Polizei-, der Konfessionsstaat schien plötzlich in der Versenkung verschwunden zu sein. Die Bahn schien frei für den freien Volksstaat, für den Achtundvierziger geblutet hatten und den die Generation der Reichsgründung nicht hatte schaffen können. Und wie die Mehrzahl der Demokraten und Sozialisten die phrygische Mütze mit der nationalen Kokarde schmückte, so legten auch die Monisten die Heckerhüte und die Wasserstiefel ab und bekannten sich glühend zum Staate, der nun keine Parteien mehr kannte und jedem Bürger Freiheit des Denkens und Glaubens versprach.»<sup>37</sup>

Während in den meisten Ortsgruppen des DMB das «unbedenklich in die Rumpelkammer» geworfen wurde, «was man jahrelang als Überzeugung verfochten hatte»<sup>38</sup>, hielt sich die Hamburger Ortsgruppe am Beginn des ersten Weltkrieges mit nationalistischen Äußerungen zurück. Sie stellte ihre Tätigkeit «bis auf Weiteres» ein und forderte von jedem Monisten, «dafür einzutreten, daß die Wunden, die dieser unendlich traurige Krieg, der dazu angetan ist, unsere gesamte in den letzten Jahrzehnten mit so ernster und zielbewußter Arbeit errungene Kultur auf lange Zeit hinaus zu vernichten, möglichst geringe sein werden».<sup>39</sup>

Ossietzky verlagerte infolgedessen seine politische Wirksamkeit auf die Hamburger Ortsgruppe des DFG.<sup>40</sup> Während er sich hier für einen Frieden «auf der Grundlage des Rechts» engagierte, auf die Gefahren der chauvinistischen Publizistik hinwies und den Völkerhaß, die Greuel des Krieges und jede Annexion als einen Fluch brandmarkte, trat er in der

---

und Verbände in Deutschland (1789-1945). In vier Bänden. Hrsg. von Dieter Fricke u.a., Bd. 2. Leipzig/Köln 1984, S. 194.

<sup>37</sup> Carl von Ossietzky: Monismus und Pazifismus, S. 4 R.

<sup>38</sup> Ebd., S. 5.

<sup>39</sup> Der Vorstand der Hamburger Ortsgruppe des DMB am 25. Juli 1914 an die Mitglieder. In: Ebd., S. 536.

<sup>40</sup> Über seine Haltung am Beginn des ersten Weltkrieges und in den ersten Kriegsjahren siehe Dieter Fricke: Wider den heiligen Mars, S. 99-102.

DMB-Ortsgruppe nur am 27. April 1916 mit einem Vortrag über «Dreißig Jahre deutsche Literatur» hervor.<sup>41</sup>

Bei seiner Verteidigung als Armierungssoldat erlebte er am eigenen Leibe, was er zwei Jahre zuvor über die schikanöse Behandlung eines Dissidenten durch den «christlichen» Staat geschrieben hatte: «Der Konfessionslose, mag er ein noch so friedlicher Bürgersmann sein, wird als eine Art <roter> Vorfrucht angesehen und demgemäß behandelt.»<sup>42</sup> Nachdem bei der Verteidigung zunächst die Katholiken und die Protestanten auf die Fahne zu schwören hatten, galt ihm als einzigem der Befehl: «Freidenker, Atheisten, Sektierer, Gottlose - vortreten!» Der Major, berichtete Ossietzky belustigt seiner Frau Maud, habe ihn dabei von oben bis unten mit einem vernichtenden Blick fixiert und dann angeschnauzt: «Sie gottloser Schweinehund, auch für sie gilt der Fahneneid!»<sup>43</sup> Nach dem Bericht seiner Tochter Rosalinde wurde Ossietzky als Soldat «niemals verwundet, aber er lernte den Krieg kennen und hassen. Er betrachtete ihn als dirigierten und organisierten Mord.»<sup>44</sup>

In den Jahren vor dem Weltkrieg war der Darwinsche Entwicklungsgedanke das einigende Band zwischen den Monisten gewesen. Nun diente er vielen von ihnen zur Rechtfertigung des Völkermordes. Sie pervertierten ihn, wie sich Ossietzky um 1918 erinnerte, zu einem «gewissen Popular-Darwinismus, der von allen Theorien des Meisters gerade die alleranfechtbarste aufgeschnappt hat - nämlich das große leere Wort vom Kampf ums Dasein. Wer das erste Jahr des Krieges miterlebt hat, der weiß, was für ein verwüstender Unfug mit dieser Phrase getrieben wurde. Erbarmungslos wurde jedes Fünkchen Vernunft und Selbsteinkehr erstickt mit diesem unseligsten aller Darwin-Worte».<sup>45</sup> Scharfe Kritik übte Ossietzky an einflußreichen Führern des DMB wie Ostwald, Max Maurenbrecher und Haeckel, die sich in der «Vergottung» des Deutschtums durchaus mit einem Werner Sombart und einem Houston Stewart Cham-

---

<sup>41</sup> Siehe Monatliche Mitteilungen [...], 1. Jg., Nr. 3 (1. Juni 1916), S. 4. Der Vortrag war sicherlich ein Ergebnis des von Ossietzky in Hamburg geleiteten Literatur- und Geschichtszirkels mit Angehörigen des Bürgertums, Intellektuellen und Künstlern.

<sup>42</sup> Carl von Ossietzky: Auferstehung.

<sup>43</sup> Maud von Ossietzky erzählt. Ein Lebensbild, Berlin 1966, S. 47 f.

<sup>44</sup> Zit. in Kurt Grossmann: Ossietzky. Ein deutscher Patriot, München 1963, S. 45.

<sup>45</sup> Carl von Ossietzky: Monismus u. Pazifismus, S. 8.



berlain messen könnten und ihm die «nötige pseudowissenschaftliche Grundlage» geliefert hätten.<sup>46</sup>

Die während des Krieges verschärften staatlichen Repressivmaßnahmen hinderten Ossietzky während der ersten drei Kriegsjahre daran, «als Pazifist einen pazifistischen Artikel in einem deutschen Blatt unterzubringen».<sup>47</sup> Diese Möglichkeit bot ihm erst Carl Rieß, der seit April 1916 die von ihm sehr gut redigierten «Monatlichen Mitteilungen des Deutschen Monistenbundes. Ortsgruppe Hamburg»<sup>48</sup> herausgab. Wegen der nur spärlichen Hinweise auf den Erkenntnisweg, den Ossietzky in den Kriegsjahren nahm, und da ganze Phasen seines Lebens in dieser Zeit bisher noch im Dunkeln sind, erfordern die Artikel, die von ihm seit März 1918 in der Hamburger Zeitschrift erschienen, eine besondere Beachtung. Das betrifft auch das vermutlich um 1918 geschriebene, unveröffentlicht gebliebene Manuskript «Monismus u. Pazifismus».

Nach seinem im November 1914 in der DMB-Wochenschrift «Das monistische Jahrhundert», veröffentlichten Beitrag, in dem sich noch ihm wessensfremde Bemerkungen finden, wie von «unserer eisernen Zeit» und «dem prächtigen vorwärtsstürmenden Leben dieser Tage»,<sup>49</sup> tritt Ossietzky mit ihnen vermutlich erstmals - zumindest mit größeren Beiträgen - wieder publizistisch hervor. Als er sie im Juni 1919 zusammen mit zwei weiteren, später geschriebenen Artikeln noch einmal herausgab, bezeichnete er sie als «in der Gedankenführung ungeordnet und sprunghaft und im Stil kraus und

---

<sup>46</sup> Ebd., S. 5.

<sup>47</sup> Ders.: An C. L. Siemering. In: Monatliche Mitteilungen [...], 4. Jg., Nr. 6 (1. September 1919), S. 312.

<sup>48</sup> Während die einzelnen Nummern der Zeitschrift unter diesem Titel erschienen, wurde sie in der Titelei für ihre einzelnen Jahrgänge als «*Monatsblätter* [...]» angeführt. Das traf auch vielfach für den allgemeinen Sprachgebrauch zu. Sicherlich sollte so eine Unterscheidung zu den «Mitteilungen des Deutschen Monistenbundes» erfolgen, die von der Geschäftsstelle des DMB in vier Jahrgängen (1916-1919) herausgegeben wurden. Bezeichnenderweise wurden allerdings nicht sie, sondern die Hamburger «Monatlichen Mitteilungen [...]» in das Bundesorgan «Monistische Monatshefte» umgewandelt, das dann ab 1. Januar 1920 erschien.

<sup>49</sup> Carl von Ossietzky: Wo bleibt das Theater? In: Das monistische Jahrhundert, 8. Jg. H. 31/32 (16. November 1914), S. 682 f. - Siehe D. Fricke: Wider den heiligen Mars, S. 100.

eigenwillig», aber «gerade in ihren Mängeln getreue Spiegelbilder jener Zeit».<sup>50</sup>

Nach dem Austritt zahlreicher chauvinistischer Mitglieder bzw. der Niederlegung ihrer Funktionen hatte sich im DMB ein gemäßigter Pazifismus durchgesetzt. Weiterhin war jedoch die Gefahr der Spaltung groß. So wandte sich Franz Müller-Lyer<sup>51</sup> gegen «ein alle Gebiete umfassendes Kulturprogramm [...] (so z.B. über Pazifismus, Imperialismus, Frauendifferenzierung, Esperanto usw.)», weil es «die heftigsten Streitigkeiten unter den Mitgliedern erregen [würde], und der Bund würde in Parteien und Sekten gespalten, er würde vielleicht zugrunde gehen, jedenfalls aber alle Stoßkraft verlieren».<sup>52</sup> Ziel müsse deshalb die Herausbildung «eines modernen Edelbundes [sein], d.h. einer Vereinigung von einzelnen, die sich zur Verfolgung gemeinschaftlicher idealer Zwecke zusammengetan haben».<sup>53</sup>

Es war für die im DMB äußerst gespannte Situation kennzeichnend, daß 1917 eine Umfrage über seine Zukunftsaufgaben nicht im Bundesorgan - den «Mitteilungen» -, sondern in der Zeitschrift seiner Hamburger Ortsgruppe durchgeführt wurde. An ihr beteiligten sich 25 namhafte Monisten. Während einige im DMB das künftige «geistige Haupt und leitende Zentrum [...] eines neuen, auf wissenschaftlichem Boden ruhenden Glaubens einer monistischen Religion» sahen,<sup>54</sup> sprachen sich andere für seine breite kulturpolitische Wirksamkeit aus. Durchweg war fast allen Beiträgen eigen, daß zum einen Monismus, Dualismus, politische Ethik und ähnlichen Termini auf unterschiedliche Weise definiert wurden,<sup>55</sup> also die bereits seit den Anfängen des DMB vorhandene Vieldeutigkeit und Verschwommenheit bei zentralen Begriffen nur noch zugenommen hatte. Zum andern war das Bestreben offensichtlich, Grundfragen, die mit dem

---

<sup>50</sup> Ders.: Der Anmarsch der neuen Reformation. Flugschriften des Deutschen Monistenbundes. Ortsgruppe Hamburg N.F., Nr. 2, Hamburg 1919.

<sup>51</sup> Nach dem Rücktritt Wilhelm Ostwalds als erster Vorsitzender des DMB für kurze Zeit dessen Nachfolger; starb am 29. Oktober 1916.

<sup>52</sup> Die Zukunftsaufgaben des Deutschen Monistenbundes. Eine Umfrage veranstaltet vom Hrsg. der Monatsblätter des Deutschen Monistenbundes. Ortsgruppe Hamburg, Hamburg, Dezember 1917, Anhang, S. 105.

<sup>53</sup> Ebd., S. 106.

<sup>54</sup> Ebd., S. 9.

<sup>55</sup> Ebd., S. 71.

imperialistischen Krieg aufgeworfen worden waren und Grundanliegen des DMB unmittelbar in Frage stellten, aus dem Wege zu gehen.

In den Dezembertagen 1917, in denen Ossietzky seinen ersten Artikel für die «Monatlichen Mitteilungen» schrieb, konnte er in der gerade erschienenen Nummer 9 die folgenden vier Fragen lesen, mit denen sich die Berliner Ortsgruppe an alle anderen des DMB mit der Bitte um Beantwortung gewandt hatte:

«1. Ist der Deutsche Monistenbund als Bund für eine wissenschaftliche Welt- und Lebensauffassung und vernunftgemäße Lebensgestaltung sachlich verpflichtet, zur Kriegs- und Friedensfrage Stellung zu nehmen?

2. Ist der moderne Krieg ein kultur- und entwicklungsfeindlicher Prozeß?

3. Ist die wichtigste Maßnahme zur Erzielung eines Dauerfriedens in einer auf zwischenstaatlicher Rechtsorganisation aufgebauten Völkerverständigung zu suchen?

4. Soll den Mitgliedern des Deutschen Monistenbundes anempfohlen werden, bei denjenigen Körperschaften mitzuarbeiten, die für die Schaffung dauernd friedlicher Völkerbeziehungen tätig sind?»<sup>56</sup>

Zugleich fand Ossietzky in dieser Ausgabe auch die Stellungnahme seiner Hamburger Ortsgruppe zu dieser Aktion. In seiner Sitzung vom 25. Oktober 1917 hatte es der Vorstand abgelehnt, Anfragen «von derartig politischer Bedeutung» zu beantworten oder über sie abstimmen zu lassen, um nicht die Mitglieder zu binden, und weil ihm «ferner bewußt [war], daß unter den Vorstandsmitgliedern und den Mitgliedern der Ortsgruppe verschiedenartige Richtungen und Meinungen über die Kriegs- und Friedensfrage vorhanden sind».<sup>57</sup>

Die Umfrage wurde zwar bereits mit einem Schlußwort des rechten Sozialdemokraten Heinrich Peus in der Oktobernummer 1917 abgeschlossen; doch die Auseinandersetzungen gingen weiter, und an ihnen beteiligte sich nun auch Ossietzky mit einem in der Märznummer 1918 veröffentlichten Beitrag unter dem Titel «Ein Wort über den Aktivismus». Er knüpfte damit an ein damals gerade in linksgerichteten Intellektuellenkreisen

---

<sup>56</sup> Monatliche Mitteilungen [...], 2. Jg., Nr. 9 (1. Dezember 1917), S. 319.

<sup>57</sup> Ebd., S. 319 f.

aufgekommenes Schlagwort an, mit dem ein - allerdings idealistisch überhöhter - gesellschaftlicher Aktivismus propagiert wurde.

In der damaligen Situation war jedoch für Ossietzky entscheidend, daß dieses Schlagwort «Sehnsucht nach Taten, Wille zu wirken, Tagespolitik mit geistiger Kraft zu durchsetzen»,<sup>58</sup> zum Ausdruck brachte.

Ein solcher Aktivismus, dem sich Ossietzky bereits in seinem Artikel «Auferstehung» vom April 1914 verpflichtet hatte, fehlte dem DMB. In den letzten Jahren habe er «in zahlreichen mündlichen Diskussionen immer wieder hervorgehoben, daß es ihm unerträglich sei, in einer Bewegung zu arbeiten, die ihren eigenen Konsequenzen aus dem Wege geht». In einer Situation, in der «zwei Zeiten sich scheiden und alles, was man bisher fest verankert glaubte, plötzlich von einem Strudel erfaßt wird, und Zukünftiges mehr noch in der Ahnung lebt als in der organisierenden Vernunft», konnte für den DMB selbst nicht mehr die Fragestellung lauten: «Wollen wir politisch sein? sondern: Können wir es überhaupt verhindern, politisch zu sein?»

Ossietzkys Artikel blieb im DMB nicht ohne Resonanz. Bereits einen Monat nach seiner Veröffentlichung wurde er in den zentralen «Mitteilungen» des DMB nachgedruckt.<sup>59</sup> Der Neukantianer Franz Staudinger äußerte sich zwar zu einigen Stellen des Artikels beckmessernd. Insgesamt gesehen enthielte er jedoch sehr «teilnahmeerweckende Gedanken» und wirke er «in der Energie seines Aufbäumens gegen Wahn und Unrecht sympathisch».<sup>60</sup>

Wenn Ossietzky für einen politischen Charakter des DMB war, dann verstand er darunter nicht «Partei-», sondern «Menschheits-Politisches», das er im Sinne des «Sozialindividualismus» Müller-Lyers und der «Menschenökonomie» Rudolf Goldscheids in dem «Prinzip der gegenseitigen Hilfe» erblickte.<sup>61</sup> In einem so verstandenen Monismus sei der Pazifismus, dem der «furchtbare Aderlaß des Krieges [...] eine Aktualität wie nie zuvor

---

<sup>58</sup> Carl von Ossietzky: Ein Wort über Aktivismus. In: Ebd., Nr. 12 (1. März 1918), S. 394-398. Siehe hier auch die folgenden Zitate.

<sup>59</sup> Mitteilungen des DMB, 3. Jg., Nr. 4 (1. April 1918), S. 52-56.

<sup>60</sup> F. Staudinger: Kritische Schlaglichter. In: Monatliche Mitteilungen [...], 3. Jg., Nr. 3 (1. Juni 1918), S. 103.

<sup>61</sup> Carl von Ossietzky: Monismus u. Pazifismus, S. 6 R.

verliehen» habe, tief verwurzelt.<sup>62</sup> Wer diese weltanschauliche Position teile, würde nicht dulden dürfen, «daß die Aufgabe *unserer* Kulturphase durch rohe Waffenkriege unterbrochen werden könne, die uns ins Dunkel toter Zeiten zurückwerfen».<sup>63</sup>

Aus diesem Verständnis heraus bezeichnete Ossietzky es als die Hauptaufgabe des DMB, demokratische Persönlichkeiten heranzubilden und «Sammelstelle für Anhänger freiheitlicher Parteien» zu sein. Mit monistischer Weltanschauung «durchsetzt» würden sie dann «in ihre Parteikreise zurück(gehen), und ihre Profile heben sich scharf ab von denen ihrer Genossen, die reine Fachmenschen sind u. in Statistiken und Programmen wurzeln.»<sup>64</sup> Nicht zufällig stehen allerdings am Ende des Manuskripts die mahnenden Worte: «Aber die schönste und reinste Weltanschauung wird in der Studierstube und im Diskussionszirkel blutleer und verliert ihre werbende Kraft ohne ihre letzte Auswirkung, ohne die Tat.»<sup>65</sup>

Angesichts des Mißbrauchs, der mit der Friedensidee getrieben wurde, wies Ossietzky in seinem im Oktober 1918 veröffentlichten Beitrag «Wandlungen der geistigen Atmosphäre»<sup>66</sup> einer Verständigung über das Wesen des Pazifismus und die vor ihm stehenden Aufgaben einen besonderen Platz zu. Der künftige Friede würde nicht allein von «ein paar Staatsverträgen» abhängen, sondern «in gesteigerter Bedeutung eine Bewußtseins- und Erziehungsfrage» sein, die im Unterschied zur politischen Aktion nicht an den Tag gebunden, sondern auf die «Arbeit an Generationen» gerichtet wäre. Seine Überlegungen bekräftigte Ossietzky mit dem Hinweis auf die «von Marx geforderte Reform des Bewußtseins», und dessen berühmte Feuerbach-These kommentierte er mit der für seinen Aktivismus charakteristischen Feststellung: «Die Welt nicht erklären, sondern verändern. Ein gewaltiges soziales Ethos lebt in diesem Marx-Wort.»

Ossietzkys letzter Artikel während des Krieges endete mit der eindringlichen, die Situation der Friedenskräfte kennzeichnenden Erkenntnis: «Mit

---

<sup>62</sup> Ebd., S. 6 u. 9.

<sup>63</sup> Ebd., S. 9 R.

<sup>64</sup> Ebd., S. 10.

<sup>65</sup> Ebd., S. 11 u. R.

<sup>66</sup> Ders.: Wandlungen der geistigen Atmosphäre. In: Ebd., Nr. 7 (1. Oktober 1918), S. 244-247). Hier auch die folgenden Zitate.

rohem Gebrüll, alle Pforten einstampfend, so brach der Krieg in das alte Erdenhaus ein. Schüchtern durch die Hintertür tritt die Menschlichkeit wieder ein.»

Gleich vielen Kriegsgegnern hatte Ossietzky fieberhaft die Stunde herbeigesehnt, «die den Kriegsgott stürzen sollte», und von den Kriegern geträumt, die ihre Schwerter zerbrechen und «die Menschheit als heiligen und unerschütterlichen Begriff in sich tragend» in die Heimat zurückkehren.<sup>67</sup> Im November 1918 sah er sich mit Millionen Deutscher in dem Gefühl verbunden: «[...] das Morden ist zu Ende, der Militarismus ist an sich selbst verreckt, wir sind von Stunde an freie Menschen im freien Vaterland!»<sup>68</sup>

Ossietzky mußte bald erkennen, daß solche Erwartungen illusionär waren. Seit Ende Dezember 1918 wieder in Hamburg, engagierte er sich sogleich in der monistischen und pazifistischen Bewegung. Für die Autorität, die er inzwischen gewonnen hatte, spricht seine am 20. Februar 1919 erfolgte Wahl in den Beratenden Ausschuß der Ortsgruppe des DMB. Wie in dieser hatten sich auch in der des DFG die Fronten zwischen Fortschritt und Reaktion geschieden. Durch Taten galt es für Ossietzky nun zu beweisen, was von ihm im Organ seiner Hamburger Ortsgruppe zunächst nur Worte waren: Seine drängende Frage an den DMB: «Wird er die Kraft aufbringen, alles was während des Krieges über den Paz(ismus) geredet u. geschrieben wurde, einer gründlichen kritischen Revision zu unterziehen?»<sup>69</sup>

Sein Bekenntnis, mit dem er Tiraden von Heinrich Peus über «Friedfertigkeit, Versöhnlichkeit, Duldsamkeit» kommentiert hatte: «Es gibt aber auch eine Duldsamkeit, die zum Unrecht gegen die Sache wird, die man verfehlt.»<sup>70</sup>

Sein Appell «an alle Schwachmütigen»: «In der Gegenwart leben und ihren Problemen fest in die Augen sehen, das ist die einzige Tugend, die einzige revolutionäre Tugend, die wir brauchen können. Kein Kompromisseln; wir sehen ja mit Schaudern, wohin uns die Realpolitiker, die immer nur das

---

<sup>67</sup> Ders.: Ausverkauf (Völker-Friede, November 1919). In: Rechenschaft, S. 21.

<sup>68</sup> Ders.: Der Aufmarsch der Reaktion. (Berliner Volks-Zeitung, 31. Januar 1920). In: Ebd., S. 28.

<sup>69</sup> Ders.: Monismus u. Pazifismus, S. 6 R.

<sup>70</sup> Ders.: Drei Variationen über ein zeitgemäßes Thema. In: Monatliche Mitteilungen [...], 3. Jg., Nr. 6 (1. September 1918), S. 216. Siehe auch Heinrich Peus: Krieg und Glaube. In: Ebd., Nr. 3 (1. Juni 1918), S. 96 ff.

kleine <Mögliche> im Auge hatten und die große Gesinnungslumperei im hohlen Schädel, mit ihrer ach so wunderbar praktischen Politik geführt haben.»<sup>71</sup>

Ende September 1918 war vom Gesamtvorstand des DMB während einer Sitzung in Jena noch die Erwartung ausgesprochen worden, daß es in den aktuellen Fragen des Pazifismus zu einem Ausgleich der durchaus nicht so schroffen Gegensätze kommen würde. Tatsächlich aber bildeten sich diese erst nun in aller Schärfe heraus. Das verdeutlichte die zunehmende Kritik an den Mitgliedern des DMB und der DFG, die aus angeblich vaterlandsliebenden und «realistischen» Gründen die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus durch Wort und Schrift unterstützt hatten.

Zu ihnen gehörte vor allem der Schriftsteller Otto Ernst (eigentlich Otto Ernst Schmidt). Vor dem Krieg einer der führenden Pazifisten in Hamburg, hatte er dann mehrere chauvinistische, den Krieg verherrlichende Gedichte veröffentlicht. Als er sich von ihnen nicht distanzierte und öffentlich für eine Aufrüstung Deutschlands eintrat, wurde er vom Vorstand der DFG-Ortsgruppe mit 18 gegen zwei Stimmen ausgeschlossen. Diese Entscheidung wurde auf einer öffentlichen Versammlung am 18. März 1919 von Ossietzky begründet. Sein einundeinhalbstündiges Referat gipfelte in dem Gedanken: «Viele Wege führen zum Völkerfrieden, doch über die Völkerverhetzung geht der Weg nicht.»<sup>72</sup>

Die nationalistischen Pazifisten und Monisten waren inzwischen zum Gegenangriff übergegangen, wobei sie diesen hauptsächlich gegen einen der bedeutendsten Führer der Friedensbewegung, gegen Alfred H. Fried, richteten. Unter Berufung auf den «Einbruch der Moskoviterhorden in Ostpreußen und Galizien» und «die notgedrungene Verletzung der belgischen Neutralität»<sup>73</sup> leugneten sie die deutsche Schuld am Ausbruch des ersten Weltkrieges und verleumdete sie Fried als Anführer von «Nur-Theoretikern» und «Doktrinären», die sich nicht gescheut hätten, «aus

---

<sup>71</sup> Carl von Ossietzky: Das werdende Deutschland. Ein Wort an alle Schwachmütigen (Monatliche Mitteilungen [...], 1. Februar 1919). In: Rechenschaft, S. 17.

<sup>72</sup> Siehe Otto Ernst und die Pazifisten. In: Völker-Friede, 19. Jg. (1919), S. 72. - Siehe auch die Erinnerungen des damaligen Vorstandsmitgliedes Max Zelck an den Verlauf der Versammlung und Ossietzkys Auftreten. In: Alfred Pohlmann, Blatt 138 f.

<sup>73</sup> C. L. Siemering (Königsberg): Natorp und der Pazifismus Alfred H. Fried's. In: Monatliche Mitteilungen [...], 3. Jg., Nr. 7 (1. Oktober 1918), S. 270.

mißleiteter Friedensliebe ihrem zum Existenzkampf gezwungenen Vaterlande auch ihrerseits noch in den Rücken zu fallen».<sup>74</sup>

Mit Ludwig Quidde und anderen entschiedenen Demokraten trat Ossietzky an die Seite Frieds und bescheinigte ihm, «in den vergangenen vier Jahren ein Stück deutsches Gewissen gewesen» zu sein.<sup>75</sup> Zugleich setzte er sich mit dem Dresdner Monisten Max Seber auseinander, der in Verteidigung Siemerings und unter Berufung auf den Sozialchauvinisten Paul Lensch demagogisch gefragt hatte, ob Ossietzky etwa «der Treuhänder des Pazifismus» sei, «zum heiligsten Synod der pazifistischen Orthodoxie» gehöre.<sup>76</sup> Ossietzky kritisierte an Seber, daß er «die imperialistische Entwicklung nun einmal als die gegebene» ansah und vom Pazifismus «eine an Selbstaufhebung grenzende Einordnung in diese» forderte.<sup>77</sup>

In Parenthese ist darauf hinzuweisen, daß Seber zu den führenden Köpfen des F.Z.A.S. gehörte. Seit Januar 1923 Herausgeber der Zeitschrift «Sonnenstrahlen» des F.Z.A.S., wurde er 1930 dessen letzter Großmeister vor der Auflösung durch die Nazis. Im Januar 1932 verurteilte er in einem Rundschreiben an die Meister seiner Großloge den «kulturfeindlichen, gewalttätigen Nationalismus» und gab «das große Notzeichen».<sup>78</sup>

Ossietzkys Beitritt zur Hamburger Loge «Menschentum» im April 1918 ist entscheidend dadurch bestimmt worden, daß im F.Z.A.S. friedliebende, humanistisch denkende und handelnde Kräfte dominierten. Während nationalistische Pazifisten nach wie vor in Frankreich den «Erbfeind» sahen, strebte der F.Z.A.S. eine Verständigung mit dem französischen Volk an. Seine Beziehungen zu pazifistischen Freimaurern in Frankreich waren den konservativen deutschen Großlogen so sehr ein Dorn im Auge, daß sie von ihnen 1921 als «dem deutschen Nationalgefühl widersprechend» öffentlich verurteilt wurden. Das hinderte den F.Z.A.S. jedoch nicht daran, am 28. Juli 1922 im Hamburger Conventgarden mit führenden Vertretern

---

<sup>74</sup> Ebd., S. 272.

<sup>75</sup> Carl von Ossietzky: Für Alfred H. Fried. In: Ebd., 4. Jg., Nr. 1 (1. April 1912), S. 41. Siehe auch Ders.: Herr Siemering, der Pazifist. In: Ebd., 3. Jg., Nr. 10 (1. Januar 1919), S. 374 f.

<sup>76</sup> Max Seber: Ein pazifistisches Anathema. In: Ebd., S. 38.

<sup>77</sup> Carl von Ossietzky: Für Alfred H. Fried, S. 42.

<sup>78</sup> Siehe den Text des Rundschreibens. In: Johannes Drechsler: Die Brüder vom FZAS. Ein Streifzug durch die Geschichte des Freimaurerbundes Zur Aufgehenden Sonne. Die Blaue Reihe, Nr. 17, Hamburg 1971, S. 32-34.



der Grande Loge de France und des Grand Orient de France eine offizielle Kundgebung «für Völkerfrieden und Kulturfortschritt» zu veranstalten.<sup>79</sup>

Die von Ossietzky gerade in den Tagen und Wochen seines Beitritts zur Loge «Menschentum» geführte Auseinandersetzung mit Max Seber verdeutlicht, daß es für ihn auch als Freimaurer eine differenzierte Haltung und kein «Kompromisseln» gab.

Für die mit Siemering weitergeführte Diskussion<sup>80</sup> war dessen Eingeständnis aufschlußreich, daß ihm Ossietzkys Erwiderung «durch ihre formale Gewandtheit einen ästhetischen Genuß bereitet» habe und er nun wisse, wie er sich direkt an ihn wandle, «daß Sie weder ein Bolschewist sind, noch fähig, etwas zu schreiben, von dessen Richtigkeit Sie nicht subjektiv voll durchdrungen wären».<sup>81</sup>

Wie in der Frage der Ursachen des ersten Weltkrieges und seines Charakters gab es in der Hamburger Ortsgruppe auch heftige Auseinandersetzungen über die Novemberrevolution. Viele Monisten teilten die Auffassung, daß mit ihr die Bahn frei wäre, um die Menschen durch den Monismus «zu höherem Menschentum» zu führen.<sup>82</sup> Der zweite Vorsitzende der DMB-Ortsgruppe, Paul Marcus, zog aus der Novemberrevolution den Schluß, daß nun sowohl «gegen klerikale Gegenrevolutionäre wie gegen rote Klassendiktatur» Front gemacht werden müßte.<sup>83</sup>

Ossietzky äußerte sich zur Revolutionsfrage in einem Referat, das er auf einem Diskussionsabend der Ortsgruppe am 15. Mai 1919 zum Thema «Monismus-Revolution-Evolution» hielt und eine lebhafte Aussprache fand. Für ihn stand die Revolution nicht im Gegensatz zur Entwicklungslehre. Als Erfüllung bedeutete sie kein Ende, sondern einen Neuanfang, ein Testament für die Nachfolgenden. Selbst wenn die Revolution jetzt nicht alles erfüllte, würden die Ideen weiterleben und «einen frohen Ausblick auf die Zukunft» gewähren.<sup>84</sup>

---

<sup>79</sup> Siehe ebd., S. 20 f.

<sup>80</sup> Siehe Carl von Ossietzky: An C. L. Siemering. In: *Monatliche Mitteilungen [...]*, 4. Jg., Nr. 6 (1. September 1919), S. 312-318.

<sup>81</sup> C. L. Siemering: An Carl v. Ossietzky. In: Ebd., Nr. 8 (1. November 1919), S. 416.

<sup>82</sup> H. Peus: Die Revolution und der Monismus. In: *Mitteilungen des DMB*, 3. Jg., Nr. 12 (1. Dezember 1918), S. 180.

<sup>83</sup> Ebd., 4. Jg., Nr. 1/2 (1. Februar 1919), S. 17.

<sup>84</sup> *Monatliche Mitteilungen [...]*, 4. Jg., Nr. 3 (1. Juni 1919), S. 141.

Ein halbes Jahr später mußte er konstatieren, daß die «Schwelle der neuen Zeit» noch längst nicht überschritten und die Novemberrevolution eine Etappe auf dem Weg zu einer Entwicklung war, die er als «neue Reformation» bezeichnete.<sup>85</sup>

Seit seinem Fortgang von Hamburg nach Berlin im Herbst 1919 sind keine weiteren Beziehungen zwischen Ossietzky und der organisierten monistischen Bewegung erkennbar. Als Generalsekretär der DFG hatte er nun Verpflichtungen, die ihn gerade zu der Zeit voll in Anspruch nahmen, als der DMB 1920/1921 seinen letzten Aufschwung hatte. Ausdruck sind dafür die auf der Hauptversammlung vom September 1920 in Weimar beschlossenen «Hamburger Thesen». Mit ihnen bekannte er sich zum wissenschaftlichen Pazifismus und zum Internationalismus, bezeichnete er es als seine Pflicht, «uns mit den Prinzipien des Sozialismus vertraut zu machen», und distanzierte er sich vom Antisemitismus als «Rückfall in traurigste Kulturbarbarei».<sup>86</sup>

Diese Thesen waren von Carl Rieß ausgearbeitet worden. Sie trugen also den Stempel der fortgeschrittensten Mitglieder der Hamburger Ortsgruppe und damit auch den Ossietzkys, der im März 1921 nachdrücklich das Bekenntnis des DMB zum Pazifismus begrüßte. «Der Krieg hat den Leib der Menschheit zerfetzt, seine Überwindung ist Menschheitssache [...]. Indem wir Monisten den Pazifismus bejahen, bekämpfen wir den ungeheuerlichsten Frevel, der an uns Lebenden verübt werden kann [...]. Wir wollen uns dafür einsetzen, daß das Menschliche ganz einfach das Vernünftige wird.»<sup>87</sup>

Ein Vergleich der Jahrgänge 1920 und 1921 der «Monistischen Monatshefte» mit den folgenden verdeutlicht, daß in diesen dann nichts mehr vom Geist der nun «Arbeitsrichtlinien» genannten «Hamburger Thesen» zu spüren ist, obwohl sie von jeder Hauptversammlung des DMB erneut bestätigt wurden. Deshalb kann angenommen werden, daß der DMB für Ossietzky im Unterschied zu seinen Hamburger Jahren so sehr an Anziehungskraft verloren hatte, daß er für ihn keine Rolle mehr spielte.<sup>88</sup>

---

<sup>85</sup> Carl von Ossietzky: Ausverkauf (Völker-Friede, November 1919). In: Rechenschaft, S. 22.

<sup>86</sup> Monistische Monatshefte, 5. Jg., Nr. 11/12 (1. November 1920), S. 386.

<sup>87</sup> Carl von Ossietzky: 4. Weltfrieden. In: Ebd., 6. Jg., Nr. 3 (1. März 1921), S. 85.

<sup>88</sup> Ob bei Ossietzky weiterhin monistische Ideen und Gedankengänge wirkten, bedarf einer Analyse seiner Veröffentlichungen. Diese dürfte allerdings wegen der bereits dargelegten

Letztlich war vom DMB nun der Weg eingeschlagen worden, vor dem Ossietzky 1918 eindringlich gewarnt hatte. Ein Weg, an dessen Ende der «bescheidene Raum eines Klubhauses, in dem zweimal monatlich eine kleine Sekte kannegießert», stehen mußte.

---

Vieldeutigkeit und Verschwommenheit des Monismus nicht leicht und auch wenig aussichtsreich sein.



## Lothar Wieland

### *Sozialdemokratie und Pazifismus 1914-1919*

#### **Eine historische Standortbestimmung**

«Nein, man ist in Deutschland noch weit ab von jeder Erkenntnis. Wie man das Schuldbekenntnis verweigert, so verweigert man auch dem guten Willen der Andern verstockt den Glauben. Man sieht noch immer nur die Gier, die Ränke, die Arglist der Andern, und die belebendste Hoffnung ist, daß dereinst der Tag komme, der diese dunklen Mächte den eigenen Interessen dienstbar mache. Noch haben die heute Regierenden nichts aus dem Weltkrieg gelernt, noch beherrscht sie der alte Wahn, der alte Machtwahn.»<sup>1</sup> Diese Worte schrieb 1919 ein Politiker in der *Weltbühne*, der sich durch die Ereignisse des Ersten Weltkrieges zu einer umfassenden Revision seines Weltbildes veranlaßt sah: Heinrich Ströbel (1869-1944), ehemaliger Redakteur des *Vorwärts*, langjähriger Abgeordneter der SPD im preußischen Landtag und vormaliger preußischer Ministerpräsident in der Phase des revolutionären Umbruchs. Woche für Woche verfaßte er die Leitartikel für ein Blatt, das stark mit der USPD sympathisierte und dennoch heutzutage viel zu oberflächlich als «linksbürgerlich» eingestuft wird.<sup>2</sup> Ausgehend von der Erkenntnis, daß sich in Deutschland seit dem November 1918 lediglich ein institutioneller Wandel vollzogen habe, verlangte Ströbel die sittlich-moralische Regeneration des deutschen Volkes als Voraussetzung für einen demokratisch-pazifistischen Neuanfang. Objektive Erforschung der Kriegsschuldfrage, Überwindung der militärstaatlichen Tradition, Entmachtung der herrschenden Eliten in allen gesellschaftlichen Bereichen, allmähliche Durchdringung und Verfeinerung des demokratischen Systems durch sozialistische Anschauungen, Absage an die Rätediktatur, Anerkennung des Versailler Vertrages und der damit geschaffenen Nachkriegssituation, wirtschaftliche und moralische

---

<sup>1</sup> H. Ströbel, Der alte Wahn. In: WB v. 8.5.1919, S. 524.

<sup>2</sup> Vgl. Deak; Greuner.

Reparationen an die Siegermächte - mit diesen programmatischen Aussagen prägte Ströbel vom März 1919 bis zum Oktober 1920 das politische Profil der *Weltbühne*, die damit ein Abbild des politischen Konzepts der rechten USPD darstellte, also jener Teile der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die, auf dem Boden des Parlamentarismus stehend, einen schweren Abwehrkampf gegen die Kräfte der Partei führten, die den Rätegedanken popularisierten. Unterstützung fanden sie in diesem Abwehrkampf bei Vertretern des entschiedenen Pazifismus. Für den Zeitraum 1918/19 läßt sich eine enge Zusammenarbeit zwischen radikalen Pazifisten, vertreten durch den Bund Neues Vaterland (BNV) und den linken Flügel der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG), und rechten Unabhängigen konstatieren.<sup>3</sup> Der BNV stellte geradezu paradigmatisch die Verbindung von Pazifismus und Sozialismus dar. Führende Repräsentanten des Bundes traten im November 1918 in die Regierung der Volksbeauftragten ein oder übernahmen andere Regierungsämter - hier sind in erster Linie Graf Arco, Breitscheid, Eisner, Bernstein und Ströbel zu nennen. Zahlreiche Indizien sprechen für das obige Bündnis: nach Eisners Ermordung wurde der ehemalige Kruppdirektor Wilhelm Muehlon zu dessen Nachfolger vorgeschlagen;<sup>4</sup> Unabhängige und Pazifisten trafen sich in politischen Klubs;<sup>5</sup> führende Unabhängige veröffentlichten ihre Schriften im Verlag Neues Vaterland;<sup>6</sup> pazifistische Schriften wiederum fanden wohlwollende Aufnahme in der unabhängigen Presse;<sup>7</sup> Pazifisten

<sup>3</sup> Vgl. Holl, S. 136; das Schreiben des Vorstandes des BNV, unterzeichnet von Gerlach, Graf Arco und Hugo Simon, an Hjalmar Branting v. 31.12.1919, in dem der schwedische Sozialdemokrat als «werter Gesinnungsfreund» angeredet wird. Das Schreiben stellte mir Herr Martin Grass, Stockholm, zur Verfügung.

<sup>4</sup> Vgl. meine Eintragung, in: Die Friedensbewegung, S. 277.

<sup>5</sup> Vgl. PA Bonn. Deutschland 88: Die Verfassung des Deutschen Reichs, Bd. 23: Bericht über ein Treffen bei Cassirer, an dem von Gerlach, Hauptmann Bölke, Arthur Holitscher und Ströbel teilnahmen.

<sup>6</sup> H. Haase, Reichstagsreden gegen die deutsche Kriegspolitik; H. Ströbel, Die Bilanz der Revolution; K. Eisner, Schuld oder Sühne; K. Kautsky, Was will Wilson?. Alle Schriften erschienen Berlin 1919.

<sup>7</sup> Vgl. Freiheit v. 27.12.1918, in der Auszüge aus G. F. Nicolais Schrift «Warum ich aus Deutschland ging» veröffentlicht wurden; Die Verbrechen der deutschen Kriegführung. In: Ebd. v. 21.8.1919 (Besprechung von F. W. Foerstlers Schrift «Zur Beurteilung der deutschen Kriegführung»). Für ein umgekehrtes Beispiel vgl. den Abdruck eines Kapitels aus Ströbels Schrift «Die erste Milliarde der zweiten Billion» in: Die Republik (hg. v. W. Herzog, DFG) v. 30.2.1919.

publizierten in der *Freiheit*;<sup>8</sup> auf zahlreichen Kundgebungen traten Redner des BNV oder der DFG und der USPD auf;<sup>9</sup> entschiedene Pazifisten wurden im Frühjahr 1919 ebenso scharf verfolgt wie unabhängige Politiker.<sup>10</sup>

In der historischen Forschung wird zwischen einem pazifistischen und einem nationalistischen Kriegserlebnis differenziert.<sup>11</sup> Es genügt, an dieser Stelle die Biographien der ehemaligen Generäle von Schoenaich und Deimling in Erinnerung zu rufen, um das pazifistische Kriegserlebnis zu illustrieren. Andererseits steht die Literatur des *Soldatischen Nationalismus* für das nationalistische Kriegserlebnis. Die Sozialdemokratie in ihrer überwältigenden Mehrheit hatte ein pazifistisches Kriegserlebnis. Bis auf die aus dem «Spartakus-Bund» und den Bremer Linken hervorgehende KPD, die sich in der Weimarer Zeit lediglich gegen «imperialistische» Kriege aussprach,<sup>12</sup> entsagte die Partei ihrem zumindest latenten Vorkriegsdogma, daß Kriege die Entwicklung zum Sozialismus beschleunigten.<sup>13</sup> Ihre Hauptaufgabe sahen Sozialdemokraten nach 1918 in der Sicherung des Friedens.<sup>14</sup>

Wenn wir eine Annäherung von Sozialdemokraten und Pazifisten konstatieren, so bedarf es indessen der exakten Differenzierung, wer unter den Begriffen Sozialdemokrat und Pazifist zu subsumieren und was unter dem Begriff Annäherung zu verstehen ist. Denn nur einzelne Strömungen dieser

<sup>8</sup> Vgl. F. W. Foerster, Eine offizielle Verteidigung der deutschen Kriegführung. In: *Freiheit* v. 12.9.1919.

<sup>9</sup> Vgl. VF v. Dezember 1918 (Haase am 7.11.1918 in der Kieler Ortsgruppe der DFG); VF v. April/Mai 1919 (an Stelle Ströbels der USPD-Redakteur Guttman am 24.1.1919 in der Berliner Ortsgruppe der DFG); Der Protest der Vernunft. In: *Freiheit* v. 22.5.1919 über einen Vortrag Engelbert Grafs in einer Versammlung des BNV. In einer Resolution wurde die Hoffnung nach Errichtung eines Völkerbundes und einer «geistigen Weltrevolution» kundgetan. «Nicht auf Revanche wollen wir einwirken, sondern auf die Durchdringung der ganzen Welt [...] mit Pazifismus, dessen Voraussetzung wahre Demokratie und Sozialismus sind.» Vgl. außerdem: Begrüßung des Bundes Neues Vaterland an den Sozialistischen Studententag Jena, Ostern 1919. In: *FW* v. Mai 1919, S. 100.

<sup>10</sup> Vgl. L. Wieland, «Diese Lebensauffassung ist undeutsch». Zur Bekämpfung und Verfolgung des Pazifismus in Deutschland von 1914 bis 1933. In: Donat/Tammen, S. 250 f.

<sup>11</sup> Vgl. Riesenberger, S. 124 ff.

<sup>12</sup> Vgl. meine Eintragung, Marxismus-Leninismus und Pazifismus; in: *Die Friedensbewegung*, S. 262.

<sup>13</sup> Vgl. Wels, Prot. 1921, S. 254: «Wir sind als Sozialdemokraten Fanatiker der Gewaltlosigkeit».

<sup>14</sup> Vgl. Breitscheid, Prot. 1925, S. 250 f.

beiden politischen Lager waren bereit, diese Annäherung bis zur Kooperation durchzuführen, andere - so die MSPD - nahmen nur Teile der pazifistischen Programmatik auf.<sup>15</sup> Schließlich dürfen nicht diejenigen Kräfte unterschlagen werden, die auf den Positionen beharrten, die sie bereits vor dem Weltkrieg eingenommen hatten. Gehen wir davon aus, daß es 1918/19 eine Allianz zwischen rechten Unabhängigen und Pazifisten gab, dann müssen wir gemäßigte gouvernementale Pazifisten wie Quidde, Schücking oder Heilberg ausklammern. Im Gegensatz zu den Friedensfreunden, die sich mit den genannten Unabhängigen verbündet hatten, blieben sie im wesentlichen ihrer außenpolitischen Ausrichtung treu. Ihre innenpolitischen Forderungen waren eher gemäßigt. Sie weigerten sich, in der so wichtigen Schuldfrage auch nur annähernd die Position einzunehmen, zu der sich Gerlach, Nicolai oder Witting bekannten.<sup>16</sup> Quidde wandte sich vehement gegen die von Ströbel, Bernstein und anderen verfolgte Politik;<sup>17</sup> er hatte entscheidenden Anteil daran, daß sich die DDP gegen die Annahme des Versailler Vertrages stark machte. Obwohl während des Weltkrieges scharf von den Militärbehörden verfolgt, lehnte auch Schücking nach 1918 die Verurteilung des Wilhelminischen Deutschlands ab.<sup>18</sup> Die Haltung von Wehberg ist indessen weniger geradlinig. 1919 rechnete er mit aller Schärfe mit dem Weltkriegsmilitarismus ab.<sup>19</sup> Dagegen machte er sich nach 1930 zum Fürsprecher des Revisionismus.<sup>20</sup> Doch selbst Quidde konnte nicht verhindern, daß der achte deutsche Pazifistenkongreß im Juni 1919 eine Resolution verabschiedete, in der die deutsche Kriegsschuld «prinzipiell»<sup>21</sup> anerkannt wurde.

Es waren Pazifisten wie Lehmann-Rußbüldt, Gerlach, Nicolai, Grelling, Harden, Paasche oder Witting, die als Mitglieder des BNV oder der «Zentralstelle Völkerrecht» (ZV) die Bedeutung der Kriegsschuldfrage und die Militarismus-Problematik erkannt hatten und damit fast automatisch im

---

<sup>15</sup> Vgl. exemplarisch das Heidelberger Programm der SPD von 1925.

<sup>16</sup> Vgl. Heilberg auf der Hauptversammlung von DFG und ZV am 1./2.12.1917 in Erfurt; in: VF v. Januar/Februar 1918, S. 11.

<sup>17</sup> Vgl. Holl, Ludwig Quidde. Das Leben eines deutschen Pazifisten. In: Quidde, S. 18 f.

<sup>18</sup> Vgl. Acker.

<sup>19</sup> Ders., Als Pazifist im Weltkrieg.

<sup>20</sup> Vgl. H. Donat, Die radikalpazifistische Richtung in der Deutschen Friedensgesellschaft (1918-1933). In: Holl/Wette (Hg.), S. 42 f.

<sup>21</sup> FW v. Juni/Juli 1919, S. 118.



Verlaufe des Krieges den Weg zur sozialdemokratischen Opposition finden mußten. Grelling kooperierte bereits im Herbst 1914 mit Bernstein, Kautsky und Haase. Obwohl sich die Gemeinsamkeiten zwischen diesen Pazifisten und der gemäßigten sozialdemokratischen Opposition eigentlich erst im Verlaufe des Jahres 1915 herauskristallisierten, wurden wichtige Voraussetzungen für die spätere Zusammenarbeit bereits in den ersten Kriegsmonaten geschaffen. Wie die sozialdemokratische Minderheit wandte sich der BNV gegen Annexionen, forderte einen Verständigungsfrieden ohne Sieger und Besiegte auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts der Völker, die internationale Abrüstung und die Einführung des Schiedsgerichtswesens zur Sicherung des künftigen Friedens. Nach anfänglichem Zögern nahm auch die DFG diese Forderungen auf.

Erleichtert wurde die Annäherung von Sozialismus und Pazifismus dadurch, daß der Pazifismus während des Krieges eine innenpolitische Stoßrichtung erhielt. Durch die spezifische Art des Kriegsausbruchs, die Schärfe der deutschen Kriegführung und die massiven Eingriffe der unter dem Belagerungszustand allgewaltigen Militärs in das Zivilleben wurden Sozialisten und Pazifisten gleichermaßen für die Militarismus-Problematik sensibilisiert.<sup>22</sup> Während der Sozialismus an seine antimilitaristische Vergangenheit anknüpfen konnte, begab sich der Pazifismus auf neue Wege. Fried verurteilte jene in Deutschland herrschende «Geistesrichtung der Politik, die nur von militärischen Gesichtspunkten geleitet ist, die die rohe Gewalt als das Ausschlaggebende in den zwischenstaatlichen Beziehungen als das Beste, ja als das einzige Hilfsmittel betrachtet, und sich hohnlächelnd über Recht und Organisation im Staatenverkehr hinwegsetzt».<sup>23</sup> Hermann Fernau verdeutlichte, warum die Deutschen im

---

<sup>22</sup> Außer dem bereits genannten Belegen vgl. Nicolai, Warum ich aus Deutschland ging. Offener Brief an denjenigen Unbekannten, der die Macht hat in Deutschland. In: Ders., Biologie, S. 556 ff.; Georg Metzler (=Richard Witting), Die verruchte Lüge. In: WB v. 9.1.1919, S. 36 f.; Donat (Hg.), Paasche; Korol (mit diversen Beispielen aus der «Freien Zeitung»); BA Koblenz. NL L. Brentano Nr. 1/16, fol. 86: K. Eisner an L. Brentano, 28.10.1918: «Die Anklage der Welt richtet sich nicht sowohl gegen Ausschreitungen einzelner Verbrecher im Heer, sondern gegen jenes entsetzliche System terroristischer Kriegführung, das der deutsche Militarismus in allen Einzelheiten ausgearbeitet hat, ein System, das in dem bekannten Mahnworte Hindenburgs aus den Anfängen des Krieges sich bekennt: der erbarmungsloseste Krieg sei der menschlichste, weil der kürzeste!»

<sup>23</sup> KTB, 16.5.1916; in: FW v. Juni 1916, S. 187.

Ausland unbeliebt seien.<sup>24</sup> Der Grund sei politischer Natur. Während Deutschland in wissenschaftlicher, technischer und organisatorischer Hinsicht eine führende Macht verkörpere, stehe es politisch auf einer Stufe mit dem türkischen oder russischen Volk. Es habe sich im bürgerlichen Zeitalter immer noch nicht von der Feudalität emanzipiert. Die Konsequenz aus diesen Erkenntnissen war die Forderung nach Demokratisierung Deutschlands. Denn, so Fernau,<sup>25</sup> die Demokratie sei «die wahrste Garantie für die Dauerhaftigkeit des kommenden Friedens». Der Volkswille müsse «souveräner Herrscher in der internationalen Politik» werden. Der Pazifismus, so stellte Quidde nach dem Ende des Krieges fest,<sup>26</sup> müsse «die demokratische Kontrolle der auswärtigen Politik» fordern. Die «Idee der Demokratie» sei von internationaler Bedeutung. Indem der Pazifismus sich von seiner innenpolitischen Abstinenz der Vorkriegsjahre befreite, schlug er die politische Richtung ein, auf der sich auch die sozialdemokratische Minderheit bewege. Andere Pazifisten wie Lehmann-Rußbüldt, Tepper-Laski oder Gerlach, die schon vor 1914 republikanisch-demokratische Anschauungen vertreten hatten, formulierten unter dem Einfluß des Kriegsausbruchs und des Annexionismus das Modell eines neuen demokratischen Deutschlands. Da sie außenpolitisch an die Vorstellungen der DFG anknüpften, waren sie für das Bündnis mit der USPD prädestiniert. In ihrem Schlepptau bekannte sich auch die DFG, allerdings nur zögernd und erst ab 1917, zur Neuorientierung.

Der BNV und seine Nachfolgeorganisation, die Deutsche Liga für Menschenrechte (DLfM), wurden in fester Allianz mit der rechten USPD zu Vorreitern einer «geistigen» Revolution, der sittlich-moralischen Erziehung und Erneuerung des Menschen zur Völkerversöhnung und zur sozialen Gerechtigkeit, durch die die Verrohungstendenzen des Weltkrieges neutralisiert werden sollten. «Aber auch die besten Gesetze», so hieß es im Programm der DLfM,<sup>27</sup> «bieten keine Gewähr, daß die Wohlfahrt und Freiheit des Volkes geschützt bleiben, ebenso wie kein Völkerbund und keine Internationale eine Sicherheit für den Weltfrieden bieten, wenn sie nicht fest in den Hirnen und Herzen aller Menschen verankert sind.»

---

<sup>24</sup> H. Fernau, Warum liebt man die Deutschen nicht? In: Ebd. v. Mai 1916, S. 149.

<sup>25</sup> Ders., Das deutsche Volk und der Militarismus. In: Ebd. v. August/September 1916, S. 251.

<sup>26</sup> L. Quidde, Der deutsche Pazifismus vor und nach dem Kriege. In: VF v. Dezember 1918, S. 113.

<sup>27</sup> BA Koblenz. NL H. Wehberg: Programm, Aufnahmebedingungen und Satzung der DLfM.

Deutschland benötige diese «geistige» Revolution, die die Engländer schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts und die Franzosen im Rahmen der Dreyfus-Affäre erlebt hätten. Daß der BNV keine Parteipolitik betrieb, sondern die Verwirklichung einer den Nationalstaaten übergeordneten Menschheitsidee anstrebte, die in Deutschland aus historischen Gründen keine Wurzeln schlagen konnte, wird auch daraus ersichtlich, daß er eingeschriebene Mitglieder der SPD, der DDP und des Zentrums genauso umfaßte wie Anhänger der Bodenreformbewegung und selbst des Anarchismus.

Lehmann-Rußbüldts, Nicolais, Pfemferts, aber auch Gerlachs Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit korrespondierte mit einem tiefen Empfinden für soziale Gerechtigkeit, gegen kapitalistische oder junkerliche Willkür. Entsprechend gestaltete sich das Profil des BNV, wobei jedoch ein Unterschied zwischen der ersten Kriegszeit und den späteren Jahren gemacht werden muß. Zunächst gehörten dem BNV pazifistisch gesinnte Persönlichkeiten vorwiegend gemäßigter Couleur und prominente Intellektuelle an. Später radikalisierte sich der BNV, dessen Mitglieder nach dem Verbot in der ZV Unterschlupf fanden. Während des Krieges lag der Schwerpunkt seiner Tätigkeit auf der Agitation für einen Verständigungsfrieden, der das Selbstbestimmungsrecht der Völker beachten sollte. Seit dem November 1918 rückten aber auch soziale Fragen in den Mittelpunkt seiner Arbeit. Wer Mitglied der DLFM wurde, verpflichtete sich, für die Verwirklichung eines spezifischen Sozialismus einzutreten, dem das Prinzip der Gewaltlosigkeit zugrundelag. Am ehesten kann diese besondere Art des Sozialismus, die sich von den Modellen abhob, die in SPD, KPD und linker USPD anerkannt waren, mit dem der englischen Fabier verglichen werden.<sup>28</sup> Ein solcher freiheitlicher Sozialismus, der die Kultur und Eigenständigkeit der Persönlichkeit respektierte und jedem Kollektivismus fernstand, wurde parteipolitisch von der rechten USPD (Bernstein, Ströbel) vertreten, in der zahlreiche Mitglieder des BNV organisiert waren. Der BNV geriet in der zweiten Hälfte des Krieges «mehr und mehr in das Fahrwasser»<sup>29</sup> dieser USPD, die von Kautsky, Bernstein und Ströbel geführt wurde. Nicht umsonst werden 1919 die Schriften von Eisner, Haase, Kautsky und Ströbel im Verlag «Neues Vaterland» veröffentlicht.

---

<sup>28</sup> Ebd.

<sup>29</sup> PA Bonn. Völkerrechtsangelegenheiten Fach 179, Pak. 37, Bd. 6: Aufzeichnung über «Deutsche Liga für Menschenrechte», S. 6.

Andererseits traten Pazifisten wie Fernau, Grelling oder Lehmann-Rußbüldt<sup>30</sup> der USPD bei, Gerlach und Witting zeigten deutliche Sympathien. In der Verbindung zwischen rechter USPD und BNV manifestiert sich organisatorisch ein pazifistischer Sozialismus, der auch typisch für die weitere Entwicklung Weimars und für Ossietzky ist.

Indem sich der BNV an der USPD orientierte, begann sich der Pazifismus auch in organisatorischer Hinsicht zu verändern. Selbstkritisch erkannten Teile der Friedensbewegung während des Krieges, daß sie zwar die Katastrophe von 1914 kommen sahen, sie aber nicht verhindern konnten, weil ihnen die Massenbasis, der Zugang zum Volk fehlte. Die «dringlichste Aufgabe»<sup>31</sup> sah dieser Pazifismus darin, «aus der Gelehrtenstube unter das Volk zu treten und der Theorie durch die Praxis zum Leben zu verhelfen». Ein dauerhafter Frieden war demgemäß nur dann zu erzielen, wenn das Volk zum Frieden erzogen wurde und sich gleichzeitig selbst in der Friedensfrage engagierte.<sup>32</sup> Fried erklärte seine Absicht, Kriege künftig dadurch unmöglich zu machen, daß der «enge Zusammenschluß mit den Arbeitermassen und ihren Organisationen»<sup>33</sup> vollzogen wurde. Der erste Schritt von der Honoratiorenbewegung der Vorkriegsjahre zur Kampfbewegung (Westdeutscher Landesverband der DFG) der zwanziger Jahre war getan.

Die von Ebert, Scheidemann und David geführte sozialdemokratische Mehrheit besaß gegenüber dem Pazifismus ein ambivalentes Verhältnis. Nach den Erfahrungen des Weltkrieges verstand sie sich durchaus als eine pazifistische Partei.<sup>34</sup> Sie befürwortete ein internationales Rechtssystem, setzte sich für das Schiedsgerichtswesen ein und forderte die allgemeine Abrüstung.<sup>35</sup> Das völkerverständigende Wirken des «älteren», von Quidde repräsentierten Pazifismus, der sich außenpolitisch orientierte, fand ihre Anerkennung. Auch mit dem entschiedenem, «jüngeren» Pazifismus des

---

<sup>30</sup> Mitteilung von Frau I. Wolske (Tochter Lehmanns) an den Vf., 5.10.1988.

<sup>31</sup> Adolf Saager, Der Pazifismus als Massenbewegung. In: FW v. Januar 1918, S. 15.

<sup>32</sup> Vgl. E. Hurwicz, Die politische Volksbildung als Faktor des Friedens. In: Ebd. v. Februar 1918, S. 41.

<sup>33</sup> A.H. Fried, Zuschrift an den achten Deutschen Friedenskongreß in Berlin. In: Ebd. v. Juni/Juli 1919, S. 117.

<sup>34</sup> Vgl. R. Hilferding auf dem Zweiten Kongreß der Sozialistischen Internationale, Marseille 1925, Prot., S. 261.

<sup>35</sup> Wie Anm. 5.

BNV stimmte sie in außen- und friedenspolitischer Hinsicht überein. Obwohl dieser vom Kriege geprägte Pazifismus von Sozialdemokraten getragen wurde, türmten sich in der Frage der Ausgestaltung der Republik kaum zu überwindende Differenzen auf, die aus der Kriegszeit herrührten. Die Mehrheit sah sich außerstande, dessen innenpolitische Komponente, den radikalen Bruch mit der militärstaatlichen Vergangenheit, zu realisieren.

Die SPD entschied sich am 4. August 1914 für Deutschland, gegen die Internationale, gegen das übrige Europa, das keinen Krieg wollte.<sup>36</sup> Während sich eine Minderheit schon bald von dieser Entscheidung befreite, blieb die Mehrheit der 1914 inaugurierten Politik bis zum Kriegsende treu. Sie wurde durch die Kreditbewilligung zur «Gefangenen der Regierung».<sup>37</sup> Die Kreditbewilligung hat zur Folge, daß sich die Partei von der Möglichkeit abkoppelt, im internationalen Rahmen für einen demokratisch-pazifistischen Frieden, d.h. einen Frieden ohne Annexionen auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts der Völker tätig zu werden.<sup>38</sup> «Mit der Preisgabe des internationalen Gedankens und der ihm entsprechenden Grundsätze demokratischen Rechts der Völker», urteilte Bernstein,<sup>39</sup> «gibt man jede Möglichkeit [...] einer spezifisch sozialdemokratischen auswärtigen Politik» auf. Stockholm zeigt dies in aller Deutlichkeit. Denn die Entscheidung vom 4. August 1914, die auch nach 1918 nicht revidiert wurde, war - ob gewollt oder ungewollt - das Votum für den deutschen Angriffskrieg, der als «Verteidigung» interpretiert wurde.<sup>40</sup> Wer aber einen Vernichtungswillen auf seiten der Gegner zu sehen glaubte, konnte sich kaum für die pazifistische Friedensstrategie aussprechen, der mußte alles unternehmen, um die deutsche «Verteidigung» aufrechtzuerhalten, der konnte auch den Annexionismus nicht mit der Entschiedenheit zurückweisen, die von Pazifisten und oppositionellen Sozialdemokraten

---

<sup>36</sup> Vgl. dagegen Paul Kluge, Vorwort zu: Ratz, S. VI, der Ledebour einen Teil der Verantwortung für die Spaltung der Partei aufbürdet.

<sup>37</sup> Bernstein auf dem Sozialistentag, Juni 1919, Prot. USPD, Bd. 1, S. 21.

<sup>38</sup> Vgl. Breitscheid, Die einheitliche Arbeiterbewegung. In: MB v. 17.2.1918; Eine Schuld der Arbeitsgemeinschaft. In: LV v. 21.10.1916.

<sup>39</sup> Bernstein, Völkerpolitik, S. 80. Dagegen behauptet Wette 1971, S. 142, Bernstein habe in erster Linie *national* gedacht.

<sup>40</sup> Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch, S. 23.

praktiziert wurde.<sup>41</sup> Die Friedenspolitik der sozialdemokratischen Mehrheit während des Krieges ist diktiert vom nationalen Bekenntnis des 4. August 1914: Stärkung der nationalen «Verteidigung» bei gleichzeitiger Friedensbereitschaft.<sup>42</sup> Diese Haltung konnte nur über die Erkenntnis und Anerkennung der deutschen Schuld revidiert werden, der dann aufzunehmende Kampf gegen die Regierung implizierte deren Sturz. Damit hätte sich die eigene Politik als falsch erwiesen, die Führer wären diskreditiert. «Eine so große Partei, deren Vertreter und deren Presse sich in einem so ungeheuer wichtigen Zeitpunkt der geschichtlichen Entwicklung so gröblich geirrt hätten», urteilte Peus durchaus zutreffend,<sup>43</sup> «wäre politisch völlig erledigt. Sie hätte ihren Gegnern so furchtbares Material gegen sich gegeben, daß sie sich einsargen lassen könnte.» Die Version vom Verteidigungskrieg bildet das nationale Feigenblatt der SPD. Hätte sie die deutsche Kriegsschuld aufgedeckt, so hätte sie ihrem nationalen Kurs das moralische Rückgrat genommen. Deshalb beharrte sie auch nach 1918 darauf, daß sie 1914 ihre Pflicht getan habe; deshalb löste Bernstein in Weimar einen derart vehementen Protest aus: deshalb war die Partei unfähig, das ideologische Kampfmittel «Kriegsschuld» nach 1918 gegen die erstarkende Reaktion einzusetzen. «Unsere Kriegspolitik», so stellte Wels noch 1919 voller Stolz fest,<sup>44</sup> «war von Anfang an eine Friedenspolitik, sie hat uns das Vertrauen des gesamten deutschen Volkes errungen, weit über die Kreise und Schichten hinaus, die der Sozialdemokratie während des Krieges aus politischer Überzeugung Gefolgschaft geleistet hatten.» Von der Wirkung auf die *internationale* Politik ist keine Rede.

Bis in das Jahr 1917 hinein dominierte in der Mehrheit die Hoffnung auf einen Sieg der deutschen Waffen. Gemäßigten annexionistischen Forderungen stand man durchaus nicht ablehnend gegenüber. Dadurch war die Partei nicht in der Lage, den von BNV und SAG entwickelten Vorstellungen näherzutreten. Zwischen der Mehrheit und dem entschiedenen Pazifismus bestanden zumindest in der Anfangsphase des Krieges erhebliche Gegensätze.<sup>45</sup> So bezeichnete David das Programm des BNV als «ver-

---

<sup>41</sup> Vgl. Boll 1980, S. 117.

<sup>42</sup> Vgl. Scheidemann, Zusammenbruch, S. 36.

<sup>43</sup> H. Peus, Illusionäre. In: Die Glocke v. 8.7.1916, S. 598.

<sup>44</sup> Prot. Weimar 1919, S. 141.

<sup>45</sup> Vgl. Scheer, S. 350 f.

schwommen»<sup>46</sup> und zu anspruchsvoll. Den Pazifisten Goldscheid nannte er schlicht «ein Welten-Eichhörnchen», einen «Vermittler ohne Gefühl für die deutsche Sache».<sup>47</sup> Lensch denunzierte die Abrüstung als «armselige, blecherne Phrase».<sup>48</sup> Der rechte Flügel der Partei wandte sich überhaupt gegen «die naive Ideologie bürgerlicher Pazifisten»,<sup>49</sup> die die Realitäten einer rauen Welt mißachteten. Die Partei wurde davor gewarnt, die Abrüstung zum politischen Ziel zu proklamieren. Schwäche sich Deutschland durch die Minderung seiner Wehrkraft, so setze es sich «der Gefahr eines neuen und noch stärkeren Angriffs von seiten der alten Mächtekoalition» aus. Hier wurde die Ablehnung der Abrüstung mit dem Umstand erklärt, daß sich Deutschland gegen einen feindlichen Angriff zu verteidigen habe. In Ermangelung stichhaltiger Argumente versuchte August Winnig, den Pazifismus als Schwärmerei abzutun<sup>50</sup>: «Der landläufige Wald- und Wiesenpazifismus war nie und ist heute noch nicht mehr als moralisierendes Räsonnement, ein schimmernder Blütenstrauß aus dem Treibhause des reinen Denkens, der leider immer sogleich die Köpfchen hängen ließ, wenn ihn die rauen Lüfte zausten.»

Erst unter dem Einfluß der sich für Deutschland verschlechternden militärischen Situation gab die MSPD ihre Hoffnung auf einen deutschen Sieg auf und näherte sich damit dem Pazifismus. Politischer Ausdruck dieser Wandlung war die Stockholmer Denkschrift, mit der sie sich offiziell zu wesentlichen pazifistischen Inhalten bekannte, ohne allerdings von der Version des deutschen Verteidigungskrieges abzuweichen. Dieses späte Einschwenken auf den pazifistischen Gedanken war vorwiegend taktischer Natur.<sup>51</sup> Die Stellungnahme der Partei zum Brester Frieden beweist dies in

---

<sup>46</sup> KTB, 22.11.1914, S. 71.

<sup>47</sup> Ebd., 19.7.1915, S. 138.

<sup>48</sup> P. Lensch, Sozialismus und Annexionen in der Vergangenheit. In: Die Glocke v. 1.1.1916, S. 496. In dieser Hinsicht blieb er seiner Vorkriegsposition treu.

<sup>49</sup> Homo Heidelbergensis, Sozialistische Friedensziele. In: Ebd. v. 24.6.1916, S. 490. Deshalb propagierten die Rechten das Durchhalten; vgl. H. Peus, Durchhalten für unsere Zukunft! In: Ebd. v. 30.9.1916.

<sup>50</sup> Winnig, Die schöne Sage. In: Ebd. v. 10.2.1917, S. 731, mit der Feststellung, der Pazifismus komme «zu Ehren».

<sup>51</sup> Vgl. E. Bernstein, Regierung und Sozialdemokratie in der Auslandspolitik. In: VFR v. 12.1.1917 und VZ v. 9.1.1917: «Aus Taktik betreibt man [...] die Friedensagitation mit einer Phraseologie, bei der sie jeden Augenblick in ihr Gegenteil umschlagen kann.» «Taktik, Taktik über alles, über alles in der Welt.»

aller Deutlichkeit. Im März 1918, als die MSPD vor die Alternative «Siegfrieden oder Verständigungsfrieden» gestellt wurde, als jeder politische Beobachter erkennen konnte, wer der Aggressor war, bot sich ihr die Möglichkeit, sich von ihrer bisherigen Kriegspolitik zu distanzieren und den pazifistischen Weg zu beschreiten. Hermann Wendel und andere plädierten dafür.<sup>52</sup> Diese Wende hätte allerdings, wie Gerlach richtig anmerkte,<sup>53</sup> die Anerkennung der Politik der USPD bedeutet. Dafür hätte die MSPD aber ihren internationalen Handlungsspielraum zurückgewonnen, den sie am 4. August 1914 verloren hatte. Der Weg zur Verständigung mit der USPD wäre offen gewesen. Nach kontroversen Diskussionen entschied sich ihre Führung, eine «national» zuverlässige Partei zu bleiben, womit sie sich fatalistisch an die Politik der Regierung koppelte. Diese Abhängigkeit wiederum beraubte der MSPD jede konkrete Einflußmöglichkeit auf die Friedensvermittlung.<sup>54</sup> Ohne Strategie, ohne wirkliches Programm, ohne Alternative, immer bemüht, den Kontakt zu den bürgerlichen Mehrheitsparteien zu halten, taumelte sie ähnlich der Regierung dem Ende zu, statt innovativ in das Geschehen einzugreifen, was zumindest nach dem Scheitern der Frühjahrsoffensive möglich gewesen wäre. So erklärt sich der Umstand, daß die Partei zwar mit dem entschiedenen Pazifismus auf friedenspolitischem Gebiet übereinstimmte, jedoch nicht in der Frage der Gestaltung der Republik. Deren Demokratisierung wäre nur über die Ausschaltung der beharrenden Kräfte möglich gewesen; und dazu mußte deren verfehlte Kriegspolitik entlarvt werden, wozu die MSPD aber nicht bereit war, da sie damit ihre eigene Politik in Frage gestellt hätte. Mit dieser Feststellung erklären sich alle Differenzen, die nach 1924 zwischen der SPD und dem Westdeutschen Landesverband der DFG entstehen sollten.

Die sozialdemokratische Opposition dagegen erkannte die Kriegsschuld des deutschen Militarismus<sup>55</sup> und war aus diesem Grunde in der Lage, ihren

---

<sup>52</sup> Vgl. Wendel, Folgerungen. In: VS v. 6.3.1918.

<sup>53</sup> H. von Gerlach, Die schlaun Junker. In: WaM v. 17.6.1918.

<sup>54</sup> Vgl. Gerlachs scharfe Kritik (Dieses war der fünfte Streich. In: WaM v. 8.7.1918): «Die Männer der Linken haben gute Grundsätze, aber sie scheuen sich ängstlich (von den unabhängigen Sozialdemokraten abgesehen), von Worten im Parlament zu Taten durch das Parlament überzugehen. Sie halten sich für Opportunisten und verpassen doch jede Gelegenheit, ihre Macht zu nützen und dadurch eine wirkliche Macht zu werden.»

<sup>55</sup> Vgl. Haenisch, S. 103; Eisner auf der Internationalen Sozialistenkonferenz in Bern 1919 (zit. nach Freiheit v. 5.2.1919): «Schon als das erste deutsche Weißbuch erschien, war es klar, daß das deutsche Volk von seinen Führern betrogen war, und daß die Schuld und



internationalen Verpflichtungen treu zu bleiben. Sie lehnte es nicht nur aus moralischen Gründen ab, den Sieg der einen oder der anderen Seite zu fordern. Vielmehr war sie davon überzeugt, daß es angesichts der wirtschaftlichen und militärischen Stärke der beiden Machtblöcke nur einen Abnutzungskrieg ohne Sieger geben könne. Selbst ein eventueller Sieger werde dennoch wegen der ungeheueren Verluste ein Verlierer bleiben. Deshalb forderte die Opposition in Anknüpfung an die Vorkriegsbeschlüsse der Internationale einen Verständigungsfrieden auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts der Völker; andernfalls gehe Europa seinem Ende entgegen. Ein solcher Frieden mußte nach ihren Vorstellungen als Voraussetzung die Absage an jegliche Form des Annexionismus enthalten. Gewaltsame Angliederungen trügen nur den Keim neuer Konflikte in sich und seien nicht geeignet, dem künftigen Frieden einen dauerhaften Charakter zu verleihen. Ganz abgesehen davon, daß der Gegner einen solchen Frieden nur im Falle einer Niederlage akzeptieren würde. Die Opposition besaß kein Vertrauen in die Regierungen, sie befürwortete statt dessen die Mobilisierung der Volksmassen als Druckmittel. Mit der Kreditverweigerung und der Zurückweisung des Annexionismus hoffte sie, den Massen im feindlichen Ausland ein Zeichen zu geben, nun ähnliche Aktionen einzuleiten. Der Protest der zu restrukturierenden Internationale sollte die Regierungen zum Frieden bewegen. In diesem Punkt unterschätzte die Opposition indessen die Wirkung, die der deutsche Angriff auf das neutrale Belgien in Frankreich und in England ausgelöst hatte. Bis auf Ausnahmen - in England vor allem die ILP - forderten die englischen und französischen Sozialisten bis in das Jahr 1917 hinein die Besiegung des preußisch-deutschen Militarismus als Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden. In den Friedensprinzipien stimmten sie jedoch mit der deutschen Opposition überein. «Was die verschiedenen Parteien der Internationale trennte», so urteilte Kautsky sehr zurecht,<sup>56</sup> «waren nicht die Grundsätze, sondern ihre Auslegung und Anwendung, war nicht das Ziel, sondern Weg.»

---

Verantwortlichkeit nicht mehr in Zweifel stand.» Ähnlich Oscar Cohn, RT, 6.6.1916, S. 1571.

<sup>56</sup> Kautsky, Sozialisten, S. 547.

Die von Liebknecht und Luxemburg geführte radikale Linke, der spätere «Spartakus-Bund», befand sich zunächst auch auf dieser Linie,<sup>57</sup> übernahm jedoch später die Taktik der Bolschewiki, nach der der «imperialistische» Krieg mit *Waffengewalt* in die Diktatur des Proletariats umgewandelt werden sollte. «Spartakus» war spätestens seit 1917 aus taktisch-ideologischen Gründen nicht mehr bereit, einer der am Kriege beteiligten kapitalistischen Mächtegruppierungen Absolution zu erteilen. In dem Glauben, die alleinigen Hüter des Marxismus zu sein, führten sie alle Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens auf die eigentlichen Ursachen zurück - den alles korrumpierenden Kapitalismus. Er war der Dämon, gegen den sich die Agitation des Proletariats zu richten hatte. Das wiederum hieß, daß der Militarismus erst mit dem Sturz des Kapitalismus zu überwinden war. Damit ebnete die radikale Linke die sehr wohl existierenden politisch-ideologischen Unterschiede zwischen den einzelnen Imperialismen ein.<sup>58</sup> Imperialismus hüben - Imperialismus drüben: alle waren gleich, alle mußten ohne Rücksicht auf die konkreten Verhältnisse bekämpft werden. Das Zauberwort, mit dem alles erklärt werden, mit dessen Hilfe man sich der Analyse der überaus komplexen internationalen Verhältnisse entziehen konnte, hieß: Imperialismus.<sup>59</sup> In verhängnisvoller Weise verbaute sie sich den Blick für die Spezifika der deutschen Verhältnisse. Denn wer überall nur kriegslüsterne Imperialismen am Werke sah, wer den Kriegsausbruch 1914 mit dem Zusammenprall eben dieser Systeme erklärte, wer die Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg im Zeitalter des modernen Kapitalismus für irrelevant hielt,<sup>60</sup> der gelangte zu ganz anderen Schlußfolgerungen gerade auch in der so eminent wichtigen Friedensfrage als diejenigen, die wie die Mehrheit der USPD den deutschen Kriegswillen in den Mittelpunkt ihrer Analyse gestellt hatten.<sup>61</sup> Die Aufforderung von

---

<sup>57</sup> So erklärt sich die Kritik, die DDR-Forscher an «Spartakus» üben. Dagegen Boll 1980, S. 138, 142, der diese Differenzierung nicht einführt. Die erst seit Anfang 1916 zu konstatierenden Unterschiede innerhalb der Opposition setzt er bereits ab Kriegsbeginn an.

<sup>58</sup> Vgl. exemplarisch Heckert, Prot. Gotha 1917, S. 64 f.

<sup>59</sup> Vgl. Haase, ebd., S. 73.

<sup>60</sup> Vgl. Meyer, Prot. Jan. 1917, S. 93: «Im Zeitalter der imperialistischen Kriege» würden «all diese Kriege mit Eroberungsabsichten» unternommen.

<sup>61</sup> Vgl. exemplarisch: Die Schuldfrage. In: VZ v. 15.6.1917: «Ohne Zweifel bildet der Kapitalismus den Boden, auf dem die Kriegsgefahr ihre üppigste Nahrung findet, aber damit ist doch nicht gesagt, daß für den Ausbruch eines speziellen Krieges alle beteiligten Länder

«Spartakus» an das internationale Proletariat, die Waffen gegen die eigenen, imperialistischen Regierungen zu erheben, um dem Krieg durch den Sturz der kapitalistischen Systeme ein Ende zu bereiten, lief objektiv auf die Unterstützung der deutschen Aggression hinaus.<sup>62</sup> «Aber ob Ihr es noch so sehr vermeiden möchtet», kritisierte Salomon Grumbach die Anhänger von Zimmerwald und Kiental,<sup>63</sup> «es ist die Sache des deutschen Kaiserreiches, der heute schließlich die von Euch gepredigte Taktik beinahe automatisch den größten und unmittelbarsten Nutzen bringen würde.» Frieden durch Revolution - dieser Appell verlangte von den Sozialisten der Entente nichts anderes als die Sabotierung der nationalen Verteidigung gegenüber dem deutschen Angriff. Deshalb wurden die Zimmerwalder Konferenzen nirgendwo so abgelehnt und bekämpft wie im westlichen Ausland, nirgendwo aber auch so instrumentalisiert wie in Deutschland.<sup>64</sup> Mit der bolschewistischen Theorie wurde die deutsche Armee zur Eroberung Europas eingeladen, denn die Aussicht, daß die gespaltene deutsche Sozialdemokratie in der Lage sein würde, das waffenstarre Deutschland der Junker im gleichen Atemzug in ein sozialistisches Gemeinwesen umzuwandeln, war gleich null.

Das Versagen der SPD in der Friedensvermittlungsfrage, das nicht zuletzt aus der nationalen Fixierung der Partei zu erklären ist, hatte zur Folge, daß sich gerade solche Sozialdemokraten, die dem internationalen Gedanken treu geblieben waren und von der eigenen Partei die Völkerversöhnung erwartet hatten, pazifistischen Organisationen zuwandten oder sogar anschlossen. Hier sind vor allem Bernstein, Breitscheid, Eisner, Erdmann, Ströbel und Vogtherr zu nennen.<sup>65</sup> In Anlehnung an Peter Gay hat Wolfram Wette festgestellt,<sup>66</sup> Bernstein sei kein prinzipieller Pazifist gewesen, bei ihm überwiege aber «eine pazifistische Tendenz». Nun kommt es zunächst einmal darauf an, wie der Begriff Pazifismus definiert wird. Setzen wir

---

und Regierungen in gleichem Maße verantwortlich sind. Das hieße marxistischen Gedanken doch eine gar zu simple Auslegung geben.»

<sup>62</sup> Vgl. Kautskys Kritik an Heckert, Prot. Gotha 1917, S. 76 f.

<sup>63</sup> Grumbach, Kiental, S. 62.

<sup>64</sup> Vgl. PA Bonn. Europa Generalia 82, Nr. 12, Die Sozialdemokratie in der Schweiz, Bd. 15: Romberg an AA, 16.4.1917.

<sup>65</sup> Vgl. Scheer, S. 346 f.

<sup>66</sup> Wette 1971, S. 144. Vgl. Gay, S. 352. Von Schröder, S. 193 und Miller, Bernsteins Haltung, S. 218, übernommen.

Pazifismus gleich mit Gewaltlosigkeit, mit Tolstoianismus, dann ist Wette durchaus zuzustimmen, denn Bernstein und auch Ströbel waren Verfechter der Landesverteidigung. Verstehen wir aber unter Pazifismus den Versuch, dem Frieden einen dauerhaften Charakter zu verleihen durch konfliktregulierende Maßnahmen im Innern und nach Außen, dann müssen wir in Bernstein - und Ströbel - Pazifisten sehen. Nicht ohne Grunde veröffentlichte Ströbel 1920 einen Artikel mit dem Titel *Bernstein als internationaler Vermittler*.<sup>67</sup> Im übrigen ist die Frage «Waren sie Pazifisten?» irrelevant. Im Vordergrund stehen die Inhalte ihrer politischen Überzeugung, und da stimmten sie mit den entschiedenen Pazifisten überein. Bernstein, so hieß es in der *Glocke*,<sup>68</sup> bekämpfe die Kriegspolitik der SPD mit «den verstaubten Formeln» aus «der ehrwürdigen Rumpelkammer des bürgerlichen Pazifismus» wie z.B. der internationalen Solidarität der Völker, dem Selbstbestimmungsrecht, der «Idealisierung des internationalen Status quo».

Mit ihrem Bekenntnis zum sozialistischen Internationalismus, zur Solidarität der Völker untereinander, kamen Bernstein, Breitscheid, Ströbel und die anderen dem Bestreben der Pazifisten entgegen, eine Brücke zwischen den verfeindeten Nationen zu schlagen.<sup>69</sup> Jeder Siegfrieden mußte den Keim neuer Kriege in sich tragen. Wer einen dauerhaften Frieden wünschte, der mußte Internationalist sein und sich für die Verständigung der Völker einsetzen, der mußte das Bestreben haben, den Krieg mit einem schnellen Frieden ohne Annexionen zu beenden, der mußte das Rechtsprinzip in der Form des Selbstbestimmungsrechts der Völker anerkennen<sup>70</sup> und sich damit den Pazifisten nähern. «Gehörte nicht jeder Sozialist», so fragte Kautsky,<sup>71</sup>

---

<sup>67</sup> In: Der Marxist Nr. 29, 1920.

<sup>68</sup> W. Altschul, Eduard Bernstein als Annexions- und Kriegspolitiker. In: Die Glocke v. 13.1.1917, S. 561.

<sup>69</sup> Dies wird gerade bei Bernstein deutlich, der schon 1915 intensiv die Arbeit des BNV unterstützt. 1916 schreibt er: «Der Tag wird kommen, wo diejenigen als die besten Freunde des deutschen Volkes werden erkannt werden, die unentwegt an den Grundsätzen der Internationale festgehalten haben.» Bernstein, Nichts als etwas Sozialismus. In: Vorwärts v. 13.9.1916.

<sup>70</sup> Zweifel erscheinen mir angebracht an der plakativen Einordnung der USPD-Strategie als «kurativ-abwartend» (Boll 1980, S. 139). Zumindest bis Ende 1918 ist die USPD in ihrer überwiegenden Mehrheit eindeutig präventiv, d.h. pazifistisch eingestellt. Die Massen werden nicht zur Revolution mobilisiert, sondern als Druckmittel zur Erlangung des Friedens. Erst gegen Ende 1918 zeigen sich erste Modifikationen.

<sup>71</sup> Kautsky, Sozialisten, S. 554.

«der einen Verständigungsfrieden forderte, selbst zu den Pazifisten?» Dieser Internationalismus hebt sich scharf ab von dem während des Krieges formulierten leninistischen Internationalismus. Der erstere forderte die Verständigung der Völker auch unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen, der letztere wollte gerade diese Strategie nicht, sondern zielte auf den revolutionären Umsturz ab. Das «lückenlose, tiefinnerliche Bekenntnis zum internationalen Pazifismus», bekräftigte Ströbel nach 1918 den demokratischen Sozialismus,<sup>72</sup> müsse «das sozialistische Weltevangeli-um» werden.

Ursprünglich gegründet, um der unterdrückten Arbeiterklasse zu sozialer Gerechtigkeit zu verhelfen, besaß die Sozialdemokratie vor dem Kriege eine klare innenpolitische Stoßrichtung. Ziel der Massenmobilisierung sollte die Überwindung der Wilhelminischen Klassengesellschaft sein. Hatte Die SPD erst einmal die Mehrheit der Bevölkerung für sich gewonnen, so ihre Taktik, dann nähme sie auch allmählich immer größeren Einfluß auf das Staatswesen. In diesem Falle, der die Parlamentarisierung des gesellschaftlichen Lebens implizierte, bestimmten aber auch Sozialdemokraten die Außenpolitik des Landes. Eine vom Machtgedanken getragene Außenpolitik, wie sie vor 1914 an der Tagesordnung war, sei dann ausgeschlossen. Aufgrund der Tatsache, daß die SPD einen deutlichen Primat der Innenpolitik aufstellte, vernachlässigte sie den außenpolitischen Sektor, der von den Pazifisten so sehr beachtet wurde. Erst oppositionelle Sozialdemokraten, vor allem Bernstein, Kautsky und Ströbel, begründeten im Kriege eine spezifische sozialdemokratische *Völkerpolitik*, die vor allem von der USPD vertreten wurde. Sie folgten damit Max Adler, der 1915 die Ansicht vertrat, daß die neue Internationale «organisierter aktiver Pazifismus»<sup>73</sup> sein werde. Die MSPD dagegen widmete in ihrem Programmentwurf vom Mai 1918 der Außenpolitik abermals keinen eigenen Abschnitt.<sup>74</sup>

Der von entschiedenen Pazifisten und Sozialisten geforderten «Pazidemokratie» (Fried) im Innern entsprach die pazifistische Orientierung nach außen. Aus der Analyse des Rüstungswettlaufs von vor 1914 zog man die

---

<sup>72</sup> H. Ströbel, Zum 9. November. In: WaM v. 8.11.1920.

<sup>73</sup> Max Adler, Das Problem der äußeren Politik. In: NZ v. 16.4.1915, S. 65 ff.

<sup>74</sup> Vgl. Miller, Burgfrieden, S. 349: unter anderen Programmpunkten verstreut, finden sich die Forderungen nach «Beseitigung der Geheimdiplomatie, Schaffung internationaler Rechtsorganisationen».

Konsequenz, daß sich der pazifistische Sozialismus für die Abrüstung stark machen müsse. Sie sei zugleich das Mittel, um die Nachkriegswirtschaft wieder anzukurbeln. Schiedsgerichte sollten obligatorischen Charakter erhalten, denn nur über dieses Friedenssicherungsinstrumentarium erhofften sie die Hilfslosigkeit und Ohnmacht überwinden zu können, die die europäische Diplomatie in der Julikrise von 1914 demonstriert hatte. Der «einfache Wille zur Verständigung», «ein wenig gesunde politische Vernunft», urteilte Ströbel 1919,<sup>75</sup> hätten in der Krise ausgereicht, um das Blutvergießen zu vermeiden - «wenn in Deutschland nur ein wenig mehr Einsicht und politische Voraussicht zu finden gewesen wäre!» Ein internationales Freihandelssystem sollte die Gefahren eliminieren, die als Folge von Schutzzöllen entstehen konnten. Mit der Errichtung eines Völkerbundes hoffte man, den Zustand der «zwischenstaatlichen Anarchie» zu überwinden und das Rechtsprinzip zu institutionalisieren. Eng damit verbunden, war der Wille dieser Sozialisten bzw. Pazifisten, das arg lädierte Völkerrecht zu verteidigen. «Wir sind keinen Augenblick im Zweifel», erklärte Haase im Herbst 1916 mit Blick auf den drohenden rücksichtslosen U-Bootkrieg,<sup>76</sup> «daß das Völkerrecht wiederaufgebaut und nicht nur wiederaufgebaut, sondern auch ausgebaut werden muß, daß es geschützt und gesichert werden muß gegen Verletzungen, wie wir sie gegenwärtig erlebt haben.» Die sich hier manifestierende humanitäre Gesinnung bildete eine zusätzliche Brücke, die Pazifisten und Sozialisten über alle Klassen- und Parteigegegensätze hinweg zusammenführte.

Die Sicherung des zukünftigen Friedens, die jetzt in ihren Überlegungen den ersten Platz einnahm, konnte nur dann erreicht werden, wenn die Sozialdemokratie ihr Verhältnis zur Gewalt neu definierte. Die Partei mußte sich von dem immer noch virulenten Dogma verabschieden, wonach Kriege eine progressive Funktion hätten. Diese Wandlung gelang nur einem Teil der Sozialdemokratie. Sowohl der rechte Flügel um Haenisch, Lensch und Cunow, der den Krieg als revolutionär interpretierte, als auch die radikale Linke, die den imperialistischen Krieg in den revolutionären Befreiungskampf umzuwandeln suchte, bejahten das Prinzip Gewalt als

---

<sup>75</sup> Ströbel, Moskau gegen Weimar. In: WB v. 13.3.1919, S. 278.

<sup>76</sup> RT-Reden, 11.10.1916, S. 47. Vgl. Rede v. 2.12.1916, ebd., S. 62; Haase, RT, 6.4.1916, S. 887; Ledebour, RT, 15.5.1917, S. 3404.

Moment des Fortschritts.<sup>77</sup> Der pazifistische Sozialismus dagegen lehnte die Gewalt ab, da er darin eher einen retardierenden Faktor erblickte. «Die Opposition», so erklärte die *Bergische Arbeiterstimme* im April 1917,<sup>78</sup> «ist der Auffassung, daß Kriege kein Mittel sind, um völkische Probleme zu lösen, und daß Sozialisten alles tun müssen, um ausgebrochene Kriege auf ihren Herd zu beschränken und so rasch als möglich zu beenden.» Lediglich Verteidigungskriege waren demnach legitim. Man setzte auf Vernunft, Demokratie, Parlamentarisierung und allmählich Durchdringung des Kapitalismus durch sozialistische Formen. Ströbel verlangte «die neue Sittlichkeit»,<sup>79</sup> die «jede politische und soziale Gewaltherrschaft unmöglich macht, die insbesondere den Krieg so verabscheut, wie heute schon der Raubmord und die Blutschande verabscheut werden». Das neue Dogma der sozialistischen Arbeiterbewegung sollte die Bewahrung des inneren und äußeren Friedens sein, eine Aufgabe, die nur dann adäquat zu lösen war, wenn im Inneren die Demokratie und nach Außen ein internationales Rechtssystem aufgebaut wurden. Basis dieser Auffassung war eine differenzierte Imperialismustheorie.

Die Umstände des Kriegsausbruchs bestätigten Kautsky, den Theoretiker der sich formierenden Opposition, in seiner bereits vor dem Kriege begründeten Auffassung, daß die Imperialismustheorie zu modifizieren sei. Die Erklärung des Krieges allein aus dem imperialistischen System sei «zu simplizistisch»,<sup>80</sup> da es neben den imperialistischen Bestrebungen noch andere Tendenzen gebe, nämlich solche dynastischer und nationaler Natur, aus denen gleichfalls Konflikte herrühren könnten. Der Imperialismus sei nicht die *notwendige* höchste Stufe des Kapitalismus.<sup>81</sup> Damit rüttelte Kautsky an dem Dogma, daß Kriege *naturnotwendig* im kapitalistischen Imperialismus angelegt seien.<sup>82</sup> Mit scharfer Kritik bedachte er «einen der

---

<sup>77</sup> Vgl. Haenisch, S. 120 ff.; Karsten, Prot. Gotha 1917, S. 75: «Der Krieg wird der Geburtshelfer des Sozialismus sein.»

<sup>78</sup> Die Tagung in Gotha. In: BAS v. 11.4.1917.

<sup>79</sup> Ströbel im Abgahaus, 15.1.1918, S. 7269.

<sup>80</sup> Kautsky über die Internationale und den Krieg. In: SA v. 3.5.1916.

<sup>81</sup> Vgl. Salvadori, S. 275.

<sup>82</sup> Vgl. detailliert Wette 1971, S. 155 ff.; Lenin an I. Armand, geschrieben zwischen dem 22. und 30.1.1917. In: Ders., Briefe, S. 374, Nr. 359: Der «Angelpunkt in der Frage des Pazifismus» sei der Gedanke, daß Kriege nicht mit dem Kapitalismus verknüpft seien; Reisberg, S. 170 f.

abgestandensten Gemeinplätze» des modernen Sozialismus, nach dem Kriege lediglich ein Ergebnis des Imperialismus seien.<sup>83</sup> Kautsky ging noch weiter und behauptete, daß der Kapitalismus auch mit friedlichen, demokratischen Mitteln expandieren könne.<sup>84</sup> Die gewaltsame Methode sei lediglich «die kostspieligste und gefährlichste Form».<sup>85</sup> Entschieden verwahrte er sich dagegen, dem imperialistischen System mit Fatalismus zu begegnen<sup>86</sup>: «Ob die Gegner des Imperialismus die Macht haben, ihn einzudämmen, ist also keineswegs sicher. Aber auch das Gegenteil steht nicht fest.» Deshalb hatte die sozialistische Bewegung alle Kraft aufzubringen, um die Institutionen der Demokratie und des Parlamentarismus zu stärken. Sie sollte ihr ganzes Gewicht in die Waagschale werfen, um das Bürgertum zur Respektierung der unter dem Druck des Proletariats geschaffenen Friedensordnung zu zwingen.

Der sozialistischen Partei wurde die Aufgabe zuteil, den Volksmassen «den flammenden Haß gegen den Krieg und die Kriegsschürer»<sup>87</sup> einzuflößen. Überall hatte die Sozialdemokratie als Vorreiter, als Avantgarde der Völkerversöhnung «den Kriegsfuror und die Gewaltanbetung zu bekämpfen, überall der nationalistischen Verhetzung gegenüber mit Leidenschaft die internationale Verständigung zu predigen».<sup>88</sup> Denn nur im Zustand des Friedens, so erläuterte Ströbel seine Taktik,<sup>89</sup> könne der Sozialismus seine weitgesteckten Zukunftsziele verwirklichen, könne er die Menschheit auf den Weg der politisch-kulturellen Höherentwicklung drängen. Kriege dagegen seien ungeeignet, diesen Prozeß zu beschleunigen. Denn, und hier finden wir Ströbels sittlich-moralische Kriegsgegnerschaft, sie entfesselten diejenigen Gewalten, die der gewünschten Entwicklung der

---

<sup>83</sup> Vgl. K. Kautsky, Was will Wilson? In: SA v. 19.9.1918.

<sup>84</sup> Vgl. Salvadori, S. 284.

<sup>85</sup> Kautsky, Nationalstaat (geschrieben im Februar 1915), S. 22, 36, 70. Die Schrift wurde vom «Völker-Frieden» (August 1915, S. 91) als «pazifistische Kriegsliteratur» angepriesen. F. Röttcher behauptete, Kautsky bewege sich «auf pazifistischen Bahnen»; Pazifismus und Sozialismus. In: Die Menschheit v. 24.4.1915.

<sup>86</sup> Kautsky, Nationalstaat, S. 21.

<sup>87</sup> Ströbel, Kriegsbekämpfung und Friedensbewegung. In: AD v. 6.2.1926.

<sup>88</sup> Ders., Revolution und Klassenkampf. In: Jungsozialistische Blätter v. September 1925, S. 264.

<sup>89</sup> Detailliert dargestellt in Ströbels Schrift «Sozialismus und Weltgemeinschaft», Berlin 1923.



Menschheit entgegenstünden. Da Kriege verrohend auf das Volksempfinden, auf den sittlich-moralischen Zustand der Menschheit wirkten, zerstörten sie gerade die ideellen Kräfte, die für die Umformung der gesellschaftlichen Verhältnisse erforderlich seien: Humanität, Kreativität, Toleranz. Damit verabschiedete sich dieser Sozialismus von dem Glaubenssatz der Vorkriegssozialdemokratie, daß unter den Bedingungen des Kapitalismus kein ewiger Friede möglich sei. Die Verwerfung der Gewalt schloß allerdings keinesfalls die Landesverteidigung aus. Einem Staat, der Kriegsächtungspakte und Schiedsgerichte ignorierte und einen friedlichen Nachbarn angriff, mußte mit Gewalt begegnet werden<sup>90</sup>: «Gegen ihn sind alle Mittel anzuwenden: moralische Ächtung, ökonomischer Boykott und, wenn das nicht ausreicht, auch die Gewalt selbst.»

Die sozialistische Bewegung spaltet sich während des Ersten Weltkrieges in eine östliche und eine westliche Richtung auf. Die östliche Richtung, die sich in den ersten Kriegsjahren durchaus der ersten Richtung verbunden fühlte, greift später auf die orthodoxe marxistische Terminologie zurück und denunziert die Befreiungspräntionen der westlichen Entente als Verschleierung ihrer imperialistischen Ziele. Innerhalb dieser Interpretation wurde die französische Republik auf eine Stufe gestellt mit dem militaristischen Deutschland.<sup>91</sup> Mit Entschiedenheit verwarf Lenin «den lächerlichen Pazifismus der Franzosen» und «den lächerlichen Glauben an die Demokratie».<sup>92</sup>

Die westliche Richtung dagegen wollte den Sozialismus aus der Ebene des Materiellen emporheben, ihn mit Ideen, mit dem Menschheitsgedanken erfüllen. «*Ein sozialistisch vollendetes und erhöhtes 1789 mit Bewahrung, mit Steigerung aller seiner Ideale*» - darin stimmten entschiedene Pazifisten und pazifistische Sozialdemokraten überein,<sup>93</sup> sollte ihr Ziel sein; ein

<sup>90</sup> Ströbel, Stellungnahme zum Thema «Kriegsdienstverweigerung». In: FW 28 (1928), S. 302. Vgl. ders., Gewalt oder Organisation. In: Monistische Monatshefte v. Oktober 1926.

<sup>91</sup> Vgl. exemplarisch F. Mehring, Komödie gegen Komödie. In: VB v. 15.9.1917: «Herr Wilson ist nicht unser Mann.» Er sei lediglich Vollzugsorgan eines kapitalistischen Staates. Die Sache werde dadurch nicht besser, daß «Herr Wilson kein erblicher Monarch, sondern der Präsident einer demokratischen Republik ist.» In der Klemme. In: AP v. 15.9.1917: westliche Demokratien seien nichts als die «verfassungsmäßigen Sicherungen der kapitalistischen Ausbeutungsmethoden».

<sup>92</sup> Lenin an I. Armand, 27.2.1917. In: Ders., Briefe, S. 390, Nr. 372.

<sup>93</sup> Ernst Bloch, Über einige politische Programme und Utopien in der Schweiz. In: Korol (Hg.), S. 556.

sittlich geläuterter Sozialismus, der an die großen Ideen von 1789 anknüpfte, aber den Rahmen des kapitalistischen Systems sprengte, innerhalb dessen diese Idee sich entwickeln konnten, jedoch gleichzeitig auch aufgrund des bürgerlichen Profitstrebens ihre Grenzen fanden. Der Sozialismus sollte diese Ideen in die neue Wirtschaftsordnung übernehmen, integrieren. Damit war ein dicker Trennungsstrich zum Bolschewismus gezogen. Dieser westlich orientierte Sozialismus, der sich von jeglichem Ökonomismus fernhielt und Wilson nahestand, mußte gerade auch unter dem Einfluß des Krieges pazifistisch, d.h. gewaltfrei sein. Er konnte seine wirtschaftlichen Innovationen dementsprechend nicht mit den Mitteln der Gewalt durchsetzen, sondern mußte ganz nach Kautskys Rezept auf die Ratio der Menschen und den Einfluß des Proletariats vertrauen. Dieser Sozialismus konnte nur aufgrund einer demokratischen Legitimation existieren. Seine Ziele waren die Errichtung der Demokratie, ein internationales Rechtssystem, Völkerbund, Abrüstung, Schiedsgerichte, Freihandel.

In der historischen Forschung wird bis heute die Auffassung vertreten, daß es für Deutschland in der Phase des revolutionären Umbruchs nur die Alternative zwischen Anlehnung an die alten Eliten und Rätediktatur nach sowjetischem Muster gegeben habe. Diese These wurde erst kürzlich von Wolfram Wette in überzeugender Weise angefochten.<sup>94</sup> Das vorliegende Papier wirft Licht auf diejenigen politischen Kräfte, die diesen «dritten», *radikaldemokratischen* Weg jenseits des alten Militarismus und der Rätediktatur zu gehen bereit waren. In Übereinstimmung mit Vorstellungen, die im westlichen Ausland, vor allem den USA, entwickelt worden waren, starteten pazifistische Sozialdemokraten und entschiedene Pazifisten 1918/19 den Versuch, das Programm einer «geistigen» Revolution, der Distanzierung von dem bisherigen militaristischen System durchzusetzen. Sie wollten eine Politik inaugrieren, deren Grundlagen Bernstein, Kautsky, Ströbel, aber auch Fried und Gerlach bereits während des Krieges skizziert hatten. Zu diesen Grundlagen zählte der friedliche Interessenausgleich sowohl auf innen- als auch auf außenpolitischer Ebene. Aus der Erkenntnis heraus, daß Innen- und Außenpolitik kausal miteinander verbunden sind, forderten sie die durchgreifende Demokratisierung Deutschlands, den Aufbau einer wahrhaften Demokratie, die sich von der militärstaatlichen Tradition lossagte und die innenpolitische Abrüstung als Basis der zu schaffenden pazifistischen Weltordnung einleitete. Aufgabe

---

<sup>94</sup> Wette, Noske, S. 789.

der neuen Machthaber, so urteilte Ströbel 1919,<sup>95</sup> sei es, auf den Trümmern des Kaiserreichs, das sich selbst zugrunde gerichtet habe, «ein neues Reich des Rechtes und der sozialen Gerechtigkeit» zu errichten. Nur dann wenn das Volk zu politischer Eigenverantwortung herangezogen werde und als Souverän auftrete, könne ein weiterer Krieg ausgeschlossen werden. Je einschneidender diese Demokratisierung durchgeführt werde, desto stärker sei die neue Friedensordnung zu festigen. Hier trifft sich der Sozialdemokrat Ströbel, 1919/1920 Leitartikler der *Weltbühne*, mit dem Pazifisten Ossietzky, der 1920 ebenfalls «die Revision einer unmöglichen Geistesart»<sup>96</sup> des deutschen Volkes anmahnte. In die Aufbruchstimmung, in den grenzenlosen Idealismus der unmittelbaren Nachkriegszeit einstimmend, verlangte Ossietzky in dem oben skizzierten Sinne die Durchdringung der Köpfe mit demokratisch-pazifistischem Gedankengut. 1919 verkündete er sein Glaubensbekenntnis<sup>97</sup>:

«Wir müssen den Menschen schaffen, der über keine Tradition mehr stolpert. Wir müssen den Menschen schaffen, dem kein Staat, keine Partei mehr befehlen darf: Du sollst töten! oder: Du sollst dich töten lassen! Wir müssen den Menschen schaffen, der nicht mehr die Geißel des Hungers kennt. Wir müssen den Menschen schaffen, frei in seinem Gewissen, von keiner Instanz beeinträchtigt. Wir müssen den autonomen Menschen schaffen, durch nichts gebunden als durch das Bewußtsein, daß Millionen sein Schicksal teilen.»

Über einige Ansätze hinaus konnte sich diese Konzeption in keiner Weise durchsetzen. Der entscheidende Grund dürfte in der Spaltung der deutschen Arbeiterklasse liegen. Der Sieg der Bolschewiki hat für die deutsche Sozialdemokratie verhängnisvolle Folgen - sie wird endgültig zerrissen. Bis zum Oktober 1917 lag dem Riß zwischen USPD und MSPD allein eine unterschiedliche Einschätzung des Kriegsgeschehens zugrunde,<sup>98</sup> danach erfährt die Sozialdemokratie eine weitere, tiefere Spaltung, die nun prinzipieller Natur ist, weil sie das Ergebnis unterschiedlicher Taktiken darstellt (westlich-demokratisch - bolschewistisch). Diese Spaltung wiederum beeinflusst die Politik der MSPD in der Revolution. Konfrontiert mit der Agitation der vorwärts drängenden radikalen Linken, weigert sich die

<sup>95</sup> Ströbel, Die Aufgaben des Sozialismus. In: Die Zukunft v. 15.2.1919, S. 184.

<sup>96</sup> C. von Ossietzky, Spa und die deutsche Psyche. Zit. nach Donat/Wild, S. 90.

<sup>97</sup> Zit. nach L. Wieland, Carl von Ossietzky. Republikaner ohne Republik. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/1988, S. 616.

<sup>98</sup> Vgl. Ströbel, Die Reichskonferenz. In: NZ v. 15.9.1916, S. 674.

Partei, sich von ihrer *nicht*pazifistischen Kriegspolitik zu distanzieren. Ein solcher Schritt hätte die Anerkennung der eigenen Kriegsschuld impliziert, wozu man angesichts der starken linken Konkurrenz nicht bereit war. Denn dies hätte die Entmachtung der sozialdemokratischen Führungsspitze zur Folge gehabt. Somit mußte die Politik der MSPD defensiv und bremsend sein. Die Anlehnung an die alten Eliten, die Weigerung, die alte Militär- und Bürokratenkaste endgültig zu entthronen, erzeugte innerhalb der breiten Massen Abneigung und Mißtrauen. Das Vorbild der Bolschewiki vor den Augen, suchte die radikale Linke ihr Heil in putschistischen Aktionen, die wiederum Gegenmaßnahmen der MSPD provozierten.<sup>99</sup> «Aus der inneren Zerrissenheit und diesem fanatischen Bruderhaß zwischen den verschiedenen Gruppen des deutschen Sozialismus erwuchs die Tragödie der deutschen Revolution. Alle die unerhörten Fehler, die auf allen Seiten begangen wurden, all die Mißerfolge und Blamagen der Revolution haben ihren Ursprung in der mörderischen Selbstzerfleischung der deutschen Arbeiter.»<sup>100</sup> Das Ergebnis der sich in Noske und seinen Freikorps manifestierenden «geistlos-brutalen Gewaltpolitik» war eine Republik ohne Republikaner, ein Volksstaat ohne sozialen Inhalt. Im Schatten der zwischen linken und rechten Sozialdemokraten ausgefochtenen Kämpfe konnten sich diejenigen Kräfte konsolidieren, die eigentlich 1918 von der politischen Bühne Abschied hätten nehmen sollen.<sup>101</sup> Sie waren nicht bereit, das Ergebnis des Ersten Weltkrieges - Republik und Versailler Friedensordnung - als Basis ihrer künftigen Politik zu akzeptieren. Sie strebten die Überwindung von Republik und Versailler System an.

Eine kooperativere Politik der MSPD gegenüber der sich im schärfsten Abwehrkampf befindlichen rechten USPD und deren Vorstellungen unter Einschluß des fortschrittlichen Bürgertums<sup>102</sup> hätte auf der einen Seite die traditionellen Kräfte zurückgedrängt, auf der anderen Seite wäre ein Ventil geöffnet worden, um die Radikalisierung der Massen und der Gesamt-USPD zu bremsen. Es mag dahingestellt bleiben, ob die Spaltung der USPD verhindert worden wäre. Auf alle Fälle hätten sich die Kampfbedingungen

---

<sup>99</sup> Vgl. ders., Der Bruderzwist die Quelle des Übels. In: AZ v. 30.3.1919.

<sup>100</sup> Ders., Die deutsche Revolution. In: Der Klassenkampf v. 1.11.1928. Hier auch das folgende Zitat.

<sup>101</sup> Vgl. Heinrich A. Winkler, Bismarcks Schatten. Ursachen und Folgen der deutschen Katastrophe. In: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte v. Februar 1988, S. 116.

<sup>102</sup> Schon von Ströbel, Die Rettung. In: WB v. 17.4.1919, S. 434.

des rechten Flügels zur Erringung der Mehrheit innerhalb der USPD erheblich verbessert. Und Ströbels Appell an die sozialistische Bewegung aus dem Jahre 1922 wäre sicherlich nicht wirkungslos verpufft<sup>103</sup>:

«Darum ist es an der Zeit, daß der Sozialismus sich seines innersten Wesens völlig klar bewußt wird und sich vorbehaltlos zum Pazifismus bekennt. Zu jenem Pazifismus, der die ökonomisch-psychologischen Wurzeln der Völkerzerklüftung genau erkennt und deshalb für die Ablösung des kapitalistischen durch das sozialistische Wirtschaftssystem mit aller Energie eintritt, der sich aber zugleich für die Verbreitung der sittlichen Ideen des Pazifismus und den Aufbau des neuen Völkerrechts und der großen lückenlosen Völkergemeinschaft mit der gleichen Leidenschaft einsetzt!»

---

<sup>103</sup> Ders., Sozialismus. In: Lenz/Fabian, S. 106.

*Literatur*

- ACKER, DETLEF, WALTHER SCHÜCKING (1875-1935), Münster 1970
- BERNSTEIN, EDUARD, Sozialdemokratische Völkerpolitik. Die Sozialdemokratie und die Frage Europas, Leipzig 1917
- BOLL, FRIEDHELM, Frieden ohne Revolution? Friedensstrategien der deutschen Sozialdemokratie vom Erfurter Programm 1891 bis zur Revolution 1918, Bonn 1980
- DEAK, ISTVAN, Weimar Germany's Left Wing Intellectuals - A History of the «Weltbühne» and its Circle, Berkeley 1968
- DONAT, HELMUT (Hg.), «Auf der Flucht erschossen ...» Schriften und Beiträge von und über Hans Paasche, Bremen 1981
- DONAT, HELMUT/HOLL, KARL (Hg.), Die Friedensbewegung. Organisierter Pazifismus in Deutschland, Österreich und in der Schweiz. Mit einem Vorwort von Dieter Lattmann, Düsseldorf 1983
- DONAT, HELMUT/JOHANN P. TAMMEN (Hg.), Friedenszeichen - Lebenszeichen. Pazifismus zwischen Verächtlichmachung und Rehabilitierung. Ein Lesebuch zur Friedenserziehung, Bremerhaven 1982
- DONAT, HELMUT/WILD, ADOLF (Hg.), Carl von Ossietzky. Republikaner ohne Republik, Bremen 1986
- GAY, PETER, Das Dilemma des demokratischen Sozialismus. Eduard Bernsteins Auseinandersetzung mit Marx, Nürnberg 1954
- GREUNER, RUTH, Gegenspieler. Profile linksbürgerlicher Publizisten aus Kaiserreich und Weimarer Republik, Berlin/DDR 1969
- GRUMBACH, SALOMON, Der Irrtum von Zimmerwald-Kiental. Rede gehalten am 3. Juni 1916, Büimplitz-Bern 1916
- HAASE, HUGO, Reichstagsreden gegen die deutsche Kriegspolitik, Berlin 1919
- HAENISCH, KONRAD, Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Kriege, 4. Auflage, Berlin 1919
- HOLL, KARL, Pazifismus in Deutschland, Ffm. 1988
- HOLL, KARL/WETTE, WOLFRAM (Hg.), Pazifismus in der Weimarer Republik, Paderborn 1981

- KAUTSKY, KARL, Nationalstaat, imperialistischer Staat und Staatenbund, Nürnberg 1915
- KAUTSKY, KARL, Sozialisten und Krieg. Ein Beitrag zur Ideengeschichte des Sozialismus von den Hussiten bis zum Völkerbund, Prag 1937
- KOROL, MARTIN (Hg.), Ernst Bloch, Kampf, nicht Krieg. Politische Schriften 1917-1919, Ffm. 1985
- Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918. In Verbindung mit Erich Matthias bearb. von Susanne Miller, Düsseldorf 1966
- LENIN, W. I., Briefe, Bd. IV (August 1914-Oktober 1917). Hg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin/DDR 1967
- MILLER, SUSANNE, Bernsteins Haltung im Ersten Weltkrieg und in der Revolution 1918/19. In: Horst Heimann/Thomas Meyer (Hg.), Bernstein und der demokratische Sozialismus, Berlin/Bern 1976
- MILLER, SUSANNE, Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974
- NICOLAI, GEORG F., Die Biologie des Krieges. Betrachtungen eines Naturforschers den Deutschen zur Besinnung, 4. Auflage, Darmstadt 1985
- QUIDDE, LUDWIG, Der deutsche Pazifismus während des Weltkrieges 1914-1918. Aus dem Nachlaß Ludwig Quiddes herausgegeben von Karl Holl unter Mitwirkung von Helmut Donat, Boppard am Rhein 1979
- RATZ, URSULA, Georg Ledebour 1850-1947. Weg und Wirken eines sozialistischen Politikers. Mit einer Einleitung von Paul Kluge, Berlin 1969
- REISBERG, ARNOLD, Lenins Beziehungen zur deutschen Arbeiterbewegung, Berlin/DDR 1970
- RIESENBERGER, DIETER, Geschichte der Friedensbewegung in Deutschland. Von den Anfängen bis 1933, Göttingen 1985
- SALVADORI, MASSIMO, Sozialismus und Demokratie. Karl Kautsky 1880-1938, Stuttgart 1982
- SCHEER, FRIEDRICH-KARL, Die Deutsche Friedensgesellschaft (1892-1933). Organisation, Ideologie, politische Ziele. Ein Beitrag zur Geschichte des Pazifismus in Deutschland, Ffm. 1981

SCHEIDEMANN, PHILIPP, Der Zusammenbruch, Berlin 1921

SCHRÖDER, HANS-CHRISTOPH, Eduard Bernsteins Stellung zum Imperialismus vor dem Ersten Weltkrieg. In: Horst Heilmann/Thomas Meyer (Hg.), Bernstein und der Demokratische Sozialismus. Bericht über den wissenschaftlichen Kongreß «Die historische Leistung und aktuelle Bedeutung Eduard Bernsteins», Berlin/Bonn 1978

WETTE, WOLFRAM, Kriegstheorien deutscher Sozialisten. Marx, Engels, Lasalle, Bernstein, Kautsky, Luxemburg, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1971

WETTE, WOLFRAM, GUSTAV NOSKE. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1987



*Abkürzungen*

Abghaus	Protokolle des Preußischen Abgeordnetenhauses
AD	Das Andere Deutschland
AP	Arbeiterpolitik (Bremen)
AZ	Arbeiter-Zeitung (Wien)
BA	Bundesarchiv
BAS	Bergische Arbeiterstimme
BNV	Bund Neues Vaterland
DFG	Deutsche Friedensgesellschaft
FW	Friedens-Warte
KTb	Kriegstagebuch
LV	Leipziger Volkszeitung
MB	Mitteilungsblatt (Berlin)
NL	Nachlaß
NZ	Neue Zeit
PA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes
Prot.	Protokoll
RT	Reichstagsprotokolle
SA	Sozialistische Auslandspolitik
VB	Volksblatt (Halle)
VF	Völker-Frieden
VFR	Volksfreund (Braunschweig)
VS	Volksstimme (Frankfurt)
VZ	Volkszeitung (Düsseldorf)
WaM	Welt am Montag
WB	Weltbühne
ZV	Zentralstelle Völkerrecht



## Werner Boldt

### *Pazifisten und Arbeiterbewegung*

#### Der Berliner Blutmai 1929

*«Wer Gelegenheit hat, Männer im Blut-  
rausch zu beobachten, der empfindet es  
deutlicher denn je, daß der Typus des  
Mannes Militarismus, brutale Gewalt  
versinnbildlicht, daß aber die Frau [...] (da die Redezeit abgelaufen war, konnte die Rednerin ihre Ausführungen nicht beenden).»*

Lida Gustava Heymann auf dem Berliner Pazifistenkongreß 1919 nach dem Protokoll Carl von Ossietzkys.

Als ich mich erstmals vor Jahren mit dem Verhalten Ossietzkys zum Berliner Blutmai<sup>1</sup> befaßte, verselbständigte sich sehr rasch der Gegenstand. Ossietzky hatte mich auf ein Geschehen gebracht, das zunächst aufgearbeitet werden mußte. Sofern es in der Literatur überhaupt Berücksichtigung fand, wurden zeitgenössische Fehlaussagen übernommen, blieben insbesondere Ausmaß und Brutalität des Polizeieinsatzes unbekannt. Inzwischen sind die Vorgänge in neuesten Publikationen zutreffend rekonstruiert.<sup>2</sup> Damit ist die Diskussion über ihre Bedeutung eröffnet, die wir hier mit Blick auf die Pazifisten und vor allem Ossietzky führen wollen.

---

<sup>1</sup> Ich gebrauche die ursprünglich kommunistische Bezeichnung «Blutmai» ohne Anführungszeichen, weil es keine andere spezifische für die gemeinten «Ereignisse» oder «Vorkommnisse» gibt, allenfalls unzutreffende wie «kommunistischer Mai-Aufstand» (So z.B. Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 7, Stuttgart 1984, S. 658 ff.).

<sup>2</sup> Thomas Kurz, «Blutmai». Sozialdemokraten und Kommunisten im Brennpunkt der Berliner Ereignisse von 1929, Berlin u. Bonn 1988. Wolfgang Zang, 10981 Schüsse auf die Republik, in: «Die Zeit» vom 5. Mai 1989. Unter Benutzung eines älteren Manuskripts des Verfassers bringt das Geschehen und Ossietzkys Haltung dazu knapp und zutreffend Elke

Für Pazifisten stellt der Blutmai eine aktuelle Herausforderung dar. Sie sehen sich genötigt, die Verletzungen des Rechtsstaates festzustellen und zu kritisieren. Es gehört zu ihrem Selbstverständnis, so etwas wie «Hüter der Verfassung» zu sein. Auf dem ersten deutschen Pazifistenkongreß nach dem Kriege hatte Hans Wehberg in seinem richtungsweisenden Referat den «Fortschritt [...] auf dem Weg der friedlichen Evolution» als «höchstes Gesetz» für die innen- genauso wie für die außenpolitische Orientierung der Pazifisten aufgestellt, und Ludwig Quidde verdeutlicht in der Diskussion als gemeinsame Plattform: «Ich glaube, wir können uns dahin verständigen, daß wir die beiden Forderungen der Demokratie und des Pazifismus auch in der inneren Politik zu vertreten haben. Demokratische Verfassungen sind Voraussetzungen des Völkerbundes, Ausschaltung der Gewalt im Innenleben des Volkes Voraussetzung für pazifistische Politik.»<sup>3</sup>

Auch Ossietzkys politische Einstellung war zugleich demokratisch und pazifistisch. Wenn sich aber in den Maitagen der Kritiker des von Sozialdemokraten zu verantwortenden Polizeieinsatzes als Demokrat rechts von der SPD einstuft, war dies nicht ohne Hintersinn gemeint.<sup>4</sup> Er wollte der SPD-Führung klarmachen, daß sie, die einmal als Repräsentant der Linken im demokratischen Spektrum galt, dabei war, aus Parteiinteresse ihre Position im traditionellen liberal-demokratischen Verfassungsstaat zu verlassen.

In den Junitagen 1919 konnten demokratische Bekundungen eine antirevolutionäre Spitze enthalten. Aber das generelle Bekenntnis zu Demokratie und Fortschritt galt für die Pazifisten auch in den Tagen, in denen die Reaktion aufkam und den Verfassungsstaat stückweise zerstörte. Dabei stellte sich ihnen eine spezifisch pazifistische Aufgabe, insofern sie die Volksrechte insbesondere gegen den Militarismus, gegen militärische Interessen, Gesinnungen usw. zu verteidigen, Pazifismus als Antimilitarismus zu praktizieren hatten. Die pazifistische Gegnerschaft zum Militarismus verstärkte die allgemeine demokratische zum Faschismus. Ossietzky hat die militärische Komponente im Nationalsozialismus einmal deutlich gemacht<sup>5</sup>, und man könnte vielleicht in seinem Sinne Faschismus als ein

---

Suhr, Carl von Ossietzky, Köln 1988, S. 126 ff. Zum Gesamtkomplex 1. Mai vgl. Dieter Fricke, Kleine Geschichte des Ersten Mai, Frankfurt/Main 1980.

<sup>3</sup> Achter deutscher Pazifistenkongreß, Berlin 1919, S. 65.

<sup>4</sup> Urteil gegen die Maimörder. Öffentliche Verhandlung des Ausschusses zur Untersuchung der Berliner Maivorgänge, hg. von der Roten Hilfe Deutschlands, Berlin o.J., S. 35; (Im Folgenden zitiert: Maimörder).

<sup>5</sup> «Die Blutlinie», in: Die Weltbühne (WB), 21.10.1930, S. 603 f.

militarisiertes Herrschaftssystem zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung definieren.

Ossietzky, der sich immer als Pazifist verstand, konnte auch in diesem Selbstverständnis die Arbeiterparteien zum «operativen Zusammengehen»<sup>6</sup> gegen den aufkommenden Faschismus aufrufen. Hierin dürfen wir das hervorstechendste Merkmal seiner politischen Publizistik am Ausgang der Republik sehen. Es führt uns zu den Nachfolgelasten des Blutmais. Der Blutmai war ein wichtiges, wenn nicht das zentrale Ereignis zu Beginn der Schlußphase der Republik, das die Kluft zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten scheinbar unüberbrückbar vertiefte. Diese Auswirkung des Blutmais läßt die Frage stellen, wie realistisch die Position Ossietzkys war. Nach einer gerafften Darstellung der Ereignisse und einer ausführlicheren des Eintretens der Pazifisten für den Rechtsstaat werde ich mit einer Erörterung dieser Frage schließen.

## 1 Das Geschehen

Ein Verbot für Demonstrationen unter freiem Himmel, das der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel am 12. Dezember 1928 für Berlin erlassen hatte, ließ er trotz des 1. Mai bestehen. Die Kommunisten wollten sich und der Arbeiterschaft insgesamt das Recht, an diesem Tag öffentlich zu demonstrieren, nicht nehmen lassen. Daraus spricht keine unpolitische Trotzhaltung. Max Adler gab ihnen Recht, wenn er im «Klassenkampf», dem Organ der linken Opposition in der SPD, schrieb: «Die Straßendemonstrationen am 1. Mai, das sind die Rekrutierungen für die revolutionäre Armee, welche die alte Gesellschaft zu beseitigen entschlossen ist. Daher ginge mit dem Verzicht auf sie gerade etwas verloren, was immer ein wesentliches Element des Maigedankens war: seine werbende Kraft gegenüber den Indifferenten, die kein Buch, keine Versammlung, sondern eben nur die Öffentlichkeit der Straße erreicht.»<sup>7</sup>

Die KPD initiierte in den Betrieben ein «Großberliner Maikomitee», das die Arbeiter mobilisieren und die organisatorischen Vorbereitungen treffen sollte. Wilhelm Pieck, Vorsitzender der Berliner Bezirksleitung der KPD, war ihr Mitglied.

---

<sup>6</sup> «Ein runder Tisch wartet», WB, 3.5.1932, S. 649 ff., Zitat S. 651.

<sup>7</sup> Max Adler, Der Sinn des 1. Mai, in: «Der Klassenkampf», 1.5.1929, S. 259.

Am Vormittag des 1. Mai bildeten sich Demonstrationzüge von etwa 50 bis 500 Personen. Insgesamt schätzte die Polizei 8 000 Demonstranten.<sup>8</sup> Sie wollten in die Innenstadt ziehen, wurden aber von der Polizei rasch zerstreut. Doch immer wieder bildeten sich Ansammlungen. Die Polizei ging hektisch und überfallartig vor, auch gegen unbeteiligte Passanten. In den späten Vormittagsstunden gab sie die ersten Schüsse ab. Am Nachmittag konzentrierte sie ihre Einsätze auf die Kösliner Straße im Wedding und auf die Hermannstraße in Neukölln. Sie setzte gepanzerte Wagen ein und schoß in die Häuser, von denen aus sie beschimpft und beworfen wurde. In der Kösliner Straße wurde die einzige nachgewiesene Barrikade gebaut. Alle anderen «Barrikaden» bestanden lediglich aus schnell hingeworfenen Baumaterialien. Sie sollten offenbar die Polizei bei der Verfolgung von Flüchtenden aufhalten.

Am 2. Mai rief die KPD zum Massenstreik auf, der von etwa 25 000 Arbeitern befolgt wurde. Um einen Streik erfolgreich führen zu können, hatte die KPD die zehnfache Zahl veranschlagt. Ein von Pieck im Reichstag mit provozierender Rede begründeter Antrag, das Demonstrationsverbot aufzuheben, ging im Tumult unter. Die «Rote Fahne» wurde vorübergehend verboten. Die Polizei unternahm weitere Einsätze, wobei sie sich mit Panzerwagen, MGs, Karabinern und Handgranaten bewaffnete.

Am 3. Mai erließ Zörgiebel ein nächtliches «Verkehrs- und Lichtverbot» für die inzwischen abgeriegelten Stadtviertel um die Kösliner und die Hermannstraße. «Zuwiderhandelnde Wohnungsinhaber», heißt es in der Anordnung des Polizeipräsidenten, «setzen sich der Gefahr aus, daß die Fenster von der Straße aus durch die Polizei unter Feuer genommen werden». Die Polizei richtete in Häusern und auf Dächern Stützpunkte ein. Ihr wiederholter Gebrauch von Schußwaffen führte zu weiteren Toten. Der preußische Ministerpräsident Otto Braun, Innenminister Grzesinski und Reichsinnenminister Severing beschlossen an diesem Tag, den Roten Frontkämpferbund in Preußen zu verbieten.

Am 4. Mai begann die Polizei sich zurückzuziehen. Sie setzte keine schweren Waffen mehr ein. Am Abend erließ Zörgiebel eine Anweisung, übermäßige Schärfe zu vermeiden. Es kam zu keinen Zwischenfällen mehr. Am

---

<sup>8</sup> Polizeiangaben liegen in solchen Fällen immer zu niedrig. Die in der DDR-Literatur genannte Zahl von 200 000 erscheint viel zu hoch gegriffen. Bei solchen Massen hätten sich die Ereignisse anders entwickelt.

6. Mai wurden die Sperrvorschriften aufgehoben. Das Verbot des Roten Frontkämpferbundes wurde bekannt gegeben und am 10. Mai auf einer Konferenz der Innenminister seine Erweiterung für das ganze Reichsgebiet beschlossen.

Die Polizeieinsätze führten zu 33 Toten und 198 Verletzten. Auf Seiten der Polizei gab es 47 Verletzte. Einer hatte eine Schußverletzung. Sie stammte aus einem Dienstrevolver. In einer Rede vor dem Landtag stellte sich Grzesinski schützend vor die Polizei.

## **2 Pazifisten für den Rechtsstaat**

### **2.1 Das Versagen der Öffentlichkeit oder:**

#### *Ausnahmegesetz gegen die Kommunisten*

«Da tatsächlich *nichts* Unerlaubtes stattgefunden hat, haben wir einfach einen Raptus von Anarchie erlebt. Der Staat, der seine Machtmittel in Händen ließe, die sie zu anarchischen Taten mißbrauchen, würde den Anspruch darauf verlieren, als Rechtsstaat zu gelten.»<sup>9</sup> Mit diesen klaren Worten zeigte Leopold Schwarzschild auf, was nach rechtsstaatlichen Normen zu geschehen habe. Für ihn stand «ein fundamentales Kapitel aus der magna charta des bürgerlichen Lebens»<sup>10</sup> auf dem Spiel.

Indessen reihte sich an die Katastrophe der Maitage nahtlos die zweite. Weder Staatsorgane noch Öffentlichkeit sorgten dafür, daß die ungeheuerlichen Gesetzesübertretungen der Polizei geahndet wurden. «Neunundneunzig Prozent der deutschen Öffentlichkeit kennt nicht die Tatsachen», stellte Schwarzschild resignierend fest.<sup>11</sup> Soweit es die Presse betraf, darf man hinzufügen: sie wollte sie auch nicht kennen. In einer internen Sitzung klagte Stefan Großmann, daß die Presse mit Ausnahme der «Frankfurter Zeitung» die Bevölkerung mit einem «Meer von Lügen» überschwemme, daß sie klarstellende Berichte von Mitarbeitern nicht veröffentliche, überhaupt parteipolitischen Bestrebungen diene und daß insbesondere das

---

<sup>9</sup> Leopold Schwarzschild, «Kriegszustand», in: «Das Tage-Buch» (TB), 11.5.1929, S. 770.

<sup>10</sup> Ebd., S. 766.

<sup>11</sup> Ebd., S. 766. Vgl. auch die Augenzeugenberichte in diesem Artikel, sowie die bei Osietzky, «Abdankung, Herr Polizeipräsident!» in WB, 14.5.1929, S. 729 ff., hier S. 733 ff.

halbamtliche Wolff'sche Büro die Öffentlichkeit «mit tendenziösen, faschistischen Interessen dienenden Nachrichten» fütterte.<sup>12</sup>

Von dem Urteil Großmanns ist neben der «Frankfurter Zeitung» auch die ausländische Presse auszunehmen.<sup>13</sup> Für die Presse vor Ort trifft es uneingeschränkt auf rechtsgerichtete Blätter wie die «Deutsche Allgemeine Zeitung» zu, deren Tendenz in Verfolgung der vom «Vorwärts» vorgezeichneten Linie dahin ging, zwischen dem anständigen deutschen Arbeiter und dem von Ausländern dirigierten Lumpenproletariat zu unterscheiden, und die sich völlig mit der Polizei solidarisierte.<sup>14</sup> Liberale Blätter verwickelten sich dagegen in Widersprüche. Ihre Reporter überbrachten korrekte Berichte, aber die Kommentatoren ignorierten sie, und hielten an dem trügerischen Bild eines harten, aber gerechtfertigten Einsatzes gegen kommunistische Aufführer fest.

Ein Beispiel für den Konflikt zwischen ratio und voluntas, zwischen Erkennen der Fakten und ihrer Verdrehung zu gewünschten Ergebnissen, aus dem «Berliner Tageblatt»: Ein Reporter berichtet über einen Polizeieinsatz in der Neuköllner Ockerstraße: «Jetzt drängt mich ein Offizier rechts ab in die Nebenstraße. Ich soll nichts sehen, scheints. Die Schießerei wird lebhafter. Überall bröckelt Putz, splittert Glas. Auf wen geschossen wird, ist allerdings unklar. Zu sehen ist niemand. Aber - aus einer Dachkammer soll geschossen worden sein [...]. Viele werden aus den Häusern geholt, untersucht, festgehalten. Waffen? Ich sah keine, wenn nicht Federmesser Dolche sind. - So geht es Block um Block. Durchsuchung und blindwütige Schießerei. Verprügelung der Hausbewohner, die von der Arbeit kommen. Panzerautos rumpeln pfeifend die Straße hinab. Allüberall knallt es. Immer neue Lastautos bringen frische Mannschaften, neuen Einsatz zum Kampf gegen einen unsichtbaren Feind.»<sup>15</sup>

In der folgenden Ausgabe ist diese beklemmende Schilderung zu lesen: «Der Wagen umfährt das Absperrungsgebiet. Immer dasselbe Dunkel. Das

---

<sup>12</sup> Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (zit.: IfML), Zentrales Parteiarchiv St 22/171, Bl. 34 verso und Maimörder, S. 5. Das Zitat stammt aus dem Bericht eines Polizeibeamten, dessen Mitschrift einen sorgfältigen Eindruck macht, so daß zitieren sinnvoll erscheint. Auf öffentlicher Versammlung unterließ Großmann diese Kritik. Vgl. Maimörder, S. 6.

<sup>13</sup> Vgl. Zank: «10 981 Schüsse ...», S. 49 f.

<sup>14</sup> Ein Musterbeispiel der DAZ-Kommentar in der Morgenausgabe des 4. Mai.

<sup>15</sup> Berliner Tageblatt (BT), 4.5.1929, Morgenausgabe (M).



so ungewohnt ist in der Großstadt und darum unheimlich. Scheinwerfer, die da und dort plötzlich die Fassaden ableuchten, verstärken das noch. Nirgends zeigt sich eine Bewegung, kein Kopf, kein spähes Auge. Es ist, als ob hier eine Pest gewütet und alles getötet hätte.»<sup>16</sup>

Nun zum Kommentator. Er beklagte zwar tief die «blutigen Zwischenfälle». Es kamen ihm Zweifel an der Taktik der Polizei, die «ungemein scharf vorgegangen» sei, und Bedenken, ob die Beibehaltung des Demonstrationsverbots richtig gewesen sei, aber: «eines steht jedenfalls fest, daß die Kommunisten und ihre Moskauer Drahtzieher diese blutigen Krawalle gesucht und leider auch gefunden haben. Die ganze Schwere der Verantwortung trifft deshalb die Kommunistische Partei». Und unbeirrt von der Erkenntnis, daß statt Kommunisten nur «junge Burschen» auszumachen waren, hielt er an seinem Feindbild fest, das er mit der gesamten Presse vom «Vorwärts» bis zum «Völkischen Beobachter» teilte: «Die Demonstrationen dieser Maitage, von Moskau aus unterstützt, durch gehorsame Agenten geschürt, sind nach wohl vorbereitetem Plan inszeniert und von jungen Burschen erzwungen, ohne daß die breiteste Arbeiterschaft das mindeste damit zu tun hat.»<sup>17</sup>

Wenn «Moskau» angreift, gilt der «Burgfrieden». Im «Kriegszustand» haben rechtsstaatliche Vorbehalte zurückzutreten, sie dienen nur dem Feind. Erst, nachdem «Waffenruhe» eingekehrt war, erlaubte sich das «Berliner Tageblatt» unter der Überschrift «Die Polizeiberichte. Phantasie und Wirklichkeit» eine grundsätzliche Kritik, ohne freilich daraus eine Anklage gegen die Verantwortlichen zu formulieren: «[...] es hat überhaupt in den Polizeiberichten nicht an Ausdrücken gefehlt, die an die Großkampftage von der Somme oder Verdun erinnerten [...]. Einmal wurde von den <erbitterten Barrikadenkämpfen> gesprochen, die <im Dunkel ausgefochten> wurden, von <wütenden Kämpfen>, in denen <die kommunistischen Schützennester auf den Dächern> ausgeräumt werden mußten. Ein andermal hieß es, <die Kampfhandlungen> seien <mit verstärkter Heftigkeit> aufgeflammt. Diesen Berichten stand die Presse meist ohne die Möglichkeit ausreichender Kontrolle gegenüber, nicht nur deshalb, weil die Ereignisse sich im Dunkel abspielten und es lebensgefährlich war, sich in

---

<sup>16</sup> BT, 4.5.1929, Beiblatt der Abendausgabe (A).

<sup>17</sup> BT, 4.5.1929 M.

die Kampfzone, besser Schießzone zu begeben, sondern vor allem, weil sie in der Ausübung ihrer Berufspflicht aufs schwerste behindert wurde.»<sup>18</sup>

Welche Folgen die irreführenden Polizeiberichte und der Mangel an seriösen Informationsquellen für die Presse im Reich hatten, mag das Beispiel des «Generalanzeiger für Dortmund» zeigen, eines linksliberalen Blattes, dessen Redaktion in den Maitagen Jakob Stöcker übernahm, der es zu einem pazifistischen Organ ausbaute. Erst am 6. Mai brachte die Zeitung einen Bericht, der nicht auf der Linie der offiziellen Verlautbarungen lag, wobei sie auf den Untersuchungsausschuß der Deutschen Liga für Menschenrechte einging, dessen Tätigkeit anscheinend erste Zweifel weckte.<sup>19</sup> Einen Tag später informierte der Generalanzeiger seine Leser über «sensationelle Ergebnisse» der Leichenuntersuchungen. Alle 17 Toten seien von der Schupo erschossen worden. Diese Meldung erschien unkommentiert auf der zweiten Seite, nachdem tagelang auf der ersten in Berichten und Leitartikeln über den «Putsch der Kommunisten», über deren «systematische Provokation», darüber, daß sie ihren «Aufstand [...] richtig organisiert» hätten, abgehandelt worden war. So dürfte diese Nachricht wohl ebenso wenig den einmal beim Leser hervorgerufenen Eindruck korrigiert haben, wie der noch spätere Nachdruck eines Artikels aus der «Frankfurter Zeitung», der klarstellte, daß die Kommunisten lediglich eine Demonstration beabsichtigt hatten.<sup>20</sup>

Recht spät, am 15. Juni, erschien in der «Frankfurter Zeitung» ein Artikel, von Hans Lange.<sup>21</sup> Der ehemalige Polizeioberst, der März 1919 in Straßenkämpfen eingesetzt war, fungierte unter Pazifisten als Experte in Polizeiangelegenheiten. Es fiel ihm leicht, aufgrund seiner Erfahrungen und der vorliegenden Fakten, die «sogenannten Maiunruhen» als Legende zu entlarven. Sie stellten sich ihm als eine «Polizeikatastrophe» dar, die er auf eine falsche, insbesondere auf eine seit der Revolutionszeit gern gehütete zu starke militärische Gewichtung der Ausbildung zurückführte.

---

<sup>18</sup> BT, 7.5.1929 M.

<sup>19</sup> S. die Ausgaben vom 4. u. 5.5.1929 M; zum Untersuchungsausschuß s.u.

<sup>20</sup> Sogar Heinrich Ströbel wies im «Anderen Deutschland» (Nr. 19) den Kommunisten die Hauptschuld zu.

<sup>21</sup> «Polizeierziehung-Polizeierfahrung». Auch als Anlage I im Bericht der Liga für Menschenrechte, s.u.

Zur Bestätigung Langes zitierte die Redaktion aus der zuständigen Fachzeitschrift «Der Polizeioffizier», in dem mangelnde «Selbstbeherrschung und Feuerdisziplin» der jüngeren Beamten und ein «mancherorts zielloses wildes Schießen» beklagt wurden. Aber auch diese Absicherung nutzte nichts. Grzesinski, auf den Lange nur kurz wegen der Landtagsrede einging, in der er «recht von oben herab» Kritik zurückgewiesen habe, zeigte sich ungnädig. Vergeblich hatte sich die Redaktion der «Frankfurter Zeitung» in einer Vorbemerkung Hoffnungen gemacht, «daß ein so energischer Mann wie Minister Grzesinski die neuesten Erfahrungen zum Anlaß nähme, um ganz von vorne und unabhängig von jeder Beeinflussung diese Probleme einmal persönlich neu zu durchprüfen.» Grzesinski erschien die Gefahr eines kommunistischen Bürgerkriegs allemal bedrohlicher als das Versagen der Polizei. In einem Telefongespräch ließ er sich von der Berliner Redaktion ihr «Bedauern» aussprechen. Der Artikel sei ohne ihr Wissen von der Frankfurter Redaktion in die Zeitung aufgenommen worden.<sup>22</sup>

Wie die Presse als Organ öffentlicher Kontrolle de facto ausschied, versagten auch die offiziellen Verfassungsinstitutionen. Als der preußische Landtag der Berliner Polizei sein Vertrauen aussprach, begab sich das Parlament in das Gefolge der Exekutive. Diese wußte es zu nutzen. Nachdem der Innenminister im Landtag schützend vor die Polizei getreten war, «konnte von einer Untersuchung der Vorgänge oder gar Bestrafung der Schuldigen nicht mehr die Rede sein.»<sup>23</sup> Die Polizeibehörden strengten zwar korrekt Untersuchungen an, ließen sie aber ergebnislos verlaufen. Entweder konnte nicht mehr festgestellt werden, welcher Polizist den tödlichen Schuß abgegeben hatte, oder das Opfer hatte sich unnötigerweise einer Gefahr ausgesetzt, oder es bestand die Möglichkeit, daß nicht ein Schuß, sondern irgendeine Krankheit zum Tode geführt hatte.<sup>24</sup>

In pazifistischen Organen wie dem «Tage-Buch» und der «Weltbühne» wurde der Rücktritt Zörgiebels gefordert. Dies blieb ebenso ergebnislos wie ein Antrag auf Einleitung einer Klage, den der Rechtsanwalt Hans Litten

---

<sup>22</sup> Nachlaß Grzesinski im Institut für Sozialgeschichte und Geschichte der Arbeiterbewegung, Amsterdam, G 1440.

<sup>23</sup> «Areopag», WB, 11.6.1929, S. 881.

<sup>24</sup> So die Gründe bei Hsi-Huey Liang, Die Berliner Polizei in der Weimarer Republik, Berlin u. New York 1977, S. 122.

unter Behauptung der Ungesetzlichkeit des Demonstrationsverbotes wegen «Anstiftung zum Morde und zur gefährlichen Körperverletzung» stellte.<sup>25</sup>

Nun gab es aber Strafverfahren, die zur Aufklärung der Vorgänge und damit zum Nachweis schuldhaften Verhaltens einzelner Polizisten hätten führen können. Die Polizei hatte über tausend Personen festgenommen, gegen achtundsiebzig wurde das Verfahren eröffnet und dreiundvierzig wurden verurteilt zu insgesamt neun Jahren, zehneinhalb Monaten und drei Wochen Gefängnis sowie dreihundertzehn Mark Geldstrafe. Die Höchststrafe betrug im Einzelfalle neun Monate. Wenn man berücksichtigt, daß Aufruhr und Landfriedensbruch mit einer Zuchthausstrafe bis zu 10 Jahren belegt wurden, das Gesamtstrafmaß aller Verurteilten also darunter blieb, erkennt man, wie gering die geahndeten Vergehen gewesen sein müssen, zumal man annehmen muß, daß die Richter den Beschuldigten nicht gerade wohlgesonnen waren.

Die Parteilichkeit der Richter zeigte sich vor allem im Verhalten gegenüber der Polizei. Zwar folgten sie nicht immer den belastenden Aussagen von Beamten, aber sie vermieden andererseits, ein schuldhaftes Handeln der Polizei offenbar werden zu lassen. Beweisanträge der Verteidigung, Augenzeugen über das Verhalten der Polizei zu vernehmen, um die Unglaubwürdigkeit der aussagenden Beamten deutlich zu machen, wurden abgelehnt. In der «Weltbühne» kam Ferdinand Timpe zu dem Ergebnis: «Hat die Berliner Justiz auch durch die Zahl und die Art der gegen Mai-angeklagte vorgenommenen Verurteilungen indirekt bewiesen, daß namhafte Verfehlungen auf Seiten des Publikums nicht vorgekommen sind, so hat sie eine unbedingt gegebene moralische Pflicht [...], - die ausdrückliche Feststellung der polizeilichen Schuld an dem Gesamtkomplex der Vorkommnisse und die Verantwortlichmachung der wahren Schuldigen - nicht erfüllt.»<sup>26</sup> Eine solche Feststellung hätte freilich auch Ansprüchen auf Entschädigung Raum gewährt.

Das Versagen der öffentlichen Organe vor rechtsstaatlichen Anforderungen ist letztlich aus einem unbedachten Antikommunismus zu erklären, für den selbst gravierende Rechtsverstöße entschuldbar waren. Das betraf nicht nur

---

<sup>25</sup> IfML, Bl. 227.

<sup>26</sup> «Maiprozesse», WB, 24.12.1929, S. 930 ff., Zitat S. 936. Zur Problematik der Polizisteneide vgl. auch den gleichnamigen Artikel von Alfred Apfel in WB, 5.11.1929, S. 686 ff.

den Polizeieinsatz, sondern auch die nachfolgenden Maßnahmen gegen die Kommunisten, die sich für Ossietzky zu einem «Ausnahmegesetz»<sup>27</sup> summierten. Speziell der Presse sollte er später vorwerfen, in den Kommunisten eine «Kolonie für Galgen und Rad [zu sehen], gut genug, vom Vierten Strafsenat [des Reichsgerichts] ihrer natürlichen Bestimmung zugeführt zu werden.»<sup>28</sup> In der Parteienlandschaft waren die Kommunisten die einzigen, die als Partner für eine Regierungskoalition, und sei es auch nur als Tolerierende, von vornherein ausschieden. Die Nazis dagegen waren in dieser Rolle für Politiker ab dem Zentrum vorstellbar, unter dem Gesichtspunkt der «Abnützung» in der «Regierungsverantwortung» sogar für Sozialdemokraten, auch wenn sie sich selbst dazu nicht zur Verfügung stellen konnten und wollten.

Kommunisten wurden nicht nur aus politischem Kalkül verfolgt. Sie waren nicht gesellschaftsfähig, obwohl sie ein Umfeld künstlerisch-intellektueller Sympathisanten besaßen, dessen Niveau weit über dem anderer Parteien lag, sofern diesen eins zur Verfügung stand. So sah sich Ossietzky bemüßigt, scheinbar selbstverständliche persönliche Erfahrungen mitzuteilen wie die, daß er in Kommunisten «ruhige und verantwortungsbewußte Männer» gefunden habe und im Neuköllner Stadtarzt Dr. Schmincke «einen freien und humorvollen Menschenfreund», dessen Bekanntschaft lohne.<sup>29</sup> Die Aura der Unberührbaren, die über den Kommunisten lag, dürfte weniger das Resultat eines bewußten als eher das eines verdrängten Klassengegensatzes gewesen sein. Man wird an die «vaterlandslosen Gesellen» Bismarckscher Tage erinnert, wobei im Unterschied zur alten Sozialdemokratie weniger der internationale Zusammenschluß selbst als die dadurch gegebenen Abhängigkeiten von «Moskau» störten.

Auf die teils gehässige, teils gleichgültige Einstellung gegen Kommunisten wurde immer spekuliert, wenn es galt, die Republik für die Diktatur sturmreif zu schießen. Die beiden Notverordnungen, mit der er die Regierung Braun/Severing aus dem Amt jagte, begründete Papen mit «blutigen, von kommunistischer Seite hervorgerufenen Unruhen», die «offenbar von langer Hand» vorbereitet gewesen seien und denen gegenüber «hohe

---

<sup>27</sup> «Kommunistengesetz?», WB, 21.5.1929, S. 767-774, Zitat S. 770.

<sup>28</sup> «Ein runder Tisch wartet», WB, 3.5.1932, S. 650.

<sup>29</sup> «Areopag», WB, 11.6.1929, S. 882.

preußische Dienststellen» nicht mehr die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendige «innere Unabhängigkeit» besäßen. Nicht anders begann Hitler sein Terrorregime mit einer Notverordnung «zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte».<sup>30</sup>

## 2.2 *Versuche, den Rechtsstaat zu wahren*

«Wir bedauern aus tiefster Seele jedes dieser Opfer. Wir lehnen aber auch gleichzeitig vor der ganzen Welt die in frivoler Weise uns zugeschobene Schuld an den Blutopfern des 1. Mai ab. Unser Gewissen ist rein.»<sup>31</sup> So entrüstete sich Wels auf dem Magdeburger Parteitag. Er dachte dabei wohl kaum an die Vorwürfe der Kommunisten. Die hätten ihn nicht erregt. Er dachte an Vorwürfe von Leuten, deren politischem und rechtlichem Standpunkt die SPD-Führung Achtung zollte.

Die Pazifisten waren schon vor dem 1. Mai tätig geworden. Die Deutsche Liga für Menschenrechte führte wiederholt Besprechungen auf dem Polizeipräsidium über die Verhütung der vorhersehbaren Zusammenstöße.<sup>32</sup> Das Deutsche Friedenskartell, die Dachorganisation der meisten pazifistischen Vereinigungen in Deutschland, beschloß auf einen Antrag von Helene Stöcker eine Resolution an den preußischen Innenminister mit der Aufforderung, in einem Akt der «Staatsklugheit» das Demonstrationsverbot aufzuheben. Dem «Kämpfer für eine bessere Gesellschaftsordnung» wurde zugestanden, auf einem Recht zu beharren, «das in vierzigjährigem Ringen erreicht worden ist».<sup>33</sup> Vergeblich bemühten sich Vertreter der Deutschen Friedensgesellschaft und der Liga, unter ihnen Gerlach und Fritz Küster, um die Aufnahme einer «scharfen Mißbilligungserklärung gegen die KPD». Sie ließen sich dabei auch von der Überlegung leiten, daß eine kommunistische

---

<sup>30</sup> Zitate nach Schultheß, *Europäischer Geschichtskalender* 1932, S. 120 u. Ernst Rudolf Huber, *Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte*, Bd. 3, Stuttgart 1966, S. 602.

<sup>31</sup> Sozialdemokratischer Parteitag 1929 in Magdeburg, Magdeburg 1929, ND Glashütten 1974, S. 15.

<sup>32</sup> «Die Menschenrechte», 1.6.1929.

<sup>33</sup> Heinz Habedank, *Der Feind steht rechts. Bürgerliche Linke im Kampf gegen den deutschen Militarismus (1925-1933)*, Berlin 1965, S. 142.

Demonstration bei Aufrechterhaltung des Verbots zu Gewalttätigkeiten führen und damit der «Reaktion» in die Hände arbeiten würde.<sup>34</sup>

Ludwig Quidde stellte als Vorsitzender Grzesinski die Resolution zu. In seinem Antwortschreiben vom 2. Mai<sup>35</sup> rechtfertigte Grzesinski das Verbot mit Gründen, die von vornherein nicht zutrafen oder von den Ereignissen widerlegt wurden. So sollte das Verbot die Bürger davor bewahren, geschlagen und getötet zu werden. Ferner hieß es unter Außerachtlassung der Öffentlichkeit als dem eigentlichen Streitpunkt, daß die Demonstration jedermann freigestanden habe. Bei Gewerkschaften und SPD sei sie «in weitestem Umfange erfolgt, indem die Massen zu Versammlungen in geschlossenen Räumen zusammengerufen worden waren.» Um sich vor dem Vorwurf zu schützen, ein demokratisches Recht zu amputieren, wies Grzesinski darauf hin, daß das Verbot nur für Berlin bestünde, aber gerade das machte es ja so anfechtbar. Schließlich bat Grzesinski das Friedenskartell, für die Überlegungen der Polizei Verständnis zu zeigen. Eine hochbrisante politische Maßnahme wurde so auf eine Polizeifrage reduziert.

Als Grzesinski auch noch nach den «blutigen Berliner Ereignissen» im preußischen Landtag in einer Weise, die «vielerorts Erstaunen» erregte, Verständnis für die Polizei zeigte und die Verantwortung übernahm, setzte die Deutsche Liga für Menschenrechte aus ihrem Kreis einen Untersuchungsausschuß zur «Klärung der Maivorgänge» ein, dem u.a. der Polizeioberst a.D. Hans Lange, der Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld und der Historiker Veit Valentin angehörten.<sup>36</sup> Die Liga bemühte sich, streng überparteilich zu verfahren und war sicher über den Verdacht einseitiger Sympathien für die Kommunisten erhaben, war sie doch auch im Friedenskartell für den gegen die Kommunisten gerichteten Zusatz Gerlachs eingetreten. Da es für sie feststand, daß Menschenrechte auf das Uner-

---

<sup>34</sup> Ebd., S. 140 f. Siehe auch Friedrich-Karl Scheer, Die Deutsche Friedensgesellschaft (1892-1933), Frankfurt/M. 1983, S. 526 ff. mit einer Korrektur der Bewertung der bei Habedank auf eine antikommunistische Einstellung zurückgeführten Motive Küsters; Reinhold Lütgemeier-Davin, Pazifismus zwischen Kooperation und Konfrontation, Köln 1982, S. 308 f.; Karl Holl, Pazifismus in Deutschland, Frankfurt/M. 1988, S. 196. Weitere Auseinandersetzungen über den Blutmai gaben den Anlaß zur Auflösung des Deutschen Friedenskartells.

<sup>35</sup> Nachlaß Grzesinski, G 1435.

<sup>36</sup> «Die Menschenrechte», 1.6.1929. Die übrigen Mitglieder waren Hans Fischer und Max Hodann. Beim abschließenden Bericht fehlte Kurt Rosenfeld, dafür fungierte Heinz Kahn als Berichterstatter.

hörteste verletzt worden seien und «viele Erfahrungen» zur Besorgnis zwingen, daß Unschuldige auf Monate, wenn nicht Jahre ins Gefängnis kämen, bot sie zugleich den «Mai-Opfern» individuellen Rechtsschutz an.

Anfang Oktober legte der Ausschuß seinen Bericht vor.<sup>37</sup> Gestützt auf Dokumente, Presseberichte und Zeugenaussagen - der Polizeipräsident hatte seinen Beamten untersagt, Auskünfte zu geben, aber Informationen aus dem Polizeipräsidium konnte die Liga von ihrem Justitiar Robert Kempner erhalten -, kam der Ausschuß zu dem Ergebnis, daß die Polizei angesichts der Toten und Verletzten vor der ihr gestellten Aufgabe, die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu erhalten, «geradezu kläglich versagt»<sup>38</sup> habe. Sie habe sich darüber hinaus gesetzwidrig verhalten, insofern die von ihr angewandten Mittel in einem «grotesken Mißverhältnis» zu dem zu erreichenden Zweck gestanden hätten und sie sich Übergriffe erlaubt hätte, die u.a. den strafrechtlichen Tatbestand des Mißbrauchs der Amtsgewalt erfüllen würden. Die Polizeileitung selbst habe gesetzwidrige Maßnahmen getroffen. Die in der Verordnung des Polizeipräsidenten vom 3. Mai enthaltene Anweisung, beleuchtete Fenster unter Beschuß zu nehmen, sei als «gemeingefährlich»<sup>39</sup> zu bezeichnen.

Die Liga verlangte vom Parlament die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, wie ihn schon Hugo Sinzheimer in der «Justiz» zur Aufklärung der Vorgänge gefordert habe. Sie schließt mit der eindringlichen Warnung: «Ein Parlament, das aus parteipolitischen Gründen die Untersuchung über die Verantwortung für den Tod von 33 friedlichen Bürgern und die Verletzung von über hundert ablehnen würde, würde das Vertrauen des Volkes sich ebenso gründlich verscherzen, wie es die Polizei durch ihre Taten vom Mai 1929 und der Minister durch seine leichtsinnige Deckung dieser Taten bereits getan haben.»<sup>40</sup> Der Bericht der Liga wurde im preußischen Landtag wegen seiner «Abgewogenheit und Objektivität» gelobt.<sup>41</sup> Ein Untersuchungsausschuß wurde nicht eingesetzt. Das Parlament wurde von einer Parteienmehrheit an der Erfüllung seiner Aufgabe gehindert.

---

<sup>37</sup> «Die Menschenrechte», 1.10.1929; daraus die voranstehenden Zitate.

<sup>38</sup> Ebd., S. 8.

<sup>39</sup> Ebd., S. 3.

<sup>40</sup> Ebd., S. 8. Gemeint ist die Rede Grzesinskis im preußischen Landtag.

<sup>41</sup> Kurt R. Großmann, Ossietzky. Ein deutscher Patriot, Frankfurt/Main 1973, S. 170.



### 2.3 *Ein Versuch, das Recht gegen den Staat zu wahren*

Angesichts des dichten Netzes zur Blockierung des Informationsflusses und zur Tarnung der Verantwortlichkeiten bildete sich ein «Ausschuß zur Untersuchung der Berliner Maivorgänge».<sup>42</sup> Der Ausschuß setzte ein Präsidium ein, dem außer Ossietzky Stefan Großmann vom «Tage-Buch», Alfred Apfel, ein bekannter Verteidiger in politischen Strafprozessen, Alfons Goldschmidt, Professor für Volkswirtschaft und Mitarbeiter an der «Weltbühne» und dem «Tage-Buch», und Herwarth Walden, Kunstkritiker und Herausgeber der Kunstzeitschrift «Der Sturm», angehörten. Egon Erwin Kisch fungierte als Vorsitzender der Pressekommission.

Von dem im Protokoll der ersten öffentlichen Versammlung als Präsidiumsmitglied mitaufgeführten Heinrich Mann ist ebensowenig eine Tätigkeit im Rahmen des Ausschusses bekannt wie von Alfred Döblin, Emil Gumbel und dem Arzt Ernst Joel, die in Polizeiberichten erwähnt werden. Otto Nuschke schied gleich wieder aus. Im Laufe der Zeit traten weitere Personen als Sprecher hervor, während sich Protagonisten wie Großmann zurückzogen.

Kommunistische Mitglieder waren die Reichstagsabgeordneten Ottomar Geschke im Präsidium und Wilhelm Hein als Vorsitzender der Betriebskommission, die Landtagsabgeordneten Artur Golke und Ferdinand Timpe und der Neuköllner Stadtrat und Arzt Dr. Richard Schmincke. Geschke gehörte in der Novemberrevolution zu den revolutionären Obleuten und übte in den 20er Jahren als Parteigänger Ruth Fischers hohe Funktionen aus. 1929 hatte er den Höhepunkt seiner politischen Laufbahn überschritten. Er wirkte jetzt vor allem in der «Roten Hilfe». Nach seiner Befreiung aus dem KZ Buchenwald, wo er Vorsitzender des Internationalen Lagerkomitees gewesen war, spielte er in der SBZ eine Rolle bei der Vereinigung von KPD und SPD. Hein war ehrenamtlicher Funktionär des Deutschen Metallarbeiterverbandes und Mitglied des ZK. Nach 1933 wurde er wegen Verdachts auf Gestapo-Tätigkeit ausgeschlossen. Golke hatte schon im Spartakusbund leitende Funktionen inne. Er war Mitglied des ZK und ging 1923 eine Scheinheirat mit Ruth Fischer ein, um ihr die Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit zu ermöglichen. Nach kurzer

---

<sup>42</sup> Der hier gewählte Name findet sich bei Ossietzky und in einer von der «Roten Hilfe» in Berlin 1929 herausgegebenen Broschüre. Anfangs kommt auch der Name «Ausschuß zur Untersuchung der blutigen Maiereignisse» vor, vgl. IfML, Bl. 28 ff.

illegaler Tätigkeit emigrierte er über Paris in die UdSSR, wo er 1937 verhaftet wurde und vermutlich September 1939 umkam. Schmincke beteiligte sich 1932 an der Gründung des «Klubs der Geistesschaffenden». Nach dem Reichstagsbrand wurde er verhaftet und als Schwerkranker entlassen. Er starb 1939 unter Gestapo-Aufsicht.

Das Zustandekommen des Ausschusses liegt im Dunkeln. Stefan Großmann führte es auf «eine spontane Willenskundgebung sittlich und gerecht denkender Männer» zurück.<sup>43</sup> Er selbst habe sich «beigeordnet», weil er einer von den Tausenden sei, «die durch diese Maitage einen inneren Ruck bekommen haben, die eine entscheidende Wendung in sich spürten».<sup>44</sup> Initiator scheint Großmann seinen Worten nach nicht gewesen zu sein.<sup>45</sup> Ähnlich behauptete Ossietzky von sich und seinen Freunden, sich «nicht aufgedrängt», sondern aus dem Gefühl gehandelt zu haben, notwendig zu sein.<sup>46</sup>

Es liegt nahe, die Initiative im Gegner der von Sozialdemokraten geführten Polizei, also in der KPD zu suchen. Zwar hatten die Kommunisten, wie wir noch sehen werden, mit der Aufklärung der Vorgänge ihre eigenen Schwierigkeiten. Dennoch ist nicht auszuschließen, daß sie zur Verteidigung ihrer Interessen aus der Isolierung herausstraten und eine dem Rechtsstaat dienliche Initiative ergriffen. Unter Berufung auf eine mündliche Quelle sieht Kurt R. Großmann, damals Generalsekretär der Deutschen Liga für Menschenrechte, in Willi Münzenberg, der Stefan Großmann und Ossietzky zur Mitarbeit gewonnen habe, den Initiator des Ausschusses.<sup>47</sup> Doch ist es nicht statthaft, allein auf dieser Quellenbasis den Ausschuß als «Münzenberg-Ausschuß» zu bezeichnen. Überhaupt führt diese Spur nur zur Internationalen Arbeiterhilfe, der gegenüber die Rote Hilfe näher liegt.

---

<sup>43</sup> IfML, Bl.34 verso.

<sup>44</sup> Zitiert nach Habedank, S. 144.

<sup>45</sup> Man sollte aber darauf hinweisen, daß Großmann schon einmal und zwar in der Habsburger Monarchie eine Gerichtsverhandlung inszeniert hatte, um einen wegen Mordes zu Unrecht Verurteilten und auf Großmanns Initiative hin Begnadigten, aber offiziell nicht Freigesprochenen, «vor aller Welt» zu rehabilitieren, damit er «den Weg in die bürgerliche Welt» zurückfände. Dies gelang ihm auch. (Stefan Großmann, «Ich war begeistert. Eine Lebensgeschichte», Berlin 1930, Nachdruck Königstein/Ts. 1979, S. 151 ff., Zitate S. 156).

<sup>46</sup> «Areopag», WB, 11.6.1929, S. 139.

<sup>47</sup> Kurt R. Großmann, Ossietzky, S. 168 f., wie auch Kurz, «Blutmai», S. 79.

Auf einer Sitzung der engeren Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg gab Geschke an, daß der Ausschuß von «Partei und Rote Hilfe aufgezo-gen» worden sei.<sup>48</sup> Aber welche Organisation der Partei ist gemeint, wenn der zuständige Bezirk von der Sache nichts weiß und von Geschke um eine «bessere Unterstützung» ersucht werden muß? Die entscheidende Institution für das Zustandekommen des Ausschusses scheint die «Rote Hilfe» gewesen zu sein. Der einzige Kommunist im Präsidium, Geschke, gehörte ihr an. Die enge Verbindung zum Untersuchungsausschuß wird daran deutlich, daß sie in diesem Auftrag das stenographische Protokoll der ersten öffentlichen Versammlung herausgab.<sup>49</sup> Ohne daß es ausdrücklich gesagt wird, legen Formulierungen im Vorwort nahe, daß die Rote Hilfe es sich zuschrieb, als erste eine «unparteiische, öffentliche Untersuchung» gefordert zu haben. Auch daß die Säle der öffentlichen Veranstaltungen des Ausschusses mit roten Tüchern ausgeschmückt waren, auf denen für die Rote Hilfe geworben wurde, verweist auf deren Mitarbeit.<sup>50</sup>

Zweck der Roten Hilfe war eine vielfältige Unterstützung proletarischer politischer Gefangener und deren Angehöriger. Sie war kein Parteiorgan, aber die entscheidenden Positionen waren von Kommunisten besetzt. Clara Zetkin hatte als Präsidentin einen Ehrenposten inne. Die Arbeit erledigten der Vorsitzende Wilhelm Pieck und die Sekretäre, die alle Kommunisten waren. Von den 185 000 Mitgliedern im Jahre 1929 gehörte über die Hälfte nicht der KPD an, wobei Sozialdemokraten wegen eines Unvereinbarkeitsbeschlusses ihrer Partei nicht mehr beitreten konnten. Die Rote Hilfe wurde von Wissenschaftlern, Künstlern und Schriftstellern unterstützt wie Albert Einstein, Heinrich Mann, Käthe Kollwitz, Kurt Tucholsky, Heinrich Vogeler und Heinrich Zille.

Auch Ossietzky gehörte in diesen Kreis, wenn er auch kurz vor dem 1. Mai in der «Weltbühne» Kurt Hiller Platz für einen scharfen Angriff auf die Rote Hilfe eingeräumt hatte, weil aus dieser offiziell überparteilichen Organisation kommunistische «Rechtsabweichler», Anhänger von Brandler und Thalheimer, darunter der Generalsekretär Jacob Schlör, trotz eines Einspruchs Clara Zetkins ausgeschlossen worden waren. Das lief den Absichten Ossietzkys zuwider, zur Abwehr der aufkommenden Reaktion

---

48 IfML, Bl. 45 recte.

49 S. Anm. 4.

50 IfLM, Bl. 124 recte.

Brücken zwischen beiden Arbeiterparteien zu schlagen.<sup>51</sup> Dennoch mochte die Rote Hilfe für eine Kontaktaufnahme bei denen taugen, die so dachten und fühlten, wie Stefan Großmann es ausdrückte: «Schlimmer als der Tod dieser Opfer wäre eine stumpfe Gleichgültigkeit, die schweigend die Toten der Maitage hingenommen hätte. Von allen politischen Lasten der Deutschen ist das schlimmste die innere Stumpfheit, die Gleichgültigkeit für Tod oder Leben, die furchtbare Schnuppigkeit, aus der das gräßliche Kriegswort <Menschenmaterial> entstanden ist.»<sup>52</sup>

Mit der einen Ausnahme Geschke hatte das Präsidium keine kommunistischen Mitglieder. Die meisten gehörten, wie Großmann öffentlich feststellte, keiner Partei an, Ossietzky gehöre, wie er hinzufügte, «zur Partei Ossietzky».<sup>53</sup> Zu der Diffamierung des Vorwärts, als «<intellektuelle> Stroh puppen» zu agieren,<sup>54</sup> bemerkte Ossietzky spitz: «Wäre ein Einfluß auf uns ausgeübt worden, den wir nicht hätten billigen können, dann, das kann ich versichern, hätten wir in diesem Falle einen Unabhängigkeitssinn bewahrt, den sozialdemokratische Parteiminister ihren bürgerlichen Kollegen gegenüber nicht aufbringen.»<sup>55</sup>

Aber schon die bloße Zusammenarbeit mit Kommunisten setzte den Ausschuß für die bürgerliche Öffentlichkeit ins Zwielficht. Die «linksbürgerliche Presse», so mußte Ossietzky vermerken, berichtete «kritisch und ablehnend», allerdings auch ohne «Verunglimpfungen», die allein dem «Vorwärts» vorbehalten blieben.<sup>56</sup> Die ursprünglichen Hoffnungen Großmanns, Vertreter aller interessierten Parteien und sogar der Polizei zur Mitarbeit bewegen zu können,<sup>57</sup> erfüllten sich nicht. Insbesondere traf ihn, daß sich ihm gegenüber die Liga für Menschenrechte ausschwig. Sie hatte eine eigene Untersuchung angekündigt, ohne schon irgendwelche Aktionen erkennen zu lassen. Bitter quittierte Großmann auf der ersten öffentlichen

---

<sup>51</sup> Kurt Hiller, «Attentat auf die Rote Hilfe», WB, 16.4.1929, S. 586 ff. Dazu die Antwort von Wilhelm Pieck, «Die Überparteilichkeit der Roten Hilfe», WB, 30.4.1929, S. 661 ff.

<sup>52</sup> Maimörder, S. 5.

<sup>53</sup> Ebd., S. 6.

<sup>54</sup> Vorwärts, 7.6.1929. Die Schreibweise Stephan Großmann und Karl von Ossietzki zeugt von einer bemerkenswerten Unkenntnis des linksbürgerlichen Journalismus.

<sup>55</sup> Maimörder, S. 35.

<sup>56</sup> Maimörder, S. 34; vgl. auch «Areopag», WB, 11.6.1929, S. 881.

<sup>57</sup> IfML, Bl. 35 verso u. 37 recte.

Sitzung die Zurückhaltung der Liga mit der ironischen Bemerkung: «Aber ich habe mir schließlich gesagt, die Liga kennt wahrscheinlich auch das große Menschenrecht auf Nichtstun und Scheintun, ein Menschenrecht, so zu tun, als ob man etwas täte.»<sup>58</sup>

Die Liga replizierte später in ihrem Bericht, wenn sie darauf hinwies, daß die Schwierigkeit, Schuld und Urheberschaft festzustellen, weder dazu verführen dürfe, «wie es von einer Seite geschehen» sei, den einen ein Unschuldssattest auszustellen und den anderen die Verantwortung aufzubürden. Es zeugt aber von ihrer Souveränität in der Sache, wenn sie selbst nicht ängstlich auf eine abstrakte Ausgewogenheit bedacht war, sondern bei ihrer Untersuchung der Schuldfrage ohne Bedenken auf Materialien zurückgriff, die von kommunistischen Abgeordneten in den preußischen Landtag eingebracht worden waren, und wenn sie expressis verbis die «Vorwürfe der kommunistischen Fraktion gegen die Polizei» stützte.<sup>59</sup>

Die Arbeit des Ausschusses war beachtlich. Dr. Apfel befragte in seinem Büro über 300 Zeugen, von denen weniger als ein Zehntel Angehörige oder Sympathisanten der KPD waren. Am 6. Juni fand die erste öffentliche Vernehmung im Großen Schauspielhaus vor über 3000 Personen statt. Die Zeugen mußten ihre Bereitschaft erklären, ihre Aussagen an Eidesstatt zu wiederholen, was wohl vor Wichtigtuern schützen sollte.<sup>60</sup> Den Vorsitz führte Großmann. Die zweite Versammlung leitete vor etwa 1500 Personen Ossietzky und ebenso die dritte und vierte am 19. und 21. Juni.<sup>61</sup> Zwei weitere Sitzungen fanden am 5. und 8. Juli statt.<sup>62</sup>

Unter Hinweis auf das im «proletarischen Brauch» wie auf der Verfassung beruhende Recht, am 1. Mai öffentlich zu demonstrieren, und auf die Tatsache, daß die kommunistischen Demonstranten nicht bewaffnet gewesen seien, kam der Ausschuß zu dem Ergebnis, daß die Schuld an den «Unmenschlichkeiten des furchtbaren Blutmai» den Polizeipräsidenten

---

<sup>58</sup> Maimörder, S. 6.

<sup>59</sup> Menschenrechte, S. 1; auch die einschlägigen Passagen in der Ossietzky-Biographie Kurt R. Großmanns spiegeln noch diesen Konflikt.

<sup>60</sup> Maimörder, S. 8.

<sup>61</sup> Frei, Ossietzky, S. 131 ff., IfML, Bl. 72 ff. u. 124 ff. Zwei weitere Sitzungen fanden am 5. und 8. Juli statt.

<sup>62</sup> IfML, Bl. 157 ff.

träfe.<sup>63</sup> Er forderte: «1. Sofortige Amtsenthebung des Polizeipräsidenten Zörgiebel; 2. Verbot des Gebrauchs von Schußwaffen seitens der Polizei; 3. Freilassung aller wegen der Mai-Vorgänge Verhafteten und Entschädigung für den Ausfall des Lohnes; 4. Entschädigung aller Hinterbliebenen.»<sup>64</sup>

Wie bei der Urteilsverkündung eines Gerichts ließen Großmann und Osietzky die Teilnehmer der Versammlungen sich erheben, als sie zum Schluß die Forderungen vorlasen.<sup>65</sup> Das läßt uns fragen, wie sich dieser Ausschuß eigentlich verstanden hat. Da es sich um eine neuartige und sehr spontane Gründung handelte, läßt sich die Frage nicht eindeutig beantworten. Sicher ist nur, daß der Ausschuß nicht als ein «Forum kommunistischer Propaganda»<sup>66</sup> gedacht war und wenigstens anfangs auch nicht so funktionierte.

In der ersten nichtöffentlichen Sitzung stellte Großmann dem Ausschuß die Aufgabe, die Wahrheit zu suchen, die Schuldigen festzustellen und ihre Bestrafung zu fordern. Demnach verhielt sich der Ausschuß wie eine Untersuchungsbehörde. Am Ende der Sitzung räumte Großmann ein, von der Schuld der Polizei überzeugt zu sein. Das ist plausibel. Das offenkundig schuldhafte Verhalten der Polizei und ihre Deckung durch die Behörden waren schließlich der Grund gewesen, daß sich der Ausschuß gebildet hatte. Er war seiner Entstehung nach eine anklagende Instanz. So gesehen war eine politische Einseitigkeit, die Großmann zu vermeiden wünschte, kein Nachteil.

Wie der Fall «Blutmai» gelagert war, mußten die Untersuchungsergebnisse auf eine Anklage hinauslaufen. Wo aber blieb das Gericht? Bei der Zeugenbefragung im Großen Schauspielhaus bezeichnete Apfel das Präsidium als «Richterkollegium».<sup>67</sup> Die beiden mitschreibenden Beamten notierten «*Gerichtskollegium*», was sie zur Bemerkung veranlaßte, daß eine Verhandlungsleitung nicht stattgefunden habe, sondern wie in Volksversammlungen nur Ansprachen gehalten worden seien.<sup>68</sup> Tatsächlich

---

<sup>63</sup> Maimörder, S. 33.

<sup>64</sup> Ebd., S. 40.

<sup>65</sup> IfML, Bl. 58 recte u. 77 verso.

<sup>66</sup> Heinrich August Winkler, *Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930*, Berlin u. Bonn <sup>2</sup>1988, S. 722.

<sup>67</sup> Maimörder, S. 9.

<sup>68</sup> IfML, Bl. 66 recte.

stellten von einem weiteren Zeugen abgesehen Apfel und Großmann nur bei den beiden Ärzten Friedländer und Schmincke eingehendere Nachfragen, wobei es ihnen um die Feststellung ging, ob die Toten von Polizei- oder anderen Geschossen getroffen worden seien.

Auch Kommunisten sprachen von den öffentlichen Versammlungen als einem Gericht. Dies trifft aber nur im unverbindlichen Sinne von «Gericht der Öffentlichkeit» oder «Gericht der Geschichte» zu - eine Phrase, die nicht auf konkrete Folgen spekuliert, es sei denn, man erwartet eine baldige «Exekution» des Urteils von der «Arbeiterklasse». <sup>69</sup> Tatsächlich entbehrte der Ausschuß einer handlungsorientierten Zielsetzung. Das Ergebnis müsse, so führte Großmann in der ersten nichtöffentlichen Sitzung aus, «in die Welt hinausgeschrien werden.» Die Diskussion müsse fortgesetzt werden, «bis der Enderfolg erreicht sei.» <sup>70</sup> Es fehlte also der Adressat, der zum Vollzug veranlaßt werden kann.

Es gibt Anzeichen dafür, daß der Ausschuß hoffte, durch den öffentlichen Druck, den er erzeugen wollte, die Gerichte in Bewegung setzen zu können. So kritisierte Apfel auf der ersten nichtöffentlichen Sitzung eine Strafanzeige Littens gegen Zörgiebel als vorschnell. Man müsse noch abwarten und kühl abwägen, bis die Sache spruchreif sei. Es bestehe die Gefahr, daß die Staatsanwaltschaft sich durch ihre einmal erfolgte Ablehnung bereits einen Präzedenzfall geschaffen habe. <sup>71</sup> Drei Wochen später, auf der ersten öffentlichen Versammlung hatte Apfel seine Hoffnungen, einen Rechtsweg eröffnen zu können, herab geschraubt. Daß nur wenige Bagatellprozesse gegen die vielen Festgenommenen angestrengt wurden, wertete er als das «sicherste Zeichen», daß eine gerichtliche Aufklärung bewußt vermieden werden solle. <sup>72</sup> Auch Großmann befürchtete, daß eine offizielle Untersuchung «trotz dieses Appells» nicht erfolgen werde. <sup>73</sup>

In der Rolle eines Gerichtes sah auch Ossietzky die öffentlichen Versammlungen, die der Ausschuß abhielt. Seinen einschlägigen Artikel

---

<sup>69</sup> So im Vorwort zu «Maimörder», was auf die Autorschaft der Kommunisten, nicht der pazifistischen Demokraten hinweist.

<sup>70</sup> IfML, Bl. 35 recte.

<sup>71</sup> Ebd., Bl. 36 verso.

<sup>72</sup> So nach dem Polizeibericht IfML, Bl. 52 recte. Im offiziellen Protokoll abgemildert formuliert, s. Maimörder, S. 9.

<sup>73</sup> Maimörder, S. 7.

überschrieb er mit «Areopag». Die wechselvolle Geschichte dieser Institution des klassischen Athens gibt freilich keinen eindeutigen Aufschluß. Am nächsten liegt die Annahme, daß Ossietzky Plutarch folgend im Areopag eine Art «Wächter der Gesetze»<sup>74</sup> sah, ein mehr moralisch als tatsächlich wirkendes Organ. So bezeichnete er die Versammlungen als einen «volkstümlichen Areopag», weil sie ein «freier Gerichtshof» seien, der den Zweck habe, «der Wahrheit zu dienen».<sup>75</sup> Darin liegt keine Anmaßung. Wenn Ossietzky von sich und seinen Freunden schrieb, nichts sehnlicher zu wünschen, «als daß ein objektives und unvoreingenommenes Gericht unseren freigewählten Areopag ablöse»,<sup>76</sup> dann erscheint das hehre Unternehmen als ein Notbehelf bei Ausfall der zuständigen Staatsorgane.

Mehr als die Wahrheit interessierten Ossietzky jedoch die Menschen. Es war ein demokratischer Areopag, nicht nur in der Zusammensetzung, sondern auch im Verfahren. Ossietzky betonte die öffentliche Zeugenvernehmung als Neuheit. Dabei hatte er keine strafprozessualen Überlegungen im Kopf. Er rechnete es dem Ausschuß als Verdienst an, die «sonst Stummen»<sup>77</sup> zum Reden gebracht zu haben in einer Umgebung, in der sie im Gegensatz zu den Gerichten Vertrauen fassen konnten. Es war nicht daran gedacht, zufällige und unbeteiligte Beobachter aussagen zu lassen. «Die Opfer der polizeilichen Exerzitien selbst mußten sprechen.»<sup>78</sup> Der Areopag erscheint hier nicht als Gericht mit Klägern, Angeklagten und Richtern, sondern als ein Forum, das Opfern Öffentlichkeit verschafft. Nicht um Herstellung eines verletzten Rechts ging es, sondern um einen Akt von Selbstbefreiung nach erlittener Gewalt.

Ein großer Teil des Publikums sah dies freilich anders. Trotz Ermahnungen, Beifallskundgebungen zu unterlassen, weil man nicht im Theater sei,<sup>79</sup> wurden die Zeugensaussagen lebhaft beklatscht und so zu Protestreden gemacht, die nach Ossietzky gerade vermieden werden sollten. Je kleiner die Veranstaltungen wurden, je stärker der Anteil der kommunistischen

---

<sup>74</sup> Solon 19.

<sup>75</sup> «Areopag», WB, 11.6.1929, S. 883.

<sup>76</sup> Ebd.

<sup>77</sup> Ebd.

<sup>78</sup> Ebd., S. 882.

<sup>79</sup> IfML, Bl. 66.



Parteigänger, desto lauter «das dröhnende Pathos der Anklage»,<sup>80</sup> effektiv unterstrichen von «Rot Front»-Rufen und Hochs auf die Dritte Internationale. So wurde schließlich aus dem Forum der Opfer eine handfeste Parteikundgebung. Nicht zuletzt daran scheiterten Überlegungen, den Ausschuß als «Organ der Öffentlichkeit» permanent zu machen.<sup>81</sup>

### **3 Vernunft und Wirklichkeit: Ossietzkys Werben für eine «gemeinsame Abwehrfront [...] gegen den Fascismus»**

#### **3.1 Die Position Ossietzkys**

In drei aufeinander folgenden Ausgaben der «Weltbühne» widmete Ossietzky dem Blutmai die einleitenden Hauptartikel.<sup>82</sup> Daran läßt sich die Bedeutung ablesen, die er diesem Geschehen von Anfang an zumaß, wie auch aus seinem öffentlichen Auftreten, das seiner zurückhaltenden, fast scheuen Art nicht lag. Sein Engagement galt nicht nur den verfolgten Menschen und dem verletzten Rechtsstaat. Die Geschehnisse mußten ihre Aufklärung finden, die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden, sollte die Linke nicht an ihren internen Kontroversen zugrunde gehen.

Unter «Linke» verstand Ossietzky zu dieser Zeit vor allem die Arbeiterparteien. Ältere Hoffnungen, daß sich bürgerliche Republikaner als eine politische Kraft etablieren und mit der Arbeiterbewegung verbünden könnten, hatte er seit der mißlungenen Gründung der «Republikanischen Partei» zu den Reichstagswahlen Mai 1924 aufgegeben.<sup>83</sup> Unter dem Präsidialregime Brüning sollte er konstatieren, daß zum Kampf gegen den aufsteigenden «Fascismus» das Bürgertum nur noch «einige beachtliche intellektuelle Kräfte», aber keine «organisierten Potenzen» mehr aufzubringen habe. Sozialdemokraten und Kommunisten stünden allein.<sup>84</sup>

---

<sup>80</sup> «Areopag», WB, 11.6.1929, S. 883.

<sup>81</sup> Maimörder, S. 3.

<sup>82</sup> «Zörgiebel ist schuld!», WB, 7.5.1929, S. 691 ff.; «Abdankung, Herr Polizeipräsident!», WB, 14.5.1929, S. 729 ff.; «Kommunistengesetz?», WB, 21.5.1929, S. 767 ff.; dazu unter «Antworten» eine Auseinandersetzung mit Grzesinskis Landtagsrede, WB, 4.6.1929, S. 839 f.

<sup>83</sup> Vgl. als Versuch einer Gesamtcharakteristik den Beitrag des Verf.s in «Ossietzky aktuell», hg. vom Präsidium der VVN - Bund der Antifaschisten, Frankfurt/Main 1975, S. 40 ff., und den Einleitungstext in: Bärbel Boldt u.a. (Hg.), Carl von Ossietzky. Lesebuch. Der Zeit den Spiegel vorhalten, Reinbeck 1989.

<sup>84</sup> «Romulus Augustulus», WB, 7.10.1930, S. 535 ff., Zitat S. 536.

Angesichts des Gegensatzes, der zwischen beiden Arbeiterparteien bestand, wurden für Ossietzky Oppositionelle bedeutsam, von deren Tätigkeit in den oder schon außerhalb der beiden Organisationen er sich eine ausgleichende Wirkung versprach. In der SPD war es die Gruppe, die sich im «Klassenkampf» ein eigenes Organ schuf. Kurt Rosenfeld gehörte dazu, der als Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft aus der SPD ausgeschlossen werden sollte und zu dem Ossietzky als seinem Strafverteidiger enge Beziehungen unterhielt, und Heinrich Ströbel, der zugleich eine führende Rolle im Pazifismus spielte und dessen frühe Veröffentlichung zur Novemberrevolution («Die deutsche Revolution») Ossietzky ausgiebig und zustimmend rezensiert hatte. Nicht zuletzt ist Paul Levi zu nennen, dessen intellektuelle Überlegenheit und rhetorische Brillanz Ossietzky bewunderte und dessen mangelndes politisches Durchsetzungsvermögen er bedauerte.

Bei den Kommunisten richtete Ossietzky sein Augenmerk auf die KPD-Opposition, die sich 1928 abgespalten hatte. Ein Vorgehen sozialdemokratisch geführter Behörden wie beim Blutmai mußte ihre wie die Wirksamkeit aller oppositionellen Zwischengruppen gefährden: «Wird in dem gleichen beschwingten Maientempo weitergedroschen, geschossen und verboten, so ist in absehbarer Zeit die Gruppe Brandler-Thalheimer ruiniert, die letzte schwache Brücke zwischen den beiden feindlichen roten Parteien.»<sup>85</sup> Ossietzky baute seine politischen Erwartungen aber nicht allein auf Splittergruppen. Er sah ganz richtig, daß der Schlüssel für ein Zusammengehen der beiden großen Arbeiterparteien «in den Händen der beiden Bureaukratien» lag.<sup>86</sup>

In einer Zusammenarbeit der SPD mit bürgerlichen Parteien sah Ossietzky keine positiven Möglichkeiten mehr. Schon ein Jahr vorher prophezeite er den Bruch der Großen Koalition unter korrekter Angabe des Konfliktpunktes, auch wenn er das Widerstandsvermögen der SPD - die sich hierbei bekanntlich den Gewerkschaften fügte - unterschätzte: «Es begann mit der Bewilligung des Panzerkreuzers, die sehr geschmackvoll den hochrufenden Republikanern am 11. August verlautbart wurde, und wird enden mit der angekündigten Deformierung der Erwerbslosenunterstützung. Wenn das erst durchgedrückt ist, werden Zentrum und Deutsche

---

<sup>85</sup> «Kommunistengesetz?», WB, 21.5.1929, S. 773.

<sup>86</sup> «Gibt es noch eine Opposition?», WB, 7.1.1930, S. 39 ff., Zitat S. 42.

Volkspartei die Sozialdemokratie in aller Gemütlichkeit vor die Tür setzen, denn dann brauchen sie sie nicht mehr. Den Rest des Weges zu Hugenberg können sie allein finden.»<sup>87</sup>

Die kompromittierende Anbietung an ein Bürgertum, das nicht im klassenübergreifenden Sinne republikanisch war, ja dessen Verfassungstreue nicht gewährleistete war, wenn es gegen die materiellen Interessen der Arbeiterschaft vorging, konnte nach Ossietzky der Republik nur schaden. Die falsche politische Ausrichtung ließen ihn der SPD und damit der ganzen Republik düstere Prognosen ausstellen: «Unzählige treue Menschen, die noch immer an die Sozialdemokratie geglaubt haben, werden in alle vier Winde laufen. Die Einen zu den Kommunisten, die Andern nach Rechts. Den Propheten roter und weißer Diktaturen werden diffuse Scharen enttäuschter Sozialdemokraten zuwandern, die sich an Programme heften werden, die ihnen nichts sagen und nichts geben können. So hat Herr Zörgiebel nicht nur seine Partei blessiert, er hat die ganze Linke, die ganze deutsche Republik getroffen.»<sup>88</sup>

Der Republikaner Ossietzky war kein Freund von Diktaturen, mögen sie weiß oder rot gewesen seien. Aber deswegen unterlag er nicht dem politischen Kurzschluß, sie gleichzusetzen. Diesem «neuen sozialdemokratischen Dogma», das in der Praxis zu einer «ärgerlichen Schonung der Hitlerleute» führe,<sup>89</sup> vermochte er nichts abzugewinnen. Die SPD habe mit der KPD im Nationalsozialismus als einer «nach fascistischen Spielregeln vom Unternehmertum gegen die Arbeiterschaft» eingesetzten «nationalistischen Terrorgruppe»<sup>90</sup> einen gemeinsamen Feind. Immer eindringlicher appellierte Ossietzky an die beiden Arbeiterparteien, «eine gemeinsame Abwehrfront [...] gegen den Fascismus»<sup>91</sup> zu errichten.

Am Blutmai wollen wir die Probe aufs Exempel machen und untersuchen, ob Ossietzkys Appelle realistisch waren. Andernfalls erhalten die Vorwürfe Nahrung, Ossietzky habe mit der Propagierung einer falschen Strategie, bei der er sich von einer ungerechtfertigten Kritik an den politischen

---

87 «Kommunistengesetz», WB, 21.5.1929, S. 768.

88 «Abdankung, Herr Polizeipräsident!», WB, 14.5.1929, S. 736.

89 «Grzesinskis Abgang», WB, 4.3.1930, S. 340.

90 «Dingeldey als Erzieher», WB, 23.12.1930, S. 931 ff., Zitat S. 932.

91 «Romulus Augustulus», WB, 7.10.1930, S. 537.

Verhältnissen der Republik leiten ließ, zu deren Untergang beigetragen.<sup>92</sup> War Ossietzky ein einsamer Rufer in der Wüste der reinen Vernunft, in verständnisloser Ferne vom Tummelplatz unversöhnlicher politischer Leidenschaften, war er ein Teil von jener Kraft, die - im Gegensatz zur mephistophelischen - stets das Gute will und stets das Böse schafft?

### 3.2 *Der Blutmai und das Verhältnis von KPD und SPD*

Der Blutmai hat das Verhältnis der beiden Arbeiterparteien zueinander schwerer belastet als kaum ein anderes Ereignis am Ausgang der Weimarer Republik. Dabei geht es nicht nur um den Polizeieinsatz, sondern auch um anschließende repressive Maßnahmen seitens der SPD, um das zeitweise und wiederholte Verbot der «Roten Fahne» und vor allem um das Verbot des Roten Frontkämpferbundes. Wir werden uns zunächst diesem zuwenden, um Sachverhalte und Motive der SPD-Führung zu klären, bevor wir auf die ideologische Verarbeitung, auf Rechtfertigungen und politische Folgerungen in den beiden Arbeiterparteien eingehen.

Die «Rote Fahne» wurde am 3. Mai für drei Wochen und am 26. Mai für die Höchstdauer von vier Wochen mit pauschalen Gründen verboten. Die Revolutionsrhetorik der «Roten Fahne», ihre Fixierung auf den «gewaltsamen Sturz des bürgerlichen Staates»<sup>93</sup> als Voraussetzung der Überwindung des Kapitalismus boten immer eine plausible Handhabe. Den wirklichen Grund für die gegenüber rechtsstaatlichen Geboten laxen Zensurpraxis wird man in der Absicht sehen müssen, die Stimme der KPD in einer für die SPD-Führung unangenehmen Sache zu schwächen. Von ungleich größerem Gewicht aber als die groben Geschütze des Zensors war das Verbot des Roten Frontkämpferbundes.

Es erscheint als außerordentlich bemerkenswert, daß die erforderlichen Verfügungen seit den Tagen des deutschnationalen Innenministers von Keudell ausgefertigt in Grzesinskis Schublade lagen und nur noch auf die Eintragung des Datums warteten. Der Verdacht, daß durch den Polizeieinsatz der RFB zu Gewalttätigkeiten hätte provoziert werden sollen, liegt

---

<sup>92</sup> Als Entgegnung auf eine solche Position Gerhard Kraiker, Eine Fehldeutung. Zu Hans-Ulrich Wehlers Kritik an Carl von Ossietzky in: Nachdenken über Ossietzky, hg. von Helmut Reinhardt, Berlin 1989, S. 223 ff.

<sup>93</sup> «Die Rote Fahne» (RF), 26.5.1929.

nahe, doch gibt es keine Belege dafür.<sup>94</sup> Wir wollen ihm dennoch nachgehen, weil wir dabei Auskunft über die uns interessierenden Motive sozialdemokratischen Handelns erhalten.

Von Keudell war mit seinem Vorhaben, das er werbewirksam in den Wahlkampf 1928 verlegte, am Reichsgericht gescheitert. Den erforderlichen Nachweis eines zentral geleiteten Aufstandes konnte er nicht erbringen. Grzesinski hatte ihm damals, wie er sich gegenüber Braun äußerte, aus politischen Gründen opponiert.<sup>95</sup> Um welche Gründe es sich im einzelnen handelte, gab er nicht an. Vermutlich fürchtete er um sein Prestige bei der sozialdemokratischen Anhängerschaft, wenn er ein solches Attentat eines hochkonservativen Mannes<sup>96</sup> auf eine Arbeiterpartei widerspruchslos hinnahm. Die Ungerechtigkeit, die in einem einseitigen Vorgehen lag, wird man dagegen als Grund nicht annehmen dürfen, denn darüber sollte er sich nach dem Blutmai hinwegsetzen, obwohl es in einem Gutachten, das er sich über die Konsequenzen eines RFB-Verbots erstellen ließ, hieß: «Schließlich würde die Gesamtlage auch dazu zwingen, aus Gründen der Parität nach den gleichen Grundsätzen eine Reihe von Rechtsorganisationen ebenso zu behandeln wie eine der größten Linksorganisationen. Eine solche Maßnahme ist bisher wenigstens in Preußen zum mindesten aus Zweckmäßigkeitsgründen unterblieben. Im Gegenteil sind sogar im Hinblick auf die Wahl eine Reihe von Beschränkungen solcher Organisationen der Rechten aufgehoben worden.»<sup>97</sup> Zu den in Frage kommenden Rechtsorganisationen gehörten außer der SA der Stahlhelm, dessen Ehrenvorsitzender kein geringerer als der Reichspräsident war.

Noch im März 1929 führte Grzesinski im Landtag aus, daß das Material zu einem Vorgehen gegen den RFB nicht ausreiche.<sup>98</sup> Dieser Befund überrascht nicht, wenn man berücksichtigt, welche Aufgaben sich nach Thälmann dem RFB stellten: «Verteidigung der Wirtschaftskämpfe des

---

<sup>94</sup> Kurt G. P. Schuster, *Der Rote Frontkämpferbund 1924-1929*, Düsseldorf 1975, und Gotthard Jasper, *Der Schutz der Republik*, Tübingen 1963, legen das Verbotsverfahren detailliert dar, können aber in Unkenntnis der tatsächlichen Vorgänge Bezüge zum Mai nicht herstellen.

<sup>95</sup> Brief vom 3.5.1929, G 204.

<sup>96</sup> v. Keudell war als preußischer Landrat wegen Begünstigung des Kapp-Putsches abgesetzt worden. 1933 trat er der NSDAP bei und wurde 1936 Staatssekretär im Reichsforstamt.

<sup>97</sup> G 1410.

<sup>98</sup> Jasper, S. 169.

Proletariats, Streikschutz und andere Aufgaben dieser Art.»<sup>99</sup> Der Vorsitzende der KPD konnte zwar formell dem überparteilichen RFB keine Weisungen erteilen, aber gewiß lief nichts gegen seinen Willen. Einschätzungen, wie sie etwa Jasper gibt, bestätigen, daß sich der RFB an seine Aufgabenstellung hielt, wenn auch Jasper zur Begründung des Verbotes dann doch anführt, daß vom RFB wie von anderen «Parteiarmeen» eine «latente Bürgerkriegsdrohung» ausgegangen sei. In der Tat hielt der RFB gelegentlich militärische Übungen ab. Sie sahen so aus: viel Marschieren, Kleinkaliberschießen, Trommelschläge als Simulation für Maschinengewehrfeuer und Paukenschläge für Artillerie.<sup>100</sup> Die paramilitärischen Organisationen der Rechten, die sich guter Verbindungen zur Reichswehr erfreuten, konnten auf Trommeln und Pauken verzichten.

Die Behauptung eines «nachgewiesenermaßen bewaffneten Vorgehens der Kommunisten» in Berlin mußte also entgegen allen Tatsachen aufrechterhalten werden, um das Verbot des RFB in Preußen durchsetzen und anschließend auf das ganze Reichsgebiet ausdehnen zu können.<sup>101</sup> Während dazu die meisten Innenminister mit viel Überredungskunst erst gewonnen werden mußten, hatte Bayern schon von sich aus ein Verbot erlassen. Da es mit den bayerischen Verhältnissen nicht zu begründen war, verwies es auf die Berliner Vorkommnisse, wo Angriffe des RFB auf Andersgesinnte und Polizeibeamte ihren Höhepunkt erreicht hätten.<sup>102</sup> Von Angriffen auf Andersgesinnte war nicht einmal in der preußischen Verbotsbegründung die Rede.

Das Verbot des RFB wurde gerade noch rechtzeitig unter Dach und Fach gebracht. Denn das Republikschutzgesetz, das im wesentlichen die rechtliche Handhabe bot, lief am 22. Juli ab. Die enge Terminierung zeigte eine bemerkenswerte Nebenwirkung. Im September wies das Reichsgericht eine Beschwerde des RFB zurück, weil es in dieser Sache nicht mehr tätig werden könne. Dafür trat im Sommer 1931 die Reichswehr, der offenbar jeder halbwegs militärisch gedrillte Deutsche genehm war, mit der Ermunterung an die KPD heran, die Wiederzulassung des RFB zu bean-

---

<sup>99</sup> Ernst Thälmann, Reden und Aufsätze II 1928-1930, Frankfurt/Main 1972, S. 28.

<sup>100</sup> Diese Darstellung lag Grzesinski in einem Rechtsgutachten vor, G 1411, S. 13.

<sup>101</sup> So auf einer Konferenz der Landesinnenminister vom 10. Mai, Protokoll bei Jasper S. 305 ff. Die zitierten Worte sind von Severing.

<sup>102</sup> Staatsarchiv Bremen 4.65 - VI 1000.44 Bd. 1.

tragen. Sie stellte ein positives Gutachten in Aussicht. Die KPD zeigte sich an diesem Verfahren jedoch nicht interessiert.<sup>103</sup>

Die Möglichkeit, daß der RFB provoziert werden sollte, um eine Handhabe für sein Verbot zu erhalten, nötigt uns, zunächst die Begründungen, mit denen das Demonstrationsverbot, das die Voraussetzung für den Polizeieinsatz bildete, aufrechterhalten wurde, zu überprüfen und dann die Art des Polizeieinsatzes anzuschauen. Das Demonstrationsverbot wurde von vielen Seiten als eine überzogene, ja verfassungswidrige, und parteipolitisch motivierte Maßnahme scharf getadelt. Ossietzky sah den Grund in einem «traurigen Prestigestreit», der bei den Sozialdemokraten die Befürchtung ausgelöst habe, die Kommunisten könnten «glanzvoller aufziehen».<sup>104</sup> Hans Litten versah seinen erwähnten Antrag, gegen Zörgiebel ein Strafverfahren wegen des Demonstrationsverbots einzuleiten, mit der Begründung, daß dem Verbot «rein politische» und nicht polizeiliche Erwägungen zugrunde gelegen hätten, daß keine «konkreten Tatsachen» eine Bedrohung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung hätten erwarten lassen und daß die Maßnahme zweckwidrig gewesen sei, weil ihre Durchführung eine größere Gefahr mit sich gebracht habe, als die zu bekämpfende dargestellt habe und weil eine erlaubte Demonstration leichter zu überwachen gewesen wäre.<sup>105</sup>

Ein gerichtliches Verfahren hätte über die Hintergründe des Demonstrationsverbots aufklären können. Aber das Gericht wies Litten ab, weil er nicht zu einem solchen Antrag befugt sei.<sup>106</sup> Litten hatte seine Berechtigung daraus abgeleitet, daß er als Passant mit dem Gummiknüppel geschlagen und beschossen worden sei. Er vermutete, daß diese Handlungen von Polizisten in Ausübung einer Anweisung des Polizeipräsidenten erfolgt seien. Nach Auffassung des Gerichts fehlte aber «jeder Anhalt» dafür, daß der Beschuldigte vorsätzlich veranlaßt habe, gegen nicht demonstrierende Personen in der besagten Weise vorzugehen.

Die Gründe, die Zörgiebel von sich aus öffentlich angab, sind dünn. Außer auf die immer anführbare «drohende und blutrünstige Sprache» der «Roten Fahne» berief er sich darauf, daß wegen der Regierungskrise im Februar

---

<sup>103</sup> Schuster, S. 224 u. 234 f.

<sup>104</sup> «Zörgiebel ist schuld!», WB, 7.5.1929, S. 691.

<sup>105</sup> Schreiben vom 12. Juli 1929, IfML, Bl. 227 ff.

<sup>106</sup> IfML, Bl. 233 f.

und März «eine neue Spannung der allgemeinen Stimmung» entstanden sei und zu einer «weiteren außerordentlichen politischen Erregung» geführt habe.<sup>107</sup> Er meinte damit die Umwandlung der Großen Koalition von einem «Kabinett der Persönlichkeiten» in eine parlamentarische Regierung durch Bindung der Minister an die Fraktionen. Sie gestaltete sich tatsächlich sehr schwierig, aber Kommunisten waren an ihr nicht beteiligt. Die Aufrechterhaltung des Demonstrationsverbotes wird noch fragwürdiger, wenn man berücksichtigt, daß Zörgiebel durch einen Polizeibericht über interne Anweisungen der KPD-Führung informiert war, wonach die Demonstration einen friedlichen und unbewaffneten Charakter tragen, den im RFB vorhandenen Tendenzen, sich der bewaffneten Gewalt entgegenzustellen, unter allen Umständen entgegengewirkt werden und nicht mit «militärischen» Gegenmaßnahmen gespielt werden sollte.<sup>108</sup>

So wenig die Gründe Zörgiebels für die Aufrechterhaltung des Demonstrationsverbots zu überzeugen vermögen, so wenig darf man doch aus ihnen den Schluß auf eine gezielte Provokation ziehen. Zörgiebel war wohl tatsächlich nur, wie er in seiner öffentlichen Bekundung äußerte, auf die Wahrung der «Staatsautorität» bedacht, die freilich nach Ossietzky durch nichts gefährdet war als «durch die Unfähigkeit ihres Inhabers.»<sup>109</sup> Daß eine Provokation nicht beabsichtigt war, geht aus einem Schreiben hervor, das Grzesinski am 30. April an den besorgten Braun richtete: «In der Angelegenheit der Maifeier hätte ich Dir auch nichts Besonderes zu berichten gehabt, lediglich, daß Vorbereitungen getroffen sind, die Demonstranten gegebenenfalls mit Wasser zu behandeln. Das würde selbstverständlich von der Polizei und nicht von der Feuerwehr gemacht werden.»<sup>110</sup>

Mit dieser Aussage kommen wir zum zweiten Feld unserer Motivforschung, zum Polizeieinsatz. Wenn es zutrifft, daß sich die Behörden nicht auf eine bewaffnete Auseinandersetzung eingestellt hatten, daß sie von ihnen weder beabsichtigt noch erwartet wurde, wie ist es dann zu Schüssen und Toten gekommen? Haben nicht geplante und falsch interpretierte Zusammenstöße

---

<sup>107</sup> Artikel «Demonstrationsverbot» in BT, 2.5.1929 A.

<sup>108</sup> Ernst Laboor, *Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen Militarismus und Kriegsgefahr 1927-1929*, Berlin 1961, S. 266.

<sup>109</sup> BT, 2. Mai 1929 A und Ossietzky in WB, 7.5.1929, S. 694.

<sup>110</sup> Nachlaß Grzesinski, G 204.



den schlummernden Willen wachgerufen, den RFB zu verbieten? Oder hat gar die Gelegenheit Diebe gemacht?

Drei Arten von Polizeieinsätzen lassen sich unterscheiden. Es gibt den blitzartigen Überfall, der auf Kommando eines Offiziers erfolgt und für die Passanten völlig unvorbereitet kommt. In Berichten von Augenzeugen taucht gelegentlich ein *agent provocateur* auf, aber überzeugende Belege fehlen. Opfer solcher Aktionen sind in Gruppen Zusammenstehende, z.B. an Haltestellen Wartende. Dieser Einsatz wird gewöhnlich mit dem Gummiknüppel ausgeführt. Im zweiten Falle werden aus zurückgezogenen Stellungen Panzerwagen eingesetzt, wenn Schießereien in den Einsatzzentralen gemeldet werden. Unter Gebrauch der Schußwaffe durchkämmen Polizeikommandos verdächtige Straßen. Die extremste Form besteht in dem Eindringen in Häuser unter Feuerschutz, wobei Personen herausgeholt und Waffen als «Beweismaterial» sichergestellt werden.

Auf eine zentrale, planvolle Leitung lassen diese Vorgehensweisen nicht notwendig schließen. Nur die Hausdurchsuchungen geben zur Vermutung Anlaß, daß die Suche nach Waffen der Vorbereitung des RFB-Verbotes diene. Im übrigen erklären sich die Einsätze aus der Eigenmächtigkeit höherer Offiziere, die sich «im alten Geleise militärischer Betätigung»<sup>111</sup> zu bewegen wünschten und scharf gemachter, überhitzter Mannschaften, die in besonderen Lagern außerhalb Berlins gedrillt wurden und offiziellen Handbüchern über Einsätze bei inneren Unruhen so wertvolle Hinweise entnehmen konnten wie den, daß sich im Roten Frontkämpferbund die «unsaubersten, kriminellen Elemente der Gesellschaft» und der «nur auf Eigennutz bedachte Abschaum des Volkes» versammle.<sup>112</sup> «Die Berliner Polizei», tadelte Ossietzky, «ist einseitig gegen links gedrillt. Sie ist eine verhetzte, wildgemachte Bürgerkriegstruppe, von der man nicht jeden einzelnen Wachtmeister oder Leutnant zur Rechenschaft ziehen darf. Sie exekutiert nur, was sie gelernt hat und was sie für ihre Pflicht hält. Weil sie nur gegen Rot eingesetzt wird, kennt sie nur diese eine feindliche Farbe.»<sup>113</sup>

Die einseitige Ausrichtung gegen links forderte auch von der Republik ihren Tribut. Nur ein Teil der Beamten war republikanisch eingestellt. Der

---

<sup>111</sup> Lange, *Polizeierfahrung - Polizeierziehung*.

<sup>112</sup> Zitiert nach Liang, S. 97.

<sup>113</sup> «Abdankung, Herr Polizeipräsident!», WB, 14.5.1929, S. 732.

Verband der Schutzpolizeibeamten Preussens tendierte zur NSDAP, die Vereinigung Preußischer Polizeioffiziere, der etwa 90 % der Polizeioffiziere angehörten, zur DNVP.<sup>114</sup> Nach Liang sei es nur durch Nachgiebigkeit der politischen Führung möglich gewesen, «ernsthafte Unruhen innerhalb des Offizierkorps zu verhindern und die Gefahr eines Zusammenschlusses der unzufriedenen Offiziere mit der radikalen Minderheit in den unteren Rängen, die die nationalsozialistische Bewegung lange vor der Machtergreifung Hitlers unterstützte, abzuwenden.»<sup>115</sup> In den Maitagen, so müssen wir aus dem Vorgehen der Polizei folgern, wurde der Zusammenschluß mit allen bösen Folgen für die Bevölkerung hergestellt.

Polizeieinheiten probten den Bürgerkrieg auf eigene Rechnung. Sie brauchten nicht zu befürchten, zur Verantwortung gezogen zu werden. Ein Polizeieinsatz in der Frankfurter Allee Anfang Juni 1928 liest sich, auch was die Reaktion der Öffentlichkeit betrifft, wie eine gelungene Generalprobe zum Blutmai.<sup>116</sup> Wenn es gegen Kommunisten ging, war das Verhältnis zwischen SPD-Führung und Polizei offenbar nicht zu erschüttern. Noch zwei Jahre später schrieb Grzesinski an Braun: «Im Mai 1929 hat die Polizei richtig gehandelt, und wenn es erforderlich werden sollte, wird sie wieder so handeln müssen. - Die Verantwortung dafür trifft nicht die Polizei und den heutigen Staat, sondern diejenigen, welche sich den Verwaltungsanordnungen des Demokratischen Staates mit Gewalt widersetzen.»<sup>117</sup>

Antikommunistisch fixiert, wie die Unfähigkeit zur Selbstkritik anzeigt, erkannten die für die Führung der Polizei verantwortlichen Sozialdemokraten nicht, daß sie selbst zu Geführten wurden. Wenn Tucholsky klagte: «Unter dem Kaiser ist die Achtung vor dem Menschenleben bei der Polizei größer gewesen als sie das heute unter der republikanischen, von Sozialdemokraten dirigierten Polizei ist», dann korrigierte er sogleich das «dirigiert» mit der Feststellung, das der sozialdemokratische Polizeipräsident die Polizeioffiziere, die Feldzüge gegen die eigenen Landsleute vor-

---

<sup>114</sup> Liang, S. 82 u. 101 f.

<sup>115</sup> Liang, S. 103.

<sup>116</sup> Vgl. Ossietzky «Wankende Despotien», WB, 12.6.1928, S. 889 f.; Liang, S. 102.

<sup>117</sup> Undatierter Brief, G 1410.

bereiteten, nicht in der Hand habe.<sup>118</sup> Auf eine gezielte Absicht, auf einen vorbereiteten Plan, Kommunisten mit Mitteln staatlicher Gewalt unter Verletzung rechtsstaatlicher Normen, wenn man so will: mit den Mitteln einer wehrhaften Demokratie, zu verfolgen, lassen die blutigen Vorgänge der Maitage nicht schließen. Sozialdemokraten sind keine Machiavellisten. Die SPD-Führung ergriff nur Gelegenheiten, die sich aufgrund von Ereignissen boten, zu denen sie allerdings selbst beigetragen hatte.

\*

Will man die Aktionen großer politischer Parteien bestimmen, dann darf man sie nicht als eine Einheit ansehen und ihre Praxis bloß aus programmatischen Bekundungen ableiten. Man muß ihr differenziertes, womöglich widersprüchliches Binnenverhältnis aufdecken und die Fülle der auf sie von außen einwirkenden Faktoren berücksichtigen. Dabei dürfen die einzelnen Parteiangehörigen nicht fest und ausschließlich bestimmten Richtungen zugeordnet werden. Politische Kategorien erfassen menschliches, nicht mechanisches Handeln. Sie sind nicht wie Schubladen zu handhaben, sondern wie Schwerefelder, die in beständiger Bewegung sind, ihre Form verändern und sich überschneiden. Gehen wir erst auf die SPD, danach auf die KPD ein.

Die führenden sozialdemokratischen Politiker dieser Zeit lassen das Bemühen vermissen, politische Praxis theoretisch zu begreifen und zu begründen. In literarischen wie privaten Äußerungen lassen sie stattdessen eine nicht reflektierte Anpassung an kapitalistische Besitzverhältnisse und Interessen erkennen. Dem Praktiker ist alle Theorie grau. Er hält sich an des Lebens goldnen Baum, und das Leben ist kapitalistisch. Dieser Rahmen wird nicht in Frage gestellt. Er markiert die Grenzen des schlechthin Möglichen.

Flechtheim charakterisiert diesen neuen Typ von Arbeiterführer als einen, den «so gut wie nichts mit der heroisch-revolutionären Vergangenheit der Bewegung verband und der ganz farbloser, kühler, fleißiger, eminent praktischer Organisator, Verwaltungsmann oder Parlamentarier war ...: Scheidemann, Braun, vor allem aber Ebert erscheinen als Prototyp dieses

---

<sup>118</sup> «Das Märchen von Berlin», in: Gesammelte Werke Bd. 7, Reinbek 1989, S. 77 ff. Vergleiche mit dem Kaiserreich zuungunsten der Republik findet man anlässlich des Blutmais unter demokratisch-pazifistischen Schriftstellern öfters.

neuen Führers.»<sup>119</sup> Zu diesem Urteil aus wissenschaftlicher Distanz ein zeitgenössisches Pendant: Anlässlich eines Rückblicks auf den 9. November lieferte Schwarzschild eine vehemente Kritik an Ebert und einer Politik der «patriotische[n] Gemeinschaft zwischen Ruineuren und Ruinierten». Er schloß: «Eine gerade Linie, im Geistigen wie im Sachlichen, von 1918 bis 1931, von Ebert, Fritz, zu Hitler, Adolf.»<sup>120</sup> Die reformistischen Führer der SPD stellten keine abgehobene Elite dar. Sie fanden ihre Anhänger im Apparat. So wußte Ossietzky von einer Funktionärsversammlung, die Zörgiebel feierte und Kurt Rosenfeld beinahe von der Tribüne holte.<sup>121</sup> Solches Verhalten will offenbar nicht an programmatischen Werten, sondern an dem Nutzen für die Organisation gemessen werden.

Die Briefe Grzesinskis an Otto Braun geben einen ungefähren Einblick in Vorstellungswelt und Mentalität dieses neuen Typus. Grundsätzlichere politische Überlegungen finden sich nicht, vielleicht sollte man sie auch nicht in Briefen suchen. Aber auffällig bleibt doch die starke Berücksichtigung der Personalpolitik. Ein siebenseitiger Brief z.B. handelt fast nur von Postenbesetzungen. Zum Schluß finden sich noch Überlegungen, wie NSDAP und KPD verboten werden könnten.<sup>122</sup> Ein andermal bezeichnete Grzesinski sich als bestgehaßten Mann, weil er «mit Energie und Erfolg republikanische und demokratische Personal- und Verwaltungspolitik getrieben und die Gegner zurückgetrieben habe.»<sup>123</sup> Dies wurde ihm in dem Brief eines «alten Herrn» an einen Regierungspräsidenten bestätigt. Der «alte Herr» beklagte sich, daß aus seiner Verbindung keiner mehr einen höheren Verwaltungsposten bekleide, und kam dabei zur Feststellung: «das System Severing-Grzesinski hat doch böse aufgeräumt.»<sup>124</sup>

Den letzten Satz hat Grzesinski rot unterstrichen. Offenbar war er stolz auf ihn, und man würde ihm die Berechtigung dazu gar nicht absprechen, hätte die ganze Postenjägerei einem wirklich republikanischen und nicht bloß

---

<sup>119</sup> Einleitung zu: Rosa Luxemburg, Politische Schriften I, Frankfurt/Main 1966, S. 18.

<sup>120</sup> TB, 7.11.31, zitiert nach Fritz J. Raddatz, Das Tage-Buch. Portrait einer Zeitschrift, Königstein/TS., 1981, S. 59.

<sup>121</sup> «Abdankung, Herr Polizeipräsident!», WB, 14.5.1929, S. 736.

<sup>122</sup> Brief vom 21.3.1930, G 204.

<sup>123</sup> Nicht abgesandter Brief vom 27.6.1931, ebd.

<sup>124</sup> G 148. Der Brief wurde von der Abteilung IA beim Polizeipräsidium Grzesinski unter dem 12. Januar 1929 zugeschickt.

einem kapitalistischen Deutschland gedient, hätte er dafür gesorgt, daß in die Posten überzeugte Republikaner und nicht Karrieristen gelangt wären. Leider war dies nicht der Fall.<sup>125</sup>

«Du machst Dir aber keinen Begriff», so leitete Grzesinski einmal seine politische Lieblingsüberlegung ein, NSDAP und KPD zu verbieten, «wie sehr das Treiben dieser beiden Parteien das Ansehen und den Kredit Deutschlands im Auslande schädigt. Die Unruhszenen, welche z.B. die KPD vor ein paar Wochen in den Opel-Werken vollführt hat, haben, wie mir in der Schweiz von Bankkreisen gesagt wurde, dazu geführt, daß die Schweizer erhebliche Gelder aus Deutschland zurückgezogen haben, weil sie sie nicht mehr sicher glaubten. Und genau die gleiche Wirkung hat das Auftreten der Nationalsozialisten. Auch die deutsche Kapitalflucht ins Ausland hat zum Teil die gleiche Ursache. Wir dienen also nur dem Aufbau Deutschlands, wenn wir eine starke Hand zeigen und das politische Banditentum rücksichtslos anfassen.»<sup>126</sup>

Die Rücksichtnahme auf Bankkreise, die, soweit der Brief erkennen läßt, nicht nur taktischer Natur war, zwang, die Kommunisten argwöhnischer zu betrachten als die Nationalsozialisten. So kam denn Grzesinski zu der Erkenntnis: «Weiteste Kreise des deutschen Volkes und das gesamte Ausland haben nicht so sehr Sorge wegen der NSDAP als wegen der KPD. Die Furcht vor dem Bolschewismus ist im Auslande, ich hör das hier [in Bad Gastein - W.B.] überall, und auch beim deutschen Bürgertum ganz allgemein. Die Preußische Staatsregierung und die preußische Verwaltung galten bisher nicht nur als festeste Stütze der Republik, sondern zugleich als Bollwerk gegen den Bolschewismus. Darauf gründete sich in hohem Maße das Vertrauen, das die Preußische Staatsregierung und insbesondere Du im Auslande genossen haben und genießen [...]».<sup>127</sup>

Im Wunsch, sich des Vertrauens bürgerlicher Kreise im In- und Ausland würdig zu erweisen, haben wir offenbar eine kräftige Triebfeder für den sozialdemokratischen Antikommunismus zu sehen, der die andere große Arbeiterpartei in politischer Isolierung hielt, deren Potential für eine an-

---

<sup>125</sup> Zur politischen Qualität der sozialdemokratischen Beamten s. die Austrittserklärungen an den Ortsverein Hannover im Februar und März 1933 bei Erich Matthias und Rudolf Morsey (Hg.), *Das Ende der Parteien 1933*, Düsseldorf 1960, S. 239 ff.

<sup>126</sup> Brief vom 21.3.1930, G 204.

<sup>127</sup> Nicht abgesandter Brief vom 27.6.1931, G 204.

tifaschistische Politik neutralisierte und die Republik damit entscheidend schwächte. Im Haushaltsausschuß des Reichstags hatte Severing über die Maivorgänge doziert: «Es ist die Aufgabe des Staates, die Kommunisten zu isolieren, und das wäre nicht gelungen, wenn nicht in der bestehenden Weise vorgegangen worden wäre.»<sup>128</sup> Die Aufgabe des Sozialdemokraten im Staatsamt wäre gewesen, die Isolierung der KPD zu durchbrechen. Denn die Isolierung der KPD schwächte auch die SPD und mit ihr die Republik. Ohne jegliche Rückendeckung mußte Severing in blamabler Weise als preußischer Innenminister das Bollwerk Preußen vor dem «Herrenreiter» Papen räumen.

Das Streben, sich als zuverlässiges Bollwerk zu erweisen, konnte fast schon psychotische Züge annehmen. Als Zörgiebel eingedenk des Blutmai eine Demonstration der KPD zum Jahrestag der Oktoberrevolution aus Zweckmäßigkeitserwägungen, wie sie Litten seinerzeit vermißt hatte, einmal nicht verbot, schrieb Grzesinski in den Bericht die geradezu wilhelminische Marginalie: «Also will man erst den Bürgerkrieg abwarten.»<sup>129</sup>

Die Politik der reformistischen Praktiker wurde von den revisionistischen Theoretikern, die am Sozialismus als Ziel festhielten, nicht gestört.<sup>130</sup> Die Revisionisten sahen die gesellschaftliche Entwicklung mitten im Übergang. Wenn man mit Rudolf Hilferding von der finanzkapitalistischen «Organisierung der Wirtschaft» auf eine «fortschreitende Umwandlung der kapitalistisch-oligarchischen in die sozialistisch-demokratische Wirtschaftsorganisation» schloß, dann konnte der «Kampf um die Eroberung der Staatsmacht» getrost zum Wahlkampf und zum Kampf um Pöstchen degenerieren, wie es die Praxis der Reformisten war und bei der die Kommunisten nur stören konnten.<sup>131</sup>

Nun ist es denkbar, daß der Staat sich aufgrund der Existenz einer starken, klassenbewußten Arbeiterschaft zum *pouvoir neutre* verselbständigen und

---

<sup>128</sup> Zitiert nach «Generalanzeiger für Dortmund», 8.5.1929.

<sup>129</sup> Nachlaß, G 1441.

<sup>130</sup> Im Unterschied zur marxistisch-leninistischen Begrifflichkeit verstehe ich unter Reformismus nicht den «praktischen Ausdruck des Revisionismus», sondern eine theorielose Praxis, die sich von der unpraktischen Theorie des Revisionismus, dessen marxistisches Selbstverständnis ernst zu nehmen ist, unabhängig macht.

<sup>131</sup> Sozialdemokratischer Parteitag 1927 in Kiel, Kiel 1927 (Neudruck Glashütten 1974) S. 265 f.

als Instrument zum «friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus»<sup>132</sup> dienen kann. Die Weimarer Republik war dieser Staat nicht. Die Arbeiterbewegung war gespalten, und so machte ein Staat mit einer sozialdemokratischen Regierung noch keinen sozialdemokratischen Staat. Auch als Regierungspartei stand der SPD die Staatsmacht nur begrenzt zur Verfügung. Warnend schrieb Ossietzky anlässlich des Blutmai über die führenden Sozialdemokraten: «[...] weil er [der Staat - W.B.] einmal, wo es gegen links geht, ausnahmsweise funktioniert, geben sie sich der bedenklichen Illusion hin, sie beherrschen ihn, und es würde auch so sein, wenn der Feind rechts stünde.»<sup>133</sup> Diente vielleicht das politisch fatale, rechtsstaatliche Prinzipien verletzende Vorgehen gegen Kommunisten auch dazu, sich als Lenker einer Staatsmacht zu beweisen, derer man sich im Grunde nicht sicher war?

Wenn man dem Verhalten der verantwortlichen Sozialdemokraten im Blutmai eine ratio zuschreiben will, dann wird man sie im Bestreben suchen müssen, die KPD zu schwächen und zu isolieren, um sich so den herrschenden Klassen zu empfehlen, auf deren materielle Interessen man sich nicht völlig einlassen konnte und wollte, und um die eigenen Mitglieder abzuhalten, zur Konkurrenz überzugehen. Eine ratio wird bei neuen Einsichten durch eine zutreffendere ersetzt. Wenn es nur so gewesen wäre, daß die SPD «als demokratische Partei [...] zu Kompromissen gezwungen»<sup>134</sup> gewesen wäre, grundsätzlich aber, so darf man ergänzen, ihre sozialistischen Positionen gewahrt hätte, dann hätte die Kritik der linken Intellektuellen zu Verhaltensänderungen führen können. Sperriger waren die irrationalen Bindungen an die bestehenden Verhältnisse, der Glaube an die Vernunft einer tatsächlich unvernünftigen Wirklichkeit, in der man es sich aber bequem gemacht hatte.

Aber auch Prozesse der Verinnerlichung sind nicht unumkehrbar. Während Severing und Zörgiebel nach dem Desaster der Republik ihre Pensionen verzehrten, näherte sich Grzesinski in der Emigration der Volksfront. Nicht erst aus gemachten, auch aus der Antizipation möglicher künftiger Erfahrungen kann man lernen. Ein solcher Lernprozeß, zu dem Ossietzky unentwegt Anstöße gab, erforderte gewiß viel Selbstüberwindung. Aber die

---

<sup>132</sup> Fritz Naphtali u.a., *Wirtschaftsdemokratie. Wesen, Weg und Ziel*. Berlin 1928, S. 11.

<sup>133</sup> «Kommunistengesetz?», WB, 21.5.1929, S. 774.

<sup>134</sup> Winkler, S. 724.

Wiedergewinnung einer Vernunft, mit der sich die Wirklichkeit hätte meistern lassen, war nicht ausgeschlossen.

\*

Die Wahrheit des Wissenschaftlers ist asketisch. Der Poet hat seine eigene, den Mythos. Er darf verbotene Dinge tun, schrecklich vereinfachen, ins Phantastische überhöhen, Kollektive und Abstrakta personifizieren und dauernd in Bildern schwelgen. Erich Weinert läßt in seinem von Hanns Eisler vertonten, mit Verboten reich bedachten Lied «Der rote Wedding» den 1. Mai als das «blut'ge Gesicht» der herrschenden Klasse erscheinen. Auch in vielen anderen literarischen Verarbeitungen überhöhten die Kommunisten den Blutmai ins Mythische.<sup>135</sup> Die phantasievolle und bewegende *Aneignung* wirklicher sozialer Gegensätze ist immer Ausdruck einer fortschrittlichen, an der Idee allgemeiner Humanität ausgerichteten Bewegung gewesen. Sie unterscheidet sich von den reaktionären Mythen von Blut und Boden, vom Über- und Untermenschen, von Herren- und Sklavenrassen, die der *Verdrängung* von Wirklichkeit dienen.

Wenn aber eine politische Partei nicht Massen mobilisieren, sondern eine politische Strategie entwickeln will, dann darf sie sich nicht bei ihrer Analyse der Wirklichkeit den Blick auf die Fakten verstellen. Gerade das aber tat die KPD. Revolutionäre Töne, wie sie besonders in der Roten Fahne zu lesen waren, widersprachen der tatsächlich gewährten defensiven Einstellung. Sie dienten dazu, sich über die politische Schwäche hinwegzutäuschen, die der revolutionären Arbeiterpartei durch ihre gesellschaftliche Isolierung anhing.

Insbesondere waren die Maieignisse dazu angetan, daß sich die Führung der KPD in widersprüchliche Aussagen verding. Einerseits zeigte sie sich bemüht, daß ihr revolutionär-kämpferisches Pathos nicht durch Offenbarwerden ihrer zurückhaltenden, umsichtigen Taktik als rhetorische Pose entlarvt würde. Um aber andererseits die Arbeiter nicht in einen aussichtslosen Kampf zu schicken, um gegen das RFB-Verbot überzeugend protestieren und um dem drohenden Verbot der Partei wirksam vorbeugen zu können, mußte sie vor wie nach dem Blutmai Einblick in ihr wirkliches Verhalten gewähren. Das gestaltete sich etwas komplizierter, als es Breitscheid auf dem Magdeburger Parteitag der SPD ironisch vermerkte:

---

<sup>135</sup> Dazu näher die allerdings kritischen Ausführungen bei Kurz, S. 128 ff.



Die Kommunisten würden dreierlei behaupten: «Erstens, wir haben auf den Barrikaden gesiegt, zweitens, wir sind nie auf den Barrikaden gewesen, und drittens, wir haben überhaupt nie eine Barrikade gebaut.»<sup>136</sup>

Vor dem Untersuchungsausschuß im Großen Schauspielhaus legte Pieck klipp und klar dar, daß ein Aufstand weder gewollt noch vorbereitet worden sei. Er drückte aber den «Kämpfenden» die vollste Sympathie der Partei aus, wobei er abwechselnd von «Abwehrmaßnahmen» und «Aufstandsmaßnahmen» sprach. Diese Begriffsverwirrung verrät das Unvermögen der KPD, den Blutmai ideologisch und propagandistisch zu verarbeiten. Als Großmann ihn mit einem Zitat aus der «Roten Fahne» vom 24. Mai konfrontierte, wonach das Proletariat gegen den Polizeiterror «zum Widerstand und zum Gegenangriff» geschritten sei, räumte Pieck zunächst «stilistische Überspitzungen» ein und versuchte dann eine sprachlich unzulässige Unterscheidung: Unter «Gegenangriff» sei mehr eine Notwehrmaßnahme zu verstehen, während der «Widerstand» gegen das Demonstrationsverbot «ideologisch und aktiv» gewesen sei, wobei man sich bei «aktiv» gewaltfrei mitzudenken habe.<sup>137</sup>

Auf eine Nachfrage Apfels, wie sich die Partei konkret gegenüber Arbeitern, die zur «Gegenwehr» geschritten seien, verhalten habe, wurde Pieck deutlich: «Die Partei ist nur für das verantwortlich, was sie selbst anordnet. Der Barrikadenbau, der in den verschiedenartigsten Formen unternommen wurde, ist uns selbst überraschend gekommen. Es war für uns als Leitung gar nicht möglich, dort heranzukommen, weil die Polizei die umliegenden Straßen völlig abgesperrt hatte. Ohne unser Zutun haben die Arbeiter instinktiv zu diesen Notwehrmaßnahmen gegriffen. Die Barrikaden bestanden vorwiegend aus umgeworfenen Säulen, umgehauenen Bäumen, Baumaterial, Mobiliar usw. und sollten für das Herumrasen der Überfallautos und Panzerwagen der Polizei Verkehrshindernisse bilden. Wir schreiben es uns aber zu, daß die Arbeiter diesen Barrikadenbau zur aktivsten Gegenwehr nicht weiter gesteigert haben.»<sup>138</sup>

Nach vielfachen Beobachtungen von Reportern haben besonders Jugendliche Barrikaden gebaut. Sie kamen in der Presse nicht gut weg. Selbst Ossietzky, mit seinem ausgeprägten Sinn für Protestaktionen gegen staatliche

---

<sup>136</sup> Sozialdemokratischer Parteitag 1927, S. 170.

<sup>137</sup> Maimörder, S. 28 f.

<sup>138</sup> Ebd., S. 27.

Gewalt und seiner Abneigung, von einem bequemen und gesicherten Oben herab zu urteilen, schrieb abfällig von sich herumtreibenden «etlichen rüden Burschen».<sup>139</sup> Wels griff diese Beobachtungen auf, wenn er auf dem Parteitag der SPD feststellte: «Nur an zwei Stellen Berlins haben kleine Gruppen mißleiteter halbreifer Burschen und Elemente, die mit der organisierten Arbeiterschaft nicht das geringste zu tun haben, dem Demonstrationsverbot gewaltsam getrotzt.»<sup>140</sup>

Es handelte sich genauer um Gruppen arbeitsloser Jugendlicher, die sich in Arbeitervierteln bildeten und um einen «Bullen» scharten.<sup>141</sup> Die KPD sprach sie über ihre Jugendgruppen an und konnte sie teilweise politisieren und für sich gewinnen. Aber die von der Gesellschaft ausgestoßenen Jugendlichen zeigten einen Hang zu Gewalttätigkeit und undiszipliniertem Vorgehen, der, wie am Blutmai zu erkennen, die Partei in Verlegenheit setzen konnte. Die gemeinsame Unterwerfung unter die kapitalistische Ausbeutung, ob man ihr nun im Arbeitsprozeß direkt ausgesetzt oder als industrielle Reservearmee vorübergehend ausgemustert war, ließ die KPD aber doch Solidarität üben.

Nun sind Rücksichtnahmen auf Jugendliche gewiß nicht ausschlaggebend für die KPD gewesen. Die tragenden Gründe für den Widerspruch von kämpferischem Pathos und zurückhaltender Aktion sind in den damals gültigen Positionen kommunistischer Politik zu suchen. Hierbei ist in erster Linie auf die Zugehörigkeit der KPD zur Kommunistischen Internationalen und damit auf ihre faktische Abhängigkeit von der KPdSU, letztlich vom Willen Stalins hinzuweisen.<sup>142</sup> Aber die Einstufung dieser Abhängigkeit als *prima causa* für das Verhalten der KPD darf nicht dazu führen, die mehrfache Bedingtheit kommunistischer - wie aller - Politik, die «Totalität [ihres] politischen Verhaltens und Meinens im Spektrum der gesamten Arbeiterbewegung und aller politischen, sozialen und ökonomischen Prozesse»<sup>143</sup> zu verkürzen. Die internationale Stellung der KPD ist nicht

---

<sup>139</sup> «Abdankung, Herr Polizeipräsident!», WB, 14.5.1929, S. 733.

<sup>140</sup> Zitiert nach Laboor, S. 284.

<sup>141</sup> Dazu Thomas Kurz, S. 116 ff. und 123 ff.

<sup>142</sup> Dazu ausführlich Hermann Weber, *Hauptfeind Sozialdemokratie: Strategie und Taktik der KPD 1929-1933*, Düsseldorf 1982.

<sup>143</sup> Eike Hennig, *Nachbemerkungen zu einem Aspekt des kommunistischen Tageskampfes gegen die Sozialdemokratie*, in: *Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie* 6, Frankfurt/M. 1976, S. 292. Zitiert bei Weber, S. 77, Anm. 370.

allein auf ihre internationale Bindung zurückzuführen, sondern auch auf die Klassengegensätze im damaligen Deutschland und die daraus resultierende Politik der anderen Parteien. Übersieht man dies, läuft man Gefahr, deren Politik unversehens wissenschaftlich zu bestätigen.

In historischer Perspektive schließlich ist die Bindung an die Komintern als *prima causa* zu relativieren. Die «Gruppe Internationale», die erste Vorform der KPD, gründete sich in *Reaktion* auf den «Burgfrieden», der mit dem imperialistischen Krieg begann, aber nicht mit ihm endete. Der Hallenser Beschluß der USPD, der die KPD zur Massenpartei anwachsen ließ<sup>144</sup>, war geprägt von Erfahrungen mit einer steckengebliebenen Revolution, ja offen auftretender Konterrevolution.

Die KPD entwickelte ihre politische Strategie gemäß der auf dem VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationalen getroffenen Einschätzung der politischen Situation. Unter der Annahme, daß der Kapitalismus tiefer in die Krise treiben würde, ging man von einer Verschärfung der Klassengegensätze aus. Diese habe zur Folge, daß einerseits die Errichtung weiterer faschistischer Diktaturen wie in Italien und ein imperialistischer Krieg gegen die Sowjetunion drohten, andererseits sich aber neue Möglichkeiten der sozialistischen Revolution eröffneten.

Aus der zutreffenden Analyse wurden falsche Folgerungen gezogen. Die hochgespannten revolutionären Erwartungen, die an die krisenbedingte politische Aktualisierung des Klassengegensatzes geknüpft wurden, trafen nicht zu. Sie erklären sich nicht nur aus innersowjetischen Verhältnissen, die via Komintern auf die Politik der KPD einwirkten, sondern auch aus der erwähnten nationalen Isolierung der Partei. Erst die Revolution schien Möglichkeiten zu eröffnen, Politik aktiv und bestimmend zu gestalten, aus der reinen Opposition herauszukommen. Der leninistische Zentralismus der Partei dürfte diese Einstellung bestärkt haben. Wie man an der Auseinandersetzung um die «Rote Hilfe» sehen kann, trug er maßgeblich dazu bei, sich anbietende Brücken zu sozialdemokratischen und linksbürgerlichen Gruppen zu unterminieren oder ganz zu zerstören. Eine zentralistisch organisierte Partei scheint eher für Revolutionen geeignet als für die Bildung einer breiten antifaschistischen Abwehrfront.

Auf den überraschenden Fakt, daß «mitten im fallenden Kapitalismus» die Arbeiterbewegung in die Defensive geriet und der Faschismus «Prim-

---

<sup>144</sup> S. den Beitrag von E. Suhr u. G. Kraiker in diesem Band.

geiger» wurde,<sup>145</sup> daß der «vom Überdruß am Kampfe von Rot gegen Rot genährte Fascismus [...] das Prävenire» spielen könnte<sup>146</sup>, reagierte die KPD mit ihren Einheitsfrontangeboten an die Massen zwar angemessener als die SPD mit ihrer Tolerierung Brünnings, auch versuchte sie, mit dem Berliner Verkehrsarbeiterstreik initiativ zu werden, aber sie verbaute auch ihrerseits Möglichkeiten eines allein wirksamen Bündnisses auf Parteebene. So hat sie dazu beigetragen, daß die von ihr erkannte drohende Gefahr eintrat.

Betrachten wir das Verhalten der KPD speziell im Blutmai, so müssen wir bei aller Kraftrhetorik eine nüchterne Politik mit defensiver Grundhaltung feststellen. Der Mai-Aufruf des ZK der KPD vom 12. April 1929<sup>147</sup> enthielt konkrete sozialpolitische Forderungen wie Achtstundentag und 45-Stundenwoche, höhere Löhne und Brot und Arbeit für die Erwerbslosen. Sie machen deutlich, daß die Entscheidungsschlacht zwischen den Klassen für den Augenblick nicht erwartet wurde, und sie taugten zu einer gemeinsamen Plattform für beide Arbeiterparteien. In der Sache lag hier ein Angebot vor. Gleichzeitigen verbalen Ausfällen gegen die «sozialdemokratischen Handlanger» der Bourgeoisie mochte demgegenüber kein großes Gewicht beikommen. Anders freilich verhielt es sich mit einer für die politische Strategie grundlegenden Einschätzung.

In seinem Aufruf verkündete das Zentralkomitee ebenso lapidar wie falsch: «Der Weg der bürgerlichen Demokratie ist der Weg zum Faschismus und zum Krieg.» Der (Verfassungs-) Staat wurde mit den (kapitalistischen) Produktionsverhältnissen in einen Topf geworfen. Richtig skandierten die 68er Studenten: «*Kapitalismus* führt zum Faschismus, Kapitalismus muß weg.» Die bürgerliche Demokratie bereitete nicht dem Faschismus den Weg, sondern kapitalistische Interessen bewirkten unter den Präsidialregimen in Verbindung mit ideologischen und politischen Faktoren autoritär-antidemokratischer Provenienz die fortschreitende Demontage aller politischen und sozialen Demokratie.

Die Politik der KPD in der politischen und wirtschaftlichen Krise der Republik erinnert an die von Marx heftig kritisierte Politik Lassalles im preußischen Verfassungskonflikt. Wie Lassalle seinerzeit außerhalb der

---

<sup>145</sup> CvO: «Ein runder Tisch wartet», WB, 3.5.1932, S. 649 ff., Zitat S. 651.

<sup>146</sup> So die Warnung Ossietzkys in: «Kommunistengesetz?», WB, 21.5.1929, S. 774.

<sup>147</sup> RF, 13.4.1929.

sozialistischen Arbeiterschaft nur «eine reaktionäre Masse» sah, so sah die KPD in den Führungsspitzen der anderen Parteien nur Faschisten. Wie Lassalle die am nächsten stehende Fortschrittspartei am vehementesten bekämpfte, weil sie vor der Aufgabe versage, die preussische Militärmonarchie zu stürzen, damit der Staat demokratisiert werden könne, so bekämpfte die KPD die SPD, weil sie vor der Aufgabe versage, den Kapitalismus zu stürzen, damit die Gesellschaft demokratisiert werden könne. Beide Verhaltensweisen haben dasselbe Motiv: eine revolutionäre Ungeduld, die nicht der Stärke, sondern der Schwäche entsprang. Die Widersprüche sind entfaltet, die Zeit scheint reif, aber die Initiative ist an den Gegner übergegangen.

Der Widerspruch zwischen verbalen Kraftakten und tatsächlichem Unvermögen äußerte sich am drastischsten in der «Sozialfaschismus-Parole», die nach dem Blutmai von der KPD-Führung «stark in den Vordergrund» gerückt wurde.<sup>148</sup> Dieses verhängnisvolle Schlagwort, das dazu taugte, den ideologischen Graben zur Sozialdemokratie vollends unüberbrückbar zu machen, gilt weithin als Ausweis politischer Verblendung. Nach dem Ausbleiben der Revolution gegen die zur Macht gelangten Nazis wurde es von den Kommunisten selbstkritisch verworfen. Dennoch sollte nicht übersehen werden, daß der Blutmai dem Gebrauch dieser Parole eine gewisse Plausibilität verlieh.

Wie lassen sich die «Polizeibestialitäten des Sozialfaschisten Zörgiebel»<sup>149</sup> nach herkömmlichen Begriffen korrekt bezeichnen? Von konservativ über liberal und demokratisch bis zu sozialistisch versagen alle. Trifft faschistisch zu? Der Faschismus übt nur in der Opposition, in der «Kampfzeit», Straßenterror aus. Dabei verfügt er nicht über die Polizei, sondern erfreut sich allenfalls deren nachsichtiger Duldung, wie Ossietzky wiederholt die Abstinenz der Polizei bei nazistischen Straßenkrawallen kritisieren mußte. Ist er an der Macht, dann sorgt er für Ruhe und Ordnung in den Straßen, wie er es versprochen hat. Seine Gegner peinigt er ohne Störung der öffentlichen Ruhe in separierten Lagern. Ist also die Art der Polizeieinsätze nicht faschistisch, so doch ihre Zielsetzung: Die Verfolgung

---

<sup>148</sup> Siegfried Bahne, «Sozialfaschismus» in Deutschland, in: *International Review of Social History* Bd. 10, 1965, S. 233.

<sup>149</sup> Manifest des XII. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (8.-15. Juni 1929), in: *Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands*, hg. vom Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut beim ZK der SED, Berlin <sup>2</sup>1955, S. 263.

von Kommunisten unter Verletzung elementarster rechtsstaatlicher Grundsätze, des Rechts auf persönliche Freiheit und körperliche Unversehrtheit. Unter allen vorliegenden Bezeichnungen scheint «faschistisch» immer noch die angemessenste für den Polizeiterror der Maitage zu sein.

Das trifft auch auf das Verbot des RFB zu, bei dem die politische Einseitigkeit zugunsten der Rechten hinzukommt. Die Irreführung der Öffentlichkeit, um über das Fehlen gerichtsverwertbarer Fakten hinwegzutäuschen, der rasche Zugriff in Preußen, der andere Länder in Zugzwang bringen und ihre Bedenken unterdrücken sollte, überhaupt der Triumph des politischen Willens über rechtsstaatliche Vernunft sind charakteristische Merkmale faschistischen Vorgehens. Daß nur ein Sozialdemokrat sich an ein solches Unternehmen mit Aussicht auf Erfolg wagen konnte, an dem ein rechtskonservativer Politiker wie von Keudell gescheitert war, daß also Sozialdemokraten objektiv eine Funktion gegen Kommunisten ausübten, die bürgerlichen Politikern versagt war, mochte dann auch die Wortverbindung «sozialfaschistisch» für Anhänger der KPD einleuchtend erscheinen lassen. Jedenfalls stieß die These nicht auf völliges Unverständnis, noch ging sie in ungläubigem Gelächter unter.

Aus der unzulässigen Generalisierung von Einzelercheinungen wurde eine politische Maxime gewonnen. Thälmann predigte den «unversöhnlich durchgeführten Kampf gegen die Sozialdemokratie», die sich auf ihrem Magdeburger Parteitag offen zur «sozialfaschistischen Diktatur» bekannt habe.<sup>150</sup> In der Tat hatte Wels erklärt, gegen die Feinde der Republik würden die Sozialdemokraten «auch trotz ihrer demokratischen Grundeinstellung die *Diktatur* zu handhaben wissen.»<sup>151</sup> Die Kommunisten konnten sich leicht ausrechnen, daß eine Diktatur der Sozialdemokraten nur gegen sie funktionieren würde. Ebenso wenig wie die Sozialdemokraten selbst machten sie sich aber klar, daß für die herrschenden Klassen eine sozialdemokratische Diktatur nicht in Frage kam. Vorrangiger Zweck der später mit Hilfe des verfassungswidrig gehandhabten Artikels 48 begründeten Diktatur Brüning war die Entfernung der SPD aus der Reichsregierung.

---

<sup>150</sup> Reden und Aufsätze, S. 40.

<sup>151</sup> Sozialdemokratischer Parteitag 1929, S. 14.

So verstieg sich in Gedanken der eine zu einer bürgerlichen Diktatur, für die er nicht ausersehen war, der andere zu einer Diktatur des Proletariats, für die er allein zu schwach war. Die Diktatur des Proletariats war vorstellbar, aber nicht akut. Die bürgerliche Diktatur war akut, aber unter sozialdemokratischer Führung allenfalls für sozialdemokratische Funktionen vorstellbar.

Illusionen und falsche Frontstellungen finden wir bei Kommunisten wie bei Sozialdemokraten. Haben wir nun bei den Sozialdemokraten die Möglichkeit nicht verwerfen können, Ossietzkys Mahnungen zu beherzigen und das politische Verhalten entsprechend zu korrigieren, so können wir dasselbe für Kommunisten - auf nationaler wie internationaler Ebene - feststellen. Auch für sie bestand trotz aller emotionalen Hemmungen und ideologischer Verranntheiten die Möglichkeit, in Berücksichtigung drohender Gefahren angemessene Schlußfolgerungen zu ziehen, konkret: schon vor der Katastrophe zur Volksfrontpolitik überzugehen. Dimitroff sei's geklagt, daß es nicht geschah.

Ossietzkys Appelle, gegen den Faschismus einheitlich zusammenzustehen, sind zugleich Appelle, die Realitäten wahrzunehmen; nicht nur die grundlegende Realität der Klassengegensätze - die konnte, wie wir sahen, politischen Illusionen Nahrung geben -, sondern auch die akute politische Bedrohung durch den Faschismus, die sich nicht bloß gegen eine Partei, sondern gegen die gesamte Arbeiterbewegung richtete. Es gibt keinen zwingenden Grund zur Annahme, daß beiden Arbeiterparteien eine adäquate Wahrnehmung der aktuellen politischen Wirklichkeit notwendig versperrt gewesen wäre, daß ihr politisches Sein notwendig ein illusionäres Bewußtsein in ihnen hätte erzeugen müssen. Ein Lernprozeß, wie ihn Ossietzky unentwegt anregte, erforderte gewiß viel Selbstüberwindung. Aber die Wiedergewinnung einer Vernunft, mit der sich die Wirklichkeit hätte meistern lassen, war nicht ausgeschlossen.

Es läßt sich freilich auch eine historische Sicht denken, die Ossietzky im Unrecht erscheinen läßt. Ich meine nicht heutzutage gängige Anschauungen einer prästabilierten Harmonie zwischen Demokratisierungs- und Industrialisierungsprozessen, die eine Zerstörung der Demokratie nicht durch innere Widersprüche des Kapitalismus, sondern nur durch vorindustrielle und antidemokratische Kräfte denken läßt. In dieser Sicht kann ein rasonnierender Ossietzky nur als Störenfried in der heilen Welt der Moderne erscheinen. Doch auch in gesellschafts-, speziell kapitalis-

muskritischer Perspektive kann die an Klassen orientierte Position, die Ossietzky am Ende der Weimarer Republik bezog, als Irrtum ausgemacht werden.

Der Untergang der Arbeiterbewegung, dem Ossietzky mit seinen antifaschistischen Appellen begegnen wollte, läßt sich als gesetzmäßig vorstellen. Die Arbeiterbewegung, so könnte die These lauten, war in Wirklichkeit nicht mehr gegeben, sondern bestand nur noch als eine von der Erinnerung genährte Illusion, deren massenhafte Akzeptanz lediglich den Anschein von Wirklichkeit hervorrief. Tatsächlich setzte eine Verbürgerlichung der Einstellungen der Arbeiterschaft zu ihrer Lebensführung und -erwartung ein, die sich ideologisch in der Zurückdrängung des Humanismus der Marxschen Theorie zugunsten eines «bürgerlichen Materialismus» widerspiegelte: «Sozialismus und Kommunismus», so formuliert Erich Fromm diesen häufig konstatierten Vorgang, «wandelten sich rasch von einer Bewegung, die eine *neue* Gesellschaft und einen *neuen* Menschen anstrebte, zu einer Kraft, die das Ideal eines bürgerlichen Lebens für alle aufrichtete: *der universale Bourgeois* als Mann und Frau der Zukunft.» Und weiter, abhebend auf die beide Flügel der Arbeiterbewegung bestimmende Gesetzmäßigkeit dieses Vorganges: «Es war eine historische Notwendigkeit, daß eine am Höhepunkt kapitalistischer Machtentfaltung verkündete antikapitalistische Idee vollständig verformt und vom kapitalistischen Geist durchtränkt wurde - nur so konnte sie Erfolg haben. Das geschah auch tatsächlich. Die westlichen Sozialdemokraten und ihre erbitterten Gegner, die Kommunisten innerhalb und außerhalb der Sowjetunion, verwandelten den Sozialismus in ein rein ökonomisches Konzept, dessen Ziel der maximale Konsum und der maximale Einsatz von Maschinen war.»<sup>152</sup>

Wie auch immer man die Frommsche Sicht der Gesetzmäßigkeit und seine Behauptung der vollständigen Reduktion der Ziele auf ökonomische beurteilen mag, aller in der Arbeiterschaft weiter bestehende Heroismus und alle Hoffnungen auf eine humane Gesellschaft konnten den Affirmationsprozeß nicht aufhalten. Die Unfähigkeit der internationalen Arbeiterbewegung, den ersten imperialistischen Krieg zu verhindern, ließ ihre generelle Schwäche offenbar werden und besiegelte schon ihr Scheitern. Die Emanzipationsbewegung degenerierte im Westen zu einer Interessenver-

---

<sup>152</sup> Erich Fromm, *Haben oder Sein*, Stuttgart <sup>17</sup>1988, S. 13 u. 151 f. Vgl. auch seine Bemerkung zum veränderten Charakter der Streikbewegung S. 101 f.



tretung, im Osten, auf den die soziale Revolution begrenzt blieb, wurde sie zum Vehikel einer gewalttätigen Industrialisierung umfunktioniert.

Der Widerspruch von Kapital und Arbeit wurde in der Novemberrevolution nicht gelöst. Die Alternative von freiwilliger oder gewaltsamer Unterwerfung der organisierten Arbeiterschaft blieb bestehen. Weil die MSPD 1921 erst nach Görlitz ging statt gleich nach Godesberg und die KPD von der «Diktatur des Proletariats» nicht lassen wollte, fiel den Nazis die Aufgabe zu, die noch gelebte Erinnerung an eine Vergangenheit, die in der Arbeiterschaft systemtranszendierende Denk- und Verhaltensweisen wach hielt, mit brutaler Gewalt zu tilgen. Man kann die erfolgreiche Domestizierung der Arbeiterschaft als ein Moment von Modernisierung zu begreifen suchen, man kann aber auch eine politische Überlegung Ossietzkys, die er nach der Machtübertragung an den Nationalsozialismus anstellte, aufnehmen und sie auf gesellschaftliche Praxis überhaupt anwenden: «Wir werden wohl mit neuen Menschen wieder beginnen müssen.»<sup>153</sup>

---

<sup>153</sup> «Kavaliere und Rundköpfe», WB, 7.2.1933, S. 195.



## Rosemarie Schumann

### *Carl von Ossietzky und die deutschen Pazifisten*

«Seit 1912 habe ich den Krieg bekämpft. Ich gehörte schon vor dem Krieg einer pazifistischen Organisation an.»<sup>1</sup> Diese Worte Carl von Ossietzkys und die Tatsache, daß sie von ihm im Jahre 1932 gesprochen wurden, kennzeichnen gleichsam die Wegemarken eines politischen Lebens, an dessen Beginn und Ende ein Spruch politischer Klassenjustiz gestanden hat. Es war die Lebensbahn eines Mannes, der 1914 wegen «Beleidigung» der Militärgerichtsbarkeit zu einer Geldstrafe verurteilt worden war, und der 18 Jahre später, des Landesverrates für schuldig befunden, in die Strafanstalt Tegel einziehen mußte. Und es war der Leidensweg eines Republikaners, der in der so heiß ersehnten Republik wiederum die «Omnipotenz der Generalität»<sup>2</sup> erleben mußte, die er überwunden geglaubt, und an dessen Person sich sinnbildlich jener deutsche Vorgang vollzogen hat, der so zu beschreiben ist: In der Weimarer Republik wurden besondere Menschen auf besonders grausame Weise getötet.

Carl von Ossietzky hatte sich früh dem 1906 gegründeten Deutschen Monistenbund angeschlossen, dessen Entwicklungsidee ihn hier fesselte. Doch fühlte er sich auch ideell jenem Flügel der bürgerlichen Friedensbewegung, die sich seit 1901 auch pazifistische Bewegung nannte, nahe, der das Völkerrecht zu einem Garanten des Friedens ausbauen wollte, und der damit ein internationales Recht anstrebte, das dereinst jegliches Kriegsgebaren unter den Staaten juristisch auffangen und damit in praxi unmöglich machen würde. Ethische Gesichtspunkte, verbunden mit politischen und staatsrechtlichen «schlagen [...] eine Brücke zum Leben», argumentierte er.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Ossietzky spricht, in: Die Weltbühne (Wb), 5.7.1932, Nr. 27, S. 9.

<sup>2</sup> C. v. Ossietzky, Offener Brief an Reichswehrminister Groener, in: Wb, 8.12.1932, Nr. 49, S. 841.

<sup>3</sup> Monistische Monatshefte (MMH), Nr. 2, Juli 1917, S. 135.

Mit diesen Auffassungen erlebte er die Zeit nach dem ersten Weltkrieg: voller Illusionen für die pazifistische Idee nach diesem ersten Grabenkrieg in der Geschichte, da soldatische Tugenden und Tapferkeit weniger gezählt hatten als dereinst, und da vielmehr das tödliche Gas das Schlachtfeld von Ypern in Belgien im April 1915 erstmals in der Kriegsgeschichte zu einem Massenfriedhof hatte werden lassen.

Diese Zeit unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg war so recht die Zeit pazifistischen Wachträumens. Die großen Parteien lagen darnieder. Der Pazifismus jedoch war kaum korumpiert. Er trug nach diesem Krieg noch die geringsten «Blessuren». «Sein Kern war nicht berührt», urteilte Ossietzky, und: «Deshalb darf der Pazifismus auch auf der Weltbühne bleiben, von der die Persönlichkeiten und Mächte, die bei uns die Kriegspolitik tragen [...] kompromittiert abtreten mußten».<sup>3</sup>

Carl von Ossietzky wollte handeln. Dieses Wollen entstand aus seiner Überzeugung von der Höherentwicklung des Menschen, seiner Besserung gleichsam, wie sie im Monismus aber auch im ethischen Pazifismus vertreten wurde.<sup>4</sup>

1919 übernahm er, vom Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat kommend und damit insofern auf dem Boden der Novemberrevolution stehend, als daß er diese als die eben notwendige Handlung verstand, die Stelle des Sekretärs der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG). Diese größte deutsche pazifistische Organisation, gegründet 1892, stand seit 1914 unter der Leitung des Historikers Ludwig Quidde.

Der Pazifismus, bis zum Beginn des Krieges eher ethisch, religiös und vor allem auf den Ausbau eines Friedensvölkerrechts orientiert, hatte unter dem Eindruck des Weltkrieges Modifizierung erfahren; er war heterogener geworden. Das völkerrechtliche Programm hatte den tatsächlichen Entwicklungen nicht Stand gehalten, neue, kämpferische Strategien zur Kriegsverhinderung waren hinzugekommen. Das machte sich sogleich bemerkbar.

Im Juni 1919 bereitete Ossietzky den 8. Deutschen Pazifisten-Kongreß vor, auf dem es zu ersten Konfrontationen zwischen Quidde und dessen

---

<sup>3</sup> MMH, Nr. 5, 1918/19, S. 374.

<sup>4</sup> Vgl. Einführung in die Grundgedanken der ethischen Bewegung. Zur Ausbreitung des Wirkens der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur. Zusammengestellt von Dr. Friedrich Wilhelm Foerster, Berlin 1894.

Anhängern und jüngeren, noch unter dem Eindruck des Krieges stehenden, Kräften kam.<sup>5</sup> Doch noch konnte Quidde sich im ganzen durchsetzen. Sein Widersacher Friedrich Georg Nicolai, der Ossietzkys Denken nahekam, wurde abgeschlagen. Dieser Mediziner, Professor an der Berliner Charité und einer der Väter des Elektrokardiogramms, hat ganz im Ossietzkyschen Sinne die erste freilich noch vergebliche Attacke gegen Quidde unternommen. Auch Ossietzky sah sich außerstande, sich mit Quiddes staubtrockenem und nun politisch gewissermaßen entrückt wirkendem Pazifismus anzufreunden, noch vermochte er - so hat es den Anschein - den hier beginnenden Krieg der Friedensfreunde, der die Geschichte der Weimarer Republik durchziehen sollte, in seiner doch exponierten Position mitzumachen. So verließ er bereits 1920 die Friedensgesellschaft. Mit diesem Schritt gab er auch einem philosophischen Konflikt Ausdruck: dem zwischen dem auf monistischen Positionen stehenden Ossietzky und dem Kantianer Quidde.

Nach der Trennung von der Friedensgesellschaft initiierte er zusammen mit dem Mathematiker und Publizisten Emil Julius Gumbel, dem Monisten und Freidenker Otto Lehmann-Rußbüldt, mit Nicolai, Kurt Tucholsky und mit Karl Vetter die «Nie-wieder-Krieg-Bewegung». Auch Harald Abatz muß dabei gewesen sein, jener Mann, der nach dem zweiten Weltkrieg einer der Vorsitzenden der Deutschen Friedensgesellschaft/Bund der Kriegsgegner e.V. in der Bundesrepublik gewesen ist.<sup>6</sup>

In der Absicht, die Massen aus politischer Apathie gegenüber dem Friedensproblem zu reißen, wollte die Nie-wieder-Krieg-Bewegung diese nicht nur an sich binden, sie wollte vor allem auch dem bürgerlichen Friedensgedanken, der den Krieg auf nichtrevolutionärem Wege aus der Welt zu schaffen trachtete, in die Öffentlichkeit tragen und ihm damit breitere Resonanz verschaffen.

Der Gedanke, das Volk vor den Wagen des Pazifismus zu spannen, war durchaus nicht neu. Bereits seit der Jahrhundertwende hatte hier die Überlegung Fuß gefaßt, die reformerische Sozialdemokratie, nun als vielgeschwistrige Tochter des Linksliberalismus, könne ihm den ihm zukom-

---

<sup>5</sup> Vgl. Achter deutscher Pazifistenkongreß. Einberufen von der Deutschen Friedensgesellschaft und der Zentralstelle Völkerrecht, Berlin, 13. bis 15. Juni 1919 im Preußischen Herrenhause. Verhandlungsbericht, Charlottenburg 1919.

<sup>6</sup> Vgl. Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv, Düsseldorf, RW 115, Nr. 430, Bl. 222.

menden Platz in der Gesellschaft schaffen. Mit der Überlegung, daß ohne die Tatkraft des Volkes in der modernen imperialistischen Gesellschaft die Kriegsgefahr nicht zurückgedrängt werden kann, zog zugleich auch der Teil der Friedensbewegung, der die Kriegsverhinderung durch Streik und Generalstreik empfahl, auf seine Weise die späten Lehren aus dem Versagen der eigenen bürgerlichen Klasse in der Revolution von 1848/49, da diese einst, aus Furcht vor der ins politische Leben gerissenen Masse der Arbeiter, den Kompromiß mit der alten halbfeudalen herrschenden Klasse eingegangen war.<sup>7</sup>

Wenn Ossietzky «[...] die Arbeiterbewegung [...] als die sicherste Gewähr für den Frieden» ansah,<sup>8</sup> so ist dies als strategische Feststellung eines pazifistisch und vor allem republikanisch denkenden Bürgers zu werten, dessen Wegvorstellung zu einer neuen Gesellschaft Reform hieß, und für den Bürgerlichkeit im gleichen Atemzuge eben auch eine ethische Kategorie war. Nicht zuletzt aus diesem Grunde forderte er, «[...] alle Kräfte zusammenzuballen, um in Fleiß und Demut am Fundament der kommenden Gesellschaft zu arbeiten [...]. Der Sozialismus kann nicht wie Athene aus dem Haupte des Zeus steigen, aber der Wille zu sozialer Gerechtigkeit, der immer in den Besten lebendig gewesen ist, soll wieder zur großen Parole des Tages werden.»<sup>9</sup>

In den folgenden Jahren verlor Ossietzky die Bindungen zum organisierten Pazifismus weitgehend, wenngleich er sich bis 1932 in den Vorstand der Deutschen Liga für Menschenrechte aufnehmen ließ.

Die Nie-wieder-Krieg-Bewegung zerfiel Mitte der zwanziger Jahre. Auch die republikanische Partei, an deren Gründung er sich 1924 beteiligte, vermochte nicht zu rechtem Leben erstehen.<sup>10</sup>

Es mag vielleicht die Hoffnung auf diese Partei mit ihrem Programm einer radikal-demokratischen Verteidigung der Republik gewesen sein, die ihn 1924 veranlaßte, mit harten Worten die Friedensbewegung zu kritisieren. Denn diese befand sich wahrhaft in einem Zustand großer Zersplitterung

---

<sup>7</sup> Vgl. Deutsche Geschichte, Bd. 4. Die bürgerliche Umwälzung von 1789-1871. Von einem Autorenkoll. unter Leitung von Walter Schmidt, Berlin 1984, S. 375 ff.

<sup>8</sup> Das Freie Volk, 19.4.1913.

<sup>9</sup> MMH, Nr. 5, März 1919.

<sup>10</sup> Vgl. Die Republikanische Partei Deutschlands. Was sie ist und was sie will, in: BA Koblenz, Nachlaß Quidde, Nr. 5, fol. 1.

und der Auseinandersetzungen zwischen den beiden Hauptrichtungen. Da waren auf der einen Seite Quidde mit seinen Anhängern und auf der anderen die in der Friedensgesellschaft immer mehr hervordrängenden, die Kriegsarbeitsverweigerung der Werktätigen befürwortenden Kräfte um den Generalmajor a.D. Paul Freiherr von Schoenaich und Fritz Küster, einem ehemaligen Eisenbahningenieur. Sie repräsentierten den Westdeutschen Landesverband mit Sitz in Hagen; hier erschien auch eine Zeitung: «Der Pazifist», ab April 1925 mit dem neuen Titel «Das Andere Deutschland».

In diese Situation nun mischte sich Ossietzkys Kritik an der pazifistischen Bewegung. «Alljährlich im Herbst findet ein deutscher Pazifistenkongreß statt», schrieb er im «Tage-Buch». «Diese Veranstaltung dient vornehmlich der körperlichen Ertüchtigung der Teilnehmer [...]. So kommt es, daß diese Kongresse ausgeprägt den tubolierenden Instinkten dienen. Sie sind ein ungeheures Blutbad, eine massenweise Absäbelung von Führerköpfen. Ein Sperrfeuer von Anklagen, Bezichtigungen, Mißtrauensvoten.» Wohl mit Blick auf Quidde und aus der Erfahrung gemeinsamer Arbeit, fügte er hinzu: «Der deutsche Pazifismus war immer illusionär, verschwärmt, gesinnungsbesessen [...]. Er war Weltanschauung, Religion, Dogmatik [...] eine etwas esoterische Angelegenheit, an der die Politik vorüberging, wie sie die Politik ignorierte [...]»<sup>11</sup>

Das Jahr 1924 war für die Friedensbewegung insofern von besonderer Bedeutung, als daß es zu einem Konflikt zwischen Quidde und dem Chef der Heeresleitung der Reichswehr, General Hans von Seeckt, gekommen war, der in den Blickpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit rückte.

Am 3. Januar hatte sich Quidde in einer Eingabe an Reichskanzler Marx gegen die «vertrags- und gesetzwidrige Erweiterung der Reichswehr» gewandt und damit den Zorn Seeckts erregt. In dessen Augen war das Verhalten Quiddes, das diesem einen Aufenthalt im Untersuchungsgefängnis Stadelheim einbrachte, der «Gipfel nationaler Würdelosigkeit». Noch Jahre später schrieb Seeckt in seinem Buch «Gedanken eines Soldaten» den Satz nieder: «Der Pazifist gehört an die Laterne!»<sup>12</sup>

---

<sup>11</sup> Tage-Buch, 4.10.1924, S. 1400 ff. Vgl. Reinhold Lütgemeier-Davin, Pazifismus zwischen Kooperation und Konfrontation: Das Deutsche Friedenskartell in der Weimarer Republik, Phil. Diss. Köln 1982, S. 112. 1924 fand auch der Weltfriedenskongreß in Berlin statt.

<sup>12</sup> Generaloberst von Seeckt, Gedanken eines Soldaten, Berlin 1929, S. 11 ff. Vgl. auch: Der Fall Quidde, Berlin 1924; General-Anzeiger für Dortmund, 19.3.1924.

In eben diesem Jahr 1924 entstand auch der erwähnte Westdeutsche Landesverband der Friedensgesellschaft. Hier wirkte Fritz Küster, der einen kämpferischen, geschlossen handelnden Pazifismus vertrat, geleitet von der Überzeugung, daß die Kriegsgefahr in der Weimarer Republik längst nicht gebannt war und die verheerenden Traditionen preußisch-deutschen Militärgeistes keineswegs ihre Gefährlichkeit sowohl für Deutschland wie für die Welt verloren hatten.

Küster, mehrmals des Landesverrates angeklagt, weil er in seiner Zeitung «Das Andere Deutschland» Fälle illegaler Aufrüstung aufgedeckt und weitere Aufklärungsschriften verlegt hatte, wurde 1929 nach stürmisch verlaufender außerordentlicher Generalversammlung in Berlin geschäftsführender Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft. Er löste an der Seite Schoenaichs, der den ersten Vorsitz übernahm, den langjährig in diesem Amte fungierenden Ludwig Quidde ab.

Dieser Führungswechsel war, obgleich subjektive Faktoren die Situation zu beherrschen schienen, in Wahrheit ein politischer Akt, ein Klärungsprozeß in der Frage nach den Funktionen und aktuellen Aufgaben der Friedensgesellschaft in dieser bewegten Zeit.

Der Historiker Quidde, den Stefan Zweig in einem Brief an Romain Rolland einen «so pastoralen und sanften Pazifisten»<sup>13</sup> genannt hatte, brachte sein völkerrechtliches Friedenskonzept gleichsam aus der Geschichte mit, aus der Gottes- und Landfriedensgebung u.a., und bewahrte es unverändert über Kaiserzeit, Krieg und Nachkrieg. Es war nicht seine Absicht, in der Gesellschaft selbst etwas zu verändern, um der Kriegsgefahr in die Arme fallen zu können, er wollte vielmehr das Völkerrecht strukturell und organisatorisch so ausbauen und festigen, daß es im Gefahrenfall verlässlich und unbedingt als Alternative funktioniere. Einer der hart verfochtenen Grundsätze dieses Programms lautete: *Pacta sunt servanda*.

Diesem Pazifismus ging es also weniger darum, die Waffen nieder zu legen, als vielmehr um die Schaffung eines neuen Sicherungssystems.

Allein, die kriegsgefährlichen Realitäten der zu schwanken beginnenden Republik, auch verfassungs- und völkerrechtliche Unzulänglichkeiten und Unvollkommenheiten, rissen Quiddes akademisches Friedensprogramm nun

---

<sup>13</sup> Romain Rolland/Stefan Zweig, Briefwechsel 1910-1940, mit einer Einleitung von Wolfgang Klein, Berlin 1987, zweiter Bd., S. 23.



mit sich fort, ein Vorgang, den er allerdings nicht wahrzunehmen vermochte. Bis zum bitteren Ende glaubte er, auf den in seinem Verständnis pazifistischen Errungenschaften, dem Völkerbund und seinen Gliederungen, dem Locarno-Vertrag, dem Kellogg-Pakt, aufbauen und weiter wirksam sein zu können.

So erfolgte mit dem Führungswechsel in der DFG auch das Zugrundelegen eines neuen Antikriegskonzepts, das sich an das arbeitende Volk in den Fabriken und im Transportwesen wandte. Es empfahl den Streik und Generalstreik, die Kampfmittel des internationalen Proletariats seit der russischen Revolution im Jahre 1905.

«Wir führen Krieg» hatte Küster 1929 im «Anderen Deutschland» geschrieben, und das «erfordert die Einheit und Geschlossenheit der Bewegung [...]. Die Zeit der Sentimentalitäten ist vorbei [...]. Für uns Friedenskämpfer und <Landesverräter> gilt nur noch ein Kommand Ran an den Feind!»<sup>14</sup>

Einer derartigen Konzeption lag die von Schoenaich und anderen ehemaligen Militärs, die wie er nach dem Krieg Pazifisten geworden waren, artikuliert Überzeugung zugrunde, daß die Erfahrung dieses technischen Vernichtungskriegs, eines Waffenganges, der das einst gerühmte «Stahlbad» in Wahrheit zu einem «Sumpfloch» gemacht hatte, auch im Antikriegskampf neue Akzente setzen mußte.

Daher konnte auch Clausewitz' Wort vom Krieg als der Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln nur noch als scholastisches Prinzip angesehen werden, das seine aktuelle Bedeutung verloren hatte. Denn zwischen 1914 bis 1918 war der Krieg selbst in eine Funktionskrise geraten. Dessen herkömmliche Ziel-Mittel-Relation war durch den Einsatz moderner Kriegstechnik, Flugzeuge und Giftgas, die die Vernichtung ins Hinterland trugen und somit gegenseitigen Völkermord bewirkten, gesprengt worden.

«Der Krieg [hat] seinen ursprünglichen Sinn verloren», schrieb Schoenaich, und: «es müssen zur Begleichung zwischenstaatlicher Meinungsverschiedenheiten andere Mittel gefunden werden. Geschieht das nicht, so taumelt die Menschheit in den Abgrund.»<sup>15</sup>

---

<sup>14</sup> Fritz Küster, Wir führen Krieg, in: Das Andere Deutschland, 6.7.1929.

<sup>15</sup> Paul Freiherr von Schoenaich, Mein Finale; vgl. auch: ders. Marsch! Marsch! Hurrah!, in: Der Pazifist, Nr. 12, Dez. 1922.

So also sahen, hier nur in großen Zügen darlegbar, die beiden Hauptstrategien der deutschen Friedensbewegung in der Weimarer Republik aus, deren dennoch gemeinsames und humanistisches Ziel es war, den modernen Krieg vor allem auch deshalb zu verhindern, um ihm die zahllosen Opfer zu entziehen.

Wenige Tage nach dem Führungswechsel in der Friedensgesellschaft, der ja bei allen Auseinandersetzungen doch Stimmenmehrheit für die Hagener erbracht hatte, veröffentlichte Carl von Ossietzky in der Weltbühne seinen Artikel «Unselig sind die Friedfertigen». Es war dies sein zweiter großer Gerichtstag über den deutschen Pazifismus.

«Der organisierte Pazifismus [...] ist nach der dramatischen Generalversammlung [...] ins Spital gebracht worden», urteilte er - um fortfahrend zu befinden: «Fritz Küster [...] ist siegreich auf dem Blachfeld geblieben [...]»<sup>16</sup>

Diese Auffassungen bieten sicher Stoff zur Diskussion, deshalb sollen sie auch im Raume stehenbleiben.

Wenn jedoch Ossietzky im Hinblick auf das Kriegsarbeitsverweigerungskonzept der ehemaligen Hagener ausführte: «Nein, mit der Verweigerung militärischer Dienstleistungen ist es nicht getan. Schon im Frieden müssen die Höllennester ausgenommen werden, wo die Instrumente des Krieges fabriziert werden», so sind dem Ausführungen Schoenaichs aus dem Jahre 1928 entgegenzuhalten. «Geistige Aufklärung der Massen über das, was ihnen bevorsteht, wenn die Kriegsfreunde ihre Pläne verwirklichen», sei vonnöten, hatte er geschrieben und gemahnt: «Vor allem aber dürfen wir nie vergessen, daß wenn der Krieg erst einmal vor der Tür steht, es zum Handeln zu spät ist. Jetzt oder nie, das ist das Entscheidende.»<sup>17</sup>

Außerdem war den Verfechtern des kämpferischen Pazifismus, wie ihn Schoenaich und Küster verkörperten, klar, daß die Taktik der Militärdienstverweigerung längst überholt war. Dabei spielte es auch keine Rolle, daß in Deutschland durch die Beschränkung der Reichswehr durch den

---

<sup>16</sup> Carl von Ossietzky, Unselig sind die Friedfertigen, in: WB, 19.2.1929, Nr. 8, S. 279 ff.

<sup>17</sup> Freiherr von Schoenaich, Die Technik des Zukunftskrieges und ihre Abwehr, in: Gewalt und Gewaltlosigkeit. Handbuch des aktiven Pazifismus. Hrsg. von Franz Kobler, Zürich/Leipzig 1928, 340 ff.

Versailler Vertrag eine Dienstverweigerung der Soldaten im Ernstfall sowieso nicht von großem Nutzen sein würde.<sup>18</sup>

Ferner beklagte Ossietzky, daß der Pazifismus «als Idee nicht in die Massen gedrungen» sei. Das war wohl wahr. Doch konnte ein elitär-akademisches Konzept wie das von Quidde verfochtene, überhaupt in die Massen dringen? Lag hier nicht die Einbindung in den Dienst des bürgerlichen Staates für viele Proletarier allzu offen, und war nicht vordergründig erkennbar, daß sie wiederum eher zum Objekt bürgerlicher Interessen werden sollten, anstatt eigene gesellschaftliche Ziele ansteuern zu können?

Und: hatte nicht Ossietzky vor wenigen Jahren bei dem Versuch, die Nie-wieder-Krieg-Bewegung auf breiter Basis zu installieren, erfahren müssen, wie kompliziert es war, die Massen an pazifistisches Gedankengut - und wie es sich eben bis 1929 durch Quidde in der Öffentlichkeit immer wieder darstellte, heranzuführen? Da hatten die Arbeiterparteien eben doch andere Mittel und auch traditionellere Gefolgschaften.

Als Ossietzky schließlich feststellte, die neue Führung der Friedensgesellschaft kämpfe «gegen einen deutschen Imperialismus, den es nicht mehr gibt und heute nicht mehr geben kann», weil «Deutschlands Rolle in einem künftigen Krieg keine eigene, sondern eine Trabantenrolle sein» wird, und er in diesem Zusammenhang von dem «offene[n] und kleinliche[n] Militarismus» als «von einer politischen Belästigung», sprach, «dessen außenpolitisches Ideal [...] das des Landsknechts [ist]», der für «irgendwen kämpfen und dabei sein Geschäft machen» will, erheben sich eine Reihe von Fragen, zumindest jedoch jene, wie weit er tatsächlich den Funktionsmechanismus dieser Republik zu durchschauen vermochte und wo republikanische Hoffnung und Illusion den Blick verstellte. Es lag doch offen zutage, daß diese Republik in der Kriegsfrage die Monarchie nicht abgelegt hatte.

Heinrich Vierbücher, einer der großen Wanderredner der Friedensgesellschaft, hat die Vorwürfe Ossietzkys zurückgewiesen. Er hielt ihm entgegen, diesem sei die Kritik zum Selbstzweck geworden. Zugleich konstatierte er zu dieser Zeit bei in der Weltbühne ein Zurücknehmen der Schärfe in der Kritik am Weimarer Staat, eine Feststellung, der, betrachtet man den

---

<sup>18</sup> Vgl. zu diesem Komplex auch: Paul von Schoenaich, *Abrüstung der Köpfe. Ein Weg zum inneren und äußeren Frieden*, Leipzig 1923.

Jahrgang 1929 genauer, zumindest nachgegangen werden sollte.<sup>19</sup> Die Veröffentlichung einer Antwort Schoenaichs auf den Artikel in der Weltbühne lehnte Ossietzky ab.<sup>20</sup>

Der Angriff Ossietzkys auf die Pazifisten zu einem Zeitpunkt, da viele unter ihnen sich anschickten, wahrhaft politisch zu wirken, war ein schwerer Schlag. Freilich gab es auch hier Illusionen und Überschätzung der tatsächlichen Möglichkeiten, doch war der Gedanke des Bündnisses der Kriegsgegner, der hier Fuß gefaßt hatte, sowie deren theoretischer Ansatz überhaupt, eine ebenso wichtige wie notwendige Voraussetzung für einen wirksamen Kampf.

Deshalb setzte Ossietzky wohl einen Hemmstein, als er das Nichteindringen des Pazifismus in die Massen in einem Augenblick bemängelte, da dies für den Pazifismus erstmals zumindest in den Bereich des Möglichen hätte rücken können. Die Frage, ob es gelungen wäre, größere, in die Arbeiterparteien übergreifende Aktivitäten zu entfalten, ist somit nicht eindeutig zu beantworten. Zum Ausbleiben des letzten Beweises hat Ossietzky allerdings beigetragen.

Carl von Ossietzky hat die Republik von Weimar bei aller Kritik an ihr und bei aller Enttäuschung über sie immer mehr verteidigt als Küster. Bis zuletzt ist durch allen Tadel und durch alle Sorge um dieses Staatswesen bei ihm ein Hauch von jener Hoffnung zu spüren, die er 1919 in die Worte gefaßt hatte: «So wollen wir uns doch nicht mehr mit dem alten Geist beladen [...]. Ein armes Volk werden wir sein - aber frisch und reinlich soll unsere Armut sein und nicht nach Moder riechen.»<sup>21</sup>

Bei Küster hingegen war die republikanische Hoffnung gedämpfter. Er nannte den Versailler Vertrag auch eine «Magna Charta der Vergewaltigung», für Ossietzky hingegen waren die «Ketten von Versailles [...] nur papierne».<sup>22</sup>

---

<sup>19</sup> Helmut Donat, Die radikalpazifistische Richtung in der Deutschen Friedensgesellschaft (1918-1933), in: Pazifismus in der Weimarer Republik. Hrsg. von K. Holl/W. Wette, Paderborn 1981, S. 27 ff.

<sup>20</sup> Vgl. Ders., ebd.; Das Andere Deutschland, 26.7.1929.

<sup>21</sup> MMH, Nr. 4, Sept. 1919, S. 317.

<sup>22</sup> Carl von Ossietzky, Deutschland ist ..., in: WB, 6.11.1928, Nr. 45, S. 689. Vgl. auch ders. Der Deutsch-polnische Krieg, in: ebd. 25.12.1928, Nr. 52, S. 941.

Der unterschiedliche Grad der Verwurzelung in der ersten deutschen Republik mag wohl der politische Urgrund der Spannungen zwischen der Führung der Friedensgesellschaft - und Küster im besonderen - und Ossietzky gewesen sein.

Die hinzukommenden Animositäten zwischen Ossietzky und Küster, von denen manche auf das Gefühlskonto zu verbuchen waren, taten dann Zusätzliches. «Ich habe», schrieb Ossietzky einmal in einem Brief, «nie etwas gegen Herrn Küster gehabt, habe mich allerdings auch niemals für ihn interessiert.»<sup>23</sup> Aus dieser Haltung heraus unterschätzte er wohl auch den politischen Stellenwert des «Anderen Deutschland».

1924 und 1929 - jeweils an gewissen Eckpunkten in der politischen Entwicklung der Friedensgesellschaft, fällt Ossietzky selbst vernichtende Urteile über diese und ihre Träger. Im Jahre 1930 dann ließ er zuschlagen. Er gab dem sogenannten revolutionären Pazifisten Kurt Hiller, dem Schmähredner und Mann mit der «Krachpassion», wie Alfred Kerr geurteilt hat, Raum für einen Artikel in der Weltbühne.

Bereits am 22. Dezember 1929 war Hiller mit der Begründung des «ver-einsschädigen Verhaltens» aus der Friedensgesellschaft ausgeschlossen worden, weil er öffentlich dargelegt hatte, sowohl die Deutsche Liga für Menschenrechte als auch die DFG ließen sich ihre Propaganda durch Vermittlung Friedrich Wilhelm Foerstlers aus französischen, polnischen und tschechoslowakischen Regierungskassen bezahlen. Nun war dieses Thema durchaus nicht neu; das Hin und Her seit Mitte der 20er Jahre hatte wohl auch einen realen Hintergrund: Denn - die Regierungen der betreffenden Staaten hatten guten Grund zu hoffen, daß ihre Interessen in Deutschland in der pazifistischen Bewegung einen Fürsprecher erhielten.

Die herrschenden Kreise in Prag waren daran interessiert, den relativ starken Bestrebungen um einen «Anschluß» Österreichs in Deutschland selbst ein Gegengewicht entgegenzusetzen zu können. Die Regierung in Warschau war durch den Locarno-Vertrag, der die Ostgrenzen des deutschen Reiches nicht eindeutig regelte, ständig den Forderungen nach Grenzrevision ausgesetzt. Paris schließlich betrieb seine eigenen Bemühungen um eine exponierte Position unter den Mächten Europas. Zudem waren alle drei in einem Bündnis festgeschrieben.

---

<sup>23</sup> Zentrales Staatsarchiv Potsdam (ZStA.P.) 61 Fr. 1 (2).

Von diesen Geldern, vorrangig für die Liga für Menschenrechte bestimmt, soll Mitte der 20er Jahre auch eine Zahlung von 6000,- Reichsmark an den Westdeutschen Landesverband der Friedensgesellschaft gegangen sein, von der allerdings Küster nichts gewußt haben soll.

Als nun Hiller aus der Friedensgesellschaft ausgeschlossen wurde, reagierte er mit jenen «Enthüllungen». Er löste damit eine unbeschreibliche Hetz- und Schmähkampagne gegen die Friedensbewegung insgesamt aus, die nun - zum wievielten Mal? wiederum des Landesverrats bezichtigt wurde.

Am 1. Juli 1930 wiederholte Hiller in dem erwähnten Beitrag in der Weltbühne seine Anklagen in Form eines offenen Briefes an Paul von Schoenaich.

Ossietzky hatte diesem Beitrag ein distanzierendes Nachwort angefügt. Dennoch - die Folgen waren verheerend. Die reaktionäre Presse löste eine Kampagne und Justizverfolgungen ohne gleichen aus, in deren Folge der deutsche Pazifismus zum politischen Freiwild degradiert wurde.<sup>24</sup>

Hillers Brief rief unter den Pazifisten entschiedenen Protest hervor. Der Gesinnungsfreund und Pädagoge Prof. Wilhelm Hauser schrieb an Ossietzky: «Sind Sie sich nicht dessen bewußt, daß gerade die D.F.G. heute die einzige Organisation in Deutschland ist, die den entschlossenen und rücksichtslosen Kampf gegen die nationalistische Seuche und den neudeutschen Militarismus aufgenommen hat, und da halten sie den Zeitpunkt für geeignet, dieser Organisation in den Rücken zu fallen.»<sup>25</sup>

Auch Lothar Schücking, Rechtsanwalt in Dortmund und Bruder des bekannten Völkerrechtlers und Pazifisten Walther Schücking, hatte Ossietzky sein Unverständnis über den Hiller-Brief ausgesprochen. Ihm antwortete Ossietzky am 16. Juli: «Einem alten Mitarbeiter des Blattes [...] konnten wir aber die Wiedergabe seines Artikels bei uns nicht abschlagen. Wir haben ihm von vornherein gesagt, daß wir in diesen Dingen so ziemlich entgegengesetzter Meinung sind [...]. Im <Anderen Deutschland> wird jetzt ein großes Lamento erhoben, wahrscheinlich von Herrn Küster selbst, und dazu der Versuch gemacht, mich nicht nur für den Artikel Hillers verantwortlich zu machen [...] Als ich vor 1 ½ Jahren einige kritische

---

<sup>24</sup> Vgl. Hellmut von Gerlach, in: Generalanzeiger für Dortmund, 10.7.1930.

<sup>25</sup> ZStA Potsdam, 61 Fr. 1 (2), Bl. 56. Vgl. auch: Günter Wirth, Die Hauser-Chronik, Berlin 1982.

Bemerkungen über den deutschen Pazifismus und seine neue Leitung brachte, eröffnete Herr Küster eine - um es ganz höflich zu sagen - seltsam akzentuierte Kampagne gegen mich. Dieses Treiben wird nun fortgesetzt. Ich bitte die freundlich einmal in das <Andere Deutschland> zu blicken (Nr. 28) [...] gegen mich polemisiert wird. Ich bitte Sie freundlichst, mir mitzuteilen, ob Sie das für eine Kampfesweise halten, die der - wie Sie sagen - edelsten Bewegung gut ansteht [...]. Ich nehme an, daß Herr Küster in absehbarer Zeit seine eigenen Methoden verhängnisvoll werden [...].»<sup>26</sup>

Es war wohl, so scheint es, zwischen Ossietzky und Hiller insgesamt mehr Nähe als zwischen Ossietzky und anderen Pazifisten. Es mag der «ethische Wille» und das Bekenntnis zur Tat gewesen sein, das ihn mit Hiller einte, mit dem er sich ansonsten seit Jahren in einem Zustand des «Vertragens und Verklagens» befand. Beide verfügten außerdem über außerordentliche sprachliche Fähigkeiten. Waren sie Brüder im Verwerfen? Waren sie sozusagen Gefährten - jeder in seiner Einsamkeit, die sie eigentlich nicht wollten und doch praktizierten? Und wer - so muß doch gefragt werden - begann den Streit unter den Pazifisten?

Eigentlich - so scheint es - gingen alle Auseinandersetzungen Ossietzkys mit dem Pazifismus um unterschiedliche Grade der Bewertung des Begriffes Vaterland. Bei aller Kritik war Ossietzky doch ein so entschlossener Verteidiger der Republik, daß er diejenigen, die - zwar ebenso Pazifisten und Republikaner wie er - die Alarmsignale alten preußischen Schwertgeistes wie das Anwachsen der faschistischen Bewegung, als die entscheidende Gefahr für den Bestand auch ihres Staatswesens ansahen und entschlossen mit neuen Mitteln dagegen antraten wollten, einfach nicht verstehen konnte.

Wie weit, so ist ebenfalls zu fragen, beschränkte sich auch ein Carl von Ossietzky darauf, die logische Widersprüchlichkeit der faschistischen Ideologie aufzudecken und über die Psyche der Naziführer zu meditieren? Reichte es, einen in den letzten Jahren der Weimarer Republik immer wirklichkeitsferner werdenden Demokratiebegriff dem Faschismus entgegensetzen - und das in der Absicht, diesen dadurch ad absurdum zu führen?

---

<sup>26</sup> ZStA P, 61 Fr. 1 (2), Bl. 71. Der Verf. stand das «Andere Deutschland», Nr. 28, 1930 nicht zur Verfügung.

Derartige Probleme werden einzubeziehen sein, will man dereinst umfassend Antwort geben auf Fragen zu Ossietzkys Weltbild im Allgemeinen und auf sein Verhältnis zu der pazifistischen Bewegung im Besonderen. Dieser Beitrag kann dazu nur ein Ansatz sein.

Wir haben hier und heute im wahrsten Sinne des Wortes einen «ganzen» Mann zu betrachten - und dazu gehört auch, durchscheinen zu lassen, daß dieser Mensch Carl von Ossietzky eben nicht nur aus Plejaden von Unfehlbarkeiten bestanden hat. Welch großen Anteil hatte er doch an den «Blessuren», die der Friedensbewegung in der Weimarer Zeit beigebracht worden sind!

Dennoch, wie wohl kaum einer neben ihm hat er in dieser janusköpfigen Republik das Wort zum Schwert geschlagen. Und nicht nur Dienst am Wort ist seine Sache gewesen, er hat auch eingegriffen in das politische Geschehen mit der Tat.

Als die Flammenzeichen am Deutschen Reichstag mit den Kommunisten und Sozialdemokraten auch die Pazifisten bleckend erfaßten, reichte die Vorstellungskraft selbst dieses politischen Diagnostikers nicht, sich auszumalen, was das deutsche Volk mit der faschistischen Herrschaft erwartete.

Carl von Ossietzky sollte der erste unter den Pazifisten werden, der die Last der Verfolgung zu tragen hatte. Mit ihm litten Fritz Küster und zahlreiche Gesinnungsfreunde, die es nicht vermocht hatten, noch zur rechten Zeit Brüder zu sein.



## Gunther Nickel

### *Politik als Theater.*

#### **Ossietzkys Ästhetisierung der politischen Kritik.**

Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden. Und wenn sie eben damit beschäftigt scheinen, noch nicht Dagewesenes zu schaffen, gerade in solchen Epochen revolutionärer Krise beschwören sie ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihrem Dienst herauf, entlehnen ihnen Namen, Schlachtparolen, Kostüm, um in dieser altehrwürdigen Verkleidung und mit dieser erborgten Sprache die neue Weltgeschichtsszene aufzuführen.

Karl Marx<sup>1</sup>

Wir haben [...] selbst diese Gefahr, die wir erkannten, unterschätzt, und zwar aus merkwürdigerweise ästhetischen Gründen. Wir fanden diese braunen Uniformen so scheußlich, wir fanden das Gesicht von Hitler unmöglich, eine solche Figur konnte doch nicht das deutsche Volk von sechzig, siebzig Millionen besoffen machen. Und genau das traf nachher ein. Diese ästhetische Abneigung, die hat auch einen Mann wie Ossietzky sehr stark erfüllt und sein Urteil, ich sage nicht getrübt, sondern ihn gegen die Größe der Gefahr doch ein bißchen blind gemacht.

Axel Eggebrecht<sup>2</sup>

In der Weltbühne vom 9. September 1930 berichtet Lion Feuchtwanger von einem Gespräch mit Siegfried Jacobsohn, das wenige Jahre nach der Gründung der «Schaubühne» stattgefunden haben muß. Beide unterhielten sich über das Verhältnis von Kunst und Politik und waren

einer Meinung, daß diese Bereiche soviel wie nichts miteinander zu tun hätten. Um so mehr überraschte es mich, als sich Jacobsohn wenige Jahre später entschloß, aus der «Schaubühne» die «Weltbühne» zu machen. Wir hatten einige ziemlich heftige mündliche

---

<sup>1</sup> Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 8. Berlin 1960, S. 115.

<sup>2</sup> In einem Interview im April 1989 in Hamburg mit Elke Suhr, der ich für den Hinweis auf diese Äußerung und eine Tonbandabschrift danke.

und schriftliche Auseinandersetzungen. Ich hatte den leichtern Part. Ich konnte Jacobsohn seine eignen Argumente aus den früheren Jahren vorhalten: die Kritik des Theaters sei zehnmal wirksamer als die Kritik an Dingen der politischen Zustände; die Stärke der «Schaubühne» liege darin, daß sie sich aufs Theater beschränke.<sup>3</sup>

Zwölf Jahre nach der Namensänderung der wohl bedeutendsten Kulturzeitschrift der Weimarer Republik gesteht Feuchtwanger jedoch ein, daß Jacobsohn eine «feinere Nase» gehabt habe:

Er spürte, wie sie [die deutsche Bühne] sich aus der Bindung mit der Literatur löste, und ging ihr voran auf dem Weg, den sie dann nach seinem Tode einschlug, auf dem Weg zur Politik.<sup>4</sup>

Ganz abgesehen davon, daß in Feuchtwangers Rücknahme der früheren Position der Unterschied von Kunst und Kunstkritik verschwommen bleibt, entgeht ihm, daß mit dem Wechsel des Namens von der «Schaubühne» zur «Weltbühne» nicht nur das Theater in eine Verbindung mit der Politik gebracht wird, sondern und vor allem umgekehrt: die Politik in eine Verbindung mit dem Theater. Werden jedoch, was der von Jacobsohn 1918 initiierte Namenswechsel evoziert, Welt und Bühne, Politik und Theater als identisch verstanden, liegt darin zwar ein Moment von richtiger Kritik an der Theatralisierung der Politik. Zugleich kassiert er durch diese Metaphorik jedoch die Differenz, die zwischen dem ästhetischen Schein und der Wirklichkeit besteht. Dadurch aber wird sie problematisch, denn im Unterschied zu den Leiden theatralischer Kunstfiguren, die fiktive sind, waren die Leiden der Kriegsoffer real.

Auch wenn die Namensänderung wohl kaum in der programmatischen Absicht geschah, politische Ereignisse mit einer Terminologie aus der Kunst und Ästhetik zu kommentieren, so hat es dennoch den Anschein, als ob zumindest Carl von Ossietzky den Namen der «Weltbühne» dahingehend verstanden haben könnte. In seinen Artikeln gebraucht er immer wieder Beispiele aus der Kunst oder Begriffe aus der Kunstkritik zur Beschreibung oder Bewertung von politischen Ereignissen. Da ist die Rede vom «Völkerbundtheater»<sup>5</sup> oder von einer «glatten Justizkomödie»<sup>6</sup>. Die

<sup>3</sup> Lion Feuchtwanger: Der Weg zur Politik. In: Die Weltbühne [im folgenden: WB] vom 9. September 1930, 2. Hbj., S. 392 f. Zitiert wird nach dem vom Athenäum-Verlag besorgten Reprint der «Weltbühne», Königstein/Ts. 1978.

<sup>4</sup> Ebd.

<sup>5</sup> Carl von Ossietzky [im folgenden: CvO]: Canarisfilm und Völkerbundtheater. WB vom 13.9.1927, 2. Hbj., S. 393.

SPD-Kritik am sozialdemokratischen Reichswehrminister Otto Geßler bewertet Ossietzky als «Manegeschaustück für die Unzufriednen draußen im Lande»<sup>7</sup>. Europa erscheint ihm als «zurechtgeschnitten für die politische Novelle», in der Tschitscherin «als belanglose Episode»<sup>8</sup> auftrete. Vor den Reichstagswahlen von 1928 merkt er an:

Wir wählen gleichgültige Listen und nicht Personen, die uns angehen. Wir wählen Zéro in der Erwartung, daß schließlich doch eine Größe daraus wird. Noras Hoffnung auf das Wunderbare, im Ehe-drama sanft komisch geworden, ist bei uns jetzt Hauptmotiv des politischen Theaters.<sup>9</sup>

Nationalen Minoritäten hält er vor, daß sie «sich heftig überschätzen, wenn sie ihre bescheidenen Telltragödien aufführen»<sup>10</sup>. In Geheimschrift stehe auf dem «Zettel des sozialdemokratischen Parteitheaters dieser Jahre: [...] als Gast Doktor Paul Levi», doch der berühmte Gast sei «kein Liebhaber des Ensemblespiels»<sup>11</sup>, weshalb Ossietzky vorschlägt, man solle dieses «Fiescospiel»<sup>12</sup> beenden. Er kritisiert das erste Kabinett Brüning:

Die Komödie mit dem Parlament, eine zum Erbarmen schlecht arrangierte Komödie, in die der Regisseur das Reichsoberhaupt selbst als père noble hineingezogen hat, ist vor einem grinsenden Parkett von Eingeweihten und einer schwach opponierenden Galerie von Düpierten zu Ende gespielt worden.<sup>13</sup>

Einen Gerichtsprozeß charakterisiert Ossietzky als «bürgerliche[s] Trauerspiel», in dem die Sachverständigen sich - ganz unbürgerlich -

---

<sup>6</sup> CvO: Der Verrat an Kürten. WB vom 5.5.1931, 1. Hbj., S. 643.

<sup>7</sup> CvO: Adria, Kanton und Kyrill. WB vom 5.4.1927, 1. Hbj., S. 523.

<sup>8</sup> CvO: Carmer und Lichnowsky. WB vom 6.3.1928, 1. Hbj., S. 352. Georgi W. Tschitscherin (1872-1936), 1918-30 sowjetischer Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten.

<sup>9</sup> CvO: Kandidat Zéro. WB vom 10.4.1928, 1. Hbj., S. 543; Anspielung auf Hendrik Ibsens Schauspiel «Nora oder Ein Puppenheim».

<sup>10</sup> CvO: Minoritäten. WB vom 1.1.29, 1. Hbj., S. 9; Anspielung auf Friedrich Schillers Drama «Wilhelm Tell».

<sup>11</sup> CvO: als Gast Herr Dr. Paul Levi. WB vom 4.6.1929, 1. Hbj., S. 843. Paul Levi (1883-1930), Mitbegründer der KPD, der USPD, dann Wortführer der linken Opposition der SPD, war Strafverteidiger in zahlreichen aufsehenerregenden politischen Gerichtsprozessen.

<sup>12</sup> Ebd., S. 844; Anspielung auf das «republikanische Trauerspiel» von Friedrich Schiller: «Die Verschwörung des Fiesco zu Genua».

<sup>13</sup> CvO: Die Alberich-Bewegung. WB vom 8.4.1930, 1. Hbj., S. 525.

«homerische Kämpfe» geliefert hätten.<sup>14</sup> Brüning, Hindenburg und andere spielen ihm Rollen in einem «denkwürdigen Nocturno», das kurz darauf als «Verschwörerstück» bezeichnet wird.<sup>15</sup> «Herr Brüning als Diktator», heißt es in Anspielung auf Schillers Wallenstein-Triologie, «das ist der Souffleur als Heldenspieler, der Sterndeuter als handelnder Mensch, Seni als Wallenstein»<sup>16</sup>. Es sei eine «Tragikomödie, daß unserm Bürgertum grade die prononziert bürgerlichen Regierungen so verhängnisvoll werden»<sup>17</sup>. Polizisten bedauert er als «Mitspieler eines politischen Trauerspiels»<sup>18</sup>. Wer in das Hauptquartier der deutschen Revolution trete, begeben sich damit «in die ehrwürdige Sphäre des Detektivromans», eine «Inszenierung à la Edgar Wallace», die grotesk sei.<sup>19</sup> Zu der Frage, ob Hitler «sein absolutes Narrenimperium» behaupten könne, bemerkt er, das sei ein nur «lärmendes, aber kein fesselndes Schauspiel»<sup>20</sup>, und Militärbevollmächtigte sind ihm «wenn nicht schädlich, so doch ein überflüssiges Ornament»<sup>21</sup>.

Kurzum, denn die Liste der Beispiele ließe sich reichlich verlängern: In seinen Texten präsentiert sich Ossietzky als Kritiker eines theatrum mundi, des - so heißt es in einer seiner Überschriften - «Welttheater[s]»<sup>22</sup> der 20er Jahre. Bemerkenswert ist an Ossietzkys Charakterisierungen die Hellsicht gegenüber den theatralischen Momenten der Politik in der Weimarer Republik. Er nimmt sie nicht nur wahr, bevor der nationalsozialistische Propagandaapparat schließlich systematisch die Ästhetisierung der Politik und die Formierung der Massen betrieb, sondern ist auch einer ihrer ersten Kritiker. Er beklagt, es sei «von der ganzen Politik [...] nichts geblieben als

---

<sup>14</sup> CvO: Frenzel und Hellweg. WB vom 9.12.1930, 2. Hbj., S. 853.

<sup>15</sup> CvO: Die große alte Null. WB vom 22.7.1930, 2. Hbj., S. 115.

<sup>16</sup> CvO: Romulus Augustulus. WB vom 7.10.1930, 2. Hbj., S. 535.

<sup>17</sup> CvO: Es ist erreicht. WB vom 21.7.1931, 2. Hbj., S. 79.

<sup>18</sup> CvO: Bülow-Platz. WB vom 18.8.1931, 2. Hbj., S. 241.

<sup>19</sup> Ebd., S. 245.

<sup>20</sup> CvO: Nach der Sintflut? WB vom 14.4.1931, 1. Hbj., S. 519.

<sup>21</sup> CvO: Bankrott der Autorität. WB vom 17.1.1933, S. 85.

<sup>22</sup> Celsus [= CvO]: Großes Welttheater. WB 10.12.1929, 2. Hbj., S. 875. Der Topos von der Welt als Theater ist vor allem durch Calderóns allegrisches Drama «Das große Welttheater» bekannt. Zur Tradition des Motivs vgl. Ernst Robert Curtius: Europäische Tradition und lateinisches Mittelalter. Bern, München <sup>9</sup>1978, S. 148-154; Wilfried Barner: Barockrhetorik. Tübingen 1970, S. 86-131; Hans Urs von Balthasar: Theodramatik. Einsiedeln 1973, S. 121-238.

eine Serie unbegabter Mantel- und Degenstücke»<sup>23</sup> und er erkennt lange vor Horkheimers und Adornos Analysen der Kulturindustrie<sup>24</sup> Parallelen zwischen der amerikanischen Massenkultur und der faschistischen Propaganda:

Hitlers geistiger Urvater mag weiß Gott wer sein. Sein Lehrmeister in der Propaganda ist Barnum, der amerikanische Rummelplatzkönig, der in jede Stadt feierlich einzog mit seinen Elefanten, Kamelen und Affen, einer ganzen Division von Fakiren und am Ende, feierlich unter einem Baldachin, die Dame ohne Unterleib.<sup>25</sup>

Wenn Ossietzky aber feststellt, Ernst Lemmer habe «auf der politischen Bühne nun einmal das Rollenfach Hans Brausewitters»<sup>26</sup> inne, oder wenn er vom «Figaro Treviranus»<sup>27</sup> spricht, dann wiederholt seine Kritik immanent, was zu kritisieren beabsichtigt ist: Sie selbst bedient sich ästhetisierender Formulierungen, durch die ihr der Unterschied zwischen Fiktion und Realität verloren zu gehen droht. In Anspielung auf Shakespeares «Maß für Maß» heißt es zum Beispiel:

Leopold Jeßners Staatstheater hat soeben Shakespeares Kuppler- und Bordellkomödie in einer achtenswerten Einstudierung herausgebracht. [...] Der Zufall will, daß zur selben Zeit auch in Bremen ein altmodisches Kupplerstück neueinstudiert herauskommt, leider nicht im Stadttheater, sondern vor einer Strafkammer, und als Darsteller erscheinen nicht Herren mit Mühlsteinkragen und Wollperücken, sondern Bürger und Bürgerinnen unsrer hellen Gegenwart.<sup>28</sup>

---

<sup>23</sup> CvO: Bankrott der Autorität. WB vom 17.1.1933, S. 85.

<sup>24</sup> Max Horkheimer, Theodor W. Adorno: Dialektik der Aufklärung. Amsterdam 1947.

<sup>25</sup> Ebd., S. 84.

<sup>26</sup> CvO: Groenens beinahe legaler Putsch. WB vom 20.11.1928, 2. Hbj., S. 763. Ernst Lemmer (1898-1970) war Reichstagsabgeordneter der DDP, Hans Brausewetter (1899-1945) Schauspieler komischer Rollen.

<sup>27</sup> CvO: «B». WB vom 22.4.1930, 1. Hbj., S. 601. Anspielung auf das Schauspiel «Der tolle Tag oder Figaros Hochzeit» von Pierre de Beaumarchais, das Mozart und Da Ponte den Stoff zur Oper «Die Hochzeit des Figaro» lieferte. Gottfried Treviranus (1891-1971), bis zum Parteaustritt 1929 Mitglied der DNVP, war 1930 Mitbegründer der «Volkskonservativen Vereinigung», 1930-32 Minister in wechselnden Ressorts der Kabinette Brünnings.

<sup>28</sup> CvO: Maß für Maß in Bremen. WB vom 21.6.1927, 1. Hbj., S. 993. Leopold Jeßner (1878-1945) war 1919-30 Generalintendant der Staatlichen Schauspiele Berlins.

Ist es sinnvoll und trifft es den Sachverhalt oder ist es nicht vielmehr ungenau und letzten Endes verharmlosend, einen Strafprozeß als «altmodisches Kupplerstück» zu bezeichnen?

In einer Tragödie Corneilles ruft ein alter Römer aus: «Ich umarme ihn, um ihn besser erwürgen zu können!» Dies ist ganz der Fall Briand.<sup>29</sup>

Ist das wirklich «ganz der Fall Briand» oder nivelliert Ossietzky nicht vielmehr den Unterschied von fiktiver Tragödie und realem politischem Ereignis ein und raubt dadurch seiner Kritik die Schärfe?

Obwohl er selbst in einem seiner Leitartikel einmal feststellt, «daß der artistische Genuß aufhört, wenn einem die Gurgel langsam zgedrückt wird»<sup>30</sup>, verschwindet in seinen Texten dennoch immer wieder jene Differenz, die zwischen ästhetischem Schein und der Wirklichkeit besteht:

Ein ganzer Artushof von heftig irrenden Rittern schwärmte aus und in gut bezahlte Positionen hinein, und Lancelot vom See wurde Reichskanzler<sup>31</sup>, während Merlin, der Zauberer, als Professor Wagemann<sup>32</sup> verkleidet, seine Kunst an der Wirtschaftskrise versuchte.

<sup>29</sup> Simson Carasco [= CvO]: Wie Doumer gewählt wurde. WB vom 26.5.1931, 1. Hbj., S. 750. Aristide Briand (1862-1932), der bei den französischen Präsidentschaftswahlen von 1931 unerwartet gegen den Kandidaten der Rechten, Paul Doumer (1857-1932), unterlag, war von einer Gruppe von Politikern unter der Führung André Tardieu (1876-1945) um eine Kandidatur gebeten worden. Nachdem er sich hatte aufstellen lassen, torpedierte Tardieu seine Kandidatur.

<sup>30</sup> CvO: «B». WB vom 22.4.1930, 1. Hbj., S. 601.

<sup>31</sup> Gemeint ist der Zentrums-Politiker Franz von Papen (1879-1969). Mit gleichlautenden Formulierungen charakterisierte Ossietzky vier Jahre zuvor bereits den Jungdeutschen Arthur Mahraun (1846-1950): «Immer, wenn es der Republik schlecht geht, erscheint der ewig irrende Ritter Arthur Mahraun wie ein Lohengrin oder Lancelot vom See» (CvO: Gänse und Krieger». WB vom 12.3.1929, 1. Hbj., S. 396).

<sup>32</sup> Gemeint ist Hermann Warmbold (1876-1976), Vorstandsmitglied der IG-Farben, dann Wirtschaftsminister des zweiten Brüning-Kabinetts, das er jedoch wegen unüberbrückbarer Differenzen in wirtschaftspolitischen Fragen am 6.5.1932 verließ. Nach dem Sturz der Regierung Brüning berief Franz von Papen ihn erneut zum Wirtschaftsminister. Warmbold favorisierte eine Art keynsianische Politik der aktiven Konjunktursteuerung, insbesondere forderte er kreditfinanzierte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Dabei stützte er sich auf die Konzeptionen wirtschaftspolitischer Reformtheoretiker, von denen die Pläne seines Schwagers Ernst Wagemann (1884-1956), Präsident des Statistischen Reichsamtes und Leiter des Berliner Instituts für Konjunkturforschung, die größte öffentliche Resonanz hatten. Dazu ausführlich: Helmut Marcon: Arbeitsbeschaffungspolitik der Regierung Papen und Schleicher. Grundsteinlegung für die Beschäftigungspolitik im Dritten Reich. Bern, Frankfurt/M. 1974.

Hokuspokus, hokuspokus, dreimal schwarzer Kater. In allen Ressorts saßen plötzlich schlanke Kavaliers, wie aus praeraffaelitischen Tapeten gestiegen, und verhängten das Mittelalter über uns. Es fehlte neben anderen Edikten, um uns auch ganz konsequent in die schönere Vergangenheit zurückzuführen, nur noch die Wiedereinführung des *jus primae noctis*<sup>33</sup>.

Nicht nur das «Recht der ersten Nacht» und ein paar Edikte fehlten, so bleibt wiederum einzuwenden, um in eine schönere Vergangenheit zurückzuführen. Selbst wenn konzediert wird, Ossietzky begegne hier den politischen Ereignissen sarkastisch-ironisch, versuche lediglich sprachlich-bildhaft dem Eindruck einer nurmehr zitathaft erscheinenden Wirklichkeit Ausdruck zu geben - es stellt sich dennoch die Frage, ob seine Kritik sich nicht einem beklagenswerten Umstand allzusehr gleichmacht, ihn reproduziert und dadurch in bewahrender Weise aufhebt.<sup>34</sup>

<sup>33</sup> CvO: Wintermärchen. WB vom 3.1.1933, S. 1.

<sup>34</sup> Ossietzky war keineswegs der einzige Weimarer Kritiker, angesichts dessen Texten sich diese Frage stellt. Vergleichbares findet sich - um nur ein Beispiel herauszugreifen - bei Theodor Lessing. Lessings Biograph, Rainer Marwedel, stellt die «überaus ernste Frage, was Theatermetaphern für die Erkenntnis historischer Strukturen und Ereignisse zu leisten vermögen» (Rainer Marwedel: Theodor Lessing 1872-1933. Eine Biographie. Neuwied 1987, S. 199), und er konstatiert im Hinblick auf Bücher von Hagen Schulze (Weimar. Deutschland 1917-1933. Berlin 1982) und Michael Stürmer (Das ruhelose Reich. Deutschland 1866-1945. Berlin 1983): «Es mag naheliegen Kapitel historischer Werke mit Überschriften wie <Bühne> und <Drama> zu schmücken; doch bleibt es eine äußerliche Redeweise, wenn man pauschal geschichtliche Abschnitte <tragisch> nennt und wenn unter Tragik nichts anderes verstanden wird als <allseitige tragische Verstrickung> und gemeinsam geteilte Schuld aller handelnden Zeitgenossen» (Marwedel: Theodor Lessing, a.a.O., S. 200). Dennoch geht er selbst der journalistisch-attraktiven aber deshalb nicht unbedingt glücklich gewählten Theater-Metaphorik auf den Leim, wenn er andernorts schreibt: «Unter Wilhelm II. sah das Kaiserreich aus wie ein überbesetztes Schauspiel mit politischen Dilettanten und Abenteurern in großzügig betreßter Garderobe; die Weimarer Republik konnte sich auf kein festes Ensemble einigen und schwankte zwischen Komödie und Tragödie, bis die <Demokratie> vom Spielplan gestrichen wurde; der Staatsstreich von 1933 bescherte den Deutschen die schaurigste Schmiere, die kein Theaterkritiker mehr zu rezensieren vermag, ohne dadurch politisch zu verharmlosen. Im Welttheater wird entdeckt und konstruiert, gelebt und moralisiert [...] Die Redensart seiner Großmutter, es könne einem im Leben alles nur einmal passieren, hat Theodor Lessing auf die Wiederholungsveranstaltungen der Weltgeschichte übertragen: Einmal (und nie wieder) erlebe man das Theater improvisierter Lebendigkeit mit den wechselnden Uniformen, Togen und Talaren, wobei die goldenen Worte der historischen Persönlichkeiten nur der Rollentext schlecht geschriebener Stücke seien [...] Den meisten Menschen fällt erst gegen Ende der Vorstellung auf, welchen Sinn das Welttheater hat. Da es ihnen nie langweilig wurde, zuzusehen und zu erdulden, was man ihnen zumutete (gelegentliche Pfiffe inbegriffen), verfehlen sie ihren Auftritt und damit ihren Lebenssinn. Als Mißbrauchte und Geschundene treten sie ab» (Theodor Lessing: Ich warf eine Flaschenpost ins Eismeer der

Neben dem Versuch, die theatralischen Momente der Politik zu fassen und ihnen dadurch zu begegnen, erfüllen Zitate aus und Anspielungen auf Kunstwerke sowie die kunstkritische Terminologie in seinen Texten zwei weitere Funktionen:

1. Zunächst einmal, und zwar in doppelter Hinsicht, dient Ossietzky das Zitat der literarischen Tradition als Mittel der Legitimation: er versucht mit seiner Hilfe a) seine Kritik sowie b) sich selbst als kompetenten Kritiker zu legitimieren.

a) Seine politische Publizistik begnügt sich nicht mit dem Aufzeigen der Widersprüche zwischen bürgerlicher Ideologie und bürgerlicher Praxis, sondern bezieht Position. Zu deren Begründung und Untermauerung nimmt er Rekurs auf Schriftsteller, die im weitesten Sinne der Aufklärung zuzurechnen sind:

Aber nun frage ich: ist das Verbot, Kriegsschiffe zu bauen, etwa keine Abrüstung? Mein guter Freund, ich rat euch drum, zuerst collegium logicum,

zitiert er Goethes Faust<sup>35</sup>. «Was ist die Wahrheit? Wer hat den echten Ring?», fragt er in Anspielung auf Lessings «Nathan»<sup>36</sup>, oder er kritisiert, Schillers Ode «An die Freude» paraphrasierend, die zermürbte Masse sei «von Parteimoden streng geteilt»<sup>37</sup>. Solche Anspielungen beschwören den «Geist der Literatur» gegen die falsche Praxis. Als ob Ossietzky in einer Situation, in der nach seiner Einschätzung «jedes geistige und sittliche Wertmaß»<sup>38</sup> schwanke, er der von ihm konstatierten moralischen Unsicherheit etwas entgegenzusetzen versucht, rekurriert er in Permanenz auf die literarische Tradition. Nicht so sehr der Tatbestand daß, sondern vor allem die Art und Weise wie er sich dieser Tradition versichert ist pro-

---

Geschichte. Essays und Feuilletons. Hg. von Rainer Marwedel. Frankfurt/M. <sup>2</sup>1989, S. 24 f.).

35 CvO: Volksentscheid. WB vom 11.9.1928, 2. Hbj., S. 387. Vgl. Johann Wolfgang Goethe: Faust. Der Tragödie erster Teil. In: Ders.: Werke. Hamburger Ausgabe. München <sup>11</sup>1981, S. 62, Vers 1910 f.

36 CvO: Die Robe der Frau Kollontai. Das Tage-Buch [im folgenden TB] vom 25.10.1924. Zitiert wird nach dem im Athenäum-Verlag erschienen Reprint des «Tage-Buch», Königstein/Ts. 1981, S. 1526. Vgl. Gotthold Ephraim Lessing: Nathan der Weise III, 7.

37 CvO: Staatskrise: Wir müssen durch! WB vom 16.6.1931, 1. Hbj., S. 865. Vgl. die erste Fassung von Friedrich Schiller: An die Freude. In: Ders.: Sämtliche Werke. Hg. von Gerhard Fricke und Herbert G. Göpfert. Bd. 1, S. 133, Vers 7 und Anmerk., S. 872.

38 CvO: «Kulturbolschewismus». WB vom 21.4.1931, 1. Hbj., S. 662.



blematisch, denn er bedient sich ihrer oft in bloßer Berufung auf deren vermeintliche Autorität, zitiert beispielsweise zustimmend den Theaterkritiker Alfred Kerr: «Es gibt Großes, wenn Künstler Heilige sind.»<sup>39</sup> Wird dem Gehalt von Kunstwerken oder den Aussagen von Künstlern jedoch gleichsam Ewigkeitswert zugemessen, dann liegt dem implizit entweder die nietzscheanische Vorstellung von der ewigen Wiederkehr des Gleichen zugrunde oder der Gedanke, Kunst handle von allgemeinmenschlichen, der Geschichte enthobenen Grundsituationen. Das bedeutet aber, daß Ossietzky immer dann, wenn er seinen Analysen und Kommentaren als I-Punkt die kulturelle Beglaubigung aufzusetzen unternimmt, seine Kritik eben dadurch relativiert.

Ein unkritisches Verhältnis zur bürgerlichen Kultur kommt nicht nur implizit, bei der Untersuchung seiner Zitierweise, zum Vorschein, sondern erscheint auch explizit in seinen Texten. Das Verhalten Immanuel Kants, der, einer Anekdote zufolge, versucht haben soll, das Singen von Strafgefangenen zu unterbinden, rechtfertigt Ossietzky mit den Worten:

Die Gassenhauer der Sträflinge verhallen in der Nacht, aber das Lied des Immanuel Kant wird für ewige Zeiten Finsternisse durchdringen und die Nacht besiegen<sup>40</sup>.

Momente von Rücksichtslosigkeit und Gewalt entschuldigt er auch bei Gustav Mahler, von dem Ossietzky folgende Anekdote berichtet:

Man erzählt von Gustav Mahler, daß er in ländlicher Zurückgezogenheit, die er gesucht hatte, um in Stille eine Symphonie zu vollenden, fast zu Tode gequält wurde durch die Konkurrenz der Singvögel, die sich in der Gegend in seltener Anzahl zusammengefunden hatten. Die Freunde sahen, wie der Meister immer tiefer in seelische Überreiztheit hineingeriet und beschlossen, ihn von dieser geräuschvollen Plage zu befreien. Und so veranstalteten sie eines Morgens unter den Tierchen eine gewaltige Metzelei. Als der Meister zur Arbeit ging, um sein Herzblut zu verströmen, da hatte das Blut der kleinen Vögel schon den Rasen ringsum gerötet.<sup>41</sup>

---

<sup>39</sup> Lucius Schierling [= CvO]: Das Buch vom Russenfilm. WB vom 23.8.1927, 2. Hbj., S. 312.

<sup>40</sup> CvO: Kant und die Sträflinge. TB vom 12.4.1924, S. 497.

<sup>41</sup> Ebd., S. 497 f.

Hierzu lautet Ossietzkys abschließender Kommentar:

Die vielen kleinen Lieder müssen dem einen großen weichen. Der Weg zum Werke gleicht immer dem Marsch einer Armee. Zurück bleiben Trümmerstätten und zertretene Freuden. Aber auch das Singen bleibt. Und darauf kommt es an.<sup>42</sup>

Seine - wenn auch nicht ungebrochene - Höherbewertung des geistig Herausragenden gegenüber dem Gewöhnlichen wiederholt einen Irrationalismus, den Ossietzky in seiner politischen Wochenberichterstattung so häufig und mit guten Gründen kritisiert. Doch auch in dieser kehren irrationale Momente in der bloßen Berufung auf die «großen Dichter und Denker» wieder, deren Sentenzen seiner Kritik einen Halt geben sollen, den Ossietzky sonst nirgends zu finden vermag. Dieses Bedürfnis nach geistigem Halt kommt wahrscheinlich nirgends deutlicher zum Ausdruck als in einem relativ unbekannten Aufsatz, den Ossietzky für das Jahrbuch «Jugend und Welt» geschrieben hat:

Jeder Mensch hat seinen Helden. Das war immer so und wird auch so bleiben, und wo eine neue Zeit Denkmäler stürzt, geschieht es nur, um andere zu errichten.<sup>43</sup>

b) Aus kleinbürgerlichen Verhältnissen stammend, wird Ossietzky die Aneignung der bürgerlichen Kultur zum entscheidenden Mittel seiner Emanzipation. Anders als Klaus Mann, der in der Odenwaldschule vom Unterricht freigestellt wurde, um seinen literarischen Interessen nachzugehen<sup>44</sup>, mußte Ossietzky, wenn man dem Bericht seiner Frau Maud glauben schenken darf, die Schule schwänzen, um deutsche Klassiker lesen zu können.<sup>45</sup> Ossietzkys so mühevoll gewonnene bürgerliche Identität

---

<sup>42</sup> Ebd., S. 498.

<sup>43</sup> CvO: Über Helden und Heldentum. In: Jugend und Welt. Hg. von Rudolf Arnheim, E. L. Schiffer und Cl. With. Berlin-Grunewald 1928, S. 46-50, hier: S. 46. Der Hamburger Bibliothekar Michael Mahn hat diesen Aufsatz wiederentdeckt und - veröffentlicht in: Auskunft. Mitteilungsblatt Hamburger Bibliotheken. Hamburg 1983, Heft 4, S. 324-328. Zur Genese und Funktion vorbürgerlicher Heroik in der bürgerlichen Gesellschaft vgl.: Heinz Schlaffer: Der Bürger als Held. Sozialgeschichtliche Auflösungen literarischer Widersprüche. Frankfurt/M. 1981, S. 126-156. Es wäre eine Untersuchung wert, Schlaffers Analyse bis ins 20. Jahrhundert zu verlängern.

<sup>44</sup> Vgl. Klaus Mann: Der Wendepunkt. Ein Lebensbericht. München 1981, S. 120.

<sup>45</sup> In einem bislang nicht veröffentlichten Brief an ihre Tochter Rosalinde berichtet sie, Ossietzky habe «mit 10 Jahren die Schule geschwänzt [...] und Schiller und Goethe gelesen». Das Original des Briefes befindet sich im Oldenburger Ossietzky-Archiv unter der Signatur 301 JB 4011-63. Vgl. auch die ebenfalls unveröffentlichte Passage aus Maud

bleibt jedoch unkritisch gegenüber dem Mittel, das sie zu erreichen verhalf. Sein in weiten Teilen elaboriertes Schreiben (Walter Jens: «Wer Ossietzky liest, tut gut daran, den Ploetz und den Brockhaus in Reichweite zu haben»<sup>46</sup>), scheint seinen Grund in dem Bemühen zu haben, stets aufs neue Belesenheit und die intellektuelle Zugehörigkeit zur bürgerlichen Kultur unter Beweis stellen zu wollen.

2. Die Ästhetisierung der politischen Kritik hat jedoch noch eine andere Funktion, vornehmlich in einigen Texten, die Ossietzky in der Endphase der Weimarer Republik verfaßt: Sie dient als Mittel, um Distanz angesichts einer bedrohlich werdenden Realität zu gewinnen. Das wird besonders deutlich in seinem Bericht über den «Weltbühnen-Prozeß», in dem es heißt:

Wie unwirklich ist überhaupt das Ganze! Der große Saal mit zwei Emporen liegt leer da und verdämmert langsam. Die paar Mitspieler sitzen vorn zusammengedrängt, die Stimmen verhallen hohl im Riesenraum. Unheimlich, so ein Theater ohne Publikum. Durch die hohen bunten Glasscheiben, die mit allegorischen Damen mehr als besetzt sind, fällt mit dem sinkenden Tag ein grünliches Licht und liegt wie Patina auf roten Talaren. Das ist die Grundfarbe von Hoffmanns Erzählungen. Da dringt plötzlich lautes Kinderlachen in den Spuk. [...] Es gibt also doch noch etwas andres. Es hat nur ein Stümper an der Zeitmaschine hantiert und uns in spaßhafter Anwendung in ein Stück aus der Aera Metternich oder dem Sozialistengesetz hineingeworfen. Gleich wird ein verständiger Mensch kommen und die Geschichte wieder regulieren. Denn ein paar

---

von Ossietzkys Erinnerungsbuch, in dem es heißt: «Carl von Ossietzky war etwa neun Jahre alt, als ihn eines Tages ein Polizist ansprach. Seit Tagen hatte er beobachtet, daß der Junge in den Vormittagsstunden mit einem riesigen Buch, tief versunken, in den Anlagen herumspazierte. Carl war sehr erschrocken. Er drückte seinen *Schiller* an sich, Schuldgefühl sprach aus seinen Augen. Ein paar Worte - und der Gesetzeshüter wußte Bescheid. Er nahm den Schüler an der Hand und brachte ihn nach Hause. Carl mußte Farbe bekennen, alles kam ans Licht. Um mit den geliebten Klassikern ungestört und unbehindert durch lästige Schulaufgaben in der Welt ihrer Helden zu leben, war er auf die kühne Idee verfallen, die Schule zu schwänzen. Einmal unbemerkt davongekommen, wiederholte er das mehrere Tage hintereinander, ohne zu ahnen, daß einem Ordnungshüter ein bücherlesender Knabe während der Schulstunden verdächtig erscheinen mußte.» Maud von Ossietzky erzählt. Unveröffentlichtes Typoskript, S. 23; das Original befindet sich im Besitz von Rosalinde von Ossietzky-Palm, eine Kopie im Oldenburger Ossietzky-Archiv. Sowohl in der ersten (Berlin 1966) als auch in der revidierten zweiten Auflage (Berlin 1988) des Buches von Maud von Ossietzky fehlt diese Passage.

<sup>46</sup> Laudatio anlässlich der Verleihung des Wolfgang-Abendroth-Preises 1988 an Elke Suhr. Hg. vom Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Marburg o.J., S. 10.

Schritte weiter lachen Kinder, rasseln Autos vorüber. Dort draußen ist 1931.<sup>47</sup>

Auch die Gefahr einer nationalsozialistischen Machtergreifung erscheint Ossietzky in so hohem Maße bedrohlich, daß er sie, ästhetisch distanzierend, in Bildern aus der Welt des Märchens zu fassen versucht:

Die reaktionär-fascistische Periode liegt vor uns wie ein böser Zauberwald voll von schreckerregenden Figuren und heimlichen Fallen. Es hilft nichts. Wir müssen durch.<sup>48</sup>

Ästhetisierung erscheint in diesen Passagen als Mittel, der Angst, der Bedrohung und der Hilflosigkeit einen Ausdruck zu geben. Dies gewahr werdend, sollte man sich vielleicht versagen, ihm aufs neue entgegenzuhalten, der Faschismus sei mit Kategorien, die dem Märchen entlehnt sind, nicht zu fassen, die Politik in der Weimarer Republik sei weder eine Komödie, über die zu lachen wäre, noch eine Tragödie, die sich kontemplativ oder mit reinigendem Effekt betrachten ließe. Ossietzky war sich dessen ohne Zweifel bewußt. Dennoch sollte angesichts des allseitigen Lobes seiner Stilistik<sup>49</sup> auf eines seiner Stilmittel aufmerksam gemacht

<sup>47</sup> CvO: Der Weltbühnen-Prozeß. WB vom 1.12.1931, 2. Hbj., S. 806 f.

<sup>48</sup> CvO: Staatskrise: Wir müssen durch! WB vom 16.6.31, 1. Hbj., S. 864.

<sup>49</sup> Einige Beispiele: Kurt Tucholsky (Brief vom 4.3.1933 an Walter Hasenclever über Ossietzky in: Kurt Tucholsky: Ausgewählte Briefe. Hg. von Mary Gerold-Tucholsky und Fritz J. Raddatz. Reinbek 1961, S. 248): «Dieser ausgezeichnete Stilist». Mia Leche-Löfgren (Hård Tid. Stockholm 1946, S. 287): «[...] ist es auch ein literarischer Genuß, seine politischen Artikel zu lesen. Seine Stilkunst hat nichts von deutscher Schwere, sie ist bescheiden und zugleich raffiniert» (für den Hinweis auf diese Stelle und die Übersetzung danke ich Christoph Schottes). Axel Eggebrecht (Einer sagte nein. Zum 20. Todestag von Carl von Ossietzky. In: Colloquium, Heft 6/1958, S. 6): «Sie [Ossietzkys Arbeiten] sind unbequem zu lesen, überaus aktuell - und glanzvoll geschrieben. Dieser politische Publizist nämlich hatte ein durchaus eigenes, fruchtbares Verhältnis zu Sprache und Stil.» Mit kaum noch zu überbietender Begeisterung Elke Suhr (Carl von Ossietzky. Eine Biographie. Köln 1988, S. 27): «Bei Ossietzky kann man Geschichte in ganz knappen, klaren, melodisch schwingenden Sätzen dahinlesen, gleichsam hineingetragen werden in das Verständnis politisch-wirtschaftlicher Zusammenhänge, und zwar mit Kopf und Herz, Hoffnung und Enttäuschung der Menschen der Weimarer Zeit werden lebendig, weil er die Gefühle der Menschen und ihre Sprache einficht in oft geschliffene Kunstwerke, die simpel Leitartikel heißen. Derb-Beleidigendes steht neben Besinnlich-Traurigem oder Überschwenglich-Freudigem; plötzliche Wortfeuerwerke erregen in schlichten Sätzen - begeistern oder empören; Witz, Zynismus, Salopperie und Ironie machen das Unerträgliche erträglich - Komik und Trauer, Lachen und Weinen ganz nahe beieinander; sein Pathos wirkt selten kitschig; er erfindet herrlich neue Wörter; hinter knappen Metaphern tun sich große bunte Bilder auf, wenn man genügend Phantasie hat und ein wenig weiß von Literatur, Kunst, Theater, Zirkus und Jahrmarktsgaukelei.»

werden, das nicht unproblematisch ist, und das er auch selbst einmal mit kritischen Worten bedachte:

[...] auch Herr Doktor Weiß ist damals zu Pfingsten an der Frankfurter Allee so etwas ähnlichem wie einer Köpenickiade<sup>50</sup> zum Opfer gefallen, als er unter den Punktroller seiner eigenen Leute geriet.<sup>51</sup> Nein, es war doch keine richtige Köpenickiade, denn alle Mitspieler waren echt, und auch die Schläge waren es. Das Bild stimmt also nicht ganz.<sup>52</sup>

---

<sup>50</sup> Anspielung auf Carl Zuckmayers 1931 erschienenes Drama «Der Hauptmann von Köpenick».

<sup>51</sup> Über diesen Vorfall berichtet die «Weltbühne» in ihrer Ausgabe vom 5.6.1928 (1. Hbj., S. 888) unter der Rubrik «Antworten»: «Daß die Polizei übrigens gar nicht daran denkt, selbst zu ihren Vorgesetzten <Sie> zu sagen, beweist die bis zur Stunde unbestrittene Meldung, daß am Sonnabend an der Frankfurter Allee der Vizepräsident des Polizeipräsidiiums [von 1927-32], Herr Doktor [Berhard] Weiß [1880-1951], von den eigenen Leuten mit Gummiknüppeln bearbeitet wurde, als er bei einem Zusammenstoß mit Kommunisten zur Besonnenheit mahnen wollte.» Ossietzky spielt immer wieder auf diesen Vorfall an. Vgl. CvO: Wankende Despotien. WB vom 12.6.1928, 1. Hbj. S. 889 f.; CvO: Zörgiebel ist schuld! WB vom 7.5.1929, 1. Hbj., S. 691 ff.; CvO: Abdankung, Herr Polizeipräsident! WB vom 14.5.1929, 1. Hbj., S. 729 ff.

<sup>52</sup> CvO: Heiterkeit auf allen Bänken. WB vom 16.10.1928, 2. Hbj., S. 579. Dieses und andere Bilder, das sei abschließend noch angemerkt, stimmen genausowenig wie die von Ossietzky zuweilen bemühten Naturvergleiche für Gesellschaftliches und Historisches. Zum politischen Verhältnis Deutschland - Frankreich schreibt er z.B.: «Gewiß wird das Wetter nicht immer so ungetrübt bleiben» (WB vom 28.9.1926, 2. Hbj., S. 481) oder er spricht vom «politischen Aprilwetter» (WB vom 12.4.1927, 1. Hbj., S. 569); fataler noch seine Rede von einer «Naturgeschichte der deutschen Republik» (WB vom 19.4.1927, 1. Hbj., S. 609) oder die Bemerkung: «Das bismärckische Kaiserreich ist ein Militärstaat gewesen kraft eines natürlichen Schicksals» (WB vom 16.2.1932, 1. Hbj., S. 234).



## Jost Hermand

### *Arnold Zweig und die Weimarer Republik*

Wie viele deutsche Intellektuelle ließ sich Arnold Zweig in den ersten Augusttagen des Jahres 1914 von der Woge der allgemeinen Kriegsbegeisterung erst einmal mitreißen. «Aus einem Volk ichsüchtiger Krämer und patriotisch-politisierender Phrasendrescher», schrieb er am 27. dieses Monats mit kulturmissionarischer Emphase, sei plötzlich «ein großes, tüchtiges, deutsches Volk» geworden, das seine bisherige «Häßlichkeit» geradezu über Nacht verloren habe und im Einsatz für die alle verbindende Aufgabe wieder «schön» werde.<sup>1</sup> Als höchstes Leitbild einer solchen Gesinnung schwebte ihm dabei lange Zeit das Buch «Der Genius des Krieges und der deutsche Krieg» (1915) von Max Scheler vor, von dem er in der «Schaubühne» erklärte, daß es durchaus «repräsentativ» für die besten Vertreter des Deutschtums sei, weil es den Krieg als einen von höchsten Idealen beseelten Aufbruch des deutschen Geistes gegen die Niedrigkeiten der westlich-englischen Krämergesinnung charakterisiere.<sup>2</sup> Doch nicht allein seinen Bildungsidealismus, sogar sein Judentum brachte Zweig in diese Begeisterung ein, indem er auch als jüdischer Mensch, wie er einer Freundin gegenüber beteuerte, einen «leidenschaftlichen Anteil an unseres Deutschlands Geschick» nehme und auf seine «ihm eingeborene jüdische Art die deutsche Sache zu seiner Sache» mache.<sup>3</sup>

Aber dieser falsche Idealismus wurde Zweig in den Jahren 1916/17 gründlich ausgetrieben, als er hinter der kulturmissionarischen Maske endlich das wahre Gesicht dieses Krieges erkannte, nämlich sein materielles, imperialistisches, mörderisches. Dieser Gesinnungsumschwung läßt sich auf mindestens drei Ursachen zurückführen: erstens die allgemeine Kriegsmüdigkeit, die sich seit Sommer 1917 auch bei anderen ehemals

---

<sup>1</sup> Brief an Helene Weyl (27. August 1914), Arnold-Zweig-Archiv (AZA).

<sup>2</sup> Vgl. Zweig: Der Genius des Krieges. In: Die Schaubühne, Nr. 16, 22.4.1915, S. 368-371.

<sup>3</sup> Brief an Helene Weyl (27. August 1914), AZA.

Kriegsbegeisterten beobachten läßt, die in den blutigen, unverrückbaren Grabenkämpfen ihren bisherigen Idealismus verloren; zweitens seine als «Erziehung» empfundene Zeit vor Verdun, wo Zweig erstmals die zähe Renitenz, den bauernschlaun Selbsterhaltungstrieb und die politische Klugheit der gemeinen Soldaten schätzensgelernt hatte; drittens die revolutionären Umwälzungen, die in Rußland zwischen März und Oktober 1917 stattfanden und zum Friedensschluß zwischen den Mittelmächten und der Sowjetregierung führten. «Der große radikale, aus der Verzweiflung geborene Mut der russischen Proletarier», schrieb er am 25. Dezember 1917 an Agnes Hesse, «hat eine starke Kerze entzündet, und wir hoffen, daß dieses Licht auch bald nach Westen hinüberleuchten wird.»<sup>4</sup>

Doch es war nicht allein die «Erziehung vor Verdun» und das imponierende Auftreten der Bolschewiki, die Zweig 1916/17 zur Abwendung von der geheuchelten wilhelminischen Kulturmission bewogen und zu einem überzeugten Pazifisten werden ließen, auch sein in dieser Kritik am «Vaterländischen» erneut durchbrechendes Judentum trug zu diesem Gesinnungsumschwung bei. Und zwar wurde dieser Vorgang vor allem durch seine Versetzung an das Stabsquartier in «Ober-Ost» ausgelöst, wo er in Kowno und Wilna erstmals mit der Welt des Ostjudentums in Berührung kam. Nach den positiven Erfahrungen mit deutschen Arbeitern vor Verdun und der kritischen Einsicht in seine eigene intellektuelle Hybris waren ihm diese Menschen, um die viele der gebildeten Westjuden einen großen Bogen machten, keine «peinliche Scham» mehr, sondern bereits Brüder im Leid, denen er mit tiefem Respekt gegenübertrat. Demzufolge begann Zweig in dieser Zeit, wie bereits um 1910, erneut mit zionistischen Ideen zu sympathisieren.<sup>5</sup> Das belegen am deutlichsten seine Briefe an Martin Buber aus den Jahren 1916/17, in denen Zweig eine gesamtjüdische Solidarität forderte und in aller Offenheit darüber klagte, daß an sämtlichen Fronten dieses Krieges «Juden gegen Juden kämpfen» müßten.<sup>6</sup> Ja, in einem dieser Briefe bezeichnete sich Zweig - voller Abscheu vor dem Imperialismus der annexionssüchtigen Deutschen - als einen «staatenlosen Ausländer», der nicht länger gewillt sei, sich zum Deutschtum zu rechnen.<sup>7</sup>

<sup>4</sup> Brief an Agnes Hesse (25. Dezember 1917), Staatsbibliothek Berlin/DDR.

<sup>5</sup> Vgl. meine für 1990 geplante Zweig-Biographie in der Reihe der Rowohltischen Bildmonographien.

<sup>6</sup> Brief an Martin Buber (1. Januar 1916), AZA.

<sup>7</sup> Brief an Martin Buber (5. Februar 1917), AZA.



Es nimmt daher nicht wunder, daß Zweig zu diesem Zeitpunkt mehrfach brieflich erklärte, nach Beendigung der Feindseligkeiten sofort ins zukünftige «Zionsland» auszuwandern. Doch vieles, was Zweig über den Fortgang der jüdischen Siedlungen in Palästina hörte, stimmte ihn - wegen der religiös-orthodoxen und rechtsnationalistischen Tendenzen, die er zutiefst ablehnte - eher defätistisch als optimistisch. «Die Dinge gehen dort rapide vorwärts», schrieb er am 1. Februar 1918 mit deutlich melancholischem Unterton an den ähnlichdenkenden Buber, «aber sie gehen nicht in unserer Richtung».<sup>8</sup> Um in dieser Situation nicht ganz trübsinnig zu werden, setzte Zweig seine Hoffnung im Hinblick auf das erträumte «Zionsland» schließlich auf vier Dinge: «Kinder, das Land, unser reines Streben und den geheimen Geist des Judentums.»<sup>9</sup>

Als der Krieg im November 1918 endgültig eingestellt wurde, erwiesen sich jedoch solche unbestimmten Utopievorstellungen als viel zu schwach, um für Zweigs Entscheidungen eine sinnvolle Richtschnur abgeben zu können. Und auch die durch die russische Oktoberrevolution geweckten Hoffnungen waren nicht stark genug, ihn zu einem revolutionären Handeln hinzureißen. Dafür spricht, daß sich Zweig zwar in den «Soldatenrat nach Wilna delegieren» ließ und dort darauf drang, «die durch die Militärjustiz verübten Unrechtsfälle überprüfen zu lassen», daß er jedoch, als seine Eingaben «auf Unverständnis und Ablehnung stießen», die Flinte nur allzu schnell ins Korn warf.<sup>10</sup> Statt sich wirklich zu engagieren, zog er «den Waffenrock kurzerhand aus» und fuhr Anfang Dezember - im Gefühl, eher ein Jude als ein Deutscher zu sein - nach Berlin zurück, um sich dort ins Privatleben zurückzuziehen oder sich auf eine eventuelle Auswanderung nach Palästina vorzubereiten.

An der Entscheidung, sich nicht in die deutsche Novemberrevolution einzumischen, hielt Zweig auch in den folgenden Monaten fest. Durch den erbitterten Bruderkampf der beiden Arbeiterparteien, der zwischen Januar und Mai 1919 zum Spartacus-Aufstand, zur Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts sowie zur Niederschlagung der Bayerischen Räterepublik führte, fühlte er sich in seinem einmal gefaßten Entschluß

---

<sup>8</sup> Brief an Martin Buber (1. Februar 1918), AZA.

<sup>9</sup> Ebd.

<sup>10</sup> Arnold Zweig 1887-1968. Werk und Leben in Dokumenten und Bildern. Hrsg. von Georg Wenzel, Berlin und Weimar 1978, S. 82.

sogar noch bestärkt. Was sich damals in Deutschland abspielte, hatte in seinen Augen weder den großen Atem der russischen Oktoberrevolution noch eine wahrhaft proletarische Basis, sondern wirkte auf ihn ebenso erbärmlich wie das Verhalten vieler Sozialdemokraten während des Kriegs. Statt sich angesichts des «werwölfischen Kapitals», schrieb Zweig Anfang 1919 in der «Weltbühne», einmal ganz dem «wildem Trieb» hinzugeben, «sich auf jeden und alles zu stürzen, was widersteht», das heißt «ganze Arbeit zu machen» und sich rücksichtslos für «die Idee einer gerechten Menschengemeinschaft» einzusetzen, herrsche im Rahmen dieser «allergetreuesten Opposition» weiterhin ein schmutziges «Ressentiment», ein kleinliches Rechthabenwollen und eine «schäbig-bürgerliche Sehnsucht nach Ruhe».<sup>11</sup> Und die wenigen, welche diese Situation eventuell gemeistert hätten, nämlich Liebknecht und Luxemburg, seien obendrein noch hingerichtet worden, wie es in seiner ebenfalls in der «Weltbühne» erschienenen «Grabrede auf Spartacus» heißt.<sup>12</sup> Kein Wunder also, daß als Ergebnis der allgemeinen Entwicklung eine Rückkehr zur dürftigsten Form der Normalität eingetreten sei. Wirklich geändert habe sich, erklärte Zweig, lediglich das politische Bewußtsein einiger Intellektueller, die - wie er selber - vor 1914 dem selbstherrlichen Egoismus Nietzsches gehuldigt hätten und erst jetzt begriffen, daß der höchste Rang des Menschen im «sozialen Gewissen» bestehe.<sup>13</sup> Doch ein Gesinnungswandel, der auf eine so kleine Bevölkerungsschicht begrenzt bleibe, erschien ihm nicht tiefgreifend genug, um einer wirklichen Revolution zum Durchbruch zu verhelfen.

Daher verließ Zweig im Frühjahr 1919 Berlin und siedelte mit seiner Frau erst nach Tübingen und dann - in Anbetracht seiner geringen Einkünfte, die er weitgehend aus journalistischen Arbeiten bezog - in die Starnberger Hintere Mühlbergstraße über, wo er seinen Arbeitstisch in einem Plättkeller aufstellen mußte.<sup>14</sup> In diesem Domizil, das relativ ungestört und doch nah an einer großen Stadt lag, hoffte Zweig, fortan als freier Schriftsteller leben und sich zugleich in den Dienst der jüdischen Sache stellen zu können. Jedenfalls kommt er in der Folgezeit auf seine «Auswanderungspläne» nur

---

<sup>11</sup> Zweig: Abdankung. In: Weltbühne Nr. 3, 16.1.1919, S. 53-56.

<sup>12</sup> Zweig: Grabrede für Spartacus. In: Weltbühne Nr. 4, 23.1.1919, S. 75-78.

<sup>13</sup> Wenzel, S. 20.

<sup>14</sup> Vgl. Eva Kaufmann: Arnold Zweigs Weg zum Roman, Berlin /DDR 1967, S. 57.

noch höchst sporadisch zu sprechen.<sup>15</sup> Statt dessen konzentrierte sich Zweig bis etwa 1924/25 auf - von den Verhältnissen in der Weimarer Republik weitgehend absehende - propagandistische Arbeiten für Zeitschriften wie «Der Jude», «Jüdische Rundschau», «Freie zionistische Blätter», «Der neue Orient» usw., in denen er vor allem Themen wie das Ostjudentum, die Palästinafrage oder den verschärften Antisemitismus behandelte.

Mit solchen Aufsätzen wie auch seinem prozionistischen Buch «Das ostjüdische Antlitz», das im Sommer 1920 erschien, stand Zweig unter den deutschen Juden damals relativ vereinzelt da. Die Mehrheit dieser Menschen, die im «Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens» sowie im «Jüdischen Frontkämpferbund» organisiert war und sich zu einer uneingeschränkten Vaterlandsliebe bekannte, verhielt sich dem Zionismus - als einer spezifisch ostjüdischen Angelegenheit - ablehnend gegenüber. Demzufolge konnten die Central-Vereins-Anhänger weder Zweigs sozialistisch-spiritualisiertem Bild des Ostjuden noch seiner ebenso sozialistisch-spiritualisierten Vorstellung eines kommenden Israel, als eines «neuen Staatsgebildes von utopischen Dimensionen»,<sup>16</sup> viel abgewinnen. Was dagegen diese Schicht, die sich weitgehend mit den sozio-politischen Konzepten bürgerlicher Parteien wie der Deutschen Demokratischen Partei oder des Zentrums identifizierten, für Zweig einnahm, war sein offener Kampf gegen den Antisemitismus, mit dem sich auch sie ständig konfrontiert sahen. Großes Aufsehen erregte in dieser Hinsicht schon Zweigs Aufsatz «Die antisemitische Welle», der 1919 in drei Folgen in der «Weltbühne» erschien.<sup>17</sup> In ihm behauptete er, daß es unter «den deutschen Proletariern» wie auch unter «den deutschen Linksparteien» keinen wirklichen Antisemitismus gebe, sondern dieser weitgehend ein mittelständisches Phänomen sei.<sup>18</sup> Vor allem die Kleinbürger, heißt es hier, die in den Juden eine dreckige «Schleuderkonkurrenz» sähen, griffen begierig zu den von «Richard Wagner, Houston Stewart Chamberlain, Theodor Fritsch und Adolf Bartels» aufgestellten Diffamierungsbildern einer goldenen und roten

<sup>15</sup> Brief an Helene Weyl (2. Januar 1919), AZA.

<sup>16</sup> Hans Peter Bayerdörfer: Das Bild des Ostjuden in der deutschen Literatur. In: Juden und Judentum in der deutschen Literatur. Hrsg. von Herbert A. Strauss und Christhard Hoffmann, München 1985, S. 231.

<sup>17</sup> Zweig: Die antisemitische Welle. In: Weltbühne Nr. 15, 3.4.1919, S. 381-385; Nr. 16, 10.4.1919, S. 417-420; Nr. 17, 17.4.1919, S. 442-446.

<sup>18</sup> Ebd., S. 382.

Internationale, welche sich dem Gedanken der «Weltherrschaft» verschworen habe, ja versuchten, den Juden sogar die Schuld an dem verlorenen Krieg in die Schuhe zu schieben.<sup>19</sup>

Noch grundsätzlicher ging Zweig auf diese Fragen in seiner langen Aufsatzreihe «Der heutige Antisemitismus» ein, die 1920/21 in der Zeitschrift «Der Jude» herauskam.<sup>20</sup> In ihr beschäftigte er sich - unter Anlehnung an Sigmund Freud - vor allem mit den massenpsychologischen Aspekten dieses Phänomens, indem er den Antisemitismus aus einem atavistischen «Gruppenhaß», das heißt dem Zusammenspiel verschiedener «Zentralitäts-, Abstoßungs und Differenzaffekte» abzuleiten versuchte.<sup>21</sup> Im Hinblick auf die Zukunft bot er hier seinen Lesern - wiederum unter Absehung von den «deutschen» Problemen der Weimarer Republik - folgende Zukunftsperspektiven an: sich entweder innerhalb Deutschlands auf ihr ureigenstes «jüdisches Sein» zu besinnen oder nach Palästina «auszuwandern» und sich dort «mit den Arabern auf autonomer Ebene» über ein friedliches Zusammenleben zu «einigen».<sup>22</sup>

Mit solchen Schriften exponierte sich Zweig so stark als Zionist, daß er sich im Jahr 1923 - im Zuge der antisemitischen Ausschreitungen der von Adolf Hitler angeführten NSDAP, die ihren Hauptsitz in München hatte - in Starnberg immer unsicherer fühlte, ja sogar offene Drohbriefe erhielt<sup>23</sup> und schließlich am 24. September mit seiner Familie nach Berlin übersiedelte. Hier trat er kurze Zeit später in die Redaktion der zionistisch orientierten «Jüdischen Rundschau» ein, um endlich unter Gesinnungsfreunden zu sein und sich auch finanziell über Wasser halten zu können. Und zwar betreute er nicht nur das Feuilleton dieser Zeitschrift, sondern wandte sich auch in vielen Vortragsreisen gegen den wachsenden Antisemitismus und forderte alle «verfolgten jüdischen Bürger auf», sich endlich «auf Palästina zu orientieren».<sup>24</sup> Wohl der nachdrücklichste Ausdruck dieser Gesinnung ist

---

<sup>19</sup> Ebd., S. 384.

<sup>20</sup> Zweig: Der heutige Antisemitismus. In: Der Jude, 1920/21, S. 65-76, 129-139, 193-204, 264-280, 373-388, 451, 557-565, 621-633 und 137-151 im zweiten Halbband.

<sup>21</sup> Ebd., S. 196, 279, 375.

<sup>22</sup> Ebd., S. 629.

<sup>23</sup> Vgl. Manuel Wiznitzer: Arnold Zweig. Das Leben eines deutsch-jüdischen Schriftstellers, Frankfurt 1983, S. 30.

<sup>24</sup> Kaufmann, S. 68 f.

das Buch «Das neue Kanaan», das Zweig 1925 in Berlin bei Horodisch & Marx herausbrachte. In ihm vertrat er die These, daß die Juden von Natur aus «Mittelmeermenschen» seien, die sich unter der strahlenden Sonne Palästinas sich wieder in «Orientalen» zurückverwandeln würden.<sup>25</sup> Zweig wandte sich daher in diesem Buch scharf gegen eine Überbetonung der religiösen «Orthodoxie», die einer solchen «Remediterranisierung» zwangsläufig im Wege stehe.<sup>26</sup> Nicht «der greise Jude mit dem Turban» und «dem Patriarchenbarte», schrieb er emphatisch, sondern der «junge Sozialist» mit dem Willen zu wirklicher Demokratie, Freiheit und neugeweckter Sinnlichkeit müsse «der Erbauer und Bestimmer des neuen Kanaan» sein.<sup>27</sup> Allerdings werde sich dies nur erreichen lassen, fügte er einschränkend hinzu, wenn man die Araber nicht länger im Sinne eines unbarmherzigen «Legionärs militarismus» als «Farbige» behandeln, sondern sich aufrichtig um ihre «Freundschaft» bemühen würde. «Das nationale Heim der Juden», beschloß er diesen Gedankengang, «wird nur unter dem Beifall der Araber Palästinas gebaut werden können.»<sup>28</sup>

Aber trotz dieses entschiedenen Engagements für einen Zionismus, dem Zweig eine utopisch-sozialistische Richtung zu geben versuchte, wurde er weiterhin von tiefgreifenden Identitätskrisen heimgesucht. Die Aktivität für die jüdische Sache bot ihm zwar eine gewisse Entlastung, aber keinen wirklichen Ausweg aus seinem Dilemma. Schließlich standen ihm Sprache, Kultur und Mentalität der Deutschen doch wesentlich näher als die der jüdisch oder hebräisch sprechenden Juden Palästinas. Demzufolge verkehrte Zweig in Berlin nicht nur mit Zionisten, sondern ließ sich ab 1924 auch vom allgemeinen Kulturleben dieser Stadt gefangen nehmen, besuchte die Theater und Ausstellungen, schrieb auch Beiträge für nichtjüdische Blätter, traf sich mit Freunden wie Lion Feuchtwanger und Bertolt Brecht, die er schon von München her kannte und die gleichfalls nach Berlin übersiedelt waren, ja kaufte sich schließlich in Berlin-Eichkamp ein bescheidenes Haus, um seiner Familie, die inzwischen auf vier Personen angewachsen war, eine wirkliche Heimstatt bieten zu können.

---

<sup>25</sup> Zweig: Das neue Kanaan, Berlin 1925, S. 6.

<sup>26</sup> Ebd., S. 11, 20.

<sup>27</sup> Ebd., S. 28.

<sup>28</sup> Ebd., S. 30.

Und so bekam Zweig um die Mitte der zwanziger Jahre doch allmählich ein positiveres Verhältnis zu der von ihm bisher als «fremd» abgelehnten Weimarer Republik. Je stärker sich sein Verhältnis zum Zionismus abkühlte, wie seine Schriften dieser Jahre nur allzu deutlich beweisen, desto stärker engagierte er sich in einem linksliberalen Sinne für die auch von ihm als *sein* Staat empfundene «Republik». Die Hauptfeinde dieser Republik sah Zweig - bestärkt durch seine Münchner Erfahrungen der Zeit zwischen 1919 und 1923 - vor allem in den diversen Rechtsparteien, jedoch ebenso sehr in den diese Rechtsparteien unterstützenden großindustriellen «Zerstörern der Republik», welche «die großen Städte aushungerten, die Volksvermögen aussaugten und aus der Inflation Gewinne zögen», wie er bereits 1923 schrieb.<sup>29</sup> Überhaupt taucht das Wort «Republik» - in einem positiven Sinne - nach diesem Zeitpunkt in den Zweigschen Schriften immer häufiger auf. So beschwor er etwa im Juni 1924 seine Leser in der «Jüdischen Rundschau», bei den nächsten Wahlen «zum Schutze der Republik» statt wie bisher die Kandidaten der Deutschen Demokratischen Partei oder des Zentrums die Kandidaten der Sozialdemokratie zu wählen, da sie sich als die einzigen von den «großen ideellen Forderungen des gleichen Rechtes und der befreienden Humanität» leiten ließen.<sup>30</sup>

Als daher Hindenburg 1925 als Vertreter der bürgerlichen Rechtsparteien zum Reichspräsidenten gewählt wurde, empfand das Zweig, der seine «Auswanderungspläne» inzwischen endgültig aufgegeben hatte und sich mehr und mehr zum guten Geist der Weimarer Republik bekannte, geradezu als einen «Schlag vor Kopf und Magen», wie er seinem Taschenkalender anvertraute.<sup>31</sup> Und er entschied sich, diesem Ungeist als entschiedener Pazifist mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten. Nach 1925 tritt also, wie gesagt, Zweigs zionistische Propagandatätigkeit in der «Jüdischen Rundschau» zusehends in den Hintergrund und weicht einem linksliberalen Engagement im Sinne der «Weltbühne» und zugleich einer neuen Freude am Schriftstellern, zumal eine 1924 nach Freudscher Methode durchgeführte Psychoanalyse wenigstens einige seiner durch das Verdun-Trauma ausgelösten neurotischen Hemmungen beseitigt hatte. Aufgrund dieser ideologischen und psychischen Umschichtungen war er im Winter 1926/27 endlich fähig, trotz seiner sich ständig

---

<sup>29</sup> Zweig, zitiert nach Kaufmann, S. 68.

<sup>30</sup> Zweig: Wahlmerkzettel. In: Jüdische Rundschau, Nr. 34, 29. April 1924, S. 1.

<sup>31</sup> Zweig: Taschenkalender (25. April 1925), AZA.

verschlechternden Sehfähigkeit den Antikriegsroman «Der Streit um den Sergeanten Grischa», der sich jahrelang in ihm angestaut hatte, während 63 Vormittagen in einem Zuge herunterzudiktieren.

Durch den Welterfolg dieses Romans trat Zweig, der bis dahin weitgehend als ein zionistischer Außenseiter gegolten hatte, als exponierter Vertreter linksliberaler Anschauungen plötzlich ins Rampenlicht der großen politischen Auseinandersetzungen der Weimarer Republik. Das beweisen wohl am eindeutigsten die höchst unterschiedlichen Pressereaktionen auf dieses Buch, die an Parteilichkeit nichts zu wünschen übrig ließen. Beginnen wir mit den positiven Stimmen. So schrieb Paul Friedländer von der KPD in der «Roten Fahne», daß der «Grischa» zwar das Werk eines «anständig gesinnten, geistreichen, aber bürgerlichen Schriftstellers» sei, der jedoch über der «liebvollen» Charakterzeichnung seiner Figuren häufig die Darstellung der tieferen «gesellschaftlichen Kräfte» vernachlässige. Auch ein Linker wie Kurt Tucholsky fand in der «Weltbühne», daß in diesem großartigen «Friedensbuch», welches ihn zutiefst beeindruckt habe, einige der preußischen Offiziere viel zu «sympathisch», ja geradezu «edel» gezeichnet seien. Wohl am positivsten äußerte sich Zweigs engvertrauter Gesinnungsgenosse Lion Feuchtwanger im «Berliner Tageblatt» über den «Grischa». Er lobte an diesem Roman einerseits den Sinn für das «meisterlich komponierte», andererseits die tiefbewegende Menschlichkeit seines Autors, dem mit der Grischa-Figur ein «Gleichnis aller Armen», aller «gutmütigen, unwissenden und doch von instinkthafter Weisheit vollen Unterdrückten» gelungen sei.<sup>32</sup> Auch die Rezensenten zionistischer Blätter, wie der «Jüdischen Rundschau», stimmten voller Stolz auf «ihren» Zweig in diesen Beifall ein. Ebenso solidarisch verhielt sich Robert Neumann, der Rezensent der Zeitung des jüdischen Central-Vereins, der zwar die immer noch weiterwirkende zionistische Gesinnung Zweigs ablehnte, jedoch sonst an diesem Autor nichts zu tadeln fand.<sup>33</sup> Dagegen wurde der «Grischa» in allen rechten und rechtsradikalen Blättern als eins der übelsten Machwerke der gegenwärtigen Literatur hingestellt und sein Autor als «Thersites» oder «asiatischer Schmutzfink» abgekanzelt.<sup>34</sup>

---

<sup>32</sup> Alle diese Rezensionen sind wiederabgedruckt in: Welt und Wirkung eines Romans. Zu Arnold Zweigs «Der Streit um den Sergeanten Grischa». Hrsg. von Anni Voigtländer, Berlin und Weimar 1967, S. 21 ff.

<sup>33</sup> Ebd., S. 56.

<sup>34</sup> Ebd., S. 87, 91.

Der «Grischa»-Erfolg griff tief in Zweigs Leben ein. Seit dem Erscheinen dieses Romans und den durch ihn entfachten Wirbel war er plötzlich eine literarische Zelebrität, die von vielen linksliberalen Verlegern, Organisationsvorsitzenden sowie Zeitungs- und Zeitschriftenherausgebern mit Vortragseinladungen, Schreibangeboten und Buchverträgen bestürmt wurde. Im Hinblick auf das Thema dieses Aufsatzes seien im folgenden nur jene Zweigschen Schriften oder Äußerungen herausgegriffen, die einen besonders republikbezogenen Charakter haben oder offene politische Stellungnahmen enthalten. Und zwar lassen sich dabei drei Gruppen von Werken unterscheiden: erstens solche, die weiterhin vorwiegend jüdische Themen behandeln; zweitens solche, die an den «Grischa» anknüpfen und sich in den Dienst der pazifistischen Bewegung stellen; und drittens solche, mit denen Zweig eindeutig in die innenpolitischen, juristischen oder parteipolitischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre der Weimarer Republik einzugreifen versuchte.

Die Werke, in denen es vorwiegend um spezifisch jüdische Themen geht, können in diesem Zusammenhang etwas kürzer behandelt werden.<sup>35</sup> Dazu gehört ein Buch wie «Caliban oder Politik und Leidenschaft. Versuch über die menschlichen Gruppenleidenschaften, dargetan am Antisemitismus», das 1927 erschien und dem die vielteilige Aufsatzreihe «Der heutige Antisemitismus» zugrunde liegt, die Zweig bereits 1920/21 in der Zeitschrift «Der Jude» publiziert hatte.<sup>36</sup> Wie schon damals sprach er sich im «Caliban» noch einmal gegen jenen «Zentralitäts- oder Differenzaffekt» aus, der das «Nationale» als obersten Wert empfinde und daher jedes «Anderssein» sofort mit «Minderwertigsein» gleichsetze.<sup>37</sup> Außerdem veröffentlichte Zweig in diesem Zeitraum die schon 1923 von Siegfried Jacobsohn angeregte, aber erst 1926/27 niedergeschriebene Monographie «Juden auf der deutschen Bühne» sowie das Buch «Herkunft und Zukunft», in dem er seine beiden Großessays «Das ostjüdische Antlitz» und «Das neue Kanaan» zu einem Band zusammenfaßte. Allerdings ordnete Zweig in vielen dieser Schriften «das Schicksal der Juden» wesentlich stärker als bisher in die allgemeine «Sache der weißen Menschheit» ein und versprach

---

<sup>35</sup> Vgl. hierzu meinen Aufsatz «Arnold Zweigs Judentum». In: Jüdische Intelligenz in Deutschland. Hrsg. von Jost Hermand und Gert Mattenklott, «Berlin (West)» 1988, S. 70-95.

<sup>36</sup> Vgl. Anm. 20.

<sup>37</sup> Zweig: Caliban oder Politik und Leidenschaft, Potsdam 1927, S. 55.



sich eine Besserung der politischen Verhältnisse für die Juden weniger von einer zionistischen Erweckung als von einer «großen Flutung der Menschheit nach links».<sup>38</sup> Im gleichen Sinne schrieb er 1929 in einem «Weltbühne»-Beitrag unter dem Titel «Für das arbeitende Palästina», daß die dortige Arbeiterschaft, die «zum Teil in kommunistischen Siedlungen» lebe, nicht nur für die Juden, sondern für «die gesamte Menschheit» bedeutsame «Vorpostenarbeit leiste», nämlich «neuere und bessere Formen des Zusammenlebens und der gerechteren Verteilung des Arbeitsertrages zu finden».<sup>39</sup>

Von den Romanen, die sich unmittelbar um den «Grischa» gruppieren sollten, schloß Zweig vor 1933 nur noch einen, den Band «Junge Frau von 1914», ab. Der Erfolg dieses Werks war nicht so groß wie der des «Grischa», aber doch recht beachtlich. Schließlich handelte es sich diesmal weniger um einen Kriegs- als um einen Liebesroman, zu dessen Zentralmotiven eine in aller Ausführlichkeit beschriebene Abtreibung gehört. Und das allein genügte, die durch den Kampf um den Paragraphen 218 in der späten Weimarer Republik zutiefst erregten Gemüter auf diesen Roman aufmerksam zu machen. Einen ähnlichen Skandal hätte sicher Zweigs Roman «De Vriendt kehrt heim» erregt, der allerdings erst zehn bis zwölf Wochen vor Beginn der Nazidiktatur erschien und daher keine große Aufmerksamkeit mehr auf sich zog. Da Zweig in diesem Buch, in dessen Zentrum ein positiv geschilderter Homosexueller steht, mit derselben linksliberalen Schärfe gegen den Paragraphen 175 polemisierte, wie er in «Junge Frau von 1914» gegen den Paragraphen 218 polemisiert hatte, hätte es sicher auf linker oder linksliberaler Seite eine gute Presse gehabt, wäre jedoch von allen rechten bis rechtsextremistischen Blättern als «jüdische Schweinerei» angegriffen worden. Aber auch die Rechtszionisten hätten an diesem Buch, in dem sich Zweig nicht scheute, den Mord an de Vriendt alias de Haan nicht den Arabern, sondern gerechterweise den Juden anzulasten, sicher kein gutes Haar gelassen.

Zwei kürzere Romane in mehr als fünf Jahren: das ist keine besonders stattliche Bilanz für einen Autor wie Zweig, dessen Gesamtwerk zu den umfangreichsten der deutschen Literatur dieses Jahrhunderts gehört. Doch dafür schrieb Zweig, der sich in diesem Zeitraum immer stärker dazu

---

<sup>38</sup> Zweig: Herkunft und Zukunft, Wien 1929, S. 230.

<sup>39</sup> Zweig: Für das arbeitende Palästina. In: Weltbühne Nr. 36, 3.9.1929, S. 345-348.

aufgerufen fühlte, seine Feder der Verteidigung der Weimarer Republik gegen den braunen Ungeist zu leihen, eine Unzahl politischer Aufsätze, Manifeste, Erklärungen, Feuilletons und Miszellen, in denen er seinen linksliberalen Standpunkt immer klarer zu definieren versuchte. Fast keine dieser Arbeiten ist in einem direkten Sinne parteigebunden. Was Zweig in ihnen vertritt, ist eine politische Haltung, die linker als die der SPD, aber keineswegs so links wie die der KPD ist, das heißt bei allem linken Engagement, das zum Teil bis zur offenen Parteinahme für den Sozialismus reicht, nie die spezifisch bürgerlich-individualistische Komponente des «Liberalen» aus dem Auge verliert. In diesem Punkte gehört Zweig eindeutig in das Lager jener Autorengruppe, die in den späten zwanziger Jahren mit dem politischen Kurs der «Weltbühne» sympathisierten und ihre besten Aufsätze weitgehend in diesem Blatt veröffentlichten.

Belege dafür lassen sich leicht herbeibringen. Was ihn mit dieser Autorengruppe verband, war vor allem folgendes: sein mutiges Eintreten für eine strikt pazifistische Haltung sowie eine dementsprechende Ablehnung aller Aufrüstungspläne und reaktionären Verklärungen des Ersten Weltkriegs, sein äußerst geschärfter Sinn für Gerechtigkeit, seine scharfen Attacken gegen alle rechtsextremistische Überheblichkeitsgefühle, die sich immer wieder zu antisemitischen Ausfällen steigerten, sein unablässiges Pochen auf einen sozialen Ausgleich zwischen den Klassen, sein Beharren auf einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die jedem Staatsbürger das gleiche Recht freier Meinungsäußerung zusichert usw. Aus diesem Grunde hatte Zweig schon während des Ersten Weltkrieges einen engen Kontakt mit Siegfried Jacobsohn, den damaligen Herausgeber der «Schaubühne», geknüpft und diesen später wiederholt als einen seiner Mentoren hingestellt. Als Jacobsohn 1926 starb, widmete ihm Zweig in der «Weltbühne» einen seiner bewegendsten Nachrufe, in dem er Jacobsohn im Sinne Heines als einen der «tapferen Soldaten im Befreiungskriege der Menschheit», ja als einen wahren «Kameraden» aller in Not Geratenen apostrophierte, durch dessen Herz ein «brennendes Recht» geflossen sei.<sup>40</sup>

Dieselbe Hochachtung brachte er Carl von Ossietzky, dem Nachfolger Jacobsohns entgegen, während sich zwischen ihm und Tucholsky keine wirkliche Verbundenheit entwickelte. In jener «Republik», in der sich die «üblen Kräfte des Kaiserreichs und seines Krieges» erst richtig ausgewirkt

---

<sup>40</sup> Zweig: Gedenken. In: Weltbühne Nr. 52, 28.12.1926, S. 992-994.

hätten, schrieb Zweig später, sei Ossietzky einer der wenigen gewesen, dessen Schriften man das «Pathos der Wahrheit, der Gerechtigkeit, der Gedankenfreiheit» angemerkt habe.<sup>41</sup> In seiner «geistigen Vornehmheit» und zugleich «schlichtesten Haltung» sei er einer der seltenen Fälle eines deutschen «Gentleman» gewesen, der bis zum Untergang der Weimarer Republik auch die «letzten Reserven der Demokratie» zu ihrer Rettung aufgeboten habe.<sup>42</sup> In einem Brief an Peter Schiffer-Jacobsohn erklärte Zweig 1936, daß er an Ossietzky vor allem die «stille Beharrlichkeit», «Zähigkeit» und «Dauerhaftigkeit seiner geistigen Fähigkeiten» bewundert habe.<sup>43</sup> Als daher Ossietzky für seinen publizistischen Mut im Winter 1931/32 vom Reichsgericht zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt wurde, war Zweig – neben Arthur Holitscher, Alfred Döblin, Heinrich Mann, Thomas Mann, Arthur Eloesser und Albert Einstein – einer der ersten, der sich für eine Begnadigung Ossietzkys einsetzte und am 12. Januar des Jahres an den Ossietzky vertretenden Anwalt Dr. Alfred Apfel schrieb: «Carl von Ossietzky und die <Weltbühne> sind Ventile, deren schrilles Warnsignal nicht erstickt werden sollte. Das Deutsche Reich kann von einer Zeitschrift nicht gefährdet werden, die den echten Patriotismus ausübt – kritische Liebe.»<sup>44</sup> Ja, als dieses Gnadengesuch, wie erwartet, abgelehnt wurde, begleitete Zweig mit Leonhard Frank, Erich Mühsam, Ernst Glaeser, Hermann Kesten, Herbert Ihering und vielen anderen Ossietzky am 11. Mai 1932 zum Strafantritt bis vors Teglertor Gefängnis und hielt dort eine kurze Ansprache,<sup>45</sup> auf die Ossietzky nur mit wenigen Worten antwortete und sich dann mit einem kurzen «Ruck dem eisernen Gitter» zuwandte.<sup>46</sup>

Und dabei waren Zweig und Ossietzky zu diesem Zeitpunkt, also im Jahr 1932, schon seit längerem nicht mehr unbedingt der gleichen politischen Meinung. In den Jahren 1926 bis 1929, also den letzten Jahren der sogenannten «ökonomischen Stabilisierungsphase» der Weimarer Republik,

---

<sup>41</sup> Zweig: Carl von Ossietzky, Gentleman. In: A.Z.: Über Schriftsteller. Hrsg. von Heinz Kamnitzer, Berlin und Weimar 1967, S. 128-131.

<sup>42</sup> Ebd.

<sup>43</sup> Brief an Peter Schiffer-Jacobsohn, AZA.

<sup>44</sup> Brief an Alfred Apfel (12. Januar 1932), AZA. – Vgl. hierzu auch Ursula Madrasch-Groschopp: Die Weltbühne. Porträt einer Zeitschrift, Berlin/DDR 1983, S. 269 ff.

<sup>45</sup> Auch auf der Demonstration für Ossietzky am 27. November 1932 hatte Zweig bereits eine Rede gehalten. Vgl. Taschenkalender (27. November 1931), AZA.

<sup>46</sup> Brief an Peter Schiffer-Jacobsohn (1936), AZA.

hatten beide noch eine relativ ähnliche linksliberale Position vertreten. Nach den berühmt-berüchtigten Septemberwahlen des Jahres 1930, in denen die Nationalsozialisten aufgrund der verheerenden Weltwirtschaftskrise ihre Reichstagsmandate fast verzehnfachen konnten, wandte sich Ossietzky immer stärker den Kommunisten zu, während Zweig weiterhin auf die verfassungsmäßig verankerte Rechtsstaatlichkeit und die unnachgiebige Haltung der Sozialdemokraten vertraute. Fast alles, was Zweig bis 1930 schrieb, könnte daher auch von Ossietzky oder anderen linksliberalen Autoren der «Weltbühne» stammen. Manches, was er danach verfaßte, hat dagegen Ossietzky sicher weniger gefallen, weshalb die Beiträge Zweigs zur «Weltbühne» nach 1930 immer seltener werden.

Doch wenden wir uns erst einmal den linksliberalen Äußerungen Zweigs vor 1930 zu. Sie beginnen mit seinem «Weltbühne»-Beitrag «Gumbel, Heidelberg, Republik» vom Jahr 1924, in dem er den Fall des Privatdozenten Gumbel aufgreift, der mit seinen Büchern «Vier Jahre Mord», «Die Denkschrift des Reichsjustizministeriums» und «Verschwörer» in den «Blutkeller der deutschen Mörderreaktion» hineingeleuchtet und dafür sein Lehramt verloren hatte.<sup>47</sup> Mit der gleichen kritischen Intensität trat Zweig kurz danach für eine Reform des herrschenden Bildungswesens ein, um endlich den «Riß zwischen Volksschülern und höheren Schülern» in Deutschland zu beseitigen.<sup>48</sup> Ebenso unnachgiebig zog er gegen den Antisemitismus,<sup>49</sup> die verbreitete Dolchstoß-Legende,<sup>50</sup> veraltete Rechtsgrundsätze wie den Paragraphen 297 gegen die «männliche Prostitution»<sup>51</sup> sowie Verbote «volksgefährdender, sprich: gesellschaftskritischer Filme»<sup>52</sup> vom Leder und setzte all diesen Restriktionen seine Vorstellungen einer fortschreitenden Völkerverständigung, vor allem zwischen Deutschland und Frankreich,<sup>53</sup> wie auch die «sozialistische Idee einer entnationalisierten Menschheit»<sup>54</sup> entgegen.

---

<sup>47</sup> Zweig: Gumbel, Heidelberg, Republik. In: Weltbühne Nr. 35, 28.7.1924, S. 318-319.

<sup>48</sup> Zweig: Bericht aus dem Unbekannten. In: Der Klassenkampf, 1927, H. 1, S. 26.

<sup>49</sup> Zweig: Antisemitismus. In: Encyklopaedia Judaica, Bd. 1, Berlin 1928, Sp. 3768 ff.

<sup>50</sup> Zweig: Caliban, S. 21.

<sup>51</sup> Zweig: § 297. In: Das Forum, 1928, S. 125 f.

<sup>52</sup> Vgl. Vossische Zeitung (1. Januar 1930), S. 1 und die Menschenrechte, 1931, H. 3, S. 47 f.

<sup>53</sup> Vgl. Deutsch-französische Rundschau 1, 1928, S. 533-435.

<sup>54</sup> Zweig: Caliban, S. 365.

Und zwar tat Zweig das alles ohne jeden literarischen Umschweif, das heißt so treffend, so präzise, so konkret wie nur möglich. Er wollte kein gestelzter «Dichter», sondern ein gesellschaftsbezogener «Schriftsteller» sein,<sup>55</sup> der sich wie Feuchtwanger, Ossietzky und andere Vertreter dieser linksliberalen Haltung in erster Linie um Verständlichkeit bemüht und dementsprechend allem Schmock, Klüngel und forciertem Modernismus bewußt aus dem Wege geht. Zweig, der 1926 Mitglied des PEN-Clubs wurde, war daher stolz, daß man ihn 1929 zum Vorsitzenden des «Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller» wählte - ein Amt, daß er allerdings wegen seiner geringen Sehkraft nur ein Jahr ausüben konnte. Doch zu diesem Zeitpunkt wurden solche «liberalen» Organisationen ohnehin immer problematischer oder zumindest wirkungsloser. Schließlich zählte in den Jahren 1930 bis 1933 nicht mehr das persönliche Engagement einzelner Schriftsteller, sondern bloß noch die geballte Kraft politischer Parteien, vor allem der Kommunisten und der Nationalsozialisten, die sich sowohl auf den Straßen als auch im Reichstag als unerbittliche Gegner gegenüberstanden - und die beide entschlossen waren, der Weimarer Republik auf ihre Weise den Garaus zu machen.

In einer solchen Situation war mit wohlmeinenden Appellen wie «Hüten Sie sich vor rechts!»<sup>56</sup> nicht mehr viel getan. Angesichts dieses Endkampfes um die Macht galt es Farbe zu bekennen, wenn man überhaupt noch in das politische Geschehen eingreifen wollte. Und Zweig gab sich - im Hinblick auf die veränderten Wirkungsmöglichkeiten - die größte Mühe, einerseits seinen linksliberalen Kurs beizubehalten, andererseits gewandelten Situationen mit wesentlich radikaleren Argumenten soweit Rechnung zu tragen, wie er das vor seinem bürgerlichen Gewissen zu verantworten glaubte. Denn in dieser Situation nolens volens zur KPD überzulaufen, obwohl sie noch am schärfsten gegen den drohenden Faschismus zu Felde zog, brachte er nicht übers Herz, wie sehr er einen Mann wie Ossietzky auch für dessen linksradikale Überzeugungen bewunderte. Demzufolge bleiben Zweigs politische Statements, die er zwischen 1930 und 1933 publizierte, notwendig widerspruchsvoll, aber auch differenzierter als so

---

<sup>55</sup> Zweig: Über literarische Freundschaften und literarische Kritik (1930). In: Über Schriftsteller, S. 27.

<sup>56</sup> Zweig: Caliban, S. 369.

manches Grobschlächtige, was damals zur Abwehr der nationalsozialistischen Gefahr vorgebracht wurde.<sup>57</sup>

Die erste Kontroverse mit den «Linken» löste 1930 sein «Weltbühne»-Beitrag «Die moskauer Hinrichtungen» aus, in dem er Willi Münzenberg vorwarf, sich im Hinblick auf die «erschossenen achtundvierzig Saboteure» in der Sowjetunion auf der falschen Seite engagiert zu haben, nämlich auf seiten eines «Zwangsstaates», dem es offenbar immer noch nicht gelungen sei, «die Seelen derjenigen seiner Mitarbeiter zu gewinnen, die der herrschenden Richtung der Kommunistischen Partei nicht angehörten».<sup>58</sup> Trotz aller Sympathie für den Sozialismus, schrieb Zweig hier, müsse er eine «Abschreckungstheorie», die vor nichts, nicht einmal dem politischen Mord zurückschreke, aufgrund seiner zutiefst humanistischen Anschauungen grundsätzlich ablehnen. «Um der Befreiung einer Klasse willen Individuen scharenweise sterben zu lassen», sei eine durch nichts zu entschuldigende «Verfälschung der sozialistischen Idee».<sup>59</sup> Daraufhin wurde Zweig sowohl von Heinz Pol als auch Bruno Frei - vielleicht mit Zustimmung Ossietzkys - als ein «Saboteur des sozialistischen Aufbaus» angegriffen,<sup>60</sup> worauf er sich aus weiteren politischen Diskussionen innerhalb der «Weltbühne» heraushielt.

Das bedeutet jedoch nicht, daß Zweig seine linksengagierten Ansichten, die bereits zwischen 1914 und 1919 in seiner Bewunderung für Gustav Landauer zum Durchbruch gekommen waren, in der Folgezeit aufgegeben hätte. Trotz der scharfen Ablehnung der Moskauer Hinrichtungen blieb sein Verhältnis zur Sowjetunion weiterhin ein wohlwollend-kritisches und auch viele der Aktivitäten der Kommunistischen Partei in Deutschland verwarf er keineswegs. Dafür sprechen vor allem folgende Fakten. So bekannte sich Zweig 1932 in der Zeitung «Die Welt am Abend» eindeutig zu einer «einheitlichen Kampffront aller Antifaschisten», um so der braunen Gefahr wirkungsvoll entgegenzutreten zu können. Da er dies jedoch nicht auf der Basis der zwei bestehenden Arbeiterparteien tat, sondern den

---

<sup>57</sup> Vgl. meinen Aufsatz «Hilfloser Antifaschismus? Bemühungen um eine kritische Darstellung der Nationalsozialisten in der Literatur der Weimarer Republik». In: Diskussion Deutsch 59, 1981, S. 211-228.

<sup>58</sup> Zweig: Die moskauer Hinrichtungen. In: Weltbühne Nr. 46, 11.11.1930, S. 707-709.

<sup>59</sup> Ebd.

<sup>60</sup> Vgl. Heinz Pol: Protest gegen Protest. In: Weltbühne Nr. 47, 18.11.1930, S. 751-753 und Bruno Frei: Antwort an Arnold Zweig. In: Weltbühne Nr. 47, 2.12.1930, S. 818-820.

Zusammenschluß aller antifaschistischen Gruppierungen in einer «Einheitsfront» zum Schutze der Weimarer Republik forderte,<sup>61</sup> wurde ihm wiederum von kommunistischer Seite heftig widersprochen. Diesmal war es Kurt Kersten, der nachdrücklich betonte, daß zwischen den «Führern einer Hilfstruppe der herrschenden Klasse» (sprich: SPD) und dem «Todfeind derselben Klasse» (sprich: KPD), geschweige zwischen dem Proletariat und irgendwelchen Vertretern bürgerlich-liberaler Anschauungen, keine effektive «Einheitsfront» möglich sei, sondern eine solche Einheitsfront nur durch «den täglichen Kampf in den Betrieben» entstehen könne.<sup>62</sup>

Und diese Haltung, nämlich sich in einem linksliberalen Sinne über die Parteien zu stellen, behielt Zweig sogar im Jahr 1932, dem eigentlichen Entscheidungsjahr, bei. So griff er zwar in seiner Antwort auf die Frage «War der Weltkrieg Europas letzter Krieg?», die am 31. Juli im «Berliner Tageblatt» erschien, auch marxistische Argumente auf, indem er auf die Gesetzmäßigkeit zyklischer Krisen im kapitalistischen Wirtschaftssystem verwies, wich aber dann ins Allgemein-Menschliche medizinischer oder freudianischer Vorstellungen aus.<sup>63</sup> Eine ähnliche Haltung vertrat er bei der Zola-Kundgebung des linken Flügels des «Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller» am 7. Oktober 1932 in Berlin, wo er vor allem die intellektuelle Singularität Zolas herausstrich, während ihn Karl August Wittfogel, sein kommunistischer Kontrahent, eher als engagierten Repräsentanten seiner Klasse charakterisierte.<sup>64</sup> Selbst zu diesem Zeitpunkt war Zweig noch immer davon überzeugt, daß es in der Politik nicht allein um soziale und ökonomische Prozesse gehe, sondern daß auf diesem Felde auch die Stimme der Vernunft eine wichtige Rolle spiele. Als ihn darum André François-Poncet, der französische Botschafter in Berlin, Anfang 1932 vor einer möglichen Machtübernahme Hitlers warnte, sagte Zweig, ohne sich groß aus der Ruhe bringen zu lassen: «Wenn Hitler kommt, so wird sich, Exzellenz, wiederholen, was wir schon einmal erlebt haben - in München, Herbst 1923: Herr Severing wird auf einen Knopf drücken, die Schutzpolizei wird feuern wie damals die Reichswehr - und der ganze Spuk wird platzen.» François-Poncet soll daraufhin erklärt haben: «Ich fürchte, Herr

<sup>61</sup> Zweig: Zur Bildung der Kampffront. In: Die Welt am Abend, 2. Mai 1931, S. 1.

<sup>62</sup> Kurt Kersten: Rote Einheitsfront. Eine Antwort an Arnold Zweig. Ebd., S. 1.

<sup>63</sup> Vgl. David R. Midgley: Arnold Zweig. Zu Werk und Wandlung 1927-1948, Frankfurt 1980, S. 75.

<sup>64</sup> Ebd., S. 76.

Zweig, ich muß Sie enttäuschen, Herr Severing wird auf keinen Knopf drücken!»<sup>65</sup>

Leider behielt François-Poncet recht. Trotz des Stimmenverlusts der NSDAP bei den Reichstagswahlen vom 6. November 1932 ließ sich Hindenburg überreden, Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler zu berufen und damit das Ende der Weimarer Republik zu besiegeln. Doch selbst in diesen Wochen und Monaten vertraute Zweig, wie so viele seiner linksliberalen Freunde, weiterhin auf die «Vernunft». So fuhr er am 21. Januar lediglich nach Paris, um sich dort mit seiner Frau auszusprechen, von der er sich vorübergehend getrennt hatte. Hier hörte er am 30. des Monats, daß in Berlin «ein Kabinett Hitler-Göring-Franck-Papen-Hugenberg-Seldte» die Regierung übernommen habe,<sup>66</sup> was ihn zwar zutiefst erbitterte, aber nicht in Panik versetzte. Darauf traf er sich am 9. Februar mit Lily Offenstadt, seiner Freundin, auf dem Semmering, verbrachte mit ihr sechs Tage in Wien, hielt anschließend in Brünn und Mährisch-Ostrau Vorträge, genoß in Prag noch einmal ein Kammerkonzert mit seinen zwei Lieblingstrios, nämlich Schubert op. 99 und Brahms op. 101, und begab sich anschließend nach Deutschland zurück. In Dresden hörte er von seinem Verleger Kiepenheuer, daß allgemein «große Erregung und Besorgnis» herrsche. Doch sogar dieses Gespräch konnte Zweig nicht in seinem aufklärerischen «Optimismus» beirren.<sup>67</sup> Selbst nach dem Reichstagsbrand, als die Lage wirklich brenzlich wurde, notierte er sich: «Ich werde sehr gewarnt, soll abreisen! Und die Kinder? Ich bin ganz ruhig. Lily herrlich.»<sup>68</sup>

Aufgrund dieser seelischen Gefaßtheit ging er am 3. März 1933 ungestört zur Wahl und wählte SPD.<sup>69</sup> Nur als er ein paar Tage nichts von seiner Frau hörte, wurde er etwas unruhig. Am 14. März fuhren Zweig und Lily Offenstadt nach Spindlermühle in die Tschechoslowakei, wo er weiter an seiner «Schlesischen Novelle» arbeitete, die er ihr vorher in Berlin diktirt hatte. In dieser Geschichte fahren ein älterer jüdischer Herr und seine junge

---

<sup>65</sup> Zit. in Wiznitzer, S. 39.

<sup>66</sup> Taschenkalender (30. Januar 1933), AZA.

<sup>67</sup> Ebd. (21. Februar 1933), AZA.

<sup>68</sup> Ebd. (28. Februar 1933), AZA.

<sup>69</sup> Dementsprechend schrieb Zweig am gleichen Tag in seinen Taschenkalender: «Ich wähle wie stets SPD» (5. März 1933), AZA.



nichtjüdische Frau mit dem Auto höchst verliebt durch Schlesien und entscheiden sich, trotz der faschistischen Gefahr möglichst bald zu heiraten. Doch dieses Dichten, Spekulieren und Glücklichein währte nur kurz. Was angesichts der politischen Realität immer dringlicher wurde, war erst einmal das Materielle und die menschlich-familiäre Anständigkeit. Dementsprechend fragte sich Zweig am 18. März in seinem Taschenkalender: «1) kann ich in Deutschland schreiben, wozu es mich treibt? 2) kann ich in Deutschland leben, ohne denen in den Rücken zu fallen, die das nicht mehr können, moralisch genommen? 3) kann ich mich in Deutschland ernähren?» Ohne eine endgültige Antwort auf diese Fragen zu finden, trennten sich die beiden Liebenden am 23. März. Lily Offenstadt fuhr nach Berlin zurück, Zweig nach Wien, um dort weitere Vorträge zu halten und sich mit Freud über die allgemeine Lage auszusprechen. Am 1. April, dem ersten Boykott gegen die jüdische Bevölkerung, versuchte Beatrice Zweig, seine Frau, die inzwischen nach Berlin zurückgekehrt war, zu ihm nach Wien zu kommen, wurde jedoch in Dresden aus dem Zug geholt und nach kurzer Verhaftung, bei der man ihr den Paß abnahm, wieder nach Berlin zurückgeschickt. Eine Lösung dieser unhaltbaren Situation trat erst ein, als Frau Zweig Anfang Mai von den Nazi-Behörden ihren Paß zurückerhielt und am 8. Mai nach Prag fahren konnte, wo sie ihr Mann bereits erwartete. Erst jetzt sehen beide endgültig ein, daß an eine Rückkehr nach Berlin in absehbarer Zeit nicht zu denken war. Wenige Tage später hörte Zweig, daß man ihn als Zionisten, Sozialisten und Pazifisten auf die «12er Liste der für Deutschland schädlichen Autoren» gesetzt habe.<sup>70</sup> Damit begann für beide, die zwar schon früher Auswanderungspläne gehegt hatten, sich aber nie von Deutschland und seiner Kultur loßreißen konnten, ein Exil, das fünfzehn Jahre währen sollte.

Das erste Buchprojekt, das Zweig, der schon im Mai 1933 am liebsten wieder «nach Hause gefahren» wäre, wie es in seinem Taschenkalender heißt,<sup>71</sup> im Exil aufgriff, war eine «Bilanz der deutschen Judenheit», um sich über die Gründe des Scheiterns der Weimarer Republik klar zu werden und zugleich eine neue Strategie für die aus dieser Republik vertriebenen Juden zu entwickeln. Während Robert Weltsch in seinem Sammelband «Ja-Sagen zum Judentum» im Frühsommer 1933 alle deutschen Juden aufforderte, endlich den richtigen «Weg», nämlich den nach Palästina,

---

<sup>70</sup> Ebd. (14. Mai 1933), AZA.

<sup>71</sup> Ebd. (12. Juni 1933), AZA.

einzuschlagen, das heißt sich der kulturellen Überfremdung zu entledigen und damit den «Zwangscharakter der Assimilation» abzuschütteln,<sup>72</sup> gab sich Zweig im Sommer 1933 noch eine Weile der Illusion einer möglichen Rückkehr nach Deutschland, das heißt der Illusion eines Sturzes Hitlers hin, die auch Heinrich Mann und andere Linksliberale in diesen Monaten teilten. Wie fast allen kulturbewußten deutschen Juden erschien im Palästina damals noch als ein weitgehend unterentwickeltes, orientalisches, kulturloses, tropisch-heißes Land, in dem man als europäisch aufgewachsener Intellektueller niemals wirklich «heimisch» werden könne. Als es jedoch im Laufe des Jahres 1933 immer deutlicher wurde, daß Hitler die einmal errungene Macht nicht wieder entrissen werden konnte, freundete sich auch Zweig allmählich mit dem Gedanken an, nach Palästina überzusiedeln, um all seinen linkszionistischen Spekulationen der frühen zwanziger Jahre endlich die politische Praxis folgen zu lassen und in Palästina einen Einfluß auf die dortige Entwicklung zu gewinnen.

In der im Sommer und Frühherbst 1933 in Frankreich diktierten «Bilanz der deutschen Judenheit» setzte Zweig erst einmal allen jüdischen Beiträgen zur deutschen Literatur, Musik und Malerei, zum Theater-, Film-, Presse- und Verlagswesen, zum Handel und Sport, zur Politik und Arbeiterbewegung ein bleibendes Denkmal. Danach entwarf er zwei Zukunftsperspektiven, die einander komplementieren sollten und doch in einem gewissen Widerspruch zueinander stehen.<sup>73</sup> Die erste war eine eindeutig zionistische. Im Rahmen dieser Ideologie forderte Zweig alle deutschen Juden auf, ihre übertriebene «Begeisterung für die deutsche Kultur» aufzugeben und nach Palästina überzusiedeln.<sup>74</sup> Statt weiterhin der traditionellen «Liebe zum deutschen Wesen» zu huldigen und alles «Ostjüdische» geringzuschätzen, empfahl hier Zweig allen von den Nationalisten bedrohten Juden, sich im Sinne der zionistischen Bewegung auf ihre «jüdische Herkunft» zu besinnen und zu erkennen, daß selbst die gelungenste

---

<sup>72</sup> Robert Weltsch (Hrsg.): Ja-Sagen zum Judentum. Eine Aufsatzreihe der <Jüdischen Rundschau> zur Lage der deutschen Juden, Berlin 1933, S. 6 f. und Robert Weltsch: Die Judenfrage für den Juden. In: Gegen die Phrase von jüdischen Schädling. Hrsg. von Heinrich Mann, Prag 1933, S. 366 ff.

<sup>73</sup> Vgl. hierzu auch meinen Aufsatz «Jetzt wohin? Arnold Zweigs <Bilanz der deutschen Judenheit>». In: Arnold Zweig. Poetik, Judentum und Politik. Hrsg. von David Midgley, Hans-Harald Müller und Geoffrey Davis, Bern 1989, S. 202-218.

<sup>74</sup> Zweig: Bilanz der deutschen Judenheit 1933, Amsterdam 1934, S. 301.

Form der «Assimilation» keine Garantie absoluter «Freiheit» biete.<sup>75</sup> Ja, im gleichen Abschnitt forderte er den Völkerbund in Genf auf, das jüdische Volk nicht länger «im Zustand der Unehrllichkeit zu belassen», sondern es endlich als «nationale Minderheit, als selbständiges Mitglied der Völkergesellschaft» anzuerkennen.<sup>76</sup> Doch um hierbei nicht in einem eindeutig nationalistischen Sinne mißverstanden zu werden, versah Zweig seine «Bilanz» mit einer nachdrücklich marxistischen Schlußcoda, in der er im Rahmen einer überzionistischen Zukunftsperspektive erklärte, daß nur eine «sozialistische Welt» den herrschenden «lasterhaften Zirkel von National- und Privategoismen» beseitigen und zu einer «sinnvolleren Gesellschaftsordnung», nämlich einer kultur- und menscheitsbetonten, überleiten könne.<sup>77</sup>

Und damit schloß Zweig, falls man ihn in Palästina ablehnen würde oder es später doch zum Sturz Hitlers kommen sollte, eine mögliche Rückkehr nach Europa, ja vielleicht sogar nach Deutschland keineswegs aus. Er wollte kein «Asiat» werden, wie Arnold Schönberg im gleichen Jahr erklärte, der sich schwor, nie wieder europäischen Boden zu betreten,<sup>78</sup> sondern fühlte sich durch seine positiven Erfahrungen in der Weimarer Republik eher darin bestärkt, daß es selbst der finstersten Reaktion nicht gelingen werde, in diesem Teil der Welt den Gedanken der Humanität völlig auszurotten.

---

<sup>75</sup> Ebd., S. 305.

<sup>76</sup> Ebd., S. 312.

<sup>77</sup> Ebd., S. 315.

<sup>78</sup> Vgl. hierzu meinen Aufsatz «A Survivor from Germany. Arnold Schönberg im Exil». In: Exil in den anderen Künsten. Hrsg. von Alexander Stephan, Opladen 1989.



## Willy Brandt

*Fünfzig Jahre danach:*

*Die Nobelpreiskampagne für Carl von Ossietzky*

Der Träger des Nobel-Friedenspreises von 1935 hat die ihm im November 1936 zuerkannte Auszeichnung nur um knappe anderthalb Jahre überlebt. Daß sein Name weiterlebt, davon zeugen die Erinnerungen an seinen Tod vor nunmehr fünfzig Jahren, Anfang Mai 1938. Daß die Erinnerung an ihn und auch an die mit seinem Namen verbundene Kampagne wachgehalten wird, erscheint mir wichtig - über den Tag hinaus.

Der Universität Oldenburg möchte ich Dank sagen, nicht nur für die Einladung und für die Veranstaltungen dieser Tage, sondern auch dafür, daß sie ein Symbol des Widerstandes gegen die Gewaltherrschaft zu ihrem eigenen gemacht hat. Ich habe schon bei früherer Gelegenheit von der «Friedenspreiskampagne gegen Hitler» gesprochen und bin nun gebeten worden, die Kampagne als «ein Zeichen internationaler Verbundenheit mit dem anderen Deutschland» zu würdigen. Dies tue ich schon deshalb gern, weil es mir Gelegenheit gibt, an Worte anzuknüpfen, die Teil meiner Nobelpreis-Rede vom Dezember 1971 waren. Die Ehrung Ossietzkys fünfunddreißig Jahre zuvor, sagte ich damals, sei ein Sieg über die Barbarei gewesen. Deshalb liege mir daran, «dem Nobelkomitee im Namen eines freien Deutschland dafür in aller Form einen späten Dank auszusprechen.»

Gleichzeitig grüßte ich damals, wie ich es auch heute tue, «die ehemalige Résistance in allen Ländern» und verband damit ein Wort der Ermutigung für all diejenigen, «die sich um Menschen kümmern, die wegen ihrer Überzeugung gefangengehalten oder auf andere Weise verfolgt werden.» Es gibt in der Tat - historisch wie aktuell - gute Gründe, jenen geistreichen und furchtlosen Schriftsteller vor dem Vergessen zu bewahren, den Martin Greiffenhagen «Dreyfus und Zola in einer Person» genannt hat - mit dem bitteren Zusatz, ein Nationalheld sei «unser Zola» nicht geworden. Wem sage ich das hier!

Vor Vergessenheit sollte gewiß jene Kampagne bewahrt bleiben - sie verdient sogar Bewegung genannt zu werden, weil ihr viel Spontaneität, auch Improvisation eigen war - die das deutsche, antinazistische Exil zu seinen wenigen Erfolgen zählen durfte. Ich hatte damit nicht nur am Rande zu tun.

Aber es kommt vor, daß man - manchmal schon aus dem Grunde, daß die Zahl der Überlebenden immer kleiner wurde - wichtiger genommen wird, als man es war. Als ich mit dem Vorlauf zur Ossietzky-Kampagne zu tun bekam, war ich ein gerade zwanzigjähriger Journalist und Student. Eine entscheidende Rolle kann ich kaum gespielt haben, aber der Zufall wollte, daß ich gut plazierte war: Oslo war mein Wohnort, wenn ich auch nicht immer dort war; als abschließend über den Preis entschieden wurde, war ich in Berlin - «illegal», wie auch unsereins es sinnwidrig nannte. Jedenfalls: Ich kannte das politische und intellektuelle Milieu, die Presselandschaft, die formalen Gegebenheiten; auch hatte ich Zugang zu mindestens zwei der fünf Komiteemitglieder, von denen allein die Entscheidung abhing.

Freilich habe ich auch erfahren, daß es nicht leicht war, einer ausländischen Bürgerlichkeit begreiflich zu machen, was das Dritte Reich darstellte und wie abwegig es war, seine Grausamkeiten als propagandistische Übertreibungen oder gar «Greuelmärchen», wie es hieß, abtun zu wollen. (Und wenn wir noch präziser hätten Auskunft geben können über die Mißhandlungen, denen Ossietzky erst im KZ Sonnenburg, dann im Lager Papenburg ausgesetzt war, es wäre uns weithin doch nicht als die reine Wahrheit abgenommen worden.)

Nein, es war wirklich nicht leicht, als deutscher Nazigegner bei einem durchschnittlichen europäischen Publikum - geschweige denn bei dessen rechtslastigem Teil - Gehör zu finden. In anspruchsvolleren, nicht nur konservativ-demokratischen, sondern auch linken und liberalen Kreisen wollte außerdem nicht einleuchten, was ihnen über das ruhmlose Ende der Weimarer Republik auseinandergesetzt wurde - obwohl es immer wieder, wenn auch mit mangelnder Fähigkeit zur Selbstprüfung, versucht wurde. Das bleibt ja auch bei dem geschichtlichen Abstand, mit dem wir es inzwischen zu tun haben, immer noch schwer zu erklären.

Von der Idee, Carl von Ossietzky für den Nobel-Friedenspreis vorzuschlagen, erfuhr ich zum erstenmal im Frühjahr 1934. Der mir dazu schrieb, war der frühere «Weltbühne»-Mitarbeiter Berthold Jacob; er gab in Straßburg einen kleinen «Zeitungsdienst» heraus und sollte - in Verbindung mit zwei Entführungen - Schlimmes vor sich haben. War Jacob selbst auf

die Idee gekommen, oder war sie ihm nahegebracht worden? Jedenfalls wurde der noch nicht formalisierte Vorschlag in jenem Frühjahr '34 von Georg Bernhard auch im «Pariser Tageblatt» lanciert. Ich erinnere mich gut daran, daß sich mein Briefpartner mit den Formalitäten des Osloer Nobelkomitees noch nicht vertraut gemacht hatte. Dies nachzuholen, wurde mein erster Beitrag zu dem, woraus eine bedeutende Kampagne gegen das Naziregime werden sollte.

Also machte ich mich sachkundig und schrieb nach Straßburg, Paris, Prag und sonstwohin: wer vorschlagsberechtigt sei; bis wann jeweils - nämlich bis zum 31. Januar - Vorschläge einzureichen seien; mit wem man es in dem fünfköpfigen, vom Storting gewählten Komitee zu tun hätte, das für die Entscheidung über den Friedenspreis zuständig war (und es, natürlich in veränderter personeller Besetzung, weiterhin ist).

Nicht 1934, wohl aber 1935 lagen dem Ausschuß in Oslo eine Reihe zugunsten Ossietzkys fristgerecht eingereichter Vorschläge vor. Doch man befand, daß der Preis in jenem Jahr nicht vergeben werden sollte. Die Kampagne lief weiter, Anfang 1936 lagen zahlreiche weitere Befürwortungen der Ossietzky-Kandidatur vor; eine Reihe dieser Vorschläge hatte ich selbst angeregt.

Doch als der norwegische Ausschuß - am 23. November 1936 - seinen positiven Beschluß bekanntgab, hielt ich mich nicht in dessen Nähe auf, sondern - ich erwähnte es - ausgerechnet in Berlin.

«Endlich einmal eine gute Nachricht» war Thomas Manns Züricher Reaktion auf die Osloer Entscheidung. Man brauchte kein großer Dichter und auch kein Lübecker zu sein, um seinem Gefühl der Erleichterung für einen kurzen Augenblick auf diese Weise Ausdruck zu geben. Wir ahnten ja oder wußten sogar, welchen Druck das NS-Regime auf die norwegische Regierung auszuüben suchte; auf welche Weise Göring bemüht war, den schwerkranken «Moorsoldaten», den man nach Berlin gebracht hatte, zum Verzicht auf den Preis zu zwingen, wurde auch bald bekannt.

In den Jahren 1934-1936 hatte ich in Sachen Ossietzky engen Kontakt mit zwei couragierten Frauen, die sich als politisch Unabhängige eifrig und wirksam um die Kampagne kümmerten: In Oslo die Studienrätin Mimi Sverdrup-Lunden, die sich auch um die Flüchtlingshilfe in ihrem Land verdient machte; in Paris die Journalistin Hilde Walter, die von Frankreich in die USA ging und in der Nachkriegszeit wieder in Berlin lebte. Die beiden Frauen brachten es - ohne Büros, Referenten oder sonstigem

Aufwand - mit bewundernswerter Zähigkeit zuwege, daß internationale Reaktionen vielfältiger Art verzeichnet werden konnten. Dabei will ich nicht versäumen, publizistische Kampagnen, wie sie im besonderen auch Kurt Singer in Schweden in Gang setzte, gebührend hervorzuheben.

Aus Prag beteiligte sich mit in der ersten Reihe Kurt Grossmann, aus Paris Konrad Reisner, beide von der «Liga für Menschenrechte» und danach in den Vereinigten Staaten. Wesentliche Impulse gingen von Hellmut von Gerlach in Paris aus, dem früheren Chefredakteur der «Welt am Montag» und prominenten Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft. (Die großen deutschen Namen - Albert Einstein, Karl Barth, Thomas Mann und andere - wurden erst später für die Kampagne gewonnen.) Ich begrüße es sehr, daß es die Hamburger Universität übernommen hat, zu ihrer parallelen Gedenkveranstaltung dieser Tage mit einer Spezialuntersuchung über den «Freundeskreis Carl von Ossietzky» beizutragen. Nicht nur am Rande sei darauf hingewiesen, daß es auch im hier erörterten Fall nicht schaden kann, auch für solide gehaltene Quellen immer noch einmal abzuklopfen. Da findet man in Veröffentlichungen zum Beispiel immer noch einmal den Hinweis darauf, (schon) im Juni '34 hätten 50 000 Norweger vor dem Storting dafür demonstriert, daß Ossietzky den Preis erhalte. Tatsächlich handelte es sich um eine gewerkschaftliche Kundgebung, an deren Schluß einer der Deutschen Gesandtschaft zu überreichenden Resolution zugestimmt wurde; in der wurde gegen den Nazi-Terror nachdrücklich protestiert und die Freilassung von politischen Gefangenen, unter ihnen Ossietzky, gefordert.

Daß in ein Vorhaben wie das hier erörterte gelegentliche Unstimmigkeiten, auch Eifersüchteleien hineinspielten, sollte im übrigen niemanden überraschen, der von den Bedingungen des Exils eine auch nur schwache Ahnung hat. Doch es handelte sich auch um wirkliche Meinungsverschiedenheiten. Die linksliberalen und unabhängig-sozialistischen Personen, die die Kampagne gestartet hatten und - sowohl wegen der Osloer Adressaten wie, auf ganz andere Weise, wegen der Berliner Kerkermeister - sehr auf *indirekte* Wirkung aus waren, fühlten sich durch die Lautstärke, mit der sich andere Kreise des Vorgangs annahmen, nicht wenig irritiert oder sogar beschwert. Es gehört im übrigen zu den Verzerrungen des Geschehens jener Jahre, wenn in gewissen Veröffentlichungen die Ossietzky-Kampagne im wesentlichen zu einem Erfolg der KPD-Organisationen im Exil stilisiert wird. Die hatten sich eher an das angehängt, was von anderer Seite initiiert worden war; ihr tüchtigster Propagandist Willi Münzenberg ist dann



1937/38 bekanntlich aus der Partei ausgeschlossen worden und auf noch immer nicht restlos geklärte Art 1940, nach der Kapitulation Frankreichs, zu Tode gekommen. Zur historisch richtigen Beurteilung der Beteiligungen an dieser Kampagne scheint mir noch weiterer Forschungsbedarf zu bestehen. Als Fußnote: Nachdem im Zeichen von Geschichtsbereinigung, wie ich Anfang vorigen Monats in Moskau erfuhr, inzwischen sogar Karl Radek rehabilitiert wurde, wäre es dringend erwünscht, wenn auch der Fall Münzenberg endlich geklärt werden könnte. Vielleicht darf ich als weitere Fußnote anfügen, daß Frau Walter die damalige linkssozialistische SAP - zu der Konrad Reisner und ich selbst gehörten und zu der auch Berthold Jacob und einige andere aus dem Kreis um Ossietzky gehört hatten - «die einzige Organisation» nannte, «die sich vorbehaltlos in den Dienst der Sache stellte.» Dies sei nicht zu höherem Ruhm derer zitiert, die sich im nachhinein, falls überhaupt, meist als damalige «Splittergruppe» erwähnt finden. Die Erfahrung zeigt jedoch, daß es nicht immer von der Größe der Apparate abhängt, ob wichtige Dinge auf den Weg gebracht werden.

Im Jahre 1934 war, wie gesagt, Ossietzkys Nominierung schon deshalb nicht zum Zuge gekommen, weil die Statuten des Nobel-Komitees - in bezug auf Antragsrecht und Einreichungsfrist - nicht berücksichtigt worden waren. Im folgenden Jahr wurden vor dem Schlußdatum des 31. Januar gültige Vorschläge von einer Mehrzahl vorschlagsberechtigter Personen eingereicht: Trägern des Preises, Mitgliedern nationaler Parlamente, Professoren für Staats- und Rechtswissenschaften, Geschichte und Philosophie, Mitgliedern des Nobel-Komitees. Einige Wochen, bevor 1935 beschlossen wurde, keinen Preis zu verleihen (am 1. November 1935), hatte ich nach Paris geschrieben: «Leider muß man damit rechnen, daß die großen Bemühungen für C.v.O. nicht mit Erfolg gekrönt sein werden.» Ich sei jedoch der Meinung, daß die Kampagne mit ganzer Kraft fortgesetzt werden solle.

Danach wurde Ossietzky von neuem, diesmal von mehreren hundert Vorschlagsberechtigten, nominiert, so - unter meiner Mitwirkung - von den 69 Abgeordneten der Arbeiterpartei im norwegischen Storting. Gleichzeitig von 59 Sozialdemokraten im schwedischen Riksdag - neben vielen anderen, die sich in Schweden, auch in Dänemark ins Zeug legten. Aus der Schweiz kamen die Unterschriften von 124, aus Frankreich die von 120 Parlamentsmitgliedern. Aus dem Britischen Unterhaus meldeten sich - mit Clement Attlee und Herbert Morrison an der Spitze - 86 Abgeordnete, aus der Tschechoslowakei 60 Abgeordnete und Professoren.

Von früheren Friedens-Preisträgern engagierten sich die amerikanische Philantropin Jane Addams (sie hatte den Preis 1931 erhalten) und der deutsche Professor Ludwig Quidde (ihm war der Preis 1927 zusammen mit einem Kollegen aus der französischen Friedensbewegung zugesprochen worden; er war nach Genf emigriert und hatte zunächst Bedenken, sich für die Kampagne «einspannen» zu lassen). Die erwähnten «großen» Namen kamen formal dann nicht zum Zuge, wenn sie weder Abgeordnete noch Professoren der genannten Disziplinen waren. Die Eingaben französischer und englischer Schriftsteller bedeuteten gleichwohl gute moralische Unterstützung, auch wenn sie nicht als Nominierung gewertet werden konnten.

Wie es gar nicht anders sein konnte, ergaben sich unvorhergesehene und störende Konkurrenzen. So war der greise Prinz Carl, Bruder des Schweden-Königs Gustav und Titularchef des dortigen Roten Kreuzes, vorgeschlagen, und die (noch wenigen) weiblichen Abgeordneten im Riksdag mochten die Unterstützung dieser Kandidatur nicht aufgeben. Ernster: Gleichzeitig mit Ossietzky war Professor T. G. Masaryk, der Begründer und Staatspräsident der CSR, vorgeschlagen. Nun versuchte man, diesen nationalen Demokraten und herben Humanisten zu überreden, er möge dem Osloer Komitee sein Desinteresse - damit: seinen Verzicht - melden. Ich weiß nicht, wer genau ermittelt hat, ob er es tat. Leicht kann das ihm, der Grund hatte, um den Bestand seines jungen Staates zu bangen, jedenfalls nicht gefallen sein. Hinter den Kulissen bemühte sich - noch durch Gerlach instruiert - der vielgelesene Emil Ludwig, der auch eine Masaryk-Biographie geschrieben hatte. Im November 1935 wandten sich fünfzehn amerikanische Gelehrte und Publizisten, auch Albert Einstein, an den Präsidenten. Thomas Mann schrieb nicht nur an Masaryk, der ihm und seiner Familie die tschechische Staatsangehörigkeit verliehen hatte, sondern auch an das Komitee in Oslo, und jener Brief wurde zu einem Meisterwerk der Ironie.

Den Vorsitz im Nobel-Komitee - das geheim berät und in aller Regel erst nach Übereinstimmung entscheidet - führte damals der liberal-konservative Professor Fredrik Stang, ein untadliger Herr und früherer Justizminister. Doch er hatte bis zuletzt Zweifel, ob die im Herbst 1936 - für '35 - getroffene Entscheidung von der Sache her unangreifbar sei. Diese Bedenken bestätigte mir viele Jahre später, nämlich in jenem Dezember '71, Professor Frede Castberg, der als Konsulent in Sachen Ossietzky tätig gewesen war. (Das Komitee und seine Rechtsberater wollten sicher sein,

daß den seinerzeitigen Enttarnungen der «Weltbühne» über vertragswidrige Aktivitäten der Reichswehr nichts Ehrenrühriges anhaftete, oder, wie Castberg sich 1936, während eines Besuchs in der Schweiz, bei einem Mitglied des «Freundeskreises» versicherte: daß der Pressesache, die Ossietzky vors Reichsgericht gebracht hatte, nichts «Eigennütziges» anhaftete.)

Es ist nicht hinreichend bekannt, daß und weshalb das Nobel-Komitee 1936 - kurz vor der Ossietzky-Entscheidung - umbesetzt wurde. Der sozialdemokratische Außenminister, Geschichtsprofessor Koth schied aus, um den Druck aus Berlin auf die Regierung abzufedern; der liberale Parteiführer und frühere Ministerpräsident Mowinckel, Schiffsreeder aus Bergen, schloß sich ihm an. Der Liberale wurde durch einen bekannten Bankdirektor, der Außenminister durch Chefredakteur Martin Tranmäl ersetzt. Auch dieser eigentliche Führer der Arbeiterpartei, den ich gut kannte, hielt sich streng an die Regeln der Verschwiegenheit; der Vorstand seiner Partei hatte sich mit «unserer» Kandidatur befaßt und sie moralisch eindeutig unterstützt. Ein anderes Mitglied des Komitees hatte ich ein wenig mit Argumenten versorgen können, nämlich Dr. Christian Lange, dessen Sohn Halvard nach dem Krieg - nachdem er mit seinen beiden Brüdern schwere Jahre in deutschen Lagern überlebt hatte - seinem Land als Außenminister diente; Vater Lange hatte 1921 den Preis als Generalsekretär der Interparlamentarischen Union entgegengenommen.

Während meiner Zeit in Norwegen erlebte ich Ende 1935 den Aufschrei der Empörung, als der in Senilität abgleitende Knut Hamsun in einer Zeitung gegen den wehrlosen Ossietzky zu Felde zog. Der bedeutende Dichter, der er bleibt, fragte böswillig-naiv, warum sich Ossietzky denn habe einsperren lassen; er hätte doch emigrieren können! Und was sei falsch daran, daß Deutschland militärisch stärker werde? «Dieser eigentümliche Friedensfreund», so Hamsun, «dient nun seiner Friedensidee dadurch, den Behörden seines Vaterlandes permanent unbequem zu sein.» Der Aufschrei der norwegischen Schriftsteller - von Sigrid Undset bis Sigurd Hoel, Arnulf Överland und den ganz jungen - ließ sich nicht dadurch dämpfen, daß die Urteilsfähigkeit des Alten schon damals beträchtlich gelitten hatte. Sein Haß auf England war pathologisch, so auch seine Bewunderung deutscher Macht. Daraus resultierte die Tragödie dieses Greises, den seine Landsleute während der Kriege noch weniger verstehen konnten. (Ich war traurig, kürzlich in einem wichtigen Magazin bestätigt zu finden, daß man hierzulande kaum verstanden hat, worum es damals ging. Es hieß lapidar,

Hamsun habe seinen Landsleuten geraten, sich mit der deutschen Besetzung abzufinden.) Hinzu kommt die bittere Ironie, daß Ossietzky zu den deutschen Bewunderern Hamsuns gehörte. Noch kurz vor seinem Tod Anfang 1938 versuchte er, dem Mann, der ihn geschmäht hatte, einen Gruß ausrichten zu lassen.

Die Entscheidung zugunsten Ossietzkys fiel übrigens - Ironie des Schicksals - fast auf den Tag ein Jahr nach Hamsuns Attacke. Die gleichgeschaltete deutsche Presse konnte die eine und andere schiefe Auslandsstimme zitieren, wie die des schwedischen Weltreisenden Sven Hedin oder eines Mitglieds der Familie Alfred Nobels. Die moralische Ohrfeige, die Hitler und seinen Leuten verabfolgt worden war, hat immerhin gegessen. In Berlin, wo ich mich - als norwegischer Student getarnt - Ende '36 aufhielt, konnte ich mich von der Wut überzeugen, mit der man die gelenkten Reaktionen auf den herausfordernden Osloer Entscheid reagieren ließ - bis hin zur lächerlichen Verfügung, derzufolge ein Deutscher nie mehr einen Nobelpreis hätte annehmen dürfen.

Ich habe damals aber auch an Ort und Stelle erfahren, als eine wie unerwartete, deshalb umso stärkere Ermutigung die Ehrung Ossietzkys, von jenen «Illegalen» empfunden wurde, mit denen ich zusammenarbeitete. Nach der Rheinlandbesetzung, die ohne nennenswerte westliche Reaktion geblieben war, und nach den Olympischen Spielen, die Hitler und Goebbels in einen beträchtlichen propagandistischen Erfolg umzumünzen verstanden, hatte dies erhebliche Bedeutung. Selbst den Kontakt zu Ossietzky zu suchen, wäre für mich und meine Arbeit mit einem übergroßen Risiko verbunden gewesen. Daß er, wenn auch unter Gestapokontrolle, in ein Berliner Krankenhaus gebracht worden war, konnte immerhin als ein erster Erfolg der Friedenspreis-Kampagne gewertet werden. Nach Oslo ließ man ihn natürlich nicht reisen. Um den materiellen Preis brachte ihn ein Zusammenspiel höchst unerfreulicher Umstände. Es entstand die groteske Lage, daß die Gestapo vorgab, sich der Interessen Ossietzkys anzunehmen und den Anwalt einsperrte, unter dessen Händen das Geld zerronnen war. Unter den Kampagnen, die gegen das nazistische Terror-Regime gerichtet waren, behält jene zugunsten von Carl von Ossietzky einen besonderen Rang. Daß sich so viele Europäer, auch Amerikaner, mit Rang und Namen zugunsten eines verfolgten deutschen Demokraten und Antimilitaristen engagierten, war ein Quell der Hoffnung in sehr schwerer Zeit. Durch dieses Beispiel wird aber auch daran erinnert, daß das deutsche Exil - bei all' seinen Schwächen - einige politisch-moralische Wegbereitungen für

Nachkriegsdeutschland zu leisten vermochte. Die Nazigegner drinnen und draußen zeugten für das *andere* Deutschland, von dem sie hofften, daß es das eigentliche werde.

Ich meine, aus der Methodik der Ossietzky-Kampagne ließe sich auch mancher Nutzen für aktuelle Auseinandersetzungen ableiten, die das Ringen um Menschenrechte zum Gegenstand haben. Nicht auf lautstarke Selbstdarstellung kommt es dabei an, sondern auf gezielte, möglichst konkrete Hilfe - nicht auf gruppenegoistische Sonderinteressen, sondern auf breite, möglichst intelligente Bündnisse gegen die Herausforderer von elementarer Menschlichkeit und simplem Rechtsanspruch.



## Finn Lie

### *Die Ossietzky-Kampagne in Norwegen*

Es herrscht einige Unsicherheit darüber, warum Alfred Nobel es Norwegen überließ, den Friedenspreis zu verleihen, während die anderen Preise, die er gestiftet hatte, in seiner Heimat Schweden verteilt werden. Im Archiv des Osloer Nobelinstituts findet man auf diese Frage keine Antwort.

Als Nobel den Fond zur Finanzierung der Preise gründete, war Norwegen, als Folge der napoleonischen Kriege, noch in Union mit Schweden verbunden, nachdem Dänemark auf Napoleons Seite gestanden hatte. Vorher hatte Norwegen 400 Jahre lang unter Dänemarks Herrschaft gestanden und spürte immer noch in außenpolitischen Angelegenheiten den Mangel an selbständigem Denken.

Der Preis wurde von einem fünfköpfigen Komitee vergeben, das vom norwegischen Parlament benannt wurde. Diese Personen wurden nicht nach politischen Gesichtspunkten ausgewählt, sondern nach ihrer Kompetenz im Hinblick auf die Friedensarbeit und ihr Wissen um das internationale Verhalten in Konflikt-Situationen. Die Entscheidungen des Komitees basierten ausschließlich auf freier Meinungsbildung und außerhalb jeder parlamentarischen Kontrolle. Eine Verhaltensform, die in einzelnen Fällen zu Mißverständnissen führte.

Die Beschlüsse wurden mit gewöhnlicher Mehrheit gefaßt, die Abstimmung war geheim. Es herrschte durchaus keine ständige Übereinstimmung, wenn es galt, Abmachungen zu treffen, aber nach außen stand das Komitee immer geschlossen vor der Öffentlichkeit.

Wenn es um die Wahl der Kandidaten für den jeweiligen Preis ging, so geschah dies teilweise nach internationalen Maßstäben. Unter den Vorschlagenden sind gewöhnlich immer einige Preisträger aus den vergangenen Jahren, ausländische Universitäten, Mitglieder verschiedener Nationalversammlungen, Mitglieder des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag, Universitätsprofessoren und Lehrer in Fächern wie Philosophie, Geschichte, Staats- und Rechtswissenschaft sowie hervorragende Kultur-

persönlichkeiten. Daneben hatte das Nobelinstitut eigene Berater, die wiederum von früheren Beratern ihren Beitrag bekommen konnten.

Aufgrund der internationalen Bedeutung des Preises besteht Grund zu der Annahme, daß auch von einzelnen Großmächten der Versuch unternommen wurde, Einfluß zu gewinnen. Ob dies von Bedeutung bei der Preisverleihung war, ist jedoch nicht nachzuweisen.

In den Bestimmungen Alfred Nobels zu den Bedingungen bei der Verteilung des Preises heißt es, daß diejenigen, denen der Preis verliehen werde, «vornehmlich und besonders für die Verbrüderung der Nationen und die Abschaffung oder Verkleinerung aller stehenden Heere eingetreten sein müssen, sowie sich für das Zustandekommen und die Erweiterung von Friedenskongressen einsetzen mußten». Diese Bedingungen wurden in der Folgezeit ab und zu Gegenstand von Interpretationen über den Text hinaus. U.a. wurde der Preis in einigen Fällen nach annähernd humanitären Gesichtspunkten vergeben, aber gewöhnlich führten die Beschlüsse nicht zu Debatten oder Nichtübereinstimmungen in größerem Umfang.

Die Kandidaten waren Einzelpersonlichkeiten oder Organisationen, die auf die eine oder andere Weise mit dem verbunden waren, was die wechselnden Mitglieder des Komitees als Friedensarbeit angesehen haben, was nur sehr selten an Sonderinteressen einzelner Nationen gebunden war, selbst wenn in einzelnen Fällen Zweifel aufkamen, ob solche Rücksichten mitgewirkt haben könnten. Dieses Verhalten führte dazu, daß das Komitee sich genötigt sah, bei der Preisverleihung weitestgehend sachlich und objektiv ohne Rücksicht auf äußere Umstände zu urteilen. Die Forderung nach Entscheidungen, die freibleiben mußten von umfassenden politischen Betrachtungen, ist eine Selbstverständlichkeit, auf die besonderes Gewicht gelegt werden muß.

Hierbei spielt Norwegens bescheidene internationale Position eine gewisse Rolle. Das Land ist geographisch, politisch und möglicherweise auch auf anderen Gebieten eine Art europäischer Randstaat mit nur vier Millionen Einwohnern auf einem großen Gebiet mit einer langen Küste. Dies wiederum hat dazu geführt, daß Schifffahrt und Fischerei die hauptsächlichlichen Wirtschaftszweige wurden. Mangelnde Selbstversorgung auf einer Reihe von Gebieten bedeutet für das Land eine gewisse Abhängigkeit von guten Beziehungen zu seinen Handelspartnern, wie z.B. Deutschland und England.



Das Verhältnis zu Deutschland war in all den Jahren korrekt, obwohl Norwegen sich während des ersten Weltkrieges an England und die Westmächte gebunden fühlte. Dies war nicht zuletzt eine Folge der gemeinsamen Seefahrtsinteressen. Aber die Verbindung nach Deutschland war ebenfalls wichtig, was besonders darin zum Ausdruck kam, daß vor dem zweiten Weltkrieg die deutsche Sprache vor der englischen Sprache in den norwegischen Schulen gelehrt wurde, deutsche Fachliteratur auf den Hochschulen und Universitäten dominierte. Eine große Zahl norwegischer Studenten erhielten u.a. ihre Ausbildung in Deutschland.

Deshalb war es nur natürlich, daß eine Preisverleihung an Carl von Ossietzky das Verhältnis zu Hitlers Deutschland berühren mußte. Nicht zuletzt weil das Land zu dieser Zeit unter einer Führung stand, die sich unberechenbar außerhalb jeder parlamentarischen und demokratischen Kontrolle befand.

Der Preis wurde bis dahin an Einzelpersonen oder Institutionen vergeben, die bereits mehr oder weniger etabliert waren, meist nach dem Gesichtspunkt, daß die eine oder andere Arbeit für Frieden und internationale Verständigung abgeschlossen war oder eine aktuelle Verbindung zu andauernder Friedensarbeit bestand. Im Falle Ossietzky war die Rede davon, einen Gefangenen hinter dem Stacheldraht eines Konzentrationslagers herauszuholen, dessen Werk brutal unterbrochen worden war und dessen Schicksal durch die derzeitigen Machthaber in den Tod führte. Außerdem war er schon vorher in der Weimarer Republik wegen seiner schriftstellerischen Arbeit verurteilt worden.

Die Diskussion um seine Kandidatur mußte in Norwegen anders verlaufen als in anderen Ländern. Dort konnte man frei und unabhängig für oder gegen seine Kandidatur diskutieren und doch, es war Norwegen allein, das die Konsequenzen und möglicherweise die Folgen zu tragen hatte. Ein Gedanke, der eine wesentliche Rolle bei der Debatte und der Kampagne spielen sollte. Hinzu kamen Handelsinteressen, strategische, politische und militärische Vorbehalte.

Man kann nicht umhin, dabei an die internationale oder intereuropäische Situation zu denken, in die auch Norwegen einbezogen war. Es ist schwierig, im Nachhinein diese Situation in den Einzelheiten zu beschreiben. Aber einer der Hauptfaktoren der politischen Entwicklung war der rasche Vormarsch des Faschismus und Nazismus, der nicht nur zunehmend in den jeweiligen Nationen triumphierte, sondern außerhalb ihrer Grenzen Einfluß

gewann. Mussolini hatte in Äthiopien soeben einen siegreichen Feldzug beendet und konnte registrieren, daß die Westmächte ihn im wesentlichen nicht daran gehindert hatten. In Spanien standen Hitler und Mussolini mit ihrer Luftwaffe auf Francos Seite, ohne daß die rechtmäßig gewählte Regierung Hilfe anderer Regierungen erhielt. Der «Stahlpakt» mit Japan war abgeschlossen und zeigte das globale Interesse der Achsenmächte. Was nun Frankreich betrifft, eine der Siegermächte des ersten Weltkrieges, so war das Land in Gefahr, von drei faschistischen Regimen eingeschlossen zu werden. England seinerseits setzte auf «appeacementpolitic» und stützte sich auf eine in jener Zeit nicht ungewöhnliche Hoffnung, wie sie auch in vielen anderen Ländern gepflegt wurde, nämlich, daß die Ideologien des deutschen Nationalsozialismus und des russischen Kommunismus zu einem gewaltigen Zusammenstoß führen würden. Eine Begründung dafür war nicht zuletzt Hitlers «Drang nach dem Osten», eine Aussage, die auch Stalin wohl bewußt war.

Es genügt hier wohl, daran zu erinnern, daß Lord Halifax, kurz bevor er die Kriegserklärung überbrachte, während eines Besuches in Berlin den deutschen Nazismus als «Bollwerk gegen den Bolschewismus» gelobt hatte.

Auf diesem Hintergrund entfaltete sich nun die Debatte um Ossietzkys Kandidatur in Norwegen. Da war durchaus keine Einstimmigkeit im Volk, worauf sich die Entscheidung des Nobel-Komitees stützen konnte; es waren eine Menge widerstreitender Interessen darin verwickelt, die nicht immer mit der Friedensarbeit etwas zu tun hatten. Es waren vornehmlich Handelsinteressen, ebenso die alte Furcht vor Russlands Interesse an den norwegischen eisfreien Häfen, weiterhin eine allgemeine Furcht, daß Hitler-Deutschland Norwegen unter unvorhergesehenen politischen Druck setzen könnte. Das Nobel-Komitee wurde so in ein politisch kompliziertes Gesamtbild hineingezogen, das es so weit wie möglich zu ignorieren galt. Das Komitee konnte sich auf keinen Fall von nationalen Rücksichten leiten lassen, auch nicht von den teilweise krassen und unsachlichen Debatten, die in Norwegen begonnen hatten. Man mußte zu den eingegangenen Vorschlägen Stellung nehmen - nicht zuletzt zu denen, die von maßgeblichen ausländischen Stellen kamen. Ossietzky war bereits 1934 als Kandidat vorgeschlagen worden, doch dieser Antrag war zu spät eingetroffen. Im darauffolgenden Jahr waren es insgesamt sechs Vorschläge, doch 1935 hatte das Komitee keine Auswahl getroffen. Möglicherweise deshalb, weil im Komitee starke Uneinigkeit herrschte, oder als Folge der Bedenken wegen der politischen Konsequenzen. Es mußte unter

allen Umständen vermieden werden, eine europäische Großmacht vor den Kopf zu stoßen.

Aber im Laufe des nächsten Jahres waren insgesamt 86 Vorschläge für eine Kandidatur Ossietzkys eingegangen. Für das Nobel-Komitee war damit eine Situation entstanden, die zeigte, daß es schwierig sein würde, um die Verleihung des Preises an Ossietzky herumzukommen. Die allgemein schon bekannte und diskutierte Kandidatur Ossietzky geriet erneut ins Rampenlicht. Nach und nach entstand in der norwegischen Politik eine klare Konfrontation zwischen rechts und links, wie es in solchen Zusammenhängen nicht selten geschieht. In diesem Falle wurde die Debatte erst stark personalisiert und führte dann nach und nach zu einem Übergewicht des politischen. Ein weiterer Grund war eine erhebliche Unkenntnis über Ossietzky als Person und Schriftsteller. Es war somit leicht, ihm Eigenschaften und Qualifikationen anzudichten, die wenig oder gar nichts mit der Wirklichkeit zu tun hatten, besonders wenn es sich danach erwies, daß seine Anhänger besser informiert waren als seine Gegner.

Die Streitenden zeigten auf der einen Seite eine positive Haltung zum Naziregime, was als Gegengewicht zum Marxismus und zum russischen Kommunismus gewertet wurde, was wiederum seine Sympathisanten auf der anderen Seite des Streites hatte. Nicht zuletzt hatte die größte Partei des Landes - die sozialdemokratische Arbeiterpartei - schon eine Vorgeschichte im Hinblick auf Moskau, die Studenten waren von der radikalen Gruppe «Mot Dag» motiviert, die links von der Arbeiterpartei stand. Zwischen diesen beiden äußersten Punkten hatte sich die liberale Fraktion um die Zeitung «Dagbladet» gesammelt, die sich schon früh für Ossietzky eingesetzt hatte. Das gleiche tat auch «Arbeiderbladet», das Organ der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften. Auf der anderen Seite stand die größte Tageszeitung des Landes «Aftenposten», die zusammen mit «Tidens Tegn», «Morgenbladet» und «Nationen» gegen Ossietzky als Friedenspreisträger zu Felde zog. Es gibt keinen Zweifel darüber, daß damit die rechtsorientierten Zeitungen dazu beigetragen haben, daß gewisse Kreise später in Berlin glaubten, für die Invasion 1940 Verständnis in Norwegen zu finden. Die konservativen Zeitungen fühlten sich in ihrer Auffassung durch Knut Hamsun bestätigt, als er am 27. November 1935 in die Debatte eingriff, und zwar in «Aftenposten» und «Tidens Tegn» unter der Überschrift: Ossietzky. Hamsun schrieb folgendes:

«Seit Jahren wird die deutsche Regierung aufgefordert, Carl von Ossietzky aus dem Konzentrationslager in Oldenburg zu entlassen. Die deutschen Behörden haben bis heute davon keine Notiz genommen.

Seit Jahren wendet man sich an das norwegische Nobel-Komitee, nun Ossietzky den Friedenspreis zu verleihen. Bekäme er diesen Preis, so könnte er sich damit trotz des deutschen Widerstands aus dem Konzentrationslager befreien. Es ist vielleicht nicht ganz abwegig, daran zu erinnern, daß Herr Ossietzky vor oder kurz nach der Machtübernahme des Nationalsozialismus Deutschland hätte verlassen können. Aber das wollte er nicht. Er rechnete damit, daß das Volk aufschreien würde, wenn man ihn festnähme. Und er rechnete nicht falsch.

Er schrieb selbst in seiner Zeitschrift am 10.5.1932: <Wenn ich ins Gefängnis gehe, geschieht dies nicht nur als Loyalität, sondern weil es in der Tat auch unbequem für die derzeitigen deutschen Machthaber ist, wenn ich eingesperrt bin. Als Gefangener bin ich eine lebendige Demonstration. Um diesen Prozeß am Leben zu erhalten, empfinde ich es als meine Pflicht, ihre Sache als die meine anzusehen.>

(Zitat Original: Ich gehe nicht aus Gründen der Loyalität ins Gefängnis, sondern weil ich als Eingesperrter am unbequemsten bin. Ich beuge mich nicht der im roten Sammet gehüllten Majestät des Reichsgerichts, sondern bleibe als Insasse einer preußischen Strafanstalt eine lebendige Demonstration gegen ein höchstinstanzliches Urteil, das in der Sache politisch tendenziös erscheint und als juristische Arbeit reichlich windschief. Diesen Prozeß lebendig zu halten, das bin ich allen denen schuldig, die für mich eingetreten sind, obgleich die Umstände es verweigerten, ihnen genaue Kenntnis von der Materie zu geben. Das bin ich auch den namenlosen proletarischen Opfern des Vierten Strafsenats schuldig, um die sich niemand außer den Parteifreunden gekümmert hat, denn der Fall der Weltbühne ist der einzige seit langem, der eklatant geworden ist und die Öffentlichkeit wirklich erregt hat. Die große Spinne von Leipzig soll einen Bissen zu viel geschluckt haben.)

Er hat sich nicht verrechnet. Es gab im ganzen Lande Leute, die seine Sache zu ihrer eigenen machten und aufschreien, und sie schrien ziemlich laut. Dieser merkwürdige Friedensfreund verdient nun seine Friedensidee damit, daß er für die Regierung seines Vaterlandes fortwährend unbequem bleibt.

Und Jahr für Jahr können die Vorwürfe, daß er <eingesperrt und in einem Konzentrationslager zu Tode gequält> werde, erhoben wer-

den. Seit Jahren soll er den Friedensnobelpreis dafür erhalten. Wie wäre es denn, wenn Herr Ossietzky auch einmal eine positive Hilfe ist, in dieser schweren Übergangszeit, wo alle die Zähne fletschen gegen diejenigen Ämter und Behörden ihrer jeweiligen Nationen. Was will er eigentlich? Gibt es eine deutsche Aufrüstung, gegen die er als Friedensfreund demonstrieren müßte? Sieht dieser Deutsche nicht, daß sein Land geschlagen ist und herabgewürdigt inmitten der anderen Länder, von der Gnade der Franzosen und Engländer abhängig?»

Nur ein paar Stunden, nachdem Hamsuns Artikel auf der Straße zu lesen war, erschien «Dagbladet» mit einer Antwort des Schriftstellers Nordahl Grieg, und zwar unter der Überschrift: «Antworte, Ossietzky!». Er schrieb:

«Wir haben einige Dichter gehabt, deren Wort im Lande etwas galt. Sie waren unser Stolz, wenn sie sich gegen Unterdrückung und Unrecht erhoben.

Die Welt steht still und hält den Atem an  
wenn der Alarm ertönt.

Nun hat Knut Hamsun das Erbe angetreten, er hat einen Brief verbreitet, in dem er verkündet, das große deutsche Volk sei gekränkt und bedürfe einer Verteidigung.

Da sitzt ein Mann, Ossietzky, im Konzentrationslager Oldenburg, wo er wegen seiner Friedensarbeit eingesperrt ist. Er hätte flüchten können, aber er entscheidet sich zum Bleiben. Denn die Welt sollte hören, daß es strafbar war, gegen den Krieg zu kämpfen. Die deutsche Regierung hat rund um das Gefängnis Stacheldraht, Bajonette und Isolation geschaffen. Ist dies nicht für das Vergessen berechnet? Mit Unwillen merken das Dritte Reich und seine Freunde, daß der Mann nicht vergessen ist. Heute nun ruft Knut Hamsun seine Erbitterung darüber aus, daß dieser unbequeme Friedensfreund für den Nobelpreis vorgeschlagen wurde. Warum dieser Unwille? Hier war doch alles offenbar, hier wird in Europa aufgerüstet wie nie zuvor, wir stehen vor einer Katastrophe, die die Menschheit auslöschen kann, und Knut Hamsuns Zeitgenossen im Nobel-Komitee bekommen es nicht fertig, sich darüber zu einigen, ob ein Kriegsgegner einen Friedenspreis erhalten soll.

Es ist nicht genug für Knut Hamsun, daß Herr Ossietzky so leicht davonkommt, es ist viel mehr, was der Meister fordert. Was will er? Will er nun etwa als Friedensfreund gegen die deutsche Aufrüstung demonstrieren? Antworte, Ossietzky! Das Signal ertönt, hier ist ein großer norwegischer Dichter, der zum Angriff gegen Dich antritt, er ist ein mutiger Mann. Er hat seinen Gegner sorgsam ausgewählt, der liegt nämlich gefesselt in einem Konzentrationslager. Er will, daß

Du in Vergessenheit gerätst - aber vielleicht wird es Dinge geben, die wir nicht vergessen - eine Berühmtheit fragt, und der Mann in der Gefängniskluft kann nicht antworten.»

Hamsuns Artikel erregte großes Aufsehen und auf mancher Seite Verbitterung. Lange Zeit drehte es sich um die Frage: für oder wider Hamsun. Die norwegische Studentenverbindung verfaßte eine Resolution, die Hamsuns Auftreten verurteilte und ihm empfahl, seinen unbeholfenen Versuch als politischer Kommentator aufzugeben, denn er habe noch viel zu lernen von dem KZ-Gefangenen Carl von Ossietzky, nämlich Solidarität, Menschlichkeit, Mut und Würde. Dreihundert Studenten unterschrieben einen Protest gegen Hamsun «der sicher auf seinem Hof saß und der zu alt war, um in den Krieg zu ziehen, wie die Jungen es tun mußten».

Die konservative Studentenvereinigung verteidigte Hamsun mit einer Verlautbarung, in der man «Abstand nahm von der giftigen Verfolgung, der Hamsun ausgesetzt wurde. Niemals hat er mehr für die Jugend der Zeit bedeutet. Die nationale Jugend schließt sich auch in dieser Sache zusammen unter seiner großen geistigen Führung». Sämtliche Gymnasialistenverbände in Oslo, außer einigen vom Ostteil der Stadt, verfaßten ähnlichlautende Resolutionen, die ihre Zustimmung zu Hamsuns Artikel gaben.

Doch Hamsun selbst verbat sich diese Unterstützung. «Ich brauche nicht entschuldigt zu werden. Ich lese Zeitungen und weiß was ich tue.» Auch im Ausland erweckte Hamsuns Stellungnahme große Aufmerksamkeit, und die deutsche Regierung sowie die deutschen Zeitungen nutzten dies optimal für ihre Propaganda als Ausdruck einer breiten Meinungsäußerung der Norweger gegen Ossietzky. Der norwegische Schriftstellerverband nahm die Angelegenheit auf und spaltete sich, als 33 Mitglieder es unternahmen, einen Protest gegen Hamsun herauszugeben. Sie empfanden es als peinlich, daß ein norwegischer Nobelpreisträger die deutschen Machthaber in dieser Frage unterstützte, wo doch eine Reihe anderer Nobelpreisträger sich für Ossietzky eingesetzt hatten. Willy Brandt war als Flüchtling damals in Norwegen und meldete sich bereits zu einem frühen Zeitpunkt mit seiner Unterstützung für Ossietzkys Kandidatur in einer Reihe von Artikeln unter einem Pseudonym in Zeitungen und Zeitschriften der Arbeiterpartei. Er schrieb u.a., nachdem Hamsun das Wort ergriffen hatte: «Knut Hamsun hat sich damit verdient gemacht, das norwegische Volk auf Ossietzky aufmerksam gemacht zu haben. Das war trotz der gemeinen Angriffe nützlich. Aber ihm selbst hat es keine Ehre gebracht. Er unterstützt die deutschen Verbrecher im Kampf gegen Ossietzky. Armes Regime, das vor

einem wehrlosen Gefangenen Angst haben muß!» Willy Brandt arbeitete zu dieser Zeit mit dem radikalen Studenten-Verband «Mot Dag» zusammen, der viele Jahre führend in den Studentenverbindungen war. Unter den Mitgliedern befanden sich zwei Söhne Christian Langes, die sich beide für Ossietzky einsetzten. Christian Lange war Mitglied des Nobel-Komitees und hat selbst den Friedenspreis erhalten. Es kann wohl angenommen werden, daß Willy Brandt auf die beiden Jungen eingewirkt hat, bei ihrem Vater ein Wort für Ossietzky einzulegen, wozu Willy Brandt möglicherweise auch Hintergrundmaterial beschafft haben mag.

Nach dem Hamsun-Streit wurde die Debatte stark aufgeblasen und wurde zeitweise außerordentlich emotional. In dieser Verbindung ist es unumgänglich, einige Zitate auszuwählen, und zwar nicht um zu zeigen, wie überlegen man heute ist, sondern um ein Bild der Ossietzky-Kampagne in Norwegen wiederzugeben und gleichzeitig die zeitgenössische politische Situation zu beschreiben, in der sich die Diskussion abgespielt hat. Es wäre unhistorisch, dieses Material, das für sich selbst spricht, unbeachtet zu lassen:

«Aftenposten» behandelte Ossietzky und seine Kandidatur sowohl vor als auch nach der Verleihung in einer Leitartikelserie:

«[...] Jemand, der die Gesetze seines Landes oftmals gebrochen hat, sollte keinen Friedenspreis erhalten.»

«Er trotzte der Entscheidung, die das Volk als Gesellschaft getroffen hatte, Recht gegen Faustrecht - d.h. Krieg - einzusetzen.»

«Ossietzky ist seinem Land in den Rücken gefallen, als er sich damit brüstete, daß dieses Land in seinem Unglück angeblich die Vertragsbestimmungen von Versailles verletzt habe.»

«Es ist ganz offensichtlich, daß man den Friedenspreis als Argument für oder gegen politische Systeme benutzt. Parteipolitische Leidenschaften waren der Grund dafür, daß man Ossietzkys Namen in den Vordergrund rückte.»

«In dem Moment, wo wir uns mit unseren Ansichten in die Belange eines anderen Staates einmischen oder Norwegens Beziehungen zu anderen Mächten mit der Verleihung des Friedenspreises verbinden, zeigen wir uns unwürdig, diesen Preis zu vergeben.»

Die Zeitung unterstrich, daß das norwegische Volk nichts mit den Abmachungen zu tun habe. Sie konstatierte ferner, «daß der Kommunismus und nicht der Nationalsozialismus die größere Gefahr für die norwegische Demokratie ist».

«Alfred Nobel hat einen Friedenspreis gestiftet. Es wäre eine Verhöhnung der Friedensdienste, diesen Preis an Ossietzky zu geben - an einen Rechtsbrecher - selbst wenn sich nachweisen ließe, daß seine Wirksamkeit gute Resultate erbracht hätten, was jedoch nicht der Fall ist. Im Gegenteil.»

«Wenn man annimmt, daß das nationalsozialistische Deutschland über die Verleihung des Preises an Ossietzky verärgert ist, so glauben wir das nicht. Das einzige, was wir uns aus dieser Maßnahme einhandeln würden, wäre ein mitleidiges Lächeln aus Deutschland.»

«Wir haben in diesem Zusammenhang weder Mussolini noch Hitler genannt (eine kleine nazistische Zeitung hatte diese beiden für den Friedenspreis vorgeschlagen). Dagegen haben wir gesagt, daß es genauso haarsträubend ist, den Friedenspreis an Ossietzky zu geben, als wenn man ihn Franco gäbe.»

Die Zeitung «Nationen» hatte seinerzeit einen Redakteur, der Mitglied der Quisling-Partei war. In einem seiner Leitartikel konnte man u.a. folgendes lesen:

«Die einzige Dimension Ossietzkys war das Nürrische an ihm.»

Die Zeitung meinte in einem anderen Zusammenhang:

«Es zeigte sich, daß der Friedenspreis als Beitrag zu einem neuen Krieg verliehen werden konnte.»

«Hinter dieser Friedenspropaganda, die in voller Kriegsbemalung auftritt, gibt es aber in allen demokratischen Ländern nur den einen Wunsch, den Bolschewismus auszulöschen, sei es im Krieg oder im Frieden. Niemand ist schneller bereit, zu den Waffen zu greifen, als diese <Friedensschreier>, und wenn sie zu bestimmen hätten, wäre Europa heute eine rauchende Ruine.»

Nachdem die Verleihung an Ossietzky eine Tatsache geworden war, konnte man in der gleichen Zeitung lesen:

«Norwegen steht nunmehr außenpolitisch isoliert da. Die Sowjets können in Nord-Norwegen machen, was sie wollen, wenn eines Tages die große Abrechnung kommt. Wegen der Ossietzky-Angelegenheit sehen wir möglicherweise einer großen wirtschaftlichen Einbuße entgegen. Das ganze Volk wird dafür bezahlen müssen, denn die Verrätermentalität in einem Land verführt dazu, den Gleichgesinnten eines anderen Landes eine in Gold gefaßte Absegnung dafür zu übergeben. Die Kriegsgesinnung ist erwacht. Das deutsche Volk hat wohl verstanden, daß wegen des Falles Ossietzky in Norwegen große Erregung herrscht.»



«Die unheilvollen Konsequenzen sind ein Angriff auf unsere eigene Freiheit.»

«Tidens Tegn» schrieb ebenfalls im Leitartikel:

«Wenn er nicht unglücklicherweise im Konzentrationslager säße - wie tausend andere - wäre überhaupt keine Rede davon gewesen, ihn als Kandidaten für den Friedenspreis zu benennen. Ossietzky und die anderen in den deutschen KZs haben einen großen Teil der Verantwortung dafür zu tragen, daß die deutsche Führung so geschwächt war, daß sie sich schließlich freiwillig und mit einem Seufzer der Erleichterung den neuen Machthabern übergeben mußte.»

Nach Meinung der Zeitung war der Preis «eine politische Verleihung im Kampf gegen den Nationalsozialismus» und «der Preis hat den Abstand zwischen den Nationen vergrößert.»

Nachdem Ossietzky den Preis erhalten hatte, wurde eine Reihe ausgewählter Journalisten eingeladen, ihn unter seiner Bewachung im Krankenhaus Westend zu besuchen, wohin er aus diesem Anlaß gebracht worden war. «Tidens Tegn» sandte seinen Mitarbeiter, der einen langen Bericht über den Besuch schrieb und seinen Unmut gegen Ossietzky deutlich zum Ausdruck brachte. Er schrieb:

«Ich bin vielleicht voreingenommen, aber er wirkte auf mich äußerst unsympathisch. Er sprach mit der ruhigen Zurückhaltung eines großen Fanatikers, doch in seinem Gesicht war etwas Hartes und Höhnisches, das eines großen Mannes nicht würdig war. Der hervorspringende Unterkiefer gab ihm hin und wieder einen brutalen, zynischen Ausdruck. Dies gab auch seinen Worten ab und zu ein größeres Gewicht und gleichzeitig eine Wirkung, die man dem harten und haßerfüllten Fanatiker wohl zutrauen konnte.»

Während des Gesprächs mit den Journalisten bemerkte Ossietzky, daß die Welt sich in der gleichen Situation wie 1910 befände. «Wir haben noch vier Jahre.»

Zum Abschluß des Interviews wünschte der Besucher ihm gute Besserung, erwähnte, daß er aus Norwegen komme, und schrieb darüber folgendes:

«Er lächelte mit einer gewissen Wärme in seinem merkwürdigen Gesicht»,

und zwar völlig ahnungslos, wenn man die Haltung des betreffenden Journalisten bedenkt, der sich später scharf von seinen früheren Artikeln distanziert hat.

«Dagbladet» stellte sich während der Debatte völlig hinter Ossietzky:

«Er hat das Seinige für die Sache des Friedens und für die Humanität getan. Wir haben nun das Unsere zu tun. Wir wagen wenig damit - und er alles.»

«Ossietzky zeigt der Welt, daß auch der Frieden sein Feld der Ehre hat. Davor hatte Alfred Nobel seinen Respekt erwiesen.»

«Arbeiderbladet» kämpfte in dieser Zeit ungebrochen für Ossietzkys Sache.

«Es wäre ein Schandfleck für die norwegische Nation, wenn das Nobel-Komitee sich von der Agitation der bürgerlichen Presse beeinflussen ließe».

Als die Verleihung entschieden war, hieß es auf der Kulturseite, daß «die Verleihung den Glauben daran gestärkt habe, daß es möglich sei, der nazistischen Flut Einhalt zu gebieten».

Da die Debatte vorwiegend politisch war, führte es dazu, daß sich zwei Mitglieder des Nobel-Komitees noch vor der Beschlußfassung zurückzogen. Daß Ossietzky ein konkurrenzloser Kandidat war, stand für die meisten Mitglieder des Komitees fest. Die Ausscheidenden waren der seinerzeitige Außenminister, Geschichtspräsident Halvdan Koht, und sein Vorgänger, der liberale Linke Johan Ludwig Mowinckel. Die nachrückenden Mitglieder wurden berufen, und trotzdem war es klar, daß auch das neue Komitee in seinen Auffassungen gespalten war. Der Vorsitzende, der Jurist Fredrik Stang, suchte deshalb vor der letzten Sitzung noch am späten Abend einen der Berater, den Völkerrechtler Professor Frede Gastberg auf, um seine endgültige Meinung zu hören; sein Rat sollte entscheidend für Stangs Votum sein.

Der Beschluß wurde am 22. November veröffentlicht und erregte ungeheures Aufsehen. Die Hoffnung von «Aftenposten», daß Hitlers Deutschland dies mit einem mitleidigen Lächeln zur Kenntnis nehmen würde, erfüllte sich nicht. Schon am Tage darauf veröffentlichte das deutsche Telegrafienbüro eine Meldung, wonach es hieß:

«Die Verleihung des Nobelpreises an einen notorischen Landesverräter ist eine unverschämte Herausforderung und Beleidigung des neuen Deutschland, was eine deutliche Antwort verlangt.»

Dr. Sahm, der deutsche Gesandte in Oslo, suchte Außenminister Koht auf und überbrachte ihm den offiziellen deutschen Protest, worin es hieß, daß die Verleihung «eine bewußt feindliche Handlung gegen Deutschland» sei. Koht erwiderte, daß weder die norwegische Regierung noch das norwegische Parlament für die Preisverleihung

verantwortlich gemacht werden könnten. Wenn die Angelegenheit die Beziehungen zu Deutschland berühren sollte, so müsse man die Konsequenzen daraus ziehen.

Hitler war außer sich und befahl sofort, daß kein Deutscher in Zukunft mehr einen Nobelpreis annehmen dürfe. Er stiftete einen «Gegenpreis», den ein deutscher Offizier erhielt, der während des ersten Weltkrieges in Norwegen als Spion tätig gewesen war.

Was nun die längerfristigen Folgen betraf, so machte sich dies zwei Jahre später bemerkbar, als Norwegen und Deutschland wegen des Verkaufs von Walöl verhandelten. Von deutscher Seite verlautete damals, daß die Verhandlungen wegen der Verleihung des Friedensnobelpreises an Ossietzky erschwert wären.

Die Verleihung des Preises erfolgte an Nobels Todestag im Nobelinstitut. Das diplomatische Corps war anwesend, ausgenommen der deutsche und der italienische Botschafter. Gewöhnlich war auch König Haakon anwesend, doch aus einem nicht bekannten Grund war er dieses Mal nicht erschienen. Die Ursache kann sein, daß die Debatte um Ossietzky so große Gegensätze in seinem Volk offenbart hatten, daß er es vorzog, nicht bei der Verleihung dabeizusein. Es kann aber auch sein, daß er von den Offizieren, die ihn ständig umgaben, entsprechend beeinflußt worden war. Es ist aber wohl anzunehmen, daß er sein Verhalten später bedauerte, als ihn Hitlers Soldaten aus seinem Land vertrieben.

Niemals vorher oder später hat die Verleihung eines Friedenspreises zu so erregten und gefühlsbeladenen Debatten geführt wie im Falle Ossietzkys. Dies geschah in größtem Umfang nicht nur im Lande selbst, sondern auch im Ausland. In der Diskussion waren viele Menschen verwickelt, sie war nach der Verleihung des Preises längst nicht abgeschlossen.

Ossietzkys Name taucht immer wieder in der norwegischen Friedensdiskussion auf. Sein Fall ist in norwegischen Schulbüchern festgehalten. Tausende und Abertausende sind durch seinen Einsatz inspiriert worden, sich aktiv in der Friedensarbeit zu betätigen und somit seinen Kampf mit seinen Mitteln weiterzuführen. Er wurde ein Symbol und auch ein Alibi dafür, daß es einmal ein «anderes Deutschland» gab, das wir alle in der aktuellen derzeitigen Situation wiederzufinden hoffen.

Die Preisverleihung war nicht nur eine richtige Entscheidung, sondern gleichzeitig auch eine mutige Handlung in Verbindung mit dem Geist und dem Mut, den der Preisträger mit seinem Einsatz für den Frieden gezeigt

hat. Die späteren Ereignisse bewiesen, daß sowohl der Preisträger als auch das Komitee zu Alfred Nobels Ideen gestanden haben. Darüber gibt es nun keinen Zweifel mehr - zumindest nicht in Norwegen.

## Christoph Schottes

### *Die Nobelpreiskampagne für Carl von Ossietzky in Schweden*

«Auch in schwedischen Arbeiterkreisen hatte der parteilose deutsche Radikale Sympathien, aber es fiel doch nicht leicht, wirkliches Verständnis für ihn aufzubringen.»<sup>1</sup>

«Man konnte wirklich von einer antifaschistischen Einheitsfront sprechen. In Schweden war sie möglich; sie galt einem Menschen, der in Deutschland im KZ saß, zusammen mit linken Kameraden aus allen gesellschaftlichen Schichten.»<sup>2</sup>

Diese beiden Äußerungen über die Reichweite der Solidaritätsarbeit für Ossietzky sind in ihrer Unterschiedlichkeit bezeichnend für die bisher nur ungenaue Aufarbeitung der schwedischen Nobelpreiskampagne. Vor allem die schwedischsprachigen Quellen sind bislang nicht systematisch zusammengestellt, geschweige denn ausgewertet worden. Der folgende Bericht stellt einen ersten Versuch dar, diese Aufarbeitung zu leisten. Er ist noch von vorläufigem Charakter, da erst ein im Herbst 1989 beginnender Studienaufenthalt des Autors in Stockholm den Zugang zu sämtlichen Quellen und eventuell auch zu einigen Zeitzeugen der Kampagne ermöglichen wird.

Schweden spielte schon vor Beginn der eigentlichen Nobelpreiskampagne eine Rolle bei den ersten Bemühungen um Ossietzkys Befreiung aus der KZ-Haft. Neben anderen <diplomatischen> Rettungsversuchen wollten Ossietzkys exilierte Freunde die schwedische Gräfin Wilamowitz zu einer Intervention bei deren Schwager Göring bewegen. Diese Aktion ist bereits

---

<sup>1</sup> Mia Leche-Löfgren: Carl von Ossietzky - Den siste tyske fredspristagaren. Stockholm 1945, S. 17.

<sup>2</sup> Rosalinde von Ossietzky-Palm: Wie es auch war. In: Carl von Ossietzky - Fünfzig Jahre Friedensnobelpreis. Oldenburg 1987 (Oldenburger Universitätsreden Nr. 6), S. 11.

näher dargestellt worden<sup>3</sup>. Sie hatte ebensowenig Erfolg wie ähnliche Bemühungen, konservative englische Persönlichkeiten für Ossietzky einzusetzen.

Als dann 1934 und verstärkt 1935 die Hilfsarbeit für Ossietzky auf seine Kandidatur für den Friedensnobelpreis ausgerichtet wurde, gewann Schweden eine besondere Bedeutung. Zwar wird der Nobelpreis für den Frieden bekanntlich in Oslo, von einem Komitee des norwegischen Parlamentes, verliehen, aber der Sitz der Nobelstiftung, die das Erbe Alfred Nobels verwaltet, ist Stockholm, und die Nobelpreiskandidaturen finden naturgemäß sowohl in Schweden als auch in Norwegen eine größere Aufmerksamkeit als außerhalb Skandinaviens. Neben das jeweilige politische, literarische und naturwissenschaftliche <Fachinteresse> tritt noch eine Art <nationales Interesse>, da Stockholm und Oslo durch die Preisverleihungen regelmäßig aus ihrem sonst eher randständigen Status ins Licht der Weltöffentlichkeit geraten. Dies galt in den Dreißiger Jahren wegen der unvergleichlich schlechter entwickelten globalen Kommunikationsstrukturen vermutlich noch sehr viel eindeutiger als heute. Dementsprechend wichtig mußte es sein, die öffentliche Meinung Schwedens zugunsten Ossietzkys zu beeinflussen. Wie sich für die Aktivisten des <Freundeskreises Carl von Ossietzky> bald herausstellte, war auch die persönliche Bearbeitung einzelner Mitglieder des Osloer Nobelkomitees notwendig<sup>4</sup>. Als Ausgangspunkt solcher Versuche kam neben Norwegen hauptsächlich Schweden in Frage. (Der <Freundeskreis> mit seinem <Motor> Hilde Walter in Paris soll hier nicht näher dargestellt werden. Dazu ist auf die entsprechenden anderen Beiträge des Symposiums zu verweisen sowie auf die vorzügliche Hamburger Dokumentation)<sup>5</sup>.

Tatsächlich blieben Ausmaß und Intensität der Nobelpreiskampagne in Schweden hinter dem zurück, was zu erwarten gewesen wäre. Zum einen hatte dies innerschwedische Gründe. Stichworte sind die verbreitete Deutsch-Freundlichkeit bürgerlicher Kreise und die Konkurrenz-Kandidatur des schwedischen Prinzen Carl (s.u.). Zum anderen war ein Charakteristikum des <Freundeskreises>, daß er ohne den Rückhalt einer festen

<sup>3</sup> Frithjof Trapp, Knut Bergmann, Bettina Herre: Carl von Ossietzky und das politische Exil. Die Arbeit des <Freundeskreises Carl von Ossietzky> in den Jahren 1933-1936. Hamburg 1988, S. 47 ff.

<sup>4</sup> Ebd., S. 80 f, 93 ff.

<sup>5</sup> Ebd.

Organisation arbeitete und daher auf persönliche Beziehungen und zufällige Kontakte angewiesen war, um die Kampagne voranzutreiben. Und in Schweden fanden sich zwar ein paar aktive und rührige Unterstützer, aber niemand, dessen Energie und Wirkung mit der Willy Brandts in Norwegen vergleichbar gewesen wäre. Ebenfalls im Unterschied zur norwegischen Situation fehlte das eindeutige Engagement der großen Arbeiterpartei für Ossietzky.

Der erste Kontakt nach Schweden beruhte auf der Bekanntschaft Hellmut von Gerlachs mit dem sozialdemokratischen Journalisten Paul Olberg in Stockholm. Olberg lebte vor 1933, u.a. als Korrespondent schwedischer Zeitungen, in Berlin. Anfang 1934 war er an dem oben erwähnten Versuch beteiligt, mit Hilfe einer schwedischen Gräfin bei Göring zu intervenieren. Von Olberg stammten auch wichtige taktische Hinweise für die beginnende Nobelpreiskampagne<sup>6</sup>. Bis etwa Mitte 1935 scheint Olberg der wichtigste Kontaktmann für Hellmut von Gerlach und Hilde Walter in Schweden gewesen zu sein. Er wurde ausdrücklich mit der Bearbeitung der schwedischen Presse betraut, er wollte die Denkschrift von Gerlachs übersetzen lassen (wozu es wahrscheinlich nicht gekommen ist) und er stellte Kontakte her, z.B. zu dem sozialdemokratischen Abgeordneten und Rechtsanwalt Georg Branting und dem jungen sozialdemokratischen Politiker Hjalmar Mehr. In der Hochphase der Kampagne trat Olberg allerdings nicht mehr in Erscheinung, da er sich fast ein Jahr als Berichterstatter für schwedische Blätter im Nahen Osten aufhielt.

Zum aktivsten Propagandisten Ossietzkys in Schweden entwickelte sich der Emigrant Kurt Singer (eigentlich Kurt Deutsch). In Wien geboren, lebte er bis 1934 als Buchhändler in Berlin und mußte dann, als erst Dreiundzwanzigjähriger, wegen politischer Aktivitäten fliehen. Er faßte in Schweden schnell Fuß als Journalist. Wie viele Emigranten versuchte er in seinem publizistischen Wirken über die Verhältnisse in Deutschland aufzuklären, war dabei aber umtriebiger und erfolgreicher als die meisten anderen. Er schrieb für die sozialdemokratische und die gewerkschaftliche Presse, die liberale <Göteborgs Handels- och Sjöfartstidning> und die antinazistische Wochenzeitung <Trots allt>. Außerdem veröffentlichte er mehrere antinazistische Bücher und Broschüren, darunter auch Anfang 1936 <Carl von Ossietzky - Fredskämpen i koncentrationslägret>. Singer wurde im Verlauf

---

<sup>6</sup> Ebd., S. 48 f, 80 f.

der Kampagne einer der beiden Ansprechpartner des <Freundeskreises> in Schweden. Offensichtlich hat er aber weitgehend selbständig gearbeitet und seine Aktivitäten nicht immer mit dem <Freundeskreis> abgestimmt, was mitverantwortlich war für einige Unstimmigkeiten.

Von Singer wurde Mia Leche-Löfgren für die Sache Ossietzkys gewonnen. Sie wurde die zentrale Figur der schwedischen Nobelpreiskampagne neben Singer und hielt auch Kontakte zum <Freundeskreis>. Sie war Schriftstellerin, Frau eines ehemaligen (bürgerlichen) Außenministers und Vorsitzende des Hilfskomitees für intellektuelle Flüchtlinge. Außerdem war sie im Vorstand der schwedischen Sektion der Frauenliga für Frieden und Freiheit, die sich bekanntlich in mehreren Ländern stark für Ossietzkys Sache engagierte. Im Frühjahr 1935 erhielt sie von Singer Material über Ossietzky. Vom Sommer desselben Jahres an setzte sie sich mit Zeitungsartikeln, Aufrufen und Vorträgen für Ossietzky ein. Ihr Engagement war auch deshalb wichtig, weil sie als anerkannte liberale Persönlichkeit frei war vom Verdacht kommunistischer Sympathien und über gute Kontakte auch in großbürgerlichen Kreisen verfügte.

Unter maßgeblicher Beteiligung Leche-Löfgrens wurde im April 1936 - also relativ spät - das schwedische Ossietzky-Komitee gegründet. Mitglieder waren neben Leche-Löfgren der syndikalistische Verleger Axel Holmström, der auch Singers Ossietzky-Broschüre herausgab, die Schriftstellerin Marika Stiernstedt und der Mediziner Professor Josua Tillgren<sup>7</sup>. Nach anderen, bisher nicht nachprüfbaren Quellen, gehörten auch die Schriftstellerin Karin Boye, Mia Leche-Löfgrens Tochter Ulla und ihr Sohn aus erster Ehe, der Arzt Bertil von Friesen, dazu. Die Komitee-Gründung war mit einer öffentlichen Veranstaltung «Für Ossietzkys Freigebung» verbunden. Der Kreis der zu der Veranstaltung aufrufenden Gruppen spiegelt ein wenig die Schwierigkeiten, größeres öffentliches Interesse für Ossietzky zu wecken. Über pazifistische Vereine, Organisationen der Nüchternheitsbewegung (die allerdings in Schweden eine andere, weniger sektenhafte Bedeutung hatten und haben als in Deutschland), christliche Gruppen, eine Vereinigung antifaschistischer Kulturschaffender und die Stockholmer Frauen-Sektionen der liberalen Partei und der Sozialdemokratie ging er nicht hinaus. Das Komitee scheint auch der Arbeit für Ossietzky nicht sonderlich genützt zu haben. Mia Leche-Löfgren klagte noch

---

<sup>7</sup> Mia Leche-Löfgren: *Hård Tid*. Stockholm 1946, S. 296.



im Juli 1936 in einem Brief an Hilde Walter, daß «es [...] außerordentlich schwer (ist) in Schweden für C.v.O. zu arbeiten - Discretion wegen Prinz Carl u.s.w. Wir haben hier keine Organisation, wir arbeiten nur sporadisch und individuell [!] - ich zum Beispiel habe einige Reden gehalten, eine Artikeln [!] geschrieben, das ist alles was ich prestiert habe.»<sup>8</sup>

Im selben Brief berichtete Leche-Löfgren, daß für den oben erwähnten Ossietzky-Abend kein einziger Stockholmer Journalist als Redner zu gewinnen war, man mußte auf jemanden aus der Provinz zurückgreifen. Diese Zurückhaltung führte sie auf eine «schon von Deutschland eingeschüchterte Presse» zurück. «1936 war die schwedische Mittelklasse und Oberklasse, wenigstens in der Hauptstadt, teilweise nazifiziert.»<sup>9</sup> Deutlich zu trennen von dieser Einschätzung ist die gesamte Linkspresse. In den Dreißiger Jahren existierten in Schweden zahlreiche, vor allem auch die Provinz erreichende, sozialdemokratische und gewerkschaftliche Zeitungen. Sie nahmen eindeutig für Ossietzky Stellung und standen z.B. Kurt Singer offen, wenn er mit kleinen Meldungen das Interesse an Ossietzky wachhalten wollte. An Pro-Ossietzky-Blättern kamen hinzu <Arbetaren> (anarcho-syndikalistisch), die <Göteborgs Handels- och Sjöfartstidning>, eine liberale Zeitung, die vom prononciert antifaschistischen Engagement ihres Chefredakteurs Torgny Segerstedt geprägt war, und <Folkets Dagblad>, die Tageszeitung der unabhängigen Sozialisten. Kurt Singer brachte auch in Zeitschriften wie <Idun> und <Folket i bild> Artikel über Ossietzky unter. Nach den im Oldenburger Ossietzky-Archiv vorliegenden, allerdings noch nicht vollständigen Quellen ist in <Folkets Dagblad> eine besonders rege Ossietzky-Berichterstattung zu verzeichnen. Mit Material versorgt wurde diese Zeitung u.a. von Willy Brandt, der den unabhängigen Sozialisten, einer Rechtsabspaltung der schwedischen KP, als SAP-Vertreter besonders nahestand.

Das Bild Ossietzkys, das in den Meldungen der Tagespresse entsteht, ist nicht sonderlich genau oder gar tiefergehend. Ossietzky wird nahezu ausschließlich als Friedenskämpfer oder Friedensmartyrer dargestellt. Die Breite seines journalistischen Schaffens, das ja zu einem wichtigen Teil deutliche politische Stellungnahmen zu allen möglichen Fragen der Weimarer Republik einschloß, bleibt weitgehend unberücksichtigt. Das hat

---

<sup>8</sup> Brief an H. Walter, 13.7.1936. Mia Leche-Löfgrens papper, Königliche Bibliothek Stockholm.

<sup>9</sup> Mia Leche-Löfgren: Carl von Ossietzky, S. 4.

seinen Grund natürlich in den taktischen Erfordernissen einer Kampagne für den Friedensnobelpreis. Hinzu kommt, daß die Pressemeldungen oft sehr kurz waren und eine eher Aufmerksamkeit heischende als erklärende Funktion hatten. Aber jenseits dieser Ursachen scheint die Reduzierung Ossietzkys auf eine Art Friedensapostel in Schweden besonders gut gelungen zu sein bzw. auf fruchtbaren Boden gefallen zu sein: Ossietzky war vor der Nobelpreiskandidatur gänzlich unbekannt. Das verschaffte den journalistischen Wegbereitern der Kampagne, vor allem Kurt Singer, ein Informationsmonopol, das es ihnen erleichterte, das Bild eines reinen, edlen, eher unpolitischen Pazifisten entstehen zu lassen. Zudem waren pazifistische Haltungen in Schweden viel stärker gesellschaftlich anerkannt als beispielsweise in Frankreich und Deutschland. Bis Mitte der Dreißiger Jahre kam es vor, daß die Sozialdemokratie, die zu dieser Zeit noch mit großer Emphase auf die friedensstiftenden Wirkungen des Völkerbundes setzte, sinkende Militärhaushalte verabschiedete<sup>10</sup>. Abrüstung war also nicht bloße Programmatik für Sonntagsreden, sondern - wenn auch nur in bescheidenem Maß - staatlich durchgesetzte Politik.

Ein etwas ausführlicheres Bild Ossietzkys entstand in den Vorträgen, die Mia Leche-Löfgren bei Solidaritätsveranstaltungen im ganzen Land hielt, sowie in Singers Ossietzky-Broschüre. Doch auch hier stand der unbestechliche Friedensfreund Ossietzky absolut im Mittelpunkt. Seine Beteiligung an der Aufklärung der Fememorde wurde erwähnt, die Prozesse, die ihm seine Aufrüstungskritik einbrachte, seine Mitarbeit in pazifistischen Organisationen. Daneben wurde sein stilistisches Können als Journalist gerühmt und seine frühzeitigen Warnungen vor dem kommenden Faschismus wurden zitiert. Leche-Löfgren legte großen Wert auf den für die Gewinnung der bürgerlichen Öffentlichkeit Schwedens wichtigen Nachweis, daß Ossietzky keineswegs Kommunist sei, sondern überzeugter Demokrat<sup>11</sup>. Singer wies in einem Zeitschriftenartikel zum 1. Mai 1936 auch einmal explicit auf die politische Dimension des ganzen Falles hin: «Der Kampf für Ossietzky ist der Kampf für 150 000 politische Gefangene im Dritten Reich.»<sup>12</sup>

---

<sup>10</sup> Helmut Müssener: Exil in Schweden. München 1974, S. 54.

<sup>11</sup> Mia Leche-Löfgren: Några ord om Carl von Ossietzky. Unveröff. Manuskript (1936), S. 17 f. Mia Leche-Löfgrens papper, Königliche Bibliothek Stockholm.

<sup>12</sup> <Idun> 4/1936.

Ein wichtiger Teil der Nobelpreiskampagne bestand darin, mit der Biographie Ossietzkys seine Würdigkeit als Kandidat zu unterstreichen. Dabei sahen sich Ossietzkys emigrierte Freunde einerseits vor das Problem gestellt, aus ihrem nur bruchstückhaften Wissen eine einigermaßen zuverlässige Vita zusammenzustellen, andererseits «mußte man sich», wie Hilde Walter formulierte, «bei der Zusammenstellung der erforderlichen biographischen Daten bewußt und planmäßig nach den Bedürfnissen oder Wünschen der Empfänger richten»<sup>13</sup>. In Schweden ging diese «bewußte und planmäßige Zusammenstellung» bis zur freien Erfindung. So wurde z.B. Ossietzkys Vater zum höheren Beamten und «sehr intimen Freund des liberalen Hamburger Bürgermeisters Petersen»<sup>14</sup>, er selbst «legte schon in jungen Jahren seinen Freiherrentitel ab»<sup>15</sup>. Die Absicht solcher Ausschmückungen liegt auf der Hand, sie waren möglich bei einer Person, die bis dahin in Schweden gänzlich unbekannt war. Somit bietet Schweden ein Beispiel für den Erfolg der Strategie einer < sich von selbst entwickelnden Legendenbildung ><sup>16</sup>, wie sie von Hilde Walter propagiert wurde (wiewohl diese sicher an eine seriösere Variante der Legendenbildung dachte).

Ein weiteres Detail des schwedischen Ossietzky-Bildes ist zu beachten: Ein Kritiker der (heimlichen) deutschen Aufrüstung stieß in bürgerlichen Kreisen Schwedens auf wenig Verständnis. Dort hielt man den Versailler Vertrag für viel zu hart gegenüber Deutschland, und Verstöße gegen seine Bestimmungen wurden als eine Art staatliches Kavaliersdelikt betrachtet.<sup>17</sup>

Zu einem bedeutsamen Hemmschuh für die schwedische Ossietzky-Kampagne wurde die parallel laufende Bewegung für die Erteilung des Friedensnobelpreises an Prinz Carl. Der Bruder König Gustavs sollte für seine Verdienste um das schwedische Rote Kreuz, dessen Vorsitzender er war, geehrt werden. Viele Frauenorganisationen, auch die weiblichen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, traten für ihn ein. Seine Kandidatur erhielt große Publizität, u.a. durch eine landesweite Unterschriftensammlung. In dieser Situation hielten es die Aktivisten um Leche-Löfgren für unklug, Os-

---

<sup>13</sup> Kommentare und ergänzende Informationen. Unveröff. Manuskript (o.O., o.J.) S. 7. Ossietzky-Archiv Oldenburg [im folgenden: OA].

<sup>14</sup> Kurt Singer in <Folket i bild> 1936.

<sup>15</sup> Leche-Löfgren: Några ord, S. 3.

<sup>16</sup> Trapp, Bergmann, Herre: a.a.O., S. 141.

<sup>17</sup> Leche-Löfgren: Hård tid, S. 294.

sietzky weiterhin als Nobelpreisanwärter zu propagieren, da ihm die Konkurrenzsituation schaden müsse. Noch am 6.9.1935 hatte Leche-Löfgren in einem ihrer ersten Artikel über Ossietzky in <Dagens Nyheter> offen für ihn als Preisträger argumentiert. Kurz darauf begann die Kampagne für Prinz Carl. Daraufhin traten Leche-Löfgren und ihre Freunde öffentlich nur noch für Ossietzkys Befreiung ein. Von solchen Empfindlichkeiten weniger berührt war die Arbeiterpresse. Dort hieß es z.B., «daß es doch wohl möglich sein muß, daß auch ein Prinz einmal etwas Gescheites verrichtet, ohne dafür ausgezeichnet zu werden», wie Willy Brandt in einem Brief an Hilde Walter zitierte<sup>18</sup>.

Erst im Winter 1935/36 wurde die <Ossietzky-Sache> in der schwedischen Öffentlichkeit einigermaßen bekannt. Bedeutsam dafür war vor allem, daß im Januar 1936 50 Mitglieder der Ersten und Zweiten Kammer des Reichstags Ossietzky offiziell beim Osloer Nobelkomitee vorschlugen. Nicht zuletzt ging dies auf die Kontakte Brandts zur Sozialistischen Partei zurück. Deren neun Parlamentsmitglieder hatten den Vorschlag initiiert.

Trotz des bisher nur lückenhaft vorliegenden Materials kann festgestellt werden, daß im Laufe des Jahres 1936 eine kontinuierliche Berichterstattung über Ossietzky stattfand. Diese Berichterstattung ist als der Kern des öffentlich wahrnehmbaren Teils der Nobelpreiskampagne anzusehen. Es wurde versucht, neben Artikeln, die über Ossietzkys Werk und sein Schicksal informierten, immer wieder auch kleinste Meldungen über seinen Gesundheitszustand, seinen momentanen Aufenthaltsort oder den Stand der internationalen Bewegung für seine Kandidatur zu veröffentlichen. Auch im Dienste solcher Pressepolitik lud Kurt Singer im Sommer 1936 Rosalinda von Ossietzky nach Schweden ein und verschaffte ihr einen Platz an der Viggbyholmskolan, einem Internat außerhalb Stockholms. Die Sechzehnjährige, die die letzten drei Jahre in England gelebt hatte, war auf die Unterstützung durch Freunde ihres Vaters angewiesen. In Schweden beteiligte sie sich mit Singers Hilfe an der Rettungskampagne für ihren Vater. Sie stand jedoch in dem Konflikt, etwa in Zeitungsinterviews mit Äußerungen über ihren Vater sehr vorsichtig sein zu müssen, um ihm nicht zu schaden<sup>19</sup>.

---

<sup>18</sup> Wilhelm Büttemeyer (Hrsg.): Willy Brandts Briefe an Konrad Reisner und Hilde Walter. Oldenburg 1988, S. 41.

<sup>19</sup> Vgl. z.B.: Han är ej kommunist. <Dagens Nyheter>, 9.9.1936.

Unabhängig von allen bisher geschilderten Aktivitäten gab es auch in Schweden von gewerkschaftlicher und von kommunistischer Seite Bemühungen um Ossietzky. Deren Umfang und Reichweite sind mangels ausreichenden Quellenmaterials bisher nicht zu bestimmen. Einige illustrative Beispiele können aber genannt werden: Die Rote Hilfe organisierte eine große Unterschriftensammlung für die Freilassung der in Deutschland wegen politischer Vergehen inhaftierten schwedischen Seeleute Jansson und Mineur<sup>20</sup>. Auf den Unterschriftenlisten wurde gleichzeitig gefordert, Thälmann, Mierendorff, Ossietzky «und alle übrigen inhaftierten Hitlergegner» freizulassen<sup>21</sup>. Der Gewerkschaftsdachverband der Stadt Örebro protestierte im Auftrag der lokalen 1. Mai-Kundgebung gegen die Gerichtsurteile gegen Jansson und Mineur sowie gegen die Konzentrationslagerhaft und -Behandlung Ossietzkys<sup>22</sup>. Das deutsche Konsulat in Göteborg berichtete am 17.2.1936: «[...] die Gothenburger Vereinigung der Mieter (ein stark kommunistisch eingestellter Verband) habe Carl von Ossietzky bei dem norwegischen Nobelausschuss als Kandidat für den Friedenspreis vorgeschlagen»<sup>23</sup>.

Mit der Bekanntgabe der Preisträger 1935 und 1936, Ossietzky und Lamas, war die Kampagne beendet. Die öffentlichen Auseinandersetzungen um Ossietzky hielten jedoch wie in anderen Ländern so auch in Schweden an. Jetzt meldeten sich besonders deutsch-freundliche, konservative Kreise mit scharfer Kritik an der Entscheidung des Nobelkomitees zu Wort. Der einflußreiche Stockholmer Literaturprofessor und Journalist Fredrik Böök hielt dem Nobelkomitee vor, es habe seinem Ruf schwer geschadet, indem es den Preis einem Mann erteilte, der «sich gegen sein Land schuldig gemacht hat»<sup>24</sup>. Ähnlich äußerte sich Sven Hedin, der auch noch forderte, Norwegen das Recht der Friedenspreisverleihung zu entziehen<sup>25</sup>. Auch mehrere der Nachfahren Nobels distanzierten sich öffentlich von der Osloer Entscheidung<sup>26</sup>.

---

<sup>20</sup> Vgl. Jan Peters: *Exilland Schweden*. Berlin (Ost) 1984, S. 14 ff.

<sup>21</sup> Bericht der dt. Gesandtschaft Stockholm v. 23.4.1936. Kopie im OA.

<sup>22</sup> Kopie des Protestschreibens v. 4.5.1936. OA.

<sup>23</sup> Bericht des Konsulats v. 17.2.1936, S. 3. Kopie im OA.

<sup>24</sup> Zitiert nach Leche-Löfgren: *Carl von Ossietzky*, S. 23.

<sup>25</sup> Kurt R. Grossmann: *Ossietzky - ein deutscher Patriot*. Frankfurt 1973, S. 307.

<sup>26</sup> Ebd., S. 393.

Als direkte Reaktion auf die Ehrung Ossietzkys verbat Hitler bekanntlich im Januar 1937 per <Führererlaß> allen Deutschen die zukünftige Annahme eines Nobelpreises. Als Ersatz wurde ein <deutscher Nationalpreis> geschaffen. Der Führererlaß sorgte in Schweden für beträchtliches Aufsehen und beunruhigte besonders die erwähnten konservativen Kreise. Er war pauschal gegen die Institution Nobelpreis gerichtet, betraf also die in Schweden verteilten wissenschaftlichen Auszeichnungen genauso wie den Friedenspreis.

Fredrik Böök, der auch Mitglied eines der schwedischen Nobelkomitees war, intervenierte wenige Tage nach Bekanntwerden des Führererlasses persönlich bei Berliner Regierungsstellen. Nach seiner Darstellung traf die deutsche Maßnahme in Schweden auf einhellige Ablehnung und führte u.a. dazu, daß deutsch-freundliche Meinungen kaum noch zu Worte kämen. «Die gesamte schwedische Öffentlichkeit habe die Verleihung des Preises an Ossietzky missbilligt und sich dagegen gewandt.»<sup>27</sup> Einen ähnlichen Tenor enthielt der Bericht des deutschen Gesandten in Stockholm, Prinz zu Wied<sup>28</sup>: Der Führererlaß werde «als eine Art Abbruch der diplomatischen Beziehungen auf kulturellem Gebiet» aufgefaßt und sei dem deutsch-schwedischen Verhältnis außerordentlich abträglich. Es seien sogar negative Auswirkungen auf die Handelsbeziehungen (Erzimport) zu befürchten.

Die Haltung der deutschen Regierung blieb völlig unbeeindruckt. Statt dessen wurde sogar der schwedische König bei einem Besuch in Berlin aufgefordert, auf die Stockholmer Nobelkomitees einzuwirken, daß sie auf keinen Fall mehr Deutsche als Preisträger vorschlagen sollten<sup>29</sup>. Die krasse Position der Nationalsozialisten überrascht ein wenig, war doch das Verhältnis zu Schweden ansonsten oft von der großen Bedeutung des schwedischen Erzes für die deutsche Aufrüstung und von der ideologisch überhöhten Wertschätzung für die nordisch-germanische Rasse geprägt. Daß der Führererlaß weder zurückgenommen noch abgeschwächt wurde (und im Jahre 1939 die Professoren Domagk, Butenandt und Kuhn die ihnen angetragenen Nobelpreise ablehnen mußten), ist ein deutlicher Beleg

---

<sup>27</sup> Zitiert nach einer Aktennotiz (6.2.1937) des Gesprächspartners Bööks, Ministerialrat Berndt, für den Staatssekretär der Reichskanzlei, Lammers. Kopie im OA.

<sup>28</sup> Deutsche Gesandtschaft Stockholm an das Auswärtige Amt Berlin, 9.2.1937. Kopie im OA.

<sup>29</sup> Außenminister von Neurath an Staatssekretär Lammers (29.4.1937). Kopie im OA.

für die Bedeutung, die das NS-Regime der Ehrung seines Gefangenen Ossietzky zumaß.

Zurück zu Schweden: Die geschilderten Auseinandersetzungen deuten darauf hin, daß mit der Stellungnahme für oder gegen Ossietzky meist auch eine solche für oder gegen das faschistische Deutschland verknüpft war. Die <Ossietzky-Frage> gewann jedoch nicht die herausragende innenpolitische Bedeutung, die sie etwa in Norwegen hatte. Es ist trotzdem festzustellen, daß eine relativ deutliche Trennungslinie durch die schwedische Gesellschaft ging. Auf der Seite der Ossietzky-Befürworter befanden sich die Pazifisten, religiöse Gruppen, fortschrittliche Frauenverbände, liberale Publizisten, die linkssozialistischen und kommunistischen Parteien sowie große Teile der Basis von Gewerkschaften und Sozialdemokratischer Partei. Auf der Seite der Gegner Ossietzkys fand sich das (groß-) bürgerliche, konservative Schweden mit seinen traditionell guten Kontakten nach Deutschland und seinem Interesse an gedeihlichen Wirtschaftsbeziehungen. Diplomatische Zurückhaltung übten die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder. Sie standen zwischen ihren politischen Sympathien und dem Regierungsinteresse an ungestörten Beziehungen zum großen (und zunehmend mächtiger werdenden) Nachbarn Deutschland. An der <Ossietzky-Frage> zeigten sich so schon viele der Konfliktlinien, die während des Zweiten Weltkrieges die schwedische (Neutralitäts-) Politik bestimmen sollten.





## Charmian Brinson und Marian Malet

### *Die Friedensnobelpreiskampagne in Großbritannien*

In einem Brief von der Pariser Koordinatorin der internationalen Ossietzky-Kampagne, Hilde Walter, an Rudolf Olden vom 18. Januar 1936, als es beiden nur allzu klar gewesen sein mußte, daß die englische Kampagne in ernste Schwierigkeiten geraten war, erinnert sie ihn an eine der Hauptgrundregeln der ganzen Kampagne: «Sie wissen ja, wirkungsmäßig bleibt England das Kernstück.»<sup>1</sup> Tatsächlich waren alle Mitglieder des <Freundeskreises Carl von Ossietzky> von Anfang an fest davon überzeugt, daß angesichts der zentralen Bedeutung Englands für die nationalistische Außenpolitik der Sache Ossietzkys am besten gedient sein würde, wenn man prominente Engländer - je prominenter, je aristokratischer, desto besser - dazu überreden könnte, sich für ihn einzusetzen. Nicht nur finden sich durchlaufend in der Korrespondenz des <Freundeskreises> wiederholte Hinweise auf die besondere Wichtigkeit der britischen Kampagne; es wird darüber hinaus auch deutlich, daß Ossietzky sich selbst vorstellte, daß, was seine Nazi-Häscher betraf, britische Proteste eine geringere Gefahr für ihn bedeuten würden als Proteste von anderen Stellen. «Im ganzen hat er den Wunsch geäußert», berichtete Hilde Walter später an Kurt Grossmann, «daß alles, was geschieht, möglichst nur von England aus geschehen soll.»<sup>2</sup>

Auf den ersten Blick hatte die englische Kampagne zwar eindeutige Vorzüge, nicht zuletzt die Anwesenheit von drei bekannten deutschen Emigranten mit internationalen Beziehungen, die zu Ossietzkys Vorteil ausgenützt werden konnten. Rudolf Olden, der liberale Publizist, Schriftsteller und Rechtsanwalt - in letzterer Eigenschaft hatte er als einer von Ossietzkys Verteidigern in den *Weltbühne*-Prozessen von November 1931 und Juli 1932 gewirkt - kam im November 1933 nach London, wo er und seine dritte

---

<sup>1</sup> Rudolf Olden Nachlaß, in Besitz des University College, London (UCL).

<sup>2</sup> 16. Aug. 1935, Hilde Walter Nachlaß, «Freundeskreis Carl von Ossietzky», M. 13, in Besitz des Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam (IISG).

Frau Ika, geborene Halpern, sich fast sofort am Einsatz für seinen ehemaligen Klienten beteiligten. Auf 1933 fiel auch die Ankunft in London des führenden Pazifisten Otto Lehmann-Rußbüldt, der schon vorher versucht hatte, in Holland Unterstützung für Ossietzky aufzutreiben, wie auch die von Ernst Toller, der von den drei Flüchtlingen international wohl am bekanntesten war. Die ursprüngliche Absicht von Tollers Aufenthalt in Großbritannien war seine Aussage beim Londoner Gegenprozeß zum Leipziger Reichstagsbrandprozeß im September 1933; er machte aber daraufhin während der folgenden drei Jahre Großbritannien zu seiner Basis und setzte sich in dieser Zeit energisch, wenn auch sporadisch, im Kampf für Ossietzky ein.

In Anbetracht also der Anwesenheit dieser drei erfahrenen Kämpfer und auch der Zeit und der Anstrengungen, die sie für Ossietzky aufwandten, warum hatte denn die britische Kampagne keinen durchschlagenderen Erfolg, Ossietzkys Namen bekannter zu machen, Unterstützung auf höchster Ebene zu erreichen, und vor allem eine große Anzahl vorschlagsberechtigter Personen zu überreden, Ossietzky für den Friedensnobelpreis zu nominieren? Als am 31. Januar 1935, dem Schlußdatum für die Vorschläge für 1935, nur ein einziger britischer Vorschlag (von dem Staatswissenschaftler Professor Harold Laski) zustande gekommen war, war es jedenfalls Toller ganz klar, daß weder bei der Methode der Kampagne noch im geplanten zeitlichen Rahmen die britischen Gegebenheiten berücksichtigt worden waren, wie sein Brief an Hilde Walter bezeugt.

«Ich glaube, Sie verkennen die Haltung der Engländer, wenn Sie meinen, daß ein Brief von mir im Manchester Guardian irgendeinen Vorschlagsberechtigten veranlassen könnte, O. zum Nobelpreis vorzuschlagen. Das muß persönlich geschehen, mit einer Fülle von sachlichen Belegen, dazu ist es leider zu spät, die Frist war zu kurz.»<sup>3</sup>

Aber leider wurde aus diesen Erfahrungen kaum Nutzen gezogen; denn schließlich war die Situation vor dem Schlußdatum im folgenden Jahr kaum besser.

Es scheint im nachhinein ganz außerordentlich, daß Hilde Walter und Rudolf Olden bei einem Treffen in Paris im November 1935, nur zwei Monate vor dem Schlußdatum für 1936, sich ein zugegebenermaßen optimistisches Ziel von britischen Vorschlägen von 50 Peers, 50 Mitgliedern

---

<sup>3</sup> 31. Januar 1935, IISG, M. 6.

des Unterhauses und 20 vorschlagsberechtigten Universitätsprofessoren gesetzt hatten. Denn schließlich konnten im Endeffekt nur sieben<sup>4</sup> Vorschläge gewonnen werden: zwei von Mitgliedern des Unterhauses (dem Labour Abgeordneten und angesehenen Rechtsanwalt D. N. Pritt - dem früheren Vorsitzenden beim schon erwähnten Londoner Gegenprozeß - und dem Führer der Independent Labour Party (I.L.P.) und lebenslangen Pazifisten James Maxton) - aber keiner von nur einem einzigen Peer; vier von Universitätsprofessoren (dem getreuen Professor Laski von der London School of Economics und drei von Oldens Kollegen in Oxford, den Professoren Sir Alfred Zimmern, Sir Arthur Salter und J. L. Brierly); und einer von Caroline Playne, einem der britischen Ratsmitglieder des Internationalen Friedensbüros in Genf.<sup>5</sup> Wo blieben also die Namen der Parlamentarier, die für die Sache hätten gewonnen werden können und sollen? Denn in Anbetracht der großen Anzahl von Sympathisanten im Parlament, - 7 aus dem Oberhaus und 86 aus dem Unterhaus - die nur wenige Wochen später von, unter anderen, Pritt und Lord Listowel dazu überredet werden konnten, einen verspäteten Brief zur Unterstützung von Ossietzkys Nobelpreiskandidatur zu unterschreiben, ist es schließlich offensichtlich, daß man ein weit eindrucksvolleres Ergebnis hätte erreichen können.

Was ging also schief? Zum einen zeigen zeitgenössische Quellen, daß Olden, Toller und Lehmann-Rußbüldt grundlegend uneinig waren; zum anderen machten alle drei beträchtliche persönliche Schwierigkeiten durch. (Diese Umstände werden von den Verfassern an anderer Stelle im Detail besprochen.)<sup>6</sup> Es soll hier nur erwähnt werden, daß Finanzprobleme die Oldens im September 1935 veranlaßten, aus London wegzuziehen, wodurch sie notwendigerweise weniger wirkungsvolle Streiter in der Kampagne wurden. Darüber hinaus war Olden zu dem Zeitpunkt von seiner Arbeit als Sekretär des Deutschen Pen-Club im Exil wie auch von der abschließenden

---

<sup>4</sup> Dieses Gesamtergebnis steht in beschämendem Gegensatz zur großen Zahl von Vorschlägen, die aus der Schweiz (144), Frankreich (ca. 194), der Tschechoslowakei (54) und Schweden (ca. 73) einlangten; es soll hier aber darauf hingewiesen werden, daß, obwohl Hilde Walter die amerikanische Kampagne als höchst erfolgreich beurteilte, das Nobelinstitut schließlich nur 3 amerikanische Vorschläge empfing.

<sup>5</sup> Weitere Vorschläge, die der Earl of Listowel, Rev. Herbert Dunnico und Rev. Walter Long versprochen hatten, waren möglicherweise unter den 120 Vorschlägen, die zu spät beim Nobelinstitut eintrafen.

<sup>6</sup> Charmian Brinson und Marian Malet (hg.), «<Rettet Carl von Ossietzky!> An English Perspective», unveröffentlichtes Ms., 1989.

Arbeit an seiner Hitlerbiographie sehr in Anspruch genommen.<sup>7</sup> Hinzu kam, daß es Hilde Walter anscheinend gelungen war, ihn vor den Kopf zu stoßen, indem sie die Frage der englischen Übersetzung der Propagandaschrift der Kampagne ziemlich ungeschickt behandelt hatte. Dies war also die Kombination von Umständen, die dazu führte, daß die Oldens im Herbst und Winter 1935/36 schlechte Korrespondenten wurden, was für sie eigentlich uncharakteristisch war.

Zudem erwies sich Ernst Toller, der immer schon schwer zu erreichen, dazu oft unberechenbar und häufig krank war, als ein ebenso unverlässlicher Korrespondent. Nachdem er Hilde Walter Anfang Dezember 1935 über Laskis Bereitschaft, Ossietzky zum zweiten Mal vorzuschlagen, informiert hatte, antwortete auch Toller mehrere Wochen lang nicht auf ihre Briefe. Um Mitte Januar 1936 wandte sich Hilde Walter verzweifelt an den dritten im Bund, Otto Lehmann-Rußbüldt, mit der Bitte, Olden und Toller anzutreiben, ja sogar die ganze Situation in England zu retten, wo jetzt anscheinend nur ein einziger Vorschlag sichergestellt werden konnte. «Kümmern Sie sich doch ein bißchen darum, was in England wird,» schreibt sie dann an ihn, und kurz darauf: «Wir sind alle unruhig und ängstlich wegen England.»<sup>8</sup>

Inzwischen war Lehmann-Rußbüldt selbst nicht in der Lage, sehr viel mehr für die Kampagne zu unternehmen. Seine Frau war nämlich schwer krank; auch konnte er während der zwölf ausschlaggebenden Tage vor dem 31. Januar 1936, dem Schlußdatum des Nobelinstituts, nicht in London anwesend sein.

Aus der Korrespondenz der letzten paar Tage des Januar 1936 ergibt sich das Bild, daß sowohl Olden als auch Toller praktisch einen Wettlauf mit der Zeit durchführten, in ihren Bemühungen, noch vor Torschluß Vorschläge aufzutreiben. Während der erstere bei vorschlagsberechtigten Oxforder Professoren Teebesuche machte, warb der letztere bei den britischen Ratsmitgliedern des Internationalen Friedensbüros um Stimmen; zudem gab es zwischen ihnen weiter noch Argumente über die Frage, wer von ihnen die Verantwortung für die Sicherstellung der parlamentarischen Vorschläge hatte, für die es natürlich ohnehin schon zu spät war.

---

<sup>7</sup> S.a. Charmian Brinson und Marian Malet (hg.), *Rudolf Olden - Peter Olden: Briefe aus den Jahren 1935-1936*, Berlin: Europäische Ideen (Heft 64), 1987.

<sup>8</sup> 15. Jan. 1936, IISG, M. 17; 18. Jan. 1936, M. 18.

Obwohl sich schon alle diese späten Bemühungen als nicht völlig unergiebig erwiesen, wußten Toller und Olden freilich sehr gut, daß bei sorgfältiger Planung ihrerseits ein besseres Resultat hätte erreicht werden können; übrigens sagen ihre unterschiedlichen Reaktionen viel über ihre gegensätzlichen Persönlichkeiten aus. Einerseits Oldens Brief an Hilde Walter, in dem er über seinen Erfolg berichtet, aus Professor Sir Alfred Zimmern und Professor J. L. Brierly Vorschläge herausgelockt zu haben, und zugleich eine Entschuldigung vorbringt:

«Dazu privat: es tut mir leid, daß ich nicht mehr Namen gewonnen habe, ich habe leider zu spät angefangen.»<sup>9</sup>

Im Gegensatz dazu, voll unverhaltenen Ärgers, der parallele Brief Tollers über D. N. Pritts Vorschlag:

«Ich bedaure es ungemein, daß ich nicht früher unterrichtet wurde. Obwohl ich krank war, wäre es doch möglich gewesen, eine Anzahl von englischen Parlamentariern für die Eingabe nach Oslo zu gewinnen.»<sup>10</sup>

Vor allem aber soll betont werden, daß im England der dreißiger Jahre, als Olden, Toller und Lehmann-Rußbüldt die Aufgabe übernahmen, öffentliche Unterstützung für Ossietzky zu erreichen, in mancher Hinsicht ein für ihre Ziele keineswegs günstiges Meinungsklima herrschte. Auch war es der Lage nicht zuträglich, daß Ossietzky in England fast völlig unbekannt war. Trotz der Tatsache, daß die einflußreichste britische Zeitung, die *Times*, einigermaßen umfangreich über den *Weltbühne*-Prozeß vom November 1931 berichtet hatte, war Ossietzky selbst dabei nicht namentlich erwähnt worden. In der Tat begleitete die erste namentliche Erwähnung Ossietzkys in der *Times* in einem Bericht über die Inhaftierungen nach dem Reichstagsbrand eine kurze Beschreibung über ihn als einen «journalist of advanced left views»,<sup>11</sup> eine Einstufung, die kaum dazu angetan war, ihm Sympathien aus dem Britischen Establishment zu gewinnen. Jedenfalls beklagte sich Rudolf Olden gegenüber Frederick Kuh noch ein Jahr später, als sowohl von den Emigranten als auch von den britischen Sympathisanten schon viel getan worden war, Ossietzkys elende Lage bekanntzumachen, folgendermaßen:

---

<sup>9</sup> 31. Jan. 1936, UCL.

<sup>10</sup> 28. Jan. 1936, IISG, M. 18.

<sup>11</sup> *The Times*, 25. März 1933, S. 12.

«Ich habe mich durch einen englischen Mittelsmann an Lord Lothian gewendet, - und von ihm ist die Antwort bekommen[!], er wisse nichts von Ossietzky. Das ist charakteristisch. Sie wissen nichts von ihm.»<sup>12</sup>

Wahrheitsgemäßer könnte man wohl sagen, daß im allgemeinen das Britische Establishment, also die Männer, deren Stimmen und Meinungen wirklich tonangebend waren, nichts von ihm wissen *wollten*. Es gab natürlich ehrenvolle Ausnahmen, wie im folgenden ausgeführt werden soll. Im allgemeinen aber waren die Briten weder gut informiert oder auch nur interessiert an europäischen Angelegenheiten - man könnte vielleicht sagen, daß sich in dieser Hinsicht in den letzten 50 Jahren nicht so sehr viel geändert hat! Der damalige britische Premierminister Neville Chamberlain ist ein nur allzu deutliches Beispiel für diese Einstellung; zur Zeit der tschechoslowakischen Krise von 1938 fand er es «horrible, fantastic, incredible», daß Großbritannien sich auf einen Krieg vorbereiten sollte, «because of a quarrel in a far-away country between people of whom we know nothing.»<sup>13</sup>

Chamberlain war, wie bekannt, ein führender Vertreter der <Appeasementpolitik>, die von aufeinanderfolgenden britischen Regierungen verfolgt wurde, und die Männer und Frauen mit Einstellungen von vielen unterschiedlichen Schattierungen vereinigte. Der erste Weltkrieg verursachte in Großbritannien wie auch anderswo ein Anschwellen des Pazifismus, das in Ereignissen wie der berühmten Debatte an der Universität Oxford vom Februar 1933, die zu dem Schluß kam, «that this House will in no circumstances fight for its King and Country», seinen Ausdruck fand; als weiteres Beispiel dient etwa die Gründung der <Peace Pledge Union> im Mai 1936. Anhänger der Appeasementpolitik - wie der Liberale Lord Lothian -, an den sich Olden bereits im Interesse von Ossietzky, wenn auch mit nicht sehr viel Erfolg, gewandt hatte - neigten dazu, die nationalistische Machtübernahme als verständliche, wenn auch extreme Reaktion auf die Bestimmungen des Versailler Vertrags anzusehen. So zeigte sich zum Beispiel Lord Lothian in einem Brief an Anthony Eden vom 3. Juni 1936 einigermaßen zuversichtlich, «that once Germany is given justice and

---

<sup>12</sup> 12. Juli 1934, IISG, M. 5.

<sup>13</sup> Rundfunkbekanntmachung des Premierministers an die britische Nation vom 27. Sept. 1938.

equality in the full sense of these words there can be twenty-five years' peace in the world.»<sup>14</sup>

Untrennbar verknüpft mit dieser vorherrschenden Meinungsrichtung war der damit verbundene Gedanke, daß nur ein gestärktes Deutschland für Europa ein Bollwerk gegen den Bolschewismus bilden könnte, (den viele als eine größere Gefahr für den Frieden ansahen als den Nationalsozialismus). Es ist durchaus aufschlußreich, daß kein Geringerer als der Direktor der Bank of England, Montagu Norman, an diesem Gedanken festhielt. Damit vertrat Norman die Interessen und Ansichten der großen Finanzanstalten der Londoner City, die dem nationalsozialistischen Deutschland große Geldsummen geliehen hatten, ein wichtiger Punkt, wenn man Großbritanniens ambivalente Haltung den Nationalsozialisten gegenüber bedenkt. Es ist wenig erstaunlich, daß die City die Meinung vertrat, daß Frieden und Stabilität in Europa allen zugute kommen würden, nicht zuletzt der britischen Geschäftswelt. Montagu Norman selbst war Deutschland besonders herzlich zugetan; übrigens war er auch der Pate von einem der Kinder Hjalmar Schachts.

Unter den Persönlichkeiten aus dem Establishment mit deutlich pro-deutschen Sympathien - alle natürlich Anhänger der Appeasementpolitik - befand sich auch der einflußreiche Chefredakteur der *Times*, Geoffrey Dawson, der regelmäßig die Berichte seines Korrespondenten in Berlin, Norman Ebbutt, abänderte, um sie für die Nazis akzeptabel zu machen. Ein weiterer war der Konservative Lord Londonderry, bis 1935 Luftfahrtminister, bei dem der deutsche Botschafter, von Ribbentrop, häufig eingeladen war. Im Dezember 1937 konnte die Anglo-German Fellowship, eine Pressure-group und Propagandaorganisation der britischen Oberschichten, eine Mitgliedschaft von über 700 Personen aufweisen, darunter viele Aristokraten, Parlamentsabgeordnete und andere bedeutende Persönlichkeiten. Dazu konnte die ausgesprochen pro-Nazigruppe <The Link> nach Angaben ihres Gründers und Vorsitzenden, Admiral Sir Barry Domvile, der angeblich zweimal bei Hitler zu Gast und mit Himmler auf Genssenjagd gewesen sein soll, fast eintausend Mitglieder gewinnen.

Dennoch kann wohl mit Richtigkeit gesagt werden, daß, mit Ausnahme der relativ kleinen Zahl von britischen Faschisten, die meisten Briten Hitlers

---

<sup>14</sup> 3. Juni 1936. Zitiert in: Sir James R. M. Butler, *Lord Lothian (Philip Kerr) 1882-1940*, London, 1960, S. 362.

zunehmend brutale Behandlung der Juden und andere Nazi-Exzesse keineswegs billigten. Im großen und ganzen versuchten die britischen Appeasementpolitiker einfach so lange wie möglich, der Wahrheit über Hitler auszuweichen. Der Volkswirtschaftler Moritz Bonn berichtet zum Beispiel, daß, wenn er damals Deutschland kritisierte, «it was more natural to [my English friends] to assume that I was prejudiced than that they were blind [...] I shut up.»<sup>15</sup> Ähnlich beschreibt der Künstler und Rechtsanwalt Fred Uhlman äußerst lebhaft, wie frustrierend es war, in einem Land zu sein, «where people, who seemed to be sane in every other way, were willing to believe the word of a lunatic but refused to believe in concentration camps.»<sup>16</sup>

Ein mitspielender Faktor, der zwar selten offen zugegeben wurde, muß hier sicherlich der tiefsitzende Antisemitismus in der britischen Gesellschaft gewesen sein. Man tolerierte schon Juden in Großbritannien; doch war eine jüdische Abstammung ganz bestimmt ein gesellschaftliches und berufliches Handikap. Nicht ohne Grund hielt es zum Beispiel der Außenminister, Sir John Simon, für notwendig, im August 1934 öffentlich festzustellen, daß sein Name walisischen und nicht jüdischen Ursprungs sei; ähnlich entschloß sich der Inhaber des *Daily Telegraph*, Lord Camrose, im Oktober 1937 zu einer Verleumdungsklage gegen die *British Union of Fascists*, weil sie fälschlich angedeutet hatte, daß er jüdisch sei.

Als deutsche und österreichische Juden begannen, in wachsender Zahl nach Großbritannien zu kommen, wobei sie oft durch ihre ungewöhnliche Bekleidung, ihren Akzent und ihr Benehmen unverkennbar auffielen, kam man ihnen in großen Teilen der britischen Bevölkerung mit wenig Sympathien, sondern eher mit Mißtrauen und Feindschaft entgegen. Diese Gefühle wurden auch noch aktiv unterstützt von rechtsstehenden Zeitungen wie dem *Daily Mail* und dem *Daily Express*, die konsequent Stellung für die Appeasementpolitik einnahmen und den Zustrom an Flüchtlingen für die englisch-deutschen Beziehungen und auch für die Interessen der britischen Arbeiterklasse als schädlich betrachteten.

Alles in allem fanden sich also die im England der dreißiger Jahre gelandeten deutschsprachigen Flüchtlinge in einer fremden und weitgehend undurchdringlichen Gesellschaft, auf die sie übrigens wenig vorbereitet

---

<sup>15</sup> Moritz Bonn, *Wandering Scholar*, London, 1949, S. 358.

<sup>16</sup> Fred Uhlman, *The Making of an Englishman*, London, 1960, S. 201.



waren. Selbst auf einfachster Ebene war es schwierig, mit den Briten in Kontakt zu kommen; Gabriele Tergit schreibt zum Beispiel noch 1943: «many refugees - at least in London - had never been in an English home, didn't know an English soul except the milkman, the postman and the greengrocer.»<sup>17</sup> Auf höherer gesellschaftlicher Ebene verhinderte die starre britische Klassenstruktur, die «Himalayan ranges [...] iron curtains between the social classes,»<sup>18</sup> die Uhlman so sehr verwunderte, weitgehend Kontakte zwischen den Flüchtlingen und Mitgliedern des Britischen Establishment. Uhlman, dessen Heirat in die britische Aristokratie ihn in eine ziemlich einmalige Lage brachte, das Problem zu studieren, ist der Meinung, daß viele aus den führenden britischen Schichten weder einen einzigen deutschen Nazigegner noch einen Juden kannten, und daß irgendwelche deutschen Freunde, die sie möglicherweise hatten, höchstwahrscheinlich Adlige oder Nazis waren: «with such names as Herr von und zu Donnerblitz or Prinz Rupertus Schleim-Gleim-Gugelhupf-Gotha.»<sup>19</sup>

Gegen diesen Hintergrund mußte also auch die britische Ossietzky-Kampagne betrachtet werden. Natürlich waren Toller, Olden und Lehmann-Rußbüldt im Vergleich zu den meisten Flüchtlingen in einer ziemlich günstigen Lage, da sie doch schon mit guten britischen Beziehungen und mit direktem Zugang zu gewissen intellektuellen und politischen Kreisen in England ankamen. Besonders Toller wurde gewissermaßen als internationale Persönlichkeit angesehen; Olden gelang es dann mit Gilbert Murrays Hilfe, in akademischen Kreisen Fuß zu fassen; und Lehmann-Rußbüldt konnte sich an seine britischen Pazifistenkollegen wenden. Jeder von ihnen nützte seine vorhandenen Kontakte für Ossietzky aus und machte, sowohl auf direktem als auch indirektem Wege, zahlreiche und zeitraubende Annäherungsversuche an Männer und Frauen, die als einflußreich galten: Abgeordnete des Ober- und Unterhauses, Journalisten, Akademiker, Diplomaten, Bischöfe, Leute mit Beziehungen [...]. Und in bestimmten Kreisen hatten diese Annäherungsversuche schon einen gewissen Erfolg; denn eine Anzahl von britischen Intellektuellen, von Pazifisten und von anderen fortschrittlichen Geistes wurden tatsächlich dazu gebracht, der Kampagne ihre moralische Unterstützung zu gewähren.

---

<sup>17</sup> Gabriele Tergit, «How they resettled», *Britain's New Citizens*, London, 1951, S. 63.

<sup>18</sup> Uhlman, S. 200.

<sup>19</sup> Ebd., S. 223.

Letzten Endes jedoch blieb das wahre Britische Establishment ihren Bitten gegenüber größtenteils unzugänglich, was zweifellos widrige Folgen für Ossietzky hatte. Eines der einleuchtendsten Beispiele dafür liefern wohl Otto Lehmann-Rußbüldts ergebnislose Versuche, eine Rettungsmission auf höchster Ebene nach Berlin zu schicken, nachdem Ossietzky am 10. Dezember 1936 nicht in Oslo erschienen war. Obwohl Lehmann-Rußbüldt von der Duchess of Atholl und dem ehemaligen Chefredakteur der *Times*, Wickham Steed, mit gutem Rat bedacht worden war, gelang es ihm jedoch nicht, den einflußreichen Lord Cecil of Chelwood in dem von ihm gewährten 45-minütigen Gespräch zum Übernehmen dieser Aufgabe zu bewegen. Von Cecil wurde Lehmann-Rußbüldt dann mit einem Dolmetscher zu Major General Sir Frederick Maurice weitergesandt, «der in England und in der internationalen Welt eine sehr bekannte Persönlichkeit ist,»<sup>20</sup> aber auch das ohne besonderen Erfolg. Unter anderen bedeutenden Männern, die man Lehmann-Rußbüldt für diese Aufgabe vorgeschlagen hatte, befanden sich auch Lord Allen of Hurtwood und der Nobelpreisträger Sir Norman Angell - und eine von irgendeinem dieser vier Männer angeführte Rettungsmission hätte sicher in Berlin und auch anderswo einige Aufmerksamkeit erregt. Im Endeffekt bestand dann aber die britische Delegation, die schließlich knapp vor Weihnachten 1936 in Berlin eintraf, nur aus zwei Ärzten,<sup>21</sup> welche die deutschen Behörden relativ leicht abweisen konnten, ohne so etwas wie einen Vorfall von internationaler Bedeutung zu befürchten.

Trotz alledem darf man aber die wertvolle Hilfe, welche die Emigranten doch von britischen Organisationen wie auch von einzelnen Personen erhielten, nicht unterschätzen. Und trotz der oben beschriebenen wenig hilfreichen Einstellung, die in gewissen einflußreichen Bereichen der britischen Presse vorherrschte, konnten sich die Flüchtlinge doch meistens darauf verlassen, daß unter anderen schon der *Manchester Guardian* und die *News Chronicle* für sie eintraten.

Einer der frühen Meilensteine der britischen Kampagne war ein Brief mit der Überschrift «German Political Prisoners: the Case of Carl von Ossietzky», der am 23. Januar 1934 in der *Times* erschien; er war vom ehemaligen Chefredakteur der Zeitung, Wickham Steed, unterzeichnet und

---

<sup>20</sup> Otto Lehmann-Rußbüldt an Rudolf Olden u.a., 11. Dez. 1936, UCL.

<sup>21</sup> Diese waren Dr. Richard Dobbs und der Psychoanalytiker Dr. Adrian Stephen (Bruder von Virginia Woolf).

übrigens von Olden und Toller veranlaßt worden. Der Brief skizzierte für eine größtenteils uninformierte britische Leserschaft «the hard lot of Carl von Ossietzky, a very distinguished German writer and journalist», jetzt «a broken man» und «at death's door», und endete mit einer eindringlichen Bitte um «the sympathy of the civilised world.»

Später im gleichen Jahr bemühte sich Toller sehr, einen ähnlichen Brief an die *Times*<sup>22</sup> von Prinzessin Bibesco (Tochter des verstorbenen Liberalen Premierministers Lord Asquith) zu erbitten, der aber dann in erster Linie für Hans Litten appellierte und Ossietzkys Nobelpreiskandidatur eigentlich nur streifte. Von einem reinen Propagandastandpunkt fiel auch der Brief des linksgerichteten Professor Harold Laski an den liberalen *Manchester Guardian* vom 9. Juli 1935 nicht ganz in die gleiche Kategorie wie Steeds Brief. (Im Jahr davor hatte Olden anlässlich der Erörterung der Frage, welche prominenten Persönlichkeiten am wirkungsvollsten an die Presse schreiben würden, an den Sinologen K. A. Wittfogel geschrieben, Laski sei «im Augenblick, nach den Angriffen im Unterhaus, sicher nicht sehr imponierend für die Nazis.»)<sup>23</sup>

Dennoch stellt Laskis Brief mit dem Titel «The Nazi Regime in Germany: No Diminution of Brutality» ein wichtiges Dokument in der britischen Ossietzky-Kampagne dar. Er zeichnet die fortdauernden Greueltaten in deutschen Gefängnissen und Konzentrationslagern auf - Thälmann, Renn und Ossietzky werden dabei namentlich erwähnt - und widerspricht auch so eminenten englischen Appeasementpolitikern wie Lord Lothian und Lord Allen of Hurtwood, die «are leading the nation into a fool's paradise»; weiter wirft er ihnen vor, sie opfern «to their illusions not merely the fate of men silence about, whom means torture and even death, but, in the long run, the fate of Europe too.»

Wie bekannt, war es eine der Grundregeln der internationalen Ossietzky-Kampagne, daß solche Mitteilungen an die Presse von Prominenten des Exillandes zu stammen scheinen sollten und nicht von den Flüchtlingen selbst. Von Zeit zu Zeit erschienen aber doch auch anonyme Artikel von Flüchtlingen, obwohl die Unterbringung solcher Artikel oft Frustration und Enttäuschung mit sich brachte. Wie äußerst ärgerlich muß es etwa für den früher hochberühmten Journalisten Rudolf Olden gewesen sein, daß sein

---

<sup>22</sup> «German Concentration Camps», 16. Aug. 1934, S. 6.

<sup>23</sup> 14. Juli 1934, IISG, M. 5

900 Wörter langer Artikel über Ossietzky von der einflußreichen Wochenzeitung *The New Statesman and Nation*, auf die er ihn abgestimmt hatte, abgewiesen wurde, nur um dann - und das auch nur auf Tollers Intervention hin - als «stark gekürztes Artikelchen»<sup>24</sup> in der weit weniger bedeutenden *News Chronicle* zu erscheinen. «Niemand will auf die klugen Emigranten hören, in gar keiner Weise,» beklagte sich Olden zum gleichen Anlaß bei Berthold Jacob.

Hand in Hand mit der Propagandaarbeit für Ossietzky gingen auch rein praktische Sorgen wie die Finanzierung des allernötigsten Bedarfs für Maud von Ossietzky, (die sonst ganz mittellos gewesen wäre), wie auch Vorkehrungen für die Schulausbildung von Rosalinda. Von hervorragender Bedeutung war hier die Religious Society of Friends, oder Quäker, die sowohl die Verantwortung für Rosalindas Schulausbildung während ihrer Zeit an der Bedales School (ihrer ersten Schule in Großbritannien) übernahmen, als auch die für regelmäßige Geldanweisungen von Großbritannien an Deutschland, um Maud von Ossietzkys Lebenshaltungskosten zu decken. Schon vor ihrer Abreise aus Berlin im November 1933 hatte Hilde Walter bereits Corder Catchpool beim dortigen Internationalen Quäkerzentrum aufgesucht, um sich seiner Hilfe zu vergewissern; und in der Folge war auch Hedwig Hünicke oft veranlaßt, sich an ihn zu wenden. Catchpool tat, was er konnte, um den Ossietzkys beizustehen, und im Juni 1935 gelang es ihm tatsächlich, das Lager Papenburg-Esterwegen zu besuchen, wo er, Berichten zufolge, die Frage von Ossietzkys Entlassung mit dem Lagerkommandanten besprach.

In Großbritannien hatten die Quäker inzwischen im April 1933 mit Bertha Bracey als Schriftführerin das Germany Emergency Committee gegründet. Das Londoner Büro war täglich für Gespräche mit Rat und Hilfe suchenden deutschen Flüchtlingen geöffnet; in der Praxis wurden jüdische Flüchtlinge mit dem Jewish Refugees' Committee im nahegelegenen Woburn House in Verbindung gesetzt, während das Hilfswerk des Germany Emergency Committee hauptsächlich auf Nichtjuden wie die Ossietzkys ausgerichtet war, für die es sonst relativ geringe Fürsorge gab.

---

<sup>24</sup> Rudolf Olden an Berthold Jacob, 28. Juli 1934, IISG, M. 5. Der Artikel «Living Death in Nazi Prisons: Punished for Daughter's Postcard», erschien am 23. Juli 1934, unterzeichnet «by a special correspondent».

Im Juni 1934 gab Hilde Walter einen großen Teil der Verantwortung für Verhandlungen mit den Londoner Quäkern an Ika Olden weiter, (deren sehr aktive Rolle in der britischen Ossietzky-Kampagne im allgemeinen unterschätzt wird). Von da an hatte Ika Olden häufig Veranlassung, die Quäker aufzusuchen. Ein Brief an Hilde Walter, datiert vom 7. Juni 1934, berichtet zum Beispiel, daß Ika Olden versucht hatte, die Quäker auf Ossietzkys elende Lage aufmerksam zu machen, wie auch auf die Notwendigkeit, für Maud von Ossietzky Vorsorge zu treffen; und das Protokoll des Germany Emergency Committee vom 30. Juli 1934 belegt ein Gespräch zwischen Ika Olden und dem Komiteemitglied Joan Fry über Pläne für Rosalindas Schulferien. Ika Olden spielte auch eine entscheidende Rolle bei der Verhandlung der Regelung mit den Londoner Quäkern, wonach diese zustimmten, als Zentralstelle für den Empfang und die Überweisung von Spenden für die Ossietzkys zu fungieren. (Wie sich dann herausstellte, erwies sich dies häufig als eine höchst undankbare Aufgabe, derentwegen die Quäker sich unter anderem zum Erlaß von regelmäßigen und oft ergebnislosen Mahnungen veranlaßt sahen, wenn Zahlungen ausstanden.)

Daß aber das Verhältnis zwischen dem <Freundeskreis> und den Quäkern nicht immer reibungslos verlief, zeigt sich an der Korrespondenz zwischen Mitgliedern des <Freundeskreises>, in der von Zeit zu Zeit die Berliner und die Londoner Quäker auch kritisiert werden. So beklagte sich Hilde Walter bei einer ziemlich typischen Gelegenheit bei Ika Olden über Catchpools «bodenlosen Mangel an Übersicht und Verständnis.»<sup>25</sup> Differenzen zwischen den beiden Seiten wurden freilich auch dadurch verschärft, daß die Quäker die Nobelpreiskampagne als unratsam provokativ dem Naziregime entgegen und auch als gegen Ossietzkys bestes Interesse und die Interessen anderer Opfer der Konzentrationslager ansahen. Dazu kam, daß das Verfahren, nach dem Geldbeträge für die Ossietzkys über Catchpools Berliner Büro an Hedwig Hünicke überwiesen wurden, voller Schwierigkeiten war; dabei fand die schwerste Krise, nämlich beinahe ein Abbruch der Beziehungen zwischen Catchpool und Frl. Hünicke, im Juni 1935 statt. Diese war von ihrer Verantwortung für die Ossietzkys überanspruch und befand sich wohl auch persönlich in Gefahr; sie warf Catchpool nicht nur vor, daß er seine Verabredungen mit ihr nicht einhielt, sondern implizierte auch, daß er tatsächlich Geld, das für die Ossietzkys bestimmt war, zurückbehielt. Erst ein dringender Brief von Hilde Walter an das

---

<sup>25</sup> 11. Dez. 1934, IISG, M. 4.

Londoner Büro der Quäker konnte den Frieden wiederherstellen.<sup>26</sup> Dennoch wurde der wahre Beitrag, den Catchpool damals zur Gewährleistung von Ossietzkys Sicherheit leistete, später durch Gestapodokumente aufgezeigt, die nach dem Krieg entdeckt wurden: diese enthielten Befehle an die Behörden von Papenburg-Esterwegen, Ossietzky am Leben zu erhalten, wegen der Aufmerksamkeit, die andauernd in der Welt auf seinen Fall gelenkt werde, ganz besonders von Herrn Catchpool von den Quäkern. Darüber hinaus schätzte Hilde Walter, obwohl häufig über sie verärgert, die Verbindung mit den Quäkern: «Trotzdem ist es ein Riesenglück, daß wir die Quäker haben. Ich hege und pflege diese Verbindung und habe nur für den internen Gebrauch *unter uns* so scharf kritisiert.»<sup>27</sup>

Das Geld, das die Quäker zu überweisen bereit waren, mußte aber zunächst erst aufgebracht werden; die britischen Aktivitäten zur Aufbringung dieser Mittel nahmen dann verschiedene Formen an. Der hervorragendste Einzelspender war zweifellos Harry Sacher von der bekannten britischen Firma Marks and Spencer, ein Philantrop und Zionist, der bei drei verschiedenen Gelegenheiten einen Scheck von £50 - damals eine beträchtliche Summe - zur Unterstützung von Ossietzky an Rudolf Olden sandte. Am anderen Ende der Skala befand sich Ernst Tollers erfinderisches System von regelmäßigen Beiträgen vom November 1934, in dem er 19 andere prominente Exilanten wie Bertold Brecht, Stefan Zweig und Thomas Mann aufforderte, je 8/- pro Monat beizutragen. Obwohl die Sammlung ja vielversprechend begann, berichtete Hilde Walter etwa neun Monate später an Rudolf Olden: «Die Toller-Sammlung ist eigentlich, bis auf ihn selbst, zusammengeschmolzen.»<sup>28</sup> Bis April 1936 waren nach diesem Plan erst £30 an die Quäker gelangt.

Inzwischen hatte im Oktober 1934 das von den Kommunisten unterstützte Relief Committee for the Victims of German Fascism seinen Entschluß bekanntgegeben, monatlich £5 zur Unterstützung von Maud von Ossietzky zu spenden; wie bei der Toller-Sammlung wurde auch diese Überweisung bald von den Quäkern verwaltet. Das Relief Committee for the Victims of German Fascism war der britische Zweig des ziemlich umstrittenen Welt-

---

<sup>26</sup> Hedwig Hünicke an Hilde Walter, 5. Juni 1935 u. 6. Juni 1935, und Hilde Walter an Mary Ormerod, o.D. [Juni 1935], Library of the Society of Friends, London (SF), FSG/GE/5.

<sup>27</sup> Hilde Walter an Ernst Toller, 30. Juli 1936, IISG, M. 22.

<sup>28</sup> 20. Aug. 1935, UCL.

hilfskomitees für die Opfer des deutschen Faschismus, das 1933 von Willi Münzenberg in Paris gegründet worden war. Trotz offizieller Bedenken der Labour Partei dem Relief Committee gegenüber und seines späteren Verbots, befanden sich unter den Engländern, die darin eine führende Rolle spielten, so prominente Figuren wie, als Präsident, Lord Marley, der Deputy Speaker des Oberhauses und Chief Labour Whip, sowie, als Finanzverwalterin, die bekannte Frauenrechtlerin, Gewerkschaftlerin und Pazifistin Ellen Wilkinson, die eine ehemalige Abgeordnete der Labour Partei sowie ein zukünftiges Kabinettsmitglied war. Das Relief Committee versuchte, indem sie Geldmittel durch wiederholte öffentliche Appelle und Versammlungen aufbrachte, die Familien von deutschen Gefangenen und Opfern der Konzentrationslager zu unterstützen; und obwohl die Zahlungen für Maud von Ossietzky unregelmäßig beim Büro der Germany Emergency Committee eintrafen, hatte man doch bis Februar 1936 £60 von ihnen erhalten.

Neben der Religious Society of Friends und dem Relief Committee for the Victims of German Fascism gab es noch mehrere britische antifaschistische oder pazifistische Organisationen, die den Leitern der Ossietzky-Kampagne in unterschiedlichen Maßen praktische und moralische Unterstützung boten. So kannten zum Beispiel die Pazifisten Hellmut von Gerlach und Otto Lehmann-Rußbüldt bereits von früher die Organisation War Resisters' International, die von ihrem Gründer und ehrenamtlichen Sekretär, dem Pazifisten und Sozialisten H. Runham Brown, von seinem Haus in Enfield aus geführt wurde. Eines der Hauptziele der W.R.I. war es, einen internationalen Informationsdienst über das Schicksal von Wehrdienstverweigerern zu führen. In Briefen von Runham Brown an Gerlach aus den Jahren 1934 und 1935 wurden die regelmäßigen Reisen erwähnt, die Vertreter der W.R.I. nach Deutschland unternahmen, um die elende Situation inhaftierter Pazifisten wie Küster und Ossietzky zu überwachen. Dadurch erhielt Gerlach wichtige aktuelle Informationen, wie zum Beispiel über Ossietzkys Überführung Anfang 1934 nach Papenburg-Esterwegen. Darüber hinaus versuchte W.R.I., die Situation durch direkte Intervention auf höchster Ebene zu beeinflussen, wie durch die Anfrage über Ossietzkys Befinden, die der Vorsitzende der W.R.I., der Labour peer Lord Ponsonby, im Juli 1934 an von Hösch, den deutschen Botschafter in London, richtete.

Ebenso waren Gerlach und Lehmann-Rußbüldt bereits mit dem ehemaligen Labourabgeordneten und Sekretär der Friends of Europe, Renni Smith,

bekannt, der schon seit 1914 - und das in verschiedenen Funktionen - viel mit Deutschland und der deutschen Friedensbewegung zu tun hatte. Seine Organisation definierte ihre Ziele folgendermaßen: «to encourage effective cooperation for the prevention of war and the establishment of peace»; und «to provide accurate information about Nazi Germany». In Briefen von Gerlach an Smith gegen Ende 1934 wird der Plan vorgebracht, daß letzterer Nobelpreisvorschläge von britischen Nobelpreisträgern wie Angell, Henderson und Chamberlain bewirken solle, eine Idee, die nicht gerade von Erfolg gekrönt wurde. Interessanterweise blieb aber Renni Smiths Beteiligung am Fall Ossietzky nicht auf seine Korrespondenz mit Mitgliedern des <Freundeskreises> beschränkt, sondern schloß auch eine Einladung an Maud von Ossietzky während ihres Englandaufenthaltes im Jahre 1935 ein. (Sie verbrachte dann auch das letzte Wochenende in Smiths Haus.)

Unter den weiteren britischen Organisationen, die sich zumindest zeitweise mit Ossietzkys Notlage beschäftigten, befanden sich der German Refugees Assistance Fund, der 1934 Olden unter anderem darüber beriet, auf welchen Wegen er am besten an die britische Aristokratie herantreten könnte, und das Dimitroff Committee, das 1934 unter dem radikalen Politiker F. W. Pethick-Lawrence gebildet wurde, um sich um die Interessen deutscher Gefangener und Opfer der Konzentrationslager zu kümmern. Drei weitere Gruppen, die versuchten, sich für Ossietzky einzusetzen - so waren zum Beispiel alle drei an den Vorbereitungen für die Reise der beiden britischen Ärzte nach Berlin im Dezember 1936 beteiligt - waren die International Association of Writers for the Defence of Culture (British Section), der Verein <For Intellectual Liberty> und die Union of Democratic Control.

Möglicherweise wurde die ersterwähnte Organisation von einem ihrer führenden Mitglieder, Amabel Williams-Ellis, Autorin der weiter unten besprochenen Broschüre *What was his crime?*, in die Ossietzky-Kampagne verwickelt. Sie, sowie ein weiteres Mitglied, die bekannte literarische Persönlichkeit Naomi Mitchison, waren auch unter denen gewesen, die der jungen Rosalinda von Ossietzky während ihres Aufenthaltes in England Gastfreundschaft boten. Die zweite Gruppe, die früh 1936 gegründete <For Intellectual Liberty>, traf zuerst im Haus von Leonard und Virginia Woolf zusammen, und sprach vor allem liberale Intellektuelle wie Kingsley Martin, E. M. Forster, Henry Moore und C. P. Snow an, die, so das *Bulletin* der F.I.L., «felt that the condition of the world called for the defence of peace, liberty and culture». Im Mai 1936 berichtete Toller an Hilde Walter,



daß <For Intellectual Liberty> über 50 Unterschriften für Ossietzkys Nobelpreiskandidatur gesammelt hatte. Inzwischen war die dritte Organisation, die Union of Democratic Control, wohl die bekannteste von den dreien. Diese war 1914 als pazifistische Organisation gegründet worden, wurde aber dann in den dreißiger Jahren dank ihrer energischen Vorsitzenden Dorothy Woodman zu einer durchschlagenden antifaschistischen Propagandagruppe. Dorothy Woodman, die sich während der ganzen dreißiger Jahre an antifaschistischen Aktivitäten beteiligte - so kümmerte sie sich zum Beispiel während des Reichstagsbrandprozesses um Dimitrovs ältliche Mutter und seine Schwester in Leipzig -, unternahm dringende Schritte, um prominente Engländer dazu zu überreden, die deutschen Behörden unter Druck zu setzen, damit sie Ossietzky gestatten würden, zur Entgegennahme seines Preises nach Oslo zu reisen.

Zur Aktivität dieser und ähnlicher Gruppen muß man jedoch die scheinbare Inaktivität des britischen Ossietzky-Komitees in Gegensatz setzen. Obwohl es ja belegt werden kann, daß während des Sommers 1934 ein Ossietzky-Komitee in Großbritannien wie anderswo gegründet wurde, weist nichts darauf hin, daß es viel erreichte, geschweige denn, daß es zum Brennpunkt der britischen Ossietzky-Kampagne wurde, wie das ja in einigen anderen Ländern der Fall war. Auch sind die Anzeichen, die für die Arbeit des Komitees überhaupt zu finden sind, ziemlich dünn gesät. Jedenfalls scheinen die führenden Köpfe bei der Errichtung des Komitees im Juli und August 1934 Ernst Toller, K. A. Wittfogel (der einen Monat später Großbritannien verließ und nach Amerika ging) und der Generalsekretär des oben erwähnten German Refugees Assistance Fund, Alan M. Wells, gewesen zu sein. Obwohl das britische Ossietzky-Komitee den Namen des G.R.A.F. nicht gebrauchen durfte, war es ihm doch gestattet, dessen Adresse, 50 Great Russell Street in der Londoner Stadtmitte, zu teilen. Am 3. August 1934 berichtete Toller an Ika Olden, daß es ihm gelungen war, zwei neue britische Komiteemitglieder zu gewinnen: R. Ellis Roberts, Literaturredakteur von *Time and Tide* und übrigens auch Tollers Übersetzer, sowie seine Frau, Harriet Roberts. Toller hoffte auch - so schrieb er - die Unterstützung der «Oxfords» (Margot, Countess of Asquith and Oxford, und ihre Tochter, die bereits erwähnte Prinzessin Bibesco), zu gewinnen, die immer in großzügiger Weise für liberale Ziele Partei ergriffen. Ungefähr zur gleichen Zeit versorgte dann Rudolf Olden Alan Wells mit Einführungsbriefen an Max Brod und Kurt Grossmann vom tschechischen Ossietzky-Komitee, damit Wells Kontakte zwischen den beiden Komitees

anbahnen könnte, eine offenbar erfolgreiche Initiative, denn die tschechisch-britische Verbindung erschien nicht lange danach als Kurznachricht in der *Neuen Weltbühne*.<sup>29</sup> Jedoch scheint nach diesem eher energischen Beginn das britische Ossietzky-Komitee, trotzdem Hermann Budzislawski zum Beispiel sich vorgestellt hatte, daß das britische Komitee die Arbeit aller anderen Ossietzky-Komitees koordinieren würde, in Vergessenheit geraten zu sein.

Abgesehen von diesen Komitees, die sich für Ossietzky interessierten, gab es noch eine Reihe von Engländern und Engländerinnen, die einen beträchtlichen persönlichen Beitrag zur Ossietzky-Kampagne leisteten. Zwei von den getreuesten unter ihnen, D. N. Pritt und Harold Laski, wurden bereits mehr als einmal erwähnt. Ganz anders in seinen Ansichten und Methoden, doch ebenso besorgt über die Notlage von Ossietzky und anderen deutschen politischen Gefangenen war der I.L.P.-Oberhausabgeordnete, Lord Allen of Hurtwood. Paradoxe Weise war Allens Einstellung sowohl die eines pazifistischen <Appeasers> als auch die eines uneingeschränkten Befürworters des Völkerbundes (der ja unter bestimmten Voraussetzungen die Anwendung von Gewalt unterstützte). Wie viele andere war auch Allen der Meinung, daß die deutschen Ansprüche wohl legitim seien, trat daher der Anglo-German Group bei (nicht zu verwechseln mit der oben erwähnten Anglo-German Fellowship), einer Gruppe, die Ende 1934 von britischen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gebildet wurde, denen es darum ging, Möglichkeiten zur Reduzierung der Spannungen zwischen Großbritannien und Deutschland zu erkunden; und als führendes Mitglied der Gruppe wurde er eingeladen, das neue Deutschland zu besuchen. Im Januar 1935 brachte Allen das Thema der politischen Häftlinge in einem Gespräch mit Hitler selbst auf, während er in einem darauffolgenden Brief vom 17. April 1935 an den Innenminister Frick Gnade für neun von ihnen, darunter Neubauer, Litten und Ossietzky forderte. Später war Allen im September 1936 zum Nürnberger Parteitag eingeladen, wo er, obwohl er seine Erfolgchancen eher pessimistisch beurteilte, doch versuchte, seine Aktivitäten in Sache der Gefangenen weiterzuführen; er war dann äußerst ermutigt durch die fast sofortige Entlassung Ossietzkys aus der Haft. Da er jedoch wie die Quäker die Friedensnobelpreiskampagne als ein gefährlich provokatives Unternehmen betrachtete, reagierte Allen auf die Verleihung des Preises sehr deprimiert und kam daraufhin zu dem Schluß, daß sie seine

---

<sup>29</sup> 6. Sept. 1934, S. 1148.

Erfolge in Nürnberg geschwächt und auch weitere Interventionen sehr erschwert hatte. «As I feared», schrieb Lord Allen später, «the foolish decision to grant the Nobel Peace Prize to Ossietzky and the consequent turning of him into a public centre of controversy has cut across all our efforts to deal with other prisoners.»<sup>30</sup>

Während Lord Allens Aktivitäten ziemlich gut dokumentiert worden sind, bleiben die Bemühungen, die in der zweiten Hälfte von 1934 von einem schottischen Freund Oldens, John E. Hamilton, um Ossietzkys willen gemacht wurden, größtenteils im Dunkeln. Es scheint, daß Hamilton nicht nur mehrmals einflußreiche Leute angegangen war, sondern auch über einen Freund, der besonders gute Beziehungen hatte, aber anonym blieb, eine sehr vielversprechende Kommunikationslinie mit Berlin anbahnte: «He ist the best man I know to intercede - a personal friend of Hitler and Hindenburg and with relations in prominent positions in Germany and also an Eminent - and in fact one of our best - known faces here.»<sup>31</sup> Aus ihrer Korrespondenz wird darüber hinaus deutlich, daß nicht nur Hamilton, sondern auch die Oldens die höchsten Erwartungen gerade an diese Intervention knüpften, wobei Ika Olden sogar am 3. September 1934 Hilde Walter gegenüber voraussagte, daß man Ossietzky bald entlassen würde.

Eine weitere hier wichtige Person, wieder eine Bekannte von Olden, die eigentlich ungarischer und nicht britischer Herkunft war und sich erst seit 1933 in Großbritannien aufhielt, war die kommunistische Journalistin Dr. Edith Bone. Im April 1936, zu einem Zeitpunkt, als der <Freundeskreis> es für unbedingt notwendig hielt, die öffentliche Aufmerksamkeit auf Ossietzkys Namen gerichtet zu halten, war es Dr. Bone zuzuschreiben, daß die offizielle Unterstützung der britischen National Union of Journalists für Ossietzkys Nobelpreiskandidatur gewonnen werden konnte, und zwar mit der Begründung, daß seine journalistische Arbeit dem Journalistenstand zur Ehre gereicht und den Interessen der Menschheit gedient hätte. Dazu kam, daß ein Flugblatt mit biographischen Details über Ossietzky, das von Olden geschrieben und von Dr. Bone in Umlauf gebracht wurde, die britischen Journalisten dazu veranlaßte, eine weitere Resolution herauszugeben, in der Ossietzkys Entlassung gefordert wurde. Alles in allem ergab sich daraus in

---

<sup>30</sup> Lord Allen an Mrs. Dorothy Buxton, 22. Dez. 1936. Zitiert in: Arthur Marwick, Clifford Allen: *The Open Conspirator*, Edinburgh & London, 1964, S. 171.

<sup>31</sup> J. E. Hamilton an Rudolf Olden, 24. Juli 1934, IISG, M. 5.

Großbritannien wie auch im Ausland eine recht zufriedenstellende Pressepropaganda.

Die wichtige Rolle, die Amabel Williams-Ellis in der britischen Ossietzky-Kampagne spielte, ist schon oben angedeutet worden. Mrs. Williams-Ellis war eine energische Frau von fortschrittlichen Anschauungen, die an einer Reihe von antifaschistischen Aktivitäten beteiligt war, und deren wichtigster Beitrag, was die Ossietzky-Kampagne betrifft, wahrscheinlich die Zusammenstellung der Broschüre *What was his crime?*<sup>32</sup> war, die im September 1936 erschien. Die Tatsache, daß bis zu diesem Zeitpunkt keine Beschreibung von Ossietzkys Leben und Werken auf englisch existierte, hatte die Propagandaarbeit in England wohl ernstlich beeinträchtigt; in der Tat war die Frage, wer für die Bereitstellung von solchem Material verantwortlich sein sollte, so etwas wie ein ernster Streitpunkt unter den Mitgliedern des <Freundeskreises> geworden und hatte tatsächlich, wie bereits erwähnt, Anfang 1936 zu einem Riß in der Beziehung zwischen Hilde Walter und Rudolf Olden geführt. Unter diesen Umständen also war die Bereitschaft von Amabel Williams-Ellis, diese Aufgabe zu übernehmen, von ausgesprochenem Glück für den Verlauf, geschweige denn für die Harmonie, der britischen Kampagne.

Man nimmt an, daß Mrs. Williams-Ellis bei einem Gespräch mit der Witwe von Siegfried Jacobsohn, Edith Schiffer-Jacobsohn, auf den Gedanken kam, eine solche Broschüre herauszugeben; die beiden Frauen hatten sich zum ersten Mal im Zusammenhang mit Frau Jacobsohns Kinderverlag getroffen und sich dann während Frau Jacobsohns Exil in London näher kennengelernt. Zuerst hatte Mrs. Williams-Ellis beabsichtigt, Kurt Singers kürzlich erschienene schwedische Ossietzky-Broschüre<sup>33</sup> als hauptsächliche Materialquelle heranzuziehen, aber nach einer Warnung von früheren Kollegen Ossietzkys, daß die Singer-Broschüre viele Ungenauigkeiten enthielte, wandte sie sich dann vor allem an Olden um biographische Hilfe. Zusätzlich machte sie vollen Gebrauch von den Diensten des jungen Peter Jacobsohn (Sohn von der Ende 1935 vorzeitig verstorbenen Edith Schiffer Jacobsohn) als, was er seitdem als <gofer> beschrieben hat, also als Übersetzer, Forscher und allgemeines Faktotum.

---

<sup>32</sup> *What was his crime? The case of Carl von Ossietzky, London & Southampton, 1937* [1936].

<sup>33</sup> Kurt Singer [d.i. Deutsch], *Carl von Ossietzky, fredskämpen i koncentrationslägret*, Stockholm, 1936.

Obwohl die Eile, in der Amabel Williams-Ellis die Broschüre herausgeben mußte, doch unvermeidlicherweise zu einigen Fehlern führte, stellte sie dennoch ein nützliches Dokument dar, das in der britischen Presse besprochen werden konnte, und das gerade in der ausschlaggebenden Zeitspanne vor der Verkündigung des Nobelpreiskomitees die öffentliche Aufmerksamkeit auf Ossietzkys Notlage lenken konnte. Was der Schrift das eigentliche Gewicht verlieh, war zweifellos die Liste von berühmten Signataren - Leonard Woolf, Virginia Woolf, Vyvyan Adams, Ellis Roberts, J. B. Priestly, Aldous Huxley, Bertrand Russell, Prof. G. P. Gooch, Gilbert Murray, C. Day Lewis, H. G. Wells, A. Williams-Ellis, Rose Macaulay, Gerald Heard, Norman Angell -, deren Unterstützung hauptsächlich durch den persönlichen Einsatz von Mrs. Williams-Ellis selbst gewonnen worden war, mit Mühe, wie aus zeitgenössischer Korrespondenz hervorgeht.<sup>34</sup> Außerdem soll sie die Namen mit allergrößter Bedachtsamkeit ausgewählt haben, wobei sie jeden von der Liste entschieden ausschloß, der entweder der britischen Öffentlichkeit im Allgemeinen oder dem Nobelpreiskomitee im Besonderen zu radikal erscheinen könnte.

Wenn man den Verlauf der britischen Ossietzky-Kampagne bedenkt, wäre es gar nicht abwegig, sich zu fragen, warum denn die englischen Verbindungen von Maud von Ossietzky nicht stärker ausgenützt wurden. Aus der Korrespondenz des <Freundeskreises> tritt schon deutlich hervor, daß die Führer der Kampagne Maud aus mehreren Gründen, die sich wahrscheinlich hauptsächlich aus ihren Alkoholproblemen ergaben, als unzuverlässig ansahen - vielleicht zu Unrecht. Zum Beispiel wurde Mauds Englandbesuch vom Sommer 1935 kaum als nützliche Propagandamöglichkeit betrachtet, sondern vielmehr als Grund für Besorgnis, daß sie irgendeine Indiskretion begehen könnte. Darüber hinaus muß darauf hingewiesen werden, daß wegen der starren britischen Gesellschaftsstruktur jener Zeit Maud als Anglo-Inderin sowieso wenig in den Kreisen des Establishment zu sagen gehabt hätte.

Jedenfalls scheint es, daß Mauds Besuch schließlich ohne irgendwelche Mißgeschicke verlief, obwohl man ja sagen muß, daß es auch nicht sehr viel Kontakt zwischen ihr und Mitgliedern des <Freundeskreises> gab. (Sie trank Tee mit Rudolf Olden und beklagte sich, daß ihr Mann nicht genügend mit Geld und anderen Notwendigkeiten versorgt sei; sie besuchte

---

<sup>34</sup> S. Peter Schiffer-Jacobsohn an Bertha Bracey, 2. Aug. 1936, und Amabel Williams-Ellis an Bertha Bracey, 6. Aug. 1936, SF, FSC/GE/5.

zweimal Ernst Toller, sagte ihm aber dabei nichts von Bedeutung; und Otto Lehmann-Rußbüldt traf sie nur zufällig auf der Straße.)

Abgesehen davon aber, scheint Maud doch aus eigener Initiative einiges unternommen zu haben, wie Milly Zirker, die kurz im August 1935 in England war, mit Schrecken berichtete: «Ohne irgend einen Menschen zu fragen, war sie allein bei irgendeinem bekannten Redakteur einer großen Zeitung - ich habe vor lauter Schreck den Namen vergessen - und hat da eben erzählt, was sie für gut befand.»<sup>35</sup> Weitere unabhängige Initiativen Mauds waren ihr Kontakt mit Edith Jacobsohn, das Wochenende, das sie im Haus von Rennie Smith von den Friends of Europe verbrachte, und schließlich ihr umsichtiger Brief, der am 31. August 1935 in der *Times* erschien, und der verschiedentlich von Ika Olden als «ganz geschickt» und von Ernst Toller als «bedauerlich» beschrieben wurde.<sup>36</sup> (Maud berichtet darin, daß sie bei einem kürzlichen Besuch ihren Mann «as well as could be expected» gefunden habe, bemerkt aber abschließend, daß «the strain of confinement (now two years and six months) has naturally a depressing effect.») Sie besuchte darüber hinaus mehrmals Mary Ormerod im Quäkerbüro, wo ihr einmal £9 übergeben wurden, (wovon £2 ihrem Mann zugedacht waren); dabei bekam sie auch ihre Rückfahrkarte nach Hamburg, die aus dem Betrag bezahlt wurde, die für ihren Unterhalt während der nächsten Wochen bestimmt war. Übrigens versetzte diese Gabe Hilde Walter in Wut, denn sie war fest überzeugt, daß Maud das Geld für Alkohol vergeuden würde; sie machte den Quäkern Vorwürfe für ihre Leichtgläubigkeit und auch Ika Olden für ihr Versäumnis, wie zuvor besprochen die Quäker auf diese Möglichkeit aufmerksam zu machen.<sup>37</sup> Es ist jedoch klar, daß Maud selbst der Auffassung war, daß sie ein paar wohlwollende und nützliche Kontakte in England hergestellt hatte, und sie dankte Mrs. Ormerod nach ihrer Rückkehr nach Hamburg: «for the very kind interest you took in my affairs and the advice you gave me in many matters, I really met some very kind friends in England especially there where I did not expect it.»<sup>38</sup>

---

<sup>35</sup> Milly Zirker an Hilde Walter, 21. Aug. 1935, IISG, M. 13.

<sup>36</sup> Ika Olden an Hilde Walter, 10. Sept. 1935 und Ernst Toller an Hilde Walter, 17. Okt. 1935, IISG, M. 14.

<sup>37</sup> Hilde Walter an Mary Ormerod, 28. Okt. 1935, SF, FSC/GE/5.

<sup>38</sup> Maud von Ossietzky an Mary Ormerod, o.D. [November 1935], SF FSC/GE/5.

Außerdem scheint es aber doch, daß trotz der allgemein akzeptierten Ansicht, daß Maud von Ossietzkys Heirat einen Riß zwischen ihr und ihrer Familie verursacht hätte, ihre englischen Verwandten ihr in dieser schwierigen Zeit schon bis zu einem gewissen Grad praktische und moralische Unterstützung boten. So standen zum Beispiel Mauds Onkel und Tante zweiten Grades, Edward und Emma Palmer, wegen ihrer Sorge über Mauds Befinden seit Ende 1933 mit den Quäkern in Kontakt. Darüber hinaus boten ihr Edward Palmer sowie auch eine angeheiratete Verwandte, Mabel Macgregor, während Mauds Aufenthalts in England Unterkunft in ihren Häusern in Crouch End bzw. Hastings. Die Erklärung, warum die angeblich so wohlhabende Familie Palmer ihre verarmte Verwandte nicht in großzügigerer Weise unterstützte, scheint einfach: die Familie besaß nur noch wenig von ihrem Vermögen. (Das in Mauds Autobiographie angedeutete Familienvermögen, das auch von einigen von Ossietzkys Biographen erwähnt wird, war schon vor drei Generationen verlorengegangen, und zwar zuerst durch den Bankrott im Jahre 1828 der Handelsfirma von Mauds Urgroßvater in Haiderabad, und dann zwei Jahre später durch den Bankrott der Bank ihres Urgroßonkels in Kalkutta.)

Was nun die moralische Unterstützung betrifft, so gibt es Anzeichen, daß, als die ältliche Emma Palmer von Ika Olden um Hilfe gebeten wurde, sie bereit war, ihren Namen als britischen Bürgen für Ossietzky anzugeben, so daß es ihm im Falle seiner Freilassung gestattet wäre, sich in Großbritannien niederzulassen. Außerdem erschien am 2. Dezember 1936 ein ziemlich rührender Brief in der *Times*, der von Emmas Bruder Edward unterzeichnet war, und besondere Aufmerksamkeit auf seine Verwandten, Maud und Rosalinda von Ossietzky, lenkte:

«Herr von Ossietzky has an English wife and daughter who for the last 3 ½ years have been dependent mainly on the charity of friends and who are now separated from one another - the mother in Germany, the daughter in England - and very near the end of their tethers. Carl von Ossietzky's wife is descended from an English general, a contemporary and intimate friend of Warren Hastings. Can nothing be done to secure the award for the benefit of these poor ladies [...].»

Wie bereits erwähnt, sind die Verfasser der Auffassung, daß die grundsätzlich nach innen gerichtete britische Gesellschaft wohl ein Hauptproblem für die Organisatoren der britischen Ossietzky-Kampagne darstellte. In der Tat könnte diese Meinung durch nichts besser veranschaulicht werden als durch das Zusammenspiel von Ereignissen, die zum 10. Dezember 1936

führten, dem Tag, an dem, wie man hoffte, es Ossietzky wider alles Erwarten doch gestattet werden würde, in Oslo zu erscheinen, um seinen Nobelpreis zu übernehmen, und seine Rede zu halten. Olden und Lehmann-Rußbüldt arbeiteten zu dieser Zeit wie nie zuvor, um verschiedene britische Interventionen, die auf Berlin Druck ausüben könnten, zustande zu bringen. Sie hätten jedoch kaum einen ungünstigeren Zeitpunkt wählen können. Denn alle ihre Bemühungen, Ossietzkys Notlage bekanntzumachen, wurden hoffnungslos vereitelt durch die Tatsache, daß die gesamte britische Öffentlichkeit von dem eigenen häuslichen Drama gefangen war, nämlich dem unerhörten Schauspiel, wobei König Edward VIII. von der britischen Regierung davon abgehalten wurde, die Frau seiner Wahl, die zweifach geschiedene Amerikanerin Mrs. Wallis Simpson, zu heiraten sowie dessen darauffolgende Abdankung. «Die Königskrise nimmt leider jede Aufmerksamkeit in Anspruch. Sonst wäre die Empörung schon wirksamer geworden,» schrieb Olden am 9. Dezember an Hilde Walter; und an Budzislawski am 13. Dezember: «Die Königskrise kam im ungeeignetsten Augenblick.»

Wie das Unglück es wollte, traf die Abdankung genau mit dem Tag der feierlichen Nobelpreisverleihung zusammen. Etwas von der Dringlichkeit jener Tage tritt in einem Telegramm von Amabel Williams-Ellis an Rudolf Olden zutage, das jenes schicksalhafte Datum, den 10. Dezember, trägt und sich auf einen Brief bezieht, der in der *Times* von jenem Tag erschienen war. (Darin hatte Lord Allen die Nachricht von Ossietzkys Auszeichnung mit der Zurückhaltung begrüßt, die so charakteristisch für die britischen Appeasementpolitiker war.) Auf die Rückseite des Telegramms hat Olden ein paar Phrasen aus der berühmten königlichen Abdankungsrede, die er sich offenbar eben im Radio angehört hatte, mit Bleistift hingekritzelt - «burden so heavy», «no delay» und so weiter. Daneben hatte sich Olden die Zeiten von nicht weniger als 6 Nachrichtensendungen im Radio notiert, die er, vielleicht weil er von der Abdankung des Königs ebenso gebannt war wie der Rest der Bevölkerung Großbritanniens, und zweifellos weil er ungeduldig auf Nachricht von Oslo wartete, in keiner Weise zu versäumen gedachte.



## Wilhelm Büttemeyer

### *Motive der Befürworter der Verleihung des Friedensnobelpreises an Carl von Ossietzky*

#### *Vorbemerkung*

Am 23. November 1936 sorgte eine überraschende Nachricht für Schlagzeilen in der Weltpresse: *Peace Prize for Nazis' Victim*; der Friedensnobelpreis war an den in Deutschland gefangengehaltenen Carl von Ossietzky verliehen worden. War das eine politische Provokation, wie die gleichgeschaltete deutsche Presse meinte? Oder standen andere Motive dahinter? Wenn die bisherigen Darstellungen der Bemühungen um die Verleihung des Nobelpreises an Ossietzky den chronologischen Ablauf und die Strategie des Vorgehens in den Mittelpunkt gestellt haben,<sup>1</sup> so möchte ich versuchen, die Motive aufzuhellen, die die Träger und Befürworter jener Aktionen geleitet haben.

Wegen der Vielzahl der Akteure können dabei natürlich nicht alle einzelnen Fälle, sondern jeweils nur die neuen Akzente berücksichtigt werden, was eine selegierende und typisierende Vorgehensweise erforderlich macht. In methodischer Hinsicht ist ferner zu berücksichtigen, daß der Handlungssinn den Handelnden selbst manchmal nicht völlig klar ist, daß unterschiedliche Zielsetzungen sich durchkreuzen können und daß die wirklichen Motive, die hinter den Aktionen stehen, nicht immer mit den öffentlich erklärten

---

<sup>1</sup> Neben den im folgenden zitierten Veröffentlichungen seien aus der umfangreichen Literatur hervorgehoben: F. Burger/K. Singer, *Carl von Ossietzky*, Zürich 1937; K. R. Grossmann, «Carl von Ossietzky receives the Peace Nobel Prize», in: *Der Friede - Idee und Verwirklichung* (Festgabe für A. Leschnitzer), hrsg. v. E. Fromm u. H. Herzfeld, Heidelberg 1961, S. 177-198; *Maud von Ossietzky erzählt. Ein Lebensbild*, Berlin 1966; H. Walter, *Aus der Chronik des Nobelpreises für Carl von Ossietzky*, «aus politik und zeitgeschichte - beilage zur wochenzeitung das parlament», B 40/1969; *Carl von Ossietzky. Republikaner ohne Republik*, hrsg. v. H. Donat u. A. Wild, Bremen 1986; W. Brandt, *Die Nobelpreiskampagne für Carl von Ossietzky* (mit den Briefen an Konrad Reisner und Hilde Walter, hrsg. v. W. Büttemeyer), Oldenburg 1988.

Motiven übereinstimmen müssen. Zur Klärung des Sachverhalts können neben öffentlichen Erklärungen auch Briefe, private Aufzeichnungen u.ä. dienen. Allerdings kann ich mich nur ausnahmsweise auf neue Quellen - insbesondere die Unterlagen des norwegischen Nobelinstituts - stützen und muß mich im übrigen weitgehend auf eine analytische Lektüre der zur Ossietzky-Kollektion des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte in Amsterdam gehörenden Materialien beschränken.

## 1934

Nachdem Ossietzky, wie viele andere Kritiker des Nationalsozialismus, wenige Wochen nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler in der Nacht des Reichstagsbrandes verhaftet und schließlich im Februar 1934 in das Konzentrationslager Esterwegen gebracht worden war, hatten sich Ossietzkys Frau Maud, seine Freunde und verschiedene Exilorganisationen um seine Freilassung bemüht - allerdings vergeblich, denn die Verantwortlichen befürchteten, er würde sich ins Ausland absetzen und dort als «Kronzeuge gegen das nationalsozialistische Deutschland» auftreten.<sup>2</sup>

In dieser Situation vertrat Georg Bernhard in einem Leitartikel des «Pariser Tageblatts» vom 16. April 1934 als erster öffentlich die Meinung, der Friedensnobelpreis könne nach den Propagandisten des Wortes und der Tat auch einmal «Propagandisten des Leidens» verliehen werden;<sup>3</sup> die Ehrung

<sup>2</sup> Vgl. hierzu die Ossietzky betreffenden Dokumente der Gestapo im Archiv des Osloer Nobelinstituts, zuerst veröffentlicht in E. Eriksen/S. Evensmo, *Dokumenter fra ruinene*, Oslo 1946; deutsch in «Die Weltbühne» 4 (1949), Sonderheft, S. 34-40, und K. R. Grossmann, *Ossietzky. Ein deutscher Patriot*, Frankfurt/M. 1973, S. 381-392, bes. Nr. 3.

<sup>3</sup> G. Bernhard, *Friedens-Nobelpreis*, «Pariser Tageblatt» Jg. 2, Nr. 125 (16.4.1934); Nachdruck in F. Trapp u.a., *Carl von Ossietzky und das politische Exil. Die Arbeit des <Freundeskreises Carl von Ossietzky> in den Jahren 1933-1936*, Hamburg 1988, S. 66 f.

Völlig unbegründet ist dagegen die Behauptung von B. W. Wessling (in seiner Monographie *Carl von Ossietzky - Märtyrer für den Frieden*, München 1989, S. 281), schon in der ersten Hälfte des Jahres 1934 hätten in Pariser Emigrantenkreisen Gerüchte kursiert, man mache sich in Oslo Gedanken, Ossietzky durch den Friedensnobelpreis vor dem Untergang zu retten. Auch andere Äußerungen dieses Autors muten eher märchenhaft an: Während andere in erster Linie O.s Rettung im Auge gehabt hätten, habe Thomas Mann «zuerst und vor allem» O.s pazifistisch-schriftstellerische Leistung hervorgehoben (S. 281); die Fürsprachen von Einstein, Th. Mann, Rolland oder Quidde (alle aus den Jahren 1934-35!) seien «ausschlaggebend» für die Preisverleihung gewesen (S. 282); die amerikanischen Friedenspreisträger Butler, Dawes und Kellogg hätten sich für O. erklärt (S. 284); im Oktober 1935 habe Thomas Mann «noch einmal» ans Nobel-Komitee geschrieben (S. 287) usw.

solcher Märtyrer der Friedensidee - wie Carl von Ossietzky - würde angesichts der Vertreibung und Inhaftierung deutscher Pazifisten durch die Nationalsozialisten vor aller Welt ein Zeichen für den Frieden setzen. Neben der unausgesprochenen Hoffnung, die Preisverleihung werde Ossietzkys Befreiung bewirken, sind damit zwei explizit genannte Motive ins Spiel gebracht: die Ehrung eines Märtyrers der Friedensidee und die Zeichensetzung für den Frieden. Das Märtyrermotiv, das im Hinblick auf die Zielsetzung recht überzeugend wirkt, erweist sich bei näherem Hinsehen jedoch als nicht ganz unproblematisch; denn es bedeutet offenbar nicht nur den Anfang einer gewissen Stilisierung Ossietzkys zum Heroen, worauf schon R. v. Soldenhoff hingewiesen hat,<sup>4</sup> sondern reduziert zugleich die vielfältigen Gründe, aus denen er den Nazis unbequem war, auf einen einzigen.

Die von Berthold Jacob geleitete Straßburger Sektion der Deutschen Liga für Menschenrechte schlug Ossietzky am 26. Mai 1934 für den Friedensnobelpreis vor, ohne dieses Vorgehen mit dem Pariser <Freundeskreis Carl von Ossietzky> abzustimmen. In einem Brief an Austen Chamberlain vom 10. Juni 1934 gibt sich Jacob überzeugt, daß Ossietzkys Nominierung für den Nobelpreis «seine jetzige Lage verbessern und alle Freunde, die für den Frieden arbeiten, ermutigen» wird.<sup>5</sup> Dem Vorschlag der Straßburger Sektion, der nachfolgend mit freundlicher Genehmigung des Norwegischen Nobelinstituts in Oslo veröffentlicht wird, entnimmt man, daß die Verfasser zunächst nur an das erste der von Jacob angeführten Motive dachten, wenn sie meinten, Ossietzky würde durch die Preisverleihung wieder für ernstliche Friedensarbeit frei gemacht.

---

<sup>4</sup> *Carl von Ossietzky 1889-1938. Ein Lebensbild*, hrsg. v. R. v. Soldenhoff, Weinheim/Berlin 1988, S. 305.

<sup>5</sup> Eine Durchschrift des Briefes gehört zur *Ossietzky-Kollektion* des Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis in Amsterdam, Mappe 5; der Text ist in Übersetzung wiedergegeben in F. Trapp, *C. v. Ossietzky*, zit., S. 71. Meine Hervorhebung.

LIGUE ALLEMANDE POUR LA DEFENSE DES DROITS DE L'HOMME & DU CITOYEN  
 DEUTSCHE LIGA FÜR MENSCHENRECHTE - SECTION STRASBOURG, B.-RHIN

Strasbourg (Bas-Rhin), am 26-5-1934

182, rte de Mittelhausbergen  
 Strasbourg-Cronenbourg  
 France (Bas Rhin)

An den  
 STORTING  
 NOBEL-Preis-Comité  
 O s l o (Norve)

*Sehr geehrte Herren,*

*wir erlauben uns, Ihre Aufmerksamkeit auf einen Mann zu lenken, der unserer Auffassung nach würdig wäre, aus Ihren Händen den Friedenspreis der NOBEL-Stiftung zu empfangen.*

*Wir meinen Herrn Carl Von OSSIETZKY, den bedeutenden deutschen Schriftsteller, den früheren Herausgeber der «WELTBÜHNE» in Berlin, der sich gegenwärtig in dem Konzentrationslager PAPENBURG in Ostfriesland befindet.*

*Carl Von Ossietzky ist einer der hervorragendsten Repraesentanten der deutschen Friedensbewegung. Er hat für die Ausbreitung pazifistischer Gedanken in Deutschland viel getan und er hat mit unbeirrbarer Konsequenz seinen Weg eingehalten, ohne jemals die geringste Konzession an die Mächte zu machen, die - in Deutschland und anderwärts - dem Friedensgedanken entgegenstehen.*

*Carl Von Ossietzky gehörte dem letzten Präsidium der Deutschen Liga für Menschenrechte an; er war, kurz nach dem Kriege, den er als einfacher Soldat mitgemacht hatte, neben Professor QUIDDE als Sekretär der Deutschen Friedens-Gesellschaft hervorgetreten und wurde danach einer der Initiatoren der deutschen Bewegung «Nie wieder Krieg!».*

*In der «Weltbühne» hat er Jahr für Jahr und Woche für Woche die Kriegsgefahren denunziert und so zu seinem Teil dazu mitgewirkt, diese Gefahren durch öffentliche Bekanntgabe aufzuheben oder doch zu dämpfen.*

*Sein großes schriftstellerisches Talent, von dem die Jahrgänge der «Weltbühne» zeugen, hat er ganz und gar in den Dienst der Friedenspropaganda gestellt. Wie Fridtjof NANSEN; Alfred H. FRIED; Ferdinand BUISSON; Ludwig QUIDDE wird Carl Von Ossietzky als ein Pionier einer neuen, trotz allen Widerstandes eines Tages doch siegreichen, Ordnung Europas, als Pionier des organisierten Weltfriedens, anzusehen sein.*

*Wir glauben, daß die Verleihung des Friedenspreises der Nobel-Stiftung an Von Ossietzky ein Entschluß im Sinne des Stiflers dieses Preises sein würde. Wir glauben, daß die Vergebung des Preises nach unserm Vorschlag die Bedeutung und den Wert des Preises würde steigern können. Wir glauben schließlich, daß die Vergebung des Preises an Carl Von Ossietzky erheblich dazu beitragen könnte, diese wertvolle Kraft für ernstliche Friedensarbeit wieder frei zu machen.*

*Indem wir uns der Erwartung hingeben, daß Sie, sehr geehrte Herren, unserm Vorschlag Ihre ernste Beachtung zuteil werden lassen, empfehlen wir uns Ihnen*

*mit dem Ausdruck unserer vollkommenen Hochachtung*

LIGUE ALLEMANDE POUR LA DEFENSE DES DROITS DE L'HOMME & DU CITOYEN

DEUTSCHE LIGA FÜR MENSCHENRECHTE - SECTION STRASBOURG, B.-RHIN

[gez.] Berthold Jacob

Am 31. Mai 1934 verbreitete B. Jacob durch seinen «Unabhängigen Zeitungs-Dienst» eine entsprechende Nachricht, damit - wie es in seinem Brief an Hilde Walter vom 21. Dezember 1935 heißt - «die Öffentlichkeit im weiteren Sinn interessiert und alarmiert» werde.<sup>6</sup> Die dahinter stehende Strategie hatte er schon am 16. Juni 1934 in einem Brief an Kurt Tucholsky erläutert: Ossietzkys Freilassung solle dadurch erreicht werden, daß er täglich in der Presse erscheint und den Nazis so unbequemer wird, als wenn er selbst aus dem Exil spräche.<sup>7</sup>

Es kann nicht übersehen werden, daß die beiden von Jacob initiierten Aktionen überaus problematisch waren - die erste, weil die Vorschlagsfrist für 1934 längst abgelaufen und die Sektion nicht vorschlagsberechtigt, der Ossietzky vielleicht schadende Mißerfolg also vorprogrammiert war; die zweite, weil die Informationsquelle deutlich machte, daß die Aktion von Emigranten initiiert worden war, was erfahrungsgemäß zu Repressalien gegen Ossietzky führte. Offenbar waren die Aktionen übereilt und ohne die notwendigen Hintergrundinformationen in die Wege geleitet worden, was - in Verbindung mit der sofortigen Veröffentlichung - die Vermutung nahelegt, daß ein weiteres, nicht genanntes Motiv mit im Spiel war: Jacob wollte sich in dieser hochkarätigen Angelegenheit für den Fall des Erfolges ein Primat sichern. Eine ähnliche Tendenz findet sich auch bei Kurt Grossmann, der das Memorandum «Rettet Ossietzky!» so angelegt hat,<sup>8</sup> daß der Eindruck entstehen mußte, die Initiative sei von Prag ausgegangen, wo er als wichtigster Mittelsmann wirkte. Da auch Parteien versuchten, die Vorgänge zu ihren Gunsten umzumünzen, zeigte sich Romain Rolland am 13. November 1934 in einem Brief an Hellmut von Gerlach «verärgert, daß alles, was man tut, durch die Parteien umfunktioniert wird».<sup>9</sup>

Dem Straßburger Vorschlag schloß sich neben der Saarländischen Liga für Menschenrechte am 4. Juni 1934 auch die Prager Sektion der Deutschen

<sup>6</sup> A.a.O., S. 68 f.; der Brief gehört zur *Ossietzky-Kollektion*, Mappe 16.

<sup>7</sup> Der Brief ist veröffentlicht in R. v. Soldenhoff (Hg.), *C. v. Ossietzky 1889-1938*, zit., S. 226 f.

<sup>8</sup> Vgl. hierzu auch den in Anm. 6 zitierten Brief B. Jacobs an H. Walter. Ein Exemplar des Prager Memorandums «Rettet Carl von Ossietzky!» gehört zur *Ossietzky-Kollektion*, Mappe 8.

<sup>9</sup> Der Brief gehört zur *Ossietzky-Kollektion*, Mappe 3, und ist in Übersetzung wiedergegeben in Trapp, *C. v. Ossietzky*, zit., S. 78. In diesem Zusammenhang sei auch daran erinnert, daß das französische Comité Thaelmann im Mai 1936 (!) für sich in Anspruch nahm, die Nobelpreisaktion «vor einigen Monaten initiiert» zu haben; vgl. a.a.O. S. 174 f.

Liga für Menschenrechte an, die mit der Verleihung des Friedenspreises an Ossietzky vor aller Welt demonstriert sehen wollte, daß solche «Vorkämpfer für den Frieden» und «Märtyrer der Friedensidee» nicht vergessen werden.<sup>10</sup> Nach der Erkenntnis, daß eine Preisverleihung aus den schon genannten Gründen 1934 nicht in Frage kommen konnte, äußerte Kurt Grossmann in einem Brief an Hellmut von Gerlach am 23. Juni 1934 die Hoffnung, daß der Schritt dennoch «für v. O. eine Entlastung» bedeute.<sup>11</sup>

Obwohl den Beteiligten die Aussichtslosigkeit des Unterfangens inzwischen klar war, wurde die Friedenspreiskampagne fortgesetzt, weil man einerseits vom Eingeständnis des Scheiterns Nachteile für Ossietzky befürchtete, andererseits die vorteilhafte publizistische Wirkung der Aktion zu schätzen begann. So setzten sich für Ossietzkys Kandidatur aus ähnlichen Gründen, wie den bereits genannten, noch ein: der Internationale Freidenker-Kongreß in Barcelona, die Sozialdemokratische Partei der Tschechoslowakei, die Österreichische Friedensgesellschaft, der Vizepräsident des Internationalen Friedensbüros in Genf Gaston Moch, Lion Feuchtwanger, Gerhard Seger, Romain Rolland, Kurt Tucholsky und der britische Young P.E.N.-Club.<sup>12</sup>

Während in einem Schriftsatz der Gestapo vom 2.11.1934, der den deutschen Behörden im In- und Ausland als Informationsquelle dienen sollte, unterstellt wird, die Kandidatur Ossietzkys sei von dem unlauteren Motiv getragen, ihn «unter dem Deckmantel des Kampfes für den Pazifismus»

---

<sup>10</sup> Der Wortlaut des Briefes wurde veröffentlicht in «Die neue Weltbühne» (Prag) Jg. 3, Nr. 24 (14.6.1934), S. 763; Nachdruck in Trapp, *C. v. Ossietzky*, zit., S. 72 f.

<sup>11</sup> Grossmanns Briefwechsel mit H. v. Gerlach ist abgedruckt in K. Grossmann, *Ossietzky*, zit., S. 370-376, bes. Nr. 4.

<sup>12</sup> Hinweise auf die Entschlüsse des Freidenker-Kongresses und der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Partei finden sich in der Denkschrift «Den Friedens-Nobelpreis in das Konzentrationslager! Carl von Ossietzky, Kandidat 1936», die zur *Ossietzky-Kollektion* (Mappe 32) gehört und als Supplement zu Trapp, *C. v. Ossietzky*, zit., veröffentlicht ist. «Die neue Weltbühne» berichtete über die Unterstützung des Nobelvorschlags durch die Österreichische Friedensgesellschaft und Gaston Moch (Jg. 3, Nr. 27, 5.7.1934, S. 860; Jg. 31, Nr. 48, 28.11.1935, S. 1497) und veröffentlichte Lion Feuchtwangers Brief an das Nobelkomitee (Jg. 3, Nr. 30, 26.7.1934, S. 941). Eine Kopie des Briefes von G. Seger vom 27.7.1934 gehört zur *Ossietzky-Kollektion*, Mappe 3. Zu R. Rollands Erklärung vom 15.9.1934 vgl. B. Frei, *Romain Rolland über Ossietzky*, «Die Weltbühne» 23 (1968), S. 1112-1115, und Trapp, *C. v. Ossietzky*, zit., S. 78. Den Young P.E.N.-Club erwähnt Ernst Toller in einem Brief an Hilde Walter vom 2.1.1935, der zur *Ossietzky-Kollektion*, Mappe 6, gehört und veröffentlicht ist in Trapp, *C. v. Ossietzky*, zit., S. 83.

«für eine im sicheren Schutz des Auslandes aufzunehmende Hetzpropaganda gegen das neue Deutschland zu gewinnen»,<sup>13</sup> läßt sich zusammenfassend sagen, daß diejenigen, die sich 1934 beim Nobelkomitee für Ossietzky einsetzten, seine Befreiung (oder doch zumindest die Besserung seiner Lage), die Ehrung dieses Vorkämpfers und Märtyrers der Friedensidee sowie die Stärkung der Friedensbewegung im Sinn hatten. Das «Wachrütteln des Weltgewissens», von dem rückblickend im Zusammenhang mit den ersten Aktionen B. Jacobs und K. Grossmanns gesprochen wird,<sup>14</sup> ist dagegen eine rhetorische Wendung, die erst sehr viel später gebraucht worden ist.

Die überwiegend unpolitische Argumentationsweise, die alle offiziellen Eingaben des Jahres 1934 kennzeichnet, sei exemplarisch noch einmal durch Tucholskys Schreiben illustriert, das hier mit Zustimmung des Norwegischen Nobelinstituts in Oslo veröffentlicht wird. Natürlich verkannte er nicht, daß die Preisverleihung «als politische Wirkung übrigens auch gut» wäre und «allgemein als sehr anticouillon aufgefaßt» würde, fand sie aber vor allem «als Pflaster, als Wiedergutmachung, als ausgleichende Gerechtigkeit» «ganz herrlich»<sup>15</sup> und verwarf dementsprechend ausdrücklich eine Deutung dieses Aktes als Demonstration gegen die deutsche Regierung:

---

<sup>13</sup> Zitiert nach B. Frei, *Carl v. Ossietzky. Eine politische Biographie*, 2. Aufl. Berlin 1978, S. 249 f.

<sup>14</sup> E. Suhr, *Carl von Ossietzky. Eine Biographie*, Köln 1988, S. 227. Bruno Frei hat in seiner o.a. Monographie eine ähnliche Formulierung gebraucht, unterscheidet den späteren «weltweiten Appell an das Gewissen der Menschheit» aber von der «<Rettet Ossietzky>-Kampagne des Jahres 1934» (S. 247).

<sup>15</sup> Vgl. den Brief an Hedwig Müller (Nuuna) vom 27.9.1934, in: K. Tucholsky, *Briefe aus dem Schweigen 1932-1935*, hrsg. v. M. Gerold-Tucholsky u. G. Huonker, Reinbek 1977, S. 150. In ähnlicher Weise schreibt Rudolf Olden am 12.7.1934 an den Londoner UPA-Korrespondenten Frederick Kuh: «Ich brauche Ihnen nicht zu erklären, dass es politisch etwas bedeuten würde, wenn man den Mördern dieses Opfer entrisse, nicht nur persönlich» (*Ossietzky-Kollektion*, Mappe 5). Zu Tucholskys Einsatz für Ossietzky vgl. auch E. Suhr, *Zwei Wege - ein Ziel. Tucholsky, Ossietzky und Die Weltbühne*, München 1986, Kap. 12.

KURT TUCHOLSKY

Hindås Schweden

27-9-34

Nobel - Comité  
Oslo*Sehr geehrte Herren,**wie ich in schwedischen Zeitungen lese, steht mein Freund Carl von Ossietzky in engerer Wahl bei der Verleihung des Friedenspreises.**Ich habe mit Carl von Ossietzky gemeinsam die «Weltbühne» in Berlin herausgegeben und kenne ihn seit 10 Jahren. Ich habe ihn dem Begründer der Wochenschrift als Mitarbeiter vorge-schlagen und ihn nach dem Tode des Gründers gebeten, an meiner Stelle die Herausgabe zu übernehmen - wir haben beide gemeinschaftlich redigiert. Ich kenne den Mann also genau, und es ist mir ein Bedürfnis und eine Pflicht, Ihnen zu sagen:**Die Arbeit Ossietzkys für den Weltfrieden ist immer uneigennützig und tapfer gewesen, und, wie ich meine, nicht ohne Erfolg.**Uneigennützig: Ossietzky hat keiner Partei angehört, er hat nicht für irgend eine begrenzte Doktrin gefochten, sondern für die Idee der Humanität. Er hat, wie man zu sagen pflegt, «nichts davon gehabt» - es ist keine dankbare Aufgabe gewesen, in Deutschland für den Pacifismus einzutreten.**Tapfer: Ossietzky ist nach seiner Verurteilung im Jahre 1931 nicht aus Deutschland geflohen, was er hätte tun können und was der Regierung sicherlich angenehm gewesen wäre. Er hat in einem grossen Artikel «Rechenschaft», einer klassischen Leistung, dargelegt, dass er für die Sache des Friedens das Opfer bringen will. Er hat es gebracht. Was er aber dann, nach seiner Freilassung im Jahre 1932, getan hat, verdient die allerhöchste Anerkennung:**Dieser Mann, dessen prophetische Arbeiten dartun, wie sehr er seine Zeit und sein Land erkannt hat, hat noch im Dezember 32 gewagt, das heraufziehende Hitlerregime wegen seiner Kriegsfreundlichkeit anzugreifen, und zwar in derart scharfen Formen, dass die Rache denn auch nach dem Reichstagsbrand prompt über ihn hereingebrochen ist. Er leidet noch heute, während sie dies lesen.**Sie wissen, sehr geehrte Herren, besser als ich, dass es überall einen sozusagen offiziellen Pacifismus gibt, eine sanft geölte Denkungsart, die für den Frieden eintritt, solange kein Krieg ist. Diese Gesinnung kostet nichts, sie ist bequem. Ossietzky hat sich seine Friedensgesinnung etwas kosten lassen - wir wissen alle nicht, ob er mit dem Leben davonkommt. Wenn ich, als sein langjähriger Kampfgenosse, Sie bitte, den Idealismus, die Sauberkeit und die so seltene Zivil-courage dieses Friedenssoldaten anzuerkennen, so tue ich das in voller Kenntnis der Person und der Sache. Dieser Mann ist für den Frieden ans Kreuz geschlagen worden.**Ich habe bisher geschwiegen, um nicht durch meinen Namen, der auf die deutsche Regierung wie das rote Tuch wirkt, zu bewirken, dass Ossietzky geschlagen wird. Man hat mir die Staats-angehörigkeit aberkannt - alles, was ich öffentlich für ihn täte, hätte er zu büßen. Ihnen aber darf ich sagen: Sie geben Ihren Preis dem Würdigsten. Ich gehöre nicht zu denen, die in der Verleihung des Preises an Ossietzky in erster Linie eine Demonstration gegen die deutsche Re-gierung erblicken, denn das ist nicht der Sinn des Preises. Ich erblicke in der Verleihung an ihn eine Erfüllung der Nobelschen Ideen.**Mir sind Ihre Statuten bekannt - ich übe hier keinerlei Vorschlagsrecht aus. Ich genüge einer Freundschaftspflicht.**Ich bin Ihr sehr ergebener**[gez.] Kurt Tucholsky.*



## 1934-35

Hellmut von *Gerlach*, der von seinem Pariser Exil aus die Arbeit des <Freundeskreises Carl von Ossietzky> koordinierte, war mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln bemüht, Ossietzkys Haftbedingungen - soweit das von außen möglich war - zu erleichtern und seine Freilassung zu erwirken. Wenige Tage nachdem der Friedensnobelpreis 1934 an Norman Angell und Arthur Henderson verliehen worden war, erhob er am 14. Dezember im «Pariser Tageblatt» die Forderung: «Jetzt aber Ossietzky!» Selbst vorschlagsberechtigt als Mitglied des Internationalen Friedensbüros, nutzte er seine persönlichen Kontakte zu Ludwig *Quidde* (dessen Ziel ebenfalls die Freilassung Ossietzkys - und Friedrich Küsters - war und der in seiner Begründung das Märtyrerargument anführt<sup>16</sup>), zu dem Schweizer Nationalrat Victor E. *Scherer* und Helene *Stöcker*, um sie zu veranlassen, sich seinem eigenen Friedensnobelpreis-Vorschlag anzuschließen. Und er konnte außerdem Jane *Addams* durch die Vermittlung Otto Nathans und Albert Einsteins sowie Harold *Laski* durch den Einsatz Ernst Tollers als Befürworter Ossietzkys gewinnen. Damit lagen 1935 - wie den Unterlagen des Norwegischen Nobelinstituts in Oslo zu entnehmen ist - fristgerecht *sechs* gültige Vorschläge für Ossietzky vor. (Dagegen ist der in der Ossietzky-Literatur vielfach erwähnte Rechtswissenschaftler André Philip aus Lyon erst 1936 als Autor eines gültigen Vorschlags verzeichnet.)

In der Denkschrift, die Gerlach zur Begründung verfaßte<sup>17</sup> und auf die sich auch die anderen Vorschlagenden bezogen, werden Ossietzkys vielfältige Aktivitäten gegen Krieg und Militarismus und sein Einsatz für den Friedensgedanken aufgeführt. Daß Gerlach Ossietzkys Befreiung dabei nicht mehr ausdrücklich als Ziel nannte, mag damit zusammenhängen, daß er inzwischen bei Christian Lange, einem Mitglied des Norwegischen Nobelkomitees, Informationen eingeholt hatte; in dessen Antwortbrief vom 4. Januar 1935 heißt es nämlich unter anderem: «Es wäre verfehlt, in den Unterlagen des Vorschlags, O. den Preis für 1935 zu geben, den Gedanken in den Vordergrund zu schieben, daß man dadurch vielleicht seine Befreiung erleichtere. Das kann man in der Presse vielleicht sagen. In dem

---

<sup>16</sup> Vgl. hierzu Quiddes Brief an H. v. Gerlach vom 2.1.1935 und sein Schreiben an das Nobel-Komitee vom 24.1.1935, die zur *Ossietzky-Kollektion*, Mappe 3 bzw. 11, gehören und veröffentlicht sind in Trapp, C. v. *Ossietzky*, zit., S. 84-88.

<sup>17</sup> Ein Exemplar der Denkschrift H. v. Gerlachs gehört zur *Ossietzky-Kollektion*, Mappe 11.

*Vorschlag* muß man nur alle Unterlagen bereitlegen für eine Schätzung der Wirksamkeit O.'s als Friedensvorkämpfer.»<sup>18</sup>

Im Geleitwort des hektographierten Memorandums «Rettet Carl von Ossietzky!», das im Zusammenhang mit der Nobelpreiskampagne Anfang 1935 von Kurt Grossmann federführend für die Prager Sektion der Deutschen Liga für Menschenrechte redigiert wurde,<sup>19</sup> heißt es: «Wir fordern die Gefangenen des Dritten Reiches in Bausch und Bogen zurück, wissen aber, daß wir sie so kaum bekommen werden. Vereinen wir uns jedoch in dem Ruf: <Gebt Ossietzky heraus!>, sind unsere Chancen nicht gering. Denn an Ossietzky läßt sich das Unrecht, das in deutschen Konzentrationslagern geschieht, besonders deutlich nachweisen.» Dieses Zitat zeigt als weiteres Motiv, daß das Eintreten für Ossietzky nicht als isolierte Aktion und als Bevorzugung eines Prominenten verstanden wurde, daß Ossietzky vielmehr stellvertretend für alle anderen Opfer des Nationalsozialismus stand und die Nobelpreis-Aktivitäten dazu beitragen sollten, daß der internationalen Öffentlichkeit mehr und mehr bewußt wurde, wie unmenschlich die Nationalsozialisten ihre politischen Gegner behandelten und welche Zustände in den deutschen Konzentrationslagern herrschten.

Zur Unterstützung des Kandidatenvorschlags gingen dem Nobelkomitee im Laufe des Jahres 1935 (insbesondere als bekannt wurde, daß der tschechoslowakische Staatspräsident Thomas Masaryk zu den favorisierten Preisanwärtern zählte) inoffiziell zahlreiche Briefe international bekannter, aber nicht vorschlagsberechtigter Persönlichkeiten zu, darunter die Schriftsteller Selma Lagerlöf und Salvador de Madariaga, die Physiker Albert Einstein und Niels Bohr, der Anthropologe Franz Boas, die Philosophen John Dewey und Benedetto Croce (der den Mut hatte, sich aus dem faschistischen Italien zu Wort zu melden), Karl Barth und Thomas Mann.<sup>20</sup>

<sup>18</sup> Langes Brief, der zur *Ossietzky-Kollektion*, Mappe 3, gehört, ist veröffentlicht in Trapp, C. v. *Ossietzky*, zit., S. 82.

<sup>19</sup> Vgl. Anm. 8.

<sup>20</sup> Vgl. hierzu B. Croce, *Epistolario I*, Napoli 1967, S. 187 f.; A. Einstein, *Über den Frieden. Weltordnung oder Weltuntergang*, hrsg. v. O. Nathan u. H. Norden, Bern 1975, S. 281 f.; Th. Mann, *Gesammelte Werke in dreizehn Bänden*, 2. Aufl., Frankfurt/M. 1974, Bd. XII, S. 779-783; Trapp, C. v. *Ossietzky*, zit., S. 103. Karl Barths Schreiben vom 3. November 1935, das hier mit freundlicher Einwilligung des Norwegischen Nobelinstituts in Oslo veröffentlicht wird, hat folgenden Wortlaut:

Hochgeehrte Herren! Gestatten Sie mir die kurze Mitteilung, dass auch ich mich in der Reihe derer befinde, die die Verleihung des Nobel-Preises an den deutschen Schriftsteller

Die Palette der von ihnen vorgebrachten Gesichtspunkte reicht von der Ehrung und Befreiung Ossietzkys bis zur Stärkung des Glaubens an die Kraft des Guten durch ein Zeichen der Güte und Gerechtigkeit, von der ideellen Unterstützung des <anderen>, pazifistischen und demokratischen Deutschlands bis zur Erziehung der öffentlichen Meinung Europas und der Festigung einer internationalen Gesinnung in der ganzen Welt.

Alle diese Eingaben und Stellungnahmen vermochten das Nobelkomitee jedoch nicht davon zu überzeugen, daß einer der Friedenspreisträger des Jahres 1935 Carl von Ossietzky heißen müsse. Es beschloß vielmehr, den Preis in diesem Jahr überhaupt nicht zu vergeben. Vielleicht war die Überzeugungskraft der Vorschläge nicht hinreichend groß gewesen, vielleicht das Echo in der Öffentlichkeit nicht laut genug, vielleicht der Druck, den die deutsche Regierung über ihren Osloer Gesandten ausgeübt hatte, zu stark. Die Entscheidung bedeutete natürlich eine gewisse Enttäuschung, wurde von Ossietzkys Freunden aber in Anbetracht der Tatsache, daß neben diesem ein so verdienter und unzweifelhaft preiswürdiger Staatsmann, wie Masaryk, vorgeschlagen worden war, als Indiz für Ossietzkys Gewicht angesehen und als Ermutigung gedeutet, 1936 einen neuen Versuch zu starten.

### 1935-36

Wie Trapp/Bergmann/Herre gezeigt haben,<sup>21</sup> ist Hilde Walter, die der Nobelpreis-Idee zunächst mit großer Skepsis begegnet war, nach H. v. Gerlachs Tod im August 1935 aber doch die diesbezüglichen Aktionen von Paris aus koordinierte, in dem Augenblick auf neuen Kurs gegangen, als sie einsehen mußte, daß alle früheren Bemühungen um die Befreiung Ossietzkys gescheitert waren und die Nobelpreiskampagne eine große, diesem Ziel förderliche publizistische Wirkung besaß. Unmittelbar nach der Bekanntgabe der Entscheidung, den Friedensnobelpreis 1935 nicht zu vergeben, wurde sie aktiv: «Le Populaire», das Organ der französischen Sozialisten, meldete am 23. November 1935 und «Le Temps» am nächsten Tag, Ossietzky solle wiederum für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen

---

Carl von Ossietzky als eine für die Erziehung der öffentlichen Meinung Europas heilsame Entscheidung begrüßen würden. In aufrichtiger Hochschätzung Ihr sehr ergebener [gez.] Karl Barth.

<sup>21</sup> Trapp, C. v. *Ossietzky*, zit., S. 77.

werden. Obwohl diese von Hilde Walter lancierte Meldung zunächst jeder Grundlage entbehrte und nur eine «Schutzwirkung» für den gefährdeten Häftling auslösen sollte,<sup>22</sup> wurde sie vom Berliner «Deutschen Dienst» sofort ernstgenommen und am 29. des Monats in scharfer Form kritisiert, weil - wie es hieß - durch einen solchen Vorschlag nicht nur die Ehre des alten Deutschland verletzt werde, das Ossietzky wegen Hochverrat verurteilt hatte, sondern auch das neue Deutschland angegriffen werden solle, in dem kein Platz für Verräter dieser Art sei.

Die Formel vom Angriff auf das «neue Deutschland» setzte einen neuen Akzent in der bisher weitgehend unpolitisch geführten, auf Ossietzky und die Friedensbewegung bezogenen Argumentation, der allerdings schon durch vereinzelte private Äußerungen von seiten der Befürworter Ossietzkys vorbereitet war. Auch dadurch, daß die KPD bei ihrer Brüsseler Konferenz im Oktober 1935 die Namen Thälmann, Mierendorff und Ossietzky an die Spitze einer internationalen Kampagne zur Befreiung aller eingekerkerten Antifaschisten setzte, wurden die Bemühungen um die Rettung Ossietzkys «endgültig aus dem Dunkel hinter- und untergründiger Bemühungen ins Licht des offenen politischen Kampfes gehoben»<sup>23</sup> und zum zentralen Teil einer breiteren propagandistischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus gemacht.

Wenn Trapp/Bergmann/Herre daraus allerdings den Schluß ziehen, daß auch die Nobelpreiskampagne «sich in Sprache und Argumentationsstil den Gesetzen dieser Auseinandersetzung *anzupassen*» hatte,<sup>24</sup> so ist nicht nur an die bereits erwähnten Äußerungen von Tucholsky und Olden, sondern auch daran zu erinnern, daß Konrad Reisner, einer der Hauptakteure des <Freundeskreises Carl von Ossietzky>, schon am 15. Juni 1935 in einem Brief an Willy Brandt schrieb, man mache sich keine großen Illusionen

---

<sup>22</sup> Vgl. hierzu Hilde Walters Briefe an Kurt Grossmann vom 22.11.1935, an Ernst Toller vom 28.11.1935 und an Kurt Rosenfeld vom 29.12.1935; a.a.O., S. 108, 121 u. 148.

<sup>23</sup> L. Hoffmann, «Der erste Sieg. Exkurs über die Weltbewegung zur Rettung Carl von Ossietzkys», in: *Exil in der Tschechoslowakei, in Großbritannien, Skandinavien und in Palästina*, Frankfurt/M. 1981, S. 507-557, bes. S. 521. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß die Redaktion der tschechischen kommunistischen Kulturzeitschrift «Tvorba» in einem Brief an Masaryk vom 15.7.1935 betonte, daß die Rettung und Befreiung Ossietzkys «die heutigen Friedensstörer an ihrem schwächsten Punkte treffen kann»; vgl. G. Ducháčková, *Die Kampagne zur Rettung Ossietzkys*, «Die Weltbühne» Jg. 69, H. 40 (1.10.1974), S. 1255-58, bes. S. 1257.

<sup>24</sup> Trapp, C. v. *Ossietzky*, zit., S. 141. Meine Hervorhebung.

über die Courage des Nobel-Komitees, müsse aber darauf hinarbeiten, daß Ossietzkys Kandidatur wenigstens in ernsthafte Erwägung gezogen werde, weil man das «in bürgerlich-liberalen Kreisen propagandistisch gegen Hitler ausnützen» könne.<sup>25</sup> Während Fiedors Behauptung, schon im Januar 1935 sei Ossietzky zum «Symbol des Kampfes gegen den braunen Terror» geworden,<sup>26</sup> den Ereignissen vorauszuweichen scheint, war die Einstellung, das Einzelschicksal lasse sich in den Dienst des politischen Kampfes gegen den Nationalsozialismus stellen, die offensichtlich von der bisher eher humanitären Linie des <Freundeskreises Carl von Ossietzky> abweicht, also schon im Frühsommer 1935 in internen Kommunikationen präsent, so daß nicht gut von einer Anpassung an äußere Faktoren gesprochen werden kann. Diese Einstellung trat im Laufe des Jahres 1936 stärker in den Vordergrund und wurde auch öffentlich ausgesprochen, ohne das karitative Motiv zu verdrängen.<sup>27</sup> Hilde Walter selbst spricht wohl erstmals am 10. November 1936 in einer vertraulichen Mitteilung davon, daß die Ossietzky-Diskussion als «Grundlage für die Fortsetzung des antifaschistischen Kampfes in Norwegen» dienen könne und «Ansatzpunkte für die Überführung des Falles O. in eine umfassendere Kampagne» enthalte.<sup>28</sup>

Der erste öffentlich bekanntgewordene Vorschlag dieses Jahres kam am 17. Januar 1936 von Mitgliedern der schweizerischen Bundesversammlung; dank Ernst Rosenbuschs Bemühungen unterzeichneten von insgesamt 231 Parlamentariern 125 Angehörige aller Fraktionen, darunter die Präsidenten beider Kammern, die Eingabe an das Nobelkomitee. Damit erhielt die Ossietzky-Aktion in doppelter Hinsicht ein neues Gesicht. Neben das Prinzip der international gestreuten Einzelvorschläge, das im Vorjahr ausschließlich praktiziert worden war, trat der Gedanke, größere Gruppen von Parlamentariern aus verschiedenen Parteien und Ländern für die Nominierung zu gewinnen. Darüber hinaus enthielt die Eingabe den folgenden bemerkenswerten Satz: «Wir betrachten die Wahl des Carl von Ossietzky zum Friedenspreisträger als Protest gegen die Kriegspolitik, wie sie vor allem die diktatorisch regierten Staaten betreiben, und als Be-

---

<sup>25</sup> A.a.O., S. 91; ein Durchschlag des Briefes von Reisner gehört zur *Ossietzky-Kollektion*, Mappe 6.

<sup>26</sup> K. Fiedor, *Carl von Ossietzky und die Friedensbewegung*, Wrocław 1985, S. 101.

<sup>27</sup> Vgl. Trapp, C. v. *Ossietzky*, zit., S. 170, 180, 197, 218.

<sup>28</sup> A.a.O., S. 219; Durchschlag in *Ossietzky-Kollektion*, Mappe 31.

kenntnis zum Friedensgedanken.»<sup>29</sup> Das heißt, neben die Absicht, Ossietzky zu ehren, ihm zu helfen, die deutsche und internationale Friedensbewegung zu stärken und allen geängstigten Zeitgenossen ein ermutigendes Zeichen zu geben, trat erklärtermaßen ein außenpolitisches Motiv: den nationalsozialistischen Politikern sollte ein Denkzettel verpaßt werden.

Diese hatten zwar auf der diplomatischen Ebene einige Erfolge, wie den Viererpakt, das Konkordat, den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt und das deutsch-britische Flottenabkommen, verzeichnen können. Aber desungeachtet verbreitete sich im Ausland ein immer größeres Unbehagen, das sich sowohl auf innenpolitische Erscheinungen, wie die Behandlung der politischen Gegner, die Auflösung von Parteien und Gewerkschaften und die Existenz der Konzentrationslager, bezog als auch auf außenpolitisch bedeutsame Maßnahmen, wie den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund, die verstärkte Aufrüstung und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Vor diesem Hintergrund schien die Ehrung Ossietzkys geeignet, den Willen zur Wahrung demokratischer und friedlicher Verhältnisse zu bezeugen.

Allerdings wurde diese Einschätzung in der Schweiz nicht allgemein geteilt. Konservativ und nationalistisch orientierte Kreise beurteilten den «außenpolitischen Seitensprung» als «parlamentarische Blamage», denn die Abgeordneten hätten sich für die «politische Agitation» des «internationalen Marxismus» mißbrauchen lassen, und sie erklärten offen, daß sie das Verhältnis zum Nachbarstaat Deutschland («von dem wir gerne das Geld seiner Reisenden in die Schweiz nehmen, zu dem wir gerne exportieren möchten») nicht belastet wissen wollten.<sup>30</sup>

Ungeachtet solcher Polemik ging in den anderen Ländern die Sammlung gültiger Vorschläge weiter, wobei überwiegend die bekannten Gründe angeführt wurden. Doch auch Masaryks großmütiger Verzicht auf eine erneute Kandidatur, durch den eine von 37 tschechoslowakischen Senatoren und 32 Abgeordneten unterschriebene Eingabe ans Nobel-Komitee möglich wurde, wird von Grossmann rückblickend der schweizerischen Linie angenähert und darauf zurückgeführt, daß Masaryk «ebenso die mensch-

---

<sup>29</sup> Eine Kopie des Briefes an das Nobel-Komitee, der am 18.1.1936 in der Presse erschien, gehört zur *Ossietzky-Kollektion*, Mappe 30.

<sup>30</sup> Vgl. *Der außenpolitische Seitensprung eidg. Parlamentarier*, «Berner Tagblatt» 20.1.1936; *Zur Parlaments-Blamage*, «Neue Basler Zeitung» 25.1.1936.

liche Seite der Sache - den Schutz des gefangenen KZ-Häftlings - wie die politische (sah), nämlich durch die Preisverleihung an ihn dem Regime, das ihn widerrechtlich gefangen hielt, einen öffentlichen Tadel auszusprechen».<sup>31</sup> - Grossmann äußerte sich selbst in einem Brief an Hilde Walter vom 10.3.1936 in dem Sinne, daß der Pazifismus «an sich tot und begraben» sei und Ossietzky vor allem deswegen vorgeschlagen worden sei, «weil er uns einer der vornehmsten Typen des modernen Internationalismus zu sein scheint».<sup>32</sup>

Insgesamt sprachen sich fast 700 vorschlagsberechtigte Personen fristgerecht für Ossietzky aus, darunter die Philosophen Gaston Bachelard, Victor Basch, Léon Brunschvicg, Philipp Frank, Jørgen Jørgensen und Bertrand Russell, der Psychologe Edouard Claparède, die Ethnologen Franz Boas und Lucien Lévy-Bruhl, der Historiker Guglielmo Ferrero und Helene Stöcker mit vier weiteren Mitglieder des Ständigen Internationalen Friedensbüros; ferner zahlreiche norwegische, schwedische, dänische, niederländische, belgische, französische, britische und amerikanische Parlamentarier.

### Die Preisverleihung

Die Aktion hatte insofern Erfolg, als Ossietzky im Mai 1936 in das Berliner Staatskrankenhaus der Polizei überführt (wozu auch eine Intervention des Internationalen Roten Kreuzes beigetragen hat) und am 7. November 1936 formell aus der Schutzhaft entlassen wurde, allerdings weiterhin unter Gestapo-Bewachung stand und wegen seiner zerrütteten Gesundheit bis zu seinem Tod am 4. Mai 1938 in einem Berliner Krankenhaus verbleiben mußte. Am 23. November 1936 wurde bekannt, daß ihm rückwirkend der Friedensnobelpreis für 1935 verliehen wurde. Das kurze Dank-Telegramm läßt nicht die Gründe erkennen, die ihn zur Annahme des Preises bewogen haben und handschriftlich auf einem Zettel im Nachlaß festgehalten sind: das Bemühen um Verständigung zwischen den Völkern und der Wunsch nach Beendigung des <Falles Ossietzky>.<sup>33</sup>

---

<sup>31</sup> Vgl. Grossmann, *Ossietzky*, zit., S. 301.

<sup>32</sup> Grossmanns Brief, der zur *Ossietzky-Kollektion*, Mappe 20, gehört, ist veröffentlicht in Trapp, C. v. *Ossietzky*, S. 177.

<sup>33</sup> Das Autograph, das zur Sammlung Ossietzky der Universität Oldenburg gehört, ist als Faksimile veröffentlicht in Suhr, C. v. *Ossietzky*, zit., S. 244.

Während die deutsche Regierung in Oslo gegen die Preisverleihung protestierte, weil sie ihrer Meinung nach «eine bewußte und beleidigende Herausforderung Deutschlands» darstellte,<sup>34</sup> und auch die offizielle Mitteilung in den gleichgeschalteten deutschen Zeitungen von einer «unverschämten Herausforderung und Beleidigung des neuen Deutschland» sprach,<sup>35</sup> hallten in den ausländischen Berichten und Kommentaren all jene Töne nach, die vor der Preisverleihung angeschlagen worden waren.

So applaudierte André Gide Ossietzky, «dessen reine und edle Persönlichkeit die Bewunderung und Sympathie all derer erregt, die ein Gefühl für Gerechtigkeit und Ehre bewahrt haben.»<sup>36</sup> Die Baseler *National-Zeitung* (24.11.1936) registrierte «mit Genugtuung» die «erfreuliche» Mitteilung von der Preisverleihung, der besondere Bedeutung zukomme, weil der Preisträger «nicht nur ein Vorkämpfer und Förderer des Friedensgedankens, sondern auch ihr Märtyrer» sei. In Emigrantenkreisen wurde die Ehrung als «Solidaritätsbeweis der Welt»<sup>37</sup> oder «Triumph des Weltgewissens»<sup>38</sup> gewertet und hoffnungsfroh als «unser erster Sieg»<sup>39</sup> gefeiert. Die *Neue Zürcher Zeitung* (24.11.1936) erinnerte daran, daß Ossietzky «allmählich unter den vielen Insassen der deutschen Konzentrationslager die repräsentativste Gestalt für alle bekannten und unbekannten Opfer dieser von den liberalen und demokratischen Völkern am tiefsten mißbilligten Institution des Dritten Reiches geworden war». Wenn sie in der Preisverleihung zugleich eine «Demonstration gegen das nationalsozialistische Deutschland» sah, so verbindet sie das mit anderen Kommentatoren, die ebenfalls den antifaschistischen Charakter der Osloer Entscheidung betonten und von einer «moralischen Niederlage», von einer «klatschenden Ohrfeige für die Machthaber des dritten Reiches» sprachen oder wie Ernst Bloch in dialektischer Synthese formulierten: «Sie ist zum ersten Mal Preis

---

<sup>34</sup> Zitiert nach der «Frankfurter Zeitung», 26.11.1936.

<sup>35</sup> Vgl. z.B. «Das 12 Uhr Blatt» (Berlin), Jg. 18, Nr. 278 (25.11.1936).

<sup>36</sup> *Eine Erklärung von André Gide*, «Pariser Tageszeitung» Jg. 1, Nr. 167 (25.11.1936), S. 1.

<sup>37</sup> H. Budzislawski, *Der Nobelpreis*, «Die neue Weltbühne» (Prag) Jg. 32, Nr. 49 (3.12.1936), S. 1529-33.

<sup>38</sup> G. Bernhard, *Triumph des Weltgewissens*, «Pariser Tageszeitung» Jg. 1, Nr. 167 (25.11.1936), S. 1.

<sup>39</sup> H. Mann, *Unser erster Sieg*, ebd.



und Gericht im selben Akt, der Triumph des Geschändeten ist die Verurteilung der Schinder.»<sup>40</sup>

Wer erwartet hatte, daß die Laudatio für Ossietzky bei der offiziellen Feier am 10. Dezember 1936 in Oslo eine rhetorisch überzeugende Zusammenfassung der vielschichtigen Gesichtspunkte, welche die Bedeutung dieser Preisverleihung ausmachten, bieten würde, sah sich enttäuscht. Vorsichtig formulierend versuchte der Vorsitzende des Nobelkomitees, Prof. Fredrik Stang, einen Überblick über das Wirken des Preisträgers zu geben und die Entscheidung des Komitees zu rechtfertigen: «Ossietzky ist nicht nur ein Symbol [des Pazifismus]. Er ist etwas ganz anderes. Er ist eine Tat. Und er ist ein Mann. Auf dieser Grundlage hat Ossietzky seinen Friedenspreis erhalten und aus keinem anderen Grunde.» Und er bekräftigte: «Eine bedeutungsvolle Friedensarbeit ist durch die Erteilung des Nobelpreises an Carl von Ossietzky belohnt worden. Dies allein ist geschehen.»<sup>41</sup>

Eine solche, von allen weiterreichenden Beziehungen absehende Beurteilung hat sich wegen ihrer Beschränkung auf die Würdigung einer tatkräftigen und mannhaften Friedensarbeit weder damals noch in späterer Zeit durchsetzen können. Allerdings ist die vorherrschende Tendenz, entweder das humanitäre Interesse für die Person Ossietzkys oder die politische Absicht einer Kritik am nationalsozialistischen Regime in den Vordergrund zu stellen, ebenfalls unbefriedigend. Denn unsere Analyse läßt ein breiteres Spektrum der Motive und der damit zusammenhängenden Argumente erkennen, so daß neben den zuletzt genannten noch folgende Aspekte zu berücksichtigen sind: die Stärkung des Glaubens an die Kraft des Guten, die ideelle Unterstützung des <anderen>, demokratischen Deutschlands wie der Friedensbewegung im allgemeinen, die Erhebung Ossietzkys zum Repräsentanten aller Nazi-Opfer und seine Deutung als Symbol des modernen Internationalismus.

---

<sup>40</sup> Vgl. z.B. «Der Bund» (Bern), 25.11.1936; «Volksstimme» (St. Gallen), 25.11.1936; «Berner Tagwacht», 25.11.1936; «Zürcher Post», 25.11.1936; «Isvestia» (Moskau), 26.11.1936; «Prawda» (Moskau), 27.11.1936. Für die freundliche Übersetzung der russischen Texte danke ich Herrn Prof. Dr. Ulrich Knauer (Oldenburg).

E. Bloch, *Nobelpreis und Ausbürgerung*, «Die neue Weltbühne» Jg. 32, Nr. 50 (10.12.1936), S. 1571-76, bes. S. 1572; Nachdr. in seiner Aufsatzsammlung *Vom Hasard zur Katastrophe*, Frankfurt/M. 1972, S. 111-117.

<sup>41</sup> F. Stang, «Laudatio», zitiert nach *Der Friedens-Nobelpreis. Stiftung und Verleihung*, hrsg. v. A. Hartung, Berlin [1972], S. 62-64, bes. S. 64.



## Frithjof Trapp

### *Verdecktes oder offenes Agieren?*

#### **Strategien und Konflikte der Ossietzky-Kampagne 1933-1936**

Mit spontaner Freude: «Unser erster Sieg», reagiert Heinrich Mann auf die Nachricht, daß das Nobelkomitee in Oslo am 23.11.1936 Carl von Ossietzky rückwirkend für das Jahr 1935 den Friedensnobelpreis zuerkannt habe. In ähnlicher Form äußern sich André Gide und Thomas Mann. Von einem «Triumph des Weltgewissens» spricht Georg Bernhard.<sup>1</sup>

Der Vorschlag, den Friedensnobelpreis an Carl von Ossietzky zu vergeben, hatte im Verlaufe des Jahres 1936 weltweite Unterstützung gefunden. Trotzdem war die Entscheidung im Nobelkomitee bis zum letzten Augenblick strittig gewesen. Das Votum für Ossietzky war erst möglich geworden, nachdem Mitte November zunächst der norwegische Außenminister Koht, ein erklärter Gegner der Nobelpreiskandidatur Carl von Ossietzkys, und danach auch der frühere Minister Mowinckel aus dem Nobelkomitee ausgeschieden waren. Beide entsprachen damit einer dringenden Forderung der norwegischen Öffentlichkeit. Hier hatte man erkannt, daß von seiten der Nationalsozialisten über die beiden Minister Druck auf das Nobelkomitee ausgeübt wurde.<sup>2</sup> Das Ausscheiden von Koht, der wenig später wieder in das Nobelkomitee zurückkehrte, wie von Mowinckel sollte sowohl die Regierung als auch das Nobelkomitee von diesem Druck entlasten - und somit den Weg freimachen, den Nobelpreis auch gegen den Widerstand der Nationalsozialisten an Ossietzky zu vergeben.

---

<sup>1</sup> Vgl. *Pariser Tageszeitung* vom 25.11.1936, S. 1. Abgebildet in: Frithjof Trapp/Knut Bergmann/Bettina Herre: *Carl von Ossietzky und das politische Exil*. Die Arbeit des «Freundeskreises Carl von Ossietzky» in den Jahren 1933-1936. Hamburg 1988 (= *Veröffentlichungen der Hamburger Arbeitsstelle für deutsche Exilliteratur*; N.F.; Nr. 1), S. 231. - Einzelheiten über die Arbeit und Organisation des «Freundeskreises Carl von Ossietzky» sind dieser Darstellung zu entnehmen.

<sup>2</sup> Vgl. den Artikel «Koht ma vike.» In: *Dagbladet* vom 10.11.1936, übersetzt bei Trapp/Bergmann/Herre, a.a.O., S. 225 f.

Die Verleihung des Friedensnobelpreises an Ossietzky war einer kleinen Gruppe politischer Emigranten zu verdanken, dem «Freundeskreis Carl von Ossietzky», die gut dreieinhalb Jahre lang darauf hingearbeitet hatte, Ossietzky aus der KZ-Haft zu befreien. Zunächst hatte sie versucht, Ossietzky durch Intervention ausländischer Prominenter zu helfen, dann hatte sie die Nobelpreiskandidatur organisiert. Die Gruppe hatte verdeckt und anonym agiert. Über Willy Brandt und Mimi Sverdrup Lunden hatten sich die politischen Kontakte bis ins Umfeld des Nobelkomitees erstreckt.

Obwohl die Gruppe alle entscheidenden publizistischen und organisatorischen Maßnahmen in eigener Regie geplant und durchgeführt hatte, war der Erfolg letztendlich ein Verdienst des gesamten Exils, das durch direkte und indirekte Unterstützung, vor allem aber durch Tolerierung der vom «Freundeskreis» entwickelten Strategie deren Erfolg erst ermöglicht hatte. Ohne die Einigkeit und Geschlossenheit des Exils wäre es nicht gelungen, im Ausland eine derartig breite politische und publizistische Unterstützung für den Fall Ossietzky zu erlangen. Dieses Urteil hat selbst dann Bestand, wenn man bei einer genaueren Analyse der Abläufe und des Agierens der verschiedenen Beteiligten zu erkennen beginnt, wie groß die internen Spannungen und Differenzen, Rivalitäten und Konflikte innerhalb des Exils gewesen sind. In einigen Fällen haben solche Spannungen zu Krisen geführt, die, wären sie nicht umgehend beigelegt worden, den Erfolg der Kampagne gefährdet hätten. Trotzdem ist es nicht richtig, die Ossietzky-Kampagne von den Konflikten her zu beurteilen.<sup>3</sup> Konflikte sind mehr oder weniger unvermeidlich, wenn unter starkem Außendruck gearbeitet wird. Bezeichnender als die Konflikte ist für die Ossietzky-Kampagne ein ungewöhnliches Maß an Disziplin und wechselseitiger Rücksichtnahme.

## I

Interne Spannungen kann man in der Ossietzky-Kampagne von Anfang an entdecken. Sogar der «Freundeskreis Carl von Ossietzky» war keineswegs eine homogene Gruppe. Da gab es einmal die Pariser «Zentrale», bestehend aus Hellmut von Gerlach, Hilde Walter, Milly Zirker und Konrad Reisner.<sup>4</sup>

<sup>3</sup> Zu dieser Sichtweise tendiert Hilde Walter, die eigentliche Organisatorin der Nobelpreiskampagne; vgl. Hilde Walter: Aus der Chronik des Nobelpreises für Carl von Ossietzky. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beil. zur Wochenzeitung *Das Parlament*, B 40/1969 v. 4.10.1969.

<sup>4</sup> Zu den genannten Personen vgl. Trapp/Bergmann/Herre, a.a.O., S. 9 ff. und passim.

Übereinstimmung und uneingeschränktes Vertrauen bestand hier nur zwischen Hilde Walter und Konrad Reisner. Bereits das Verhältnis zwischen Hilde Walter und Milly Zirker war nur äußerlich freundschaftlich bestimmt. Hilde Walter verdächtigte Milly Zirker insgeheim, vertrauliche Informationen über die internen Beratungen der Gruppe den politischen Konkurrenten - und das waren für sie die KPD und deren politisch-publizistisches Umfeld - zukommen zu lassen. Allerdings wußte Hilde Walter, daß für einen Erfolg der Ossietzky-Kampagne eine Tolerierung aller Aktionen, die der «Freundeskreis» plante und durchführte, durch die KPD und die ihr verbundenen Organisationen und publizistischen Organe unerlässlich war. Diese Tolerierung zu erlangen wäre Hilde Walter und ihren engeren politischen Freunden alleine nicht gelungen.<sup>5</sup> Milly Zirker verfügte über die erforderlichen Kontakte, insbesondere zum kommunistischen *Gegen-Angriff*.<sup>6</sup> Deshalb war für Hilde Walter eine enge Zusammenarbeit mit Milly Zirker - und damit ihre Einbindung in die Strategie der Gruppe - unabdingbar.

Eine fühlbare Distanz bestand zwischen Hilde Walter und Kurt Grossmann, dem für manche Fragen entscheidend wichtigen Prager Vertreter des «Freundeskreises».<sup>7</sup> Dieser Konflikt war vermutlich persönlichkeitsbedingt. Grossmann, erheblich prominenter als Hilde Walter, fiel es offensichtlich schwer, sich den Richtlinien und Anweisungen anderer, zumal einer Frau, unterzuordnen. Die Spannungen hatten sich schon zu Lebzeiten Hellmut von Gerlachs abgezeichnet. Bereits damals zeigte sich, daß Grossmann, wenn überhaupt<sup>8</sup>, nur mit Mühe überzeugt werden konnte, Disziplin zu

---

<sup>5</sup> Vgl. Hilde Walter: Bericht Nr. 59 v. 8.4.1936 (a.a.O., S. 176).

<sup>6</sup> Hinweise auf die Beziehungen Milly Zirkers zum *Gegen-Angriff* gibt es in der Korrespondenz des «Freundeskreises» häufiger; vgl. den Brief Hilde Walters an Paul Olberg vom 17.4.1934 (a.a.O., S. 50).

<sup>7</sup> Die Rivalität Kurt Grossmann - Hilde Walter schlägt sich unterschwellig in dem einschlägigen Kapitel von Grossmanns Ossietzky-Biographie nieder. Vgl. Kurt Grossmann: *Ossietzky. Ein deutscher Patriot*. Frankfurt 1973 (1. Auflage München 1963), S. 263 ff.

<sup>8</sup> Grossmann hatte am 4.6.1934 im Namen der Sektion Prag der Deutschen Liga für Menschenrechte Carl von Ossietzky für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen (vgl. Trapp/Bergmann/Herre, a.a.O., S. 72 f.) Dieser Vorschlag war nicht mit der Pariser Gruppe abgestimmt worden. Dort bestanden schwerwiegende Bedenken, Ossietzky *zum gegenwärtigen Zeitpunkt* für den Friedensnobelpreis zu nominieren. Auf die Gründe wird noch einzugehen sein. Gegen den ausdrücklichen Rat der Pariser Zentrale und in Verbindung mit der *Neuen Weltbühne* veröffentlichte Grossmann außerdem zur Unterstützung der Nobelpreiskampagne 1934/35 eine gesonderte «Denkschrift». Sie wurde

üben und seine persönlichen Ansichten der von der Mehrheit des «Freundeskreises» entwickelten Strategie anzupassen. Der Streit hielt sich nur deshalb in Grenzen, weil Grossmann bis zu einem gewissen Grad die Autorität von Gerlachs respektierte und weil von Gerlach seinerseits stark auf Ausgleich bedacht war.<sup>9</sup> Der Konflikt kam im Sommer 1936 offen zum Ausbruch, und es entstand die Gefahr, daß die Nobelpreiskampagne aufgrund dieser nicht auszuräumenden Differenzen noch im letzten Moment gescheitert wäre. - In den Konflikt Hilde Walter - Kurt Grossmann war auch - wissentlich oder unwissentlich - Kurt Singer einbezogen, der mit Grossmann zusammen eine Broschüre über Ossietzky im Zürcher Oprecht Verlag vorbereitete. Weshalb die Publikation dieser Broschüre einen Streitfall darstellte, wird noch zu erläutern sein.

Eine Konfliktlinie ganz anderer Art verlief zwischen dem «Freundeskreis» auf der einen Seite und der *Neuen Weltbühne* bzw. ihrem Prager Herausgeber Hermann Budzislowski andererseits. Hilde Walter und die übrigen Mitglieder des «Freundeskreises» verfolgten eine Taktik des «verdeckten Agierens» zugunsten Ossietzkys, während Budzislowski für «offenes Agieren» plädierte. Für «offenes Agieren» traten auch die KPD bzw. die ihr nahestehenden Publizisten und Organisationen ein, was dem Streit mit der *Neuen Weltbühne* einen besonderen politischen Akzent verlieh. «Offenes Agieren» hielt der «Freundeskreis Carl von Ossietzky» dagegen einzig bei ausländischen Persönlichkeiten und Institutionen für richtig und erlaubt.<sup>10</sup>

---

insbesondere von Hilde Walter als außerordentlich problematisch empfunden, weil aus ihr deutlich zu erkennen war, daß der Vorschlag, Ossietzky für den Friedensnobelpreis zu nominieren, im Kreis der politischen Emigration entstanden war (zu Einzelheiten vgl. Trapp/Bergmann/Herre, a.a.O., S. 78 f.). Man war in der Pariser Zentrale außerdem darüber irritiert, daß Grossmann immer wieder forderte, sich an Norman Angell, den Friedensnobelpreisträger für das Jahr 1933, zu wenden. Das war längst geschehen (ebd., S. 148), wenngleich ohne Erfolg. Man empfand daher Grossmann völlig unnötige Mahnungen als Wichtigtuerei. - Aus den genannten Gründen hatte Grossmann das Vertrauen der Pariser Gruppe verloren. Er wurde nicht über alle Pläne informiert, was man im internen Briefverkehr mit dem «nicht genügend sicheren Postwege» begründete. In Wirklichkeit war das ein Vorwand. Man war sich innerhalb der Pariser Gruppe offensichtlich darüber einig, daß die Einbeziehung Grossmanns in die Arbeit der Gruppe unabdingbar sei, versuchte aber die Mitarbeit auf das unerläßliche Minimum zu beschränken.

<sup>9</sup> Vgl. die entsprechende Äußerung Hilde Walters in dem bereits zitierten Brief an Olberg (S. 50). Der Kontext bezieht sich allerdings auf den Konflikt zwischen dem «Freundeskreis» und der *Neuen Weltbühne*.

<sup>10</sup> Die Vorstellungen Budzislowskis werden in dem Brief an Roller (i.e. Konrad Reisner) vom 8.11.1935 formuliert (vgl. Trapp/Bergmann/Herre, a.a.O., S. 56 f.; zur Strategie des

Die divergierenden Auffassungen über Taktik und Vorgehensweise entsprangen unterschiedlichen Interessenlagen. Für eine Zeitschrift war die Forderung nach «offenem Agieren» eine interessenbedingte Notwendigkeit. Nur «offenes Agieren» erlaubte ihr, von der Ossietzky-Kampagne Gebrauch zu machen; «verdecktes Agieren» behinderte die publizistische Verwertung des Falles. Für Budzislawski, den Herausgeber der *Neuen Weltbühne*, stellte es deshalb schon ein Zugeständnis dar, wenn er sich, wie von Hilde Walter verlangt, bei der Berichterstattung Zurückhaltung auferlegte. Mehr und weiterreichende Vorschriften wollte er sich von Außenstehenden unter keinen Umständen machen lassen.<sup>11</sup> - Die KPD plädierte für «offenes Agieren», weil sie daran interessiert war, den Fall Ossietzky «politisch» zu behandeln. Dieses Verlangen wiederum entsprang ihrem eigenen politischen Führungsanspruch.

Daß der Fall Ossietzky ein eminent politisches Faktum war, wußte der «Freundeskreis». Er war jedoch überzeugt, daß bei einer uneingeschränkt öffentlichen Thematisierung kaum eine Chance bestand, Ossietzky aus dem

---

«Freundeskreises» vgl. insbesondere das Kapitel «Erste Rettungsversuche», ebd., S. 27 ff.). Die Strategie des «Freundeskreises» ist klar aufgrund des Briefes von Otto Lehmann-Rußbüldt an Emile Kahn vom 14.6.1933 (ebd., S. 28) zu erkennen; prägnant wird sie außerdem in dem Brief Konrad Reisners an Kurt Grossmann vom 5.12.1935 (S. 159) umrissen.

<sup>11</sup> Thomas A. Eckert hat in einem Vortrag «*Die Neue Weltbühne* unter der Leitung von Hermann Budzislawski - im <Fahrwasser der KPD>?», der auf der Tagung «Einheitsfront - Volksfront» (Universität Metz/März 1989) gehalten wurde, aufgrund des Privatarchivs von Hermann Budzislawski dargelegt, wie eng der finanzielle Spielraum der *Neuen Weltbühne* zu dieser Zeit war. Vor dem Hintergrund dieser Information wird u.a. erklärlich, weshalb Budzislawski auf die ständige Forderung Hilde Walters äußerst gereizt reagiert, die *Neue Weltbühne* solle mehr zum Unterhalt Ossietzkys und seiner Familie beitragen. Budzislawski war hierzu nicht in der Lage. Aufgrund dieser prekären finanziellen Situation wird auch erkennbar, daß die *Neue Weltbühne* gar nicht umhin konnte, für Publizität in der Ossietzky-Kampagne zu plädieren. Die Forderung entsprang ureigensten wirtschaftlichen Interessen. Nur so konnte man die Leser an das Blatt binden.

Thomas A. Eckert hat in dem genannten Vortrag außerdem darauf hingewiesen, daß es sich bei dem Verdacht, Budzislawski sei ein Strohmännchen der KPD, vermutlich um ein gezieltes, von William S. Schlam in die Welt gesetztes Gerücht gehandelt hat, mit dem Schlam bezweckte, seinen Nachfolger politisch zu diskreditieren. Diese Tatsache schießt jedoch nicht aus, daß Budzislawski aufgrund der schwierigen finanziellen Situation sowohl im Hinblick auf den politischen Kurs seines Blattes als auch bei der Auswahl seiner Mitarbeiter zur Rücksichtnahme auf die Interessen der KPD gezwungen war. So sah übrigens auch Rudolf Olden den Sachverhalt (vgl. Trapp/ Bergmann/Herre, a.a.O., S. 26 f.) - Die Vermutung Hilde Walters, die in verschiedenen Briefen zum Ausdruck kommt, die *Neue Weltbühne* werde direkt von der KPD gesteuert, scheint dagegen falsch zu sein.

Konzentrationslager freizubekommen.<sup>12</sup> Eine Behandlung des Falles nach den Vorstellungen der KPD hätte darüber hinaus die Öffentlichkeit des Auslandes polarisiert.<sup>13</sup> Genau diese Polarisierung aber hätte den Nationalsozialisten nahezu zwangsläufig in die Hände gespielt. Sie hätte ihnen die Möglichkeit eröffnet, eine Diskussion über die politische Position Ossietzkys und die Politik der *Weltbühne* zu beginnen. Eine solche Diskussion wäre auf jeden Fall kontrovers ausgefallen. Nur wenn die Nationalsozialisten sich einer mehr oder weniger geschlossenen Front gegenüberstehen, einer Front, die vom «linken» politischen Spektrum bis weit hinein in die bürgerliche und liberale Mitte reichte<sup>14</sup>, konnten sie gezwungen werden, Ossietzky aus der KZ-Haft zu entlassen. Eine solche Geschlossenheit war im Hinblick auf das Ausland nur unter Verzicht auf eine politische Akzentuierung des Falles zu erreichen.<sup>15</sup> Die humanitären Aspekte mußten hervorgehoben, die politischen heruntergespielt werden.

Damit wurde der Fall Ossietzky jedoch nicht «entpolitisiert», wie ein Teil der heutigen Forschung meint.<sup>16</sup> Jedermann im Exil war klar, daß eine Entlassung Ossietzkys einen Erfolg für das Exil - und eine Niederlage der Nationalsozialisten darstellen werde. Konrad Reisner, Hilde Walters engster

- 
- <sup>12</sup> Vgl. den Brief Hilde Walters an Hermann Budzislawski vom 19.10.1934 (abgedruckt bei Trapp/Bergmann/Herre, S. 52 ff.). Verschiedene Prominente wie Einstein und Thomas Mann hatten im übrigen ihre Unterstützung der Ossietzky-Kampagne davon abhängig gemacht, daß ihr Name in der Öffentlichkeit *nicht* genannt werde. Da die Strategie des «Freundeskreises» auf dem Einfluß und dem Gewicht dieser Prominenten aufbaute, waren er an diese Auflage gebunden.
- <sup>13</sup> Wie stark der Fall Ossietzky die öffentliche Meinung des Auslandes polarisieren konnte, zeigen die Hamsun-Affäre (vgl. Trapp/Bergmann/Herre, a.a.O., S. 109 ff.) wie auch die Auseinandersetzung um die Tagung der «Internationalen Arbeitsgemeinschaft der Nationalisten» (ebd., S. 199 ff.). In beiden Fällen machte sich der «Freundeskreis» diese Polarisierung zunutze. - Wie schädlich eine Polarisierung dagegen war, wenn sie von nationalistischer Seite betrieben wurde, beweist der Presse-Streit um das angebliche Interview Ossietzkys für die dänische Zeitung *Berlingske Aftenavis* (ebd., S. 204 ff.).
- <sup>14</sup> Der Verzicht auf eine solche politische Akzentuierung des Falles Ossietzky wurde in die Sprachregelung gefaßt, Ossietzky sei ein «liberaler Publizist». Vgl. Budzislawskis Brief an Rudolf Olden vom 10.7.1934 (in Trapp/Bergmann/Herre, a.a.O., S. 25, Abb. 17).
- <sup>15</sup> Charakteristisch für eine entsprechende «Arbeitsteilung», die darauf abzielt, ein möglichst breites politisches Spektrum anzusprechen, ist die Vorgehensweise in Norwegen: Mimi Sverdrup Lunden konzentriert sich vor allem auf politische und publizistische Kontakte im bürgerlichen Lager, während Willy Brandt sich auf Sozialdemokraten und Sozialisten konzentriert (vgl. Trapp/Bergmann/Herre, a.a.O., S. 153 ff.).
- <sup>16</sup> Vgl. Ludwig Hoffmann (u.a.): *Exil in der Tschechoslowakei, in Großbritannien, Skandinavien und in Palästina*. Leipzig: Verlag Philipp Reclam jun. 1980, S. 515 f., 521.



Mitarbeiter in der Pariser Zentrale, hat deshalb völlig recht, wenn er im nachhinein von einer «schallenden Ohrfeige» spricht, die man den Nazis versetzt habe.<sup>17</sup> In Wirklichkeit nahm man einen einzigen Nachteil in Kauf, wenn man von einer öffentlichen Thematisierung des Falles absah: Man beraubte sich der integrativen Wirkung, die möglicherweise von einer gemeinsamen, von allen Exilparteien unterstützten Thematisierung des Falles Ossietzky auf das *Exil selber* ausgegangen wäre.<sup>18</sup> Dieser Verzicht entsprach andererseits genau den Vorstellungen des «Freundeskreises»: Man hielt eine solche Inanspruchnahme der Person und des Schicksals Carl von Ossietzkys für illegitim. - Zahllose Belege in der Korrespondenz des «Freundeskreises Carl von Ossietzky» beweisen, daß man sich über diese Zusammenhänge voll im klaren war. Der «Freundeskreis» verstand die Ossietzky-Kampagne durchaus als politische Aktion. Er wollte sich jedoch keine unangemessenen, kontraproduktiven Vorgehensweisen aufzwingen lassen.

## II

Um zu verstehen, weshalb der «Freundeskreis» zwar politische, aber keine speziell exilpolitische Zielsetzungen verfolgte, ist es wichtig, sich das Selbstverständnis der Gruppe vor Augen zu führen.<sup>19</sup>

Der «Freundeskreis Carl von Ossietzky» war ein zweckgebundener Zusammenschluß von Persönlichkeiten ganz unterschiedlicher Herkunft. Sie fühlten sich einzig und allein in der Aufgabe verbunden, Carl von Ossietzky aus der KZ-Haft zu befreien. Die Mitglieder der Gruppe setzten sich im wesentlichen aus zwei sich teilweise überschneidenden Personenkreisen zusammen: aus engen Freunden und Mitarbeitern der *Weltbühne* und aus Mitgliedern der Deutschen Liga für Menschenrechte. Aus dem Kreis der *Weltbühnen*-Mitarbeiter stammten z.B. Hellmut von Gerlach, Milly Zirker, Hilde Walter, Werner Hegemann und Ernst Toller, aus der Deutschen Liga für Menschenrechte kamen Kurt Grossmann, Otto Lehmann-Rußbüldt, Kurt Rosenfeld und Konrad Reisner.

---

<sup>17</sup> Vgl. Trapp/Bergmann/Herre, S.V.

<sup>18</sup> Vom öffentlichen Eintreten für die politischen Gefangenen sind bekanntlich wichtige politische Impulse ausgegangen; vgl. Ursula Langkau-Alex: *Volksfront für Deutschland?* Bd. 1. Frankfurt a.M. 1977, S. 142 ff.

<sup>19</sup> Genauere Einzelheiten bei Trapp/Bergmann/Herre, a.a.O., S. XIII ff.

Wann und in welcher Form sich die Gruppe konstituiert hat, ist nicht bekannt. Vermutlich geschah es unmittelbar nach Beginn des Exils. Informelle Kontaktaufnahmen und Absprachen über das wechselseitige Vorgehen dürften dabei eine wesentliche Rolle gespielt haben. Frühe publizistische Initiativen gingen von Otto Lehmann-Rußbüldt aus.<sup>20</sup> Mit Sicherheit kann unterstellt werden, daß Hellmut von Gerlach zu diesem Zeitpunkt bereits ähnliche Versuche unternommen hatte. Durch Milly Zirker, seine Freundin und Sekretärin, war er über die Situation, die in Berlin nach Verhaftung Ossietzkys eingetreten war, genauestens informiert.<sup>21</sup>

Wie stark die Verpflichtung gegenüber dem Schicksal Carl von Ossietzkys war und welche Kraft von dieser Bindung ausging, erkennt man am deutlichsten daran, daß in der Gruppe so gegensätzliche Persönlichkeiten wie Rudolf Olden und Konrad Heiden, Kurt Grossmann und Otto Lehmann-Rußbüldt zusammenarbeiteten.<sup>22</sup> Persönliche Differenzen und politische Meinungsunterschiede wurden bei der Arbeit für Ossietzky offensichtlich hintangestellt. Es wäre jedoch falsch, daraus zu folgern, daß der «Freundeskreis» deshalb eine «unpolitische» Gruppierung gewesen sei. Gegen die Annahme spricht, daß jedes Gruppenmitglied sich offensichtlich der Tatsache bewußt war, daß der Fall Ossietzkys nur einer von zahlreichen anderen, ähnlich gelagerten Fällen politischer Häftlinge war. Eine isolierte Vorgehensweise lag deshalb außerhalb der Vorstellungen der Gruppe.<sup>23</sup> Außerdem war jeder der Beteiligten auf seine Weise der Politik verpflichtet - aber außerhalb des Kreises. Dies wurde nicht als Nachteil, sondern als Vorteil verstanden, ergaben sich auf diese Weise doch Möglichkeiten, die Vorstellungen und Ziele des «Freundeskreises» auch mit Hilfe der Parteien bzw. in Absprache mit ihnen zu verfolgen.

---

<sup>20</sup> Vgl. ebd., S. 27 ff.

<sup>21</sup> Vgl. ebd., S. 7 ff.

<sup>22</sup> Rudolf Olden und Konrad Heiden, beide Hitler-Biographen, waren unmittelbare Konkurrenten. Wie stark ihre Rivalität war, erkennt man an der ungewöhnlich distanzierten Art, mit der Olden sich über den Text Heidens äußert, der für die «Werbeschrift» vorgesehen war (Trapp/Bergmann/Herre, a.a.O., S. 138 f.) Grossmann wiederum hatte Lehmann-Rußbüldt 1926 als Generalsekretär der Deutschen Liga für Menschenrechte abgelöst. Dessen Vorbehalte gegenüber Grossmann werden in den Briefen an Hilde Walter erkennbar, in denen er sich zur Frage der von Grossmann und Kurt Deutsch (Singer) gemeinsam herausgegebenen Ossietzky-Broschüre äußert.

<sup>23</sup> Vgl. den bereits zitierten Brief Otto Lehmann-Rußbüldts an Emile Kahn vom 14.6.1933 (Trapp/Bergmann/Herre, a.a.O., S. 28). Hier werden neben Ossietzky auch die Fälle Kawerau, Küster, Mühsam, Lange und Schönaich angesprochen.

Die Gruppe war strikt funktional gegliedert. Da Übereinstimmung darin bestand, daß Ossietzky, wenn überhaupt, nur durch Intervention des Auslandes aus der Haft befreit werden konnte, hatte man ein weitgespanntes Netz politischer und publizistischer Auslandskontakte aufgebaut. Daß Paris sich als Zentrum herausbildete, ergab sich von selbst. Hier befanden sich Hellmut von Gerlach, Milly Zirker, Konrad Reisner und, ab November 1933, auch Hilde Walter. Um diesen Mittelpunkt herum gruppierten sich eine Reihe von Stützpunkten in den übrigen Zentren der Emigration: in London, Prag, New York, Zürich, Brüssel. Genf und Oslo bildeten weitere regionale Zentren: Genf als Sitz des Völkerbundes und Oslo als Sitz des Nobelpreiskomitees. Für jedes dieser regionalen Zentren wurden ein oder mehrere Repräsentanten benannt: so für London Rudolf Olden, Otto Lehmann-Rußbüldt und Ernst Toller, für New York Otto Nathan, Werner Hegemann und Kurt Rosenfeld, für Prag Kurt Grossmann, für Brüssel Gustav Hartung, für Zürich Lida Gustava Heymann und später der Schweizer Ernst Rosenbusch. In Genf war die Ansprechpartnerin Marie Ginsberg, eine Mitarbeiterin in der Bibliothek des Völkerbundes, und in Oslo waren es die Norwegerin Mimi Sverdrup Lunden und Willy Brandt.

In der Beschränkung auf einen kleinen, überschaubaren Kreis politisch einflußreicher Mitglieder lag die Stärke der Gruppe. Der Einfluß, den ein Mitglied innerhalb der Gruppe besaß, ergab sich aus dem Grad seiner Bereitschaft, sich im Rahmen der von der Gruppe verfolgten Strategie aktiv für Ossietzky einzusetzen. Die Ziele wurden in wechselseitiger, kollegialer Abstimmung verfolgt. Eine Ausnahme bildete Hilde Walter. Ihre Stellung beruhte zum einen auf ihrer besonderen Tüchtigkeit und ihrem politisch-taktischen Geschick, zum anderen auf der Tatsache, daß sie als einzige von jeder beruflichen Tätigkeit durch ein vermutlich über Albert Einstein vermitteltes Stipendium freigestellt war. Alle anderen: von Gerlach, Milly Zirker, Konrad Reisner, Olden oder Hegemann, mußten ihren Beruf mit den Aufgaben innerhalb der Ossietzky-Kampagne verbinden. Durch die Stellung, die Hilde Walter einnahm, wurde das Kollegialprinzip jedoch nicht außer Kraft gesetzt. Im Interesse der Sache hielt Hilde Walter mit den Mitgliedern der Pariser Zentrale: mit Milly Zirker und Konrad Reisner, ständigen Kontakt. Alle anfallenden Fragen - nicht nur die wichtigen - wurden gemeinsam beraten.<sup>24</sup>

---

<sup>24</sup> In der Korrespondenz des «Freundeskreises Carl von Ossietzky», die sich heute im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam befindet, wird der Usus ständiger

In Anbetracht der Gruppenstruktur lag es auf der Hand, daß der «Freundeskreis» nur in dem Maße erfolgreich arbeiten konnte, wie es ihm gelang, im Konsens aller zu operieren. Nur wenn alle Beteiligten sich mit der Aufgabenstellung und Strategie auch persönlich identifizierten, war es möglich, ihren Einfluß und ihr politisches Gewicht optimal zu nutzen. Penible wechselseitige Abstimmungen und ständige Beratungen über die Art und Ziele des Vorgehens gehören deshalb zum Erscheinungsbild der Gruppe. Sie spielen in der Korrespondenz des «Freundeskreises» eine erhebliche Rolle. Selbstverständnis und Art der Kooperation lassen bis zu einem gewissen Grad auch Rückschlüsse zu, weshalb z.B. Berthold Jacob nicht in die Gruppe aufgenommen wurde. Zwischen Ossietzky und Jacob muß es lange vor dem Exil bereits zu einem Bruch gekommen sein, und dieser Konflikt wirkte sich so aus, daß Jacob von einem Großteil der Gruppenmitglieder persönlich wie politisch nicht akzeptiert wurde.

Die intensive Binnenkommunikation läßt darauf schließen, daß bei nahezu allen Beteiligten eine dezidierte Bereitschaft zu voraussetzungsloser Zusammenarbeit bestand. Die Gruppe war davon überzeugt, sich «im Namen des Exils» für die Freilassung Ossietzkys zu verwenden. Eine besondere Legitimation wurde nicht für erforderlich gehalten; sie ergab sich wie selbstverständlich aus der Zusammensetzung der Gruppe. Die Führungsstruktur stellte für alle Beteiligte mit Ausnahme Grossmanns kein Dogma dar. Sie wurde flexibel modifiziert, sofern entsprechende Bedürfnisse erkennbar wurden.

### III

Nicht erwähnt worden ist bislang der Bereich der unmittelbar fürsorglichen Maßnahmen für Ossietzky und seine Familie. Die Vorgehensweise der Gruppe würden sicherlich falsch verstanden werden, wenn man diese Motive nicht berücksichtigte.

Der «Freundeskreis Carl von Ossietzky» verfügte über einen zumindest mittelbaren Kontakt zu Carl von Ossietzky während der Dauer seiner KZ-

---

Konsultationen und wechselseitiger Information daran erkennbar, daß viele der noch erhaltenen Briefdurchschläge die Vermerke «für Reisner» oder «für Milly» tragen. Hilde Walter hat also sämtliche Schriftstücke - mit Ausnahme des Briefwechsels mit Otto Nathan - den in Paris ansässigen Mitgliedern des «Freundeskreises» umgehend zugänglich gemacht.

Haft. Die Vermittlerinnen waren Gusti Hecht, die Freundin Ossietzkys, und vor allem Hedwig Hünicke, die ehemalige Geschäftsführerin der *Weltbühne*.<sup>25</sup> Die Verbindung zu Hedwig Hünicke und Gusti Hecht auf der einen Seite und Hilde Walter und Milly Zirker auf der anderen Seite hatte sich aus der Situation, die nach der Verhaftung Ossietzkys entstanden war, ergeben. Hedwig Hünicke, Gusti Hecht, Milly Zirker und Hilde Walter hatten sofort nach dem 28. Februar 1933 gemeinsam die Versorgung von Ossietzkys Familie übernommen, und sie hatten darüber hinaus im Namen von Maud von Ossietzky auch den Briefverkehr und die Besuche organisiert. Im März 1933 hatte zuerst Milly Zirker ins Exil gehen müssen, Ende 1933, nach einer Haussuchung, auch Hilde Walter.

Der «Freundeskreis Carl von Ossietzky» sammelte unter den Exilierten und vor allem im Kreis ausländischer Freunde die finanziellen Mittel, die für den Lebensunterhalt Ossietzkys und seiner Familie erforderlich waren. Durch die Vermittlung der Quäker leitete er sie nach Berlin weiter - so daß die Quäker als Geldgeber gegenüber den Nazis in Erscheinung traten -, oder er transferierte sie über Mittelspersonen direkt an Hedwig Hünicke. Es bereitete erhebliche Mühen, unter den nahezu mittellosen Emigranten die notwendigen Gelder aufzubringen. Als sich 1936 abzeichnete, daß für die medizinische Versorgung Ossietzkys und für die Bezahlung seines Krankenhausaufenthaltes neue Mittel erforderlich seien, dazu eine fortlaufende Betreuung Maud von Ossietzkys, die alkoholkrank war, gewährleistet sein mußte, wuchs die Notlage in kaum vorstellbarem Ausmaß an.<sup>26</sup> Hedwig Hünicke muß 1936 flehende Hilferufe an Hilde Walter gesandt haben, und diese tat ihr möglichstes, Hedwig Hünicke mit dem erforderlichen Geld auszustatten. Die Lage wurde dadurch erschwert, daß über diese Tatsachen strengstes Stillschweigen gewahrt werden mußte, um das Leben der Beteiligten - vor allem Hedwig Hünickes - nicht zu

---

<sup>25</sup> Diese Tatsache ist in den Arbeiten über die Ossietzky-Kampagne bislang nicht - oder nicht hinreichend deutlich - berücksichtigt worden. In der Ossietzky-Biographie von Elke Suhr z.B. fehlen entsprechende Hinweise (Elke Suhr: *Carl von Ossietzky*. Köln 1988; vgl. Das Kapitel «Frau eines KZ-Häftlings», S. 220 ff.); in der Dokumentation von Richard von Soldenhoff sind die Angaben fragmentarisch (*Carl von Ossietzky*. 1889-1938. Ein Lebensbild. Hrsg. von Richard von Soldenhoff. Weinheim/Berlin 1988, S. 212, 300 ff.). Eine knappe Zusammenfassung der Dokumente, die die Betreuung Ossietzkys und seiner Familie belegen, findet sich bei Trapp/ Bergmann/Herre, a.a.O., S. 3 ff., vgl. hier insbesondere die von Hilde Walter verfaßte «Vorgeschichte» (S. 7 ff.).

<sup>26</sup> Vgl. Trapp/Bergmann/Herre, a.a.O., S. 191 ff.

gefährden. Nur ein ganz enger Kreis von Vertrauten war in die Schwierigkeiten eingeweiht.

Nahezu sämtliche Probleme konzentrierten sich zu dieser Zeit bei Hilde Walter, da aus Gründen der Geheimhaltung und des wechselseitigen Vertrauens die Kontakte zu Hedwig Hünicke ausschließlich über sie liefen. Hilde Walter war sich der Gefahr bewußt, daß eine Katastrophe eintreten werde, wenn der Kontakt zu Hedwig Hünicke abriß, weil damit auch die Verbindung zu Ossietzky selber unterbrochen gewesen wäre.<sup>27</sup> Diese Situation trat bekanntlich nach Verleihung des Nobelpreises ein, und die Probleme, die dadurch entstanden, liegen offen auf der Hand und müßten zu gegebener Zeit auch vorurteilsfrei diskutiert werden.

#### IV

Die starken persönlichen Bindungen, die zwischen der Mehrzahl der Gruppenmitglieder und Ossietzky bestanden und die durch die Umstände der Hilfsaktion noch verstärkt wurden, erklären, weshalb für den «Freundeskreis» sich das Problem einer Legitimation seines Vorgehens nicht stellte. Für die meisten war Ossietzky vor allem der persönliche Freund und Gefährte ihres eigenen politisch-publizistischen Werdegangs, den sie jetzt, da er sich in KZ-Haft befand, nicht im Stich lassen wollten. In gleicher Weise fühlten sie sich verpflichtet, für Maud und Rosalinde von Ossietzky zu sorgen. Sie sahen es als eine selbstverständliche Aufgabe an, ihren politischen und ihren publizistischen Einfluß zu nutzen, um Ossietzky zu befreien. Das betraf auch Probleme, die normalerweise nur von den Angehörigen eines Häftlings wahrgenommen werden. Der «Freundeskreis» agierte gleichsam als Sachwalter von Ossietzkys Angehörigen, wo diese Angehörigen aufgrund der Umstände nicht handeln konnten.<sup>28</sup> Eine

---

<sup>27</sup> Ebd., S. 193, 214 ff.

<sup>28</sup> Die Mitglieder des «Freundeskreises» empfanden dies durchaus nicht als ungewöhnlich. Sie waren sich darüber im klaren, daß Maud von Ossietzky aufgrund ihrer Krankheit nicht fähig war, die für Verhandlungen mit der NS-Bürokratie erforderliche Entschlossenheit aufzubringen. Ossietzky beurteilte die Situation ähnlich, wie aus der regelmäßigen Erwähnung Hedwig Hünickes bzw. Milly Zirkers in seinen Briefen an Maud hervorgeht. Er war genau informiert, wer die Koordination der Hilfsmaßnahmen übernommen hatte. Dies geht insbesondere aus der regelmäßigen Aufforderung an Maud hervor, Hedwig Hünicke den Eingang von Taschengeld zu bestätigen. Solche Bestätigungen waren für die Sammelaktion unerläßlich. Hedwig Hünicke leitete sie an Hilde Walter weiter, die

Symbolgestalt der antinazistischen Opposition wie für viele andere war Ossietzky für die Mitglieder des «Freundeskreises» nicht.<sup>29</sup>

Der «Freundeskreis» verfolgte zwei unterschiedliche Strategien. Die erste bestand darin, daß Mitglieder der Gruppe sich an befreundete ausländische Prominente und Kollegen mit der Bitte wandten, ihrerseits durch Einschaltung der Regierungen bzw. der diplomatischen Vertretungen bei den Nationalsozialisten zugunsten Ossietzkys zu intervenieren. Die Nachricht über solche Aktionen bildete dann die Basis für entsprechende Mitteilungen an die Presse des jeweiligen Landes. Solche Meldungen waren nötig, um die Publizität des Falles Ossietzky zu gewährleisten. Waren Meldungen über Ossietzky erst einmal in der Auslandspresse erschienen, dann wurden sie vom «Freundeskreis» gezielt in die Exilpresse zurückgeleitet. Mit dieser Art des Vorgehens wurden auf sehr geschickte Weise Vertraulichkeit und Publizität miteinander verbunden. Die diplomatischen Kanäle wählte man aus der Vermutung heraus, daß öffentliche Petitionen, Resolutionen u.ä. die Nationalsozialisten kaum beeindrucken würden.

Die andere Strategie bestand darin, aus dem Kreis ausländischer Prominenter, die von den Nationalsozialisten umworben wurden - oder aus dem Kreis einflußreicher innerdeutscher Prominenter, die Zugang zu Göring oder zu Hitler selber hatten - Fürsprecher zugunsten Ossietzkys zu gewinnen. Sinnvoll waren solche Interventionen allerdings nur dann, wenn die entsprechenden Fürsprecher den Nationalsozialisten gegenüber glaubhaft machen konnten, daß sie aus eigenem Antrieb handelten und nicht das verlängerte Sprachrohr des Exils waren. Deshalb war es unerläßlich, daß während der Dauer solcher Aktionen sämtliche Thematisierungen des Falles Ossietzky in der Exilpresse eingestellt wurden. Publizität hätte die

---

ihrerseits über den Betrag penibel Rechenschaft ablegte (zu den Ossietzky-Briefen vgl. *Carl von Ossietzky*. 1889-1938, a.a.O., S. 209, 225, 229 ff., 234).

<sup>29</sup> Zu einer solchen Symbolgestalt konnte Ossietzky für den «Freundeskreis» schon deshalb nicht werden, weil man ihm emotional viel zu nahe stand.

An dem Briefwechsel des «Freundeskreises» ist z.B. zu erkennen, daß eine deutliche Differenz zwischen dem «privaten» Wissen über Ossietzky oder sein Schicksal und dem Zwang zur «Legendenbildung» bestand (Brief Hilde Walters an Rudolf Olden vom 30.12.1935; abgedruckt bei Trapp/Bergmann/Herre, a.a.O., S. 139 ff.). Zuerst war man über diese Differenz irritiert; dann reagierte man «politisch», indem man dieser «Legendenbildung» bewußt Vorschub leistete. Zu diesem Zeitpunkt hatte man bereits erkannt, daß die «Ossietzky-Legende» ein geeignetes Mittel war, Ossietzky aus der KZ-Haft zu befreien. Erst jetzt begann man, Ossietzky auch als «politisches Symbol» anzusehen.

Vermittler kompromittiert. Mehrere solcher Interventionen wurden unternommen. Die spektakulärste war der Versuch, die schwedische Gräfin Wilamowitz, die Schwester von Görings verstorbener erster Frau, als Petentin einzuschalten. Eine ähnliche Intervention der Gräfin Wilamowitz hatte in einem anderen Fall, dem des kommunistischen Arztes und Publizisten Felix Boenheim, Erfolg gehabt.<sup>30</sup> Im Falle Ossietzkys blieben die Bemühungen ohne Resultat.

Die Inanspruchnahme solcher Vermittlungspersonen ist naturgemäß ein reichlich problematisches Instrument. Die Vermittler und Vermittlerinnen handeln zumeist nicht aus selbstlosen Motiven. Die Befriedigung persönlicher Eitelkeit und, was im Falle Ossietzkys in einem Fall auch eine Rolle spielte, die Zahlung eines vergleichsweise hohen Honorars für die erwarteten Vermittlungsdienste<sup>31</sup>, sind dabei sicherlich die weniger fragwürdigen Motive. Weit gefährlicher war es, wie nach Aussage Ludwig Hoffmanns durch Olden versucht worden ist, englische Faschisten als Vermittler in Anspruch genommen wurden<sup>32</sup>, denn deren Ziel war es sicherlich, durch erfolgreiche Vermittlungsbemühungen für Ossietzky einen innenpolitischen Prestigegewinn zu erzielen. Wie dem auch sei: Der Versuch, die Befreiung Ossietzkys mit Hilfe solcher Vermittler zu erreichen, mußte auf jeden Fall unternommen werden. Es wäre in höchstem Maße fahrlässig gewesen, diese Möglichkeit von vornherein ungenutzt zu lassen.

Die zweite Vorgehensweise schloß im Hinblick auf die Gesamtinteressen des politischen Exils demnach beträchtliche Gefahren ein. Es ist gar keine Frage, daß die Art der Vermittlungsbemühungen und die Person des jeweils in Anspruch genommenen Vermittlers im Zweifelsfall die Glaubwürdigkeit des Exils beeinträchtigen konnten. Das Exil besaß nun einmal aufgrund der Umstände wenig Autorität und Ansehen, und es drohte die Gefahr, daß auch diese Glaubwürdigkeit verlörend, wenn bekannt wurde, auf welchem Wege die Freilassung Ossietzkys angestrebt wurde - z.B. aufgrund der Bemühungen von Rechtsanwalt Sack, Torglers Verteidiger im Reichstagsbrandprozeß, der an anderer Stelle, im Zusammenhang des Reichstagsbrandprozesses, Zielscheibe heftigster Attacken von seiten des

---

<sup>30</sup> Vgl. Trapp/Bergmann/Herre, a.a.O., S. 48 ff.

<sup>31</sup> Der Berliner Rechtsanwalt Bloch hatte für eine solche Vermittlung 1.000 RM als Honorar verlangt. Mit Hilfe Albert Einsteins wurde dieser Betrag auch aufgebracht. Vgl. Trapp/Bergmann/Herre, a.a.O., S. 45 ff.

<sup>32</sup> Vgl. Ludwig Hoffmann (u.a.), a.a.O., S. 517.



Exils gewesen war. Hier mußte in jedem Einzelfall entschieden werden, ob das erhoffte Resultat: die Freilassung Ossietzkys, die Vorgehensweise rechtfertigte. Ein zweites Problem bestand, wie gesagt, darin, daß die Exilpresse zumindest während der Dauer solcher Verhandlungen aufgefordert werden mußte, den «Fall Ossietzky» nicht weiter zu thematisieren. Angesichts der Tatsache, daß der Fall zur gleichen Zeit in der Auslandspresse diskutiert wurde, lief man auch hier Gefahr, die Glaubwürdigkeit gegenüber der eigenen Klientel zu verlieren, denn daß diese erwartete, daß die Publikationsorgane des Exils sich vorbehaltlos des Schicksals der politischen Gefangenen in Nazi-Deutschland annahmen, steht außer Zweifel.

Von dem zuletzt genannten Problem war verständlicherweise insbesondere die *Neue Weltbühne* betroffen. Für ihre Leser wäre es kaum nachvollziehbar gewesen, wenn die Zeitschrift sich nicht für Ossietzky engagiert hätte. Diese Gründe galten in modifizierter Form aber auch für die Exilparteien. Gerade weil Ossietzky politisch an *keine* Partei gebunden war, wurde es gemeinhin als Verpflichtung aller politisch Interessierten verstanden, sich für Ossietzky und sein Schicksal einzusetzen. Gewiß waren die Politiker und Publizisten in der Regel bereit, die Strategie des «Freundeskreises» nach Möglichkeit loyal zu unterstützen, aber diese Bereitschaft hatte naturgemäß dort ihre Grenzen, wo über längere Zeit hinweg essentielle Interessen tangiert waren.

Die Strategie des «Freundeskreises» mußte also zwangsläufig über kurz oder lang Konflikte auslösen. Die Gruppe versuchte, diese Konflikte durch Absprachen mit den Betroffenen zu verringern.<sup>33</sup> Größtenteils waren solche Versuche erfolgreich - schon deshalb, weil wichtige Publikationsorgane mittelbar oder unmittelbar in die Arbeit des «Freundeskreises» eingebunden

---

<sup>33</sup> Einen entsprechenden Konfliktfall aus einer späteren Phase der Ossietzky-Kampagne spricht Hilde Walter in den «Vertraulichen Informationen über O.» vom 10.11.1936 an (abgedruckt bei Trapp/Bergmann/Herre, a.a.O., S. 218). Sie erwähnt den «grauenvollen Ausgang des Falles Edgar André» und seine Folgen: «Der Kampf war vergeblich, trotz massenhafter Proteste ist André vor wenigen Tagen hingerichtet worden. *Einen Tag später veröffentlichte das Thälmann-Befreiungskomitee einen Aufruf zu O.s Nobelpreis-Kandidatur.* Es bestehen freundschaftliche Abmachungen mit den maßgebenden Persönlichkeiten, in denen sich unsere kommunistischen Freunde verpflichtet hatten, die Verkopplung von Thälmann-Komitee und Nobelpreis-Kandidatur zu unterlassen. In diesem Augenblick waren alle Abmachungen hinfällig, denn die Partei und ihre Unter-Organisationen hatten einen Mißerfolg gehabt und wollten zeigen, daß es auch Fälle gibt, die noch nicht mit dem Tod geendet haben» (ebd., S. 219 f.; Hervorhebung F.T.).

waren. Mit der *Neuen Weltbühne* waren jedoch allenfalls temporäre Stillhalteabkommen möglich. Geschlossen wurden sie aber unter dem Aspekt längerer Dauer. Jeder Verstoß gegen eine solche Absprache hatte empörte Reaktionen von seiten Hilde Walters zur Folge. Nicht immer waren diese Reaktionen nachvollziehbar. Ein außenstehender Beobachter mußte erkennen, daß hier vor allem der *Neuen Weltbühne* und den der KPD nahestehenden Organen Stillschweigen abverlangt wurde, während einzelne Mitglieder des «Freundeskreises» selber wie von Gerlach oder Bernhard in bestimmten Situationen sich zum Fall Ossietzky durchaus äußern durften. Über diesen Tatbestand war sich auch Hilde Walter sicherlich im klaren. Nur - hätte sie auch nur an einer Stelle Konzessionen gemacht, dann wäre ihr gesamter Plan, eine breite, vor allem von der nichtdeutschsprachigen Publizistik getragene Front zustande zu bringen, ins Wanken geraten.

Nachdem der «Freundeskreis» gut ein Jahr lang in der beschriebenen Weise gearbeitet hatte, mußte er sich eingestehen, daß *beide* bislang verfolgten Strategien erfolglos geblieben waren. Wollte man Ossietzky nicht seinem Schicksal überlassen, dann mußte ein anderer Weg beschritten werden. Aus dieser Überlegung entstand der Plan, Carl von Ossietzky für den Friedensnobelpreis vorzuschlagen.

## V

Der Gedanke war vermutlich zum ersten Mal von Georg Bernhard in einem Artikel für das *Pariser Tageblatt*<sup>34</sup> entwickelt worden. Bernhard hatte in diesem Artikel darüber berichtet, daß in der Presse Meldungen über die Höhe der diesjährigen Dotierung der wissenschaftlichen Nobelpreise erschienen seien, der Friedensnobelpreis dabei jedoch nicht erwähnt worden sei. An diese Meldung knüpfte er die Überlegung an, daß die Gefahr bestehe, daß der Friedensnobelpreis erneut nicht zur Verteilung komme. Dabei sei es angesichts der bestehenden politischen Situation in höchstem Maße sinnvoll, einen aktiven Pazifisten oder eine Pazifistin für ihre Bemühungen um den Frieden auszuzeichnen. Warum also dann nicht jemanden, der, wie Ossietzky, wegen seines Pazifismus in Haft sei? Der Artikel schloß mit den Worten: «Man hat bisher Propagandisten des Wortes

---

<sup>34</sup> Georg Bernhard: Friedens-Nobelpreis. In: *Pariser Tageblatt*. Jg. 2 (1934), Nr. 125 v. 16.4.1934, S. 1 (abgedruckt bei Trapp/Bergmann/Herre, a.a.O., S. 66 f.).

und Propagandisten der Tat mit dem Friedenspreis belohnt. Die Propagandisten des Leidens scheinen dieses Preises nicht weniger wert zu sein.»

Bernhards Vorschlag besaß außerordentliche Faszinationskraft. Jeder, der sich für die Rettung Ossietzkys einsetzte, mußte erkennen, daß schon die Kandidatur dem Gefangenen mehr publizistische Aufmerksamkeit verschaffen würde als alle bisherigen Bemühungen zusammen. Wenn es keine andere Möglichkeit gab, Ossietzkys Freilassung zu erreichen, dann mußte dieser Weg beschritten werden. Der Vorschlag barg aber auch Gefahren in sich. Die größte Gefahr war, daß man Ossietzky endgültig die Prominenz verlieh, die ihn für die Nationalsozialisten zu einer besonders wertvollen Geisel machte. Betrieb man die Kandidatur Ossietzkys, dann mußte man endgültig von der Hoffnung Abschied nehmen, daß die Nationalsozialisten Ossietzky irgendwann stillschweigend, etwa im Zuge einer Amnestie, aus dem KZ entlassen würden, um sich damit eines Gefangenen zu entledigen, der zu einer politischen Last geworden war.

Bernhards Argumentation hat sicherlich auch Hellmut von Gerlach wie auch Hilde Walter beeindruckt. Was sie davon abhielt, seinen Vorschlag umgehend aufzugreifen, ist nicht bekannt. Es dürfte vermutlich ihre Beurteilung der möglichen Erfolgsaussichten wie der Risiken gewesen sein. Stärker als die meisten Außenstehenden waren nämlich Hilde Walter wie auch Hellmut von Gerlach sich der Tatsache bewußt, daß es ganz und gar unwahrscheinlich sei, daß das Nobelkomitee den Preis tatsächlich an Ossietzky verleihen werde.<sup>35</sup> Darüber hinaus war sich Hilde Walter mit Sicherheit über eines im klaren: Ein spektakuläres Scheitern der Kandidatur Ossietzkys würde den Nationalsozialisten zu einem politischen Triumph verhelfen, und es würde zudem Ossietzkys Leben in höchstem Maße gefährden.

Anders als durch Hilde Walter und vermutlich auch durch von Gerlach war die Situation von Berthold Jacob und Kurt Grossmann beurteilt worden.

---

<sup>35</sup> Nur das Exil selber konnte sich der Illusion hingeben, es bestünden Chancen, daß Ossietzky den Friedensnobelpreis tatsächlich bekäme. Unvoreingenommene Beobachter mußten das anders sehen, und Hilde Walter war solchen Hinweisen mehr als andere Exilanten zugänglich. - Willy Brandt, der seit September 1935 in die Nobelpreiskampagne eingeschaltet war, faßte zu dieser Zeit, also nachdem die Kampagne mit großer Anstrengung ein Jahr lang (!) betrieben worden war, sein Urteil über die Aussichten der Kandidatur in folgender Weise zusammen: «Eines scheint mir bei der ganzen Sache festzustehen: daß O. den Nobelpreis nicht bekommt» (Brief an Konrad Reisner vom 28.9.1935, abgedruckt bei Trapp/Bergmann/Herre, a.a.O., S. 93 ff.).

Ohne Rücksprache mit der Gruppe, der er ja auch nicht angehörte, hatte Jacob am 26. Mai 1934 einen Vorschlag an das Nobelkomitee gerichtet, den Friedensnobelpreis an Ossietzky zu verleihen; Grossmann war ihm wenig später, am 4.6.1934, gefolgt - auch er ohne Rücksprache mit der Gruppe, deren Pläne und Ziele er genau kannte. Obwohl Jacob anschließend durch das Nobelkomitee informiert worden war, daß die Fristen für die Einbringung von Vorschlägen abgelaufen seien und er zudem nicht vorschlagsberechtigt sei, hatte er - unverständlicherweise - seine Bemühungen fortgesetzt und sich an Austen Chamberlain, der als Träger des Friedensnobelpreises vorschlagsberechtigt war, mit der Bitte gewandt, Ossietzky als Kandidaten zu nominieren. Außerdem hatte Jacob die Nachricht über die Einbringung eines entsprechenden Vorschlages im eigenen Pressedienst veröffentlicht - beides Handlungsweisen, die außerordentlich gefährlich waren, weil Publizität für eine Kampagne erzeugt wurde, deren Scheitern von Beginn an feststehen mußte. Dies war sicherlich nicht die geeignete Form, Ossietzky zu schützen.

Die Bemühungen des «Freundeskreises» zielen von Anfang an darauf ab, alle formalen Vorschriften peinlich genau zu beachten, um nicht bereits durch Formfehler die Kanditatur zu gefährden. Die Nobelpreiskampagne des «Freundeskreises» beginnt im November 1934. Schon zu Beginn der Bemühungen erweist sich die Skepsis, die Hilde Walter und von Gerlach im Sommer 1934 gegenüber dem Vorgehen Jacobs geäußert hatten, als vollaufberechtigt. Schon im Kreis derjenigen unter den deutschen Exilierten, die zur Einreichung eines entsprechenden Vorschlags an das Nobelkomitee berechtigt sind, ist es schwierig, sie von der Wahrnehmung ihres Vorschlagsrechtes zugunsten Ossietzkys zu überzeugen. Für Ludwig Quidde z.B. kommt Ossietzky im strengen Sinne als möglicher Nobelpreiskandidat nicht in Frage.<sup>36</sup> Schließlich beugt er sich der Argumentation, daß dies ein Weg sei, Ossietzkys Freilassung zu erreichen, schlägt aber zugleich mit Ossietzky auch Friedrich Küster vor.<sup>37</sup> Auschlußreich ist

---

<sup>36</sup> Brief Ludwig Quiddes an Hellmut von Gerlach vom 2.1.1935 (abgedruckt bei Trapp/Bergmann/Herre, a.a.O., S. 84 f.).

<sup>37</sup> Brief Ludwig Quiddes an das Nobelkomitee vom 24.1.1935 (abgedruckt bei Trapp/Bergmann/Herre, a.a.O., S. 85 f.).

weiter, daß auch Quidde davon ausgeht, daß sich niemand Illusionen hinsichtlich des Erfolges eines solchen Vorschlags machen solle.<sup>38</sup>

Im Verlauf der Korrespondenz mit nichtdeutschen Vorschlagsberechtigten ist darüber hinaus zu erkennen, daß nur wenige über Ossietzky und seine Tätigkeit hinreichend genau unterrichtet sind. Immer wieder wird deshalb Informationsmaterial zusammengestellt, um die Vorschlagsberechtigten und auch die Presse über Ossietzky und seine Arbeit zu unterrichten. Es werden Artikel aus der *Weltbühne* vervielfältigt und übersetzt.<sup>39</sup> Die Begründung für den Kandidaten-Vorschlag, die erforderlich ist, damit dieser gültig ist, wird aufgrund dieser Probleme in der Regel von den Initiatoren der Kampagne selber vorformuliert<sup>40</sup>, bzw. es werden, so für die Kampagne 1935/36, «Stimmführer» benannt, auf die sich die Vorschlagenden beziehen können. - Aufschlußreich ist eine Mitteilung von Christian Langes, eines Mitgliedes des Nobelkomitees, an von Gerlach, daß es «verfehlt» wäre, in den Unterlagen, die dem Vorschlag beigelegt werden, hervorzuheben, daß die Verleihung des Nobelpreises ein Mittel wäre, seine Befreiung aus dem Konzentrationslager zu erleichtern. Dies sei eine nicht sachgerechte Begründung. Ausschlaggebend sei vielmehr einzig und allein der Hinweis auf die Leistungen Ossietzkys «als Friedensvorkämpfer».<sup>41</sup> Diese präzise Äußerung muß man als unmißverständlichen Hinweis auf die *Entscheidungskriterien* des Komitees bewerten. Viele, die die Kandidatur Ossietzkys unterstützten, waren sich über diesen Sachverhalt nicht im klaren. Sie meinten, mit einem Hinweis auf Ossietzkys KZ-Haft ihre Argumentation zu untermauern, während in Wirklichkeit ein solcher Hinweis den Erfolg der Kampagne gefährdete.

Einzelheiten in der Organisation der Nobelpreiskampagnen brauchen an dieser Stelle sicherlich nicht dargestellt werden. Eine Erfahrung sollte aber trotzdem nicht unerwähnt bleiben: Es erweist sich stets aufs neue als

---

<sup>38</sup> Brief Ludwig Quiddes an Hellmut von Gerlach vom 2.1.1935 (abgedruckt bei Trapp/Bergmann/Herre, a.a.O., S. 84 f.).

<sup>39</sup> Im Nachlaß Mimi Sverdrup Lundens in Oslo befindet sich z.B. eine Übersetzung von Ossietzkys berühmten Artikel «Rechenschaft» ins Norwegische.

<sup>40</sup> In der Kampagne 1934/35 wird so vorgegangen, daß Hellmut von Gerlach eine Begründung verfaßt, auf die sich die übrigen Vorschlagenden dann beziehen (in Auszügen abgedruckt bei Trapp/Bergmann/Herren, a.a.O., S. 1 f.).

<sup>41</sup> Brief Christian Langes an Hellmut von Gerlach vom 4.1.1935 (abgedruckt bei Trapp/Bergmann/Herre, a.a.O., S. 82).

außerordentlich schwierig, ausländische Prominente und einflußreiche internationale Organisationen in die Kampagnen einzuschalten. Immer wieder bedarf es dazu sorgfältiger, genau überlegter Vorbereitungen. Ging man zu schnell vor, handelte man sich Absagen ein; Absagen aber konnten unter Umständen für den Erfolg der Kampagne außerordentlich nachteilige Folgen haben. Erst nachdem solche Anfangsschwierigkeiten überwunden sind, nachdem eine «Initialzündung» erfolgt ist, gewinnen die Kampagnen an Dynamik und Breite.<sup>42</sup> Diese Sachlage zeigt, daß die bloße «politische» Behandlung des Falles mit Sicherheit nicht ausgereicht hätte, die Kandidatur voranzutreiben. Die Bemühungen wären ins Leere gelaufen. Der heutige Betrachter übersieht diesen Tatbestand - den zeitgenössischen Beteiligten war er aber mit Sicherheit bewußt, und das erklärt das in gewissen Teilen heute bisweilen übervorsichtig erscheinende Agieren der Gruppe.

## VI

Das Jahr 1936 ist durch eine Reihe von neu auftauchenden Problemen gekennzeichnet, von denen sich einige zu direkten Konflikten entwickeln. Es ist an dieser Stelle nicht möglich, auf alle diese Fragen einzugehen. Zumindest zwei müssen jedoch erwähnt werden.

Das wichtigste Problem ist, daß ausgerechnet 1936, nach dem großen Erfolg der zweiten Nominierungskampagne, von Kurt Grossmann die Frage der politischen Legitimation der Arbeit des «Freundeskreises» aufgeworfen wird. Grossmann verlangt, daß die Aktion durch einen «Ausschuß» gelenkt werden solle.<sup>43</sup> Wie Hilde Walter auf diese Forderung reagiert, ist aufschlußreich: Mit politischem Geschick geht sie so vor, daß formal den Anforderungen Grossmanns durch die Gründung des «Sonderausschusses»

---

<sup>42</sup> Für den Erfolg der Nobelpreiskampagnen ist es von außerordentlicher Bedeutung, daß es aufgrund der Anstrengungen von Gertrud Baer und Lida Gustava Heymann im Januar 1935 gelingt, Jane Addams, die Ehrenpräsidentin der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF), für die Kampagne zu gewinnen. Das Prestige von Jane Addams und der IFFF eröffnen dem «Freundeskreis» Möglichkeiten der politischen und publizistischen Kontaktaufnahme, die für den Fortgang der Kampagne von entscheidender Bedeutung sind.

<sup>43</sup> Brief an Hilde Walter vom 10.3.1936 (abgebildet bei Trapp/Bergmann/Herre, a.a.O., S. 177). Grossmann äußert seinen Vorschlag, einen Ausschuß einzuberufen, auch im Namen Budzislawskis.

Genüge getan wird, der nunmehr als das politisch legitimierte Führungsgremium in Erscheinung tritt, in Wirklichkeit aber alles beim alten bleibt, also die Leitung der Gruppe sich nach wie vor mehr oder weniger ausschließlich in ihrer Hand befindet.<sup>44</sup> Der taktische Erfolg erweist sich jedoch, wie sich bald zeigt, als Phyrus-Sieg.

Daß der Konflikt in genau diesem Moment ausbricht, hat zweifelsohne etwas mit dem Erfolg der Kampagne zu tun. Gerade weil die Kampagne internationale Publizität gefunden hat und weil erstmals eine vergleichsweise reale Chance besteht, daß sie auch tatsächlich zum Ziel führt, wünscht Grossmann, zumindest für die interne politische Öffentlichkeit des Exils an diesem Erfolg in angemessener Weise beteiligt zu werden. Daß er eine solche Beteiligung für seine eigene Person einfordert, wäre für Hilde Walter vielleicht noch hinnehmbar gewesen; daß er aber Hermann Budzislowski, also die *Neue Weltbühne*, mit in diesen Pakt einbeziehen möchte, ist für Hilde Walter auf keinen Fall mehr akzeptabel. Für sie steht - wahrscheinlich zu recht - fest, daß Budzislowski an die Interessen seiner Zeitschrift gebunden ist, und das bedeutet: mehr Publizität des Falles Ossietzky in der Exilpresse. Daß dies der Kampagne nicht zum Vorteil gereichen würde und die Koordination der Aktivitäten außerordentlich erschwert würde, ist gar keine Frage.

Aber nicht nur die Exilpresse drängt darauf, führend an der Ossietzky-Kampagne beteiligt zu sein - auch einzelne Organisationen möchten einen Anteil am Erfolg haben.<sup>45</sup> Die öffentliche Diskussion des Falles kann in dieser Phase nicht mehr generell verhindert werden, denn dazu ist das Schicksal Ossietzkys inzwischen zu sehr ins Zentrum der Auseinandersetzung des Exils mit dem Nationalsozialismus gerückt. Aber noch

---

<sup>44</sup> Vgl. Trapp/Bergmann/Herre, a.a.O., S. 176 ff.

<sup>45</sup> Wie skrupellos z.T. vorgegangen wird, beweist ein Brief des französischen Thälmann-Komitees an Milly Zirkar (sic!) vom 20.5.1936 (abgedruckt bei Trapp/ Bergmann/Herre, a.a.O., S. 174), in dem rundweg behauptet wird, die Werbung von Voten für die Kandidatur Ossietzkys in Frankreich sei von dieser Gruppe betrieben worden. - Weit gefährlicher als dieser ungemein plumpe Versuch, den Erfolg für die eigene Organisation zu reklamieren, sind sicherlich Bestrebungen, durch spektakuläre öffentliche Stellungnahmen sich an die Spitze der Kampagne zu setzen. Ein solches Beispiel wird in den bereits zitierten «Vertraulichen Informationen» vom 10.11.36 (vgl. Anm. 33) beschrieben.

immer gibt es Möglichkeiten, durch Absprachen zu verhindern, daß der Fall in einer Weise thematisiert wird, die der aktuellen Lage abträglich wäre.<sup>46</sup>

Zeitweilig besteht die Gefahr eines allgemeinen Wettstreits, sich öffentlichkeitswirksam an der Ossietzky-Kampagne zu beteiligen. Hilde Walter ist vollauf damit beschäftigt, die maßgebenden Organisatoren der verschiedenen Kongresse und Komitees so zu beeinflussen, daß den besonderen Interessen des Falles Ossietzky Genüge geschieht.<sup>47</sup> Wider Erwarten hat sie damit Erfolg. Trotzdem wird man sagen müssen, daß dieser Erfolg mehr den Umständen zu verdanken ist als dem bloßen taktischen Geschick. Hilde Walter kommt eine Entwicklung zu Hilfe, deren Bedeutung nicht hoch genug einzuschätzen ist. Parallel zur Ossietzky-Aktion verlaufen die Bemühungen zur Schaffung einer deutschen Volksfront. Von dieser Entwicklung geht zumindest zeitweilig ein außerordentlich starkes Bestreben nach politischer Gemeinsamkeit aus, und da an der Arbeit des Volksfront-Ausschusses namhafte Vertreter des «Freundeskreises» beteiligt sind, allen voran Georg Bernhard, außerdem Vertreter des «Freundeskreises» in nahezu allen Parteien und Gruppen, die im Volksfront-Ausschuß mitarbeiten, in maßgeblicher Position vertreten sind, hat es vermutlich kaum eine der politischen Parteien gewagt, durch eigenes, nicht mit den Vertretern des «Freundeskreises» abgesprochenes Vorgehen dessen Arbeit zu stören. Bis auf wenige Ausnahmen findet die Ossietzky-Kampagne deshalb innerhalb des Exils eine loyale Unterstützung.

Weniger Erfolg hat Hilde Walter in ihrem Konflikt mit Kurt Grossmann. Ganz offensichtlich weil er sich nicht in die engere Führungsgruppe ein-

---

<sup>46</sup> Genaue Anweisungen, wie der Fall Ossietzky in der Presse zu behandeln ist, finden sich in zahlreichen Mitteilungen Hilde Walters aus dem Jahr 1936; vgl. den «Vertraulichen Bericht» (Datierung: entstanden nach frn 4.6.1936; abgedruckt bei Trapp/Bergmann/Herre, a.a.O., S. 191 ff.), den Brief an Mimi Sverdrup Lunden vom 10.11.1936 (ebd., S. 212 f.), die «Streng vertraulichen Mitteilungen» vom 18.10.1936 (ebd., S. 213 ff.), die «Vertraulichen Informationen über O.» vom 10.11.1936 (ebd., S. 218 ff.).

<sup>47</sup> Eine ganze Anzahl von Briefen sind einzig dem Problem gewidmet, wie verhindert werden kann, daß bei Gelegenheit des «Rassemblement Universel de la Paix» in Brüssel (4.-6.9.1936) und der Tagung der «Fédération Internationale des Journalistes» in Berlin (7.-15.9.1936) keine Resolutionen verabschiedet werden, die den Interessen der Ossietzky-Kampagne zuwiderlaufen. Im Hinblick auf das «Rassemblement» nimmt Hilde Walter über Milly Zirker Kontakt mit Wilhelm Koenen auf; im Falle der «Fédération» bemüht sie sich um Fühlungnahme mit Vertretern und Vertreterinnen der nationalen Delegation. Im nachhinein erweisen sich diese Bemühungen jedoch als unnötig.



gebunden fühlt - und deshalb auch nicht einen Zwang zu loyalen Verhalten spürt -, entschließt sich Grossmann, zusammen mit Kurt Deutsch im Oprecht Verlag Zürich eine Broschüre über Ossietzky herauszugeben. Dies scheint ein überaus verdienstvolles Vorhaben zu sein. Tatsächlich aber wird hier auf leichtfertige Weise der Erfolg des gesamten Unternehmens gefährdet. Was Hilde Walter an diesem Vorhaben empört, ist einmal der gewählte Zeitpunkt: unmittelbar vor der Entscheidung des Nobelkomitees, von der auch Grossmann weiß, daß sie auf Messers Schneide steht, und dann die Tatsache, daß es sich um eine deutschsprachige Veröffentlichung handelt, zudem um eine Publikation, die zwar in einem schweizerischen Verlag erscheint, aber doch in einem, dessen enge Verbindungen zum Exil jedermann bekannt sind.<sup>48</sup> Der Text enthält außerdem - so nach Meinung Hilde Walters - eine Reihe höchst fahrlässiger Äußerungen.

In langwierigen Verhandlungen mit dem Oprecht Verlag bewirken Hilde Walter und Milly Zirker, daß der Druck der Broschüre bis zur Entscheidung des Nobelkomitees zurückgestellt wird. Dafür müssen sie gegenüber dem Oprecht Verlag hinsichtlich der Satzkosten eine Ausfallbürgschaft übernehmen. Beide erreichen außerdem, daß wesentliche Veränderungen in das Manuskript Eingang finden. Nur: Der Oprecht Verlag zeigt sich gegenüber Hilde Walter im höchsten Maße befremdet darüber, daß er in die Querelen des deutschen Exils hineingezogen wird, und Hilde Walters scharfes Eingreifen führt dazu, daß die Gruppe irreparabel gespalten wird. Auf der einen Seite steht Hilde Walter, in dieser Frage sehr entschieden unterstützt von Lehmann-Rußbüldt, auf der anderen Seite befindet sich Kurt Grossmann. Hätte die Kampagne weiter angedauert, so wäre die Gruppe zerfallen. Nur der Erfolg verdeckt vorübergehend dieses endgültige Zerwürfnis. Es tritt nach 1945, als die Frage der Ossietzky-Kampagne neu thematisiert wird und die Beteiligten ihren Beitrag angemessen dargestellt sehen wollen, neu zutage.

Gleichwohl sollte man auch diese Querele nicht überbewerten. Grossmann hatte die Ossietzky-Kampagne bis zu diesem Zeitpunkt, von einigen, allerdings durchaus gravierenden Ausnahmen abgesehen, insgesamt loyal

---

<sup>48</sup> Grossmanns Vorgehensweise unterschied sich deutlich von der A. Williams-Ellis, die in England eine Ossietzky-Broschüre veröffentlicht hatte. Frau Ellis hatte Hilde Walter die Druckfahnen zugestellt, damit diese sie durchsehen und mögliche Fehler korrigieren könne. Solche Absprachen waren Teil von Hilde Walters Strategie. Die Verfahrensweise war schon deshalb sinnvoll, weil jede Fehlinformation den Nationalsozialisten die Möglichkeit bot, diese Angaben zu dementieren.

mitgetragen. Seine in vielen Fällen unabgesprochenen Initiativen waren zwar ein beträchtlicher Störfaktor gewesen; ihnen standen aber beträchtliche Verdienste gegenüber.<sup>49</sup> Im großen und ganzen loyal - durch Tolerierung, zuweilen auch durch direkte Unterstützung wie im Falle der KPO - war die Ossietzky-Kampagne auch durch die KPD, die *Neue Weltbühne* und andere Organisationen und Gruppen mitgetragen worden. Daß Hilde Walter dies anders gesehen hat, ist verständlich.<sup>50</sup> Hilde Walter hat aber auch niemals die besonderen Schwierigkeiten der Kampagne berücksichtigt - vielleicht, weil sie die Schwierigkeiten so souverän bewältigt hatte.

Bei einer Aktion von derartigem politischen Gewicht wie der Ossietzky-Kampagne mußte es zwangsläufig zu politischen Spannungen kommen, weil hier die Frage des politischen Führungsanspruchs im Exil mitberührt war. Gerade weil der «Freundeskreis Carl von Ossietzky» verdeckt und anonym arbeitete, mußte es zu Diskussionen über die politische Legitimation dieser Gruppe kommen. Daß diese in die Erörterung unterschiedlicher Strategien einmündeten, war vorhersehbar. Angesichts des im Exil vorhandenen Konfliktpotentials ist es allenfalls erstaunlich, daß es nicht zu einem offenen Dissens kam. Diese Tatsache wiederum beweist, wie groß die politische und emotionale Verpflichtung des Exils gegenüber der Person und dem Schicksal Ossietzkys war. Diese Gemeinsamkeit war die Voraussetzung dafür, daß die Strategie des «Freundeskreises Carl von

---

<sup>49</sup> Grossmann hat aufgrund seiner guten Verbindungen zu den tschechischen Zeitungen eine wichtige Rolle innerhalb der Pressekampagne gespielt. Da die Tschechoslowakei für die Flüchtlinge aus Hitler-Deutschland die bei weitem wichtigste Anlaufstelle war, war Grossmann außerdem bei der Sammlung von Informationen über das Befinden Ossietzkys von entscheidender Bedeutung. Er hat darüber hinaus bei der Sammlung von Voten unter tschechischen Parlamentariern eine wesentliche Rolle gespielt. Grossmann hat außerdem in der Frage der möglichen Verleihung des Nobelpreises an Masaryk sich auf diplomatischem Wege an Jan Masaryk gewandt und ihn gebeten, daß Masaryk im Falle, daß der Nobelpreis tatsächlich an ihn verliehen werde, in geeigneter Form öffentlich den Fall Ossietzky erwähnen möchte. An dem Beitrag Grossmanns zur Ossietzky-Kampagne kann also kein Zweifel bestehen.

<sup>50</sup> Hilde Walter hatte von Beginn an erkannt, daß sowohl die KPD als auch die *Neue Weltbühne* im Falle Ossietzkys eigene, mit den Vorstellungen des «Freundeskreises» nicht vereinbarte Interessen vertraten. Daher beurteilte sie das Verhalten der KPD wie der *Neuen Weltbühne* unter dem Aspekt der politischen Gegnerschaft. Daß die KPD wie die *Neue Weltbühne* auf die Verfolgung dieser Interessen *verzichteten*, nahm Hilde Walter als Selbstverständlichkeit hin - und nicht, was es auch war, als einen Beitrag zu einer gemeinsamen politischen Anstrengung.

Ossietzky» im wesentlichen unbehindert und deshalb erfolgreich verwirklicht werden konnte.



*Autoren*

- BÄRBEL BOLDT, Historikerin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle Carl von Ossietzky, Universität Oldenburg
- DR. WERNER BOLDT, Professor für Geschichte, Universität Oldenburg
- WILLY BRANDT, Exbundeskanzler, Ehrenvorsitzender der SPD
- CHARMIAN BRINSON, Dozentin für Germanistik, Imperial College of Science and Technology, London
- DR. WILHELM BÜTTEMEYER, Professor für Philosophie, Universität Oldenburg
- DR. DIRK GRATHOFF, Professor für Germanistik, Universität Oldenburg
- DR. DIETER FRICKE, Professor für Geschichte, Friedrich-Schiller-Universität, Jena
- DR. JOST HERMAND, Professor für Germanistik, University of Wisconsin, Madison/USA
- DR. GERHARD KRAIKER, Professor für Politikwissenschaft, Universität Oldenburg
- FINN LIE, Techniker und Publizist, Norwegen
- DR. MARIAN MALET, Dozentin für Germanistik, Imperial College of Science and Technology, London
- GUNTHER NICKEL, Germanist, Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle Carl von Ossietzky, Universität Oldenburg
- DR. KURT PÄTZOLD, Professor für Geschichte, Humboldt Universität Berlin
- DR. HARRY PROSS, Professor für Publizistik, Weiler
- CHRISTOPH SCHOTTES, Dipl.-Sozialwissenschaftler, Universität Oldenburg
- DR. ROSEMARIE SCHUMANN, Professorin für Geschichte, Akademie der Wissenschaften, Berlin
- DR. ELKE SUHR, Historikerin und Publizistin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle Carl von Ossietzky, Universität Oldenburg
- DR. FRITHJOF TRAPP, Professor für Germanistik, Universität Hamburg
- PD DR. FRANK DIETRICH WAGNER, Germanist, Universität Oldenburg
- DR. LOTHAR WIELAND, Historiker, Bremerhaven